

Nordost- Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

**Nordosteuropäische Geschichte
in den Massenmedien:
Medienentwicklung, Akteure
und transnationale Öffentlichkeit**

Neue Folge Band XVIII/2009

Nordost-Institut Lüneburg

Nordost-Archiv N. F. 2009

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Newa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen die Deutschen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, dass die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv wird:

- die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen bietet deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion;
- dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven“ Beziehungen, z.B. in Handel und Kultur, sind auch „subjektive“ Aspekte zu behandeln, insbesondere „das Bild vom Anderen“, die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;
- die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;
- Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, dass überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, dass ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späten Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die jährlich erscheinenden Hefte gruppieren sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand. Die Themen beziehen sich auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

Das Thema des nächsten Heftes 2010:

Deutschbalten zwischen Alexander II. und Adenauer. Migrationsbewegungen zwischen 1850 und 1950

mit Beiträgen u. a. von:

Detlef Henning: Einleitender Überblick

Indrek Kiverik: Die Deutschbalten und die jungen Nationalbewegungen in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches. 1885–1914/17

Armin v. Ungern-Sternberg: Die Verarbeitung der Krisen und Brüche neuester baltischer Geschichte in der deutschbaltischen Literatur (Nationalismus, 1905, Weltkrieg, Revolution)

Helēna Šimkuva: Deutschbaltische Auswanderung aus Estland und Lettland. Gesellschaftlich-politische Gründe (1921–1939)

Kaido Laurits: Deutsche in der Republik Estland

Rasma Pärpūce: Die Umsiedlung der Deutschbalten und die Verwaltung der im Rahmen der Umsiedlung aufgeteilten Kulturgüter im Zweiten Weltkrieg

Jānis Riekstiņš: Deutschbalten unter Stalin 1937–1953

Christian Pletzing: Baltische Displaced Persons in Lübeck und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands nach 1945

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Nordosteuropäische Geschichte
in den Massenmedien:
Medienentwicklung, Akteure
und transnationale Öffentlichkeit

Neue Folge Band XVIII/2009

Nordost-Institut Lüneburg
2010

Herausgeber:

Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa
– Nordost-Institut –
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg
Telefon (041 31) 4 00590
Telefax (041 31) 4 005959
E-Mail: sekretariat@ikgn.de
<http://www.ikgn.de>

Verantwortlich für dieses Heft:
Indira Dupuis M.A.

Redaktion
Dr. Anja Wilhelmi

Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bezugsbedingungen:

Nordost-Archiv erscheint einmal jährlich.

Preis pro Heft € 17,50, Jahresabonnement € 15,00 zuzüglich Versandkosten.

Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Satz: fio & flo, Thorn, Polen
Herstellung: Stahlinger:Satz.GmbH, Grünberg

ISSN 0029-1595

Nordosteuropäische Geschichte in den Massenmedien: Medienentwicklung, Akteure und transnationale Öffentlichkeit

Indira Dupuis: Editorial 7

Abhandlungen

Teil 1:

Johan Eellend (Södertörn): Unity through modernity: The agrarian media and the national question in Estonia at the turn of the 20th century 25

Urszula Biel (Gliwice) u. Brigitte Braun (Trier): Oberschlesien ist unser! – Die Region Oberschlesien im deutschen und polnischen Kino nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1929) 44

Teil 2:

Maren Röger (Gießen): Transnationale Verlagshäuser – national(istisch)e Diskurse? Deutsche Verlagshäuser auf dem polnischen Printmedienmarkt 72

Katharina Kleinen-von KönigsLöw (Bremen) u. Johanna Möller (Bremen): Nationalisierte Europäisierung – Die Entwicklung der politischen Medienöffentlichkeit in Polen nach 1989 101

Katja Wezel (Heidelberg): Lettlands „Rückkehr nach Europa“ – Erfüllung eines lettischen Traums? Der EU-Beitritt als Projekt der lettischen Elite 132

Teil 3:

Heike Graf (Huddinge): Journalistische Produktion und ethnische Diversität: Journalisten mit Migrationshintergrund in Deutschland und Schweden 152

Aneta Podkalicka (Melbourne) u. Thomas Petzold (Queensland): Medienvermittelte transnationale Öffentlichkeiten im Zeitalter praktischer Hybridisierung 175

Forschungsbericht

- Agnieszka Łada (Warszawa): Welches Bild konstruieren die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik? 203

Rezensionen

- Klaus-Peter Friedrich, Der nationalsozialistische Judenmord und das polnisch-jüdische Verhältnis im Diskurs der polnischen Untergrundpresse (1942–1944) (Hans-Jürgen Bömelburg) 213
- Mass Media and Political Communication in New Democracies, hrsg. v. Katrin Voltmer (Indira Dupuis) 215
- Representations on the Margins of Europe. Politics and Identities in the Baltic and South Caucasian States, hrsg. v. Tsypylma Darieva u. Wolfgang Kaschuba (Rudolf A. Mark) 218
- Dietmar Albrecht, Von Tels-Paddern bis zur Fischermai – Neun Kapitel Lettland und Estland. Orte, Texte, Zeichen (Liina Lukas) 224
- Andrej Angrick u. Peter Klein, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944 (Detlef Henning) 226
- Alexander Bergmann, Aufzeichnungen eines Untermenschen. Ein Bericht über das Ghetto in Riga und die Konzentrationslager in Deutschland (Wolfram Wette) 233
- Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Philipp Ther, Holm Sundhaussen (Sabine Bamberger-Stemmann) 236
- National Borders and Economic Disintegration in Modern East Central Europe, hrsg. v. Uwe Müller u. Helga Schultz (Sabine Bamberger-Stemmann) 239
- Cassubia Slavica. Internationales Jahrbuch für Kaschubische Studien II (2004), hrsg. v. Cassubia Slavica e.V. Hamburg – Ka-

schubische Gesellschaft in der Deutsch-polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. Oldenburg (Janina Gesche)	242
Gender Geschichte/n. Ergebnisse bildungshistorischer Frauen- und Geschlechterforschung, hrsg. v. Walburga Hoff, Elke Kleinau u. Pia Schmid (Anja Wilhelmi)	248
Joachim Kuhles, Die Reformation in Livland – religiöse, poli- tische und ökonomische Wirkungen (Wolfgang Küttler)	250
Kurland. Vom polnisch-litauischen Lehnsherzogtum zur rus- sischen Provinz. Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1561– 1795, hrsg. v. Erwin Oberländer u. Volker Keller (Māri̯te Ja- kovļeva)	253
Imants Lancmanis, Libau. Eine baltische Hafenstadt zwischen Barock und Klassizismus (Andreas Fülberth)	259
Lemberg, hrsg. v. Alois Woldan (Janina Gesche)	263
Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie (Joachim Tau- ber)	268
Klaus-Michael Mallmann, Jochen Böhrer u. Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, hrsg. im Auftrag des Deutschen Historischen Instituts War- schau und der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart (Joachim Tauber)	271
Felix Münch, Diskriminierung durch Geschichte? Der Deu- tungsstreit um den „Bronzenen Soldaten“ im postsowjetischen Estland (Karsten Brüggemann)	273
Peggy Poles u. Ursula Boencke, „All unsere Lieben sind verlo- ren“. Der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ – Zwei Überle- bende erzählen, hrsg. v. Renate Gräfin Matuschka (Anja Wil- helmi)	277
POLIN: Studies in Polish Jewry, Vol. 20: Making Holocaust Memory (Stephan Stach)	280
Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Ver-	

stehensgeschichte, hrsg. v. Matthias Weber (Sabine Bamberger-Stemmann)	286
Go North! Baltic Sea Region Studies: Past – Present – Future, hrsg. v. Carsten Schymik, Valeska Henye u. Jochen Hille (Karsten Brüggemann)	290
Ute Schmidt, Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute) (Victor Herdt)	293
Frank M. Schuster, Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919) (Jürgen Heyde)	298
Darius Staliūnas, Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863 (Karsten Brüggemann)	302
Vom Symbol zur Realität. Studien zur politischen Kultur des Ostseeraums und des östlichen Europas, hrsg. v. Walter Rothholz u. Sten Berglund (Elsa Tulmets)	308
Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Gregor Thum (Thomas Serrier)	312
Die Autoren der Abhandlungen	317

Editorial

Obwohl Massenmedien im Sinne von Verbreitungsmedien für gesellschaftliche Kommunikation seit ihrer Entstehung eine immer größere Bedeutung gewonnen haben, wird Geschichte relativ selten aus einer diese Medien ins Zentrum stellenden Perspektive erzählt. Als historische Quellen sind Massenmedien inzwischen anerkannt,¹ und zur Systemtransformation in den mittel- und osteuropäischen Staaten nach 1989 wurde die faszinierende Rolle der Massenmedien auch bereits beschrieben.² In diesem Heft des „Nordost-Archivs“ werden die Massenmedien in ihrer Funktion für die Vergesellschaftung und den Gesellschaftswandel über politische Öffentlichkeit in einem historisch breiteren Rahmen für die Region Nordosteuropas untersucht. Es werden Segmente der Medienöffentlichkeit und mediale Herstellungsbedingungen betrachtet, an die sich Überlegungen anschließen lassen, wie diese sich auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt bzw. die Formierungs- bzw. Reformierungsprozesse im jeweiligen historischen Zeitraum in der nordosteuropäischen Region, in Schweden, Deutschland, Polen, Estland und Lettland auswirkten. Diese medien- und

¹ Vgl. Bernd Söseman, *bißweilen Errata vnd vngleichheiten. Die Zeitung als historische Quelle*, in: *Relation. Medien, Gesellschaft, Geschichte* 1 (1994), Nr. 1, S. 6-70. Im Speziellen für die Region Mitteleuropa: Eduard Mühle, *Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt“*. Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle. Marburg 1997.

² Vgl. Jerome Aumente (u.a.), *Eastern European Journalism Before, During and After Communism*. Creskill 1999; Jane Leftwich Curry, *Poland's Journalists, Professionalism, and Politics*. Cambridge 1990; Karl von Delhaes, *Zur Rolle der legalen polnischen Presse in der Selbstauflösung des Systems*, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 2 (2000), S. 188-208; Tomasz Goban-Klas, *The Orchestration of the Media, The Politics of Mass Communications in Communist Poland and its Aftermath*. Boulder 1994; Peter Gross, *Entangled Evolutions. The Media and Democratization in Eastern Europe*. Washington 2002; Svennik Høyer (u.a.), *Towards a Civic Society: The Baltic Media's Long Road to Freedom*. Tartu 1993; Karol Jakubowicz, *Media in Transition, The Case of Poland*, in: *Media Reform, Democratizing the Media, Democratizing the State*, hrsg. v. Monroe E. Price (u.a.). London 2002, S. 203-231; Karol Jakubowicz (u.a.), *Glasnost and after, Media and Change in Central and Eastern Europe*. Creskill 1995; Ellen Mickiewicz, *Transition and Democratization: The Role of Journalists in Eastern Europe and the Former Soviet Union*, in: *The Politics of News, the News of Politics*, hrsg. v. Doris Graber (u.a.). Washington 1998; Patrick O'Neill, *Communicating Democracy: The Media and Political Transitions*. Boulder, Col. 1998; Colin Sparks u. Anna Reading, *Understanding Media Change in East Central Europe, Media, Culture & Society* 16 (1994), Nr. 2, S. 243-270; Barbara Thomaß u. Michaela Tzankoff, *Medien und Transformation in Osteuropa*. Wiesbaden 2001; Peeter Vihalemm, *Baltic Media in Transition*. Tartu 2002; Katrin Voltmer, *Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa, Strukturen und Dynamik öffentlicher Kommunikation im Prozess des Regimewechsels*, in: *Zur Zukunft der Demokratie, Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, hrsg. v. Hans-Dieter Klingemann u. Friedhelm Neidhard. Berlin 2000, S. 121-151.

kommunikationswissenschaftliche Perspektive ist insofern höchst interessant, als einerseits in dieser Region – in einem kürzeren Zeitraum als in anderen Regionen Europas – der Aufstieg der modernen, inzwischen klassischen Massenmedien Print, Film und Rundfunk mit wichtigen Vergesellschaftungsprozessen für die heutigen politischen Strukturen einherging. Andererseits stellt sich vor dem Hintergrund von Migration in der globalisierten Welt und der europäischen Integration aktuell die Frage, ob und wie in Europa eine kulturell vielfältige, politisch diskursive Öffentlichkeit als legitimierende Grundlage eines europäischen Demos entsteht, und welche Rolle die Medien in diesem Transnationalisierungsprozess einnehmen.

Die unterschiedlichen Ansätze, mit denen die Autoren und Autorinnen dieses Heftes ihr jeweiliges Thema bearbeiten, vereint die Fragestellung nach der Formierung gesellschaftlicher Öffentlichkeiten. In der Reihenfolge der Beitragsthemen, die in einer zeitlichen Chronologie geordnet sind, zeigt sich auch der historische Wandel der zentralen Fragestellung, wie in der anschließenden kommunikations- und medienwissenschaftlichen Einführung dargestellt.

Der Blick auf die Region aus der Perspektive der Gesellschaft als Kommunikationsstruktur

Die Medien- und Kommunikationswissenschaften beschäftigen sich einerseits mit den Strukturen von Medienorganisationen und Wechselwirkungen zwischen Medien und Gesellschaftswandel und andererseits mit Medieninhalten mit sowohl sozialwissenschaftlichen als auch mit geistes- und kulturwissenschaftlichen Ansätzen. Sie sind – bedingt durch die Thematik und durch das geringe Alter dieser wissenschaftlichen Fachbereiche – sich überschneidende, sehr heterogene Disziplinen, deren Arbeitsfelder und Ansätze teilweise auch mit denen anderer wissenschaftlicher Disziplinen wie Wirtschafts- und Politikwissenschaft, Sprach-, Literatur-, Theater- und Kulturwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Informatik zusammenfallen bzw. aus diesen Gebieten übernommen werden. Entsprechend heterogen sind die Ansätze der Beiträge des vorliegenden „Nordost-Archivs“.

In den Kommunikations- und Medienwissenschaften wird – wie auch in der Soziologie allgemein – die Gesellschaft meist als beständiger Kommunikationsprozess verstanden, über den sie sich historisch formiert hat und der sie in der Gegenwart zusammenhält. Neben der direkten *face-to-face*-Kommunikation auf der Mikroebene in kleinen

Gemeinschaften ist für die sozialwissenschaftlich orientierte Kommunikationswissenschaft vor allem die nicht direkte, sondern die medienvermittelte bzw. heute durch die modernen Massenmedien hergestellte und verbreitete Kommunikation von Interesse. Zu semiotischen, semantischen und anderen Fragen der interpersonellen Kommunikation werden hier die Fragen nach den gesellschaftlichen Strukturen bearbeitet, wie sie institutionalisiert sind bzw. sich kommunikativ vermitteln und zu bestimmten kollektiven, gesellschaftsübergreifenden Vorstellungen führen.

Um sich auf diese intendierte wissenschaftliche Perspektive einlassen zu können, mit der die in diesem „Nordost-Archiv“ aufgeworfenen Fragen bearbeitet werden, bedarf es an Aufmerksamkeit für die spezifische Bearbeitung von Themen und Verwendung von Begriffen in den Medien- und Kommunikationswissenschaften. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund der beschriebenen Heterogenität und disziplinübergreifenden Charakteristik der Forschungsgegenstände in diesen wissenschaftlichen Disziplinen.

In der vorliegenden Ausgabe werden Vergesellschaftungsprozesse und die dazugehörigen Diskurse in der nordosteuropäischen Region beschrieben, die sich in den untersuchten Ländern anhand der Titularnation oder in Abgrenzung dazu entwickelt haben. Der nationale Bezugspunkt in demokratischen Staaten ist in der auch gegenwärtig noch üblichen, allgemeinen Vorstellung implizit ethnisch definiert und verweist auf Konstruktionen historischer Kultur- oder Staatsnationen bzw. auch auf Konstruktionen von Minderheiten, wie sie sich im öffentlichen Diskurs formiert haben und noch heute formieren.³ Der klassische Begriff aus der Zeit der Aufklärung und Nationsbildung in Europa, der diesen gesellschaftlichen, kommunikativen Aushandlungsprozess theoretisch fasst, ist der Begriff der (nationalen) „Öffentlichkeit“. Es ist ein vielschichtiger Begriff der politischen Ideengeschichte; aus diesem Grund und um die medien- und kommunikationswissenschaftliche Sichtweise darzulegen, wird dieser Begriff zur Einordnung der Beiträge an dieser Stelle erläutert.

Darüber hinaus wird das Verständnis von Massenmedien präzisiert und erläutert, wie es sich in kommunikations- und medienwissenschaftlicher Sichtweise vom Alltagsverständnis unterscheidet. Gleichzeitig wird dabei die Anbindung an den Öffentlichkeitsbegriff bzw.

³ Vgl. Dieter Oberndörfer, *Völkische Nation und demokratischer Verfassungsstaat. Abschied vom völkischen Staat?*, in: *Nur Götter und Götzen? Zur Aktualität des Mythos*, hrsg. v. Claus Urban u. Joachim Engelhard. Ahaus 2003, S. 122-138.

die Funktion der Massenmedien für die gesellschaftliche Integration über Öffentlichkeit geklärt, auf die in den Beiträgen dieses Buches explizit oder implizit verwiesen wird.

Während der erste Teil des Nordost-Archivs wissenschaftlich mit klassischen Öffentlichkeitskonzepten gerahmt werden kann, trifft das für die weiteren Beiträge nicht mehr ohne weiteres zu. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich im heutigen Öffentlichkeitsdiskurs der Begriff der politischen und implizit nationalen Öffentlichkeit angesichts der fortschreitenden Demokratisierung und damit einhergehenden politischen Integration sowie der Pluralisierung von Lebensstilen in Teilöffentlichkeiten, aber auch mit der politischen Integration innerhalb der Europäischen Union auflöst.

Im zweiten Teil wird auf letzteren Prozess, d.h. verschiedene transnationale Öffentlichkeiten eingegangen. Zum einen auf die lautstarken Reaktionen in Polen auf das deutsche unternehmerische Engagement im polnischen Zeitungsmarkt; zum anderen wird in den weiteren Beiträgen auf die Entwicklung einer komplementären europäischen Öffentlichkeit⁴ eingegangen, wie sie sich aktuell in Polen und Lettland in Bezug auf europäische Politik entwickelt.

Zuletzt wird im dritten Teil das nationale Öffentlichkeitskonzept sozusagen nach innen erweitert. In einem Beitrag werden Medienschaffende in Schweden und Deutschland beschrieben, die nicht der Titularnation angehören, und in einem weiteren Beitrag ein multiethnisches Radioprogramm in Deutschland, das sich sowohl an die deutsche als auch an die nicht-deutschsprachige Bevölkerung in Berlin und Umgebung wandte. Hier zeigt sich für die im Folgenden zu beschreibenden kollektiven Vorstellungen von Nation und Öffentlichkeit, wie schwerfällig gesellschaftliche Strukturen aufbrechen, obwohl sie doch „nur“ auf flüchtigen Kommunikationen basieren, weil diese wiederum auf die unbewussten, kulturell tief verwurzelte Konventionen verweisen, die sich den Menschen einer Gesellschaft im interpersonellen Diskurs, aber eben auch über die gesellschaftliche Öffentlichkeit einprägen.

⁴ Vgl. Ulrich K. Preuß, Transformation des europäischen Nationalstaates – Chance für die Herausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit?, in: Europäische Öffentlichkeit, hrsg. v. Claudio Franzius u. d.ers. Baden-Baden 2004, S. 44-60, hier S. 59.

Öffentlichkeit als nationales Konzept

Öffentlichkeit ist ein Begriff der politischen Ideengeschichte, der sich sowohl auf ein normatives Ideal als auch auf ein empirisch beobachtbares, soziales Phänomen beziehen lässt. Seine philosophische Begriffskarriere lässt sich bis in die Zeit des sich entwickelnden Bürgertums und der Aufklärung zurückverfolgen.⁵ Das Ideal der Öffentlichkeit wurde getragen von einer Bildungselite mit einem individuell freiheitlichen Selbstverständnis, die ihre politische Meinung öffentlich diskutierte und damit zunehmend die idealistischen Werte mit ganz konkreten politischen Forderungen verband.⁶ Öffentlichkeit stand hier als der Begriff für Transparenz und Mitbestimmungsrechte der Bürger gegenüber dem arkanen Regieren des vordemokratischen Souveräns. Inzwischen ist Öffentlichkeit als empirische Größe aus der heutigen, demokratischen Vorstellung von Gesellschaftsordnung nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig mit der Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit kam es zur Entwicklung einer u.a. durch gelockerte Zensur nicht mehr nur verlautbarenden, sondern auch erklärenden und kommentierenden Presse im 19. Jahrhundert.⁷

Das Verständnis von politischer Öffentlichkeit ist historisch im nationalen Rahmen entstanden.⁸ Damit besteht auch heute noch ein Bezug der Vorstellung von Öffentlichkeit zur politischen Entität des Nationalstaats, während zur Aufklärungszeit im Sinne des Weltgeists die Öffentlichkeit prinzipiell noch universell gedacht werden konnte.

Sowohl in Nationalstaaten, die sich im Zuge der Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften mit industriell-kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen formierten, als auch generell beruht der gesellschaftliche Zusammenhalt auf komplementären Kommunikationsgewohnheiten,⁹ d.h. auf den etablierten, hierarchisch ordnenden Kommunikationsstrukturen.¹⁰ Während diese Strukturen im Mittelalter die Frei-

⁵ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Öffentliche Meinung, in: Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation, hrsg. v. ders. (u.a.), Frankfurt a.M. 1994, S. 366-382, hier S. 369; Myra Marx Ferec (u.a.), Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies, in: *Theory and Society* 31 (2002), S. 289-324.

⁶ Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M. 1992.

⁷ Vgl. Ulrich Püschel, Zeitungskommunikation unter gelockelter Zensur. Die Zeitung als Organ der öffentlichen Meinung (1842), in: *Folia Linguistica* 25 (1991), S. 243-268.

⁸ Vgl. u.a.: Hans-Jörg Trenz, Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt a.M. 2005, S. 23.

⁹ Vgl. Karl W. Deutsch, *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*. Düsseldorf 1972, S. 27.

¹⁰ Vgl. u.a.: Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M. 1987.

heit der Menschen nach gottgegebener Herkunft und Zugehörigkeit beschränkten, wandelten sie sich in der Neuzeit im Zuge der bürgerlichen Emanzipation und der Aufklärung sowie des neuzeitlichen Frühkapitalismus mit einer entstehenden wirtschaftlichen Arbeitsteilung. Auch die Gewährung von (geografischem) Bewegungsraum für die Bevölkerung trug im Zuge dieses Strukturwandels zur Erweiterung der Bewusstseins horizonte der einzelnen Menschen bei.¹¹ Gleichzeitig wurde die Bevölkerung „den Zwängen und Chancen der Industrie und marktwirtschaftlich organisierten Konkurrenzgesellschaft ausgesetzt.“¹² Mit den neuen Spielräumen stiegen die rationalen Anforderungen an die Bevölkerung und eine entsprechende Nachfrage nach Information, u.a. um Entscheidungen für die Gestaltung des eigenen Schicksals treffen zu können. Die Entwicklung des Verlags- und Pressewesens, von Lesezirkeln und Lesegesellschaften ist vor diesem Hintergrund zu verstehen.¹³

Nicht nur auf der individuellen und das Individuum betreffenden Ebene, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene veränderten sich in der Nationsbildung die kommunikativen Strukturen bzw. das kollektive Bewusstsein. Kulturelle Praktiken und Ereignisse der politischen Geschichte wurden neu als Traditionen und gemeinsame Vergangenheit angeeignet und andere als die Gesellschaft stabilisierende oder auch politisch mobilisierende, nationale Sinnvorstellungen den mit den neuen Freiheiten einhergehenden neuen Unsicherheiten entgegengesetzt. Neben dieser symbolischen Konstruktion einer gemeinsamen nationalen Identität als kulturellem Artefakt¹⁴ in der Vergangenheit bildete sich gleichzeitig aber auch eine gemeinschaftliche Hochsprache und Kultur in den entstehenden Nationen heraus.¹⁵

¹¹ Vgl. u.a.: Walter Demel, Europäische Geschichte des 18. Jahrhunderts. Stuttgart 2000.

¹² Jürgen Joachimsthaler, Mythos „Volk“. Zur Vorgeschichte und Entstehung der National-Texturen Mittel-Ostmittel- und Nordosteuropas, in: Nordost-Archiv, Zeitschrift für Regionalgeschichte XVI (2007): National-Texturen. National-Dichtung als literarisches Konzept in Nordosteuropa, hrsg. v. dems. u. Hans-Christian Trepte, S. 19-78, hier S. 19.

¹³ Vgl. Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit. Wandlungen in Presse und Alltagskultur am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, hrsg. v. Holger Böning. München/London 1992 (Deutsche Presseforschung. 28).

¹⁴ Vgl. Benedict Anderson, Imagined Communities. London 1983; Eric Hobsbawm u. Terence Ranger, The Invention of Tradition. Cambridge 1992; auch Peter L. Berger u. Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M. 1969; Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a.M./New York 1991.

¹⁵ Vgl. Harald Haarmann, Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural. Frankfurt a.M. 1993, S. 210 ff.; Bernhard Giesen, Nationale und kulturelle Identität, Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Frankfurt a.M. 1992.

In den Regionen und Staaten (bis auf Schweden), die im vorliegenden Heft des „Nordost-Archiv“ thematisiert werden, fanden die nationalen Einigungsbewegungen erst relativ spät, d.h. im 19. Jahrhundert statt. Es handelte sich hier um Bewegungen von Bildungseliten, die sich auf historisch gewachsene Kultur- und Sprachgemeinschaften beriefen, deren fremdbeherrschte oder politisch getrennte Bevölkerungen vereint werden sollten. Sie wandten sich dabei an die imaginierten nationalen Öffentlichkeiten und suchten die Bevölkerungen politisch zu mobilisieren, zu bilden und ihr Selbstbewusstsein zu stärken.¹⁶ Ihr Engagement wirkte sich stark auf die Entwicklung der Printmedien aus, die sich zu dieser Zeit vervielfältigten und professionalisierten.¹⁷

In den national orientierten Publikationen wurden – neben allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Informationen – sowohl die vereinigenden Volksmythen¹⁸ zu den als nationales Erbe konstruierten historischen Ereignissen veröffentlicht, als auch – wie im ersten Beitrag des Bandes beschrieben – ganz konkrete, alltagspraktische Anleitungen sowie Beiträge zur Wissensvermittlung, um den adressierten Bevölkerungsgruppen bei der Bewältigung ihres Alltags und der Verbesserung ihrer Lebenssituation zu helfen.

Die periodischen Publikationen schufen über ihre regelmäßigen Leser distinkte Öffentlichkeiten. In diesen hier in der Presse sich empirisch verwirklichenden, nationalen Öffentlichkeiten wurden unterbewusste, beständige Wertesysteme etabliert. Die Zeitungen und Zeitschriften hatten so ihren jeweils für die Publikation spezifischen Anteil an der Erschaffung eines Gemeinschaftsverständnisses, das die adressierten Bevölkerungsgruppen innerhalb der Großreiche Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland in den nationalen Bewegungen entwickelten.

Beide theoretischen Begriffe, die Nation als eine ethnisch homogene und gleichberechtigte Volksgemeinschaft und die Öffentlichkeit als diese Gemeinschaft politisch integrierende soziale Kommunika-

¹⁶ Vgl. Holger Böning, *Zeitungen und Zeitschriften für das „Volk“*. Dokumentation zur Politisierung der deutschen Öffentlichkeit nach der Französischen Revolution. Bremen 1989.

¹⁷ Vgl. Heinz Pürer u. Johannes Raabe, *Presse in Deutschland*. 3. überarb. u. erw. Aufl., Konstanz 2007; Ernst Bollinger, *Pressegeschichte 2 (1840–1930): Die goldenen Jahre der Massenpresse*. Freiburg 1996.

¹⁸ Vgl. für die Region Nordost-Archiv (wie Anm. 12), darin: Joachimsthaler, *Mythos* (wie Anm. 12), S. 19–77; Eugen Kotte, *Historienliteratur als nationale Mythografie: Gustaf Freytags „Soll und Haben“*, Henryk Sienkiewiczs „Die Kreuzritter“ und Alois Jiraseks „Chodische Freiheitskämpfer“, in: Ebenda, S. 181–238.

tionspraxis¹⁹ oder Marktplatz der politischen Ideen verstehen,²⁰ sind historische Idealvorstellungen hinsichtlich ihrer universellen sozialen Inklusion von allen Gesellschaftsgruppen. Nationalstaaten müssen tatsächlich eher als mehr oder weniger ethnisch homogene Einheiten verstanden werden, was bis heute in verschiedenen Teilen Europas noch zu Konflikten führt.²¹ Wobei von den hier thematisierten Ländern nur in der politischen Öffentlichkeit Lettlands eine nicht integrierte, ethnische Minderheit eine bedeutende Rolle spielt.²² Hier handelt es sich wiederum nicht um nur eine ethnische Minderheit, denn es sind mehrere Sprach- und Kulturgruppen, die in der russischsprachigen Bevölkerung aufgehen. Vielmehr wird das Konzept der Minderheit genutzt als politische Ressource²³ einer Gruppe, die nach der Unabhängigkeit des Landes politisch-rechtliche sowie kulturelle, soziale und wirtschaftliche Nachteile erlebte; dies wurde vor allem auch auf europäischer Ebene durch die Menschenrechtskonventionen zum EU-Beitritt sanktioniert.

Politische Aushandlungsprozesse in modernen Demokratien basieren also heute noch auf einem ethnischen Konzept der Gemeinschaft, das von feststehenden Eigenschaften gekennzeichnet ist und als homogen dargestellt wird. Dies gilt auch für die Region Nordosteuropa, für deren nationale Entwicklung sicherlich die Unterbrechung des gerade begonnenen Nationsbildungsprozesses während der kommunistischen Zeit von Bedeutung ist.²⁴ Das ist wahrscheinlich der Grund, warum es heute immer noch zu meist kleinen, aber sichtbaren Abgrenzungphänomenen kommt, die nach dem Beitritt zur EU fast anachronistische Züge aufweisen, wie beispielsweise das Auftreten des polnischen Premiers Jarosław Kaczyński in den Institutionen der EU.²⁵

¹⁹ Vgl. u.a.: Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, in: Berlinische Monatsschrift 22, September 1793, S. 201-284; Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde., Frankfurt a.M. 1981.

²⁰ Vgl. John Stuart Mill, On Liberty. London 1859.

²¹ Vgl. Martina Boden, Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa. Ursprünge, Entwicklungen, Krisenherde. München 1993.

²² Zum Nationalitätenkonflikt in Lettland vgl. Graham Smith, The ethnic democracy thesis and the citizenship question in Estonia and Latvia, in: Nationalities Papers 24 (1996), Nr. 2, S. 199-216.

²³ Vgl. Reetta Toivanen, Das Paradox der Minderheitenrechte in Europa, in: SWS-Rundschau 45 (2005), Nr. 2, S. 185-207.

²⁴ Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, hrsg. v. Egbert Jahn. Bd. 2: Nationalismus in den Nationalstaaten. Baden-Baden 2009.

²⁵ Z.B. „Kaczyński fordert Anrechnung von Millionen Kriegstoten in EU-Stimmenstreit“.

Desgleichen ist jedoch auch das weniger hinterfragte Ideal der politischen Öffentlichkeit als in der Demokratie normativ tief verankertem Konzept der politischen Integration der Gesellschaft weder empirisch in seiner Komplexität als soziales Phänomen erfassbar²⁶ noch in der idealisierenden Form einer gesellschaftlich integrierenden, die öffentliche Meinung darstellenden politischen Größe heute noch unbedingt tragbar. Die sich über die Öffentlichkeit und heute vor allem über die Massenmedien aktuell formierende öffentliche Meinung entspricht eben nicht einem gesellschaftsübergreifenden Gemeinwillen, der die demokratische Politik lenken sollte.²⁷ Dies hat sich deutlich in der Zwischenkriegszeit bis nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, in der Massenmedien als Propagandamaschinen zur Herstellung politischer Öffentlichkeit genutzt wurden. Im zweiten Beitrag des „Nordost-Archivs“ wird als Beispiel hierfür die deutsche und polnische Filmpropaganda hinsichtlich der jeweiligen politischen Zugehörigkeit Oberschlesiens zur Zeit der Volksabstimmung im Jahr 1921 und nach der Konferenz von Locarno im Jahr 1925 beschrieben.

Teil I: Massenmedien als sinnbildende Institutionen um die Jahrhundertwende und zwischen den Weltkriegen

Die Autoren der ersten beiden Beiträge beschäftigen sich mit Öffentlichkeiten in den Russischen Ostseeprovinzen, konkreter dem heutigen Estland, Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sowie in Oberschlesien, Polen und Deutschland zwischen den Weltkriegen. Es werden spezielle Angebote der Massenmedien untersucht, die bedeutend für bestimmte Nationalismen in den jeweiligen Regionen waren, weil sie sich mit politisch mobilisierender Intention an bestimmte ethnische Bevölkerungsgruppen wandten.

Im ersten Beitrag von Johan Eellend handelt es sich um eine estnische Medienöffentlichkeit in einer Zeit, in der sich die estnische Na-

„Der polnische Premier Jaroslaw Kaczynski prescht mit einem neuen Argument im Streit um die EU-Stimmverteilung vor: Er verlangt jetzt, die polnischen Toten im Zweiten Weltkrieg zu berücksichtigen. Ohne sie hätte das Land heute schließlich ‚eine Bevölkerung von 66 Millionen‘“, in: Spiegel-online v. 21. Juni 2007.

²⁶ Vgl. John Durham Peters, *Historical Tensions in the Concept of Public Opinion*, in: *Public Opinion and Communication of Consent*, hrsg. v. Theodore L. Glasser u. Charles T. Salmon. New York 1995, S. 3-32, hier S. 18.

²⁷ Vgl. Ulrich Sarcinelli, „Fernsehdemokratie“. *Symbolische Politik als konstruktives und als destruktives Element politischer Wirklichkeitsvermittlung*, in: *Öffentlichkeit und Kommunikationskultur*, hrsg. v. Wolfgang Wunden. Hamburg 1994, S. 31-41.

tionsbildung im politischen Sinne der Staatengründung gerade erst ankündigte. Johan Eellend beschreibt die estnischsprachige Öffentlichkeit auf dem Land nach der Abschaffung der Leibeigenschaft in der Region in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und dem Landreformgesetz von 1849. Für ein neues Zielpublikum entstanden estnische, auf landwirtschaftliche Inhalte spezialisierte Zeitschriften. Diese Publikationen bedienten die estnischen Landbesitzer, die in der estnischen Bevölkerung eine neue Elite darstellten. Sie schufen nicht nur eine Öffentlichkeit für die relevanten Themen dieser Gruppe, sondern auch eine neue Identität über eine ideologisch agrarische Um- oder Neudeutung der Geschichte mit dem estnischen (männlichen) Bauern als Leitfigur. Diese landwirtschaftliche Ideologie wirkt bis heute nach – sowohl bei der Umweltbewegung in den 1980er Jahren als auch bei der Landreform nach der Unabhängigkeit 1991.²⁸

Diese estnisch-bäuerlichen Öffentlichkeit hatte nach Eellends These eine integrierenden Funktion: Sie konnte im ländlichen Raum Anreize schaffen, die ethnischen Spannungen in dieser Region zwischen Esten und Deutschbalten zu überwinden. Andererseits wurden andere Bevölkerungsgruppen, d.h. vor allem die landlose estnische Bevölkerung als potenzielle Zielgruppe durch die Ideologie dieser Zeitungen nicht angesprochen. Trotz dieser Ausgrenzung trugen diese Publikationen im Vorfeld der estnischen Nationsbildung maßgeblich zu Ausprägung der estnischen kollektiven Identität bei.

Ein negatives, da abgrenzendes Beispiel der Herstellung nationaler Öffentlichkeit wird im zweiten Beitrag beschrieben. Urszula Biel und Brigitte Braun untersuchen nationalistische Propaganda zum Gebiet Oberschlesien in der deutschen und polnischen Filmproduktion der Zwischenkriegszeit. Diese Propaganda nutzte intentional das neue Medium Film, das zwischen den Weltkriegen als extrem wirkungsmächtig für die politische Mobilisierung der Bevölkerung erkannt wurde. Sowohl die deutsche als auch die polnische Seite versuchte über stark emotionalisierte Filme eine historisch gewachsene, nationale Zugehörigkeit der oberschlesischen Bevölkerung und der Region zu Deutschland sowie zu Polen zu vermitteln und zugleich die jeweils andere Seite in ihrem „natürlichen“ nationalen Anspruch an das Gebiet zu diskreditieren.

²⁸ Vgl. Tim Unwin, *Agrarian Change and Integrated Rural Development in a Policy Vacuum. The Case of Estonia*, in: *European Urban and Regional Studies* 1 (1994), H. 2, S. 180-185, hier S. 181.

Teil 2: Transnationale Massenmedien und Öffentlichkeit in Nordosteuropa

Im zweiten Teil des „Nordost-Archivs“ geht es um transnationale Öffentlichkeiten, wie sie in den Medien in Polen und Lettland zu beobachten sind; zum einen um eine gemeinsame, polnisch-deutsche Öffentlichkeit, zum anderen um eine politische, europäische Öffentlichkeit in Lettland und Polen. Es ist heute im allgemeinen Verständnis üblich, gesellschaftliche Öffentlichkeit mit Medienöffentlichkeit gleichzusetzen, weil die modernen Massenmedien für die gesellschaftliche Kommunikation eine so zentrale Rolle übernommen haben.²⁹

Diese Gleichsetzung ist aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht insofern problematisch, als dass die Rolle der Massenmedien und die Bedingungen der Herstellung von gesellschaftlicher Öffentlichkeit nicht beachtet werden. Daher wird an dieser Stelle zur Präzisierung der Unterschied zwischen allgemeiner und massenmedialer Öffentlichkeit erläutert und erst danach in den zweiten Teil des Bandes eingeführt.

In der modernen Gesellschaft sind Massenmedien als Vermittler des kulturellen Austauschs³⁰ zu den alle gesellschaftlichen Prozesse prägenden Instanzen aufgestiegen.³¹ Sie ermöglichten nicht nur eine vermehrte, zeitunabhängige, nicht von der Anwesenheit von Personen abhängige Kommunikation. Über die massenmedialen Strukturen, die einen relativ einseitigen Informationsfluss an ein diffuses, imaginiertes Publikum in ihrer spezifischen Weise transportieren, reproduzieren sich die gesellschaftlichen Wertesysteme. Dabei sind Massenmedien durch die politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft geprägt.³²

²⁹ Gerhards, der wesentlich am aktuellen Öffentlichkeitsdiskurs beteiligt ist, äußert sich explizit: „Öffentlichkeit in gegenwärtigen Gesellschaften bedeutet in erster Linie massenmediale Öffentlichkeit.“ Vgl. Jürgen Gerhards, Öffentlichkeit, in: Grundlagentexte zur Journalistik, hrsg. v. Irene Neverla (u.a.). Konstanz 2002, S. 132.

³⁰ Die seit dem „cultural turn“ etablierte Sichtweise der zentralen Bedeutung von Kultur für alle Gesellschaftsprozesse sieht nicht von materiellen, ökonomischen oder machtvollen, politischen Prozessen in der Gesellschaft ab. Diese sind jedoch kulturell geprägt durch die Vorstellungen, die die Menschen von Politik und Wirtschaft haben. Vgl. Stuart Hall, Die Zentralität von Kultur, in: Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation, hrsg. v. Andreas Hepp u. Martin Löffelholz. Konstanz 2002, S. 113.

³¹ Vgl. u.a.: Richard Münch, Dynamik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt a.M. 1995.

³² Vgl. Daniel C. Hallin u. Paolo Mancini, Comparing Media Systems, Three Models of Media and Politics. Cambridge 2004; Barbara Thomaß, Mediensysteme im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2007.

Massenmedien lassen sich differenzieren als kommunikatives Funktionssystem der Gesellschaft, als Verbreitungstechniken und als Medienunternehmen. Im Medienunternehmen wird das Handelsgut Information organisiert, im Funktionssystem werden dagegen die aus massenmedialer Sicht relevantesten Informationen ausgewählt und in einer medienspezifischen Weise für die Gesellschaft aufbereitet.³³ Massenmediale Öffentlichkeit steht daher mit ihrer professionellen Themenauswahl und Präsentation keinesfalls für eine gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit, auch wenn sie in den Massengesellschaften die größte gesellschaftliche Reichweite erzielt. Massenmedien können die Vielfalt von öffentlich diskutierten Themen nicht bearbeiten, deshalb bleibt die über die Medienöffentlichkeit hinaus existierende Öffentlichkeit ungleich komplexer.³⁴ Die Öffentlichkeit ist also überall und wird von allen Mitgliedern der Gesellschaft getragen.³⁵ Im Unterschied dazu agieren Massenmedien autonom – nicht autark, denn sie sind von ihren Rezipienten abhängig –, ohne mit den Rezipienten der Information zu interagieren.³⁶ Dadurch können über Massenmedien gesellschaftliche Themen durchgesetzt werden.

Entsprechend der Funktion und Bedeutung der Massenmedien wird Gesellschaftswandel in den Massenmedien nicht nur sichtbar, sondern er wird gleichzeitig von den Massenmedien geprägt. Dabei haben sich die massenmedialen Strukturen selbst historisch gewandelt. Gerade die ursprüngliche, intrinsisch motivierte Nebenbeschäftigung von einzelnen Intellektuellen ist heute nur noch ein Teil des ansonsten riesigen professionellen Wirtschaftssektors mit vorwiegend unternehmerischen Interessen.

Ein aktueller Gesellschaftswandel, der derzeit stattfindet, betrifft die politische Kommunikation in Europa. Transnationale Öffentlich-

³³ Walter Lippmann war der erste, der Nachrichtenfaktoren als Selektionskriterien in der aktuellen Berichterstattung beschrieb, vgl. Walter Lippmann, *Public Opinion*. New York 1922. In der kommunikationswissenschaftlichen Nachrichtenwerttheorie wurden die Kriterien der Nachrichtenselektion untersucht, vgl. u.a.: Johan Galtung u. Marie Holmboe Ruge, *The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Foreign Newspapers*, in: *Journal of International Peace Research* 1 (1965), S. 64-90; Winfried Schulz, *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg 1976; Joachim Friedrich Staab, *Nachrichtenwert-Theorie: formale Struktur und empirischer Gehalt*. Freiburg 1990; Christiane Eilders, *Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information*. Opladen 1997.

³⁴ Vgl. Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung*. Bd. 2, Opladen 2005, S. 365.

³⁵ Vgl. Habermas, *Strukturwandel* (wie Anm. 6), S. 90; Luhmann, *Aufklärung* (wie Anm. 34), S. 165.

³⁶ Vgl. Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden 2004, S. 11.

keiten bilden sich hier über gemeinsame politische Interessen und die grenzüberschreitenden ökonomische Verflechtungen im zusammenwachsenden Europa. In den Massenmedien ist diesbezüglich neuerdings nicht mehr nur internationale Kommunikation zu beobachten, bei der Beziehungen zwischen den Nationen hergestellt werden, sondern es entsteht hier auch eine transnationale Struktur, die über die nationalen Bezüge hinaus gemeinsame Bezüge in der europäischen Öffentlichkeit schafft.³⁷

Im ersten Beitrag des zweiten Teils wird eine Debatte beschrieben, bei der aktuelle, transnationale ökonomische Strukturen der Massenmedien in Nordeuropa zum Thema geworden sind. Maren Röger beschäftigt sich mit dem unternehmerischen Engagement deutscher Zeitungsverlage in Polen. Sie beschreibt dabei sowohl die Unternehmensstrategien der Verlage, die als „own global, act local“ charakterisiert werden können, als auch die empfindlichen Reaktionen in der polnischen Öffentlichkeit auf die Präsenz deutscher Verlage in ihrem Land.

Neben der polnischen Öffentlichkeit, die dieses Thema erregt, weist der hier zu beobachtende gesellschaftliche Diskurs über die nationalen politischen Grenzen hinaus, denn es wurde hier auch die deutsche Öffentlichkeit involviert. Wenn es sich auch um einen inhaltlich stark abgrenzenden, stereotypisierenden Fall der transnationalen Öffentlichkeit in Europa handelt, der in diesem Beitrag beschrieben wird, zeigt sich vielleicht dennoch die integrierende Wirkung von Öffentlichkeit durch Synthetisierung,³⁸ d.h. über einen kollektiven Prozess der Meinungsbildung durch die Verarbeitung von verschiedenen, teils komplementären Informationen,³⁹ wodurch dieses Thema verarbeitet und die Kommunikation dazu zwischen Polen und Deutschen geordnet wird. Die Zukunft wird zeigen, ob sich eine Gelassenheit einstellt.

Anschließend folgen zwei Texte zu Untersuchungen, die in eine aktuelle wissenschaftliche und auch politische Debatte zur europäischen Öffentlichkeit eingeordnet werden können. Hier hat sich in jüngster Zeit über den Öffentlichkeitsbegriff ein reiches Forschungsfeld um die Problematik der demokratischen Legitimität der EU aufgetan, wo-

³⁷ Zur Unterscheidung zwischen internationaler und transnationaler Kommunikation vgl. Erwin Faul, Europäische Staatswesen und „Neue Medien“ – Neuorientierung oder Desorientierung der Fernsehpolitik, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 2 (1990), S. 139-153.

³⁸ Vgl. Amitai Etzioni, *The Active Society*. New York 1968, S. 143 ff.

³⁹ Gerhards und Neidhardt sprechen von „Throughput“, vgl. Jürgen Gerhards u. Friedhelm Neidhardt, *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*. Berlin 1990, S. 13.

bei Öffentlichkeit hier im demokratiethoretischen Sinne verstanden wird. Mit der Gründung der EU durch den Vertrag von Maastricht, der 1992 von den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) ratifiziert wurde, wurden und werden zunehmend nationalstaatliche Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert. Dabei sind jedoch die europäischen Bürger nicht in gleichem Maße institutionell an das europäische Regieren angebunden wie in den nationalen Mitgliedsstaaten. Dabei und dadurch weisen die Strukturen zur demokratischen Willensbildung innerhalb der EU also heute wieder ein „Öffentlichkeitsdefizit“⁴⁰ im Sinne des historisch entstandenen Öffentlichkeitsideals auf, das inzwischen demokratiethoretisch und -praktisch in allen Ländern Europas verankert ist.

Der Öffentlichkeitsbegriff ist daher im Zusammenhang mit der europäischen politischen Integration aufgrund der Problematik der Anbindung des klassischen Begriffs an den Terminus der Nation noch einmal intensiv diskutiert worden.⁴¹ Dabei hat sich ein mehrheitlicher Konsens gebildet, das demokratische Öffentlichkeitsprinzip nicht im Sinne der Partizipation eines jeden Mitbürgers zu verstehen, sondern sich diesbezüglich auf die diskursive Leistung verschiedener Teilöffentlichkeiten für verschiedene politische Themen im politischen Prozess zu verlassen. Nach wie vor besteht aber darüber hinaus bei politischen Konflikten die Notwendigkeit nach Öffentlichkeit für die Akzeptanz politischen Entscheidens, d.h. zwischen den EU-Mitgliedsländern besteht ein transnationaler Verständigungsbedarf für die Funktionalität europäischen Regierens, wie es sich auch im aktuellen Verfassungsgebungsprozess der EU bei den negativ ausgefallenen Referenden in Frankreich und den Niederlanden gezeigt hat.⁴²

Johanna Möller und Katharina Kleinen von Königslöw schließen mit ihrem Beitrag an diese Öffentlichkeitsforschung an. Sie untersuchten die Berichterstattung der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ zu europäischer Politik über Stichproben zwischen 1982 und 2003 in einer Inhaltsanalyse. Zur Einführung und für die Beurteilung der Auswahl

⁴⁰ Jürgen Gerhards, *Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, hrsg. v. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Berlin 2001, 27 S.

⁴¹ Vgl. Dieter Grimm, *Braucht Europa eine Verfassung*. München 1995.

⁴² Einen relativ aktuellen Überblick zur wissenschaftlichen Diskussion zur europäischen Öffentlichkeit gibt Friedhelm Neidhardt, *Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand*, in: *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbacher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 46-61.

dieser Zeitung in ihrer Bedeutung für die polnische Medienöffentlichkeit beginnen sie dabei mit einem Überblick über die polnische Medienlandschaft. Nach der Darstellung der empirischen Vorgehensweise und Ergebnisse ziehen sie interessante, durch ihren theoretischen Ansatz gerahmte Schlüsse zur polnischen europäischen Öffentlichkeit: Während es in Polen deutliche Aufmerksamkeitsstrukturen für EU-Themen in der massenmedialen Öffentlichkeit in Form der „Gazeta Wyborcza“ zu beobachten gibt, bleiben die Verweisstrukturen der Identifikation stärker auf die nationale Identität als in anderen europäischen Staaten ausgerichtet.

Im anschließenden Beitrag wird von Katja Wetzel die lettische und russischsprachige Öffentlichkeit laut Meinungsumfragen, die Medienöffentlichkeit und die politische Kampagne der Regierungsparteien und anderer politischer Persönlichkeiten zum EU-Beitritt 2004 in Lettland beschrieben. Anhand ihrer Analyse stellt sich der EU-Beitritt von Lettland als ein Projekt der Führungselite des Landes dar, so dass auch heute wieder die EU-Skeptiker die Oberhand in der lettischen Öffentlichkeit haben. Denn in der lettischen Öffentlichkeit hat offensichtlich keine synthetisierende, d.h. verarbeitende und Akzeptanz schaffende Diskussion zum EU-Beitritt stattgefunden, sondern lediglich eine persuasiv angelegte Kampagne. Diese mangelnde Unterstützung sowie eine Unsicherheit in die Stabilität der Unabhängigkeit des Landes vor allem gegenüber dem mächtigen Nachbarland Russland auch angesichts der Integrationsprobleme der russischsprachigen Bevölkerung in Lettland führt offensichtlich heute zu einer Furcht vor einem Verlust der nationalen Autonomie, die sich in einem Misstrauen gegenüber einer europäischen Fremdbestimmung äußert.

Hier greift hinsichtlich des Öffentlichkeitsbegriffs auch eine These der Historiker Jörg Requate und Martin Schulze-Wessels, die unter der europäischen Öffentlichkeit schon historisch eine fiktive, appellative Instanz von weit reichender kommunikativer Bedeutung verstehen. An diese haben sich in der Geschichte immer wieder politische Gruppen gewandt, die auf der nationalen Ebene ihre politischen Interessen nicht durchsetzen konnten, aber die Hoffnung hegten, auf der europäischen Ebene bzw. in anderen Staaten Europas für ihre Anliegen öffentliche Zustimmung gewinnen zu können.⁴³

⁴³ Jörg Requate u. Martin Schulze-Wessel, Europäische Öffentlichkeit. Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: Dies., Europäische Öffentlichkeit. Frankfurt a.M. 2002, S. 11-39.

Teil 3: Zielkonflikte in der massenmedialen Öffentlichkeit zwischen ethnischer Abgrenzung und hybriden Lebenskulturen

Im dritten Teil des vorliegenden „Nordost-Archiv“ geht es schließlich um die aktuellste politische Problemlage hinsichtlich gesellschaftlicher Öffentlichkeit: die Frage der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund über den öffentlichen Diskurs in die Gesellschaft oder zumindest in das politische Gesellschaftsleben der Einwanderungsländer. In den Beiträgen des dritten Teils beschreiben einerseits personelle und andererseits kommunikative Strukturen von Migrationsmedien in Schweden und Deutschland, wobei sich ein – nach den bisherigen Ausführungen absehbarer – Konflikt zwischen einem demokratischen, national gewachsenen Verständnis von Öffentlichkeiten und dem redaktionellen Alltag erkennen lässt.

Problematisiert wird in beiden Beiträgen, dass die Ausgrenzung oder zumindest Unterscheidung der eigenen Identität, die Journalisten mit Migrationshintergrund im Beruf bzw. die Rezipienten von Massenmedien für Migranten erleben, zwar politisch als Problemlage der gesellschaftlichen Integration wahrgenommen werden, aber bisher keine fruchtbaren Strategien dagegen entwickelt worden sind.

Heike Graf beschreibt in ihrem Beitrag die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Journalisten mit Migrationshintergrund in Deutschland und Schweden zur Frage, wie sie das journalistische Berufsfeld vor dem Hintergrund ihrer Situation erleben. Dabei setzt sie an, den öffentlichen Diskurs zu diesem Thema bzw. die politischen Rahmenbedingungen in den beiden Ländern für Minderheitenmedien aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Befragung machen deutlich, dass Migranten im Journalistenberuf hinsichtlich ihrer Herkunft stigmatisiert werden und ihnen teilweise Nachteile entstehen, teilweise aber auch Vorteile, als „Quotenjournalisten“ oder als Spezialisten für die Region, aus denen sie ursprünglich stammen.

Im zweiten und abschließenden Beitrag dieses letzten Teils werden von Thomas Petzold und Aneta Podkalicka Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung präsentiert. Dabei wurde die öffentliche Debatte zum Berliner öffentlich-rechtlichen Radiosender „Multikulti“, der sich an in der Region lebende Migranten wendete, analysiert und Interviews mit Mitarbeitern und der Chefredakteurin des Senders geführt. Vor dem Hintergrund des semiotischen Konzepts der Hybridisierung, das auch in den *cultural* und *postcolonial studies* rezipiert und weiterentwickelt wurde, wird in der Analyse der Ergebnisse die Intention dieses Senders und anderer Sender

ähnlicher Art hinsichtlich einer „politisch wohl intendierten Logik“ der Programmgestaltung kritisiert. Hier scheint wieder ein klassischer, national oder ethnisch fundierter Öffentlichkeitsbegriff in der Programmpolitik des Radiosenders „Multikulti“ durch, bei dem die Hörer mit Migrationshintergrund als integrationswillige Teilnehmer zwischen selbstverständlichen ethnischen Grenzen verortet wurden und ein entsprechendes multiethnisches Serviceprogramm angeboten bekamen. Petzold und Podkalicka argumentieren dagegen, dass das Programm, das inzwischen aus finanziellen Gründen vom „Rundfunk Berlin Brandenburg“ (RBB) eingestellt wurde, sein Programmziel und sein Bestehen erfolgreicher hätte erreichen können, wenn statt der unflexiblen Vorgabe von Kriterien der politischen Integration „von oben“ eine Vorstellung von Alltagskultur als Prozess sich ständig vermischender kultureller Praktiken und damit die Anerkennung der politischen Integration „von unten“ die Programmgestaltung angeleitet hätte. Dadurch wäre eine bessere Anpassung an den dynamischen, soziokulturellen Wandel mit seiner Durchlässigkeit der sozialsprachlichen Grenzen möglich gewesen und eventuell ein größeres Zielpublikum erreicht worden.

Indira Dupuis, Berlin/Bochum

ABHANDLUNGEN

Unity through modernity: The agrarian media and the national question in Estonia at the turn of the 20th century

by Johan Eellend

Zusammenfassung

Mit dem vorliegenden Beitrag werden Linien von Inklusion und Exklusion nachgezeichnet, wie sie sich in den Medien für die ländliche Öffentlichkeit in Estland um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert darstellten. Der Fokus liegt dabei auf estnisch-sprachigen Landwirtschaftszeitschriften und -zeitungen sowie die ihnen zugrunde liegenden Verständnisse von Geschichte, Modernisierung und Sozialstruktur. Ein weiterer Blickwinkel ist auf die publizistischen Methoden gerichtet, die sich in ihrer Aussage gegen die deutschbaltischen adligen Landbesitzer richteten. Diese Publikationsorgane waren von großer Wichtigkeit für die Formierung und den Charakter einer estnisch-nationalen Identität sowie auch für die Modernisierung der estnischen Landbevölkerung. Unter Berücksichtigung einer erweiterten Herangehensweise bei der die Zeitschriften gleichsam als Beiträge und Bilder zu verstehen sind, werden Mechanismen von sozialer und ethnischer Division und Integration analysiert. In der vorliegenden Studie werden die Bezüge zu Geschichte und Vorstellungen von Modernisierung betrachtet, durch die soziale und ethnische Linien gezogen und konserviert wurden, zugleich werden auch der Austausch von deutscher und estnischer Sprachsphäre herausgefiltert und eine Entwicklungslinie hin zur Identifizierung von ähnlichen Zielen nachgezeichnet. Auf diese Weise können – während drei unterschiedlichen Perioden von 1860 bis 1914 – die Entwicklungen der ländlich zu verortenden Gesellschaftsschichten als erste Plattform für überkommene ethnische und soziale Spannungen zwischen der neu entstandenen unabhängigen Bauernschicht und den adligen Großgrundbesitzern verstanden werden.

The problem

In Estonian narratives, folk culture and history the relationship between the Baltic German lords and the Estonian rural population is commonly described as polarized and tense. The history of the 19th and early 20th century rural society is thereby described as a continuum of the relation of the situation during serfdom. The picture is underlined by the focus in Estonian 19th century history on the national movement, providing an ethnically polarized picture of the Estonian countryside. However, the late 19th and early 20th century was also marked by a rapid modernization of the Baltic societies, which radically changed the conditions in rural society. The modernization shows pictures of conflict as well as cooperation and of interdependence as well as different paths chosen by the Estonian farmers and their former lords, the Baltic German nobility. The aim of the article is to study media attached to the rural public sphere in Estonia at the turn of the 20th century. The focus will be on Estonian journals and newspapers and their underlying understandings on history, modernization and the role of the farmer. This picture will be contrasted with the dominating understandings among the Baltic German nobility, and the images they tried to mediate to the farmers, on the same issues. In much this article a description of a contest and merging of ideas is given, rather than outspoken polemics between the spheres. The article will display a conscious use of references to history and ideas of modernization used in order to create and maintain social and ethnic lines, but also a merging over time between the Estonian and German language spheres and an identification of common aims. Thus the modernization of rural society can be understood as providing incitements for overcoming ethnic and social tension in the Estonian society at the turn of the 20th century.¹

The rural public

The new rural public that constitutes the context for the subject matter of the article emerged in the Baltic provinces during the 19th century. Its formation slowly began with the formal abolishment of serfdom during the first decade of the 19th century. With the abolish-

¹ Estonia here refers to Tsarist Russia's north-eastern province, Estland, and the Estonian speaking areas of northern Livland.

ment the peasants were released from most of their duties, but also lost the landlords' protection. Thus the landlords influence over the rural society marginally increased, and the basic relations between the lords and the peasants were changed from duties to agreements. The land reforms initiated in the 1860s by the Tsarist authorities, and the progressive landlords provided the farmers with relatively large consolidated farms, able to produce a surplus for the market. The farms were generally established outside the traditional villages, and thereby broke up the customary village community and its traditions. In the rural townships this caused an increasing gap between the newly landed farmers and the landless rural proletariat.² From living and working together in farmhouses and villages, their work and living quarters became separated. Simultaneously the farmers increased their political and administrative power over the rural townships. Both narratives and scholars have described this process as a division of the native rural population into distinct classes.³ Hand in hand with the establishment of the new farms there was a move from self-sufficiency to market oriented production and thereby a need for improving agricultural methods and attain possibilities to market agricultural products. Self-help literature promoting this transformation had been published in Estonian language since the beginning of the 19th century, but now increased. Inspired by the ideas of the Enlightenment, the authors wanted to bring new knowledge focusing on advice about land reclamation and meteorology and other useful information. From the mid 19th century general newspapers also gave agricultural advice. They were often written in a simple and popular style and widely distributed through regional networks, making it reasonable to expect that they reached many of the literate farmers.⁴ The best known of these were the agricultural sections of "Perno Postimees" (1857–1864) and "Eesti Postimees" (1863–1894). The publisher behind these papers was the elementary schoolteacher Johann

² Gea Troska, *Eesti talurahva majanduse ja olme arenguajooni 19. ja 20. sajandil* [Developments of the Estonian peasant economy and Living Conditions during the 19th and 20th Century]. Tallinn 1979.

³ M. Martna, *Külast: Mälestused ja tähelepanekud eesti külaelu arenemisest pärast 60-id aastaid* [Memories and Observations in the Development of Estonian Village Life after the 1860s]. Tallinn 1914, pp. 26 ff., 34, 67 ff.; Ray Abrahams, *Juhan Kahk, Barons and Farmers: Continuity and Transformation in Rural Estonia (1816–1994)*. Göteborg 1994, p. 14.

⁴ Jānis Andrupis, *Vitauš Kalve, Latvian Literature: Essays*. Stockholm 1953, pp. 47-88; August Annist, Jaan Roos, Johannes Käis, *Eesti populariteaduslik kirjandus* [Estonian popular-scientific literature]. Tartu 1940.

Voldemar Jannsen (1819–1890). Jannsen was one of the leaders of the national movement advocating gradual social and political reforms within the framework of existing institutions. Thus he also considered the dominant position of the Baltic German as inevitable, as they were too strong and the Estonians too immature. He urged the native farmers to learn from the Baltic German manors in order to improve the agriculture. The message of improvement encouraged the farmers to transform their agriculture from grain growing to cattle breeding and dairy production, and to become familiar with the latest agricultural tools, methods and knowledge. They were further advised to grow clover, as fodder and as fertilizer, and to change the system of crop rotation, and thereby improve their agriculture without need for large investments. The journals also stressed the idea of founding agricultural schools and associations for agricultural education. Despite the identified need of joint learning and the overall aim to support the nation, the journals primarily addressed the single farm and farmer. The advice considered the cultivating and improvement of the single farm and the issue of improvement was made the responsibility of the single farmer. A similar approach was also visible in the Baltic German journals, which often addressed the single manor owner and underlined the importance of the manor owner to manage his agriculture purposefully and in bringing knowledge and enlightenment to the countryside.⁵

Jannsen's approach was, however, contested by a more nationalist approach by the newspaper editor Carl Robert Jakobson. His editorials and writings on agricultural issues in the newspaper "Sakala" (1878–1906) and agricultural instruction book "Teadus ja Seadus Põllul" ("Knowledge and Law in the Field", 1867) became a model for most of the advice given in journals and self-help literature up to World War I.⁶ The presentations were picturesque. Subjects were often introduced through his reflections on farm life and nature. Lyrics and anecdotes were inserted between chapters. Throughout the book, the author emphasized his viewpoints by arguing with an imaginary opponent who expressed scepticism about innovations and satisfac-

⁵ See f.e. *Baltische Wochenschrift* 1888, 1894, 1896, 1906.

⁶ Väino Sirk, *Põllumajanduslik mõte ja põllumajanduslik kirjandus Eestis 19. sajandi keskpaigast 1917. aastani* [The Agricultural Idea and Agric Literature in Estonia from the middle of the 19th Century until 1917], in: *Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Humanitaar- ja Sotsiaalteadused* 43 (1994), 2, p. 190; Annist, Roos, Käis, *Popularteaduslik kirjandus* (see note 4), p. 57.

tion with present conditions.⁷ In this style a line between the traditional farmers and those who wanted to improve agriculture was created. Jakobson's most important contribution was probably the way he combined an emphasis on both the practical and theoretical sides of agriculture. In his great admiration for the farmer and his work – which he considered to be the backbone of the nation – Jakobson declared that “the experience of life has much more worth than knowledge in books” (“elu õppetus on sagedaste enam väärt kui raamatuõppetus”), but he added that the farmer who had both would be superior.⁸ By making traditional knowledge equal to acquired learning, he presented traditional knowledge as the foundation of agriculture, but a foundation in need of improvement. The goal was to liberate the farmers and landless from the influence of the Baltic German nobility, the former masters and landowners. This approach clearly made his ideas a vital part of the intellectual capital of the national movement.⁹ To make this liberation possible, the economic situation of the native rural population had to be improved, a development that would call for radical change. Jakobson stressed that the future lay in the introduction of rational agriculture based on small-scale dairy farming. Supported by cooperatives and agricultural associations, dairy farming would be much more productive than the larger estates which grew grain. With this he established the idea of the family farm as the most basic and most effective unit in the agriculture. A full transformation to small-scale farming required a far going land reform but Jakobson did not promote the radical expropriation of estate and church lands. Instead, he proposed that land should be bought for a fair price.¹⁰ In a European context this must be considered a modest demand from a nationally minded leader, especially in a society where there was ethnic conflict between the land-owning elite and the rural population.¹¹ Jakobson's solution to the land problem seems to have been supported by the majority of the rural population since radical demands on land were not made

⁷ Sakala 1878, 1879, 1881.

⁸ Carl Robert Jakobson, *Teadus ja Seadus Põllul* [Science and Law in the Field]. St. Petersburg 1869, p. VII.

⁹ Mart Laar, *Äratjad: Rahvuslik ärkamisaeg Eestis 19. sajandil ja selle kandjad* [The Awakened. National Awakening in Estonia in the 19th Century and its main Supporters]. Tartu 2005, pp. 355 f.

¹⁰ Ea Jansen, C.R. Jakobsoni Sakala [The Journal "Sakala" of C.R. Jakobson]. Tallinn 1971, pp. 208 ff.

¹¹ I.T. Berend, *Agriculture*, in: *The Economic History of Eastern Europe 1919–1975*, vol. I, ed. by M.C. Kaser, E.A. Radice. Oxford 1985.

until the eve of the revolution of 1905. Up till then, the claims on “historic rights” to land did imply that Estonians had a greater right to till the soil than others, but did not refer to the individual peasants right to own a piece of land.¹² To improve the farmers’ position in society Jakobson considered it to be of great importance to build up their self-confidence. This would come about, not only through farmers owning their own land, but also through education and uniting the farmers in joint work, in accordance to the understanding that the united strength of the farmers was stronger than sum of the individuals.¹³ To make education an ongoing process Jakobson urged the establishment of local agriculture associations, which should educate the younger generation and allow farmers the opportunity to share their knowledge and experience. The message directed to the farmers had a clear nationalist approach as agricultural development was considered as one of the primary means of the national movement to create a strong and independent Estonian culture equal to other European cultures. Jakobson was convinced that the Estonian people and language in itself belonged to the western cultures, and that it could develop to a culture at the same level as the Baltic German. In order to put his words into practice, he was active in founding agricultural associations, and keeping public lectures. In the rural sphere it seems as if Jakobson’s interpretation was the dominating one. As founder of agricultural associations he attracted far more members than Janssen.¹⁴

The nationalist content of the agricultural instructions in the context of the national movement worried the Baltic Germans who supported a presentation of agricultural improvement but were worried about the ethnic polarization. The response to this concern was the first real agricultural journal “Eesti Põllumees” (1868/69), published as a supplement to the weekly “Eesti Postimees” between 1869 and 1881, and having a Baltic German friendly approach. The supplement was followed by a separate journal “Kündja” (1882–1891) published in Riga.¹⁵ The Baltic German attempt to take over the publishing of

¹² Abrahams, Kahk, Barons (see note 3), p. 20.

¹³ Abel Käbin, C.R. Jakobson kui eesti põllumeeste juht [C.R. Jakobson as Leader of the Estonian Farmers]. Tallinn 1933, pp. 43-49.

¹⁴ Aleksander Kruusberg, Tartu Eesti Põllumeeste Seltsi algpäevilt [From the Beginning of the Tartu Estonian Farmers’ Association]. Tartu 1926; Jaanus Arukaevu, Seltsiliikumise üldoluslik 1880. aastale: Võim ja organiseerimine [The Social Context of Society Movement in the 1880s: Power and Organization], in: Kleio (1994), No. 10, p. 5.

¹⁵ Sirk, Mäte (see note 6), p. 183 f.

agricultural journals reflects the potential political threat of agricultural advice. Following the same popular style as the most widespread journals the journals supported by the Baltic Germans however failed to receive the same popularity as they lacked the rhetoric edge that nationalism and social radicalism gave these journals.¹⁶

The publishing of journals and self-help literature, regardless of language, declined radically during the Tsarist authorities attempts to russify education and administration in the Baltic provinces from the mid 1880s. The authorities' fear of every kind of uncontrolled public activities also restricted the agricultural associations' possibilities to work. However, from the mid 1890s the authorities' grip over the rural public decreased. Among the farmers, the need for improvement was met by a growing network of agricultural associations in the late 19th century and by establishment of rural cooperatives in the beginning of the 20th century. In difference to the agricultural associations founded during the era of national awakening in the 1860s (and primary focusing on a culturally nationalist agenda) the associations founded after the period of Russification in the 1890s, were solidly focused on rural issues and agricultural development.¹⁷ In order to link the agricultural associations and to spread information and the latest knowledge on agriculture a number of Estonian language agricultural journals were founded, by "enlighteners" and with the support of the larger agricultural associations. Most continuous of them was "Põllumees" (1895–1912) and "Põllutööleht" (1906–1918). In style and content the journals often had European models, but despite the direct mediation of facts and scientific results, the visible influence from the Baltic German media was modest. From the perspective of the native farmers, the advice given in the Baltic Germans' journals was often considered as too manor oriented. Instead advice was taken directly from German sources and adapted to the Baltic farm conditions. In a short time the Estonian language journals gained a firm position as arenas and mirrors of the rural public. In many areas as many as one out of ten independent farmers had subscribed to an own agricultural journal at the turn of the 20th century. But journals were also extensively circulated among the members in agricultural and cultural associations. Besides the aim of improving

¹⁶ Eesti Postimees 1879, 1881; Kündja, 1882, 1884, 1888.

¹⁷ Aili Raendi, Eesti põllumeeste seltside näitused 19. sajandi 70.–80. aastatel [Expositions of the Estonian Farmers' Association in the 1870s and 1880s], in: Etnograafia muuseumi aastaraamat [Yearbook of the Museum of Ethnography]. Tartu 1975.

rural conditions the journals mirrored the local life, and especially that of the agricultural associations.¹⁸

A Competing History

One of the issues where Jakobson's works established a clear model was the understanding of history and modernity. This model was directly or indirectly used to position the farmers against nobility. According to the understanding promoted by the rural journals and agricultural self-help literature of the late 19th century, history was partly formed by the hand of God and partly driven by human social evolution. God supplied the means such as land, but humans had to build their lives and create societies through their own actions. In the presented understanding of history, humans, after being expelled from the Garden of Eden, came to live on what they could hunt and gather in the woods or fish in lakes and rivers. It was an era of freedom and equality when humans were only dependent on their families and the closest relatives. With time the hunters became shepherds guarding the animals and leading them to better pasturage. However, to be in possession of domesticated animals and the need for fodder, humans fenced land and settled close to the animals. They built houses and began to grow and reap what they before had collected, and searched for new crops to cultivate.¹⁹ Thus men took control over their surroundings and began to master nature. This was understood as a vital step in the history of mankind. It introduced a sense of belonging and laid the foundation for the institution of property rights. From families living alone, humans slowly evolved into tribes and communities. They became aware of the need to cooperate with their neighbours to manage common problems and interests. They created common laws to settle conflicts and live in peace. Among the people living together, common traditions and customs grew and the languages were slowly harmonized. Tribes and communities slowly

¹⁸ Johan Eellend, *Cultivating the Rural Citizen: Modernity, Agrarianism and Citizenship in Late Tsarist Estonia*. Stockholm 2007, pp. 62 ff.

¹⁹ Jakobson, Teadus (see note 8), p. 1 f. Note similarities with Georg Markus, *Mõistlik Põllumees* [The level-headed farmer]. Tartu 1893, p. 11; Mikkel Kampmann, *Surnud miljonid: Äratuse sõnake soomaade harimisest* [The dead millions: an awakening word about the cultivation of wetlands]. Wiljandi 1897, p. 3; *Inimese elu* [Men's Life], in: *Põllumees* (1898), p.1.

evolved into nations as the final cultural achievement.²⁰ With every new step in history humans, through cultivating land, acquired more knowledge and become more sophisticated, reasonable and peaceful.²¹ Establishment of peace and order, thus, became a vital part of cultural development, reflecting the character and needs of rural society. In accordance with Herder, the development of nations and the wellbeing of every nation were seen as a way to prevent conflict and create harmony.²² Wars and struggle during the last centuries should thus primarily be understood as caused by struggle and ambitions of the nobility. It was claimed that unlike farmers the nobility lacked the naturally peaceful character. The historic considerations mostly ended with the achievement of culture and unity in the rural society. Factual historical periods, such as that of serfdom were avoided or just referred to as “the times of darkness.”²³ This interpretation of human history was not unique for the Estonian agricultural journals, but can be found among numerous East European agrarian writings of the time.²⁴

The evolutionary ideas clearly broke with an understanding of society as resting on tradition and of being in the hands of God. The understanding of evolution was clearly linked to Darwin, and the contemporary social sciences, which had developed in accordance to his ideas. Especially influential were the Russian scholars questioning Darwin’s focus on the individual and with examples from animal life stressing the survival for those who were most fit to cooperate.²⁵ Indirectly, though, the idea of an Estonian culture based on agriculture can be interpreted as a way of putting the means of progress in

²⁰ Jakobson, Teadus (see note 8), p. 1.

²¹ Ostuühisus ja ühistegewusemõtte [Buying Cooperative and the Idea of Cooperative Movement], in: Postimees (1901), p. 234, supplement.

²² H.B. Nisbet, Herder: The Nation in History, in: National History and Identity: Approaches to the Writing of National History in the North-East Baltic Region Nineteenth and Twentieth Century, ed. by Michael Branch. Helsinki 1999, pp. 82, 86.

²³ Markus, Mõistlik Põllumees (see note 19), p. 85; Põllumees ja teadus [Farmer and Science], in: Põllumees (1895), p. 6.

²⁴ Stjepan Radic, Die bäuerliche soziale Bewegung ist für die Bauernvölker die einzige echte Demokratie, Forword in: Rudolf Herceg, Die Ideologie der kroatischen Bauernbewegung. Zagreb 1923, p. 18; John D. Bell, Peasants in Power: Aleksander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899–1923. Princeton 1977, p. 59; Georg M. Dimitrov, Agrarianism, in: European Ideologies: A Survey of 20th Century Political Ideas, ed. by Feliks Gros. New York 1948, p. 379.

²⁵ Daniel P. Todes, Darwinism Without Malthus: The Struggle for Existence in Russian Evolutionary Thought. Oxford 1989, pp. 104-143; Andrej Walicki, A History of Russian Thought: From the Enlightenment to Marxism. Stanford 1979, pp. 280-290.

the hands of the Estonian farmers, emphasizing the distance between them and the Baltic Germans based on class and ethnicity. Through using a different style than Baltic German journals, like “Baltische Monatsschrift” and “Baltische Wochenschrift”, which solidly referred to history in terms of factual events and political history, the Estonian journals established its own understanding of history without having to compete with the Baltic German history over symbols and factualities.²⁶ This understanding of history was also met with silence by “Kündja”, which constantly avoided historic references.²⁷

The understanding of history presented in the agricultural journals and self-help literature, and its understanding of the mechanisms of history also opened up for a competition with the Baltic Germans over the issue of culture. It opposed their self-image as “Kulturträger” – bearers of western culture, civilization and order in the Baltic lands. Indirect attempts were also made to take over the foundation of the Baltic German historiography and its roots in classic European culture. From the 1890s, many Estonian journals and manuals propagated an idea of classic schooling focusing on classic Greek and Roman history.²⁸ In this perspective agriculture was once again given the role as the foundation of all civilization, from the evolution of ancient Egypt and classical Greece down to the present day. The Estonian farmers were placed in the line as founders and maintainers of culture, without any references to other groups or classes in society. The farmers’ position was consequently not only the oldest and most natural way of life, but also the most essential and honourable.²⁹ A clear link was established between the ownership and cultivation of land on one hand, and the creation of culture and civilization on the other.

The modern man

Besides framing the farmer’s historical position, the use of history in the Estonian-language agricultural journals and self-help literature had the aim of pointing out the direction towards prosperous future.

²⁶ Baltische Monatsschrift 1882, 1884, 1888, 1906; Baltische Wochenschrift 1888, 1894, 1896, 1906.

²⁷ Kündja 1882, 1884, 1888.

²⁸ Põllumajandus (1910), p. 1; Ajaloo pildid [Pictures of History], in: Linda (1898), p. 2.

²⁹ Markus, Mõistlik Põllumees (see note 19), p. 11.

This future always laid in the transformation and modernization of the agriculture promoted by the journals.³⁰

To visualize the program of modernization, the journals and instruction books sketched a picture of an ideal farmer. He was always a man and by his actions provided the basic characteristics of an independent member of the local community, fulfilling the expectations of self-confidence and independence set in the self-help literature from the 1860s.³¹ The ideal farmer's abilities were characterised as a combination of practical skills, the theoretical knowledge needed to manage a modern farm, and the ability to market his product. The presented characteristics in much followed the model outlined by Jakobson, but moved the focus to stress the modern aspects of agriculture. Moreover the farmer's ability to cooperate with others in the local community was stressed, and presented not only as an economic necessity but also as a cultural goal. Unlike the manor owner the self-help literature pictured the farmer as one among the work force, but naturally the one who would lead and supervise the work. The farmer's position as a work leader was based on his ability to handle every imaginable task on the farm, so that everyone working on the farm could look up to him without doubts about his competence. The farmer was also to approach the workers, calmly and with respect. Honour and mutual respect were thereby the central characteristics in the relationship between the farmer and the workers.³²

The ownership of land was fundamental to this outlook. It provided the farmer with the essentials of life and with economic and social security. But it also brought a responsibility towards the land and its inhabitants, which only could be taken if the farmer tilled the land by his own hands.³³ This understanding of responsibility contested the ages of long Baltic German understanding of landowning. As for the farmers, the land owning was the foundation of the independent

³⁰ Johan Eellend, Fredrik Wawrzeniuk Eriksson, *Den agraramodernitetens spegel: Agrarprespressen i Estland, Galizien och Sverige 1890–1917* [The mirror of agrarian modernity: agrarian journals in Estonia, Galicia and Sweden 1890–1917], in: *Presshistorisk Årsbok* (2008), p. 80.

³¹ Markus, *Mõistlik Põllumees* (see note 19), pp. 10–15; N. Ödegaard, *Põllutöö õppetuse* [Agricultural Instruction], Tartu 1899, pp. 339 ff.; *Töö* [Work], in: *Põllumees* (1898), p. 1; *Inimese elu* [Men's Life], in: *Põllumees* (1899), p. 1; *Töötegemisest* [About Work], in: *Ibid.*; *Tööst ja kokkuhoidmisest* [About Work and Unity], in: *Põllumees* (1903), p. 2; *Põllumees ja teadus* [Farmer and Science], in: *Põllumees* (1895), p. 6.

³² Ödegaard, *Põllutöö õppetuse* (see note 31), p. 333.

³³ *Kodaniku Käsiiraamat I* [Citizen's Handbook], ed. by Jaan Tõnisson. Tartu 1911; *Kodaniku Käsiiraamat 2* [Citizen's Handbook], ed. by Jüri Parik. Tartu 1913.

man. It also contained other values than strict economic ones. But unlike the farmers who understood their obligations to be towards their families, the local community and the nature, the nobility too understood their responsibilities as being towards the land and the monarch. And while the nobility had a responsibility for the tradition of their “stand”, the farmers’ self-help literature promoted a rational relationship to the land.³⁴

The modern farm

The ideas of modernity and modernization presented in the journals and self-help literature was at the turn of the 20th century closely tied to technical improvements in agricultural practice. Articles and chapters in self-help literature were devoted to the latest agricultural tools and equipment. The spirit of modernity was created in the journals by using exactness and definitions whenever possible.³⁵

The keyword for the spirit of modernity was ‘rationality’. Rational farm work was consciously planned in accordance to good sense, scientific knowledge, and sufficient time. It should always be conducted so that no time was wasted on useless work and no task was left unfinished, the goal being to maximize farm production. Unlike the ideas on improvement presented at the second half of the 19th century, stressing the importance of tradition and modernity, the self-help literature and journals at the turn of the 20th century solidly promoted the idea of modernity. Further, the responsibility for the modernization could no longer rest upon the shoulders of the single farmer but on the whole local community. There was a growing understanding in both Estonian and German language journals that it was not possible to only modernize one part of the society or the agriculture. This argument rose in association with the promotion of specialization and differentiation in the agriculture. In order to involve different sectors of the local community, the journals stressed the known advice to form agricultural associations. On the local level, the advice was generally followed. From 1895 up to 1905 almost 65 local agricultural associations were founded on the Estonian country-

³⁴ Heide W. Whelan, *Adapting to Modernity: Family, Caste and Capitalism among the Baltic German Nobility*. Köln 1999, pp. 43 ff.

³⁵ Peter Ogram, *Põllumehe Käsiaraamat [Farmer’s Handbook]*. Tartu 1893, pp. 28-35; Ödegaard, *Põllutöö õppetuis* (see note 31), pp. 96 f.

side. The associations attracted members from both the self-owning farmers and the local nobility. When the nobility and clergy were present they always had positions in the association boards, accompanied by farmers. The presence of nobility in the associations has been interpreted as an attempt by the nobility to control the rural public and especially the associations, which during the 1860s that been important for promoting national ideas. But at the same time it is realistic to expect that the farmers benefited much from the nobility's presence, both in terms of being less suspect in the eyes of the Tsarist regime, and in gaining knowledge from the outside world. According to the descriptions of local association life in the journals the cooperation between the farmers and the nobility went smoothly. Especially during the early years of the associations the nobility and clergy contributed extensively to lectures and by opening their farms as models for the associations, a picture that is supported by many association minutes.³⁶ Common aims, such as improving the standard of crops and cattle, and common problems, such as finding reliable farm workers were often identified. These aims did not only display a common understanding of the promoted modernization, but also a merging of the farmers' and nobility's class interests against the farm worker and landless. Disagreements could, however, occur if the lack of farm workers was to blame on the farmers or the nobility. A durable, but often hidden disagreement arose on the different understandings on the differentiation. Here some manors wanted to subordinate the farms to support the production of the manors, so that the manors would breed cattle and the farmers grow fodder. As an answer, the farmers often suggested small-scale solutions, like agricultural cooperatives, which did not suite the manors. In their reports, Estonian-language agricultural journals focused the achievements, not the conflicts. In the journals the climate of cooperation was further underlined through articles by and references to prominent Baltic German modernizers, such as Graf Friedrich Georg Magnus von Berg. He often published his findings and advice in Estonian-language journals. Graf Berg was accepted in the Estonian sphere to the extent that his participation in the international world fair in Chicago 1898 almost was considered as an achievement of one of the Estonian journals.³⁷

³⁶ Eellend, *Cultivating* (see note 18), pp. 123 ff.

³⁷ *Ibid.*, p. 80.

The cooperation between the native farmers and the nobility, however, ended abruptly during the revolution 1905. Narratives of the revolutionary events in the villages state that farmers tried to calm down the manor workers' aggression against the noble manor owners, but without lasting success.³⁸ In the Estonian-language agricultural journals the revolution was neglected. When the hard times were commented, it was instead done with references to the Russian-Japanese war. Effects of the revolution and the punishment raids carried out by Baltic Germans and the army were not openly discussed. Reconstruction of burnt property etc. was mentioned, but without the causes for the destruction being presented. This attitude can be explained by the Tsarist censorship but also by the idea that the journals were un-political and that the agriculture and its problems stood above the day-to-day problems of politics. Further, it was an expression of the understanding of the farmer as peaceful and un-revolutionary, and that the revolution, consequently, was not their concern. After the revolution the associations continued their work, but without the presence of nobility. In the associations and Estonian-language agricultural journals the promotion of agrarian cooperatives rose as one of the prime subjects. Unlike in the 1860s, when the idea of agricultural cooperatives was first promoted, the promotion after 1905 did not raise national arguments but strongly focused on the economic aspects. The evolutionary understanding of history, with its focus on the survival and development of the collective, was here used to promote cooperative ideas and principles in the agriculture. The common references to the basic principles of cooperative management even stated that an inclusion of all groups in society was needed, but without any practical results. Instead, the cooperative ideas on small-scale production indirectly distanced the farmers from the manor owners, at the same time as the growing network of cooperatives after 1910 began to contest the manors' production in many sectors.³⁹

With the change of focus towards cooperative production, the articles written by nobles also disappeared from the Estonian-language journals. Instead, a new native Estonian agrarian elite of agricultural instructors and cooperative promoters, like Jaan Hünernesson, Henrik

³⁸ Punased aastad [Red Years], ed. by Hans Kruus. Tartu 1932; A. Tupits, 1905. aasta vabadusliikumine Koeru kihelkonnas [The Liberation Movement of 1905 in the District of Koeru]. Tallinn 1935.

³⁹ Eellend, *Cultivating* (see note 18), p. 190 ff.

Laas and [Dr.] Aleksander Eisenschmidt, began to emerge. The ideal character of this new agrarian elite is pictured in an obituary in "Põllutööleht" over Jakob Hurt, an intellectual, clergyman and the front person of the national movement. His life was described both through the perspective of an educated person focusing on improving his knowledge and sharing it with the common people, and through the perspective of a hard working farmer. Seeking knowledge in his youth he returned to till the soil in his adulthood.⁴⁰ The description of his lifeline has many similarities with the way of life the editors of the agricultural journals were described and it is obvious that the practical skills of agriculture and cultivating frequently necessary characteristics to obtain respect among the farmers.

Conclusion

From the time when native peasants in Estland and Livland were given the right and possibility to purchase land in the 1860s there was an increasing demand for knowledge on agricultural improvement and specialization. The publishing of Estonian-language self-help literature and a number of agricultural supplements to newspapers and agricultural journals met the demand. The growing number of agricultural associations often supported the journals. During the time of national awakening from the 1860s on these journals often had a complex relation to the former Baltic German lords. Among the publishers Jakobson and his likeminded dominated. They stressed the importance of agricultural improvement in order to economically, politically and culturally liberate the native population from the Baltic German dominance. According to this understanding, a modern and wealthy agriculture would make up the backbone for a strong and independent Estonian culture. In order to position the farmers an alternative understanding of history and human development, based on the farmers, was presented. Picturing the farmer, and the work of the farmer, as the main force was an indirect way to challenge the Baltic German self image of being the prime promoter and bearer of order, culture and development in the Baltic lands. This understanding was, however, contested by authors and journals under the influence of the more Baltic German friendly Johann Voldemar Jannsen. According

⁴⁰ Dr. Jakob Hurt †, in: Põllutööleht (1907), p. 4.

to this line, the Estonian culture was not yet mature, and therefore had to learn from the Baltic German. The two sides argued over concrete political and national issues, but not over abstract issues, like the path of history. While the general arguments during this time often were abstract and tied to ideas on culture and nation, the concrete advice were often addressing the single farmer, and dealing with the development of the single farm.

During the Tsarist attempts to administratively and culturally russianize the Baltic provinces from the mid 1880s, most of the periodicals on agricultural improvement were silenced. However, when the Tsarist pressure loosened in the mid 1890s, the number of journals and agricultural associations promoting agricultural improvement grew. This period was characterised by a merging of the interests of the native farmers and the Baltic German manor owners on the issues of agricultural improvement. Baltic Germans were active in the local agricultural associations and as authors in agricultural journals. Part of an explanation for this merging of interests can be the growing number of relative wealthy self-owning farmers, sharing the same problems of marketing products and finding farm workers as the manors. Despite this interdependence, the Estonian-language journals continued to create a distance through the use of an alternative history, and through picturing an ideal farmer. In contrast to the understanding of the manor owner, this ideal farmer tilled the soil by himself and had a relationship to his workers characterized by mutual respect and honour. Unlike the farm and nation based advice on agricultural improvement given in the 1860s, the advice given at the turn of the 20th century focused on the farmer as a member of the local community, and pictured the development of every single farmer as dependent on his neighbours.

However, the cooperation between the farmers and the manor owners was short lived. The events of the Revolution 1905 divided the two groups. The Revolution generally caused the Baltic Germans to withdraw from the public and to concentrate on their own affairs. After the revolution, the growing group of farmers also chose another path of modernization. This path was based on an expansion of cooperative production and cooperative based networks, and by its organization, but not rhetoric, distanced the farmers from the Baltic Germans.

References

- Baltische Monatsschrift 1882, 1884, 1888, 1906.
Baltische Wochenschrift, 1888, 1894, 1896, 1901, 1906.
Eesti Postimees 1879, 1881.
Kündja, 1882, 1884, 1888.
Linda 1898.
Põllumajandus 1910.
Põllumees, 1895, 1898, 1899, 1903.
Põllutööleht 1907.
Postimees 1901.
Sakala 1878, 1879, 1881.
- Ray Abrahams, Juhan Kahk, Barons and Farmers: Continuity and Transformation in Rural Estonia (1816–1994). Göteborg 1994.
 - Jānis Andrupis, Vitaus Kalve, Latvian Literature: Essays. Stockholm 1953.
 - August Annist, Jaan Roos, Johannes Käis, Eesti popularteaduslik kirjandus [Estonian popular-science literature]. Tartu 1940.
 - Jaanus Arukaevu, Seltsiliikumise üldoluslik 1880. aastale: Võim ja organiseerimine [The Social Context of Society Movement in the 1880s: Power and Organization.], in: Kleio (1994), No. 10, pp. 4-13.
 - John D. Bell, Peasants in Power: Aleksander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899–1923. Princeton 1977.
 - I.T. Berend, Agriculture, in: The Economic History of Eastern Europe 1919–1975, vol. I, ed. by M.C. Kaser, E.A. Radice. Oxford 1985.
 - National History and Identity: Approaches to the Writing of National History in the North-East Baltic Region Nineteenth and Twentieth Century, ed. by Michael Branch. Helsinki 1999.
 - Johan Eellend, Cultivating the Rural Citizen: Modernity, Agrarianism and Citizenship in Late Tsarist Estonia. Stockholm 2007.
 - Johan Eellend, Fredrik Wawrzeniuk Eriksson, Den agraramodernitetens spegel: Agrarpresen i Estland, Galizien och Sverige 1890–1917 [The mirror of agrarian modernity: agrarian journals in Estonia, Galicia and Sweden 1890–1917], in: Presshistorisk årsbok (2008), pp. 105-128.
 - European Ideologies: A Survey of 20th Century Political Ideas, ed. by Feliks Gros. New York 1948.

- Carl Robert Jakobson, Teadus ja Seadus Põllul [Science and Law in the Fields]. St. Petersburg 1869.
- Ea Jansen, C.R. Jakobsoni Sakala [The Journal "Sakala" of C.R. Jakobson]. Tallinn 1971.
- Mihkel Kampmann, Surnud miljonid: Äratuse sõnake soomaade harimisest [The dead millions: an awakening word about the cultivation of wetlands]. Wiljandi 1897.
- Punased aastad [Red Years], ed. by Hans Kruus. Tartu 1932.
- Abel Käbin, C.R. Jakobson kui eesti põllumeeste juht [C.R. Jakobson as Leader of the Estonian Farmers]. Tallinn 1933, pp. 43-49.
- Aleksander Kruusberg, Tartu Eesti Põllumeeste Seltsi algpäevilt [From the Beginning of the Tartu Estonian Farmers' Association]. Tartu 1926.
- Mart Laar, Äratajad: Rahvuslik ärkamisaeg Eestis 19. sajandil ja selle kandjad [The Awakened. National Awakening in Estonia in the 19th Century and its main Supporters]. Tartu 2005.
- Georg Markus, Mõistlik Põllumees [The level-headed Farmer]. Tartu 1893.
- M. Martna, Külast: Mälestused ja tähelepanekud eesti külaelu areemisest pärast 60-id aastaid [Memories and Observations in the Development of Estonian Village Life after the 1860s]. Tallinn 1914.
- H.B. Nisbet, Herder: The Nation in History, in: National History and Identity: Approaches to the Writing of National History in the North-East Baltic Region Nineteenth and Twentieth Century, ed. by Michael Branch. Helsinki 1999, pp. 71-90.
- Peter Oram, Põllumehe Käsiraamat [Farmers' Handbook]. Tartu 1893.
- Stjepan Radic, Die bäuerliche soziale Bewegung ist für die Bauernvölker die einzige echte Demokratie, Forword in: Rudolf Herceg, Die Ideologie der kroatischen Bauernbewegung. Zagreb 1923.
- Aili Raendi, Eesti põllumeeste seltside näitused 19. sajandi 70.-80. aastatel. [Expositions of the Estonian Farmers' Association in the 1870s and 1880s], in: Etnograafia muuseumi aastaraamat [Yearbook of the Museum of Ethnography]. Tartu 1975.
- August Annist, Jaan Roos, Johannes Käis, Eesti popularteaduslik kirjandus [Estonian Popular Science Literature]. Tartu 1940.
- Väino Sirk, Põllumajanduslik mõte ja põllumajanduslik kirjandus Eestis 19. sajandi keskpaigast 1917. aastani [The Agricultural Idea and Agric Literature in Estonia from the middle of the 19th Century until 1917], in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised: Humanitaat- ja Sotsiaalteadused 43 (1994), 2, pp. 178-207.

- Daniel P. Todes, *Darwinism Without Malthus: The Struggle for Existence in Russian Evolutionary Thought*. Oxford 1989.
- Kodaniku Käsiraamat I [Citizens' Handbook], ed. by Jaan Tõnisson. Tartu 1911; Kodaniku Käsiraamat 2 [Citizens' Handbook], ed. by Jüri Parik. Tartu 1913.
- Gea Troska, *Eesti talurahva majanduse ja olme arenguajooni 19. ja 20. sajandil* [Developments of the Estonian peasant economy and living conditions during the 19th and 20th century]. Tallinn 1979.
- A. Tupits, 1905. aasta vabadusliikumine Koeru kihelkonnas [The Liberation Movement of 1905 in the District of Koeru]. Tallinn 1935.
- Andrej Walicki, *A History of Russian Thought: From the Enlightenment to Marxism*. Stanford 1979.
- Heide W. Whelan, *Adapting to Modernity: Family, Caste and Capitalism among the Baltic German Nobility*. Köln 1999.
- N. Ödegaard, *Põllutöö õppetud* [Agricultural Instruction]. Tartu 1899.

**Oberschlesien ist unser! –
Die Region Oberschlesien
im deutschen und polnischen Kino
nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1929)**

von Urszula Biel und Brigitte Braun

Summary

The region of Upper Silesia played a major role in the transnational German-Polish public media of the 1920s. In the medium of film it can be shown that not only the patriotism of the Upper Silesian population, but also the interest of all inhabitants of Germany and Poland in the region were meant to be awakened. Such ‘positive propaganda’ was overshadowed by a ‘negative propaganda’ in the public media. German films – but also Polish ones – repeatedly gave a strongly repellent picture of that other country and its ‘foreign’ culture, in order to support a plan of national collectivization. The theme of Upper Silesia was especially prominent in films made in times of political tension, for example during the plebiscite and division of Upper Silesia (1920/21) and after the Locarno Conference (1926), which had failed to guarantee the integrity of Poland’s western border.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno

Einführung

Dem Film wurde seit dem Ersten Weltkrieg – wie keinem anderen Medium – die Fähigkeit zur Beeinflussung der Massen zugesprochen. Alle Krieg führenden Staaten bemühten sich daher um eine wirksame Filmpropaganda nach außen, um die Bevölkerung im neutralen Ausland für sich zu gewinnen, und nach innen zum Zweck der nationalen Selbstvergewisserung.¹ Doch auch außerhalb staatlicher Propagandabemühungen spiegelt der Film aktuelle gesellschaftliche und kulturelle Diskurse im und nach dem Ersten Weltkrieg wider.²

¹ Hans Barkhausen, Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Hildesheim 1982.

² S. dazu die bisher unveröffentl. Dissertation von Philipp Stiasny, Spannung, Tiefsinn, Sen-

Dieses Medium besaß einen weitaus größeren Rezipientenkreis als z.B. einzelne Zeitschriften oder Zeitungen und schuf, da es Schichten übergreifend alle Zuschauer in einem dunklen Raum vor der Leinwand versammelte, ideale Voraussetzungen für nationale Verge-meinschaftungsprozesse.³ Der Film zeigte nicht nur die Figuren auf der Leinwand, mit denen sich die Zuschauer identifizieren konnten, er erzeugte auch Emotionen, die im Falle bestimmter Sujets – wie Besatzung, Militär und Krieg – durchaus handlungsrelevant werden konnten.⁴ Im Zusammenspiel mit dem außermedialen Kontext der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen weckte diese Handlungsrelevanz emotionaler Kinoerlebnisse im Falle Oberschlesiens sowohl auf deut-scher als auch auf polnischer Seite zugleich Ängste und Hoffnungen. Ängste vor allem bei den Polen, die sich in ihrer Würde und staat-lichen Integrität verletzt und revisionistischen Tendenzen ausgesetzt sahen, Ängste aber auch bei den Deutschen, die um ihr Ansehen im Ausland und mögliche diplomatische Verwicklungen fürchten mus-sen. Zugleich aber Hoffnungen auf letzterer Seite, dass das deutsche Volk und das Ausland angesichts der Situation in Oberschlesien zu aktivem Handeln veranlasst würden. Polen und Deutsche konstruier-ten jeweils ein eigenes Bild von Oberschlesien und seinen Bewohnern und versuchten dieses massenmedial zu vermitteln. In beiden Staaten war die Region besonders präsent, da sie nach dem Ersten Weltkrieg gleichermaßen Ansprüche auf dieses wirtschaftlich sehr wichtige Ge-biet erhoben. Dementsprechend waren sie während des zur Teilung der Region führenden Plebiszits, der Polnischen Aufstände und der Phase nach Locarno bestrebt, nationale Gefühle auch durch das Me-dium Film zu mobilisieren.

An der deutschen Propaganda waren sowohl staatliche Stellen als auch private Organisationen und Verbände beteiligt. Auch Teile der

sationen. Das populäre Kino in Deutschland und der Krieg, 1914–1929. Berlin 2006; Siegfried Kracauer, *Von Caligari zu Hitler*. 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1984.

³ Frank Bösch u. Manuel Borutta, Medien und Emotionen in der Moderne. Historische Perspektiven, in: *Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne*, hrsg. v. dens. Frankfurt a.M. 2006, S. 13-41, insbes. S. 21; Andreas Keil u. Oliver Grau, *Mediale Emotionen: Auf dem Weg zu einer historischen Emotionsforschung*, in: *Mediale Emotionen. Zur Lenkung von Gefühlen durch Bild und Sound*, hrsg. v. dens. Frankfurt a.M. 2005, S. 7-19; Andreas Hepp, *Transkulturelle Kommunikation*. Konstanz 2006.

⁴ Ute Frevert, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahr-hundert*, in: *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, hrsg. v. Paul Nolte (u.a.). München 2000, S. 95-111; Keil, Grau, *Mediale Emotionen* (wie Anm. 3); Bösch, Borutta, *Medien* (wie Anm. 3); *Kinogefühle. Emotionalität und Film*, hrsg. v. Manfred Brütsch (u.a.). Marburg 2004; Hugo Münsterberg, *Das Lichtspiel. Eine psychologische Studie [1916] und andere Schriften zum Kino*, hrsg. v. Jörg Schweinitz. Wien 1996.

deutschen Filmindustrie griffen aktuelle Themen wie die Folgen des Versailler Vertrages⁵ auf, da ein emotional so aufwühlendes Thema ein gutes Geschäft versprach. Die deutsche Seite, die nach dem Ersten Weltkrieg die größte Filmproduktion nach den USA etablieren konnte, verfügte über weitaus bessere Voraussetzungen für die Propaganda mittels Film als die polnische. Der polnische Staat musste sich nach 100-jähriger Abwesenheit von der politischen Landkarte zunächst nach innen und nach außen konsolidieren, die polnische Filmwirtschaft befand sich noch in einem Entstehungsprozess. Deutsche Filme beherrschten nicht nur bis 1924 den polnischen Filmmarkt, deutsches Kapital war auch an polnischen Produktions- und Verleihfirmen beteiligt, in Oberschlesien selbst war der Großteil der Kinos in deutschem Besitz.⁶

Im Folgenden werden die beiden „heißen Phasen“ der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen um Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg und ihre Reflektion auf der Leinwand betrachtet: die Zeit der Abstimmung (20. März 1921) und der Aufstände sowie die Zeit nach der Konferenz von Locarno (5. bis 16. Oktober 1925). Berücksichtigt werden sowohl dokumentarische als auch fiktionale Filmproduktionen sowie die Kinopolitik an sich.

Die Folgen des Versailler Vertrages: Abstimmung und Kampf um Oberschlesien

Nachdem die Siegermächte des Ersten Weltkrieges sich entschlossen hatten, die Frage der Staatszugehörigkeit Oberschlesiens mittels einer Volksabstimmung am 20. März 1921 zu klären, kam es sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite zu verstärkter Agitation für die jeweils eigenen staatlichen Interessen. Infolge des Ersten Schlesischen Aufstandes im August 1919 wurde das Abstimmungsgebiet unter die Verwaltung einer Interalliierten Regierungs- und Abstimmungskommission unter französischer Leitung gestellt. In der Zeit der Aufstände und bis zur Abstimmung übernahm diese Kommission die Kontrolle

⁵ Der Versailler Vertrag regelte das Verhältnis Deutschlands mit Polen in den Artikeln 87 bis 93, Artikel 88 thematisierte speziell Oberschlesien.

⁶ Władysław Jewsiewicki, *Filmy niemieckie na ekranach polskich kin w okresie międzywojennym* [Deutsche Filme auf polnischen Leinwänden in der Zwischenkriegszeit], in: *Przegląd Zachodni* (1967), S. 19-48; Urszula Biel, *Śląskie kina między wojnami, czyli przyjemność upolityczniona* [Schlesische Kinos in der Zwischenkriegszeit oder: ein politisiertes Vergnügen]. Katowice 2002.

auch über die Kinos. Geregelt wurden sowohl die Polizeistunde als auch die Programme der Kinos, die keine aggressive Abstimmungspropaganda enthalten sollten. Nach dem zweiten Aufstand wurden die Kinos kurzzeitig geschlossen, dann die Vorführungszeit auf bis 20 Uhr beschränkt, während kurz vor der Abstimmung die Kinos wieder bis 22 Uhr öffnen durften.⁷ Eine Filmpropaganda in den sesshaften Kinos des Abstimmungsgebietes wurde somit erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Während hier andere Wege für die Verbreitung bestimmter Filminhalte gesucht werden mussten, konnte im restlichen Reichsgebiet sowie im Ausland die „Aufklärung“ über die Folgen des Versailler Vertrages für Deutschland mittels Film ungehindert stattfinden – sobald geeignetes Material produziert war.

In der Berliner Zeitung „Tägliche Rundschau“ erschien Anfang November 1920 unter dem Titel „Propaganda der Tat!“ folgender Aufruf:

„Bisher ist in der Angelegenheit betr. Oberschlesien und die übrigen besetzten Gebiete, besonders in der letzten Zeit, viel geschrieben worden, aber leider ohne einen praktischen Erfolg erzielen zu können.

Es ist doch geradezu beschämend für uns Deutsche aus den nicht besetzten Gebieten, daß so wenig Interesse unseren Landsleuten aus dem Saarland, Oberschlesien usw. entgegengebracht wurde. Obwohl die an ihre heimatliche Scholle gebundenen Bewohner der vorgenannten deutschen Gaue schon seit 1 1/2 Jahren unter dem Hasse verblendeter Franzosen und Polen zu leiden haben, wissen heute noch viele Deutsche nichts oder herzlich wenig von deren seelischen und körperlichen Qualen.
(...)

Außerdem dürfte es zweckmäßig sein, Landschafts- und Städtebilder sowie Industrie- und Wirtschaftsdarstellungen aus den besetzten Gebieten vorzuführen, und zwar nicht nur, um die Abstimmungsberechtigten für ihre alten Heimat wieder zu erwärmen, sondern auch, um alle Volksschichten unseres Vaterlandes für diese jetzt abgetrennten Gebiete zu fesseln. Damit

⁷ Rozporządzenie dotyczące środków mających na celu zapewnienie porządku publicznego w czasookresie plebiscytu, art. 3 [Verordnung betreffend die Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während des Plebiszits, Art. 3], in: Gazeta Urzędowa Górnego Śląska Nr. 16 v. 05. März 1921.

würde auch das so daniederliegende Nationalgefühl gehoben werden. Besonders dieser Gedanke müßte uns stets bewegen, endlich zur Tat zu schreiten. (...)“⁸

Der Autor dieses Aufrufes scheint nicht gewusst zu haben, dass seine Forderungen bereits in die Tat umgesetzt wurden.

Dokumentarische Filme mit propagandistischem Charakter

Die Filmpropaganda gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages zielte im Falle Oberschlesiens in zwei unterschiedliche Richtungen. Wie bereits im Ersten Weltkrieg sollten Städtebilder, Landschafts- und Industriaufnahmen ein positives Bild der deutschen Heimat zeichnen. Diese Filme machten das deutsche Kinopublikum mit den besetzten oder von Abtrennung bedrohten Gebieten vertraut und suchten Vaterlandsliebe und Nationalstolz zu heben. Daneben wurde das Medium Film genutzt, um die negativen Auswirkungen der Versailler Bestimmungen auf das Deutsche Reich und seine Bevölkerung – speziell auch auf Oberschlesien – zu dokumentieren und im Rahmen der Wochenschau im In- und Ausland zu verbreiten. Ziel dieser Filme war ganz offensichtlich die Diskreditierung der Gegner (in diesem Falle der Polen und der sie unterstützenden Franzosen) in der öffentlichen Meinung.

Auf amtlicher Seite war für solche Filme das Filmreferat des Auswärtigen Amtes zuständig, das vorrangig daran interessiert war, durch die Wochenschau „Messter-Woche“ die ausländische Öffentlichkeit positiv über Deutschland aufzuklären. Im Vordergrund standen die Bemühungen Deutschlands, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erfüllen, aber auch die Nöte und Gefahren, die nach Meinung der Regierung durch das Vertragswerk über die deutsche Bevölkerung hereingebrochen waren, sollten nicht unerwähnt bleiben. Das Auswärtige Amt verfolgte die Absicht, die Reparationsverhandlungen für Deutschland zu beeinflussen und vor allem die Vereinigten Staaten gegen die französische Position auf die deutsche Seite zu ziehen.⁹

Die Wochenschau sollte jedoch auch nach innen wirken, besonders im Hinblick auf das Abstimmungsgebiet in Oberschlesien. Um

⁸ Tägliche Rundschau v. 3. November 1920.

⁹ Peter Bucher, Die Wochenschau als Propagandainstrument in der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1990), H. 6, S. 329-336.

die „richtige“ Zusammenstellung der Wochenschau zu gewährleisten, schloss das Auswärtige Amt im Mai 1920 einen Vertrag mit der Produktionsfirma Deulig GmbH, wonach die „Messter-Woche“ ab sofort und fortlaufend bis zur Abstimmung kurze Bilder aus Oberschlesien aus eigenen Beständen oder aus vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellten Negativen bringen sollte.¹⁰ Die Wochenschau zeigte daraufhin zum Beispiel im September 1920 Bilder aus Berlin mit den Zwischentiteln: „Berlin. Deutsches Kulturland soll deutsch bleiben! Riesendemonstration gegen die Vergewaltigung der deutschen ober-schlesischen Bevölkerung“.¹¹ Auch nach der Abstimmung folgten 1921 weitere relevante Bilder, so im Juni „Kosel: Der Polenaufbruch und Bandeneinfall in Oberschlesien: Von polnischen Insurgenten durch Dynamit zerstörte Eisenbahnbrücke“ und ähnliche Filme.

Neben diesen Wochenschauaufnahmen kam auch Filmmaterial des Auswärtigen Amtes zum Einsatz, v.a. kurze Animationsfilme, die vom Institut für Kulturforschung (IfK) hergestellt wurden. Filmreferent im Auswärtigen Amt bereits im Ersten Weltkrieg, Auftraggeber und gleichzeitig Vorstand des beauftragten privaten Instituts für Kulturforschung war Hans Cürlis.¹² Das Institut für Kulturforschung, gegründet 1919, begann 1920 im Auftrag des Auswärtigen Amtes mit der Produktion einer Filmserie über die Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages.¹³ Diese kurzen Filme oder Teile der Filme wurden in die „Messter-Woche“ integriert, so auch Ausschnitte des damals noch in Arbeit befindlichen Abstimmungsfilms für Oberschlesien.

Neben Wochenschau und Hauptfilm wurde im Kino auch weiteres Beiprogramm gezeigt, das zumeist aus einem Kulturfilm bestand. Dieses Beiprogramm wurde in den Zeitungsanzeigen in der Regel nicht benannt. In den letzten drei Monaten vor der Abstimmung in Oberschlesien änderte sich dies jedoch. Versailler Vertrag, Reparationszahlungen und die Abstimmung in Oberschlesien wurden in der Medienöffentlichkeit miteinander verknüpft: Während die Zeitungen von den deutschen Kohlenlieferungen an die Entente und der bevorstehenden Abstimmung berichteten, zeigten z.B. die Kinos in Breslau „Versorgung Berlins mit Brennstoff“ (1920), den von Hans Cürlis produzierten Film „Kohlennot und Friedensvertrag“ (1921) sowie „Das Schlesiertal“ (1920), „Das Zobtengebirge“ (1919) und „Unsere Heimat

¹⁰ Bundesarchiv Berlin, R 901/72088 Filmpropaganda allgemein 18.5.20-31.1.22.

¹¹ Bundesarchiv Berlin, R 901/72200.

¹² Ursula Spormann-Lorenz u. Hans Cürlis, in: Filmdokumente zur Zeitgeschichte. Berlin 1975, S. 3-13.

¹³ Ulrich Döge, Kulturfilm als Aufgabe. Hans Cürlis (1889-1982). Berlin 2005, S. 21-25.

im Osten“ (1921).¹⁴ Der Film „Kohlennot und Friedensvertrag“ widmete sich der „Darstellung der gesamten Kohlenfrage“, also auch dem wirtschaftlich bedeutenden Gebiet Oberschlesiens sowie den Zwangslieferungen an die Ententestaaten.¹⁵

Sowohl die Deulig als auch das Institut für Kulturforschung stellten kurze Beiprogrammfilme her, teilweise zum selben Thema. Beispielfähig zu nennen sind hier „Der Friedensvertrag von Versailles“ (Deulig, 1921), „Der Versailler Friedensvertrag und seine Folgen“ (IfK, 1922)¹⁶ sowie „Oberschlesien“ bzw. „Die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens und der Friedensvertrag“ (IfK, 1921). Der letztere Film wurde von Hans Cürlis in Zusammenarbeit mit der Liga zum Schutze der deutschen Kultur hergestellt. Im Zeitungsartikel „Propaganda der Tat!“ heißt es am Ende, dass von staatlicher Seite das Geld für eine geeignete Filmpropaganda fehle und es zudem nicht vorteilhaft für die Erreichung der Ziele sei, wenn der Staat offen als Auftraggeber auftrete. Deshalb wird zu privater Initiative und privaten Spenden aufgerufen, die z.B. vom Bund heimattreuer Oberschlesier gerne entgegengenommen würden. Im Oberschlesienfilm scheint dieses Ziel verwirklicht, doch darf man nicht vergessen, dass die Tätigkeit von Organisationen wie dem Bund heimattreuer Oberschlesier – natürlich inoffiziell – über die Reichszentrale für Heimatdienst durch den Staat finanziell unterstützt wurde.¹⁷ Solche Organisationen konnten selbst Filme in Auftrag geben oder, was häufiger der Fall war, sie wurden von Filmgesellschaften um finanzielle Unterstützung bei diversen Filmprojekten gebeten.

¹⁴ Schlesische Volkszeitung v. 7. Januar 1921, 1. februar 1921. Diese Filme wurden alle von der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft (DLG) produziert und hatten eine Länge zwischen 95 m und 147 m. Nähere Angaben s. www.filmportal.de; sowie Christiane Mückenberger, „Land im Osten“, in: Geschichte des dokumentarischen Films in Deutschland, hrsg. v. Peter Zimmermann u. Kay Hoffmann. Bd. 3: Drittes Reich 1933–1945. Stuttgart 2005, S. 377–390, hier S. 387 f.; Brigitte Braun, Filmy propagandowe przeciwko postanowieniom traktatu wersalskiego w kinach Wrocławia. Próba spojrzenia na okres plebiscytu na Górnym Śląsku (20.3.1921) [Filmpropaganda gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages in den Breslauer Kinos. Ein erster Blick auf die Zeit der Oberschlesien-Abstimmung (20.3.1921)], in: „Wrocław będzie miastem filmowym“. Z dziejów kina w stolicy Dolnego Śląska [„Breslau wird Filmstadt“. Aus der Geschichte des Kinos in der Hauptstadt Niederschlesiens], hrsg. v. Andrzej Dębski u. Marek Zybura. Wrocław 2008, S. 65–76.

¹⁵ Nachlass Hans Cürlis in der Stiftung Deutsche Kinemathek, SDK 87/19, Karton 70.1.

¹⁶ Teilweise unter Verwendung von Filmmaterial aus den Filmen Kohlennot und Friedensvertrag, Brotfilm, Oberschlesien etc.; s. dazu Döge, Kulturfilm (wie Anm. 13), S. 21–25, 75–79.

¹⁷ Klaus Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik. Bonn 1976, S. 171 ff.

Bei den meisten Propagandafilmen des Instituts für Kulturforschung wurden vorrangig animierte Landkarten und Buchstaben, aber auch Zeichentrückfiguren verwendet. Im Film „Die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens und der Friedensvertrag“ (1921) sieht man Polen und Deutschland als schwarze und weiße Fläche einer Landkarte. Eine Hand, in der in schwarzen Buchstaben „Polen“ steht, legt eine schwarze Fläche über das wie Deutschland weiß gestaltete Oberschlesien. Es wird gezeigt, wie die oberschlesische Kohle als Folge des Versailler Vertrages nun nur nach Polen fließt, während sie der deutschen Industrie als Rohstoff fehlt. Das Ziel des Films ist klar: „Stimmt für ein Deutsches Oberschlesien“ erscheint eine Schrift am Ende des Films.¹⁸

Da kurze Filme zumeist nicht namentlich in den Kinoannoncen erwähnt wurden, ist ihr Nachweis im regulären Kinoprogramm schwierig. Im Fall der Oberschlesienpropaganda steht jedoch fest, dass diese Filme oftmals auch in geschlossenen Veranstaltungen gezeigt oder in Gebiete, wo sie verboten waren, geschmuggelt wurden.¹⁹

Die Bemühungen von Regierungsstellen, die Themen Oberschlesien und Friedensvertrag verstärkt auf die Leinwand zu bringen, dürften erfolgreich gewesen sein. Die in Auftrag gegebenen Filme des Instituts für Kulturforschung kamen jedoch ebenso wie die meisten Spielfilme, in welchen die Oberschlesienfrage aufgegriffen wurde, nicht rechtzeitig vor der Abstimmung ins Kino.

Fiktionale Filme mit dokumentarischem Anspruch und propagandistischer Tendenz

Die Mehrzahl der in deutschen und polnischen Kinos gezeigten fiktionalen Filme hatte reinen Unterhaltungscharakter. Komödien, Sittdramen, Detektiv- und exotische Abenteuerfilme dominierten das Programm. Daneben fanden aber ebenfalls Filme mit politisch brisanten Themen Eingang in den Kinosaal. Zwei Filme, die sich aktuell mit den Folgen des Versailler Vertrages für Oberschlesien ausein-

¹⁸ S. die Beschreibung von Ulrich Döge in: Döge, Kulturfilm (wie Anm. 13), S. 24 f. u. 76. Fragmente des Films im Bundesarchiv-Filmarchiv.

¹⁹ Hinweise darauf finden sich im Nachlass von Hans Cürlis in der Stiftung Deutsche Kinemathek, SDK 87/19. S. auch die Möglichkeiten einer Wanderkinopropaganda bei Urszula Biel, German and Polish Agitation through Travelling Cinema in the 1920s in Upper Silesia, in: Travelling Cinema in Europe, hrsg. v. Martin Loiperdinger. Frankfurt a.M. 2008, S. 157-167.

andersetzten, sollen hier vorgestellt werden: „Brennendes Land. Ein Schauspiel aus Oberschlesien“ (D 1921, R: Heinz Herald) und „Der Kampf um die Heimat. Ein Drama aus Oberschlesien“ (D 1921, R: James Bauer).²⁰ Berücksichtigt werden muss, dass es seit dem 12. Mai 1920 im Deutschen Reich eine allgemeine Zensur gab, die unter anderem in § 1 bestimmte: „Die Zulassung eines Bildstreifens (...) ist zu versagen, wenn die Prüfung ergibt, dass die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, (...) das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden“.²¹ Im Fall Polens aber scheint diese Bestimmung bei der Zulassung der Filme keine große Rolle gespielt zu haben.

Brennendes Land

Neben dem Institut für Kulturforschung von Hans Cürlis und der Deulig Film AG, die ebenfalls Filme zum Versailler Friedensvertrag und zu Oberschlesien drehte, war gerade im Hinblick auf Oberschlesien auch die Ilag-Film tätig, die 1921 Filme wie „Deutschland muss zahlen“, „Die Geliebte des Wojwoden“, „Bilder aus dem oberschlesischen Kampfgebiet“ und vor allem den Film „Brennendes Land. Ein Schauspiel aus Oberschlesien“ produzierte. Im Filmheft der Ilag zu diesem Film heißt es: „Die Bevölkerung Oberschlesiens ist in heftigem politischen Zwiespalt. Die einen sind für Polen, die anderen für Deutschland. Die Gegensätze greifen bis in die Familien über.“²² Erzählt wird im Film die Geschichte der drei Brüder Walewski. Während Heinrich auf deutscher Seite steht, kann der Pole Wladislaus dessen Bruder Karl für die polnische Sache gewinnen. Der dritte Bruder Benedikt, ein Geistlicher, schreibt: „Lieber Bruder, gedenke in Oberschlesien des Wortes eines echten Polen. Der hochselige Erzbischof von Posen (...) erklärte am 28. September 1894: ‚Ich verwerfe die polnische Propaganda in Oberschlesien, denn in diesem Gebiet, das staatsrechtlich seit 5 oder 6 Jahrhunderten von Polen getrennt ist,

²⁰ Von „Brennendes Land“ existiert eine Nitro-Kopie (774 m) im Bundesarchiv-Filmarchiv Berlin.

²¹ Lichtspielgesetz vom 12. Mai 1920, in: Reichsgesetzblatt (1920), Nr. 107.

²² Programmheft der Ilag: Stiftung Deutsche Kinemathek, Schriftgutarchiv. Zensurkarte Nr. 1477 im Bundesarchiv-Filmarchiv Berlin, Schriftgutarchiv; Jerzy Maśnicki, Niemy Kraj. Polskie motywy w europejskim kinie niemy (1896–1930) [Stummes Land. Polnische Motive im europäischen Kino (1896–1930)]. Gdańsk 2006, S. 116–119, mit Abb. aus dem Programmheft.

zu einer Zeit also, da es Nationalgefühl in unserem Sinne überhaupt nicht gab, ist für das Erwecken eines polnischen Nationalgefühls in unseren Tagen keine Berechtigung vorhanden.“ Er kehrt nach Hause zurück, um für die deutsche Sache zu wirken. Bei einem Streit, bei dem auch Benedikt zugegen ist, kommt es zu Tötlichkeiten zwischen Heinrich und Karl. Heinrich wird schwer verletzt und Karl flieht mit seiner Braut Marie und dem Polen Wladislaus über die Grenze nach Polen. Wladislaus hat es jedoch eigentlich auf Marie abgesehen, und es gelingt ihm, Karl in den polnischen Militärdienst einziehen zu lassen. Als Pater Benedikt von Karls Schicksal erfährt, kann er ihn nach einigen Verwicklungen befreien und wieder über die Grenze bringen, während Wladislaus bei der Verfolgung getötet wird. „Glücklich, dem schweren Irrtum entronnen zu sein, reichen sich die Brüder angesichts der gewaltigen heimatlichen Werke die Hände zum Treueschwur für ein freies, deutsches Oberschlesien.“ Und im Zwischentitel erscheint: „Oberschlesien muß deutsch bleiben für alle Zeiten! Ich habe erfahren, was es heißt, Pole zu sein! Oberschlesier schützt Eure Heimat, wählt deutsch!“²³ Der Film wurde am 3. März von der Berliner Filmprüfstelle auch für Jugendliche zugelassen. Der Film-Kurier kommentierte anlässlich einer Pressevorführung: „Im ganzen: ein gewiß gelungener und begrüßenswerter Versuch, endlich auch bei uns die so reichen Mittel des Films in den Dienst sachlicher Propaganda zu stellen (...).“²⁴ Zwar sei die Handlung etwas an den Haaren herbeigezogen, auch hätten die filmischen Mittel weitaus besser im Dienst der ober-schlesischen Sache ausgeschöpft werden können, doch werde im Mittelpunkt der Handlung wirksam „die deutsche Militärfreiheit gegen Polens Militarismus und kriegerische Verwicklungen kontrastiert, und dieser Militarismus in all seiner Unmenschlichkeit einprägsam und abschreckend gezeichnet.“

Der Kampf um die Heimat

Im August passierte der Film „Der Kampf um die Heimat“ die deutsche Zensur, der – obwohl ein Spielfilm – seinen dokumentarischen Anspruch unterstrich, indem er auf ober-schlesische Flüchtlinge

²³ Zensurkarte Nr. 1477 im Bundesarchiv-Filmarchiv Berlin, Schriftgutarchiv.

²⁴ Filmbesprechung im Film-Kurier v. 11. März 1921.

als Darsteller zurückgriff.²⁵ Der Film-Kurier berichtete: „Es ist ein schönes Zeugnis für das hingebende Interesse, das alle dem Film nahestehenden Geschäftskreise Oberschlesiens dem Werk entgegenbringen, daß sowohl der Rohfilm (Agfa), die Kopien (Geyer, Tesch, Dröge & Lorenz), die Automobile (Adler und Horch), die Möbel (Prätorius), die Kostüme (Ernst, Verch) zur Herstellung des Films fast oder ganz unentgeltlich geliefert wurden (...).“²⁶ 100 Kopien des durch das Oberschlesische Hilfswerk geförderten Films sollten in deutschen und ausländischen Kinos das Interesse auf Oberschlesien lenken. Den Vertrieb sicherte der Reichsverband deutscher Lichtspieltheater, viele Städte verzichteten auf die Erhebung der Lustbarkeitssteuer.²⁷

Der Inhalt des Films ist schnell zusammengefasst: Nach der Abstimmung im März, die zu Gunsten der Deutschen ausgegangen ist, organisiert ein Steiger aus Warschau mit Hilfe seiner Tochter Jadwiga Unruhen in Oberschlesien. Der junge Bergmann Reinhold Werkmeister erliegt den Reizen dieser Tochter und verlässt für sie die Verlobte und den Vater. Schließlich sagt er sich auch von seinen deutschen Wurzeln los und zieht zu den Polen. Als Jadwiga ihm eine Waffe in die Hand drückt und ihn auffordert, gegen die Deutschen zu kämpfen, erkennt er erst die wahren Beweggründe seiner neuen „Freunde“ und flieht Richtung Heimat. Sein Weg führt durch zerstörte ober-schlesische Dörfer und Städte, an Flüchtlingsströmen vorbei. Zu Hause schließt er sich dem Kampf der deutschen Bergmänner gegen die polnischen Aufständischen an. Der in Reinholds Armen sterbende Vater gemahnt ihn, dass seine Heimat Oberschlesien deutsch war, ist und für alle Zeit bleiben müsse.

Józef Gawrych, Mitglied des polnischen Plebiszitkomitees, schreibt in seinen Erinnerungen von einem deutschen Film, der die Industrieanlagen in Oberschlesien (und Westfalen) zeige und Bilder von großen Bergwerken und Hütten, schmucken Arbeiterhäuschen und Leben im Wohlstand mit schäbigen Wohnhütten kontrastiere, vor denen barfüßige und zerlumpte Kinder spielen.²⁸ Die deutschen Zwischentitel unterstreichen die Gegensätze zwischen beiden Ländern, Aufrufe wie „Jeder vernünftige Oberschlesier kann sich nur für Deutschland

²⁵ Oberschlesiens Leidensweg. „Der Kampf um die Heimat“, in: Film-Kurier v. 25. August 1921.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Deutsche Regisseure: James Bauer, in: Film-Kurier v. 30. Oktober 1922.

²⁸ Józef Gawrych, Hotel Lomnitz. Z tajemnic szefa wywiadu [Hotel Lomnitz. Aus den Geheimnissen des Chefs des Nachrichtendienstes]. Katowice 1947, S. 76 f.; Maśnicki, Niemy kraj (wie Anm. 22), S. 122.

entscheiden!“ seien ebenfalls im Film platziert. Laut Gawrych wurde dieser Propagandafilm direkt nach seiner Aufführung im Berliner Außenministerium von einem polnischen Spion entwendet. In Polen wurden die deutschen Zwischentitel durch polnische ersetzt, die genau die gegenteilige Geschichte erzählten. Aus Polen wurden Deutsche, polnische Arbeiterhände hatten nun die eindrucksvollen ober-schlesischen Industrieanlagen erbaut und am Schluss erschien auf der Leinwand: Oberschlesien soll polnisch werden!²⁹

Sprache im Stummfilm

Diese Methode war durchaus nichts Ungewöhnliches, und die Anekdote, auch wenn es sich um einen anderen Film handeln sollte, lenkt den Blick auf einen wichtigen Aspekt der transnationalen Kommunikation mittels Film in den 20er Jahren. Der Film war stumm, Sprache kam zum einen als Text in den Zwischentiteln, zum anderen als gesprochener Kommentar bzw. Übersetzung der Zwischentitel vor. Filme konnten, wie das obige Beispiel zeigt, leicht umfunktioniert werden, ohne dass das Publikum dies bemerkte.

In zweisprachigen Gebieten wurden mitunter zweisprachige Titel eingesetzt oder Programmhefte in der jeweils anderen Sprache verteilt, um auch der anderssprachigen Bevölkerung das Verständnis des Films zu ermöglichen. In Oberschlesien wurde die in den Filmen verwendete Sprache zum Politikum. Da die meisten Kinos sich in deutschem Besitz befanden, kam es jedoch vor der Teilung nur zu vereinzelten Versuchen, polnische Titel einzuführen.

Im Lichtspieltheater Colosseum in Königshütte (Królewska Huta), das dem Polen Wojciech Błaszczak gehörte, wurden im Februar 1920 polnische Titel angekündigt. Auch das Königshütter Union-Theater warb in der Presse damit, dass es einen besonderen Service für die polnischsprachige Bevölkerung biete: „Wir bitten Sie, die polnischen Programme zu verlangen, die an der Kasse erworben werden können.“³⁰ Die Besitzer dieses Kinos waren jedoch keine Polen, sondern der Deutsche Sonnenborn sowie Walter Lawrence, ein Engländer,

²⁹ Maśnicki, *Niemy kraj* (wie Anm. 22). Maśnicki vermutet, dass es sich bei dem geraubten Film um eine Kopie von „Der Kampf um die Heimat“ handelt, der dann von polnischer Seite zu propagandistischen Zwecken umgearbeitet wurde. Die Autorinnen teilen diese Meinung nicht.

³⁰ Kinoanzeige „Union“ in Königshütte (Królewska Huta), in: *Katolik* Nr. 13 v. 29. Januar 1919.

die wohl durch diesen Service die Gunst des polnischen Publikums erlangen wollten.

Diese Versuche, während der Abstimmungszeit polnische Zwischentitel einzuführen, stellten – wie erwähnt – Einzelfälle dar, zumal es sowieso nur wenige zweisprachige Kopien gab, die wohl auch nur von einem Verleih, der Firma Aurora von Konstanty Wysocki, angeboten wurden. Manche der Vorstellungen mit deutsch-polnischen Titeln endeten zudem in Tumulten, was ebenfalls eine abschreckende Wirkung entfaltet haben dürfte: Der Kinematograf Polski berichtete, wie am 22. Januar 1920 im Kino Colosseum in Königshütte eine Gruppe von 18 Mitgliedern des Grenzschutzes bei Erscheinen polnischer Zwischentitel skandierte: „Wir sind nicht in Polen!“³¹ Erst die Genfer Konvention bestimmte Zweisprachigkeit für die Polen zugesprochenen oberschlesischen Gebiete.

Wanderkino

Nachdem die Propaganda in den festen Kinos durch die Präsenz und die Bestimmungen der Interalliierten Kommission stark erschwert worden war, griffen sowohl Polen als auch Deutsche auf das alte Konzept des Wanderkinos zurück, das gerade im ländlichen Gebiet nur schwer kontrolliert werden konnte. Im Februar 1920 hatten beide Seiten Plebiszitkommissariate eingerichtet, die die Vorbereitung und Koordination der Abstimmung übernahmen. Das deutsche Kommissariat hatte seinen Sitz in Kattowitz, das polnische in Beuthen (Bytom).

Im polnischen Kommissariat wurde die Abteilung für Kultur und Bildung unter der Leitung von Ignacy Nowak mit Filmangelegenheiten betraut.³² Die kinematografische Sektion, betreut vom Filmvorführer Antoni Wywerka, erhielt zunächst nur zwei mit Projektoren ausgestattete Fahrzeuge. Die 15 Mitarbeiter der Abteilung konnten jedoch die Technik nicht bedienen, weshalb in der Presse nach

³¹ Napisy dwujęzyczne oraz kronika [Zweisprachige Titel sowie Chronik], in: Kinematograf Polski Nr. 1 v. 25. Januar 1920. S. dazu auch Danuta Sieradzka, Zmagania o język polski w kinach Górnego Śląska w okresie międzywojennym (Zarys problematyki) [Die Forderungen nach der polnischen Sprache in oberschlesischen Kinos in der Zwischenkriegszeit (Problemaufriss)], in: Śląskie Miscellanea 10 (1997), S. 40-54.

³² Ignacy Nowak, Kartki z plebiscytu i powstań śląskich [Notizen vom Plebiszit und den schlesischen Aufständen], in: Pamiętniki powstańców śląskich [Die Memoiren der schlesischen Aufständischen]. Bd. 2, hrsg. v. Franciszek Szymiczek u. Ryszard Hajduk. Katowice 1961, S. 11 f.

„Kinooperatoren“ für ein Wanderkino gesucht wurde, die mit einem Karbid-Sauerstoff-Licht umzugehen wussten.³³ Als erster „Operator“ wurde der ehemalige italienische Kriegsgefangene Corsali eingestellt.³⁴

Das größte Problem für die polnischen Kinos war der Mangel an polnischen Filmen, da der neue Staat eine nationale Produktion erst aufbauen musste. Nowak schreibt in seinen Erinnerungen, dass die Filmabteilung in dieser Situation ausländische – auch deutsche – Filme einsetzen musste. Glücklicherweise seien die Filme stumm gewesen und die Zwischentitel ließen sich verdecken bzw. austauschen. Aus dem vorhandenen Filmmaterial wurden sechs Programme zusammengestellt, so dass es möglich war, an einem Ort eine Woche lang zu gastieren. Ein weiteres Problem neben den Filmen stellten die anzumietenden Säle dar, denn die für Vorführungen geeigneten großen Säle in Gaststätten etc. waren zumeist in deutschem Besitz. So konnte es geschehen, dass die Besitzer trotz früherer Zusagen aus Angst oder aufgrund von Bestechung in letzter Minute absagten.³⁵

Einige Vorführungen spielten sich unter dramatischen Bedingungen ab, da es zu Überfällen militanter deutscher Gruppen kam. In besonders konfliktgefährdeten Ortschaften wurden Wachen organisiert, um im Fall einer Auseinandersetzung eine Beschädigung oder Zerstörung des wertvollen Projektors zu verhindern. Aber auch die polnische Seite schreckte nicht vor Handgreiflichkeiten zurück. In Himmelwitz (Jemielnica) überfielen polnische Aktivisten ihrerseits ein deutsches Wanderkino und warfen einen Sprengsatz in den Saal. Die nachfolgende Explosion rief eine Panik hervor. Die Polen zerstörten den Projektor und verbrannten die geraubten Filme vor dem Gasthaus, in dem die Vorführung stattgefunden hatte.³⁶ Eine ähnlich gefährliche Situation schilderte der „Oberschlesische Wanderer“, die lokale deutsche Tageszeitung mit der größten Auflage. Im Artikel „Die Oberschlesien Wander-Lichtspiele in Bedrängnis“ wird berichtet, wie im Dorf Lubie (Kreis Tost-Gleiwitz/Toszek-Gliwice) ein Wagen mit Filmen eintraf. Als die Ausrüstung aufgestellt werden sollte, kamen zwei Polen heran und fragten: „Was wollt ihr hier? Unser Dorf ist genau wie ganz

³³ Anzeige, in: Dziennik Śląski Nr. 200 v. 02. September 1920.

³⁴ Nowak, Kartki (wie Anm. 32), S. 11 f.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Teodor Koczur, Powstańcy w policji plebiscytowej [Die Aufständischen in der Plebiszitpolizei], in: Pamiętniki powstańców śląskich [Die Memoiren der schlesischen Aufständischen], Bd. 1, hrsg. v. Roman Pitera-Ratepi. Katowice 1957, S. 155 f.

Oberschlesien polnisch.“ Einer von ihnen gab einen Schuss ab, der glücklicherweise keinen Schaden anrichtete.³⁷

Die Situation hinsichtlich des im polnischen Teil zur Verfügung stehenden Filmmaterials verbesserte sich, nachdem sich das Zentrale Plebiszit-Komitee (Centralny Komitet Plebiscytowy) in Warschau eingeschaltet hatte. Dank staatlicher Unterstützung entstanden dokumentarische Aufnahmen und Wochenschauberichte aus Oberschlesien sowie der Film „Nie damy ziemi skąd nasz ród“ [„Wir geben das Land nicht her, von dem unser Volk stammt“], auch bekannt unter dem Titel „Męczeństwo ludu górnośląskiego“ [„Martyrium des ober-schlesischen Volkes“] (Pl 1920, R: Władysław Lenczewski). Zudem wurden einige Filme in Auftrag gegeben, die den Oberschlesiern polnische Traditionen, Kultur, Bräuche und Volkstrachten in Erinnerung rufen sollten. Der bekannte polnische Schauspieler und Regisseur Wiktor Biegański realisierte drei kurze Filme: „Tańce polskie“ [„Polnische Tänze“], „Tam na błoni błyszczą kwiecie“ [„Dort auf der Wiese glänzt die Blume“], „Zakochałem ci się aż po same uszy“ [„Über beide Ohren in dich verliebt“] sowie den Spielfilm „Pan Twardowski“ [„Herr Twardowski“] (alle um 1921).³⁸ Die kinematografische Sektion des polnischen Plebiszit-Kommissariats drehte des Weiteren Zusammenstellungen verschiedener lokaler Ereignisse und Feierlichkeiten, von denen einige den Weg zur Verleihfirma Aurora und damit auf die Leinwände ganz Polens – aber auch Deutschlands – fanden (z.B. „Der polnische Aufstand in Oberschlesien“).³⁹

Trotz dieser Bemühungen urteilte Kazimierz Sosnowski, einer der Teilnehmer der polnischen Aufstände, in seinen fünf Jahre nach diesen Ereignissen publizierten Erinnerungen, dass „der Kinematograf für Plebiszit-Aktionen keinerlei Nutzen hatte“.⁴⁰ Er schätzte die polnischen Filme im Verhältnis zu den deutschen als sehr schwach und rückständig ein, weshalb die durch die Agitation mit Filmen gesteck-

³⁷ Die Oberschlesien Wander-Lichtspiele in Bedrängnis, in: Oberschlesischer Wanderer Nr. 36 v. 15. Februar 1921.

³⁸ Jan F. Lewandowski, Wojna kinematografów. Kino na Górnym Śląsku w okresie powstań i plebiscytu 1918–1922 [Krieg der Kinematografen. Kino in Oberschlesien während der Aufstände und des Plebiszits 1918–1922], in: Nie tylko filmy, nie same kina... Z dziejów X muzy na Górnym Śląsku i w zagłębie Dąbrowskim [Nicht nur Filme, nicht nur Kinos... Aus der Geschichte der X Muse in Oberschlesien und im Dombrowaer Kohlenbecken], hrsg. v. Andrzej Gwóźdź. Katowice 1996, S. 25-39.

³⁹ Werbung des Büros „Aurora“, in: Kinematograf Polski Nr. 2 v. 15. Juli 1921; sowie Reichs-Kino Adressbuch. Berlin 1918/1919, S. 456 zum Verleihgebiet der Firma.

⁴⁰ Kazimierz Sosnowski, Z górnośląskich wrażeń plebiscytowych [Aus den ober-schlesischen Eindrücken des Plebiszits], in: Polska Zachodnia Nr. 61 v. 16. März 1927, S. 6.

ten Ziele nicht erreicht worden seien. Dagegen hätten die deutschen Produktionen, obwohl sie voller Lügen seien, ungewöhnlich überzeugend auf das Publikum einwirken können.

Doch auch die Deutschen waren mit den Ergebnissen ihrer Bemühungen nicht zufrieden. Der Breslauer Professor Manfred Laubert bemängelte im „Die geistige Propaganda“ betitelten Kapitel seines Buches zur Oberschlesischen Bewegung⁴¹ die geringe Anzahl von Wanderkinos, die besonders auf dem Land viel zu tun gehabt hätten. Er bedauerte zudem die Einschränkungen, die aus den von der deutschen Regierung unterschriebenen Verträgen resultierten, wobei er wohl die Vereinbarungen zur Vorbereitung des Plebiszits im Sinn hatte, durch die eine drastische Propagandatätigkeit verboten wurde, wie sie die Deutschen vor der Einsetzung der Interalliierten Plebiszitkommission betrieben hatten.

Locarno: Offener Revisionismus

Nach der Teilung Oberschlesiens am 15. Mai 1922 stabilisierte sich die Lage in der Region, sowohl in Polen als auch in Deutschland war man damit beschäftigt, die Verwaltung der eigenen Gebiete neu zu regeln bzw., im Fall des polnischen Teils, Oberschlesiens ganz neu zu etablieren und das Gebiet in den neuen Staat gemäß den Vorgaben der Genfer Konvention zu integrieren.⁴²

Diese relativ ruhige Phase der deutsch-polnischen Beziehungen fand jedoch im Oktober 1925 ihr Ende: Nachdem die Konferenz von Locarno keine Garantie der deutsch-polnischen Grenze erbracht hatte, nahmen revanchistische Bestrebungen bezüglich Oberschlesiens wieder zu. Zudem jährte sich die Abstimmung zum fünften Mal. Die Öffentlichkeit in Deutschland und Polen hielt die Medien des jeweils anderen Landes nun unter genauer Beobachtung.

Im Jahr 1926 startete die deutsche Reichsregierung auch das so genannte Sofortprogramm,⁴³ das zur Beseitigung wirtschaftlicher und

⁴¹ Manfred Laubert, *Die Oberschlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Vereinigung Heimattreuer Oberschlesier 1918–1921*. Breslau 1938, Kap. 3, S. 28–36, hier S. 34.

⁴² S. Polsko-niemiecka Konwencja Górnośląska zawarta w Genewie dnia 15 maja 1922 roku [Die deutsch-polnische Oberschlesienkonvention, beschlossen in Genf am 15. Mai 1922]. Genf 1922; Das Genfer Abkommen sollte 15 Jahre gelten.

⁴³ Bundesarchiv Berlin, Akten der Reichskanzlei R 43I, 1797, Bl. 106–109; Teresa Kulak, *Propaganda antypolska dolnośląskich władz prowincjonalnych w latach 1922–1933* [Antipolnische Propaganda der niederschlesischen Provinzregierung in den Jahren 1922–1933]. Wrocław 1981, S. 30 ff.

kultureller Probleme in den von der Versailler Grenzregelung besonders betroffenen preußischen Provinzen, u.a. in Schlesien, bestimmt war. Es sollte den Deutschen Anreize bieten, in den Ostgebieten zu bleiben, und den Bewohnern der an Polen abgetretenen Gebiete suggerieren, dass es ihnen deutlich besser gehen würde, wenn ihre Gebiete zum Deutschen Reich gehörten. So sollte ein Klima geschaffen werden, in dem die Bevölkerung von selbst beginnen würde, ihre Eingliederung in das Deutsche Reich zu verlangen. Die wirtschaftlichen Bemühungen wurden um eine Propaganda ergänzt, in der sich auf die Schlagworte „blutende“ und „brennende“ Grenze gestützt wurde und mit der die öffentliche Meinung davon überzeugt werden sollte, dass eine Revision der Grenzen notwendig sei. Eines ihrer wichtigsten Mittel war der Film.⁴⁴

Land unterm Kreuz

1926 jährte sich das Oberschlesien-Plebiszit zum fünften Mal. Im Juni 1926 wurde auf Initiative des Präsidenten der Provinz Oppeln in Gleiwitz eine Konferenz einberufen, an der Vertreter der kommunalen Verwaltungen teilnahmen, um das Projekt eines Oberschlesien-Kulturfilms zu besprechen, der die Volksabstimmung und ihre Konsequenzen in Erinnerung rufen sollte. Beschlossen wurde die Produktion des Kulturfilms „Land unterm Kreuz. Ein Film aus Oberschlesiens schwerster Zeit“ (D 1927, R: Ulrich Kayser). Der Film gliedert sich in fünf Teile: Die ersten beiden zeigen die idyllische Natur und blühende Industrie Oberschlesiens, die Zeugnisse seiner 700-jährigen deutschen Kulturgeschichte, das Leben und die Gebräuche seiner Einwohner. Den Menschen im deutschen Oberschlesien – so der Tenor des Films – gehe es gut. Der dritte Teil zeigt den Wendepunkt für Oberschlesien: Zunächst werden den Zuschauern Bilder des friedlichen Miteinanders betender Menschen im religiösen Zentrum der Region, auf dem St. Annaberg, präsentiert, doch die folgenden Einstellungen zerstören plötzlich diese bisher gezeigte Idylle. Gezeigt werden die Friedensverhandlungen im Schloss von Versailles sowie

⁴⁴ Karol Fiodor, „Die blutende Grenze“ – hasłem pruskiego nacjonalizmu [Parole des preußischen Nationalismus], in: Górný Śląsk po podziale w 1922 roku. Co Polska a co Niemcy dały mieszkańcom tej ziemi [Oberschlesien nach der Teilung 1922. Was Polen und was Deutschland den Bewohnern dieser Erde gaben]. Bd. 2, hrsg. v. Zbigniew Kapała, Wiesław Lesiuk u. Maria Wanda Wanatowicz. Bytom 1997, S. 103-119, hier S. 103-111; sowie Kulak, Propaganda (wie Anm. 44).

die Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Über dem Standbild der Vertragsurkunde wird überraschend die Parole „Ganz Oberschlesien ist polnisch“ eingeblendet. Aufnahmen von prodeutschen Demonstrationen und eine Rückblende auf die Ereignisse während des Plebiszits 1921 schließen sich an. Eine Grafik zeigt ein prodeutsches Ergebnis der Volksabstimmung. Der vierte Teil zeigt die Kämpfe um die Region nach der Volksabstimmung. Frieden und Einheit scheinen verloren. In einer Trickaufnahme greifen gierige Hände nach den deutschen Industriezentren. Im Kontrast zu den ersten beiden Teilen des Films sehen die Zuschauer nun im vierten und fünften Teil Zerstörung und Leid. Deutsche verlassen ihre zerstörten Dörfer. Ehemals „blühendes deutsches Land“ – im ersten Teil gezeigt – ist nun abgetrennt, unterstrichen im Film durch das wiederkehrende Motiv der Grenze und des Schlagbaumes. Oberschlesien unter polnischer Herrschaft wird durch Armut, Verwahrlosung und Zerstörung charakterisiert.⁴⁵

Die Entstehung des Films „Land unterm Kreuz“ wurde von polnischer Seite aus von Anfang an genau beobachtet. In den Archiven haben sich ausführliche Korrespondenzen zum Thema erhalten, die polnischen Generalkonsulate in Beuthen und Oppeln berichteten dem polnischen Außenministerium regelmäßig über die Vorgänge.⁴⁶ Der Film wurde hier als tendenziös, für Oberschlesien vollkommen unerwünscht und schädlich für den polnischen Staat beurteilt. Aus deutscher Sicht erfüllte er dagegen überzeugend und gelungen den beabsichtigten propagandistischen Zweck. Noch vor der Premiere empfahl das polnische Außenministerium der polnischen Botschaft in Berlin, den Film kategorisch abzulehnen und sein Verschwinden aus den Kinos, zumindest aber die Nichtzulassung für das Oppelner Gebiet zu fordern.⁴⁷ Tatsächlich wurde die Berliner Premiere verschoben und der Film zunächst verboten, doch stellte sich heraus, dass dies nur ein taktischer Schachzug seitens der Deutschen war, dem zeitgleich tagenden Völkerbund geschuldet, in den das Deutsche

⁴⁵ Ausführlich zum Film s. Urszula Biel, *Płonące premiery. Z dziejów polsko-niemieckiego pogranicza filmowego na Górnym Śląsku* [Brennende Premieren. Geschichten aus dem polnisch-deutschen Grenzgebiet des Films in Oberschlesien], in: *Kino niemieckie w dialogu pokoleń i kultur. Studia i szkice* [Das deutsche Kino im Dialog der Generationen und Kulturen. Studien und Skizzen], hrsg. v. Andrzej Gwóźdź. Kraków 2004, S. 315-331.

⁴⁶ Archiwum Państwowe w Opolu [Staatsarchiv in Oppeln; APOp], Konsulat Generalny RP w Opolu [Generalkonsulat der Republik Polen in Oppeln; KGOp], Sign. 190, Schreiben v. 22.02.1927.

⁴⁷ Ebenda, Schreiben v. 15.02.1927.

Reich erst ein halbes Jahr zuvor aufgenommen worden war und wo deutsch-polnische Gespräche angebahnt werden sollten.⁴⁸ Die Film-Oberprüfstelle gab den Film am 16. März 1927 zur Aufführung frei – mit der Begründung, dass das Lichtspielgesetz keine Handhabe biete, einen Filmstreifen aus politischen Gründen verspätet anlaufen zu lassen. Auch ließ sie das Argument der Vorinstanz nicht gelten, der Film sei geeignet, die Produktion antideutscher Hetzfilme zu provozieren. Am 20. März 1927 fand die – ursprünglich als zweite Premiere nach Berlin geplante – festliche Vorführung des Films im Gleiwitzer Deulig-Palast in Anwesenheit der gesamten politischen Provinz-elite und des ehemaligen Plebiszit-Kommissars Kurt Urbanek statt, pünktlich zum siebten Jahrestag der Abstimmung. Neben den Vorstellungen im Kino wurden auch Präsentationen in Gasthaus- und Schulsälen zu ermäßigten Preisen angeboten. Der Gleiwitzer Kreisrat selbst ermunterte im Kreisblatt zu zahlreichen Vorführungen. Zur verspäteten Premiere am 23. März 1927 in Berlin kamen auch der Reichskanzler sowie zahlreiche Mitglieder der Regierung.⁴⁹ All dies trug zu hohen Zuschauerzahlen bei, führte zugleich aber auch zu angespannten zwischenstaatlichen Beziehungen.

Auf Anraten ihres Außenministeriums beschloss die polnische Regierung, alle deutschen Firmen zu boykottieren, die antipolnische Filme produzierten. Ganz oben auf der Liste standen natürlich die Deulig sowie die Eiko Film, die den noch immer im Umlauf befindlichen Film „Die brennende Grenze“ (D 1926, R: E. Waschneck) produziert hatten. Aufgrund fehlender rechtlicher Handhabe musste man jedoch, anstatt einen offiziellen Boykott auszusprechen, sich schließlich darauf beschränken, auf die polnischen Verleihfirmen dahingehend Druck auszuüben, dass diese keine Produktionen der genannten Firmen kauften.⁵⁰

Es scheint, dass „Land unterm Kreuz“ sowie die Art und Weise seiner Verwendung durch die deutsche Seite wesentlichen Einfluss

⁴⁸ Archiwum Akt Nowych [Archiv der Neuen Akten; AAN], Ambasada PR w Berlinie [Botschaft der Republik Polen in Berlin; Amb. RP Berlin], Sign. 2457, Schreiben v. 22.03.1927, S. 424; APOp, KGOp, Sign. 190, Schreiben v. 27.03.1927; Zensurgutachten der Film-Oberprüfstelle zu Land unterm Kreuz vom 16.3.1927, in: <http://www.deutsches-film-institut.de/zengut/df2tb653z.pdf> [letzter Zugriff: 9.7.2009].

⁴⁹ Leon Brun, Miedzynarodowey skandal filmowy w Berlinie [Internationaler Filmskandal in Berlin], in: Kino dla wszystkich, 1.4.1927, reproduziert in: Maśnicki, Niemy Kraj (wie Anm. 22), S. 132.

⁵⁰ AAN, Amb RP Berlin, Sign. 2457, Schreiben v. 27.10.1927, S. 390; Schreiben v. 22.11.1927, S. 523.

auf die Einstellung der polnischen Regierung zum Kino hatte. Die Strategie des Nachbarn war eine Art Crashkurs in Sachen Einsatz des Films für politische Zwecke. Für die polnische Regierung muss es besonders schockierend gewesen sein, dass die Deutschen sich ohne Skrupel eines solchen „Hetzfilmes“ bedienten, während sie einige Monate zuvor die Warschauer Regierung kategorisch dazu genötigt hatten, den ihrer Meinung nach antideutschen „Hetzfilm“ „Die vier apokalyptischen Reiter“ (USA 1921, R: Rex Ingram), der aufgrund des Todes des darin spielenden Rudolf Valentino wieder aufgenommen wurde, von den polnischen Leinwänden zu verbannen.⁵¹

Die polnische Antwort: Śląsk, żrenica Polski [Schlesien, Polens Augapfel]

Paradoxerweise ist als positive Konsequenz der deutschen Propagandatätigkeit eine Verstärkung der bisher nur marginal in Erscheinung getretenen polnischen Filminitiativen in Oberschlesien zu beobachten. Bereits im ersten Rapport des polnischen Generalkonsuls in Opatów, in dem von deutschen Plänen für einen Kulturfilm über Oberschlesien berichtet wurde, findet sich der Appell, dass auch Polen beginnen solle, ähnliche Bilder zu produzieren. Zwar fehlen direkte Belege für einen positiven Bescheid dieser Forderung, doch einige Monate später, am 26. Oktober 1926 – also zur selben Zeit, als „Land unterm Kreuz“ gedreht wurde –, berichtete die propolnische Tageszeitung „Polska Zachodnia“ von einer Initiative des Verbandes der Schlesischen Aufständischen. Dieser hatte die Firma Kapefilm beauftragt, den Film „Śląsk, żrenica Polski“ (Pl 1927, R: Konstanty Pawlukiewicz) zu realisieren.⁵² Ähnlich wie in Gleiwitz sollte das Ziel des Projekts sein, das ganze Land mit der Bedeutung Schlesiens für den Rest Polens vertraut zu machen. Die Patenschaft über die Produktion übernahmen der schlesische Wojwode Michał Grażyński,

⁵¹ Ebenda, Schreiben v. 06.10.1926, S. 307.

⁵² In der Historiografie des polnischen Films wird bisher als Regisseur des Films „Śląsk, żrenica Polski“ Włodzimierz Wyszomirski genannt, s. Władysław Banaszekiewicz, Witold Witczak, Historia filmu polskiego [Geschichte des polnischen Films]. Bd. 1: 1895–1929. Warszawa 1966, S. 212; Banaszekiewicz und Witczak nennen als Quelle die Warschauer Zeitschrift Epoka 318 (1927), wo tatsächlich in der Rubrik „Na ekranie“ [„Auf der Leinwand“] der folgende Titel zu finden ist: „Śląsk, żrenica Polski“, reż. Włodzimierz Wyszomirski. Zwei andere Quellen aus dieser Zeit, die näher am Film zu sein scheinen, geben als Regisseur jedoch Konstantyn Pawlukiewicz an: Śląski film propagandowy [Schlesischer Propagandafilm], in: Polska Zachodnia Nr. 45 v. 24. Oktober 1926; APOp, KGOp, Sign. 191, Schreiben v. 30.07.1927.

der damalige Industrie- und Handelsminister Eugeniusz Kwiatkowski, der ebenfalls aus der Region stammende ehemalige Minister Józef Kiedroń sowie die Direktoren dreier Bergwerke, was dem Unternehmen automatisch einen hohen Stellenwert verlieh.⁵³

Leider ist keine Kopie des Films erhalten, doch den vorhandenen Quellen zufolge, kann es keine kleine Produktion gewesen sein, da der fertige Film eine Länge von ca. 3250 m besaß und damit wesentlich länger war als „Land unterm Kreuz“ mit 1527 m (urspr. 1718 m). Der Film bestand aus acht Teilen, welche die Schönheit und die Schätze des polnischen Teils der Region zum Inhalt hatten: Das Eisenschmelzen in Königshütte (Królewska Huta), die Produktion von Zink und Blei, eine Fabrik für Stickstoffverbindungen. Den größten Eindruck hinterließen jedoch die Untertage-Aufnahmen in einem Bergwerk in ca. 900 m Tiefe. Wie sein deutscher Konkurrent zeigte der Film „Śląsk, żrenica Polski“ aber auch, dass Oberschlesien mehr zu bieten hatte als nur seine Schwerindustrie. So enthielt er z.B. Ansichten aus dem Leben in den größeren Städten des polnischen Teils der Region oder aus den Beskiden. Er schloss mit Aufnahmen von den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Anschlusses der Region an Polen ab, u.a. mit Umzügen, die der Bund der Schlesischen Aufständischen organisiert hatte, sowie mit Szenen zu den Bräuchen der Oberschlesier.

Die Premiere des Films fand zwei Monate nach der Gleiwitzer Premiere von „Land unterm Kreuz“ im größten Kattowitzer Kino, Kammerlichtspiele, statt, in Anwesenheit des schlesischen Wojwoden Michał Grażyński sowie ranghoher Angehöriger der Landes-, Stadt- und Polizeiverwaltung und der Vorsitzenden verschiedener gesellschaftlicher und nationaler Organisationen.⁵⁴

Aus Presseberichten geht hervor, dass der Saal sowie die Projektionsapparate kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, was insofern bemerkenswert ist, als die Kinobesitzer keine Polen waren, sondern nach polizeilicher Einschätzung prodeutsch orientierte Juden. Zuvor hatten solche propagandistischen Vorführungen mit Beteiligung der Behörden in gemieteten, zufällig zur Verfügung stehenden Sälen stattgefunden. Noch 1925 fand die feierliche Aufführung des patriotischen Streifens „Odrodzona Polska“ [„Das wiedergeborene Polen“] (Pl 1924, R: Zygmunt Wesołowski) mit regionalen Honoratioren in

⁵³ Biel, *Płonące premiery* (wie Anm. 46), S. 328 ff.

⁵⁴ Pokaz filmu propagandowego [Vorführung eines Propagandafilms], in: *Polska Zachodnia* Nr. 123 v. 31. Mai 1927, S. 4.

den Räumlichkeiten einer Kattowitzer Schule statt.⁵⁵ Ab 1926 änderte sich die Situation merklich, spätestens seit der provozierenden Premiere in Gleiwitz. Zudem kamen in Polen Piłsudski und seine Sanacja an die Macht, die zur „moralischen Heilung“ des öffentlichen Lebens und zur Stärkung des Nationalgeistes aufriefen. In richtiger Einschätzung des Unterhaltungs- und des ideologischen Werts von Filmen führte der neue Wojewode Grażyński bald eine neue Qualität in den Beziehungen zwischen Kino und staatlicher Administration ein.⁵⁶ Er begann, die Herstellung und die Distribution von Filmen zu unterstützen, die mit den politischen Zielen der schlesischen Sanacja übereinstimmten.

Obwohl „Śląsk, żrenica Polski“ in ganz Polen – auch in Warschau – in den Kinos lief und sogar vom Ministerium für Religion und Bildung für die Schuljugend empfohlen wurde, fand der Film nicht so viel Widerhall wie die deutsche Produktion „Land unterm Kreuz“; vor allem, weil ihm kein ähnlich großes internationales Echo zuteil wurde, wie die Wochenzeitung „Die Provinz Oberschlesien“ mit Zufriedenheit vermeldete.⁵⁷

Polnische Kontrolle und Förderung der oberschlesischen Kinos

Der offene Revisionismus der deutschen Seite sowie die Einstellung der ultranationalen neuen Machthaber in Polen übten einen großen Einfluss auf die Haltung der schlesischen Administration aus. Schlesien besaß als einzige Region in Polen eine breite Autonomie. Diese betraf zwar nicht die Außenpolitik, doch im Fall der deutschen Frage nahm die lokale Verwaltung in ihrer kritischen Haltung kein Blatt vor den Mund und äußerte sich oftmals schärfer als Warschau.

Da die schlesische Sanacja nicht in der Lage war, so spektakuläre Produktionen wie „Land unterm Kreuz“ zu realisieren, suchte sie andere Wege, auf dem Gebiet des Films „das Deutschtum“ zu brandmarken und „das Polentum“ zu stärken. In ihrem Presseorgan „Pol-

⁵⁵ Fragmente des Films, der u.a. den polnischen Aufstand in der Provinz Posen (Powstanie Wielkopolskie 1918/19) thematisiert, wurden von Małgorzata und Marek Hendrykowski in einem Pariser Archiv gefunden.

⁵⁶ Małgorzata Kardacz, O kinooperatorach, podatkach i walce na napisy. Kina górnośląskie w latach dwudziestych [Von Kinooperatoren, Steuern und dem Kampf um die Zwischentitel. Oberschlesische Kinos in den zwanziger Jahren], in: Nie tylko filmy (wie Anm. 38), S. 41-65.

⁵⁷ Das Echo des Oberschlesienfilms, in: Die Provinz Oberschlesien 2 (1927), S. 541.

ska Zachodnia“ wurden die Programme der oberschlesischen Kinos regelmäßig besprochen. Noch immer dominierten Filme des „feindlichen Nachbarn“ in den Kinos, so der Tenor vieler Artikel wie z.B. „Weg mit der UFA in polnischen Kinos!“ oder „Überschwemmung Schlesiens mit deutschen Filmen“. ⁵⁸ Die Leser der Zeitung erhielten einen genauen Überblick über die importierten Titel aus deutscher Produktion, denen noch so kleine Mängel vorgehalten wurden.

Um der deutschen Agitation mittels Film begegnen zu können, begann die Regierung in Kattowitz zum einen die Überwachung der Kinos zu intensivieren und zum anderen eine verstärkte Förderung von Filmprojekten in die Wege zu leiten. Zunächst gewährte man Privatfirmen Unterstützung. Im März 1928 wohnten die schlesischen Eliten aus Politik und Wirtschaft der Premiere des Films „Zew morza“ [„Ruf des Meeres“] (Pl 1927, R: Henryk Szaro) bei, da er nationalpolnische Akzente setzte. ⁵⁹ Im Dezember desselben Jahres bekam Stefan Pierzchalski ein offizielles Empfehlungsschreiben für die Herstellung von Filmen. Seine Firma Espefilm in Kattowitz drehte vor allem Aufnahmen von nationalen Feierlichkeiten und wirtschaftlich oder kulturell bedeutenden Ereignissen, bereitete jedoch auch eine größere Produktion anlässlich der Feierlichkeiten zur 1000-jährigen Zugehörigkeit Schlesiens zu Polen vor. ⁶⁰ Daneben wurde die Firma Pegaz Film aus Königshütte (Królewska Huta) mit der Realisierung des Streifens „Film propagandowy samorządów śląskich“ [„Werbefilm der schlesischen Selbstverwaltung“] (Pl 1928, R: Jan Skarbek-Malczewski) beauftragt, der auf der Landesausstellung in Posen 1929 offiziell die Wojewodschaft Schlesien repräsentierte. ⁶¹

Auf Staatsebene rief eine der Spitzenorganisationen der Sanacja – der Bund zum Schutz der westlichen Grenzgebiete – ein spezielles Komitee aus bekannten Persönlichkeiten ins Leben, das bereits auf der Ebene des Drehbuchs Spielfilmprojekte herausgreifen und besonders unterstützen sollte, insofern sie das polnische Wesen der west-

⁵⁸ Precz z Ufą w kinach polskich [Weg mit der UFA aus polnischen Kinos], in: Polska Zachodnia Nr.80 v. 07. April 1927, S.7; Zalew Śląska przez filmy niemieckie [Überschwemmung Schlesiens durch deutsche Filme], in: Polska Zachodnia Nr.154 v. 06. Juni 1928, S.6.

⁵⁹ Zew Morza – kino Apollo Katowice, in: Polonia Nr. 13 v. 13. Januar 1928. 1928 mussten auch die Kammerlichtspiele in Kattowitz in Kino Rialto umbenannt werden.

⁶⁰ Archiwum Państwowe w Katowicach [Staatsarchiv Kattowitz; APKat], Urząd Wojewódzki Śląski [Schlesisches Kreisamt; UWŚ], Sign. 83, Bescheinigung v. 19.12.1927, S.5.

⁶¹ APKat, UWŚ, Sign. 160, Broschüre „Działalność Śląskiego Towarzystwa Wystaw i Propagandy Gospodarczej 1928–1929“ [„Tätigkeit des Schlesischen Bundes für Wirtschaftsausstellungen und -propaganda 1928–1929“], S.227-296.

lichen Gebiete zum Thema hatten. Michał Grażyński schaltete sich persönlich in die Bemühungen des Komitees ein.⁶² Aufsehen erregte auch der Sprachenkampf in den schlesischen Kinos. Er führte dazu, dass die deutsche Sprache aus dem Kino verdrängt und die deutschen Zwischentitel in den Stummfilmen eliminiert wurden.⁶³

Währenddessen verfolgten die Deutschen ihre Filmpolitik gegenüber Polen weiter. Im Dezember 1927 informierte der polnische Konsul in Oppeln Warschau von einem weiteren Film über Oberschlesien, der diesmal erheblich länger als der erste ausfallen sollte. Vielleicht wurde er aus bereits existierendem Material montiert, das während der Dreharbeiten zu „Land unterm Kreuz“ entstanden war, genauere Angaben und der Titel werden nicht genannt.⁶⁴

Die deutsch-polnischen Beziehungen wurden aber auch durch weitere deutsche Filme wie „Brennende Grenze“ (D 1926/27, R: Erich Waschneck), „Polnische Wirtschaft“ (D 1928, R: E.W. Emo) oder „Königsberg“ (D 1928) belastet, in denen Polen denkbar negativ und stereotyp gezeichnet wurde. Die polnische Regierung und ihre Botschaft in Berlin beobachteten diese Entwicklung und protestierten, konnten aber nichts gegen die Verbreitung dieser Filme unternehmen.⁶⁵ Trotz der Produktion und Zulassung dieser für Polen beleidigenden Filme forderten die Deutschen von Warschau die Absetzung der ihrer Meinung nach antideutschen Filme wie „The Cavall Case“ (USA 1918, R: John Adolphi) und „Le Passion de Jeanne d’Arc“ (F 1928, R: Carl Dreyer). Polen entsprach zumeist diesen Forderungen, um im Gegenzug zumindest die Chance einer Handhabe für die Intervention bei antipolnischen Streifen zu haben.⁶⁶ In manchen Fällen hatte dies Erfolg: So wurde z.B. 1929 der Film „Land unterm Kreuz“ auf Antrag des Bundes der Katholischen Jugend beim Oppelner Treffen der katholischen deutschen Jugend in Neiße durch die kirchliche

⁶² APKat, UWŚI, Sign. 54, Schreiben v. 17.08.1928, 12.03.1929.

⁶³ Die Genfer Konvention führte im polnischen Teil Oberschlesiens die Pflicht der Zweisprachigkeit ein. So wurden auch die Filme zweisprachig (mit zweisprachigen Titeln) aufgeführt. Im Mai 1929, nach einem Überfall auf polnische Schauspieler in Oppeln, riefen die Sanacja und ihre Organisationen den Boykott der deutschen Sprache aus, was ihr Verschwinden an öffentlichen Orten, u.a. auch im Kino, zur Folge hatte. S. Biel, Śląskie kina (wie Anm. 6), S. 340-351.

⁶⁴ 1929 entstand der Film „Oberschlesien und seine Landwirtschaft“ (R: Erwin Schmücker). S. dazu Mückenberger, „Land im Osten“ (wie Anm. 14), S. 388; APOp, KGOp, Sign. 190, Brief des Generalkonsuls in Oppeln an das Polnische Außenministerium v. 3.12.1927.

⁶⁵ AAN, Amb RP Berlin, Sign. 2457, S. 552 ff., Schreiben v. 28.08.1928, 05.09.1928.

⁶⁶ Ebenda, S. 552-590, u.a. Schreiben v. 13.11.1928, 28.06.1929.

Obrigkeit aus dem Programm genommen.⁶⁷ Dies blieb jedoch die Ausnahme.

Zu sehr waren beide Länder daran interessiert, mittels Film die jeweils eigene Version der Geschichte und Gegenwart Oberschlesiens massenwirksam zu verbreiten. Dabei hatten sowohl die polnische Filmwirtschaft als auch der polnische Staat letztendlich nicht die Mittel, der deutschen Filmpropaganda Vergleichbares entgegenzusetzen.

Literatur

- Hans Barkhausen, Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Hildesheim 1982.
- Urszula Biel, Śląskie kina między wojnami c zyli przyjemność upolityczniona [Schlesische Kinos in der Zwischenkriegszeit oder: ein politisiertes Vergnügen]. Katowice 2002.
- Urszula Biel, Płonące premiery. Z dziejów polsko-niemieckiego pogranicza filmowego na Górnym Śląsku [Brennende Premieren. Geschichten aus dem polnisch-deutschen Grenzgebiet des Films in Oberschlesien], in: Kino niemieckie w dialogu pokoleń i kultur. Studia i szkice [Das deutsche Kino im Dialog der Generationen und Kulturen. Studien und Skizzen], hrsg. v. Andrzej Gwóźdź. Kraków 2004, S. 315-331.
- Urszula Biel, Stereotypy i kina górnośląskie okresu międzywojennego [Oberschlesische Stereotypen und Kinos in der Zwischenkriegszeit], in: Górny Śląsk wyobrażony: Wokół mitów, symboli i bohaterów dyskursów narodowych / Imaginiertes Oberschlesien: Mythen, Symbole und Helden in den nationalen Diskursen. Opole/Marburg 2005, S. 291-306.
- Urszula Biel, German and Polish Agitation through Travelling Cinema in the 1920s in Upper Silesia, in: Travelling Cinema in Europe, hrsg. v. Martin Loiperdinger. Frankfurt a.M. 2008, S. 157-167.
- Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne, hrsg. v. Frank Bösch, Manuel Borutta. Frankfurt a.M. 2006.
- Brigitte Braun, Filmy propagandowe przeciwko postanowieniom traktatu wersalskiego w kinach Wrocławia. Próba spojrzenia na

⁶⁷ APOp, KGOp, Sign. 190, Schreiben v. 12.03.1929, 29.03.1929.

- okres plebiscytu na Górnym Śląsku (20.3.1921) [Filmpropaganda gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages in den Breslauer Kinos. Ein erster Blick auf die Zeit der Oberschlesien-Abstimmung (20.3.1921)], in: „Wrocław będzie miastem filmowym“. Z dziejów kina w stolicy Dolnego Śląska [„Breslau wird Filmstadt“. Aus der Geschichte des Kinos in der Hauptstadt Niederschlesiens], hrsg. v. Andrzej Dębski u. Marek Zybur. Wrocław 2008, S. 65-76.
- Kinogefühle. Emotionalität und Film, hrsg. v. Manfred Brütsch (u.a.). Marburg 2004.
 - Peter Bucher, Die Wochenschau als Propagandainstrument in der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1990), H. 6, S. 329-336.
 - Ulrich Döge, Kulturfilm als Aufgabe. Hans Cürlis (1889–1982). Berlin 2005.
 - Karol Fiodor, „Die blutende Grenze“ – hasłem pruskiego nacjonalizmu [Parole des preußischen Nationalismus], in: Górny Śląsk po podziale w 1922 roku. Co Polska a co Niemcy dały mieszkańcom tej ziemi [Oberschlesien nach der Teilung 1922. Was Polen und was Deutschland den Bewohnern dieser Erde gaben]. Bd. 2, hrsg. v. Zbigniew Kapała, Wiesław Lesiuk u. Maria Wanda Wanatowicz. Bytom 1997, S. 103-119.
 - Ute Frevert, Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert, in: Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, hrsg. v. Paul Nolte (u.a.). München 2000, S. 95-111.
 - Józef Gawrych, Hotel Lomnitz. Z tajemnic szefa wywiadu [Hotel Lomnitz. Aus den Geheimnissen des Chefs des Nachrichtendienstes]. Katowice 1947.
 - Andreas Hepp, Transkulturelle Kommunikation. Konstanz 2006.
 - Władisław Jewsiewicki, Filmy niemieckie na ekranach polskich kin w okresie międzywojennym [Deutsche Filme auf polnischen Leinwänden in der Zwischenkriegszeit], in: Przegląd zachodni (1967), S. 19-48.
 - Małgorzata Kardacz, O kinooperatorach, podatkach i walce na napisy. Kina górnośląskie w latach dwudziestych [Von Kinooperatoren, Steuern und dem Kampf um die Zwischentitel. Oberschlesische Kinos in den zwanziger Jahren], in: Nie tylko filmy, nie same kina... Z dziejów X muzy na Górnym Śląsku i w zagłębie Dąbrowskim [Nicht nur Filme, nicht nur Kinos... Aus der Geschichte der X Muse in Oberschlesien und im Dombrowaer Kohlenbecken], hrsg. v. Andrzej Gwóźdź. Katowice 1996, S. 41-65.
 - Teodor Koczur, Powstańcy w policji plebiscytowej [Die Aufständi-

- schen in der Plebiszitpolizei], in: Pamiętniki powstańców śląskich [Die Memoiren der schlesischen Aufständischen]. Bd. 1, hrsg. v. Roman Pitera-Ratepi. Katowice 1957.
- Siegfried Kracauer, Von Caligari zu Hitler. 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1984.
 - Mediale Emotionen. Zur Lenkung von Gefühlen durch Bild und Sound, hrsg. v. Andreas Keil u. Oliver Grau. Frankfurt a.M. 2005.
 - Teresa Kulak, Propaganda antypolska dolnośląskich władz prowincjonalnych w latach 1922–1933 [Antipolnische Propaganda der niederschlesischen Provinzregierung in den Jahren 1922–1933]. Wrocław 1981.
 - Manfred Laubert, Die oberschlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Vereinigung Heimattreuer Oberschlesier 1918–1921. Breslau 1938.
 - Jan F. Lewandowski, Wojna kinematografów. Kino na Górnym Śląsku w okresie powstań i plebiscytu 1918–1922 [Krieg der Kinematografen. Kino in Oberschlesien während der Aufstände und des Plebiszits 1918–1922], in: Nie tylko filmy, nie same kina... Z dziejów X muzy na Górnym Śląsku i w zagłębie Dąbrowskim [Nicht nur Filme, nicht nur Kinos... Aus der Geschichte der X Muse in Oberschlesien und im Dombrowaer Kohlenbecken], hrsg. v. Andrzej Gwóźdź. Katowice 1996, S. 25-39.
 - Jerzy Maśnicki, Niemy Kraj. Polskie motywy w europejskim kinie niemym (1896–1930) [Stummes Land. Polnische Motive im europäischen Stummfilmkino (1896–1930)]. Gdańsk 2006.
 - Christiane Mückenberger, „Land im Osten“, in: Geschichte des dokumentarischen Films in Deutschland, hrsg. v. Peter Zimmermann u. Kay Hoffmann. Bd. 3: Drittes Reich 1933–1945. Stuttgart 2005, S. 377-390.
 - Hugo Münsterberg, Das Lichtspiel. Eine psychologische Studie [1916] und andere Schriften zum Kino, hrsg. v. Jörg Schweinitz. Wien 1996.
 - Ignacy Nowak, Kartki z plebiscytu i powstań śląskich, in: Pamiętniki powstańców śląskich [Memoiren der schlesischen Aufständischen]. Bd. 2, hrsg. v. Franciszek Szymiczek u. Ryszard Hajduk. Katowice 1961.
 - Danuta Sieradzka, Zmagania o język polski w kinach Górnego Śląska w okresie międzywojennym (Zarys problematyki) [Die Forderungen nach der polnischen Sprache in oberschlesischen Kinos in der Zwischenkriegszeit (Problemaufriss)], in: Śląskie Miscellanea 10 (1997), S. 40-54.

- Ursula Spormann-Lorenz u. Hans Cürlis, in: Filmdokumente zur Zeitgeschichte. Berlin 1975, S. 3-13.
- Philipp Stiasny, Spannung, Tiefsinn, Sensationen. Das populäre Kino in Deutschland und der Krieg, 1914-1929. Berlin 2006 [unveröffentl. Diss.].
- Philipp Stiasny, Das Kino und der Krieg. Deutschland 1914-1929. München 2009.
- Klaus Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik. Bonn 1976.

Transnationale Verlagshäuser – national(istisch)e Diskurse? Deutsche Verlagshäuser auf dem polnischen Printmedienmarkt

von Maren Röger

Summary

The successful market launch of national press in Poland by German publishing houses contributed to the nationalization of public debates. Already existing discussions about negative influences of foreign capital in mass media were reinforced. Particularly the political and journalistic right warned overtly about the German capital and stoke fears, that henceforth the Polish discourse might be controlled by Germans. Some print media rivals supported these efforts, defaming products of German publishing houses. Especially the German-Polish debate about the expulsion of Germans after World War II is an extraordinary stage for defamations. The result of a content analyses of “Newsweek Polska”, “Fakt” and “Dziennik” suggests that the German subsidiary company “Axel Springer Polska” used different strategies in reply. While the serious press “Newsweek Polska” and “Dziennik” dealt with the defaming offensively and rejected accusations, “Fakt” reported in an intensified anti-German manner during its first year on the Polish market.

Deutsche Medienunternehmen haben sich auf dem polnischen Markt gut positioniert. So wird der regionale Tageszeitungsmarkt Polens von der deutschen „Verlagsgruppe Passau“ über das Tochterunternehmen „Polskapresse“ dominiert und im überregionalen Bereich ist „Axel Springer Polska“, die polnische Dependence des deutschen „Axel Springer Verlages“, mit dem Nachrichtenmagazin „Newsweek Polska“, der Boulevardzeitung „Fakt“ und der Qualitätszeitung „Dziennik“ stark vertreten. Die massive Präsenz des früheren „Feindes“ Deutschland im als sensibel wahrgenommenen Bereich der Politikvermittlung ruft in Teilen der polnischen Gesellschaft Unbehagen hervor. Der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski, eine der treibenden Kräfte in der deutsch-polnischen Annäherung, erklärte, dass ausländisches Kapital in den Medien „stets eine heikle Sache“ sei und „im Fall von Kapital aus Deutschland (...)“

zusätzlich ein psychologisches Reservoir an Misstrauen“ existiere.¹ Trotz solcher, gleichfalls kritischer Stimmen aus dem dialogorientierten und liberalen Lager muss die politische und publizistische Rechte in der Skandalisierung der Eigentumsverhältnisse als federführend bezeichnet werden.² Aus dieser Ecke werden immer wieder Germanisierungsängste geschürt. So befürchtete beispielsweise Janusz Dobrosz, Abgeordneter der nationalistischen Partei „Liga der polnischen Familien“ („Liga Polskich Rodzin“), vor dem Hintergrund einer geplanten Übernahme auf dem regionalen Zeitungsmarkt durch einen deutschen Konzern gar, dass die Bewohner Schlesiens deutscher Desinformationspolitik ausgesetzt würden.³

In der deutschen Öffentlichkeit wird dem „Axel Springer Verlag“ hingegen Morallosigkeit vorgeworfen, da man eine antideutsche Berichterstattung der vom polnischen Tochterunternehmen herausgegebenen Presseerzeugnisse auszumachen meint. Zuletzt war dies im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2008 zu beobachten. Das nationalistische Scharmützel zwischen „Bild“ und „Fakt“ wurde in der Presse als widerliche Kampagne von „Springer“ eingeordnet.⁴

¹ Władysław Bartoszewski, [o.T.], in: Press Nr. 10 v. 15. Oktober 1997, S. 4.

² Zu dem Spektrum an Einstellungen gegenüber ausländischem Kapital im Medienmarkt und den soziodemografischen Kennziffern der Gegner bzw. Befürworter vgl. die grundlegenden Studien von Marian Gierula und Marek Jachimowski am Beispiel des schlesischen Medienmarktes. Vgl. Dies., Stosunek społeczeństwa do kapitału zagranicznego w mediach. Przykład Śląska [Das Verhältnis der Gesellschaft zu ausländischem Kapital in den Medien. Das Beispiel Schlesien], in: Zeszyty Prasoznawcze 153-154 (1998), H. 1-2, S. 78-92; dies., Kapital zagraniczny w mediach polskich w opiniach społecznych [Ausländisches Kapital in den polnischen Medien im Spiegel der öffentlichen Meinung], in: Studia Mediodzawcze (2002), H. 5 (10), S. 61-69, hier S. 63. Dass die Parolen gegen den deutschen Pressebesitz nicht nur von rechten Gruppen und Parteien stammen, betont auch die Medienwissenschaftlerin Justyna Woźna. Vgl. Justyna Woźna, Die Instrumentalisierung eines Negativbildes am Beispiel des ausländischen Kapitals in der Presse, in: Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900-2005, hrsg. v. Dieter Bingen. Wiesbaden 2007, S. 388-397, hier S. 389 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. 24).

³ Vgl. Anna Nalewajk, Dominacja [Vorherrschaft], in: Press Nr. 3 v. 15. März 2004, S. 36-40. Auch der polnische Ministerpräsident von 2006 bis 2007, Jarosław Kaczyński von der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ („Prawo i Sprawiedliwość“), polemisierte häufig gegen die Eigentumsverhältnisse und störte sich am großen Marktanteil der deutschen Medienkonzerne. Vgl. beispielhaft die Forderung nach einem „Damm“ gegen die deutsche Presse: Kaczyński gegen deutsche Presse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 27 v. 01. Februar 2007, S. 6.

⁴ Vgl. Olaf Sundermeyer, Inszenierter Fußballkrieg, in: Zeit Online v. 07. Juni 2008, <http://www.zeit.de/online/2008/24/em-springer-polen-deutschland> [letzter Zugriff: 8.7.2008]. – Auslöser war ein Schlagabtausch zwischen den polnischen und deutschen Boulevardzeitungen vor dem Vorrundenspiel der beiden Länder. Im polnischen Blatt „Fakt“ war eine

Der Zusammenhang zwischen deutscher Eigentümerschaft und der Berichterstattung der polnischen Publikationen wird nicht nur von deutschen und polnischen Beobachtern unterschiedlich eingeschätzt. Insgesamt fehlt es nicht an divergierenden Spekulationen und allerlei widersprüchlichen Thesen. Die Positionen reichen von der Behauptung der Germanisierung des polnischen Diskurses über die These des rein wirtschaftlichen Interesses der Verlagshäuser bis zur Zurückweisung der bloßen Fragestellung, da die ‚nationale Unabhängigkeit‘ der Redaktionen als gegeben angesehen wird. Im Folgenden soll den Zusammenhängen zwischen Besitzverhältnissen, gesellschaftlichen Debatten und Berichterstattungsmustern am Beispiel der „Axel Springer Polska“-Publikationen „Newsweek Polska“, „Dziennik“ und „Fakt“ nachgegangen werden. Dabei wird die These vertreten, dass ein Einfluss des Kapitals auf die Inhalte der Publikationen zu beobachten ist. Dieser Einfluss funktioniert größtenteils *ex negativo*, womit gemeint ist, dass nicht die Steuerung des deutschen Mutterkonzerns die ausschlaggebende Größe ist, sondern die öffentlichen Diskussionen um den Einfluss der Herausgeberschaft ein Spannungsfeld aufbauen, welches die Berichterstattung beeinflusst. Es wird zu zeigen sein, dass die öffentliche Aufmerksamkeit, das Gefühl, beobachtet zu werden, und die teils direkten und diffamierenden Attacken der Medienkonkurrenten sich auf die Berichterstattung niederschlagen. Dabei sind deutlich unterschiedliche Reaktionen von „Newsweek Polska“, „Dziennik“ und „Fakt“ auf den öffentlichen Druck zu beobachten.

Im Folgenden wird zuerst ein Überblick über die Entwicklung des polnischen Printmedienmarktes nach 1989 hinsichtlich ausländischer Medieninvestitionen und der umfangreichen Debatten über den ausländischen, vor allem deutschen Medienbesitz in Polen gegeben. Danach wird die Konzentration auf die Berichterstattungsmuster der „Axel Springer Polska“-Zeitungen und die Interaktionen der „Springer“-Blätter mit der polnischen Konkurrenz gelegt.

Deutsche Medienkonzerne auf dem polnischen Printmedienmarkt: Fakten und gesellschaftliche Debatten

Seit von einer gewissen Stabilisierung der postkommunistischen (Medien-)Märkte gesprochen werden kann, investierten ausländische Un-

polemische Fotomontage abgedruckt, die in „Bild“ sofort aufgegriffen wurde, worin die östlichen Nachbarn dafür scharf kritisiert wurden.

ternehmen massiv.⁵ Im polnischen Printmedienmarkt waren seit der Teilauflösung des staatlichen Pressekonzerns⁶ und der Abschaffung der Zensur ausländische Übernahmen der existierenden Zeitungshäuser eher die Regel als die Ausnahme, da das neue Absatzgebiet im Gegensatz zu den saturierten westeuropäischen Printmedienmärkten hohe Gewinne versprach und sich die Redaktionen, die in der ersten Privatisierungswelle Zeitungen übernommen hatten, finanziell nicht halten konnten.⁷ Die Expansion nach Polen war folglich eine wichtige Strategie einzelner deutscher Verlagshäuser, die bislang aufging: Sie haben sich auf dem lukrativen Markt gut positioniert. In den ersten Transformationsjahren waren deutsche Unternehmen hauptsächlich im Bereich der Frauen-, Jugend- bzw. Lifestyle-Presse aktiv. Zu nennen sind hier neben „Axel Springer Polska“ noch der „Bauer Verlag“, „Burda“ sowie „Gruner & Jahr“. Politikvermittelnde Publikationen erwarb sich ein deutsches Verlagshaus erstmals 1994, als die französische Gruppe „Hersant“ seine Publikationen an die „Verlagsgruppe Passau“ verkaufte. Die Liquidierungskommission des staatlichen Pressekonzerns hatte zuvor versucht, deutsches Kapital aus dem als sensibel wahrgenommenen Sektor der politischen Tages- und Wochenpresse herauszuhalten.⁸ Obwohl formal keine Unterscheidung zwischen polnischem oder ausländischem Bewerber oder gar zwischen den letzteren gemacht wurde, sieht der polnische Medienwissenschaftler Karol Jakubowicz dies als eines der Ziele an: „Another

⁵ Dabei verliefen die Entwicklungen auf den postkommunistischen Märkten sehr unterschiedlich. Für eine neuere Bestandsaufnahme vgl. *Media ownership and its impact on media independence and pluralism*, hrsg. v. Peace Institute Ljubljana. Ljubljana 2004, http://www2.mirovni-institut.si/media_ownership/preface.htm [letzter Zugriff: 24.7.2008].

⁶ Die Vertriebssparte des staatlichen Pressekonzerns blieb auch nach dem Liquidierungsbeschluss des Sejm in staatlicher Hand und hatte bis vor kurzem auch noch eine Monopolstellung im Printmedienvertrieb inne.

⁷ Während der Printmedienmarkt allem Kapital offen stand, unterlagen Investitionen im AV-Bereich einer Sperrklausel. Ausländische Investoren durften bis zum EU-Beitritt nicht mehr als 33% der Anteile halten. Vgl. Ryszard Filas, *Zaangażowanie kapitału obcego w polskie stacje radiowe i telewizyjne – szansa technologiczna czy zagrożenie dla kultury narodowej* [Ausländische Investitionen in polnische Radio- und Fernsehsender – technologische Chance oder Gefährdung der nationalen Kultur], in: *Zeszyty Prasoznawcze* 173-174 (2003), H. 1-2, S. 17-44, hier S. 29 ff.

⁸ In sich ausdifferenzierenden Öffentlichkeiten der demokratischen Staaten spielen Medien die zentrale Rolle in der Vermittlung zwischen Politik und Gesellschaft, und folglich muss das „Mediensystem als zentrales Teilsystem moderner Gesellschaften“ (Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli u. Otfried Jarren, Einleitung, in: *Mediengesellschaft. Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken*, hrsg. v. dens. Wiesbaden 2004, S. 9-18, hier S. 13) bezeichnet werden. Die ausländischen Medienkonzerne agieren damit an einer entscheidenden Schnittstelle des politisch-kulturellen Lebens.

aim of the liquidation commission during privatization and the lifting of restrictions on foreign ownership was to prevent the overall takeover by foreign (especially German) capital. When foreign offers to buy publications were considered, preference was often given to French over German capital.⁹

Erst mit der Einführung der polnischen Version des Nachrichtenmagazins „Newsweek“ durch „Axel Springer Polska“ im September 2001 war deutsches Kapital dann im Bereich des überregionalen Informationsjournalismus vertreten. Am 26. Oktober 2003 legte „Springer“ nach und eroberte mit der Boulevardzeitung „Fakt“ den polnischen Tageszeitungsmarkt.¹⁰ Die bis dahin klar marktführende, linksliberale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ musste den ersten Platz abgeben, und das bis dato einzige Boulevardblatt „Super Express“ befand sich – bis zur Absenkung des Preises auf „Fakt“-Niveau – in freiem Fall.¹¹ Seit April 2006 versucht „Springer Polska“, dem „Agora-Konzern“, Herausgeber von „Gazeta Wyborcza“, nun auch im Bereich des Qualitätsjournalismus Konkurrenz zu machen.¹² Die Tageszeitung „Dziennik“, der deutschen „Springer-Zeitung“ „Welt“ nachempfunden, wirbt seitdem recht erfolgreich um Leser aus Wirtschaft und Politik. Die jüngste Publikation auf dem umkämpften überregionalen Tageszeitungsmarkt entstammt ebenfalls einem Ableger eines deutschen Pressekonzerns. „Polska“ lautet der Titel aus dem Tochterunternehmen der „Verlagsgruppe Passau“, „Polskapres-

⁹ Karol Jakubowicz, *Media in Transition. The Case of Poland*, in: *Media Reform: Democratizing Media, Democratizing the State*, hrsg. v. Monroe E. Price, Beata Rozumilowicz u. Stefaan G. Verhulst. London 2001, S. 203-231, hier S. 216. Zur antideutschen Einstellung der Liquidierungskommission vgl. auch Zbigniew Oniszczyk, *Ekspansja kapitału niemieckiego na rynku prasowym Węgier, Polski i Czech* [Die Expansion deutschen Kapitals auf den Printmedienmärkten Ungarns, Polens und Tschechiens], in: *Zeszyty Prasoznawcze* 153-154 (1998), H. 1-2, S. 93-103, hier S. 96; Filas, *Zaangażowanie* (wie Anm. 7), S. 40.

¹⁰ Laut den aktuellsten Daten über den August 2008 liegt die Anzahl der verkauften Exemplare von „Fakt“ um mehr als 120 000 Stück höher als die von „Gazeta Wyborcza“ (ca. 490 000 zu ca. 369 000). „Fakt“ und „Gazeta Wyborcza“ führen damit den polnischen Tageszeitungsmarkt an. Die Daten werden vom „Verband zur Kontrolle des Vertriebs von Presseerzeugnissen“ („Związek Kontroli Dystrybucji Prasy“, ZKDP) erhoben und sind in Teilen online abrufbar (<http://www.zkdp.pl/>).

¹¹ Bei „Super Express“ ist schwedisches Medienkapital über den Verlag „Media Express“ beteiligt. Das zeitlich gesehen erste Boulevardblatt auf dem polnischen Markt verkauft sich momentan nicht einmal halb so gut wie „Fakt“: Im August 2008 konnten ca. 210 000 Exemplare abgesetzt werden.

¹² Zur Auseinandersetzung zwischen „Agora“ und „Springer“ vgl. Zbigniew Oniszczyk, *Rywalizacja Agory ze Springerem – nowe oblicze konkurencji na polskim rynku prasowym* [Der Wettstreit zwischen Agora und Springer – neue Erscheinungsformen der Konkurrenz auf dem polnischen Pressemarkt], in: *Zeszyty Prasoznawcze* 187-188 (2006), H. 3-4, S. 31-41.

se“, schlicht, in der Berichte der Warschauer Redaktion mit denen aus den „Polskapresse“-Regionalzeitungsredaktionen kombiniert werden.

Das Engagement ausländischer Medienunternehmen wurde und wird in der polnischen Gesellschaft – von Politikern, Medienmachern und Wissenschaftlern – immer wieder problematisiert. Das Spektrum der Kritik reicht dabei von Befürchtungen über negative Einflüsse auf das Pressesystem – Stichwort: Pressekonzentration und unfairer Wettbewerb¹³ – über allgemeine Befürchtungen eines zu starken westlichen Einflusses¹⁴ bis zu Befürchtungen über ‚ausländische‘ Einmischung in die Landespolitik. Das Gegenstück zu letzterem ist eine weitere These, bei der von der Vernachlässigung der demokratischen Kontrollfunktion der Medien durch ausländische Medienunternehmen ausgegangen wird. Diese wird mit dem bloßen Marktinteresse erklärt: Um die eigenen Geschäfte nicht zu gefährden, umgehe man Konflikte mit den Machthabern. Während die Implikationen für die Demokratie und das polnische Mediensystem eher in der Wissenschaft und Intellektuellenkreisen abgewogen werden, drehten sich die Debatten in der breiteren Öffentlichkeit weniger um demokratiethoretische und/oder ökonomische Aspekte. In den zumeist sehr emotional geführten gesellschaftlichen Debatten um nicht-polnisches Kapital ging es stark um kulturell-gesellschaftliche, kollektiv-identitäre Aspekte.¹⁵

Vor allem die massive Präsenz des ehemaligen Feindes und großen Nachbarn Deutschland im als sensibel wahrgenommenen Bereich der medialen Politikvermittlung wird kritisch gesehen, nicht nur von dialogorientierten Kräften, sondern hauptsächlich von Vertretern der politischen und publizistischen Rechten. Auch die polnische Presse machte die starke Marktposition deutscher Verlage immer wieder zum Thema, mal in sachlicheren, mal in aggressiveren Berichten. So wurde beispielsweise im Nachrichtenmagazin „Wprost“ am 26. Oktober 2003, kurz nach Markteinführung des „Springer“-Blattes „Fakt“,

¹³ Das ausländische Engagement führte zu massiven Konzentrationsprozessen, vor allem auf dem regionalen Markt. Kritiker werfen den westlichen Konzernen dabei unlauteren Wettbewerb vor, da sie ihre Produkte durch Dumpingpreise im Markt etablieren würden.

¹⁴ Dies bezieht sich primär auf Lebensstil und Werte.

¹⁵ Vgl. Jowita Flankowska, *Zalety i wady obecności kapitału zagranicznego w polskich mediach drukowanych – próba systematyzacji problemów* [Vor- und Nachteile des ausländischen Kapitals in den polnischen Printmedien – Versuch einer Systematisierung], in: *Studia Medioznawcze* 10 (2002), H. 5, S. 121-130, hier S. 125; Tadeusz Kowalski, *Formy i przesłanki obecności kapitału zagranicznego w mediach drukowanych* [Formen und Prämissen der Anwesenheit ausländischen Kapitals in den Printmedien], in: *Zeszyty Prasoznawcze* 153-154 (1998), H. 1-2, S. 36-55, hier S. 36.

ein polemischer Artikel mit dem Titel „Deutsche Presse. Polen wurde bereits zur medialen Kolonie Deutschlands“ veröffentlicht.¹⁶ Darin wurde die deutsche Präsenz im Mediensektor als Gefahr für polnische Interessen dargestellt. ‚Die Deutschen‘ hätten die Hoheit über die polnische öffentliche Meinung errungen und steuerten diese jetzt, so die streitbare Argumentation in „Wprost“, die klassisch für die Gegner des deutschen Besitzes ist.

In den öffentlichen Debatten wird ein direkter Einfluss auf die Berichterstattung durch die ausländischen bzw. deutschen Verlagshäuser immer wieder behauptet. Konkrete Beispiele für diese These sind allerdings Mangelware. Die Fachliteratur bezieht sich in den meisten Fällen auf ein Beispiel, auf den Skandal um die Regionalzeitung „Dziennik Bałtycki“.¹⁷ Das Blatt hatte 1997 in einem Artikel über Aleksander Kwaśniewski behauptet, dass dieser 1994 einen vermeintlich russischen Agenten getroffen habe. Franz-Xaver Hirtreiter, der seit 1988 die Geschäfte des deutschen Verlagshauses „Passauer Neue Presse“ führt, zu dessen Tochterfirma „Polskapresse“ die Regionalzeitung gehört, distanzierte sich daraufhin in einem Brief an Kwaśniewski von der Berichterstattung, und der Chefredakteur von „Dziennik Bałtycki“ wurde entlassen. Diese Einmischung führte zu einem Aufschrei in der Medienbranche. Das Branchenmagazin „Press“ widmete Hirtreiters persönlichem Eingriff einen großen Teil seiner nächsten Ausgabe.¹⁸ Dieser Fall, der einige Prominenz erlangte, zeigt eine Gefahr auf, die auch Dušan Reljić 2004 noch einmal formulierte: Die westeuropäischen Verlagshäuser könnten sich politisch anpassen und Konflikte mit Machthabern vermeiden.¹⁹ Ähnliche Fälle der Beeinflussung sind in Polen darüber hinaus kaum dokumentiert, und bislang liegen keine Studien vor, die die Berichterstattung der Publika-

¹⁶ Sławomir Sieradzki, Niemiecka Prasa. Polska się stała już niemiecką kolonią medialną [Deutsche Presse. Polen wurde bereits zur medialen Kolonie Deutschlands], in: Wprost Nr. 43 v. 26. Oktober 2003, S. 22-28.

¹⁷ Vgl. beispielhaft Flankowska, Zalety (vgl. Anm. 15), S. 129; Tomasz Mielczarek, Zagraniczny kapitał a treści upowszechniane przez polskie media (1989–2002) [Ausländisches Kapital und verbreitete Inhalte durch polnische Medien (1989–2002)], in: Studia Medioznawcze (2002), H. 5 (10), S. 70-79, hier S. 75.

¹⁸ Vgl. Press Nr. 10 v. 15. Oktober 1997.

¹⁹ Vgl. Dušan Reljić, Proliferation or Pluralism? Mass Media in Post-Communist Societies. Genf 2004; auch Zbigniew Bajka, Latynoamerykanizacja mediów czy zwykły biznes – rozważania na temat obecności kapitału zagranicznego w polskich mediach [Lateinamerikanisierung der Medien oder business as usual – Überlegungen zum Thema ausländisches Kapital in den polnischen Medien], in: Studia Medioznawcze 10 (2002), H. 5, S. 80-90, hier S. 83. Allerdings basiert auch Reljićs These von der Gefahr der Vernachlässigung der Kontrollfunktion auf Aussagen nicht näher benannter Kritiker.

tionen nicht-polnischer Kapitalprovenienz untersuchen. Der Medienwissenschaftler Zbigniew Bajka spricht zwar in einem Aufsatz von Inhaltsanalysen polnischer Zeitungen, die bewiesen hätten, dass diejenigen französischer Kapitalprovenienz anders über Frankreich berichten würden, oder davon, dass in der jeweiligen Presse viele Produkte dieser Länder beworben würden, präsentierte diese Ergebnisse – die offensichtlich auf studentischen Seminararbeiten beruhen – aber nicht.²⁰

Obwohl wiederholt Inhaltsanalysen als geeignetes Instrumentarium gepriesen werden, um potenziellem Einfluss auf die Spur zu kommen,²¹ legte lediglich Justyna Woźna solch eine Analyse vor, um, wie sie selbst sagt, „die Vorwürfe zu prüfen“.²² Woźna analysiert allerdings kein polnisches Massenmedium deutscher Kapitalprovenienz, sondern das deutsche Originalblatt der „Verlagsgruppe Passau“, die Regionalzeitung „Passauer Neue Presse“. Die vermutete politische Orientierung der „Passauer Neuen Presse“ hatte in Polen Kontroversen ausgelöst, vor allem die vermutete Nähe zur CSU und den Vertriebenenverbänden.

Die Frage nach dem Einfluss ausländischen Kapitals auf die Berichterstattung überhaupt zu stellen, wird teilweise auch als problematisch empfunden. Damit würde man bereits den Verschwörungstheorien und nationalistischen Denkmustern der rechten Gegner der ausländischen Medieninvestitionen aufsitzen, so die Argumentation, die von der prinzipiellen Ungebundenheit des Kapitals an nationale Interessen ausgeht und die Beteuerungen der Konzerne über die völlige Unabhängigkeit der Redaktionen ungeprüft übernimmt.²³ Diese Sichtweise verhindert die Suche nach Kausalketten und damit auch den potenziellen Beweis einer Nicht-Beeinflussung auf der inhaltlichen Ebene. Bevor im Folgenden die These stark gemacht wird, dass sehr

²⁰ Vgl. Bajka, *Latynoamerykanizacja* (wie Anm. 19), S. 87 f.

²¹ Vgl. beispielhaft Flankowska, *Zalety* (wie Anm. 15), S. 126.

²² Vgl. Justyna Woźna, *Polska na łamach „Passauer Neue Presse“* [Polen in der „Passauer Neuen Presse“], in: *Studia Medioznawcze* (2006), H. 2 (25), S. 45-62, hier S. 47.

²³ Die Ablehnung dieser Frage hängt auch damit zusammen, dass Analysen des Einflusses monopolartiger Medienbesitzverhältnisse auf Debatten seit einigen Jahrzehnten wissenschaftlich nicht *en vogue* sind – zumindest in der Bundesrepublik, wo die ersten Studien über die Berichterstattung der „Springer“-Publikationen so stark ideologisiert waren, dass sie heute eher als Kampfschriften denn als wissenschaftliche Analysen wirken. Vgl. beispielhaft die erste Studie über „Bild“: Alberts, *Massenpresse. – Publikationen über Medienkonzentrationsprozesse*, auch über die in Ostmitteleuropa, entstanden weiterhin, berücksichtigen aber zumeist die ökonomischen, technischen und institutionellen Auswirkungen und gehen kaum auf den Inhalt der Berichterstattung ein.

wohl ein Einfluss des Kapitals auf die Inhalte der Publikationen von „Axel Springer Polska“ zu beobachten ist – ein Einfluss *ex negativo* –, sind einige Worte zu „Axel Springer Polska“ und dessen Publikationen „Newsweek Polska“, „Fakt“ und „Dziennik“ von Nöten.

„Axel Springer Polska“ und dessen Publikationen „Newsweek Polska“, „Fakt“ und „Dziennik“

Der Konzern „Axel Springer Polska“ gilt als leistungsfähigstes und sehr einflussreiches Verlagshaus auf dem polnischen Medienmarkt. Sein Portfolio umfasst – neben einem breiten Spektrum an Frauen-, Jugend- und sonstigen Special-Interest-Zeitschriften²⁴ – drei der einflussreichsten Publikationen im Bereich der überregionalen Politikvermittlung: das Nachrichtenmagazin „Newsweek Polska“, die Boulevardzeitung „Fakt“ und die Qualitätszeitung „Dziennik“. Über die politische Orientierung der Titel kann man inzwischen viel Unterschiedliches und Spekulatives lesen. Bevor „Fakt“ auf den Markt kam, war vermutet worden, dass es sich um ein politisch harmloses Blatt handeln werde.²⁵ Nach der Markteinführung konnte man dann völlig andere Einschätzungen lesen. Olaf Sundermeyer kam 2006 zu dem voreiligen Schluss, dass „Springer (...) vor allem in ‚Fakt‘, aber auch in ‚Dziennik‘ eine offen antideutsche Haltung“ transportiere. Sprin-

²⁴ Auf der Homepage von „Axel Springer Polska“ ist von „über 30 Titeln“ (www.axelspringer.pl, abgerufen am 28.07.2008) zu lesen. In der gleichen Größenordnung agiert der „Bauer Verlag“ mit 34 angegebenen Titeln. Die anderen deutschen Verlagshäuser mit dem Schwerpunkt auf Zeitschriften liegen bei 11 Titeln („Gruner + Jahr“) und 12 Titeln („Burda“). Bei den Zahlenangaben wurde den Selbstdarstellungen der Verlage auf ihren Homepages gefolgt. Insgesamt ist aber die mangelnde Transparenz bei den Besitzverhältnissen zu problematisieren. Vorliegende Studien sind aufgrund der Dynamik auf dem Pressemarkt rasch überholt, und auch die Selbstdarstellungen können schwerlich als verlässliche Ergänzung verstanden werden. Auf der Homepage von „Axel Springer Polska“ war 2005 beispielsweise eine deutlich höhere Zahl vermerkt, als das polnische „PressBook 2004/2005“ nannte. – Viele der Publikationen aus den deutschen Verlagshäusern sind *carbon copies* von bekannten und auf dem deutschen bzw. westeuropäischen Markt bereits erfolgreichen Titeln. Bei „Axel Springer Polska“ ist zum Beispiel die „Bild“-Gruppe zu nennen („Computer-Bild“, „Auto-Bild“, „Bild der Frau“), die auch auf dem polnischen Markt als Gruppe erkennbar und verfügbar ist („Komputer Świat“, „Auto Świat“ etc.).

²⁵ Vgl. Thomas Urban, Premier im Pech, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 244 v. 23. Oktober 2003, S. 9. Auch in der liberalen Wochenzeitschrift „Polityka“ wurde auf die Gefahr hingewiesen, die eine politische Positionierung des „Springer“-Blattes mit sich bringen könne: Die Gegner des ausländischen Kapitals könnten „Springer“ politische Ambitionen übelnehmen. Vgl. Mariusz Janicki, Nowy „Fakt“ prasowy [Neuer Presse-„Fakt“], in: Polityka Nr. 43 v. 25. November 2003, S. 104 f., hier S. 104.

ger gebe „der amtierenden Regierung und den beiden dominierenden Politikern (...) ein Forum, transportiert damit den kulturellen Kurs der so genannten ‚IV. Republik‘, einer geistig-moralischen Wende, die konservativ, national und antieuropäisch ist.“²⁶ Auch Thomas Urban, der die polnische Presselandschaft für die „Süddeutsche Zeitung“ aufmerksam beobachtet, kam zu einem ähnlichen Schluss: „Fakt“ habe sich „als Sprachrohr der polnischen Nationalisten gebärdet“.²⁷ Diese Interpretation vertrat der Journalist Ende 2003, also wenige Wochen nach der Markteinführung von „Fakt“. Drei Jahre später, im April 2006, genau einen Tag nach der Markteinführung von „Dziennik“, kam Urban dann zu folgenden, abweichenden Befund: Mit dem ersten Titelaufmacher von „Dziennik“ – ein kritischer Bericht über Andrzej Lepper und die damalige Regierung – sei klar, dass die Zeitung „Distanz zur Regierung halten wird. So halten es auch die beiden anderen großen Blätter des deutschen Axel-Springer-Verlags: das Boulevardblatt ‚Fakt‘, das mit 520 000 Auflage die Verkaufsstatistik anführt, und das Wochenmagazin ‚Newsweek‘.“²⁸ Gleichzeitig bestritt Urban, dass die „Springer“-Blätter vorbehaltlos hinter den Kaczyńskis stehen würden – eine These, die sich durch die durchgeführten Presseanalysen und -durchsichten bestätigen lässt.²⁹ Insbesondere dem teils rüden Umgang der „Recht und Gerechtigkeit“-Politiker mit der Presse stehen die „Springer“-Blätter sehr negativ gegenüber, allen voran „Newsweek Polska“.

Das (Nicht-)Bekenntnis der „Axel Springer Polska“-Publikationen zum deutschen Mutterkonzern

Marian Gierula und Marek Jachimowski kamen in ihren Studien über die öffentlichen Meinungen zum Thema ausländisches Medieninvest-

²⁶ Olaf Sundermeyer, Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzerne in Polen, in: Osteuropa 56 (2006), H. 11-12, S. 261-269, hier S. 266.

²⁷ Vgl. Thomas Urban, Offene Schelte in Polen für Leszek Miller, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 293 v. 20. Dezember 2003, S. 7.

²⁸ Vgl. Thomas Urban, Fakt für Fakt, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 90 v. 19. April 2006, S. 17.

²⁹ Die hier präsentierten Ergebnisse basieren zum einen auf der Magisterarbeit, in der die Deutschland-Berichterstattung von „Fakt“ über die ersten zwei Jahre komplett erhoben wurde, und zum anderen auf Presseanalysen im Rahmen der Dissertation, die die medialen (Re-)Präsentationen der Vertreibung der Deutschen in Polen und Deutschland seit 1989 vergleicht. Die Arbeit wird am DFG-Graduiertenkolleg „Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen verfasst.

ment zum Schluss, dass auch bei den Gegnern desselben ein Unterschied zwischen theoretischer Ablehnung und praktischem Verhalten auszumachen sei. Zahlreiche Kritiker greifen wohl selbst zu Produkten von „Axel Springer Polska“, „Burda“ etc.³⁰ Als Grund hierfür ist nicht nur das oft mangelnde (Problem-)Bewusstsein, bzw. das mangelnde Interesse für konkrete Besitzverhältnisse seitens der Rezipienten zu nennen,³¹ sondern die generelle Intransparenz der Besitzverhältnisse auf dem Medienmarkt sowie das zurückhaltende bis nicht vorhandene Bekenntnis zum deutschen Mutterkonzern seitens der Konzerne.³² „Axel Springer Polska“ agiert bei „Fakt“ so, dass „Springer“ natürlich als Herausgeber im Impressum steht, aber bei direkten Bezugnahmen auf die deutsche Boulevardzeitung „Bild“ nie vermerkt wird, dass der gleiche Mutterkonzern dahinter steht: Sowohl bei der Fußball-Europameisterschaft 2008 als auch in der normalen Sport-Berichterstattung lassen sich solche kuriosen Nichtbezugnahmen finden. Im Februar 2004 wurde in „Fakt“ in einem Artikel über den Fußballer Lukas Podolski, der polnische Wurzeln hat, explizit auf „Bild“ rekuriert. Im deutschen „Springer“-Blatt wurde wohl behauptet, dass der talentierte Spieler Deutscher sei. In „Fakt“ wurde darauf geantwortet, „Podolski ist Pole“, diese Überschrift wurde patriotisch rot-weiß gefärbt; zudem wurde der Artikel mit der fettgedruckten Kopfzeile „BILD hat nicht Recht“ versehen.³³ An anderen Stellen wird die Kooperation mit „Bild“ bejubelt, ohne darauf hinzuweisen, dass es zwischen den Boulevardzeitungen einen kurzen Dienstweg gibt. So wurde im Blatt ein Doppelinterview des „Bild“-Chefredakteurs Diekmann und des „Fakt“-Chefredakteurs Jankowski mit dem damaligen polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski folgendermaßen angekündigt:

„Das ist eine außergewöhnliche Geste! Mitten in der deutsch-polnischen Auseinandersetzung um Entschädigungen empfing Präsident Aleksander Kwaśniewski die Chefs der größten Tageszeitungen in Polen und Deutschland. Im Interview mit der

³⁰ Vgl. Gierula, Jachimowski, Stosunek (wie Anm. 2), S. 92.

³¹ Ebenda, S. 85. Bajka führte gar anekdotisch an, dass einige Journalisten selbst nicht wüssten, für welchen Verlag (im Sinne einer Kapitalprovenienz) sie arbeiteten. Vgl. Bajka, *Latynoamerykanizacja* (wie Anm. 19), S. 86.

³² Die mangelnde Transparenz bei den Besitzverhältnissen wird von Wissenschaftlern häufig problematisiert. Vgl. beispielhaft Flankowska, *Zalety* (wie Anm. 15), S. 127.

³³ Tomasz Burnos, *BILD nie ma racji. Podolski jest Polakiem [BILD hat nicht Recht. Podolski ist Pole]*, in: *Fakt* v. 06. Februar 2004, S. 22.

polnischen ‚Fakt‘ (8 Mio. Leser) und der deutschen ‚Bild‘ (12 Mio. Leser) erklärt der Präsident, warum Deutsche und Polen den Konflikt so schnell wie möglich beilegen sollten (...).³⁴

Ähnliche ungekennzeichnete Kooperationen finden sich auch zwischen „Newsweek Polska“ und „Welt“. Auch hier bestehen Affinitäten zur Zusammenarbeit, ohne dass die besonders enge Beziehung zu „Welt“ bzw. „Welt am Sonntag“ jedes Mal vermerkt wird.³⁵ Gegenseitige und verschleiernde Kampfansagen wie im Fall von „Bild“ und „Fakt“ – gesehen bei der Europameisterschaft 2008 oder im Fall Podolski – sind aber keinesfalls zu beobachten.³⁶ An anderen Stellen lässt sich im Gegensatz ein offensiver Umgang mit der deutschen Herausgeberschaft feststellen – v.a. nach diffamierenden Attacken der Printmedienkonkurrenz.

Attacken der medialen Konkurrenz und Konterstrategien

Die starke Marktposition deutscher Verlage ist immer wieder Thema polnischer Medienberichte, mal sachlicher, mal polemischer gehalten. Am kritischsten gegenüber dem ausländischen Medienbesitz sind „Nasz Dziennik“ und „Radio Maryja“ als katholische Medien, „Trybuna“ als post-kommunistisches Blatt und „Super Express“ als Boulevardblatt, wie aus den Ergebnissen von Gierula und Jachimowski (rück-)geschlossen werden kann.³⁷ „Wprost“ spielte in den genann-

³⁴ Kai Diekmann u. Jankowski Grzegorz, Interview mit Alexander Kwaśniewski, in: Fakt v. 29. September 2004, S. 1.

³⁵ So zum Beispiel in der Ausgabe vom 15. Juli 2007, in der eine von „Newsweek“ und „Welt“ gemeinsam in Auftrag gegebene Umfrage über das deutsch-polnische Verhältnis sowie ein Kommentar des „Welt“-Chefredakteurs Thomas Schmid erschienen. Vgl. Thomas Schmid, Niemcy chcą przyjaźni z Polska [Die Deutschen wollen die Versöhnung mit Polen], in: Newsweek Polska 28 v. 15. Juli 2007, S. 2.

³⁶ Tatsächlich spielt die Sportberichterstattung bei der Austragung nationaler Rivalitäten eine Sonderrolle. So konnte Roy Langer dies mit Blick auf die Deutschland-Berichterstattung in dänischen Medien zeigen (vgl. Roy Langer, Die Darstellung Deutschlands in den dänischen Medien. Eine Mediendiskursanalyse. Wiesbaden 2003, S. 222 f.). Auch die Auswertung der ersten beiden Jahrgänge von „Fakt“ hat ergeben, dass gerade im Sportteil dichotome Identitätsvorstellungen reproduziert werden. Vgl. Maren Röger, Political or commercial interests? The Polish Axel Springer-tabloid Fakt and its coverage about Germany, in: Comparing Media Systems. West Meets East, hrsg. v. Daniel C. Hallin u. Paolo Mancini. Budapest (im Druck). Sundermeyers Schlüsse über die politische Haltung von „Fakt“ sind also umso mehr zu problematisieren, da er seine Analyse hauptsächlich auf die Sportberichterstattung stützt. Vgl. Sundermeyer, Markt (wie Anm. 26), S. 267.

³⁷ Vgl. Gierula, Jachimowski, Kapital (wie Anm. 2), S. 63.

ten Befragungen keine besondere Rolle. Allerdings zeigen die Inhaltsanalysen, dass das Nachrichtenmagazin mit der erfolgreichen Markteinführung des direkten Konkurrenten „Newsweek Polska“ zu einem der Vorreiter der Polemisierung in Punkto deutscher Medienbesitz wurde. Der bereits erwähnte, auf dem Titel extra hervorgehobene und mehrseitige Artikel vom 26. Oktober 2003 vermittelte dies bereits. In „Wprost“ wurde Polen als „eine deutsche Medienkolonie“³⁸ beschrieben dies impliziert, dass die öffentliche Meinung durch ‚die Deutschen‘ gesteuert würde. Auch den Journalisten, die für Zeitungen bzw. Zeitschriften deutscher Kapitalprovenienz arbeiten, wurde in „Wprost“ unterstellt, vom deutschen Kapital korrumpiert zu sein, so zum Beispiel in Reaktion auf „Newsweek Polskas“ Kritik am auch in Deutschland berühmt gewordenen Steinbach-Cover:³⁹

„(...) Piotr Buras in ‚Rzeczpospolita‘ und Jarosław Giziński in ‚Newsweek‘ haben uns attackiert. Sie haben das aus eigenem und freiem Willen getan, da es schließlich keinen Einfluss auf Buras Ansichten hat, dass er für das Zentrum für Internationale Studien arbeitet, das von der deutschen Regierung finanziert wird. Ebenso hat es auf die Meinungen Gizińskis nicht den geringsten Einfluss, dass ‚Newsweek‘ von einem deutschen Verlag herausgegeben wird, von ‚Axel Springer.‘“⁴⁰

Diese ironische, aber deutliche Diffamierung zeigt bereits eindrücklich, auf welche Art und Weise die deutsche Eigentümerschaft als Argument ge- bzw. missbraucht wird. Ein besonders umkämpfter Schauplatz ist dabei die Debatte um die angemessene Form der Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen, die zwischen Polen und Deutschland in den letzten Jahren intensiv und kontrovers geführt wurde.⁴¹ Nicht nur in „Wprost“ wurden diese Diskurse – der über

³⁸ Sieradzki, Prasa (wie Anm. 16).

³⁹ „Wprost“ hatte auf dem Cover der Ausgabe 38/2003 Erika Steinbach, die Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“ und Hauptinitiatorin des „Zentrum gegen Vertreibungen“-Projektes, als Domina in SS-Uniform dargestellt, Ex-Kanzler Gerhard Schröder wie ein Pferd reitend. Das polemische Titelblatt ist auch in der deutschen Presse umfassend kommentiert worden.

⁴⁰ Sławomir Sieradzki, Ręce precz od sojuszy! [Hände weg von den Verbündeten], in: Wprost Nr. 40 v. 05. Oktober 2003, S. 8.

⁴¹ Als ersten Einstieg vgl. Claudia Kraft, Die aktuelle Diskussion über Flucht und Vertreibung in der polnischen Historiographie und Öffentlichkeit, in: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Materialien zur Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“, hrsg. v. Zeitgeschichte online, <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Vertreibung-Kraft> 2004

deutsche Medieninvestitionen und der über die Vertreibung der Deutschen – mehrere Male verknüpft, wie es am vorangegangenen Beispiel geschildert wurde. Auch in „Super Express“ wurde versucht, den direkten Konkurrent „Fakt“ mithilfe einer Vertreibungsserie im deutschen Schwesterblatt „Bild“ zu diffamieren: Anfang Oktober 2003, vor der Markteinführung von „Fakt“, als die Werbekampagne für das neue „Springer“-Boulevardblatt bereits auf Hochtouren lief, machte „Super Express“ die Berichterstattung von „Bild“ zum Titelthema – ein ungewöhnlicher Vorgang für Boulevardzeitungen, die sich zumeist auf nationale Themen konzentrieren. In fettgedruckten Lettern war damals auf dem „Super Express“-Titelblatt zu lesen: „Bild giftet“, und unter dem nachgedruckten „Bild“-Zeitungsartikel stand: „Der Titel schreit: ‚Wer heilt unsere Seelen?‘ Die größte deutsche Zeitung wärmt das Problem der ‚Vertriebenen‘ auf.“⁴² In dem Blatt bezog man sich auf eine Serie über die Vertreibung der Deutschen in „Bild“, die einige Tage zuvor dort begonnen worden war.⁴³ Dass es sich hier um eine sehr zielgerichtete Empörung handelte, die genau so viel oder sogar mehr mit Veränderungen auf dem polnischen Medienmarkt zu tun hat wie mit einem Interesse für den deutschen Opferdiskurs, wurde in der Folge deutlich. In „Super Express“ wurde die „Bild“-Berichterstattung noch einige Male aufgegriffen und die Zeitung als antipolnische und geschichtsrevisionistische Zeitung dargestellt, um in einem weiteren Artikel den Brückenschlag zum direkten Konkurrenten „Fakt“ aus dem Verlagshaus „Axel Springer Polska“ zu vollziehen. So wurde in „Super Express“ bei „Axel Springer Polska“ nachgefragt, wieso solch eine Artikelserie, die doch die deutsch-polnischen Beziehungen vergifte, erscheine: „Die polnische Filiale des Axel-Springer-Verlags, der in Deutschland ‚Bild‘ herausgibt, möchte diese Aktion nicht kommentieren.“⁴⁴ Damit war das konkurrierende Verlagshaus mit der als stark antipolnisch und ge-

[letzter Zugriff: 30.1.2008]; sowie Jürgen Danyel u. Philipp Ther, Nach der Vertreibung. Geschichte und Gegenwart einer kontroversen Erinnerung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (2005), H. 10, S. 867-872.

⁴² Bild jątrzy [Bild giftet], in: Super Express v. 02. Oktober 2003, S. 1.

⁴³ Die ersten sechs Artikel der im September begonnenen Serie basierten auf Peter Glotz populärwissenschaftlichem Buch „Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück“, aus dem Bild einzelne Passagen abdruckte, die nochmals um drei weitere Teile mit Leserzuschriften ergänzt wurden.

⁴⁴ WK; AD, „Bild“ ciagle jątrzy! [„Bild“ giftet immer noch!], in: Super Express v. 13. Oktober 2003, S. 7. Abgekürzte Autorennamen und verwendete Autorenkürzel konnten in einigen Fällen nicht rekonstruiert werden. Die Literaturangabe erfolgt in diesen Fällen wie im Pressematerial vorgefunden.

schichtsrevisionistisch dargestellten „Bild“-Berichterstattung in Verbindung gebracht – und das ca. eine Woche vor Markteinführung des direkten Konkurrenten „Fakt“. Dieser sollte damit bei den Lesern „als Tochterblatt der ‚antipolnischen Bild‘ diskreditiert“⁴⁵ werden. Dies offenbart nicht nur die Angriffsstrategien der polnischen Blätter, sondern auch, dass die Vertreibungsdebatte nicht nur aus ideologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen angeheizt wurde.

Die Antwortstrategien der „Axel Springer Polska“-Blätter auf solche Attacken könnten unterschiedlicher nicht sein. „Newsweek Polska“ ging mit den Diskreditierungsversuchen sehr offensiv um. Nach der Attacke in „Wprost“ gegen den „Newsweek Polska“-Redakteur Jarosław Giziński sprang der polnischen Lizenzausgabe ein Vertreter der zentralen „Newsweek“-Ausgabe bei. Der Verantwortliche für die ausländische Lizenzvergabe beim amerikanischen Mutterblatt erläuterte den Lesern von „Newsweek Polska“ in einem Gastbeitrag, weshalb Presseprodukte an ihrer Qualität und nicht an der Nationalität des Kapitals gemessen werden sollten.⁴⁶ In dieser direkten Replik auf den Diffamierungsversuch in „Wprost“ gestand der amerikanische Journalist auch ein, dass in der amerikanischen „Newsweek“-Ausgabe in den 1980er Jahren ebenfalls in die nationale Falle getappt und mehrmals eindringlich vor japanischem Kapital im amerikanischen Medienmarkt gewarnt worden war. Dieses Bekenntnis ist in gewisser Weise auch als Flucht nach vorn zu werten, um als Marke „Newsweek“ nicht in einer Glaubwürdigkeitszwangslage zu sitzen, falls sich einer der polnischen Konkurrenten die Mühe machen würde, die Berichterstattung von „Newsweek“ zu überprüfen. Schließlich wurden in „Wprost“ in den vergangenen Jahren nicht nur viele Gelegenheiten genutzt, um gegen die deutsche Dominanz auf dem polnischen Medienmarkt zu polemisieren, sondern es wurde auch versucht, den Deutschen Doppelmoral nachzuweisen. Übernahmeschlachten auf dem deutschen Pressemarkt, bei denen sich Widerstand gegen den Einstieg von internationalen Investoren formierte – Stichwort „Berliner Zeitung“ und Montgomery⁴⁷ –, wurden in „Wprost“ hämisch kommentiert. Hier zeige sich die „[D]eutsche Mo-

⁴⁵ Jan Puhl, Scharmützel an den Grenzen, in: Spiegel Nr. 43 v. 20. Oktober 2003, S. 124.

⁴⁶ Vgl. Andrew Nagorski, Zawinięci we flagę [In der Flagge verfangen], in: Newsweek Polska Nr. 44 v. 02. November 2003, S. 112.

⁴⁷ Der Verlag der „Berliner Zeitung“ wurde 2005 von der britischen Mediengruppe „Mecom“ gekauft, die von David Montgomery gegründet wurde und geleitet wird. Kritiker befürchteten, dass diese Übernahme nur ein weiterer Fall der Kommerzialisierung von Medien sei und protestierten dementsprechend dagegen.

ral“: Das Aufkaufen kompletter Medienmärkte in Ostmitteleuropa sei für die Deutschen unproblematisch, aber sobald ausländische Investoren in den deutschen Medienmarkt vordringen wollten, äußere man lautstark Bedenken.⁴⁸

Während in „Newsweek“ der Konkurrenzgedanken, „Möge der Bessere gewinnen“ proklamiert wurde, wurden in „Dziennik“ die Attacken in direkte Gegenangriffe umgewandelt. Nach einer polemischen Entgleisung des stellvertretenden Chefredakteurs von „Gazeta Wyborcza“ wurde in „Dziennik“ wiederum selbst in die Offensive gegangen. Der Vertreter der liberalen Zeitung „Gazeta Wyborcza“ hatte die neue „Springer“-Tageszeitung „Der Dziennik“ genannt, also mit der Verwendung des deutschen Artikels vor dem Eigennamen des Blattes auch deutsche Einflussnahme suggeriert. In der „Axel Springer“-Zeitung wurde postwendend mit dem Vorwurf der anti-deutschen Phobie gekontert und versucht, die Entgleisung für die immer erbitterter werdende Auseinandersetzung zwischen „Springer“ und „Agora“ zu instrumentalisieren.⁴⁹

Bei seinen Qualitätsmedien weiß man sich in „Springer Polska“ gegen das meist zu diffamierenden Zwecken eingesetzte Argument der deutschen Eigentümerschaft zu wehren, die Attacken wurden inzwischen teils in Konterattacken gewandelt. Bei „Fakt“ sieht dies anders aus: In der Boulevardzeitung wurde auf Angriffe reagiert, die zumeist vom direkten Konkurrenten „Super Express“ vorgetragen werden, aber nie in solch einer direkten Art und Weise. Im Blatt wurde der aufgebaute Druck indirekt beantwortet. Das Berichterstattungsmuster der anti-deutschen Kampagne zeigt diesen Einfluss *ex negativo* bei „Fakt“ deutlich.

Die indirekte Antwort: Antideutsche Kampagnen in „Fakt“

Wie an anderer Stelle gezeigt werden konnte, wurde in der Berichterstattung bei „Fakt“ über Deutschland höchst unterschiedlich agiert.⁵⁰ Auffällig ist jedoch die stark antideutsche Stoßrichtung im ersten Jahr des Bestehens. Im Blatt wurde bei den wichtigen politischen

⁴⁸ Vgl. Katarzyna Grzybowska, *Moralność niemiecka* [Deutsche Moral], in: *Wprost* Nr. 44 v. 06. November 2005, S. 34 f.

⁴⁹ Vgl. Oniszczyk, *Rywalizacja* (wie Anm. 12), S. 31.

⁵⁰ Vgl. Maren Röger, *Fakten über Deutschland? – Die Deutschland-Berichterstattung der polnischen Springer-Boulevardzeitung „Fakt“*, in: *Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte* 4 (2006), S. 247-256.

Anliegen, die Deutschland betrafen, in denen ersten Monaten nach Markteintritt eindeutig Stellung bezogen: Polnische Interessen wurden verteidigt und die Deutschen zu gefährlichen Aggressoren stilisiert. Insbesondere die Debatte um den Vertrag von Nizza, in dem Stimmverhältnisse in der Europäischen Union festgehalten wurden,⁵¹ und die Eigentumsrückforderungen deutscher Vertriebener waren willkommene Anlässe für „Fakt“, sich als Vertreter polnischer Interessen gegen Deutschland zu profilieren. Mit der Stimmungsmache und durch eindeutig pro-polnische Positionen versuchten die Macher von „Fakt“, sich der Anklagen zu erwehren, ein deutsches Blatt zu sein. Dazu gehörten auch das Angebot positiver Darstellung Polens bzw. der Polen bei gleichzeitiger Abwertung der Deutschen und eine generell patriotische Linie. In unterschiedlichsten Kontexten wurde in „Fakt“ in den ersten Monaten die Überlegenheit des Polnischen betont: Die Lebensmittel seien schmackhafter, die polnischen Kätzchen niedlicher, die Frauen hübscher und die Arbeitsmoral und das Arbeitspensum höher.⁵²

Ein kurzer Vergleich mit der „Axel Springer Polska“-Qualitätspresse: Antideutsche Kampagnen sind in „Newsweek Polska“ auch als Abwehrstrategie nicht zu finden.⁵³ Im Verlauf der deutsch-polnischen Vertreibungskontroverse zeigte sich das Nachrichtenmagazin dann zwar auch emotional, und insbesondere in den Berichten des Auslandskorrespondenten Filip Gańczak lässt sich eine teils starke Ablehnung der deutschen Geschichtsdebatte finden. Kampagnenjournalismus, wie er in „Wprost“ – als Nachrichtenmagazin das gleiche Format wie „Newsweek Polska“ – in der Vertreibungsdebatte oder im Boulevardblatt „Fakt“ im ersten antideutschen Jahr betrieben wird, ist bei „Newsweek“ nicht feststellbar. Überhaupt ist anzumerken, dass in „Newsweek“ erst sehr spät an der Stimmungsmache gegen das „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) teilgenommen wurde.

⁵¹ Die ersten Monate von „Fakt“ waren außenpolitisch stark von der Debatte um die Europäische Verfassung und somit das Vertragswerk von Nizza geprägt. Im Blatt wurde in dieser Phase im Einklang mit der konservativen Opposition geschrien: „Nizza oder Tod“ und der Bundesrepublik wurden missliebige Entwicklungen in der EU angelastet. In „Fakt“ wurde argumentiert, der westliche Nachbar würde sich der politischen Gemeinschaft bemächtigen, wogegen Polen sich mit allen Kräften zu wehren habe. Für einen Überblick über die antideutschen Kampagnen in „Fakt“ vgl. Röger, Fakten (wie Anm. 50), S. 250-253.

⁵² Vgl. ebenda.

⁵³ Über „Dziennik“ kann kaum eine Aussage getroffen werden, da die im Rahmen der Dissertation erhobenen Daten (an Schlüsselereignissen des Vertreibungsdiskurses) zu gering sind.

Engagement für die deutsch-polnischen Beziehungen

Kritiker werfen „Springer“ vor, „[i]m Kalkül des wirtschaftlichen Erfolges (...) immer wieder gerne die deutsche Sau durch die polnischen Dörfer“ zu treiben und umgekehrt.⁵⁴ Dies konfrontieren sie mit besonderer Vorliebe mit den Springerschen Unternehmensgrundsätzen, von denen der erste besagt, dass man sich in besonderer Weise für die Einigung in Europa einsetzen wolle.⁵⁵ Der „Axel Springer Verlag“ selbst nimmt für seine polnischen Publikationen in Anspruch,⁵⁶ auch konstruktiv für die deutsch-polnische Annäherung tätig zu sein, etwa durch Sonderbeilagen zu den deutsch-polnischen Beziehungen, wie bei „Newsweek Polska“ geschehen. Vergleichbares ist zumindest für die ersten beiden Jahre von „Fakt“ nicht bekannt. Positiv hervorzuheben ist aber hinsichtlich der europäischen Versöhnungsidee die Rubrik „Idee“, die sich durch differenzierte Berichterstattung rund um das Thema Europa auszeichnet. In dieser kommen zumeist Wissenschaftler, externe Publizisten und Politiker zu Wort. Damit wurde in „Fakt“ ein Gegengewicht zur ansonsten oft polemischen Boulevardberichterstattung geschaffen.

Hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen ist positiv hervorzuheben, dass deutsche Politiker im Blatt manchmal in Interviews zu Wort kommen, Gastbeiträge schreiben und somit ihre Positionen der polnischen Leserschaft erklären dürfen. Am Jahrestag der Auschwitz-Befreiung 2005 wurde u.a. der damalige Außenminister der Bundesrepublik, Joschka Fischer, zu Wort gebeten. Fischer nutzte mit seinem Artikel die gebotene Chance und erklärte den polnischen Lesern, wie tief die Shoah ins kollektive Gedächtnis der

⁵⁴ Sundermeyer, Fußballkrieg (wie Anm. 4).

⁵⁵ Axel Springer selbst hatte 1967 fünf gesellschaftspolitische Grundsätze formuliert, die seitdem nur leicht modifiziert wurden und bis heute Teil der Unternehmenssatzung sind: „1. Das unbedingte Eintreten für den freiheitlichen Rechtsstaat Deutschland als Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft und die Förderung der Einigungsbemühungen der Völker Europas, 2. Das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes, 3. Die Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika, 4. Die Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus, 5. Die Verteidigung der freien sozialen Marktwirtschaft.“ Vgl. http://www.axelspringer.de/artikel/Unternehmensgrundsätze_40574.html [letzter Zugriff: 25.7.2008].

⁵⁶ Dies betonte Florian Ehm vom „Axel Springer Verlag“ in einer Wortmeldung bei der Praktikerkonferenz „Pressefreiheit unter Druck“ in Hamburg, veranstaltet von „netzwerk recherche“ und „n-ost“ (15.06.–16.06.2007), im Panel „Schwierige Nachbarschaft – deutsch-polnische Fallstricke“ am 15. Juni 2007.

Deutschen eingeschrieben sei und dass die historische Verantwortung einen elementaren Bestandteil des Regierungs- und Alltagshandeln in der Bundesrepublik Deutschland darstelle.⁵⁷ Kanzler Schröder konnte die Botschaft am Folgetag in „Fakt“ wiederholen.⁵⁸

Trotz solcher kleiner Einsätze von „Fakt“ für die deutsch-polnische Verständigung ist die ab und an betriebene Selbstinszenierung als Vorreiter der Versöhnung eine Farce. Eine solche konnte beispielsweise einige Tage nach der Sejm-Resolution im September 2004 beobachtet werden, als Chefredakteur Grzegorz Jankowski signalisierte, dass die deutsch-polnische Versöhnung seit jeher Herzensanliegen seiner Person und von „Fakt“ gewesen sei.⁵⁹

„Es ist eine gute Nachricht. Der deutsch-polnische Streit um die Vergangenheit begann, einen gefährlichen Charakter anzunehmen. An die Stelle von Fakten und fundierten Elementen begannen Emotionen zu treten. Gut, dass die Politiker das verstanden haben. (...) In den deutsch-polnischen Beziehungen ist die Zeit gekommen, endlich die Diskussion um die Geschichte zu beenden. Geschichte kann nicht geändert werden, es reicht, sie zu erinnern. Das ist das einzige Fundament, auf dem wir eine gemeinsame Zukunft bauen können.“⁶⁰

Dass in „Fakt“ die Sejm-Resolution zu Beginn bejubelt und sie in den Monaten zuvor durch affirmative Berichte über polnische Reparationsforderungsideen mit vorbereitet wurde, wurde kurzerhand verschwiegen⁶¹ – ein eindrückliches Beispiel für die ideologische Fle-

⁵⁷ Joschka Fischer, *Ta zbrodnia pozostanie cieniem w historii Niemiec* [Dieses Verbrechen lastet immer auf der deutschen Geschichte], in: *Fakt* v. 26. Januar 2005, S. 4.

⁵⁸ Gerhard Schröder, *Niemcom wstyd za Auschwitz* [Die Deutschen schämen sich für Auschwitz], in: *Fakt* v. 27. Januar 2005, S. 6.

⁵⁹ Zu Einzelheiten der Resolution vgl. Burkhard Olschowsky, *Die Gegenwart des Vergangenen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2005), H. 5-6, S. 27-32, hier S. 27.

⁶⁰ Grzegorz Jankowski, *Polska i Niemcy wychodzą na prosta* [Polen und Deutschland kommen ins Reine], in: *Fakt* v. 28. September 2004, S. 2.

⁶¹ Der erste Kommentar zur Resolution war euphorisch: „Zum ersten Mal in der Geschichte des polnischen Parlamentes sind sich die Abgeordneten so einig. Die Politiker haben endlich einstimmig das gesagt, was die Polen seit langem sagen: Nicht wir sind den Bürgern der BRD Entschädigungen schuldig. Die Deutschen müssen uns bezahlen für die Zerstörung des Landes während des Zweiten Weltkrieges.“ (Michał Elmerych, *AW, Jednym głosem o wojnie* [Einstimmig über den Krieg], in: *Fakt* v. 13. September 2004, S. 1). Während in „Fakt“ die Entscheidung des Sejm begrüßt wurde, wurde diese in „Bild“ skandalisiert. Diese Absurdität in der Berichterstattung der „Springer“-Blätter erlangte in Deutschland einige Prominenz, da beide Titelseiten in der Ausstellung des „Hauses der

xibilität in „Fakt“, die mit Ausnahme der Kampagnethemen Vertrag von Nizza und Eigentumsrückforderungen deutscher Vertrieber fast überall zu beobachten ist.⁶²

Das Engagement in „Fakt“ für die deutsch-polnischen Beziehungen geht über punktuelle Freundschaftsbekundungen also nicht hinaus und kann schon eine Ausgabe später durch antideutsche Berichterstattung konterkariert werden.

Leerstellen

Die Analyse der ersten zwei Jahre von „Fakt“ offenbarte neben oben genannten Berichterstattungsmustern auffällige Leerstellen:⁶³ Wichtige bilaterale Problemkomplexe wurden größtenteils ignoriert oder sogar völlig ausgeblendet. So wurden die deutsch-russischen Beziehungen, die in der polnischen Öffentlichkeit aufmerksam beobachtet und emotional diskutiert wurden bzw. werden, in dem Blatt nur gestreift. Insbesondere der Bau der deutsch-russischen Gaspipeline, der in Polen teilweise zum zweiten Hitler-Stalin-Pakt stilisiert wurde,⁶⁴ kam nicht vor. Auch die deutsch-polnischen Spannungen über eine (Nicht-)Beteiligung am Irak-Krieg wurden kaum aufgegriffen. Davon ließe sich die These ableiten, dass es in „Fakt“ bei einzelnen Kontroversen im deutsch-polnischen Verhältnis also vermieden wird, Position zu beziehen, um Konflikte nicht weiter anzuheizen.

Dass bestimmte spannungsgeladene Themen im deutsch-polnischen Verhältnis ausgeklammert werden, ist ein wichtiger Befund. Diese

Geschichte“ „Flucht, Vertreibung, Integration“ einander gegenübergestellt wurden. Vgl. dazu auch Thomas Speckmann, Renaissance des Themas in den Medien, in: Flucht, Vertreibung, Integration, hrsg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik. Bielefeld 2005, S. 175-179.

⁶² Bruck und Stocker beschreiben ideologische Flexibilität als zentrales Wesensmerkmal von Boulevardblättern (vgl. Peter A. Bruck, Günther Stocker, Die ganz normale Vielfaltigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Münster 1996, S. 24). Als typisch gilt auch, dass Einzeldiskurse trotzdem ideologisch geschlossen sein können. Vgl. Peter A. Bruck, Das österreichische Format. Eine Einleitung, in: Das österreichische Format. Kulturkritische Beiträge zur Analyse des Medienerfolges „Neue Kronen Zeitung“, hrsg. v. dems., Wien 1991, S. 7-23, hier S. 20.

⁶³ Über Leerstellen in der Berichterstattung kann nur bei „Fakt“ eine Aussage getroffen werden, da „Newsweek Polska“ und „Dziennik“ nur hinsichtlich der Vertreibungsberichterstattung analysiert wurden.

⁶⁴ Im Juli 2005 wurde beispielsweise in „Wprost“ ein Bericht über die Pipeline unter dem Titel „Putin-Schröder-Pakt. Die Gas-Umkreisung Polens“ veröffentlicht. Das deutsch-russische Projekt wurde in der Titelgeschichte mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglichen.

Auslassungen zeigen in die Richtung der von Kritikern befürchteten Vernachlässigung der demokratischen Kontrollfunktion der Medien in ausländischem Besitz.⁶⁵ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine tschechische Studie. Durch Inhaltsanalysen der Publikationen von tschechischen Zeitungen aus dem Tochterunternehmen der „Verlagsgruppe Passau“ ist nachweisbar, die Verlagsgruppe „is avoiding controversies related to the Czech-German past“.⁶⁶

Leerstellen sind ein wichtiger Befund – ihre Erklärung aber außerordentlich schwierig. Die Vermutung, dass die Nicht-Thematisierungen auf den Einfluss des Mutterkonzerns zurückzuführen seien, klingt erst einmal plausibel, handelte es sich bei den geschilderten Fällen durchgängig um Konflikte zwischen dem Land des Mutterkonzerns und dem Publikationsland. Allerdings sollten weitere Kontextfaktoren wie der Einfluss des Genres nicht unterschätzt werden. So wurde die extreme Personalisierung der „Zentrum gegen Vertreibungen“-Debatte in „Fakt“ vorsichtig als weitere Auslassung des „Springer-Konzerns“ gedeutet. Bei „Fakt“ war auffällig, dass über das „ZgV“-Projekt selbst kaum berichtet wurde, Erika Steinbach in der Boulevardzeitung dafür umso präsenter war.⁶⁷ Teilweise wurde sie über ihr Amt als Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“ den polnischen Lesern vorgestellt, häufiger aber einfach als ‚Unperson‘ Steinbach präsentiert – ohne weitere Nennung ihrer Funktion. So wurde sie beispielsweise am 28. Oktober 2003 in „Fakt“ unter der Schlagzeile „Steinbach – wir wollen Sie nicht in Rumia haben“ einfach als unmögliche Person dargestellt, die – obwohl als Tochter eines Besatzungssoldaten nach Polen gekommen – „am lautesten in Deutschland schreit, dass die grausamen Polen sie und andere Deutsche aus der Heimat vertrieben haben“.⁶⁸ Ein Vergleich mit der anderen polnischen Boulevardzeitung „Super Express“ ergab für dieses Blatt nun eine ebenso extreme Personalisierung. Steinbach wurde dort in Teilen

⁶⁵ Vgl. Reljič, *Proliferation* (wie Anm. 19), S. 13.

⁶⁶ Milan Šmid, *Czech Republic*, in: *Media ownership* (wie Anm. 5), S. 141-164, hier S. 153. Die Studie selbst ist leider nicht zugänglich. – Einen anderen Vorwurf konnte die Untersuchung entkräften: Eine prodeutsche Agenda war den Zeitungen – entgegen den Behauptungen der Kritiker – nicht nachzuweisen.

⁶⁷ In den ersten zwei Jahren von „Fakt“ finden sich lediglich vier Artikel, in denen die Pläne für das „ZgV“ überhaupt aufgegriffen wurden, davon in zweien nur am Rande. Tatsächlich war eine Kurzmeldung vom Februar 2005 die erste zu diesem Komplex, in der überhaupt gesagt wurde, was mit dem Bau eines „ZgV“ beabsichtigt sei. Vgl. Steinbach *znowu prowokuje Polskę* [Steinbach provoziert Polen erneut], in: *Fakt* v. 28. Februar 2005, S. 4.

⁶⁸ Łukasz Wróblewski, *Steinbach – nie chcemy pani w Rumi* [Steinbach – wir wollen Sie nicht in Rumia haben], in: *Fakt* v. 28. Oktober 2003, S. 4 f.

nur noch mit dem Vornamen angesprochen: „Erika, gifte nicht!“⁶⁹ oder ähnliche Überschriften waren an der Tagesordnung. In beiden Boulevardzeitungen wurde die „ZgV“-Kontroverse sehr stark personalisiert. Es wurden damit Erzählstrategien verschärft,⁷⁰ die auch in polnischen Qualitätsmedien zur Anwendung kamen. Die Politologin Agnieszka Łada konnte u.a. zeigen, dass die Artikel, die in polnischen Qualitätszeitungen über das „ZgV“ erschienen, häufig mit Steinbachs Namen überschrieben wurden.⁷¹ Auch der Einsatz von Fotos fokussierte Steinbach. In den polnischen Nachrichtenmagazinen „Wprost“ und „Polityka“ wurden sehr häufig Aufnahmen von Steinbach gedruckt, die sie wild gestikulierend, ernst oder wütend dreinblickend zeigen.⁷² Die Personalisierung in „Fakt“ ist folglich eine Fortführung der auch in Qualitätsmedien angewandten Personalisierung, wenn auch in extremer boulevardmedialer Manier. Der Vergleich der Steinbach-„ZgV“-Berichterstattungen von „Fakt“ und dem Konkurrenzblatt „Super Express“ offenbarte dabei den großen Einfluss des Genres, der eine potenzielle Einflussnahme des Mutterkonzerns bei Weitem überlagert.

Von entdeckten Leerstellen auf Einflussnahme sollte also vorsichtig extrapoliert werden. Nichtsdestotrotz sind Leerstellen in der Berichterstattung bei Konflikten zwischen dem Land des Mutterkonzerns und dem Publikationsland weiterhin aufmerksam zu beobachten.

⁶⁹ Vgl. WM, Steinbach znów przemówiła! [Steinbach hat erneut gesprochen], in: Super Express v. 07.-08. August 2004, S. 4. Auch der Gender-Aspekt der Boulevardberichterstattung sollte nicht übersehen werden.

⁷⁰ Die Boulevardzeitungsforscher Peter A. Bruck und Günther Stocker arbeiteten die Bedeutung der ‚narrativen Inszenierungen‘ zum Verständnis von Boulevardzeitungen heraus. Sie benannten dabei die Erzählstrategien Personalisierung, Sensationalisierung, Simplifizierung und Familiarisierung als die bedeutendsten. Vgl. Bruck, Stocker, Vielfältigkeit (wie Anm. 62), S. 23-29.

⁷¹ Vgl. Agnieszka Łada, Podobieństwa i różnice w sposobie prowadzenia debaty publicznej na temat powstania Centrum przeciw Wypędzeniom w prestiżowych dziennikach w Polsce i Niemczech [Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der öffentlichen Debatte über die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in den Qualitätszeitungen in Deutschland und Polen], in: Studia Medioznawcze (2006), H. 2 (25), S. 63-101.

⁷² Zu den Steinbach-Bilderpolitiken vgl. Maren Röger, Medien als diskursive Akteure: Die polnischen Nachrichtenmagazine „Wprost“ und „Polityka“ über den „Vertreibungskomplex“ 1989–2003, in: Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa. Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989, hrsg. v. Peter Haslinger, K. Erik Franzen u. Martin Schulze Wessel. München 2008, S. 77-92, hier S. 90.

Fazit

Die erfolgreiche Markteinführung politikvermittelnder, überregionaler Titel deutscher Verlagshäuser setzte eine Nationalisierungsspirale der Medienöffentlichkeit in Polen in Gang. Bereits existierende Debatten über negative Einflüsse ausländischen Medienkapitals wurden wiederbelebt, und insbesondere die politische und publizistische Rechte warnte offen vor deutschem Kapital und schürte Ängste vor einer „Germanisierung“ des polnischen Diskurses. Einige der direkten Marktkonkurrenten der neuen Presseerzeugnisse deutscher Kapitalprovenienz unterstützen diese Instrumentalisierungsversuche, nicht zuletzt um die Konkurrenz bei den Lesern zu diffamieren. In „Wprost“ wurden dabei die schärfsten Attacken gegen deutsches Kapital angewendet und hier wurde auch vor plumpen Verleumdungen nicht zurückgeschreckt. Ein besonderer Schauplatz ist hier die Vertreibungsdebatte, die von einigen polnischen Presseprodukten mit dem deutschen Medienbesitz diskursiv verknüpft wird.

Bei „Axel Springer Polska“ wurde in seinen Publikationen unterschiedlich geantwortet. Während in den Qualitätsmedien „Newsweek Polska“ und „Dziennik“ mit dem öffentlichen Druck und den Diffamierungen zumeist offensiv umgegangen wurde und Anschuldigungen zurückwiesen wurden, wurde in „Fakt“ eine andere Art der Flucht nach vorn gewählt: Zumindest im ersten Jahr nach Markteinführung wurde das antideutsche Banner hochgehalten. In „Fakt“ wurden teils antideutsche Kampagnen geführt, um Spekulationen einer prodeutschen Linie zu entkräften, der Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen und sich Glaubwürdigkeit bei den Lesern zu verschaffen – hier zeigte sich ein Einfluss *ex negativo*. Der Grund für diese andere Reaktion liegt in der Selbstinszenierung von „Fakt“ als Boulevardzeitung und dem Zuschnitt der Zielgruppe: Boulevardzeitungen stellen sich als Anwalt der Leser, des so genannten kleinen Mannes dar,⁷³ dessen Patriotismus bis Nationalismus und auch Xenophobie üblicherweise stärker ausgeprägt sind als in der Gesamtbevölkerung.⁷⁴ Und tatsächlich fanden Gierula und Jachimowski heraus, dass die polnischen Boulevardzeitungsleser ausländischem Medienbesitz sehr kritisch gegenüberstehen.⁷⁵ Für ein Boulevardblatt wie „Fakt“ ist also

⁷³ Zu den Inszenierungsstrategien von Boulevardzeitungen vgl. Bruck, Stocker, Vielfältigkeit (wie Anm. 62), S. 23-29, das Standardwerk auf diesem Gebiet.

⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 41.

⁷⁵ Zum Zeitpunkt der Erhebung war „Super Express“ die einzige Boulevardzeitung auf dem polnischen Markt.

in viel stärkerem Ausmaß die Reputation, die Glaubwürdigkeit und dementsprechend Kaufwürdigkeit entscheidend, dass es als unabhängig vom deutschen Mutterkonzern wahrgenommen wird.

Die antideutsche Phase von „Fakt“ führte zu einer weiteren nationalistischen Aufladung der polnischen öffentlichen Debatten: Gerade „Super Express“ stand nach der Einführung von „Fakt“ stark unter Druck und passte sich der härteren Gangart von „Fakt“ an, um weiterhin Abnehmer zu finden. Die Boulevardzeitung war zuvor ein weiches, politisch kaum aggressives Blatt. Nach einem schnellen Lernprozess wird in beiden Boulevardblättern aufgrund ihrer Konkurrenzsituation die politische Debatte aufgeheizt.

Die Zusammenhänge zwischen Berichterstattungsmustern und Verlagshaus sind also komplexer als die Debatten um Germanisierung via Medien oder antideutsche Morallosigkeit vermuten lassen. Angesichts der massiven Präsenz und stetigen Expansion deutscher Verlagshäuser auf dem polnischen Pressemarkt gilt es die Spannungsverhältnisse weiterhin – und zwar möglichst unvoreingenommen – zu beobachten.

Literaturverzeichnis

- Jürgen Alberts, Massenpresse als Ideologiefabrik. Am Beispiel „BILD“. Frankfurt a.M. 1972.
- Zbigniew Bajka, Latynoamerykanizacja mediów czy zwykły biznes – rozważania na temat obecności kapitału zagranicznego w polskich mediach [Lateinamerikanisierung der Medien oder business as usual – Überlegungen zum Thema ausländisches Kapital in den polnischen Medien], in: *Studia Medioznawcze* (2002), H. 5, (10) S. 80-90.
- Władysław Bartoszewski, [o.T.], in: *Press* Nr. 10 v. 15. Oktober 1997, S. 4.
- Bild jątrzy [Bild giftet], in: *Super Express* v. 02. Oktober 2003, S. 1.
- Peter A. Bruck, Das österreichische Format. Eine Einleitung, in: *Das österreichische Format. Kulturkritische Beiträge zur Analyse des Medienerfolges „Neue Kronen Zeitung“*, hrsg. v. dems. Wien 1991, S. 7-23.
- Peter A. Bruck u. Günther Stocker, Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Münster 1996.
- Tomasz Burnos, BILD nie ma racji. Podolski jest Polakiem [BILD

- hat nicht Recht. Podolski ist Pole], in: Fakt v. 06. Februar 2004, S. 22.
- Jürgen Danyel u. Philipp Ther, Nach der Vertreibung. Geschichte und Gegenwart einer kontroversen Erinnerung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (2005), H. 10, S. 867-872.
 - Kai Diekmann u. Jankowski Grzegorz, Interview mit Alexander Kwaśniewski, in: Fakt v. 29. September 2004, S. 1.
 - Michał Elmerych, AW, Jednym głosem o wojnie [Einstimmig über den Krieg], in: Fakt v. 13. September 2004, S. 1.
 - Ryszard Filas, Zaangażowanie kapitału obcego w polskie stacje radiowe i telewizyjne. Szansa technologiczna czy zagrożenie dla kultury narodowej [Ausländische Investitionen in polnische Radio- und Fernsehsender. Technologische Chance oder Gefährdung der nationalen Kultur], in: Zeszyty Prasoznawcze 173-174 (2003), H. 1-2, S. 17-44.
 - Joschka Fischer, Ta zbrodnia pozostanie cieniem w historii Niemiec [Dieses Verbrechen lastet immer auf der deutschen Geschichte], in: Fakt v. 26. Januar 2005, S. 4.
 - Jowita Flankowska, Zalety i wady obecności kapitału zagranicznego w polskich mediach drukowanych – próba systematyzacji problemów [Vor- und Nachteile des ausländischen Kapitals in den polnischen Printmedien – Versuch einer Systematisierung], in: Studia Medioznawcze (2002), H. 5 (10), S. 121-130.
 - Marian Gierula u. Marek Jachimowski, Stosunek społeczeństwa do kapitału zagranicznego w mediach. Przykład Śląska [Das Verhältnis der Gesellschaft zu ausländischem Kapital in den Medien. Das Beispiel Schlesien], in: Zeszyty Prasoznawcze 153-154 (1998), H. 1-2, S. 78-92.
 - Marian Gierula u. Marek Jachimowski, Kapitał zagraniczny w mediach polskich w opiniach społecznych [Ausländisches Kapital in den polnischen Medien im Spiegel der öffentlichen Meinung], in: Studia Medioznawcze 10 (2002), H. 5, S. 61-69.
 - Katarzyna Grzybowska, Moralność niemiecka [Deutsche Moral], in: Wprost Nr. 44 v. 06. November 2005, S. 34 f.
 - Ágnes Gulyás, Kolonizacja czy wyzwolenie rynku? Kapitał zagraniczny w węgierskich mediach [Kolonisierung oder Befreiung des Marktes? Ausländisches Kapital in den ungarischen Medien], in: Zeszyty Prasoznawcze 153-154 (1998), H. 1-2, S. 104-124.
 - Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli u. Otfried Jarren, Einleitung, in: Mediengesellschaft. Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken, hrsg. v. dens. Wiesbaden 2004, S. 9-18.

- Karol Jakubowicz, Media in Transition. The Case of Poland, in: Media Reform: Democratizing Media, Democratizing the State, hrsg. v. Monroe E. Price, Beata Rozumilowicz u. Stefaan G. Verhulst. London 2001, S. 203-231.
- Mariusz Janicki, Nowy „Fakt“ prasowy [Neuer Presse-„Fakt“], in: Polityka Nr. 43 v. 25. November 2003, S. 104 f.
- Grzegorz Jankowski, Polska i Niemcy wychodzą na prosta [Polen und Deutschland kommen ins Reine], in: Fakt v. 28. September 2004, S. 2.
- Kaczynski gegen deutsche Presse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 27 v. 01. Februar 2007, S. 6.
- Tadeusz Kowalski, Formy i przesłanki obecności kapitału zagranicznego w mediach drukowanych [Formen und Prämissen der Anwesenheit ausländischen Kapitals in den Printmedien], in: Zeszyty Prasoznawcze 153-154 (1998), H. 1-2, S. 36-55, hier S. 36.
- Claudia Kraft, Die aktuelle Diskussion über Flucht und Vertreibung in der polnischen Historiographie und Öffentlichkeit, in: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Materialien zur Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“, hrsg. v. Zeitgeschichte online, <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Vertreibung-Kraft> 2004 [letzter Zugriff: 30.1.2008].
- Agnieszka Łada, Podobieństwa i różnice w sposobie prowadzenia debaty publicznej na temat powstania Centrum przeciw Wypędzeniom w prestiżowych dziennikach w Polsce i Niemczech [Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der öffentlichen Debatte über die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in den Qualitätszeitungen in Deutschland und Polen], in: Studia Medioznawcze (2006), H. 2, (25) S. 63-101.
- Roy Langer, Die Darstellung Deutschlands in dänischen Medien. Eine Mediendiskursanalyse. Wiesbaden 2003.
- Media ownership and its impact on media independence and pluralism, hrsg. v. Peace Institute Ljubljana. Ljubljana 2004, http://www2.mirovni-institut.si/media_ownership/preface.htm [letzter Zugriff: 24.7.2008].
- Tomasz Mielczarek, Zagraniczny kapitał a treści upowszechniane przez polskie media (1989–2002) [Ausländisches Kapital und verbreitete Inhalte durch polnische Medien (1989–2002)], in: Studia Medioznawcze (2002), H. 5 (10), S. 70-79.
- Andrew Nagorski, Zawinięci we flagę [In der Flagge verfangen], in: Newsweek Polska Nr. 44 v. 02. November 2003, S. 112.

- Anna Nalewajk, Dominacja [Vorherrschaft], in: Press Nr. 3 v. 15. März 2004, S. 36-40.
- Burkhard Olschowsky, Die Gegenwart des Vergangenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2005), H. 5-6, S. 27-32.
- Zbigniew Oniszczyk, Ekspansja kapitału niemieckiego na rynku prasowym Węgier, Polski i Czech [Die Expansion deutschen Kapitals auf den Printmedienmärkten Ungarns, Polens und Tschechiens], in: Zeszyty Prasoznawcze 153-154 (1998), H. 1-2, S. 93-103.
- Zbigniew Oniszczyk, Rywalizacja Agory ze Springerem – nowe oblicze konkurencji na polskim rynku prasowym [Der Wettstreit zwischen Agora und Springer – neue Erscheinungsformen der Konkurrenz auf dem polnischen Pressemarkt], in: Zeszyty Prasoznawcze 187-188 (2006), H. 3-4, S. 31-41.
- Press Nr. 10 v. 15. Oktober 1997.
- Jan Puhl, Scharmützel an den Grenzen, in: Spiegel Nr. 43 v. 20.10. 2003, S. 124.
- Dusan Reljič, Proliferation or Pluralism? Mass Media in Post-Communist Societies. Genf 2004.
- Maren Röger, Fakten über Deutschland? – Die Deutschland-Berichterstattung in der polnischen Boulevardzeitung „Fakt“. Lüneburg 2006 (Unveröffentlichte Magisterarbeit).
- Maren Röger, Fakten über Deutschland? – Die Deutschland-Berichterstattung der polnischen Springer-Boulevardzeitung „Fakt“, in: Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 4 (2006), S. 247-256.
- Maren Röger, Political or commercial interests? The Polish Axel Springer-tabloid Fakt and its coverage about Germany, in: Comparing Media Systems. West Meets East, hrsg. v. Daniel C. Hallin u. Paolo Mancini. Budapest (im Druck).
- Maren Röger, Medien als diskursive Akteure: Die polnischen Nachrichtenmagazine „Wprost“ und „Polityka“ über den „Vertreibungskomplex“ 1989–2003, in: Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa. Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989, hrsg. v. Peter Haslinger, K. Erik Franzen u. Martin Schulze Wessel. München 2008, S. 77-92.
- Thomas Schmid, Niemcy chcą przyjaźni z Polska [Die Deutschen wollen die Versöhnung mit Polen], in: Newsweek Polska Nr. 28 v. 15. Juli 2007, S. 2.
- Gerhard Schröder, Niemcom wstyd za Auschwitz [Die Deutschen schämen sich für Auschwitz], in: Fakt v. 27. Januar 2005, S. 6.

- Sławomir Sieradzki, Niemiecka Prasa. Polska się stała już niemiecką kolonią medialną [Deutsche Presse. Polen wurde bereits zur medialen Kolonie Deutschlands], in: Wprost Nr. 43 v. 26. Oktober 2003, S. 22-28.
- Sławomir Sieradzki, Ręce precz od sojuszy! [Hände weg von den Verbündeten], in: Wprost Nr. 40 v. 05. Oktober 2003, S. 8.
- Milan Šmíd, Czech Republic, in: Media ownership and its impact on media independance and pluralism, hrsg. v. Peace Institute Ljubljana. Ljubljana 2004, S. 141-164, http://www2.mirovni-institut.si/media_ownership/preface.htm [letzter Zugriff: 24.7.2008].
- Thomas Speckmann, Renaissance des Themas in den Medien, in: Flucht, Vertreibung, Integration, hrsg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik. Bielefeld 2005, S. 175-179.
- Steinbach znowu prowokuje Polskę [Steinbach provoziert Polen erneut], in: Fakt v. 28.02.2005, S. 4.
- Olaf Sundermeyer, Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzerne in Polen, in: Osteuropa 56 (2006), H. 11-12, S. 261-269.
- Olaf Sundermeyer, Inszenierter Fußballkrieg, in: Zeit Online v. 07.06.2008, <http://www.zeit.de/online/2008/24/em-springer-polen-deutschland> [letzter Zugriff: 8.7.2008].
- Thomas Urban, Premier im Pech, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 244 v. 23. Oktober 2003, S. 9.
- Thomas Urban, Offene Schelte in Polen für Leszek Miller, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 293 v. 20. Dezember 2003, S. 7.
- Thomas Urban: Fakt für Fakt, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 90 v. 19. April 2006, S. 17.
- WK; AD, „Bild“ ciagle jatrzy! [„Bild“ giftet immer noch!], in: Super Express v. 13. Oktober 2003, S. 7.
- WM, Steinbach znów przemowiła! [Steinbach hat erneut gesprochen], in: Super Express v. 07.-08. August 2004, S. 4.
- Justyna Woźna, Polska na łamach „Passauer Neue Presse“ [Polen in der „Passauer Neuen Presse“], in: Studia Medioznawcze (2006), H. 2 (25), S. 45-62.
- Justyna Woźna, Die Instrumentalisierung eines Negativbildes am Beispiel des ausländischen Kapitals in der Presse, in: Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900–2005, hrsg. v. Dieter Bingen. Wiesbaden 2007, S. 388-397 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. 24).

- Łukasz Wróblewski, Steinbach – nie chcemy pani w Rumi [Steinbach – wir wollen Sie nicht in Rumia haben], in: Fakt v. 28. Oktober 2003, S. 4.
- http://www.axelspringer.de/artikel/Unternehmensgrundsaeetze_40574.html [letzter Zugriff: 25.7.2008].

Nationalisierte Europäisierung – Die Entwicklung der politischen Medienöffentlichkeit in Polen nach 1989

von Katharina Kleinen-von KönigsLöw und Johanna Möller

Summary

The political integration into the European Union is changing Polish society in manifold ways. The main question of this article is whether it has also had an impact on the Polish media public sphere, whether an “Europeanization” of the public sphere has occurred. In detail: Has the discussion of EU politics increased? Have the affairs of its Western European neighbours become an important topic of public discourse or has something like a European collective identity sprung up in public debate?

The article traces the development of the Polish public sphere through a content analysis of one of its main representatives, the quality newspaper *Gazeta Wyborcza*, between 1989 and 2003. It compares the results for Poland to a data set on five Western European media public spheres. This comparison takes into account three dimensions of Europeanization – vertical, horizontal Europeanization and collective identification. An analysis regarding these dimensions reveals three main trends: First, the Polish public sphere follows the pattern of a catch-up Europeanization by heavily increasing reporting on EU affairs, but at a later date than the Western European countries. This trend is, second, in a weaker form also true for the discussion of other (Western) European countries. And third, the Polish media debate remains, however, firmly bound to the national paradigm – collective identification only occurs in national contexts. The pattern of transnationalization of the Polish media public sphere thus seems to be a pattern of nationally rooted Europeanization.

1. Einleitung¹

Im Mai 2004 trat Polen der Europäischen Union bei. Die Rahmenbedingungen für die Mitgliedschaft in der transnationalen politischen

¹ Dieser Aufsatz präsentiert Ergebnisse des Forschungsprojekts „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit am Beispiel der EU“ unter der Leitung von Andreas Hepp (bis 2007

Gemeinschaft waren damit ausgehandelt und gesetzt, entsprechend verschoben sich für den ehemaligen Ostblockstaat auch die Bereiche politischer Relevanz. Bereits im Vorfeld des Beitrittsprozesses bekamen Entscheidungen in Brüssel Verbindlichkeitscharakter, und die bilaterale Zusammenarbeit mit den Staaten innerhalb der Europäischen Union gewann an Bedeutung. Doch in welchem Ausmaß und auf welche Weise sind diese Prozesse Gegenstand der öffentlichen Debatte in Polen? Geht diese politische Transnationalisierung einher mit einer Transnationalisierung der medial-gesellschaftlichen Auseinandersetzung?

Bereits lange vor 2004 war die polnische Öffentlichkeit mit Blick auf die Europäische Union innerlich zerrissen. Zukunftshoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung und solidarische Unterstützung gegenüber der Bedrohung Russland vermischten sich mit Identitäts- und Verlustängsten – sei es mit Blick auf die nationale oder religiöse Identität oder aufgrund schmerzvoller historischer Erfahrungen. Eine Debatte über Europa und die Stellung Polens in dieser transnationalen Gemeinschaft fand demnach zwar statt, es bleibt jedoch die Frage: In welchem Ausmaß und in welcher Form hat sich die öffentliche Debatte in Polen auch tatsächlich transnationalisiert? Und hat sich die Transnationalisierung der polnischen Debatte allein auf den Diskussionsgegenstand, also das Thema Europa und Europäische Union, beschränkt oder aber hat auch eine geografische Ausweitung des Diskussionsraums stattgefunden, indem Themen, Meinungen und Sprecher aus anderen europäischen Ländern verstärkt in die Diskussion einfließen? Oder ist es sogar zu einer Verschiebung der kollektiven Identitätskonstruktionen von Nation auf Europa gekommen?

Bevor versucht wird, diese Fragen auf Basis einer quantitativen Inhaltsanalyse der polnischen Medienöffentlichkeit zu beantworten, soll zunächst kurz in die Besonderheiten des polnischen Mediensystems eingeführt werden. Dann ist zu diskutieren, aus welchen Gründen es von Interesse ist, die Frage einer Transnationalisierung oder Europäisierung von Öffentlichkeit auch gerade unter Berücksichtigung Polens zu analysieren. Im Anschluss wird ein mehrdimensionales (Medien-)Öffentlichkeitsmodell vorgestellt, das das Potenzial

Hartmut Wessler). Das Projekt ist Teil des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Jacobs University und der Universität Bremen, finanziert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. An der Erhebung der hier präsentierten Daten war darüber hinaus Michael Brüggemann beteiligt, und als Kodierer der polnischen Daten Olga Bartnik, Agata Kraj und Michał Pałac.

für alternative Zugänge, und insbesondere die Berücksichtigung auch postkommunistischer Staaten, für die Analyse der europäischen Öffentlichkeit besitzt. Nach der Beschreibung des Untersuchungsaufbaus folgt ein Resümee der Befunde der quantitativen Medienanalyse für Polen mit Bezugnahme auf frühere Ergebnisse zu Westeuropa, die bereits in Wessler et al. detailliert dargestellt wurden.² Zum Abschluss erfolgt der Versuch, die ermittelten Ergebnisse vor dem Hintergrund der polnischen politischen Diskurskultur und der nationalen strukturellen Öffentlichkeitsbedingungen erklärend einzuordnen – und damit nicht zuletzt ein „Weiterdenken“ bestehender europäischer Öffentlichkeitskonzepte anzuregen.

2. Das polnische Mediensystem – zwischen Privatisierung und politischer Einflussnahme

An dieser Stelle wird zunächst eine kurze Einführung in das polnische Mediensystem gegeben, indem die wichtigsten strukturellen Bedingungen auf dem Medienmarkt, v.a. für die Tagespresse, und drei zentrale inhaltliche Konfliktlinien der öffentlichen Debatte aufgezeigt werden.

Die aktuelle Ordnung des polnischen Mediensystems kann als das Ergebnis zweier nicht vollständig abgeschlossener Prozesse betrachtet werden – nämlich der politischen Deregulierung des Pressemarktes als Ergebnis einer Runden-Tisch-Politik auf der einen sowie der spätere Versuch der Rückbindung von Medien an politische Institutionen auf der anderen Seite. Für den ersten Prozess steht der enorm privatisierte und von ausländischen Presseunternehmen dominierte Medienmarkt, einzige Ausnahme mit starker Position am Markt ist hier die Besitzerin der „Gazeta Wyborcza“, die polnische Aktiengesellschaft „Agora SA“. Im Print-Bereich dominieren ansonsten mit der auflagenstärksten Tageszeitung „Fakt“ im Besitz des „Springer“-Konzerns sowie mit dem dichten Netz von Blättern in der Regionalpresse der Gruppe „Polskapresse“, hinter der das Unternehmen „Verlagsgruppe Passau“ steht, in erster Linie deutsche Medienkonzerne.³ Auf der anderen Seite existiert der vergleichsweise protegierte Be-

² Hartmut Wessler, Bernhard Peters, Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-von Königslöw u. Stefanie Sifft, *Transnationalization of Public Spheres*. Basingstoke 2008.

³ Vgl. Olaf Sundermeyer, *Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzentration in Polen*, in: *osteuropa* 56 (2006), H. 11-12, S. 261-270, hier S. 106.

reich der öffentlich-rechtlichen Medien. Das Ausmaß des politischen Einflusses, der hier ausgeübt wird, ist heftig umstritten. Dieser Bereich umfasst in erster Linie die Kanäle aus der „TVP“-Sendergruppe („Telewizja Polska“) sowie die Sendergruppe des „Polskie Radio“. Wie auch die „TVP“-Gruppe ist die Presseagentur „PAP“ („Polska Agencja Prasowa“) im Besitz des Ministeriums für Staatsvermögen (Ministerstwo Skarbu Państwa). Auch die Tageszeitung „Rzeczpospolita“ gehört hierzu, da der polnische Staat an ihr immerhin 49% hält.⁴

Eine weitere Besonderheit auf dem polnischen Medienmarkt ist die vergleichsweise starke Präsenz von Medienangeboten der katholischen Kirche. Zu diesen zählen prominente Medien wie die Tageszeitung „Nasz Dziennik“ oder der Radiosender „Radio Maryja“, der im Rahmen der „Machtergreifung“ der Kaczyński-Brüder eine wichtige Rolle spielte.⁵ Im Kontext der Frage nach einer möglichen Europäisierung und Transnationalisierung der polnischen Öffentlichkeit kommt diesen Medienangeboten eine besondere Rolle zu, da hinter ihnen ein gut ausgebautes Netzwerk religiös-nationalistischer Gruppen steht, die aus ihrer integrationsfeindlichen Position kein Hehl machen und damit eine beachtliche Unterstützung in der Bevölkerung erreichen.⁶

Zur weiteren Illustration der Bedingungen im polnischen Mediensystem seien hier kurz drei zentrale Konflikte dargestellt, und zwar erstens die Debatte um die Mediengesetzgebung seit 2002, zweitens die Auseinandersetzung mit der polnischen Vergangenheit im Rahmen der Diskussion um die ‚lustracja‘ [Lustration] und drittens die daran anschließende Lagerbildung zwischen den beiden wichtigsten Qualitätszeitungen „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“.

Der bis heute schwelende gesamtgesellschaftliche Konflikt um die Mediengesetzgebung fand seinen Höhepunkt in der so genannten *afery Rywina*⁷ – eine Affäre um Korruption und Bestechung, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in das polnische Mediensystem nachhaltig erschüttert hat. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war

⁴ Der Mehrheitsanteil von 51% ist seit 2006 im Besitz der Mecom-Gruppe.

⁵ Zu „Radio Maryja“ ausführlich: Bettina-Dorothee Mecke, Im Apostolat der Medien – Radio Maryja, in: Polen-Analysen (2007), H. 16, S. 2-8, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen16.pdf> [letzter Zugriff: 24.8.2008].

⁶ Zu diesem Netzwerk gehört auch „Nasz Dziennik“ („Unsere Tageszeitung“), eine 1998 gegründete, religiös orientierte Tageszeitung; vgl. ebenda, S. 4.

⁷ Rywingate, dazu ausführlicher: Ryszard Filas u. Pawel Planeta, Das Mediensystem Polens, in: Internationales Handbuch Medien, hrsg. v. Hans-Bredow Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, Baden-Baden 2004, S. 520-541.

eine Änderung des Rundfunkgesetzes im Frühjahr 2002 unter der Regierung Miller, die die Stellung der öffentlich-rechtlichen Medien sowie die des Nationalen Rundfunkrates („Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji“, kurz: „KRRiT“) gegenüber den privaten Medien erheblich stärkte,⁸ begleitet von heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem privaten Lager und der Regierung. Private Medien klagten über die offensichtliche Begünstigung der öffentlich-rechtlichen Sender auf dem Werbemarkt. Die Regierung argumentierte, man gehe gegen die Konzentration auf dem privaten Markt vor. Filas und Planeta belegen, dass in der Folge die Werbeeinnahmen der „TVP“-Sender tatsächlich stetig nach oben gingen, während die Privaten Einbußen hinnehmen mussten.⁹ Im selben Jahr machte der „TVP1“-Filmproduzent Lew Rywin dem Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ Adam Michnik das Angebot, der Konzern „Agora SA“ könne den zweiten polnischen Kanal „TVP2“ gegen die Zahlung von gut 17 Mio. Dollar übernehmen. Michnik zeichnete das Gespräch auf und brachte es an die Öffentlichkeit – eine Katastrophe für die Medien, welche zusehends Ansehen und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verloren. Die Affäre und die Namen der in sie verwickelten Politiker sind bis heute nicht vollständig aufgeklärt, haben aber die in Polen verbreitete Auffassung bestärkt, der Staat habe auf dem Medienmarkt doch deutlich mehr seine Finger im Spiel als angenommen. Dies betrifft sowohl die Kaczyński-Regierung, die 2005 in einem Eilverfahren ein neues Mediengesetz durchbrachte, welches den politischen Zugriff des Präsidenten auf den „KRRiT“ deutlich erleichterte,¹⁰ als auch die Regierung unter dem Liberal-Konservativen Tusk. Dieser wollte mit einer Novelle die Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Medien einer staatlichen Rundfunkbehörde übertragen. Kritiker bemängelten, hier gehe es nicht um eine grundlegende Reform, sondern lediglich um die Verlagerung der Macht über die Medien in die Hände der Tusk-Partei „PO“ („Partia Obywatelska“, „Bürgerplattform“). Der

⁸ Der Nationale Rundfunkrat hat die Aufgabe, die Fernseh- und Hörfunklandschaft zu beaufsichtigen und Sendelizenzen zu vergeben. Darüber hinaus ist er beratend bei medienpolitischen Entscheidungen der Regierung tätig. Weitere Informationen zum Nationalen Rundfunkrat unter <http://www.krrit.gov.pl/bip/>.

⁹ Vgl. Filas, Planeta, Mediensystem (wie Anm. 7).

¹⁰ Darüber hinaus wurden die Kompetenzen des Nationalen Rundfunkrates erweitert, u.a. sollte dieser auch in Fragen der Medienethik aktiv werden und Geldstrafen gegen Journalisten verhängen. Dies erscheint vielen Kritikern als eine Art „versteckte Zensur“, die im Sinne der an der Präsidentenpartei PiS orientierten Mitglieder als politisches Instrument eingesetzt wird. Dazu Anna Sprycha, in: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html> [letzter Zugriff: 19.1.2008].

Verlust des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Medien bei Verdacht von Korruption und Vetternwirtschaft hat auch dem Pressemarkt nachhaltig geschadet. Durchweg alle Print-Medien in der polnischen Tagespresse haben heute mit zurückgehenden Auflagenzahlen zu kämpfen.¹¹ Dafür ist die Rywin-Affäre sicher nicht der einzige Grund, jedoch symptomatisch für die politische Resignation der polnischen Öffentlichkeit.

Aber nicht nur durch solche Korruptionsskandale ist die polnische Medienlandschaft gespalten. Eine weitere wichtige Frage ist für die polnische Gesellschaft die der ‚lustracja‘, die Aufklärung der kommunistischen Vergangenheit. Hier scheiden sich in den politischen Lagern, aber auch in den Medien die Geister. In der gegenwärtigen Debatte geht es konkret darum, die Beschäftigung von Politikern und Journalisten als inoffizielle Mitarbeiter aufzudecken. Auf der einen Seite stehen die Verfechter der ‚gruba kreska‘ [‚dicker Schlussstrich‘], die die These vertreten, unter das Kapitel des Kommunismus müsse ein Schlusspunkt gesetzt werden, um die Funktionsfähigkeit der jungen Demokratie Polen nicht zu gefährden. Mit dieser Position hat sich besonders der Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ stark gemacht. Auf der anderen Seite stehen die Verfechter des Aufarbeitungsgedanken. Sie prangern u.a. das polnische Mediensystem an – hier würden noch immer alte Entscheidungsträger an der Macht festhalten, so der Vorwurf.

Die Haltung mit Blick auf die ‚lustracja‘ sowie außerdem die Auseinandersetzung um die Einbindung Polens in Europa kennzeichnet einen weiteren Graben – nämlich den zwischen den beiden großen Qualitätszeitungen „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“. Während in der „Gazeta Wyborcza“ eine europafreundliche und kosmopolitische Haltung bei jeder Gelegenheit deutlich herausgestrichen wird, verweisen Journalisten der „Rzeczpospolita“ nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer skeptischen Haltung, besonders gegenüber dem „problematischen Nachbarn“ Deutschland. Die Kommentatoren der jeweiligen Zeitungen, die traditionell eine sehr starke Stellung haben, tragen diesen Streit mehr oder weniger offen mit heftigen gegenseitigen Angriffen aus. Da sich die Positionen ihrer Blätter teilweise gar nicht eindeutig unterscheiden, lässt sich dieser Konflikt noch nicht einmal als Teil eines ausgleichenden, demokratischen Pluralismus ein-

¹¹ Vgl. Związek Kontroli Dystrybucji Prasy [Verband zur Erfassung der Presseverbreitung], Dane ogólnodostępne, https://www.teleskop.org.pl/dane_ogólnodostępne.php [letzter Zugriff: 2.9.2008].

ordnen. Vielmehr strahlen die verhärteten Fronten zwischen diesen beiden den Markt dominierenden Qualitätszeitungen (andere Tageszeitungen wie der „Dziennik“ stellen keine Konkurrenz dar) auf die gesamte meinungsbildende Tagespresse aus.

Zusammenfassend wird hier der Diagnose von Jakubowicz gefolgt, in der auf die Notwendigkeit einer kulturellen Stabilität von Mediensystemen verwiesen wird. Die Einführung neuer, möglicherweise „demokratischerer“ Institutionen im Bereich der Medien sei kaum zielführend: „what is also needed is the cultural foundations of those institutions, the values, attitudes and beliefs which make them work, and which encourage the people to take them for granted“.¹² Hier ist in Polen noch ein weiter Weg zu gehen.

3. Osteuropa als „blinder Fleck“ in der Forschung zur Europäisierung von Öffentlichkeit

Nicht nur allgemeine Prozesse der Globalisierung, sondern v.a. die Verlagerung weit reichender politischer Kompetenzen von der nationalen auf die transnationale Ebene innerhalb der Europäischen Union haben die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, inwieweit europäisches Regieren überhaupt durch eine politische Öffentlichkeit legitimiert ist.¹³ In zahlreichen Forschungsvorhaben ist die Entstehung einer möglichen europäischen Öffentlichkeit theoretisch konzeptualisiert und empirisch analysiert worden, allerdings durchweg ohne eine ausreichende Berücksichtigung der neuen Beitrittsländer, insbesondere der osteuropäischen.

¹² Karol Jakubowicz, *Post-Communist Media Development in Perspective*, in: *Internationale Politikanalyse*, hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2005, S. 2.

¹³ Für eine solche politische Öffentlichkeit braucht es in modernen Gesellschaften Massenmedien, die die Mehrheit der Bürger mit der Politik und untereinander zeitnah vernetzen können. Während in den meisten europäischen Nationalstaaten entsprechende massenmediale Angebote eine langjährige und breitenwirksame Tradition haben, werden grenzüberschreitende Medien zu europäischen Themen bisher nur von einer kleinen Elite genutzt. Vgl. Philipp R. Schlesinger, *Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union*, in: *Political Communication* 16 (1999), H. 3, S. 263-280. Die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit im Sinne eines paneuropäischen, also nationenübergreifenden Prozesses auf Basis transnationaler Medienangebote bleibt demnach momentan noch eine Utopie, in absehbarer Zeit erscheint eine europäische Öffentlichkeit nur möglich auf Basis der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Die Forschung konzentriert sich daher inzwischen auf die Untersuchung von Europäisierungs- oder Transnationalisierungsprozessen in den politischen Debatten nationaler Medien und deren „Übergriffe“ auf eine gemeinsame, europäische Ebene.

Empirisch betrachtet hat sich die Erforschung europäischer Öffentlichkeit bisher auf westeuropäische Länder beschränkt, dies betrifft insbesondere auch Ländervergleiche von Europäisierungsprozessen. Schon der rein schematische Überblick über die bisherige Forschung zur europäischen Öffentlichkeit durch Machill et al. offenbart,¹⁴ dass nur eine einzige Studie bisher ein osteuropäisches Land berücksichtigt hat, nämlich Polen in einer Untersuchung von 1997.¹⁵ Auch außerhalb der Öffentlichkeitsforschung fehlt es am vergleichenden Blick in der politischen Kommunikationsforschung – sowohl über die Ost-West-Achse als auch über die Nord-Süd-Achse hinweg.¹⁶

Der recht enge empirische Blick prägt wiederum auch die theoretischen Modelle europäischer Öffentlichkeit, die sich in einem dauerhaften Spannungsfeld zwischen normativen und empirischen Strömungen befinden.¹⁷ Ist eine europäische Öffentlichkeit mit Blick auf ihr normatives (deliberatives) Ziel zu klären oder als Substitut für nationalstaatliche Öffentlichkeiten? Aus normativer Sicht sind europäische Öffentlichkeits-Modelle weiterhin vergleichsweise stark vom Habermas'schen Erbe bestimmt. Dies zeigt sich insbesondere in der Rede vom „Öffentlichkeitsdefizit“, welches nicht nur in der Poli-

¹⁴ Vgl. Marcel Machill, Markus Beiler u. Corinna Fischer, Europa-Themen in Europas Medien – die Debatte um die europäische Öffentlichkeit. Eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien, in: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbacher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 132-155.

¹⁵ Vgl. Bernardo Díaz Nosty, The European Union in the Press, in: The European Union in the Media 1996, hrsg. v. Foundation for the Development of the Social Function of Communication (Fundesco Spanish Section of the Association of European Journalists [AEJ]. Madrid 1997 (Fundesco/AEJ Annual Report), S. 19-125.

¹⁶ Vgl. auch Gerhard Vowe u. Marco Dohle, Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2007), H. 2, S. 338-359; Michael Gurevitch u. Jay G. Blumler, Der Stand der vergleichenden politischen Kommunikationsforschung: Ein eigenständiges Feld formiert sich, in: Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven, hrsg. v. Frank Esser u. Barbara Pfetsch. Wiesbaden 2003, S. 371-392. Die Resistenz dieser „Forschungsgrenzen“ könnten mit Sparks auf die Attraktivität des politischen Kalten-Kriegs-Paradigmas zurückgeführt werden. Mit anderen Worten: Es ist „bequem“ und weithin einleuchtend, Systeme innerhalb des ehemaligen Ost- bzw. Westblocks untereinander, aber nicht über die ideologische Grenze hinweg zu vergleichen. „The opposition of free market and state direction has an elegance, a symmetry, a lack of redundancy, and a completeness that gives its paradigmatic status.“ Colin Sparks, Media Theory. After the Fall of European Communism: Why the Old Models from East and West Won't Do Any More, in: De-Westernizing Media Studies, hrsg. v. James Curran u. Myung-Jin Park. New York 2000, S. 37.

¹⁷ Vgl. auch Heikki Heikkilä, Beyond ‚In so far as‘ Questions: Contingent Social Imaginaries of the European Public Sphere, in: European Journal of Communication 22 (2007), H. 4, S. 427-441.

tikwissenschaft,¹⁸ sondern auch in der Soziologie¹⁹ in unterschiedlichen Ausprägungen immer zur Bewertung der erhobenen Ergebnisse herangezogen wird. In der Kritik dieser Perspektive wird in der Regel darauf hingewiesen, dass das Modell der europäischen Öffentlichkeit den Anforderungen einer nationalstaatlichen Öffentlichkeit angeglichen werde.²⁰ Dabei stünden die politischen Funktionen im Vordergrund – insbesondere solche wie Transparenz,²¹ Inklusion und außerpolitische Opposition. All diese Funktionen seien aus demokratietheoretischer Perspektive notwendiger Bestandteil des Staates; aber sind sie es ebenso für die Europäische Union – ein Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten?

Eine europäische Öffentlichkeit stellt eben keine nationalstaatliche Öffentlichkeit „in groß“ dar.²² Wir haben es vielmehr mit einer Situation zu tun, in der nationale und supranationale Strukturen ineinander greifen, sich möglicherweise substituieren, aber auch ergänzen – und zwar auf jeweils ganz unterschiedliche Art und Weise. Damit ist die europäische Öffentlichkeit eine Größe, die in unterschiedlichen Zusammenhängen möglicherweise verschiedene Funktionen übernimmt oder der unterschiedliche normative Bedeutungen zugeschrieben werden. Auch aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, die Länder Mittel- und Osteuropas verstärkt in die Forschung einzubeziehen, da so eine größere Bandbreite an möglichen normativen Öffentlichkeitskonzeptionen offenbar wird. Beispielsweise hat Jakubowicz gezeigt, dass in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas der Begriff der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der postkommunistischen Reformprozesse viel stärker von hohen normativen Ansprüchen geprägt ist.²³

Der Vorgehensweise von Wessler et al. folgend,²⁴ werden hier die verschiedenen empirischen Aspekte, an denen mögliche Prozesse der

¹⁸ Beispielsweise Andrew Moravcsik, In Defence of the Democratic Deficit, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (2002), H. 4, S. 603-642.

¹⁹ Beispielsweise Jürgen Gerhards, Das Öffentlichkeitsdefizit der EU: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: *Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis*, hrsg. v. Barbara Baerns u. Juliana Raupp. Berlin 2000, S. 46-60.

²⁰ Aber v.a. Nancy Fraser, Transnationalizing the Public Sphere, On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World, in: *Theory, Culture & Society* 24 (2007), H. 4, S. 7-30; Heikkilä, Questions (wie Anm. 17), S. 428.

²¹ Friedhelm Neidhardt, Europäische Öffentlichkeit als Prozess, in: *Europäische Öffentlichkeit* (wie Anm. 14), S. 46-61, hier S. 49.

²² Ebenda.

²³ Vgl. Jakubowicz, *Media Development* (wie Anm. 12), S. 9.

²⁴ Vgl. Wessler, *Transnationalization* (wie Anm. 2).

Europäisierung nationaler Öffentlichkeit sichtbar werden können, in einem mehrdimensionalen Modell systematisiert. Insgesamt gibt es vier Dimensionen, von denen drei im Folgenden vorgestellt werden. Diese sind die Beobachtung des Regierens, die diskursive Integration und die kollektive Identität.²⁵

Durch die erste Dimension ‚Beobachtung des Regierens‘ wird erfasst, inwieweit sich mit der Verlagerung politischer Kompetenzen und Entscheidungen vom Nationalstaat auf die EU auch der Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit verlagert, so dass das Regieren auf EU-Ebene in den Medien ebenso diskutiert wird wie das auf der Ebene der nationalen Politik.

In der zweiten Dimension ‚diskursive Integration‘ wird sich auf die horizontale Richtung der medialen Aufmerksamkeit bezogen. Die politische Integration innerhalb der EU beinhaltet schließlich nicht nur Einführung einer weiteren politischen Ebene; auch die Abhängigkeiten und Interdependenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten haben zugenommen. Und Voraussetzung für die Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls ist, dass in den einzelnen Ländern überhaupt über die europäischen Bündnispartner berichtet wird und ihre Meinungen und Positionen in die nationale Debatte integriert werden.

In der dritten Dimension ‚kollektive Identität‘ wird erhoben, inwieweit sich Anzeichen für ein solches europäisches Gemeinschaftsgefühl bereits in den Debatten nationaler Medien finden lassen, sei es, weil „die Europäer“ ein Akteur oder Objekt im Diskurs sind, sei es, weil sich öffentliche Sprecher als „Wir Europäer“ identifizieren.

Anhand dieser drei Dimensionen haben Wessler et al. bereits die Europäisierungsprozesse der nationalen Öffentlichkeiten von fünf Ländern des „alten Europas“ ermittelt und ausführlich an anderer Stelle diskutiert.²⁶ In diesem Aufsatz wird dagegen die Entwicklung der polnischen Öffentlichkeit in den Blick genommen und diese zu den bisherigen Ergebnissen für die westeuropäischen Länder in Beziehung gesetzt.

²⁵ Wessler et al. untersuchen zusätzlich zu den hier diskutierten drei Dimensionen eine vierte Dimension, die ‚Konvergenz‘ der öffentlichen Debatten. Da deren Erhebung noch zusätzliche empirische Untersuchungen in Form qualitativer Fallstudien erfordert hätte, wurde im Rahmen dieses Aufsatzes auf eine Analyse dieser Dimension verzichtet. Vgl. Wessler, *Transnationalization* (wie Anm. 2).

²⁶ Ebenda.

4. Die Erhebung der Europäisierung und Transnationalisierung von Zeitungsöffentlichkeiten

Die Erfassung der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten erfolgt aus drei Gründen über eine standardisierte Inhaltsanalyse von Qualitätszeitungen: Da erstens vermutet wird, dass eine europäische Öffentlichkeit bisher noch gar nicht existiert oder gerade erst zu existieren beginnt,²⁷ ist anzunehmen, dass sich transnationale Debatten eher in der Qualitätspresse entwickeln als in Boulevard- und Regionalzeitungen oder im Fernsehen.²⁸ Zweitens ist davon auszugehen, dass Qualitätszeitungen einen großen Einfluss auf die nationale Öffentlichkeit haben: Als so genannte Leitmedien werden sie sowohl von Journalisten anderer Medien als auch von wirtschaftlichen und kulturellen Eliten gelesen und tragen daher Themen und Argumente in alle Foren der Öffentlichkeit.²⁹ Drittens betont das vorliegende normative Konzept von Öffentlichkeit die Wichtigkeit öffentlicher politischer Debatten, im Sinne eines argumentativen Austausches, als eine Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie.³⁰ Diese hohen Anforderungen an einen politischen Diskurs bzw. diskursiven Austausch werden von den Qualitätszeitungen noch am ehesten erfüllt.

Für die Stichprobe wurde die jeweils wichtigsten Qualitätszeitungen in fünf Ländern des alten Europas ausgewählt: „Die Presse“ (Österreich), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Deutschland), „The Times“ (Großbritannien), „Le Monde“ (Frankreich) und „Politiken“ (Dänemark). Mit der Erweiterung der Untersuchung auf Polen als

²⁷ Jürgen Gerhards, Missing a European Public Sphere, in: Will Europe Work? Integration, Employment and the Social Order, hrsg. v. Martin Kohli u. Mojca Novak. London/New York 2001.

²⁸ Diese Vermutung wurde inzwischen durch die empirischen Untersuchungen von Deirdre Kevin, Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe. Mahwah, NJ/London 2003; Barbara Pfetsch, Silke Adam u. Barbara Eschner, The Contribution of the Press to Europeanization of Public Debates: A Comparative Study of Issue Salience and Conflict Lines of European Integration, in: Journalism 9 (2008), H. 4, S. 465-492, bestätigt.

²⁹ Der Einfluss der „Leitmedien“ auf andere Medienorgane wird v.a. durch Ergebnisse von Journalistenbefragungen bestätigt, vgl. Siegfried Weischenberg, Martin Löffelholz u. Armin Scholl, Merkmale und Einstellungen von Journalisten, in: Media Perspektiven (1994), H. 4, S. 154-167.

³⁰ Bernhard Peters, Public Discourse, Identity, and the Problem of Democratic Legitimacy, in: Making the European Polity. Reflexive Integration in the EU, hrsg. v. Erik O. Eriksen. London 2005, S. 84-123.

neues EU-Mitglied ist zusätzlich die „Gazeta Wyborzca“ (Polen) ausgewertet worden.³¹

Um den Prozess der Europäisierung nachzeichnen zu können, umfasst der Untersuchungszeitraum die Jahre 1982, 1989, 1996 und 2003. Für jedes Untersuchungsjahr wurde eine Stichprobe von zwei künstlichen Wochen ausgewählt,³² um eine möglichst hohe Repräsentativität der Stichprobe zu erreichen. So ließ sich vermeiden, dass die Ergebnisse durch einzelne politische Ereignisse verzerrt werden. Die Analyse umfasst den gesamten Politikteil der Zeitungen, um die Bedeutung europäischer Themen und Sprecher im Verhältnis zum Gesamtdiskurs abbilden zu können. Aufgrund des Interesses an öffentlichen Debatten wurden keine reinen Nachrichtenartikel ausgewertet, sondern nur meinungshaltige Beiträge untersucht: Leitartikel, Kommentare und politische Kolumnen sowie Interviews, Gastbeiträge oder längere Hintergrund-Analysen. Auf diese Weise entstand eine repräsentative Stichprobe von 3 059 Artikeln. Aufgrund des politischen Umbruchs in Polen setzt die Untersuchung dort erst 1989 ein, also mit dem Beginn des politischen Transformationsprozesses und der Öffnung gegenüber (West-)Europa.

Die verschiedenen Dimensionen der Europäisierung haben wir anhand von je zwei Indikatoren gemessen: Beobachtung des Regierens wird mit Blick auf (a) die Erwähnung der EU und ihrer Institutionen und (b) EU-Politik als Hauptthema des Artikels erhoben. Diskursive Integration wird anhand von Artikeln erfasst, die (a) andere EU-Länder als Hauptthema haben und (b) längere Zitate von Sprechern aus anderen EU-Ländern aufweisen. Die kollektive Identifikation wird (a) durch die Verwendung von Kollektivnamen wie „die Europäer“ und (b) durch Wir-Bezüge, also explizite Identifikation mit einem Kollektiv, wie z.B. „Wir in Europa“, gemessen. Vor der Inhaltsanalyse wurde ein Reliabilitätstest auf Basis einer Zufallsstichprobe durchgeführt, der zufriedenstellende Werte ergab.

³¹ Die Datenerhebung für das erste Fünf-Länder-Sample erfolgte im Herbst 2003 / Frühjahr 2004, die Datenerhebung für Polen im Herbst 2007 / Frühjahr 2008.

³² Für die Bildung künstlicher Wochen werden die Stichprobentage nach Wochentagen geschichtet: Z.B. wurden für jedes Jahr aus allen Zeitungsartikeln zufällig zwei Montagsausgaben, zwei Dienstagsausgaben etc. ausgewählt. Für die Effektivität dieser Methode s. Daniel Riffe, Charles F. Aust u. Stephan R. Lacy, The Effectiveness of Random, Consecutive Day and Constructed Week Sampling in Newspaper Content Analysis, in: *Journalism Quarterly* 70 (1993), H. 1, S. 133-139.

Tabelle 1: Untersuchungsdesign der standardisierten Inhaltsanalyse

Länder/Zeitungen (Fallzahlen)	Dänemark Deutschland Frankreich Großbritannien Österreich Polen	Politiken (554) Frankfurter Allgemeine Zeitung (769) Le Monde (534) The Times (598) Die Presse (604) Gazeta Wyborcza (971)
Untersuchungszeitraum	Je zwei künstliche Wochen in den Jahren: 1982 (außer Polen), 1989, 1996, 2003	
Artikel	Alle diskursiven Artikel des Politikteils: Leitartikel, Kommentare, Interviews, Gastbeiträge, Hintergrund-Analysen	
Indikatoren (mit Reliabilitäts- werten*)	Genannte politische Institutionen (0,79; 0,82) Hauptthemen (0,75; 0,75) Geografischer Fokus (0,80; 0,90) Herkunft der Sprecher (0,70; 0,71) Kollektivnamen (0,71; 0,71) Wir-Bezüge (0,67; 0,68)	

* Der erste Wert bezieht sich jeweils auf den Reliabilitätstest des ursprünglichen Fünf-Länder-Samples (100 Artikel, Cohens kappa), der zweite Werte auf den Reliabilitätstest für Polen (100 Artikel, Krippendorffs alpha).

5. Die Entwicklung der politischen Debatte in der „Gazeta Wyborcza“ als Beispiel der Transnationalisierung von Öffentlichkeit

Die bisherige Untersuchung des „westeuropäischen“ Samples ergab, dass eine „segmentierte Europäisierung“³³ beobachtet werden kann. Mit anderen Worten: Zwar entwickelt sich eine europäische Öffentlichkeit, jedoch nicht auf allen oben vorgestellten Europäisierungsdimensionen. Während die Aufmerksamkeit für die EU im Verlauf des Untersuchungszeitraums stetig ansteigt, stagniert die wechselseitige Beobachtung der europäischen Mitgliedsstaaten untereinander – auch wenn das absolute Niveau recht hoch ist, kommt es zu keiner Weiterentwicklung. Für die dritte Dimension der kollektiven Identitäten (Wir-Referenzen) zeigt sich ein leichter Anstieg, ergo eine vorsichtige Zunahme des integrativen Gemeinschaftsgefühls in Europa. In jedem

³³ „segmented Europeanization“, Wessler, Transnationalization (wie Anm. 2), S. 52.

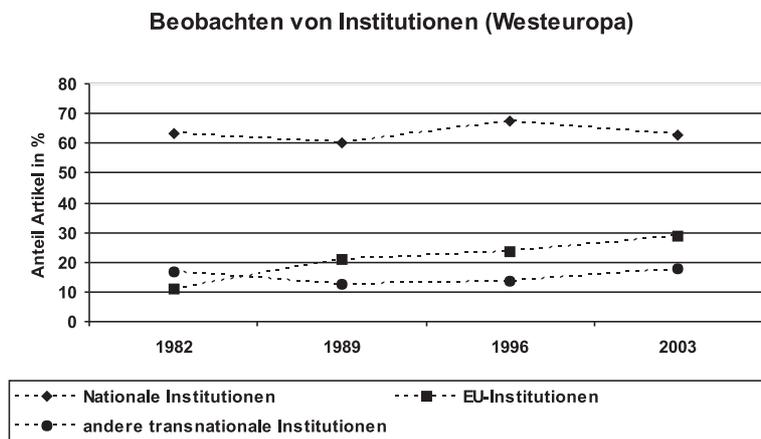
der bisher untersuchten Länder steigt zwar das Interesse an der EU, aber es kommt nicht zu einer stärkeren Vernetzung der Länder untereinander – die Europäisierung beschränkt sich auf die vertikale Richtung, während jedes Segment, also jede Nation, für sich bleibt.

Wie kann vor diesem Hintergrund die Europäisierung der polnischen Öffentlichkeit eingeordnet werden? Im Folgenden sollen die Ergebnisse für die einzelnen Dimensionen, jeweils im Vergleich zu den bisherigen Untersuchungsergebnissen aus dem westeuropäischen Sample im Detail erläutert werden.

5.1. Dimension 1: Beobachtung des Regierens oder vertikale Europäisierung

Die erste Dimension des Modells ist die der vertikalen Europäisierung. Sie erfasst, inwieweit die Beobachtung europäischen Regierens (Beobachtung von Institutionen und Wahrnehmung von regierungsbezogenen Themen) in den untersuchten Medien zu- oder abnimmt. Mit der Verlagerung politischer Kompetenzen und Entscheidungen vom Nationalstaat auf die transnationale Ebene, insbesondere der EU, so zeigen die bisherigen Ergebnisse, verschieben sich auch die Schwerpunkte innerhalb von Medienöffentlichkeiten.

Grafik 1³⁴

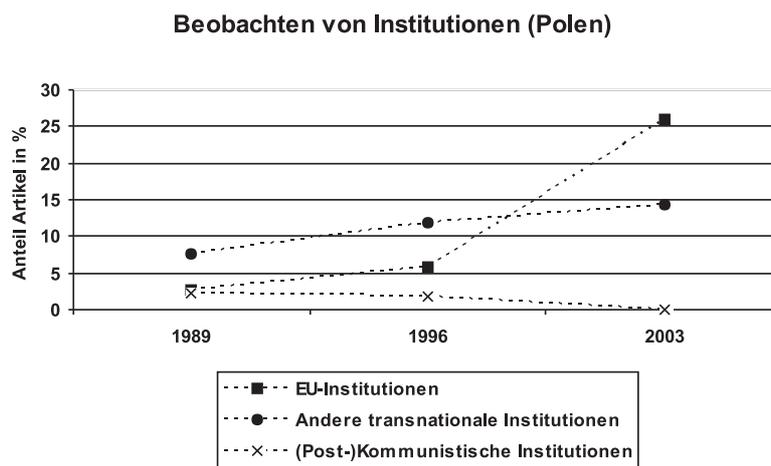


³⁴ Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n = 2964).

Grafik 1 zeigt die Ergebnisse aus der Untersuchung von Qualitätszeitungen in Westeuropa. Während nationale Institutionen in einem über den Zeitraum stabil bleibenden Ausmaß beobachtet werden, ist bei der Wahrnehmung europäischer Institutionen der Trend zu einer stetigen Zunahme unverkennbar. Andere transnationale Institutionen, z.B. die Vereinten Nationen, sind auf einem über den Gesamtzeitraum gleichbleibendem Niveau in der öffentlichen Wahrnehmung präsent.

Eine sehr ähnliche Entwicklung zeigt sich in der Berichterstattung über europäische und transnationale Themen. Innenpolitische Themen halten sich gleich bleibend und auf einem vergleichsweise hohen Niveau als Diskussionsgegenstand der Medienöffentlichkeiten, während die Beobachtung von EU-Politik im gleichen Zeitraum von einem niedrigen Niveau ausgehend stetig ansteigt.

Grafik 2³⁵



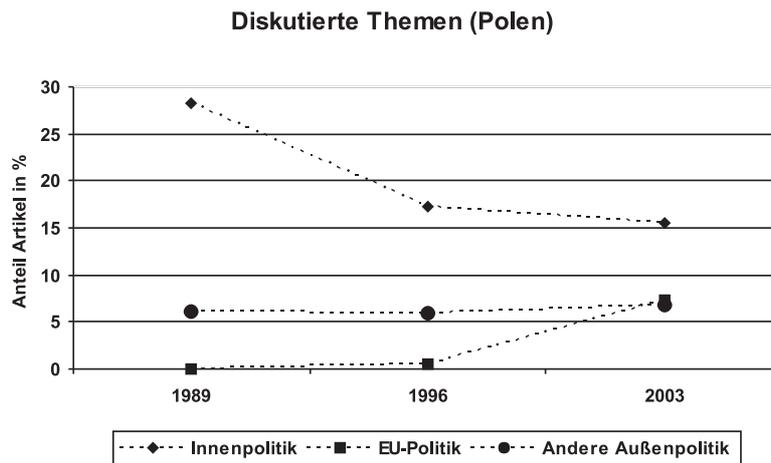
Wie sind im Vergleich dazu die Ergebnisse der Erhebung in der „Gazeta Wyborcza“ einzuordnen? Hier ist zunächst noch einmal auf zwei Besonderheiten zu verweisen: Zum einen setzt, wie an früherer Stelle erwähnt, die Erhebung für Polen erst im Jahr 1989 ein; zum anderen hat im Fall der polnischen Medienöffentlichkeit die Kategorie der kommunistischen (bzw. postkommunistischen) Institutionen eine größere Bedeutung, so dass es sich lohnt, sie im Folgenden zusätzlich

³⁵ Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus der Gazeta Wyborcza in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 971).

abzubilden. Das Interesse für diese Kategorie ergibt sich darüber hinaus aus dem spezifischen Zusammenhang, in den Polen historisch eingebettet ist.

Die Bezüge auf nationale Institutionen sind in der folgenden Grafik nicht abgebildet, da sie ähnlich wie im westeuropäischen Untersuchungssample auf einem relativ gleich bleibenden Niveau zu verorten sind – jedoch im Vergleich auf einem deutlich niedrigeren Niveau von etwa 30%.³⁶ Von besonderem Interesse ist hier wieder der Prozess der Europäisierung, der im Vergleich zum westeuropäischen Sample im polnischen Fall einen noch stärker ansteigenden Charakter aufweist. Ausgehend von einem im Vergleich zum westeuropäischen Sample niedrigeren Ausgangswert (Westeuropa: 11,2% [1982], Polen: 2,7% [1989]), erreicht Polen ein deutlich höheres EU-Beobachtungsniveau von knapp 30% innerhalb eines kürzeren Zeitraums.

Grafik 3³⁷



Die Beobachtung anderer transnationaler Institutionen spielt sich zwar insgesamt auf einem niedrigeren Niveau ab, deutet zugleich aber auf einen ähnlichen Trend wie im westeuropäischen Untersuchungs-

³⁶ Von diesem Wert weicht das Ergebnis aus dem Jahr 1989 deutlich ab – es liegt bei knapp 20%. Dies lässt sich auf das Format der „Gazeta Wyborcza“ in ihrem Anfangsstadium zurückführen. Bei einem Umfang von insgesamt etwa acht Seiten gab es nicht viel Raum für Politik und politische Institutionen, da auch noch „Buntes“, „Sport“ und „Fernsehen“ etc. Platz finden mussten.

³⁷ Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus der Gazeta Wyborcza in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 971).

sample hin. An dieser Stelle macht sich das fehlende Untersuchungsjahr 1982 bemerkbar, welches Aufschluss darüber geben könnte, ob es sich bei der in Polen beobachteten Entwicklung um ein Kreisen um einen über den Gesamtzeitraum stabil bleibenden Wert oder eine ansteigende Entwicklung handelt. Erwähnenswert, wenn auch nicht überraschend ist darüber hinaus die abnehmende Beobachtung kommunistischer und postkommunistischer Institutionen, die sich bis zum Jahr 2003 gegen Null entwickelt.

Betrachtet man darüber hinaus die Diskussion europäischer und transnationaler Themen in Europa in der polnischen Öffentlichkeit, so zeigt sich ein weiterer Trend. Bis zu diesem Punkt hatten wir es in der vertikalen Dimension mit folgenden Mustern zu tun: ansteigende Europäisierung bei keiner erkennbaren weiteren Transnationalisierung oder Abnahme der nationalen Bedeutung. Für Polen zeigt sich nun aber eine Abnahme der Beobachtung innenpolitischer Themen bei gleichzeitiger Zunahme der Diskussion europapolitischer Themen (s. Grafik 3), also möglicherweise führt die Europäisierung zu einem Rückgang des Interesses an nationalen Themen. Diese Überlegung wird durch die Tatsache verstärkt, dass die Kurve, welche die Zu- oder Abnahme der Beobachtung sonstiger transnationaler Themen anzeigt, von diesem Prozess nicht beeinflusst scheint.

5.2. Dimension 2: Diskursive Integration bzw. horizontale Europäisierung

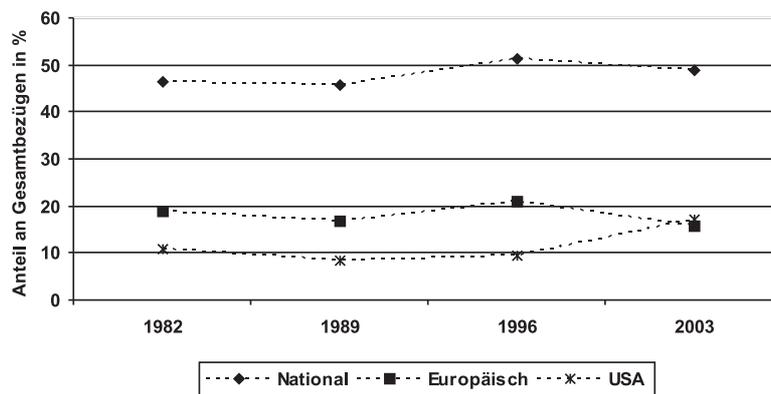
Die Dimension der horizontalen Europäisierung nimmt in den Blick, in welchem Ausmaß die europäischen Nationalstaaten durch gegenseitige Wahrnehmung zusammenwachsen. Mit der Identifikation einer möglichen Verschiebung des geografischen Fokus der Berichterstattung zeigt sich die zu- oder abnehmende Interdependenz der Länder untereinander. Welche Bedeutung bekommt die Berichterstattung über andere EU-Länder im Verhältnis zur Berichterstattung über das eigene Land? Im Rahmen dieser zweiten Dimension haben wir zwei Aspekte untersucht, zum einen den geografischen Hauptbezug von Artikeln,³⁸ zum anderen die Herkunft der im Text (in mindestens zwei Sätzen) zitierten Sprecher.

³⁸ Dieser entspricht den Ländern, die in der Überschrift oder im ersten Absatz der Artikel erwähnt werden.

Grafik 4 zeigt zunächst die Ergebnisse für das westeuropäische Untersuchungssample. Hier lassen sich über den Untersuchungszeitraum hinweg für alle drei abgebildeten Aspekte keine nennenswerten Tendenzen identifizieren. Weder die nationale noch die europäische Ebene weisen einen eindeutigen Trend auf. Trotz der Tatsache, dass wir es hier offensichtlich nicht mit einem Europäisierungsprozess zu tun haben, bewegt sich die Beobachtung anderer europäischer Länder durchgehend auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Darüber hinaus lohnt ein Blick auf die Bedeutung der Vereinigten Staaten. Diese waren und sind für die im Westeuropa-Sample enthaltenen Staaten von einiger politisch-strategischer Bedeutung. Dies gilt ebenso im Hinblick auf die Untersuchung der polnischen Öffentlichkeit. Polen ist ein Land, das nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in Amerika immer wieder einen starken Verbündeten suchte.

Grafik 4³⁹

Geografischer Schwerpunkt von Artikeln (Westeuropa)



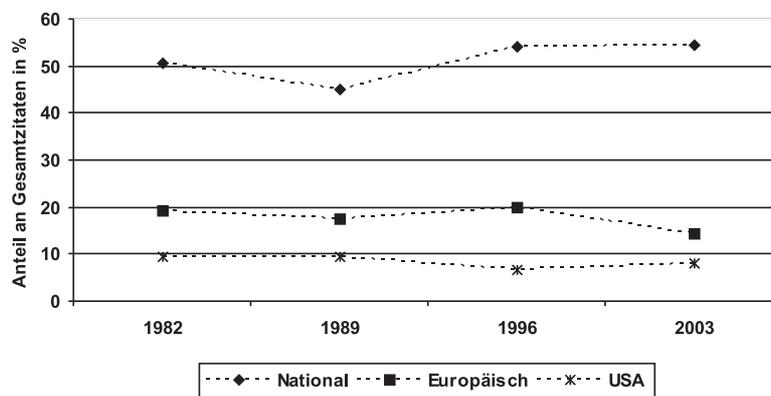
Eine zunehmende Berücksichtigung (west-)europäischer Staaten sowie der Vereinigten Staaten (inkl. Kanada) würden hier als ‚Westerisierung‘ bezeichnet werden. Für das Sample der westeuropäischen Staaten zeigt sich zunächst eine weder ansteigende noch abnehmende Bedeutung U.S.-amerikanischer Themen. Der deutliche Anstieg im Untersuchungsjahr 2003 kann mit der intensiven Berichterstattung über den Irak-Krieg recht plausibel erklärt werden.

³⁹ Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel in FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n = 3059).

Ähnliches gilt für die Herkunft der in meinungshaltigen Beiträgen zitierten Sprecher – wie in Grafik 5 abgebildet. Von einer Europäisierung oder Westernisierung kann hier nicht gesprochen werden. Vielmehr zeigt sich, dass die in Meinungsbeiträgen zitierten Sprecher überwiegend und durchgehend aus dem jeweiligen nationalen Kontext stammen. Zitate aus den Vereinigten Staaten werden auf einem gleich bleibend niedrigen Niveau berücksichtigt, ebenso bleibt die Anzahl der Zitate europäischer Sprecher relativ stabil.

Grafik 5⁴⁰

Herkunft zitierter Sprecher (Westeuropa)



Wenn überhaupt ein Trend festgestellt werden könnte, dann eher der einer andeutungsweise vorhandenen Re-Nationalisierung, da im Schnitt die Werte in der nationalen Kategorie leicht zunehmende, in den beiden transnationalen Kategorien leicht abnehmende Tendenzen aufweisen.

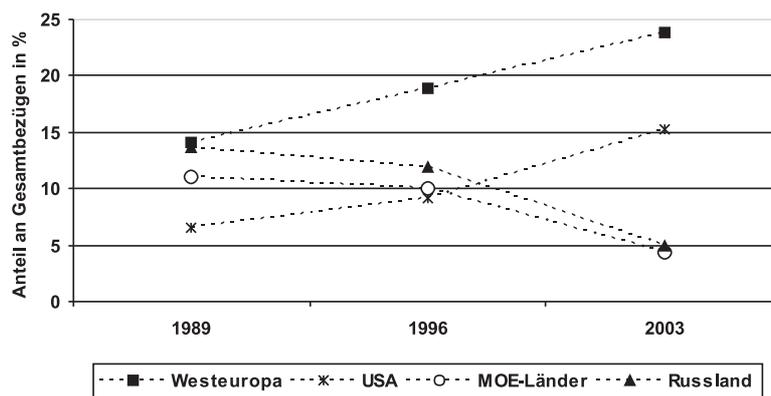
Welche Situation finden wir nun mit Blick auf die zweite Dimension in der polnischen Medienöffentlichkeit vor? Zu Grafik 6 ist zunächst zu sagen, dass hier die Meinungsbeiträge mit einem schwerpunktmäßig nationalen Bezug nicht mitdargestellt sind. Diese liegen über den gesamten Untersuchungszeitraum bei einem äußerst hohen Wert von knapp 70%. Dies zeigt, welche ungebrochene Bedeutung der nationale Bezug in Polen hat (im „alten“ Europa liegt der Anteil

⁴⁰ Quelle: Diskursive Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel aus FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n = 2640).

durchschnittlich bei 50%). Interessant sind darüber hinaus aber auch die Entwicklungen in den anderen Kategorien, in denen sich zwei Trends abzeichnen: Zum einen werden sowohl Russland als auch andere mittel- und osteuropäische Länder insgesamt immer weniger zum Schwerpunktthema in meinungshaltigen Artikeln. Diese Beobachtung wird im Zusammenspiel mit dem zweiten Trend zu einem Trend der Westernisierung: Andere westeuropäische Länder sowie die Vereinigten Staaten gehören zunehmend zu den Interessenschwerpunkten der „Gazeta Wyborcza“. Bei der Beobachtung westeuropäischer Staaten übertrifft Polen damit sogar deutlich den Mittelwert, der für das westeuropäische Sample gebildet wurde.

Grafik 6⁴¹

Geografischer Schwerpunkt von Artikeln (Polen)

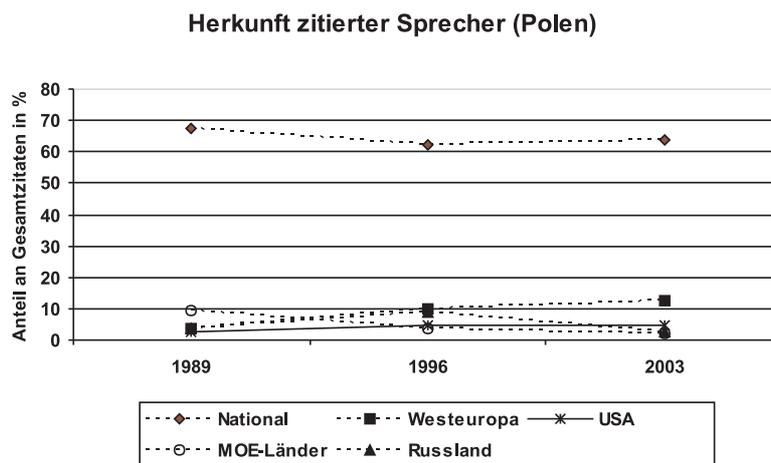


Dieser Trend der horizontalen Westernisierung bestätigt sich, jedoch in schwächerer Form, für die Erhebung der in Meinungsbeiträgen zitierten Sprecher. In diesem Fall wird in Grafik 7 der Anteil zitierter Sprecher mit Herkunft aus Polen mit angezeigt, der sich wieder auf einem hohen Niveau von knapp 70% bewegt. Auf diese Weise kann auch optisch eindrücklich demonstriert werden, dass der Trend der Westernisierung zwar relevant ist, im Vergleich zur Bedeutung der nationalen Dimension jedoch eine eher untergeordnete Rolle spielt. Dazu muss jedoch auch gesagt werden, dass der Westernisierungstrend in der zweiten Kategorie insgesamt etwas schwächer ausfällt als

⁴¹ Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 971).

im Fall der geografischen Schwerpunkte der Artikel. Während sich in der ersten Kategorie bei der Berücksichtigung westeuropäischer Länder Werte von bis zu 24% ergeben, erreicht der Anteil zitiertes Sprecher im westeuropäischen Sample maximal einen Wert von 12%.

Grafik 7⁴²



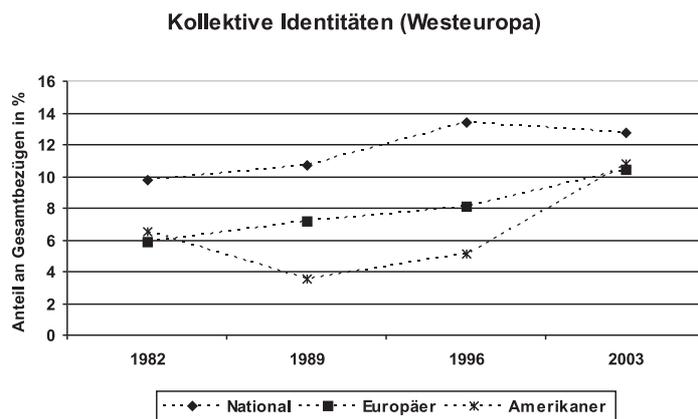
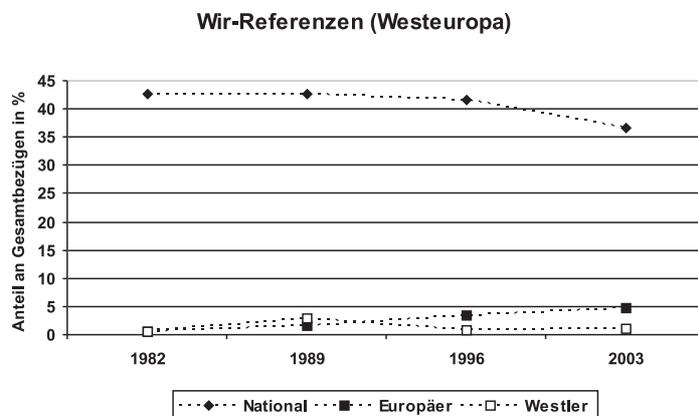
5.3 Dimension 3: Kollektive Identität

In der dritten „Dimension der kollektiven Identität“ wird untersucht, ob und in welchem Ausmaß Anzeichen für ein europäisches Gemeinschaftsgefühl bereits in den Debatten nationaler Medien zu finden sind. Dieses Gemeinschaftsgefühl kann zum einen als Außenansicht wahrgenommen werden und zeigt sich in verwendeten Labels wie „die Europäer“ oder „die Osteuropäer“. Zum anderen kann es als selbst einordnende Wir-Referenz auftreten. Zu diesem Zweck wurde in der vorliegenden Studie jedes in einem Meinungsbeitrag verwendete „wir“, „uns“ oder ähnliche Personalpronomen in seinem Bedeutungszusammenhang als Identitätsgruppe rekonstruiert. So könnte ein sich unter Umständen intensivierendes oder abflauendes europäisches Gemeinschaftsgefühl gezeigt werden.⁴³

⁴² Quelle: Diskursive Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 1112).

⁴³ Die Werte in dieser Dimension bewegen sich insgesamt auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, da sowohl kollektive Identitäten als auch Wir-Referenzen in der überwältigenden

Im Sample der westeuropäischen Länder kann, wie in Grafik 8 und 9 veranschaulicht wird, über den Gesamtzeitraum die vorsichtige Entstehung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls festgestellt werden.

Grafik 8⁴⁴Grafik 9⁴⁵

Mehrzahl der Fälle für spezifische Gruppen (z.B. „Wir Gewerkschafter“) innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten verwendet werden.

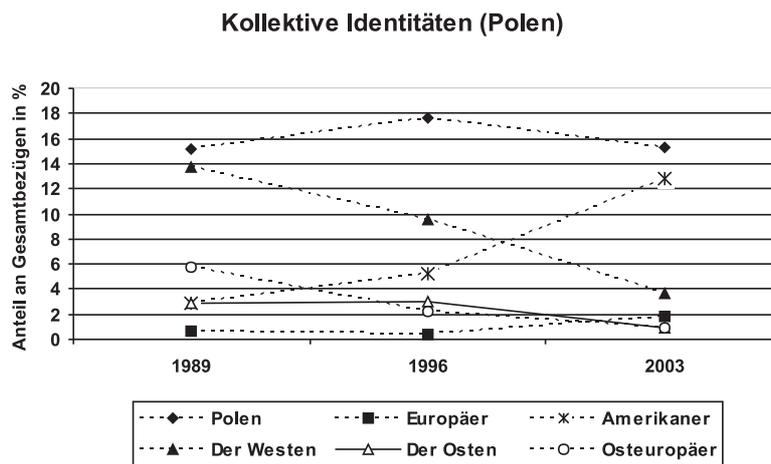
⁴⁴ Quelle: Kollektive Identitäten in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n=2092).

⁴⁵ Quelle: Wir-Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n=1510).

Im Fall der Wir-Referenzen wird diese Tendenz noch zusätzlich durch eine Abnahme der nationalen Bezüge verstärkt.

Dieser vorsichtige Trend in Richtung einer kollektiven europäischen Identität kann für die polnische Medienöffentlichkeit nicht bestätigt werden. Vielmehr findet hier ein Prozess statt, der vorsichtig als Aufsplitterung der bis zu diesem Zeitpunkt für Vorstellungen kollektiver Identität dominanten Bezugsgruppen, möglicherweise auch in Richtung einer Europäisierung, beschrieben werden könnte. In Grafik 10 wird eine deutliche Abnahme einer Verwendung des kollektiven Labels „der Westen“ von 13,7 (1989) auf 3,7% im Jahr 2003 gezeigt. Stattdessen gewinnen diejenigen Kollektive an Bedeutung, aus denen diese Kategorie sich zusammensetzt – wie „die Amerikaner“ oder „die Europäer“.

Grafik 10⁴⁶



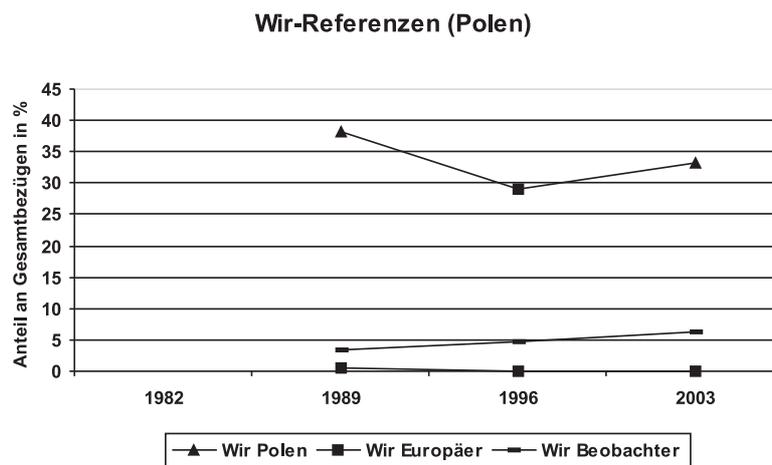
Zugleich sinkt aber auch die Verwendung kollektiver Identitäten, die auf eine mögliche Integration der Polen in eine (exklusive) Gemeinschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten verweisen würde, wie „der Osten“ und „Osteuropäer“.

Ebenso kann in der Kategorie der Wir-Referenzen kein eindeutiger Europäisierungstrend festgestellt werden. Trotz einer im Vergleich zu anderen Untersuchungsländern deutlich häufigeren Verwendung von Wir-Bezügen in der „Gazeta Wyborcza“ tendiert die Verwendung des

⁴⁶ Quelle: Kollektive Identitäten in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 698).

Ausdrucks „Wir Europäer“ gegen Null. Die anderen Ergebnisse, wie in Grafik 11 dargestellt, lassen weniger eindeutige Schlussfolgerungen zu. Die Verwendung nationaler Wir-Bezüge bleibt, trotz vorsichtiger Abnahme, auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Grafik 11⁴⁷



Für Vermutungen öffnen sich hier zahlreiche Möglichkeiten – eine davon wäre, über eine Art selbstgewählte polnische Außenseiter- und Beobachterrolle zu spekulieren. Klare Trends zu identifizieren fällt dagegen angesichts dieser Ergebnisse schwer. Hier scheint es angebracht, die Ergebnisse der nächsten Beobachtungswelle (2008) abzuwarten.

6. Fazit und Diskussion

Insgesamt kann festgehalten werden: Auch bei der Europäisierung der polnischen Medienöffentlichkeit handelt es sich um einen Prozess der „segmentierten Europäisierung“, jedoch auf ganz andere Weise, als es der Begriff für das westeuropäische Sample zusammenfasst. Im Folgenden erläutern wir dies mit Blick auf die einzelnen Dimensionen.

In der vertikalen Dimension, der Beobachtung des Regierens, zeichnet sich für die polnische Medienöffentlichkeit eine nachholende Europäisierung ab. Diese vollzieht sich im Vergleich zum westeuro-

⁴⁷ Quelle: Wir-Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 759).

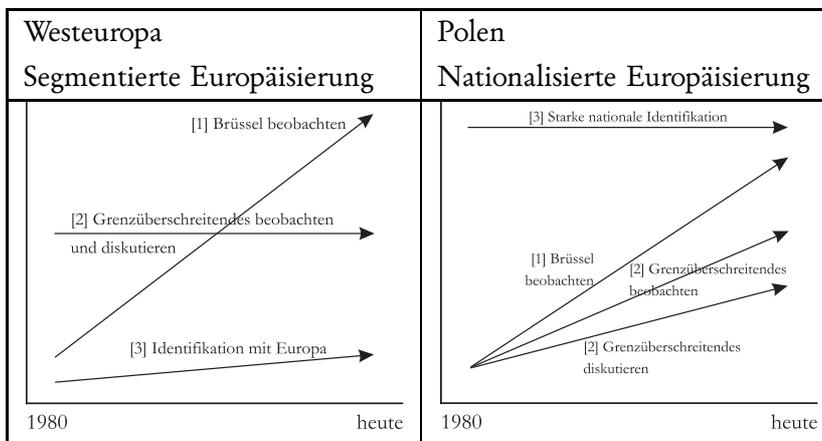
päischen Sample in einem deutlich schnelleren Tempo, nimmt man den kürzeren Untersuchungszeitraum und das niedrigere Ausgangsniveau in Betracht. Diese Entwicklung in der vertikalen Dimension wird möglicherweise durch einen Trend der abnehmenden Berücksichtigung nationaler Themen verstärkt – hier sollten jedoch weitere Ergebnisse abgewartet werden. Insbesondere für die Beobachtung europäischer Institutionen kann davon ausgegangen werden, dass hier schlicht die Bedeutung politischer und ökonomischer Steuerung eine Rolle spielt, wie sich auch an der Null-Tendenz der (post-)kommunistischen Institutionen zeigt. Dennoch – schon 1989 hat die EU interessanterweise eine mit den (post-)kommunistischen Institutionen gleichwertige, wenngleich niedrige Bedeutung. Vieles spricht hier also für die schnelle und nachholende vertikale Europäisierung der polnischen Medienöffentlichkeit.

In der horizontalen Dimension, der ‚diskursiven Integration‘, zeichnet sich ein Westernisierungstrend (Beobachtung von Westeuropa und den USA) bei einer zugleich unangefochtenen Bedeutung des nationalen Rückbezugs ab. Betrachtet man jedoch den Westernisierungstrend im direkten Vergleich zum westeuropäischen Schnitt, so erweist sich Polen wie schon in der ersten Dimension als „europäischer Musterschüler“. Meinungshaltige Artikel über andere europäische Staaten sowie Zitate von Sprechern aus anderen (west-)europäischen Ländern kommen im Erhebungsjahr 2003 vergleichsweise häufiger vor.

In der dritten und letzten ‚Dimension der kollektiven Identität‘ zeichnen sich für die polnische Medienöffentlichkeit jedoch keine Transnationalisierungstrends ab. Die Verwendung nationaler kollektiver Identitäten und Polen-bezogener Wir-Referenzen sowie die fast vollständige Abwesenheit europäischer Bezüge dominieren die Erhebung. Was jedoch als bemerkenswertes Ergebnis gezeigt werden kann, ist eine Entwicklung, die wir als Aufsplitterung oder Ausdifferenzierung historischer Identitäten in der Wahrnehmung der polnischen Medienöffentlichkeit beschrieben haben. Die kollektive Identität „der Westen“ teilt sich auf und unterscheidet sich nun in „die Europäer“ und „die US-Amerikaner“. In der horizontalen sowie in der Identitätsdimension ist darüber hinaus auffällig, dass in ihr entweder die polnische Medienöffentlichkeit oder westeuropäische Staaten, nicht aber andere mittel- und osteuropäische Staaten in den Blick genommen werden. Östliche „Öffentlichkeitskoalitionen“ scheinen ausgeschlossen. Dies untermauert nur, wie sehr die polnische „östliche“ Identität an die politischen Bedingungen gekoppelt war.

Im direkten Vergleich der Ergebnisse zeigt sich nun folgendes Bild. Während in den westeuropäischen Medienöffentlichkeiten der Prozess einer segmentierten Europäisierung vor sich geht, welcher stark auf die hierarchische Steuerungsbeziehung zur EU bezogen ist, und dennoch nach und nach die europäische Identität in der nationalen Wahrnehmung verankert, scheint sich die polnische Medienöffentlichkeit bisher auf eine Europäisierung (und Westernisierung) der politisch „oberflächlicheren“ Aspekte zu beschränken, also der genannten Institutionen und diskutierten Themen. Dort, wo die Menschen in ihrer Identität betroffen sind, verliert das Nationale dagegen nicht an Bedeutung. Dies lässt sich besonders deutlich mit der Herkunft der in Meinungsbeiträgen zitierten Sprecher belegen. Hier ist der Abstand zwischen europäischen (sowie anderen) und polnischen Bezügen so deutlich wie nirgends. Europa sowie andere europäische Staaten sind zwar ein immer wichtigeres Thema in Polen, wenn es aber um die Bewertung oder Kommentierung dieses Themas geht, haben die Landsleute das letzte Wort.

Grafik 12



Ob es sich im Fall der polnischen Integration in eine europäische Öffentlichkeit tatsächlich um eine Fortführung des westeuropäischen Musters in anderer Form oder eine eigene Entwicklung handelt, kann nur eine Fortsetzung unserer Erhebung zeigen. Daher ist für das Jahr 2008 eine weitere Erhebungswelle in allen Untersuchungsländern geplant. Diese wird sich nicht auf die Qualitätspresse beschränken, sondern auch Boulevardzeitungen mit einbeziehen.

Darüber hinaus soll an dieser Stelle ein Fazit über den theoretischen und empirischen Mehrwert der Erhebung insgesamt und insbesondere über die Berücksichtigung Polens gezogen werden. Sowohl mit Blick auf die verwendeten Öffentlichkeitsmodelle als auch auf bis dato realisierte empirische Forschung in diesem Bereich ist bereits auf den mangelnden Einbezug der „Ost-Perspektive“ verwiesen worden. An dieser Stelle ist nun zu fragen, welchen Mehrwert die „Osterweiterung“ der Forschungsperspektive erzeugt hat. Dies soll abschließend anhand von drei thesenartigen Überlegungen dokumentiert werden:

1. Im Rückblick auf die erarbeiteten Ergebnisse können wir festhalten, dass sich die zusätzliche Berücksichtigung Polens deswegen gelohnt hat, weil innerhalb der polnischen Medienöffentlichkeit ganz unterschiedliche Europäisierungstrends aufgezeigt werden konnten. Dies hat sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht Konsequenzen: Während die westeuropäischen Medienöffentlichkeiten sich anhand eines letztlich hierarchischen Musters an Europa ausrichten und ihre national-politischen Identitäten schrittweise zu Gunsten einer europäischen Identität aufgeben (könnten) – die Segmentierung Europas also hier eine rein vertikale Stoßrichtung hat –, ist in Polen eine stark nachholende, beinahe „überholende“ Europäisierung in vertikaler und horizontaler Richtung zu verzeichnen. Getragen wird diese umfassende Europäisierung von einer starken nationalen Identität, deren Deutungskraft auch im europäischen Zusammenhang Bestand hat.
2. Um die Bedeutung der hier vorgestellten empirischen Ergebnisse nochmals zu unterstreichen, sei darauf verwiesen, dass durchaus alternative Entwicklungsmöglichkeiten für die polnische Öffentlichkeit denkbar gewesen wären. Die polnische Medienöffentlichkeit ordnet den eigenen Staat deutlicher Westeuropa als Mittel- und Osteuropa zu. Ein Rückgang der Beobachtung (post-)kommunistischer Institutionen als Folge des Zusammenbruchs des Ostblocks ließe sich allein durch deren schwindende politische Bedeutung erklären. Zugleich hätte Polen aber dennoch seine politische Identität im Kreise der MOE-Staaten verorten können – möglicherweise als „Anführer“ oder „Sprecher“ der Gruppe der neuen EU-Mitglieder gemäß seiner Rolle als größtes neu hinzugekommenes Land. Dies ist aber nicht der Fall. Europäisierung, soweit sie für die polnische Medienöffentlichkeit nachgewiesen werden kann, ist „Westeuropäisierung“ – die Ausrichtung des Blicks nach Westeuropa. Dies betrifft in erster Linie die Dimension der horizontalen Europäisierung (Dimension 2), in der sich zeigt, dass

- die Wahrnehmung mittel- und osteuropäischer Länder in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist. Die polnische Medienöffentlichkeit richtet ihren Blick also nach Westen – in Richtung Westeuropa und USA. Diese Entwicklung geht möglicherweise einher mit Transitionsprozessen im Wechselspiel von Politik und Mediensystem, die Jakubowicz als „Westernisierung“ bezeichnet.⁴⁸
3. Im Rahmen der polnischen Medienöffentlichkeit ist zu beobachten, wie sich eine starke Europäisierung entwickelt, während zugleich die nationale Identifikation und eine nationale Orientierung des Diskurses weiterhin tragende Rollen spielen. Diese beiden Tendenzen stehen offensichtlich in keinem Widerspruch zueinander, sondern gehen nach jetzigem Kenntnisstand im Gegenteil miteinander Hand in Hand: Die Europäisierung in der politischen Medienöffentlichkeit in Polen entwickelt sich auf den Schultern einer stark nationalisierten Öffentlichkeit. Das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Identität erweist sich in diesem Fall also keineswegs als ein grundlegendes Hemmnis einer Europäisierung von Öffentlichkeit. Am Fall der polnischen Medienöffentlichkeit kann daher nicht nur die Notwendigkeit eines mehrdimensionalen Europäisierungsmodells aufgezeigt werden, sondern auch das „Defizit des Defizitbegriffs“ – um einem starken Europäisierungsprozess zu folgen, muss eine europäische Identität die nationale nicht substituieren. Eine Beschäftigung mit osteuropäischen Europäisierungsmodellen, so zeigt sich hier, kann zu einer Ausdifferenzierung solcher Modelle führen, die implizit auf eine Pfadabhängigkeit von Europäisierungsprozessen nach dem Muster des westeuropäisch geprägten Nationalstaaten-Modells zurückgreifen. Dieser Deutung nach hätten wir es in Polen mit einer unvollständigen Europäisierung zu tun, die sich erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt auf der Ebene der kollektiven Identitäten niederschlagen wird. Auf Grundlage des hier vorgelegten Materials bietet sich jedoch vielmehr eine pfadunabhängige Deutung an. Polens Aufmerksamkeit für Europa und andere europäische Länder übersteigt das Niveau der westeuropäischen, „alten“ EU-Mitglieder, trotz einer (bisher) fehlenden europäischen Identität. Auf diese Weise werden die normativen Bedingungen einer europäischen Öffentlichkeit *sui generis* tatsächlich zum Gegenstand der Auseinandersetzung.

⁴⁸ Jakubowicz, Media Development (wie Anm. 12), S. 11 ff.

Auf der Suche nach möglichen Erklärungen für dieses „polnische“ Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeit erscheint es zielführend, zukünftig die politischen Diskurskulturen der verschiedenen europäischen Länder näher in den Blick zu nehmen:⁴⁹ Welche Muster der Produktion, Repräsentation und Aneignung von politischer Kommunikation sind entweder jeweils typisch für die untersuchten Länder oder ähneln sich länderübergreifend und können damit erklären, warum sich die Öffentlichkeiten jeweils in einigen Dimensionen stärker europäisieren als in anderen? Welche Bremskräfte verhindern ein wachsendes Interesse an den Themen der europäischen Nachbarländer in den Öffentlichkeiten des „alten“ Europas bzw. welche Antriebskräfte fördern dieses Interesse in Polen? Auch bei der Suche nach möglichen Erklärungen wird es wahrscheinlich erst die Kontrastierung der neuen mit den alten EU-Mitgliedern sein, die es ermöglicht, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und damit die Erklärungszusammenhänge aufzudecken.

Literatur

- Silke Adam, *Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich.* Köln 2007.
- James Curran u. Myung-Jin Park, *De-Westernizing Media Studies.* New York 2000.
- Bernardo Díaz Nosty, *The European Union in the Press*, in: *The European Union in the Media 1996*, hrsg. v. Foundation for the Development of the Social Function of Communication (Fundesco Spanish Section of the Association of European Journalists (AEJ)). Madrid 1997 (Fundesco/AEJ Annual Report), S. 19-125.
- Ryszard Filas u. Pawel Planeta, *Das Mediensystem Polens*, in: *Internationales Handbuch Medien*, hrsg. v. Hans-Bredow Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg. Baden-Baden 2004, S. 520-541.
- Nancy Fraser, *Transnationalizing the Public Sphere, On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World*, in: *Theory, Culture & Society* 24 (2007), H. 4, S. 7-30.

⁴⁹ Vgl. Andreas Hepp u. Hartmut Wessler, *Politische Diskurskulturen: Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit.* Bremen 2008.

- Jürgen Gerhards, Missing a European Public Sphere, in: Will Europe Work? Integration, Employment and the Social Order, hrsg. v. Martin Kohli u. Mojca Novak. London/New York 2001.
- Jürgen Gerhards, Das Öffentlichkeitsdefizit der EU: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis, hrsg. v. Barbara Baerns u. Juliana Raupp. Berlin 2000, S. 46-60.
- Michael Gurevitch u. Jay G. Blumler, Der Stand der vergleichenden politischen Kommunikationsforschung: Ein eigenständiges Feld formiert sich, in: Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven, hrsg. v. Frank Esser u. Barbara Pfetsch. Wiesbaden 2003, S. 371-392.
- Heikki Heikkilä, Beyond ‚In so far as‘ Questions: Contingent Social Imaginaries of the European Public Sphere, in: European Journal of Communication 22 (2007), H. 4, S. 427-441.
- Andreas Hepp u. Hartmut Wessler, Politische Diskurskulturen: Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit. Bremen 2008.
- Instytut Monitorowania Mediów, Najbardziej opioniotwórcze polskie media w listopadzie 2008 r [Meinungsbildende polnische Medien im November 2008]. Warschau 2009.
- Karol Jakubowicz, Post-Communist Media Development in Perspective, in: Internationale Politikanalyse, hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2005.
- Deirdre Kevin, Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe. Mahwah, NJ./London 2003.
- Marcel Machill, Markus Beiler u. Corinna Fischer, Europa-Themen in Europas Medien – die Debatte um die europäische Öffentlichkeit. Eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien, in: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbucher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 132-155.
- Andrew Moravcsik, In Defence of the Democratic Deficit, in: Journal of Common Market Studies 40 (2002), H. 4, S. 603-642.
- Bettina-Dorothee Mecke, Im Apostolat der Medien – Radio Maryja, in: Polen-Analysen (2007), H. 16, S. 2-8, <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen16.pdf> [letzter Zugriff: 24. 8.2008].
- Friedhelm Neidhardt, Europäische Öffentlichkeit als Prozess, in: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, hrsg. v. Wolf-

- gang R. Langenbucher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 46-61.
- Bernhard Peters, Public Discourse, Identity, and the Problem of Democratic Legitimacy, in: Making the European Polity. Reflexive Integration in the EU, hrsg. v. Erik O. Eriksen. London 2005, S. 84-123.
 - Barbara Pfetsch, Silke Adam u. Barbara Eschner, The Contribution of the Press to Europeanization of Public Debates: A Comparative Study of Issue Salience and Conflict Lines of European Integration, in: Journalism 9 (2008), H. 4, S. 465-492.
 - Daniel Riffe, Charles F. Aust u. Stephan R. Lacy, The Effectiveness of Random, Consecutive Day and Constructed Week Sampling in Newspaper Content Analysis, in: Journalism Quarterly 70 (1993), H. 1, S. 133-139.
 - Philipp R. Schlesinger, Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union, in: Political Communication 16 (1999), H. 3, S. 263-280.
 - Colin Sparks, Media Theory. After the Fall of European Communism: Why the Old Models from East and West Won't Do Any More, in: De-Westernizing Media Studies, hrsg. v. James Curran u. Myung-Jin Park. New York 2000.
 - Anna Sprycha, Zensur mit dem Teppichmesser, 2007, in: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html> [letzter Zugriff: 19.1.2008].
 - Olaf Sundermeyer, Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzentration in Polen, in: osteuropa 56 (2006), H. 11-12, S. 261-270.
 - Gerhard Vowe u. Marco Dohle, Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2007), H. 2, S. 338-359.
 - Siegfried Weischenberg, Martin Löffelholz u. Armin Scholl, Merkmale und Einstellungen von Journalisten, in: Media Perspektiven (1994), H. 4, S. 154-167.
 - Hartmut Wessler, Bernhard Peters, Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-von Königslöw u. Stefanie Sifft, Transnationalization of Public Spheres. Basingstoke 2008.
 - Związek Kontroli Dystrybucji Prasy [Verband zur Erfassung der Presserverbreitung], Dane ogólnodostępne, https://www.teleskop.org.pl/dane_ogólnodostępne.php [letzter Zugriff: 2.9.2009].

Lettlands „Rückkehr nach Europa“ – Erfüllung eines lettischen Traums? Der EU-Beitritt als Projekt der lettischen Elite

von Katja Wezel

Summary

When the “Return to Europe” campaign ended with Latvia’s successful admission to the European Union (EU), one of the main objectives of Latvia’s political elite since the end of the era of Soviet domination was achieved. Despite often-changing coalition governments and a heavy emphasis on the necessity for a rebirth of the Latvian nation-state, the planned admission of Latvia to the EU was never put in serious jeopardy. A clear majority of Latvian politicians supported admission – in contrast to the general population, whose support in the run-up to the EU referendum of 2003 had first to be secured. The line of attack of the media campaign in favor of admission to the EU concentrated on conveying the message that only as a member of the EU could Latvia realize its chances for development and prosperity and secure its political-security interests. The “EU campaign” in Latvia was conducted with highly emotional arguments instead of with a pragmatic, deliberate weighing of evidence: both the Latvian media and Latvian politicians represented the EU as the antithesis of Russia. As a concomitant result, the campaign tended rather to increase than diminish the skepticism of the Russian-speaking portion of the population regarding admission to the EU.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno

Nach dem Zerfall der UdSSR und der faktischen Wiederherstellung der lettischen Unabhängigkeit im August 1991 war das Ziel der lettischen Politik klar vorgegeben: die „Rückkehr Lettlands nach Europa“. In diesem Diskurs spielten die Medien – und zwar insbesondere die lettischsprachigen Medien – eine tragende Rolle. Bereits mit der Deklaration vom 4. Mai 1990¹ und der „Renaissance des lettischen

¹ Mit der Unabhängigkeitsdeklaration vom 4. Mai 1990 wurde die lettische Verfassung vom 15. Februar 1922 wieder in Kraft gesetzt, zunächst jedoch nur die Artikel 1-3 sowie Artikel

Nationalstaates“² hatten die lettischsprachigen Zeitungen immer wieder auch Lettlands europäische Werte und Traditionen betont und die Orientierung nach Westen akzentuiert, die man in Gegensatz zur Sowjetunion setzte.³

Auch wenn die innenpolitische Lage in Lettland sehr instabil blieb und die Koalitionsregierungen in Lettland nach der Wahl zur ersten postsowjetischen *Saeima* (Parlament) 1993 im Schnitt nicht länger als 1,5 Jahre hielten,⁴ so gab es doch innerhalb der politischen Führungselite einen Konsens darüber, dass die Beitritte zur EU und zur NATO vorrangige außenpolitische Ziele waren. Darin waren sich die Mitte-Rechts-Koalitionen einig, die ab 1993 in unterschiedlichen Konstellationen die lettische Regierung bildeten. Treibende Kraft hinter dem Ziel der schnellen Aufnahme in NATO und EU war das Dogma der lettischen Sicherheitspolitik, dass der lettische Nationalstaat allein auf Dauer nicht überlebensfähig sei, Lettland daher den Schutz transnationaler Organe und Strukturen benötige.⁵ Am 13. Oktober 1995 reichte Lettland seine Bewerbung für den Beitritt zur EU ein. Im Februar des gleichen Jahres war Lettland Mitglied des Europarates geworden und hatte somit die erste Hürde auf dem Weg „zurück nach Europa“ genommen. Der EU-Beitritt wurde in Lettland immer in einem Atemzug mit dem NATO-Beitritt genannt, beide wurden als zwei Seiten einer Medaille aufgefasst.⁶ Sie waren ein Gesamtpaket, mit dessen Hilfe Lettland in die westeuropäischen politischen Strukturen integriert werden sollte.

-
6. Vgl. State Archives of Latvia, Policy of Occupation Powers 1939–1991. A collection of documents. Riga 1999, S. 547 ff. Gleichzeitig rief der Oberste Sowjet eine Übergangsperiode zur *de-facto*-Wiederherstellung der Unabhängigkeit aus, die im Zuge der Ereignisse des Putsches gegen Michail Gorbatschow am 21. August 1991 für beendet erklärt wurde.
- ² Die lettischen Medien feierten die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Mai 1991 als „lettische Renaissance“. Vgl. Baltic Institute of Social Sciences, Integration Practice and Perspectives. Riga 2006, S. 107. In dieser Studie hat das Baltische Institut für Sozialwissenschaften – unter der Leitung der Soziologin Brigita Zepa – die Rolle der Presse für die Konstruktion einer kollektiven Identität untersucht. Hierfür wurden einige – für Lettland besonders wichtige – Ereignisse, darunter die Unabhängigkeitserklärung, ausgewählt und deren Rezeption in der Presse untersucht.
- ³ Vgl. ebenda.
- ⁴ Axel Reetz, Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen. Wittenbach 2004, hier bes. S. 102 f.
- ⁵ Daina Bleiere, Integration of the Baltic States in the European Union: The Latvian perspective, in: Small States in a Turbulent Environment. The Baltic Perspective, hrsg. v. Atis Lejins u. Zaneta Ozolina. Riga 1997, S. 60–112, hier S. 62 f.
- ⁶ Interview der Autorin am 10. Januar 2008 in Brüssel mit Imants Lieģis, 1997–1999 Botschafter Lettlands für Belgien, Luxemburg und den Niederlanden sowie von 1997–2004 Leiter der lettischen Gesandtschaft bei der NATO.

1998 wurden im Rahmen des „Nationalen Programms Lettlands zur Integration in die Europäische Union“ folgende Prioritäten formuliert: 1. Lettland zu einem modernen und demokratischen Staat umzugestalten und 2. die „Reintegration“ Lettlands nach Europa zu forcieren.⁷ Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands wurde damit auch in Bezug auf die europäische Integration betont, dass man an die alten Traditionen anknüpfen wolle. Dem lag die Überzeugung zugrunde, dass Lettland in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien gehöre.⁸

Einstellungen der Bevölkerung zur EU vor dem Beitritt

Die Bevölkerung in Lettland – sowohl die lettisch- als auch die russischsprachige – stand dem EU-Beitrittsprojekt zunächst eher skeptisch gegenüber. Es war die politische Elite Lettlands, welche den EU-Beitritt nachhaltig förderte, unterstützte und für ihn warb. Hierbei lassen sich also durchaus Gemeinsamkeiten zu Westeuropa feststellen, wo die europäische Integration auch bis heute ein Elitenprojekt geblieben ist, das man der Bevölkerung „verkaufen“ bzw. „vermitteln“ muss – die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005 und des Lissabon-Vertrags in Irland 2008 haben gezeigt, dass man dabei nicht immer erfolgreich war.⁹

Für Lettland und die zunächst ablehnende Haltung der lettischen Bevölkerung kam die Besonderheit der Diktaturerfahrung hinzu. Die sowjetische Erfahrung eines – in der Realität fiktiven – Unionsstaates mit pseudoföderalen Strukturen und Rechten hatte dafür gesorgt, dass viele Letten dem Konzept einer Union an sich skeptisch gegenüberstanden. Anhand der Umfragen, welche die Europäische Kommission in Mittel- und Osteuropa seit Ende 1994 durchführte, kann man die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Lettland in Bezug auf die Europäische Union ablesen.¹⁰ So waren im November

⁷ Latvijas Nacionālā Programma Integrācijai Eiropas Savienībā (Nacionālā Programma Acquis Pārņemšanai) [Das nationale Programm Lettlands für die Integration in die Europäische Gemeinschaft]. Rīga 1998, S. 3: „Kopš neatkarības atgūšanas 1990.–1991. gadā Latvijas prioritāte ir modernas un demokrātiskas valsts izveide un reintegrācija Eiropā.“

⁸ Vgl. auch Nils Muiznieks u. Ilze Brands Kehris, *The European Union, democratization, and minorities in Latvia*, in: *The European Union and Democratization*, hrsg. v. Paul J. Kubicek. London/NewYork 2003, S. 30-55, hier S. 30.

⁹ Vgl. Jürgen Habermas, „Erste Hilfe für Europa“, in: *Die Zeit* v. 29. November 2007.

¹⁰ Vgl. Europäische Union. Europäische Kommission, *Die Öffentliche Meinung und die*

1994 nur 24% der lettischen Bevölkerung der Meinung, die Zukunft ihres Landes liege in der Europäischen Union.¹¹ Die Zuspruchszahlen zur EU waren in Lettland und Estland, verglichen mit den anderen Beitrittskandidaten, durchgängig am niedrigsten.

Die Umfragewerte des Eurobarometers in Bezug auf die baltischen Staaten bestätigen interessanterweise nicht die gängige Meinung, dass die russischsprachige Bevölkerung grundsätzlich dem EU-Beitritt ablehnender gegenüberstand als die Titularnationen, also Letten, Esten und Litauer. Im Gegenteil, 1994 glaubten bei den ethnischen Minderheiten in den baltischen Staaten 29% der Befragten, die Zukunft ihres Landes liege in der Europäischen Union, nur 21% gaben an, dass Russland die wichtigste Rolle zukomme.¹² Bei den ethnischen Mehrheiten hingegen stand die Europäische Union mit 25% nur an zweiter Stelle. Wichtiger als die Rolle der EU wurde von den Befragten die Bedeutung der „anderen europäischen Staaten“ eingeschätzt¹³ – was damit zu erklären ist, dass Finnland und Schweden, die als strategische Partner der baltischen Staaten eine wichtige Rolle spielten, zu diesem Zeitpunkt der EU noch nicht beigetreten waren. Doch auch nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur EU veränderte sich die Stimmung nur unmerklich. Nach ihrer Meinung über einen möglichen EU-Beitritt befragt, waren in den baltischen Staaten Ende 1997 insgesamt 38% der Befragten für den Beitritt, bei den ethnischen Minderheiten war die Zuspruchsrate mit 36% nur unerheblich geringer.¹⁴

Bis Ende 2002 hatten sich die Zahlen nur unwesentlich verändert: Im Herbst 2002 glaubten immer noch erst 35% der lettischen Bevölkerung, der Beitritt zur EU sei positiv für die Zukunft ihres Landes, 33% waren unentschlossen und 21% dagegen.¹⁵

Europäische Union, Mittel- und Ost-Eurobarometer. Brüssel 1995. Die Befragungen für das Eurobarometer 1995 wurden im November 1994 durchgeführt.

¹¹ Eurobarometer 5 (1995), Anhang Grafik 9 ff. Die exakte Frage lautete: „Von welchem Land hängt unsere Zukunft ab?“

¹² Ebenda, S. 35.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Die Frage lautete: „Wie würden Sie in einem Referendum über den EU-Beitritt abstimmen?“, European Union. European Commission, Public Opinion and the European Union, Central and Eastern Eurobarometer 8 (1998), Anhang Grafik 57.

¹⁵ European Commission, Candidate Countries Eurobarometer. Public Opinion in the Countries applying for European Union membership, Report Number 2002.2. Brüssel 2002, S. 65.

Werben für den Beitritt: die Rolle der Eliten

Für die Beurteilung der Debatte vor dem EU-Beitritt sind die Rolle der Eliten sowie die der veröffentlichten Meinung von besonderer Bedeutung – schließlich gelang es der politischen und meinungsbildenden Elite, die lettische Bevölkerung zu motivieren, für den Beitritt zur EU zu stimmen. Bis zuletzt war der Ausgang des Referendums unsicher gewesen, im August 2003 waren die Zustimmungswerte sogar auf ein Jahrestief von 53% gefallen.¹⁶ Im September wurden daher noch einmal alle Kräfte mobilisiert. Noch am Abend vor dem Referendum warb die lettische Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga in einer Fernsehansprache eindringlich für den Beitritt. In den beiden größten lettischen Tageszeitungen, „Diena“ („Der Tag“) und „Lauku Avīze“ („Landzeitung“), wurde ein Aufruf der Präsidentin abgedruckt, in dem sie mit emotionalen Worten zur lettischen Bevölkerung sprach und sie aufforderte, für den Beitritt zu stimmen.

Die komplette politische Führungsspitze,¹⁷ einschließlich der verschiedenen lettischen Ex-Ministerpräsidenten seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit 1991,¹⁸ war während des Septembers 2003 in den lettischen Medien omnipräsent und sprach sich öffentlich für den Beitritt Lettlands zur EU aus. Auch die kulturelle und wissenschaftliche Elite Lettlands warb für den Beitritt: In einem in der Tageszeitung „Diena“ veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Am 20. September haben wir die Möglichkeit, die Geschichte zu korrigieren“ wurde die lettische Bevölkerung aufgefordert, für den Beitritt zu stimmen. Der Artikel wurde von 102 in der lettischen Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet, angeführt mit der Unterschrift der bekannten lettischen Dichterin Māra Zālīte.¹⁹ 21 Mitglieder des Senats der Akademie der Wissenschaften Lettlands unterzeichneten am 9. September einen Aufruf, in dem für den Beitritt zur EU

¹⁶ Balsotu par ES [Für die EU stimmen], in: Diena v. 16. September 2003. Nach der von „Latvijas fakti“ durchgeführten Umfrage gaben im August 2003 nur noch 53% der Befragten an, für den Beitritt stimmen zu wollen.

¹⁷ Vgl. die Statements der drei ranghöchsten Volksvertreter: Vaira Vīķe-Freiberga (Staatspräsidentin), Ingrida Ūdre (Parlamentsvorsitzende), Einars Repše (Ministerpräsident): Kāpēc es rit balsošu par Latvijas iestāšanos Eiropas Savienībā [Warum ich morgen für Lettlands Beitritt zur Europäischen Union stimme], in: Latvijas Vēstnesis v. 19. September 2003.

¹⁸ Ekspremjeri aicina balsot par [Expremierminister rufen auf, dafür zu stimmen], in: Diena v. 19. September 2003.

¹⁹ „20. Septembrī mums ir iespēja koriģēt vēsturi“ [„Am 20. September haben wir die Möglichkeit, die Geschichte zu korrigieren“], in: Diena v. 5. September 2003.

geworben wurde.²⁰ Am 20. September 2003, dem Tag des Referendums, wurde in der Tageszeitung „Diena“ – sozusagen als Entscheidungshilfe für die noch Unentschlossenen – noch einmal eine Übersicht aller Vereinigungen und Gruppierungen veröffentlicht, die dazu aufriefen, für den Beitritt zu stimmen. Darunter fanden sich so unterschiedliche Gruppen wie die lettische Studentenkorporation Lettonia, die Fußballvereinigung, die Vereinigung der polnischen Minderheit Lettlands oder die Katholische Kirche sowie zahlreiche Firmen (Siemens, Latvijas Mobilais Telefons, Data Media Group u.a.).²¹

Die lettischen Politiker suchten gezielt das Gespräch mit den Bürgern und absolvierten eine ganze Reihe von Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden, teilweise unterstützt von EU-Politikern²² und ausländischen Regierungsvertretern. Die finnische Präsidentin Tarja Halonen reiste nach Lettland, um ihre lettische Amtskollegin bei der Werbung für den EU-Beitritt zu unterstützen.²³ Gemeinsam mit der lettischen Präsidentin Viķe-Freiberga nahm Halonen sogar an einer Informationsveranstaltung und Diskussion in der lettischen Kleinstadt Sigulda teil, unter dem Titel „Von Sigulda nach Brüssel sind es 1844 km. Was gewinnen und was verlieren wir durch die Europäische Union?“²⁴ Der lettische Ministerpräsident Einars Repše sprach am 16. September 2003 gemeinsam mit seinem estnischen Amtskollegen Juhan Parts – die Esten hatten dem EU-Beitritt im Referendum am 14. September 2003 zugestimmt – auf dem Rigaer Bahnhof mit lettischen Bürgern.²⁵

²⁰ „Ar ‚pret‘ balsojumam mūsu problēmas netiks atrisinātas. Latvijas Zinātņu akadēmija aicina“ [„Mit einem Votum ‚dagegen‘ werden unsere Probleme nicht gelöst. Aufruf der Akademie der Wissenschaften Lettlands“], in: Latvijas Vēstnesis v. 10. September 2003. An erster Stelle wurde der Aufruf vom Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Lettlands, Jānis Stradiņš, unterzeichnet.

²¹ „Aicinājušas balsot par“ [„Aufgerufen, dafür zu stimmen“], in: Diena v. 20.03.2003.

²² Zum Lettlandbesuch von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen vgl. Būt Eiropā – tas ir Latvijas interesēs [In Europa sein – das ist Lettlands Interesse], in: Lauku Avīze v. 4. September 2003.

²³ Kopā būsīm stipr āķi [Zusammen werden wir stark sein], in: Lauku Avīze v. 16. September 2003. In ihrem Statement betonte die finnische Präsidentin, dass die Europäische Union gerade auch kleine Nationen und ihre Kultur unterstützte.

²⁴ Titel der Veranstaltung im lettischen Original: No Siguldas līdz Briselei 1844 km. Ko iegūsim un ko zaudēsim Eiropas Savienībā?. Im Vorfeld des Referendums fanden in mehreren lettischen Städten solche Veranstaltungen statt, immer mit dem Tenor „Von Lettland nach Brüssel sind es so (...) viele km“. Sie wurden von der Zeitung „Lauku Avīze“ gemeinsam mit der Arbeitsgruppe „Lettland in Europa“ organisiert. Vgl. Somijas prezidente – „Lauku Avīzes“ pasākumā [Die finnische Präsidentin – auf der Veranstaltung der „Lauku Avīze“], in: Lauku Avīze v. 13. September 2003.

²⁵ Ziemeļu kaimiņi mudina – sakiet jā [Der Ratschlag des nördlichen Nachbarn – sagen Sie ja], in: Lauku Avīze v. 17. September 2003.

Insgesamt wurde das Referendum zur „Schicksalsentscheidung“ für Lettland stilisiert.²⁶ So forderte Einars Repše in einem Interview, „für die Rückkehr Lettlands nach Europa“ zu stimmen, und erklärte: „Lettland war immer ein europäischer Staat, einer der fortschrittlichsten vor dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb spreche ich von einer ‚Rückkehr‘ nach Europa“.²⁷ Die Kernbotschaft der lettischen Politiker lautete, dass es sich bei dem Referendum um eine historische Entscheidung handele. Es fand kein pragmatisches Abwägen von Argumenten statt. Stattdessen ging es darum, die lettische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es für ein freies, unabhängiges Lettland keine andere Alternative gebe als den Beitritt zur EU.

Emotionalität und die Betonung der historischen Entscheidung waren auch die Bausteine der Rede, mit der die lettische Präsidentin am Abend vor dem Referendum ihr Volk noch einmal aufrief, für den Beitritt zu stimmen.²⁸ In ihrer sehr emotionalen Rede griff die lettische Präsidentin Martin Luther Kings berühmte Worte „Ich habe einen Traum...“ auf und schilderte ihren Traum für Lettlands Zukunft: freie Entwicklung für das Land und seine Bewohner und Prosperität als Teil Europas. Viķe-Freiberga schloss ihre Rede mit den Worten: „Liebe Bürger! Lasst uns all dies zusammen anpacken, alle zusammen können wir Großes erreichen. Wagen wir es zu träumen!“²⁹

Die Anzeigen- und Fernsehkampagne für den Beitritt

Neben der Werbekampagne in den Zeitungen sollten vor allem Fernsehspots und eine Posterkampagne mit dem Motto „Nepaliec malā! – Bleib nicht am Rand!“³⁰ den lettischen Bürgern vermitteln, dass der EU-Beitritt für Lettland einen Gewinn bedeute, während ein „Nein“

²⁶ Otrs valstij liktenīgais balsojums [Die zweite schicksalshafte Abstimmung für das Land], in: Lauku Avīze v. 13. September 2003. Mit dem Titel des Artikels wird das EU-Referendum in eine historische Linie mit dem Referendum vom März 1991 gestellt, in welchem 73,7% der Einwohner Lettlands für die Unabhängigkeit Lettlands gestimmt haben.

²⁷ Ebenda. Im lettischen Original: „Par Latvijas atgriešanos Eiropā! (...) Latvija vienmēr ir bijusi attīstīta Eiropas valsts, viena no attīstītākajām Eiropas valstīm pirms Otrā pasaules kara. Tāpēc es runāju par ‚atgriešanos Eiropā‘“

²⁸ Vgl. Abdruck der Rede: Lepnums, pašapziņa un pašpalāvība teikt jā [Der Stolz, das Selbstbewusstsein und das Selbstvertrauen sagt ja], in: Diena v. 20. September 2003.

²⁹ Ebenda. Im lettischen Original: „Mīlie tautieši! Darīsim to visi kopā, visi kopā mēs varam lielas lietas. Uzdrīkstēties sapņot!“

³⁰ Die Poster sind auf der Informationsseite des EU-Informationsbüros in Lettland einsehbar, in: http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana/reklamas_kampana/?doc=242 [letzter Zugriff: 24.7.2008].

zum Beitritt Lettland großen Schaden zufügen würde. Die Werbekampagne wurde von der lettischen Regierung unter Ministerpräsident Einars Repše geplant und von einer Arbeitsgruppe unter der Führung der damaligen Leiterin der geisteswissenschaftlichen Abteilung der Lettischen Musikakademie, Ramona Umblija, durchgeführt.³¹ Die Poster, die auf Straßen zu sehen waren und in Zeitungsanzeigen abgedruckt wurden, stellten ein Puzzle dar, in dem noch ein Stück fehlte: Lettland war das letzte Land von den zehn Beitrittskandidaten in der ersten Runde der EU-Osterweiterung, in dem über den Beitritt abgestimmt wurde. Durch das fehlende Puzzlestück wurden zwei Interpretationen transportiert: 1. Lettland als Teil des Europa-Puzzles, ohne das Europa ein Stück fehle, und 2. Lettland, dem etwas fehle, wenn der „Baustein EU“ nicht hinzukomme. Das Hauptplakat der Kampagne war in EU-blauem Farbton gehalten und hatte zwei unterschiedliche Varianten und Botschaften: die eine lautete getreu dem Motto der Kampagne „Bleib nicht am Rand“, die zweite forderte dazu auf, „für“ den Beitritt zu stimmen – in eigenem Interesse.³²

Die Anzeigenkampagne war so aufgebaut, dass unterschiedliche Personengruppen angesprochen wurden. Es gab mehrere Varianten des „Bleib nicht am Rand“-Plakats in Anzeigengröße, wobei verschiedene Aspekte und Vorteile des EU-Beitritts thematisiert wurden. Ein Poster zeigte einen lettischen Arbeiter – sinnbildlich für den Aufbau Lettlands mit EU-Hilfe. Ein weiteres Poster stellte eine im Bau befindliche, moderne Brücke dar, die unterschiedliche Assoziationsmöglichkeiten beinhaltete: Fortschritt, Strukturfonds, Aufbauhilfe der EU sowie für Lettland als Brücke zwischen Ost und West. Am deutlichsten wurde der Gedanke „EU = Fortschritt“ durch das Poster, das die traditionelle ländliche Bevölkerung ansprach, von der man aus den Umfragen wusste, dass sie dem Beitritt besonders kritisch gegenüber stand. Es stellte die Innenansicht eines traditionellen Hauses auf dem Land dar, mit einem Computer auf dem Tisch – durch das herausgenommene Puzzleteil jedoch fehlte der Computer. Die Bildunterschrift wies auf die europäischen Zuwendungen hin, von denen Lettland schon heute profitiere und die mit dem Beitritt noch

³¹ Vgl. http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana/ [letzter Zugriff: 25.10.2008].

³² Die lettische Botschaft lautete „nac ar savu“ [„Komm für Dich“]. Vgl. http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana/reklamas_kampana/?doc=243 [letzter Zugriff: 24.7.2008].

größer werden würden. Die Botschaft war sehr deutlich: „Ohne die EU-Unterstützung bleibt die Zukunft von 180 000 Kleinbauern ungewiss.“³³ Ein weiteres Poster der „Bleib nicht am Rand“-Kampagne stellte eine Mutter mit Kind dar. Die damit verbundene Botschaft war, dass der Beitritt zur EU Sicherheit und Zukunft bedeute.

Der Zukunftsgedanke war auch das Hauptmotiv hinter den zur Werbung für den Beitritt geschalteten Fernsehspots:³⁴ In einem der beiden Spots war ein schreiendes Kind in einer Wiege zu sehen, das schließlich von einer Mutter zur Brust genommen und gestillt wird. Danach folgte der Aufruf einer Stimme aus dem „Off“: „Wenn Du Dich um Deine Zukunft sorgst, dann stimme für den Beitritt zur EU“. Ein zweiter Fernsehspot zeigte mehrere sich schließende Türen nach dem Motto: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Von beiden Fernsehspots gab es eine lange und eine kurze Variante – die lange Version beinhaltete nach den emotionalen Bildern noch eine Kurzansprache einer lettischen Politikerin, die für den Beitritt warb. Die Fernsehkampagne war so aufgebaut, dass sich nur eine Schlussfolgerung als emotionale Gesamtbotschaft ergab: Die EU ist Lettlands einzige Chance für die Zukunft.

Die Werbekampagne in den lettischen Printmedien

Bei der Beurteilung der Kampagne in den Printmedien ist besonders die Darstellung in den beiden auflagenstärksten, überregionalen lettischsprachigen Zeitungen „Diena“ und „Lauku Avīze“³⁵ interessant. „Diena“³⁶ ist eine 1990 gegründete, sich an westlichen Standards orientierende Tageszeitung, die zu einem schwedischen Medienkonzern gehört. In ihr wird das Bemühen um eine breite Ausrichtung und Darstellung aller politischen Meinungen sichtbar, sie besitzt ein auch sprachlich hohes Niveau, ihr Adressatenkreis ist die Bildungselite. „Lauku Avīze“³⁷ hat ihre Leserschaft, wie schon der Name sug-

³³ Im lettischen Original: „Bez šāda atbalsta 180 000 mazo saimniecību nākotne paliks nekaidra.“

³⁴ Vgl. die Fernsehwerbespots für den Beitritt, in: http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana_reklamas_kampana/?doc=244 [letzter Zugriff: 24.7.2008].

³⁵ Zum Zeitpunkt des EU-Referendums 2003 hieß die heutige „Latvijas Avīze“ („Lettlands Zeitung“) noch „Lauku Avīze“.

³⁶ Im September 2003 hatte die Tageszeitung „Diena“ eine Auflage von 53 400 während der Woche und 66 150 für die Samstagsausgabe (inklusive Magazin).

³⁷ Im September 2003 hatte „Lauku Avīze“ eine Auflage von 58 450. Damit war sie die auflagenstärkste Tageszeitung Lettlands.

geriert, in der ländlichen Bevölkerung, aber auch bei dem national orientiertem Stadtpublikum. Die Orientierung der „Lauku Avīze“ ist nationallettisch, sowohl im kulturellen als auch im politischen Bereich, und bietet Politikern mit nationalen Standpunkten Raum. Die Auswahl der Zeitungen erklärt sich auch aus den spezifisch lettischen Verhältnissen: Ein großer Teil der russischsprachigen Bevölkerung war aufgrund des Nichtbürgerstatus vom Referendum ausgeschlossen. Es ist zudem bekannt, dass lettische Zeitungen auch 6-10% Leser mit russischem Hintergrund haben.³⁸ Dies sind in der Regel diejenigen, die gut Lettisch sprechen und die lettische Staatsbürgerschaft besitzen.

Bei einer Analyse der lettischen Printmedien vor dem Referendum wird bereits auf den ersten Blick deutlich, dass sich die Medien zwar bemühten, das ganze Spektrum der Meinungen wiederzugeben, jedoch dem EU-Beitritt deutlich der Vorzug gegeben wurde. Damit wurde in den beiden größten lettischen Tageszeitungen klar die Kampagne der Regierung für den Beitritt unterstützt. Am Tag des Referendums, am 20. September 2003, riefen sowohl „Diena“ als auch „Lauku Avīze“ noch einmal dazu auf, für den Beitritt zu stimmen: In beiden Zeitungen war dem „Ja“ zum Beitritt eine Großanzeige auf der ersten Seite gewidmet.

Die Debatte in der „Lauku Avīze“ wurde sehr emotional geführt und ließ vor allem Politiker zu Wort kommen.³⁹ Dabei wurde der Gegensatz „Westeuropa“ versus „Russland“ betont und suggeriert, dass sich Lettland zwischen einem der beiden entscheiden müsse.⁴⁰ Den Ängsten der Bevölkerung vor hohen Preisen und einer Bevormundung durch die europäische Landwirtschaftspolitik wurde das Argument entgegengehalten, dass Lettland mit dem Beitritt zur EU auch den EU-Markt als Exportmarkt für lettische Produkte erschließen – ohne den EU-Beitritt gäbe es auch keine neuen Märkte.⁴¹ In einer

³⁸ Ilze Šulmane, *The Russian Language Media in Latvia*, in: *Latvian-Russian Relations: Domestic and International Dimensions*, hrsg. v. Nils Muižnieks. Riga 2006, S. 64-73, hier S. 67.

³⁹ Zum Beispiel am 2. September 2003 die damalige Außenministerin Sandra Kalniete: *Lai bez mums nevar lemt Latvijas nākotni* [Damit sie nicht ohne uns über Lettlands Zukunft entscheiden], in: *Lauku Avīze* v. 2. September 2003. Vgl. ebenso Andris Piebalgs, *Kāda būs mūsu atbilde tāda būs Eiropas karte* [Wie auch immer unsere Antwort aussieht – das wird die Karte von Europa sein], in: *Lauku Avīze* v. 18. September 2003.

⁴⁰ Vgl. *Baltic Institute of Social Sciences, Integration Practice and Perspectives*. Riga 2006, S. 145.

⁴¹ *Jauniešu „jā“ un „nē“ sacensībā* [Das „ja“ und „nein“ der jungen Leute im Wettstreit], in: *Lauku Avīze* v. 6. September 2003, S. 1.

Extrabeilage der „Lauku Avīze“, „Tepat, Eiropā“ („Hier in Europa“), wurden unterschiedliche, für Lettland bedeutsame Aspekte in Bezug auf den Beitritt diskutiert und Informationen zu den anderen EU-Ländern gegeben. So wurde z.B. der Schutz der lettischen Sprache – ein immer wiederkehrendes Thema für die eher dem rechtsnationalen Spektrum nahe stehende Zeitung „Lauku Avīze“ – thematisiert. Die befragte Expertin, die Dichterin und Vorsitzende der staatlichen Sprachenkommission Māra Zālīte, hob hervor, dass Lettisch nach dem EU-Beitritt als offizielle EU-Sprache geschützt sei und dass die EU die Bewahrung der europäischen Vielfalt besonders auch im Bereich der Sprachen unterstütze.⁴² Dieses Argument war besonders wichtig, um national gesinnte Letten davon zu überzeugen, dass die EU in dieser Hinsicht keine Neuauflage der Sowjetunion darstelle, wo das Russische die kleineren Sprachen verdrängte, sondern dass alle Sprachen innerhalb der EU Amtssprachen seien – dass also der lettischen Sprache durch den EU-Beitritt keine Gefahr drohe.⁴³

Um den Argumenten der EU-Gegner zu widersprechen, welche die EU immer wieder mit der UdSSR verglichen und behaupteten, Lettland müsse nach dem EU-Beitritt um seine Souveränität fürchten, wurde in der „Lauku Avīze“ am 18. September in ihrer Europa-Beilage eine Übersicht veröffentlicht, in der die Unterschiede zwischen der Sowjetunion und der EU vereinfacht dargestellt wurden.⁴⁴ So wurde z.B. betont, dass Lettland nach einem demokratischen Referendum aus freien Stücken beitreten werde – ohne jeglichen Zwang militärischer oder politischer Art. In einem Unterpunkt, der die Repressionen und Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der UdSSR thematisierte, wurde betont, dass eine solche Situation für die EU undenkbar sei. Als Garanten für Demokratie und Pluralismus wurde u.a. das Mehrparteiensystem in den EU-Staaten genannt. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass Lettland als Mitgliedstaat innerhalb der EU-Strukturen eine Stimme in der EU haben werde und die nationalen Interessen der Teilstaaten in der EU berücksichtigt würden. Schließlich wurde unterstrichen, dass alle Staatssprachen der EU-Staa-

⁴² Im Gegensatz zum Lettischen, so unterstrich Zālīte, würde das Russische nicht den Status einer offiziellen EU-Sprache erhalten: *Vai latviešu valoda ES izdzīvos?* [Wird die lettische Sprache in der EU überleben?], in: *Lauku Avīze* v. 4. September 2003, S. 11.

⁴³ Zur Russifizierung in der Sowjetunion vgl. Dietrich Loeber, *Russifizierung in den baltischen Ländern – einst und jetzt*, in: *Baltisches Jahrbuch* 5 (1988), S. 144-163.

⁴⁴ *Atšķirības starp Padomju Savienību un Eiropas Savienību* [Die Unterschiede zwischen der Sowjetunion und der Europäischen Union], in: *Lauku Avīze* v. 18. September 2003.

ten offizielle Sprachen der EU seien – im Gegensatz zur Russifizierung während der Sowjetzeit.

In der Tageszeitung „Diena“ kamen unterschiedliche Meinungen zu Wort: In der Rubrik „Standpunkte“ wurden immer wieder verschiedene Stimmen zum EU-Beitritt abgedruckt, wobei man vor allem Personen befragte, deren berufliche Karriere Vorbildcharakter hatte.⁴⁵ Es überwogen die Aussagen derer, die sich für den Beitritt aussprachen.⁴⁶ Außerdem wurden immer wieder Stellungnahmen von lettischen Experten⁴⁷ publiziert, so am 19. September 2003: Sie beantworteten die Frage „Was würde Lettland verlieren, wenn es nein sagt“, im Tenor so: „Ein ‚Nein‘ zerstört den Sicherheitskreis“.⁴⁸ In der „Diena“ wurden auch Berichte über konkrete Beispiele gebracht, wo Lettland von den EU-Strukturfonds profitieren könnte, z.B. für den Ausbau des Tourismus auch im ländlichen Bereich⁴⁹ oder über das bereits begonnene Straßenprojekt „Baltijas ceļš“.⁵⁰

Doch trotz der tendenziell sachlicheren Darstellung – im Vergleich zur „Lauku Avīze“ – wurden auch in der „Diena“ klar die Emotionen der Letten angesprochen und die historische Bedeutung der Beitrittsentscheidung betont. So wurde in der Ausgabe am Tag des Beitritts eine Großaufnahme der Kalenderdemonstrationen⁵¹ vom 14.

⁴⁵ Vgl. z.B. Kāpēc jūs gribat/negribat, lai Latvija iestātos ES? [Warum wollten Sie/wollen Sie nicht, dass Lettland der EU beitrifft?], in: Diena v. 10. September 2003. In der ersten Septemberhälfte wurden auf Seite 2 der „Diena“ unter der Rubrik „viedokļi – ES uzskatu!“ [Standpunkte – Ich denke EU] fast täglich Meinungen von vier Personen mit verschiedenen Berufsbildern abgedruckt. Am 10. September 2008 wurden die Vorstandsvorsitzende der Firma „Lauma“, ein Opernsänger, ein Bauer und ein Großfarmer sowie der Leiter des Informationszentrums des Landkreises Ogre befragt.

⁴⁶ Ebenda. So sprachen sich von vier Befragten drei für den Beitritt aus. Die Argumente der Befürworter waren wesentlich besser als die des EU-Gegners, dessen Standpunkt vage blieb und nur unklare Befürchtungen formulierte.

⁴⁷ Als Expertenmeinungen wurden die Gastkommentare der Außenministerin Sandra Kalniete, der Politologin Vita Matīsa, des Rechtsexperten und Richters Egils Levits und des Direktor des Schlossmuseums Rundāle, Imants Lancmanis abgedruckt. Vgl. Ko Latvija zaudētu, sakot nē? [Was würde Lettland verlieren, wenn es nein sagt?], in: Diena v. 19. September 2003.

⁴⁸ „Nē“ pārraus drošības loku, in: Diena v. 19. September 2003. Auf Seite 1 wurde eine Europakarte gezeigt, auf der Lettland als einziger Beitrittskandidat nicht der EU beigetreten war: Lettland war ein schwarzer Fleck am Rande der blau dargestellten EU, direkt angrenzend an die in rot dargestellten ehemalige Sowjetrepubliken Russland, Belarus, Ukraine.

⁴⁹ Pietrūkst naudas lauku tūrismam [Geldmangel für Landtourismus], in: Diena v. 10. September 2003.

⁵⁰ Baltijas ceļš par ES naudu [Die Via Baltica bezahlt von EU-Geldern], in: Diena v. 10. September 2003. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung im September 2003 finanzierten die baltischen Staaten noch 25% der Kosten selbst; nach dem Beitritt sollten es nur noch 15% sein, da sie als EU-Staaten höhere Ansprüche hätten.

⁵¹ Die erste so genannte Kalenderdemonstration fand am 14. Juni 1987 statt, um an die

Juni 1988 veröffentlicht, auf der das Plakat zu sehen war: „Ein freies Lettland in einem geeinten Europa“.⁵² Kommentiert wurde das Bild mit der Aussage: „14. Juni 1988 – schon zu Atmoda-Zeiten war unser Ziel klar“.⁵³

In der „Diena“ wurde am Tag des Referendums zudem die hoffnungsvolle, zuversichtliche Rede veröffentlicht, die die lettische Präsidentin Vīķe-Freiberga am Abend vor dem Referendum auf dem Domplatz in Riga gehalten hatte.⁵⁴ Außerdem wurden die Kommentare ihres estnischen und litauischen Amtskollegen abgedruckt, in denen alle drei baltischen Präsidenten noch einmal die historische Bedeutung des EU-Beitritts nicht nur für Lettland, sondern für die ganze Region unterstrichen und die Einigkeit der baltischen Staaten beschworen. Damit wurde wiederum an die Einigkeit der Balten im Kampf um die Unabhängigkeit von der UdSSR und die Kooperation der Volksfrontbewegungen am Ende der 1980er Jahre angeknüpft.⁵⁵

Exkurs: Die EU-Berichterstattung vor dem Referendum in russischsprachigen Medien

Die Berichterstattung in den russischsprachigen Zeitungen⁵⁶ zur EU und zum EU-Beitritt war geringer als in den lettischsprachigen Zei-

Deportationen des 14. Juni 1941 zu erinnern. Es war der Startschuss zu weiteren Demonstrationen und Gedenkfeiern, die die lettische Unabhängigkeitsbewegung der 1980er Jahre begleiteten und immer an den für die Letten historisch denkwürdigen Tagen stattfanden. Vgl. Rasma Karklins, *Ethnopolitics and Transition to Democracy. The Collapse of the USSR and Latvia*. Washington, D.C. 1994, S. 95.

⁵² Brīvu Latviju, vienotā Eiropā [Ein freies Lettland im vereinigten Europa], in: *Diena* v. 20. September 2003.

⁵³ 1988. gada 14. jūnijs. Jau atmodas laikā mūsu mērķis bija skaidrs, vgl. ebenda.

⁵⁴ Lepnums, pašapziņa un pašapālvība teikt jā [Der Stolz, das Selbstbewusstsein und das Selbstvertrauen sagt ja], in: *Diena* v. 20. September 2003.

⁵⁵ Vgl. ebenda: Rolandas Paksas [litauischer Präsident], Balsojiet par valsts nākotni! [Stimmen Sie für die Zukunft Ihres Landes]; Arnold Rūtelis [estnischer Präsident] Pirmoreiz varam izvēlēties sabiedrotos [Zum ersten Mal können wir unsere Verbündeten auswählen].

⁵⁶ Bei der Analyse wurde die Berichterstattung in der russischsprachigen Tageszeitung „Telegraf“ betrachtet. Von den russischsprachigen Zeitungen in Lettland war zum Zeitpunkt des EU-Referendums der „Telegraf“ die seriöseste Zeitung, die sich auch um eine breit gefächerte Darstellung aller Themen bemühte. Zudem orientiert sich der „Telegraf“ mehr an der russischsprachigen Leserschaft, die über die lettische Staatsbürgerschaft verfügt. Die beiden anderen großen russischsprachigen Zeitungen, „Vesti Segodnja“ und „Čas“, sind als Regenbogenpresse einzustufen. Da sich beide Zeitungen auf Themen konzentrieren, die speziell für die russischsprachige Bevölkerung von Interesse sind, beschäftigten sie sich zu diesem Zeitpunkt v.a. mit der Schulreform. Das Thema EU-Beitritt war von untergeordneter Bedeutung. Dies erklärt sich auch daraus, dass die überwiegende Mehrheit der

tungen. Dies erklärt sich zum Teil daraus, dass ein großer Anteil der russischsprachigen Bevölkerung als „Nichtbürger“ nicht abstimmungsberechtigt war.⁵⁷

Statt den EU-Beitritt auf breiter Basis zu thematisieren, stand in den russischsprachigen Zeitungen zu diesem Zeitpunkt v.a. die Schulreform in Lettland im Fokus. Die Schulreform war im September 2003 das dominierende Thema für die russischsprachige Bevölkerung, denn das Schuljahr hatte gerade begonnen und die Umsetzung der Reform war für das kommende Jahr beschlossen worden: Mit dem Schuljahresbeginn 2004 wurde an russischsprachigen Schulen die Reform umgesetzt, der zufolge in der Sekundarstufe 60% des Unterrichts auf Lettisch abgehalten werden sollten.⁵⁸ Die Erhaltung der russischsprachigen Schulen in ihrer bisherigen Form wurde von Reformgegnern zum Symbol der Erhaltung der russischen Identität in Lettland stilisiert. Besonders „Štab“ („Hauptquartier für die Verteidigung der Russischen Schulen“) organisierte eine Reihe von Großdemonstrationen.⁵⁹ So protestierten am 4. September 2003 ca. 5 000 Menschen gegen die Schulreform.⁶⁰

Die Präsenz von Regierungsmitgliedern oder hohen Vertretern der EU wurde von den Aktivisten der Gruppierungen, die sich für den Erhalt der russischsprachigen Schulen in ihrer bisherigen Form einsetzten, als Plattform genutzt. Dabei wurde u.a. das Motto ausgege-

„Vesti Segodnja“-Leser nicht abstimmungsberechtigt war. Vgl. hierzu: Sergejs Kruks u. Ilze Sulmane, *Pilsoniskās sabiedrības attīstība un sabiedrības integrācija* [Zivilgesellschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Integration], Rīga 2002, S. 16 f.

⁵⁷ Am 15. Oktober 1991 beschloss der Oberste Sowjet Lettlands, dass nur diejenigen Einwohner Lettlands (bzw. deren Nachfahren) automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten sollten, die historisch, also bereits vor 1940, in Lettland ansässig gewesen waren. Dazu gehörte etwa ein Drittel der russischsprachigen Bevölkerung. Ca. 740 000 meist russischsprachige Sowjetbürger konnten jedoch die lettische Staatsbürgerschaft erst schrittweise nach Verabschiedung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1994 bzw. der Einführung des lettischen Naturalisierungsverfahrens am 1. Januar 1995 beantragen. Bis 1998 war die lettische Staatsbürgerschaftsgesetzgebung sehr restriktiv, die Naturalisierung verlief auch danach schleppend. Daher gab es zum Zeitpunkt des EU-Referendums noch immer über 500 000 russischsprachige Nichtbürger.

⁵⁸ Zur Entwicklung der russisch- und lettischsprachigen Schulen seit der Sowjetzeit vgl. David J. Galbreath u. Mary Elizabeth Galvin, *The Titularization of Latvian Secondary Schools. The Historical Legacy of Soviet Policy Implementation*, in: *Journal of Baltic Studies* 36 (2005), S. 449-464, hier S. 454.

⁵⁹ Bei „Štab začity russkich škol“ („Hauptquartier für die Verteidigung der Russischen Schulen“), kurz „Štab“, handelt es sich um keine offiziell registrierte Organisation. Es gibt jedoch enge Verbindungen zur Partei PCTVL, die im lettischen Parlament vertreten ist und vor allem die russischsprachige Wählerschaft anspricht.

⁶⁰ *Zapretami problemu ne rešīs* [Man kann Probleme nicht mit Verboten lösen], in: *Telegraf* v. 5. September 2003.

ben: „Keine Reform, ja zu den Schulen, ja zu Europa; nein zu den Schulen, nein zu Europa.“⁶¹ Die Demonstranten gegen die Schulreform knüpften also das „Ja“ der (abstimmungsberechtigten) russischsprachigen Bevölkerung Lettlands an den Erhalt der russischsprachigen Schulen. Jedoch waren nicht alle Gruppierungen, die für den Erhalt der russischsprachigen Schulen demonstrierten, automatisch EU-Gegner. Die Organisation „LAŠOR“ („Vereinigung für die Unterstützung russischsprachiger Schulen in Lettland“)⁶² forderte Lettlands russischsprachige Bevölkerung auf, für den Beitritt zu stimmen: „Für ein vereinigtes Europa mit russischen Schulen“.⁶³ Denn es gab durchaus auch Angehörige der russischsprachigen Bevölkerung, die sich dessen bewusst waren, dass der Druck der EU auf die Naturalisierungs- und Sprachengesetzgebung im Vorfeld der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit Lettland dafür gesorgt hatte, die lettischen Gesetze zu liberalisieren.

Die EU-Berichterstattung in den russischsprachigen Medien war allgemein wesentlich distanzierter. Sie griff im Gegensatz zu den lettischen Medien auch Argumente von EU-Gegnern in Westeuropa auf. So berichtete der „Telegraf“ ausführlich über die britische Kampagne „Keep the Pound – No surrender, stuff the EURO rule Britannia“.⁶⁴ Damit wurde den russischsprachigen Lesern ein völlig anderes Bild als den lettischsprachigen Lesern der lettischen Zeitungen vermittelt: Demzufolge war die EU nicht der einzig mögliche Weg für Lettland; es gebe auch andere Staaten, die eigene Wege gehen würden. In der Berichterstattung über Europa und die EU wurden auch die sozialen Unterschiede, z.B. unterschiedlich hohe Bezüge bei Kindergeld oder Pensionen, innerhalb der EU thematisiert und darauf hingewiesen, dass ein EU-Beitritt keine sozialen Garantien beinhalte.⁶⁵ Dies war für die in Lettland traditionell eher am linken politischen Spektrum verortete russischsprachige Bevölkerung ein wichtiger Punkt.⁶⁶

⁶¹ Plakatspruch protestierender Eltern von betroffenen Schülern während eines Besuchs von Vaira Vīķe-Freiberga in der russischen Schule Nr. 19 in Riga: Pokolenie next caditsja sa party [Die nächste Generation sitzt hinter den Schulpulten], in: Telegraf v. 2. September 2003.

⁶² LAŠOR = Latvijskaja Asociacija v podderžku škol s obučenijem na ruskom jazyke.

⁶³ Vgl. LAŠOR krievvalodigos aicina balsot par [LAŠOR ruft die russischsprachige Bevölkerung auf, dafür zu stimmen], in: Diena v. 20. September 2003.

⁶⁴ Neblagoprijatnyj ischod [Ungünstiger Ausgang], in: Telegraf v. 19. September 2003.

⁶⁵ Brak bez garantij. Vstuplenie v ES ne poblijaet na razmery pensij i posobij [Ehe ohne Garantie. Der Beitritt zur EU wird die Höhe der Renten und staatlichen Beihilfen nicht beeinflussen], in: Telegraf v. 3. September 2003.

⁶⁶ Themen wie soziale Gerechtigkeit werden in Lettland vor allem von den „Russensparteien“ diskutiert.

Darüber hinaus wurden in der russischsprachigen Presse die hohen Kosten der EU-Werbekampagne kritisiert, verbunden mit Korruptionsvorwürfen und der Frage, ob die EU-Gelder wirklich alle in die EU-Medienkampagne in Lettland geflossen seien.⁶⁷

Russischsprachige Bevölkerung versus Letten? Das Abstimmungsverhalten beim Referendum

Im Referendum am 20. September 2003 sprachen sich 66,96% der Wahlberechtigten in Lettland für den Beitritt aus – bei einer hohen Wahlbeteiligung von 72,5%. Nach dem Referendum folgte eine ausführliche Analyse des Abstimmungsverhaltens mit dem Ergebnis, dass in den überwiegend von russischsprachigen Letten bewohnten östlichen Landesteilen die Mehrheit gegen den EU-Beitritt gestimmt hatte. In dem regionalen baltischen Ableger der russischen Tageszeitung „Kommersant“ erschien die Schlagzeile: „Letten dafür – Russen dagegen“.⁶⁸

In der Region Daugavpils – wo laut lettischer Statistik nur 17,4% Letten wohnen⁶⁹ – stimmten nur 31% für den Beitritt.⁷⁰ Die Region ist auch deshalb relativ repräsentativ für das Abstimmungsverhalten der Russen, weil hier viele Angehörige der historischen russischsprachigen Minderheit Lettlands leben – so auch die Altgläubigen, orthodoxe Christen, die im 17. Jahrhundert aufgrund der russischen Kirchenreformen nach Lettgallen flohen.⁷¹ Da diese historisch gewachsene russische Minderheit 1991 automatisch die lettische Staatsbürgerschaft verliehen bekam – denn sie erfüllte das Kriterium schon vor Beginn der Okkupation 1940, Staatsbürger Lettlands gewesen zu sein –, waren sie auch beim EU-Referendum abstimmungsberechtigt.

⁶⁷ Million na evropejskoe sčast'e. Kuda ušli den'gi, vydelennye na propagandy ES [Eine Million für das europäische Glück. Wohin floss das Geld, das für EU-Propaganda bereitgestellt wurde], in: Telegraf v. 2. September 2003.

⁶⁸ Latiši – „za“, russkie – „protiv“ [Letten – „dafür“, Russen – „dagegen“], in: Kommersant Baltic Daily v. 22. September 2003.

⁶⁹ Von 106 168 Einwohnern in Daugavpils sind nach statistischen Angaben nur 18 520 ethnische Letten, vgl. Zahlen auf Anfrage: Īpašu uzdevumu ministra sabiedrības integrācijas lietās sekretariāts [Sekretariat des Ministers für soziale Integration], Latvijas iedzīvotāju sadalījums pēc nacionālā sastāva un valstiskās piederības [Die Aufteilung der Einwohner Lettlands nach nationaler Zusammensetzung und staatlicher Zugehörigkeit] v. 1. Januar 2008.

⁷⁰ Grafik Abstimmungsverhalten, in: Kommersant Baltic Daily v. 22. September 2003.

⁷¹ Ilga Apine u. Vladislavs Volkovs, Latvijas krievu identitāte: vēsturisks un socioloģisks apcerējums [Die Identität der lettländischen Russen: eine geschichtliche und soziologische Abhandlung]. Rīga 2007, hier S. 16.

Das Ergebnis – Letten hatten überwiegend für den EU-Beitritt, Russen dagegen gestimmt – bestätigte die gängige Meinung vieler Letten über die russischsprachige Bevölkerung des Landes. Es schien zudem im Nachhinein die rigide Staatsbürgerschaftsgesetzgebung nach der Unabhängigkeit Lettlands zu rechtfertigen. Diese hatte dafür gesorgt, dass Tausende von „sowjetischen Kolonisten“ und „Okkupanten“, die während der Sowjetzeit zumeist als Arbeitsmigranten nach Lettland kamen, 1991 nicht sofort die lettische Staatsbürgerschaft erhielten.⁷² Noch heute wird von vielen lettischen Politikern und Meinungsforschern die Meinung vertreten, dass der lettische Staat erst „Nägel mit Köpfen machen“ und seine Unabhängigkeit (von Russland) durch die Integration in westliche Strukturen (EU- und NATO-Beitritt) absichern musste, bevor die während der Sowjetzeit Zugezogenen integriert werden konnten.

Allerdings ist die Gleichung – Regionen mit einem hohen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung stimmten gegen den Beitritt, also sei die russischsprachige Bevölkerung *per se* gegen den EU-Beitritt – eine zu vereinfachte Erklärung der lettischen Verhältnisse. Es deckt sich auch nicht mit den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfragen von 1995–2002, die belegen, dass die russischsprachige Bevölkerung vor der Phase des „Beitrittswahlkampfes“ nur unwesentlich kritischer zum EU-Beitritt eingestellt war als viele Letten.⁷³

Sicherlich lässt die Analyse des EU-Referendums die Schlussfolgerung zu, dass der Anteil der EU-Gegner unter den Angehörigen der russischsprachigen Bevölkerung höher sei. Doch ist es notwendig, hier nach den Gründen zu fragen. Aufgrund der wesentlich kritischeren Berichterstattung in den russischen Medien wurde bei Lettlands russischer Bevölkerung eher eine ablehnende Haltung unterstützt – insbesondere vor dem Hintergrund der Schulreform, die bei vielen Angehörigen der russischsprachigen Bevölkerung das Gefühl hervorrief, die EU schaue tatenlos zu, wie der lettische Staat sie ihrer als Grundrecht empfundenen Schulautonomie beraube.⁷⁴

⁷² In den 1960er, 70er und 80er Jahren kamen Tausende in der Regel russische oder russischsprachige Arbeitskräfte für die neu gegründeten Industriekombinate nach Lettland. Wie der britische Geograf Graham Smith errechnet hat, war seit den 60er Jahren die Netto-Zuwanderung aus den „nicht-lettischen“ Sowjetrepubliken (v.a. der russischen SSR) für mehr als die Hälfte des allgemeinen Bevölkerungswachstums in Lettland verantwortlich. Vgl. Graham Smith, Die Probleme des Nationalsozialismus in den drei baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, in: *Acta Baltica* 21 (1982), S. 143-177, hier S. 153.

⁷³ Eurobarometer 5 (1995), Anhang Grafik 9 ff; Vgl. auch Muiznieks, Kehris, *The European Union* (Anm. 8).

⁷⁴ Zur Wirkung der Schulreform auf die russischsprachige Bevölkerung vgl. Reform – the

In Bezug auf Bewohner der lettischen Grenzregion zu Russland, die mehrheitlich gegen den Beitritt stimmten, ist zudem relevant, dass diese Region unter dem Zusammenbruch der UdSSR und der damit einhergehenden Abtrennung von Russland durch Grenze und Visumpflicht und der Neuorientierung nach Westen besonders gelitten hatte. Während ihre Bewohner vor dem Zerfall der UdSSR problemlos Verwandte oder Freunde in Russland besuchen konnten, müssen sie nun an einer massiv abgesicherten Grenze warten, die Lettland von Russland trennt.⁷⁵ Während Städte wie Daugavpils früher auf dem Weg von Riga ins Zentrum der UdSSR lagen, wurde die Region durch die politischen Entwicklungen seit 1991 zur strukturschwachen Grenzregion und ist nun ein Außenposten der EU. Bei der Beurteilung des Abstimmungsverhaltens der russischsprachigen Bevölkerung müssen auch diese Hintergründe berücksichtigt werden.

Wie gezeigt wurde, war der Wahlkampf der politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Elite Lettlands sehr stark von emotionalen Argumenten getragen. Es gab kaum pragmatische Informationskampagnen mit sachlichen Argumentationen, die darauf angelegt waren, die Bevölkerung über die EU und ihre Strukturen zu informieren. So wurde praktisch kaum erklärt, wie die Europäische Union funktioniert und was in den Kompetenzbereich der EU-Behörden fällt und was nicht. Um die Letten für das „Ja“ zum Beitritt zu mobilisieren und die Wahlbeteiligung zu steigern, wurde betont, dass es sich um Lettlands zweite Schicksalsentscheidung handele. Dabei wurde die EU als Gegenpol zu Russland stilisiert. Statt die Möglichkeit der Funktion Lettlands als Brücke von Ost nach West bzw. von Russland zur EU hervorzuheben, wurde die notwendige Abgrenzung und Absicherung vor dem Feind im Osten, dem unberechenbaren „russi-

last drop, in: Policy.lv Online v. 9. Mai 2004, in: <http://www.politika.lv/en/topics/education/16013/> [letzter Zugriff: 26.6.2009]; Zur Schulautonomie aus historischer Sicht vgl. Detlef Henning, Die Sprachenpolitik und die Gewährleistung des Bildungswesens nationaler Minderheiten in Lettland, in: Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Cornelius Hasselblatt. Hamburg 1995, S. 257-281, hier S. 261 f.

⁷⁵ Wie der Teilnehmer einer Studie aus der lettischen Grenzregion im Dreiländereck Estland/Lettland/Russland zu Protokoll gab: „We never used to think of ourselves as living in some kind of far-away place. On the contrary, we were so close to everything here: Riga, Leningrad, Pskov, even Novgorod was close to us! But now... Riga is far, even Tartu is far, and Tallinn is ‚very‘ far. And all the rest are equally cut off. So yes. This has become the bottom end of Latvia, the end of the road, a dead end if you like.“ Vgl. Laura Assmuth, To Which State to Belong? Ethnicity and Citizenship at Russia’s new EU-borders, in: Culture and Power at the Edges of the State. National support and subversion in European border regions, hrsg. v. Thomas M. Wilson u. Hastings Donnan. Münster 2005, S. 255-288, hier S. 278.

schen Bären“ akzentuiert. Somit kann es kaum erstaunen, dass sich die russischsprachige Bevölkerung Lettlands von diesen Argumenten weniger überzeugen ließ.

Ausblick: Lettland nach dem EU-Beitritt

Aktuell haben die EU-Skeptiker wieder die Oberhand gewonnen – der Trend bleibt negativ. Laut den für das Eurobarometer durchgeführten Umfragen unterstützten im Frühjahr 2008 nur noch 29% der Letten die Mitgliedschaft Lettlands in der EU.⁷⁶ Verglichen mit 2007 entspricht das einem Rückgang von 8%.⁷⁷ Laut der vom lettischen Markt- und Meinungsforschungsinstitut „SKDS“ im Mai 2008 durchgeführten Umfrage schätzen sogar nur 24,2% der Einwohner Lettlands den EU-Beitritt positiv ein.⁷⁸ 39,6% vertraten eine neutrale Einstellung zur EU, während 28,8% die Mitgliedschaft Lettlands in der EU negativ bewerteten.⁷⁹ Die negative Einstellung zur EU ist laut Forschungsergebnissen besonders bei der älteren (über 55-jährigen) und ländlichen Bevölkerung zu finden, bei Personen mit niedrigem Bildungsstand sowie den Einwohnern von Kurland und bei den nicht-lettischen Bevölkerungsteilen.⁸⁰

Zahlreiche Debatten in Lettland zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung und teilweise auch die lettischen Parlamentsabgeordneten noch immer ein diffuses Bild von der Macht und den Kompetenzen der EU haben. So wurde z.B. im Dezember 2005 in Lettland die Verfassung geändert, um die Ehe zwischen Mann und Frau zu schützen.⁸¹ In ihrer Argumentation beschworen lettische Parla-

⁷⁶ Support for Membership of the European Union, in: Standard Eurobarometer 69. Public Opinion in the European Union, Juni 2008, S. 23-26, hier S. 24. Die Umfragen wurden zwischen März und Mai 2008 durchgeführt.

⁷⁷ Aktuell liegt Lettland damit auf dem letzten Platz in der Statistik aller EU-Staaten. Die Mehrheit der Einwohner Lettlands (52%) schätzte die Mitgliedschaft neutral, also weder gut noch schlecht ein. Vgl. ebenda, S. 24 f.

⁷⁸ Tirgus un sabiedriskās domas pētījumu centrs (SKDS) [Zentrum für Markt- und Gesellschaftsforschung], *Atteiksmes pret Latvijas dalību Eiropas Savienībā. Latvijas iedzīvotāju aptauja* [Einstellung zur Mitgliedschaft in der EU. Umfrage unter den Einwohnern Lettlands]. Riga 2008, S. 7.

⁷⁹ Ebenda; 7,4% der Befragten machten keine Angabe bzw. konnten sich zwischen keiner der Antworten entscheiden.

⁸⁰ Ebenda, S. 8 f. Die Einwohner Lettlands mit Nichtbürgerstatus schätzten die EU-Mitgliedschaft zu 38,3% negativ ein.

⁸¹ Vgl. Dita Arāja, *Satversmē nostiprina laulību* [Die Verfassung stärkt die Ehe], in: *Diena* v. 16. Dezember 2005. S. auch Aron Eglitis, *MPs ban same-sex marriages*, in: *Baltic Times* v. 22. Dezember 2005–4. Januar 2006.

mentsabgeordnete die Gefahr herauf, Brüssel könne von Lettland die Einführung der „Schwulen-Ehe“ fordern, wenn dies nicht durch die Verfassung ausgeschlossen sei – eine definitive Überschätzung Brüsseler Befugnisse.

Gründe der EU-Skepsis finden sich auch in der wirtschaftlich kritischen Lage des Landes. Lettland verzeichnete besonders nach dem Beitritt zur EU einen enormen Preisanstieg, im Mai 2008 erreichte die Inflationsrate in Lettland die Höchstmarke von 17,9%.⁸² In den Augen vieler Bürger, denen zuerst die hohe Inflation und seit Ende 2008 die Wirtschaftskrise mit den einher gehenden Lohnsteigerungen ihren bescheidenen Wohlstand rauben, scheint der EU-Beitritt wenig Vorteile gebracht zu haben. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die EU-Skepsis in Lettland zunimmt. Das Vertrauen der Letten in EU-Institutionen ist dennoch relativ hoch – verglichen mit dem Vertrauen in die eigenen nationalen Strukturen. Laut dem Eurobarometer 2008 hatten 46% der lettischen Bevölkerung Vertrauen in die EU, während nur 12% dem eigenen lettischen Parlament vertrauen.⁸³ Dies erklärt den Umstand, dass die Mehrheit der Letten (39,6%) zwar kein sehr positives, jedoch auch kein sehr negatives Image von der EU hat und der EU-Mitgliedschaft eher neutral und nüchtern gegenübersteht. Die EU wird als Machtbalance zur eigenen Regierung geschätzt, die weitgehend als korrupt gilt – nicht mehr und nicht weniger. Von der Erfüllung des europäischen Traums für Lettland kann indes keine Rede sein.

⁸² Alf Vanags u. Mortens Hansen, Stagflation in Latvia. How Long, How Far, How Deep?, SSE Riga, BICEPS Occasional Paper Nr. 4, S. 3. Vgl. <http://www.biceps.org/files/Inflation%202008%20web%20page%20version%20170908.pdf> [letzter Zugriff: 26.6.2009].

⁸³ Standard Eurobarometer 69. Public Opinion in the European Union, Executive Summary (Spring 2008), S. 5.

Journalistische Produktion und ethnische Diversität: Journalisten mit Migrationshintergrund in Deutschland und Schweden

von Heike Graf

Summary

This article presents first results of a case study conducted in the frame of a larger research project on ethnic diversity in German and Swedish newsrooms, which started in January 2007 and was funded by the Baltic Sea Foundation, Sweden. My article is based on semi-structured face-to-face interviews with journalists with migrant backgrounds from the first and second generation of migrants, working within and with main stream media of the host country, about their experience of trans-cultural communication at their places of employment. Starting from the difference-theoretical approach of the distinction between inclusion and exclusion the article wants to empirically examine how ethnicity functions in employment, job conditions, and career possibilities. In the interviews the journalists observe their environment by drawing distinctions. Applying the constructivistic approach that everything could be differently observed I am interested in the distinctions made by the interviewees. The interviewees in both countries make one important distinction in their descriptions: the distinction between competence and incompetence in relation to ethnicity. If an interviewee has reasons to feel a lack of competence due to his or her migration origin he or she pays more attention to the ethnic background when it comes to job conditions and career possibilities. As a result, failures in the career and exclusion from assignments are often explained with ethnic origin. Those who regard migrant origin as an advantage or as part of competence generally speak more of experiences of inclusion and ascribe failures in the career to general market and job conditions. These distinctions have also to do with a media environment that allows and generates inequalities based on ethnicity.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit inter- bzw. transkultureller Kommunikation in den Redaktionen der Mehrheitsmedien. Gemeint ist die Kommunikation zwischen Differentem, d.h. zwi-

schen Redakteuren mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund, und die Herstellung von Beziehung zwischen unterschiedlichen Kulturen.¹ Kultur ist hier dem Begriff der Nation vorzuziehen, weil die Kommunikation nicht nur auf die klassische Trias von Volk, Staat und Gebiet ausgerichtet ist, sondern eher allgemein auf ein Verständnis über unterschiedliche Orientierungen, die nicht nur diese Trias beinhalten. Im Sinne von Siegfried J. Schmidt ist Kultur ein dynamisches Programm für die „sozial verbindliche kommunikative Gesamtinterpretation des Wirklichkeitsmodells einer Gesellschaft“.² Diese Interpretation fällt bei unterschiedlicher kultureller Sozialisation umso unterschiedlicher aus. Die Vorsilbe „inter“ bezieht sich auf eine Beziehung zwischen zwei abgegrenzten kulturellen Einheiten. Oftmals gibt es diese festen Einheiten nicht mehr, vor allem bei den Journalisten, die der zweiten Generation mit Migrationshintergrund angehören. Sie sind sowohl mit der Kultur der Mehrheitsgesellschaft vertraut als auch mit der des Herkunftslandes. Hier passt die Vorsilbe „trans“ besser, die das Andere mit einbezieht und in der neue Kultur- und Lebensformen durch alte hindurchgehen.³

Der Beitrag basiert auf semistrukturierten *face-to-face*-Interviews, die im Rahmen eines Forschungsprojektes⁴ an der Södertörns högskola (Stockholm) durchgeführt werden und in denen Journalisten mit Migrationshintergrund über ihren Weg zur Anstellung, über ihre Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten in den Mehrheitsmedien berichten. In Deutschland wurden bislang 16 (neun Frauen und sieben Männer) und in Schweden zwölf (acht Frauen und vier Männer) einstündige Interviews im Frühjahr und Herbst 2007 durchgeführt. 15 Interviewte gehören zur ersten Generation der Einwanderer, der Rest zur zweiten. Die Interviewten befinden sich im Alter zwischen 24 und 61 Jahren und haben nord- und osteuropäi-

¹ Vgl. Miriam Meckel, Transkulturelles Medien- und Redaktionsmanagement, in: Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation, hrsg. v. Andreas Hepp u. Martin Löffelholz. Konstanz 2002, S. 301.

² Siegfried J. Schmidt, Kalte Faszination. Medien-Kultur-Wissenschaft in der Mediengesellschaft. Göttingen 2000, S. 35.

³ Nach Wolfgang Welsch, in: Martin Löffelholz u. Andreas Hepp, Transkulturelle Kommunikation. Einführung in die Grundlagentexte, in: Grundlagentexte (wie Anm. 1), S. 11-33, hier S. 15.

⁴ Das Forschungsprojekt „Mångfaldslinjer: Journalistisk produktion ur ett mångkulturellt perspektiv i Stockholm och Berlin“ [Journalistische Produktion aus der Perspektive von ethnischer Vielfalt in Stockholm und Berlin] begann im Januar 2007, endet im Dezember 2009 und wird von der Baltic Sea Foundation finanziert. An ihm sind zwei Kommunikationswissenschaftler und ein Soziologe beteiligt.

schen, asiatischen, nordafrikanischen und lateinamerikanischen Hintergrund. Weniger als die Hälfte ist fest angestellt, die meisten arbeiten auf der Basis von festen freien Verträgen oder freiberuflich und sind für audiovisuelle Medien tätig. Da den Interviewten Anonymität zugesichert wurde, wurden besonders in den Zitaten alle Angaben zur Identifikation der jeweiligen Person gestrichen. Da die Auswahl der Befragten nicht repräsentativ ist, wird kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben.

Die gesellschaftlichen Diskurse

Als im April 2007 die irakischstämmige Dunja Hayali als Co-Moderatorin des „Heute-Journals“ eingestellt wurde, erregte das in den Medien viel Aufmerksamkeit, denn sie ist die erste Nachrichtenmoderatorin mit Migrationshintergrund im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Deutschlands. Ihr Migrationshintergrund wurde zum Nachrichtenswert, und sie musste über 50 Interviews geben. Dunja Hayali spricht von einem „Migrationsbonus“, den viele Journalisten mit anderer Abstammung heute erleben würden.⁵

Seit zwei Jahren werden im deutschen Integrationsdiskurs auch Medienfragen thematisiert. Die Massenmedien gehören zwar nicht zum Kern des 2007 verabschiedeten nationalen Integrationsplans – im Gegensatz zu Fragen des Arbeitsmarktes und der Ausbildung von Migranten –, doch ist ihnen von der Bundesregierung eine besondere Verantwortung bei der Integration übertragen worden. Das mag verwundern, weil die Massenmedien als „vierte Gewalt“ im Staate (neben der Legislative, Judikative und Exekutive) eher den Staat kontrollieren als sich von ihm vereinnahmen lassen sollen. Der Integrationsplan betont zwar, dass die Massenmedien laut Artikel 5 des Grundgesetzes unabhängig seien, jedoch widerspreche das nicht der „Verantwortung im Prozess der gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten“.⁶ In der Pressemitteilung der Bundesregierung war beispielsweise deutlich zu lesen, dass es „nicht mehr darum [gehe], über

⁵ Dunja Hayali, in: *Draußen? Drinnen? Dazwischen? Migration und Medien: eine offene Beziehung*. Eine Kooperationsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung und des Adolf-Grimme-Instituts, Bundespresseamt Berlin: 29.–30.11. 2007.

⁶ Die Bundesregierung (2007): *Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen*, in: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan_property=publicationFile.pdf, S. 159 [letzter Zugriff: 1.8.2008].

Menschen ausländischer Herkunft zu berichten, sondern gemeinsam mit ihnen Programme und Medien zu gestalten“.⁷ Die Immigranten sind mithin nicht mehr nur Gegenstand der Medienberichterstattung, sondern sollen an der medialen Produktion auch beteiligt werden. Das wird als eine Maßnahme verstanden, in der Integration von Immigranten auch auf der Ebene der Informationsselektion und -verbreitung zu verstärken versucht wird.

Der Integrationsplan enthält einschlägige Verpflichtungserklärungen von Medien: Die öffentlich-rechtliche ARD verpflichtet sich, „durch gezielte Personalgewinnung und -entwicklung Redakteure, Autoren, Moderatoren und Schauspieler ausländischer Herkunft verstärkt [zu] fördern, die als positive Identifikationsfiguren an exponierter Stelle in den Programmen erscheinen sollen“. Und das ZDF will „die Berücksichtigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund systematisch fortführen und in den nächsten Jahren gezielte Maßnahmen ergreifen, sich einer bevölkerungsrepräsentativen Zusammensetzung des Redaktionspersonals anzunähern“.⁸ Es sollen zwei weitere Moderatoren mit Migrationshintergrund im Nachrichtenbereich eingesetzt sowie ein Redakteursposten für nicht-christliche Religionen vorbereitet werden. Die privaten Rundfunkanstalten dagegen lehnen eine positive Sonderbehandlung ab, da „ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger oder Menschen mit Migrationshintergrund bereits seit Jahren in allen Unternehmensbereichen präsent [sind] – z.B. als Journalisten, Autoren, Marketing- und Eventfachleute, Reporter, Schauspieler oder Moderatoren und alle „jungen Menschen [erhalten], ob mit oder ohne Migrationshintergrund, bei gleicher Eignung eine hoch qualifizierte Ausbildung, die es ihnen ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten und eine erfolgreiche berufliche Laufbahn einzuschlagen“. Lediglich RTL räumt ein, „junge Menschen mit Migrationshintergrund stärker im Sender integrieren [zu wollen]“.⁹ Die Presse hingegen ist eher reserviert, der „Verband Deutscher Zeitschriftenverleger“ (VDZ) verpflichtet sich lediglich, „aktiv auf die Zeitschriftenverlage zu[zuh]gehen, um mehr Bewusstsein für die Handlungsnot-

⁷ Die Bundesregierung (2007): Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Pressemitteilung, in: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2006/10/2006-10-10-ib-ag-medien-integration.html> [letzter Zugriff: 1.8.2007].

⁸ Die Bundesregierung (2007): Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen, in: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-12-nationaler-integrationsplan-kurzfassung, property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-12-nationaler-integrationsplan-kurzfassung_property=publicationFile.pdf), S. 19 [letzter Zugriff: 23.11.2007].

⁹ Ebenda.

wendigkeit zu schaffen und für die Entwicklung geeigneter integrationsfördernder Maßnahmen zu werben“.¹⁰

In Schweden stehen ebenfalls Fragen der Integration von Immigranten auf der politischen Agenda. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich der öffentliche Diskurs auf die ethnische Diskriminierung verlagert, mit dem Ziel, konkrete Hindernisse für die Integration abzubauen. 1999 – sieben Jahre früher als in Deutschland – wurde ein Antidiskriminierungsgesetz („Gesetz über Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von ethnischer und religiöser Zugehörigkeit sowie anderer Glaubensrichtung“) verabschiedet. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde auch der Medienbereich kritisch nach struktureller und institutioneller Diskriminierung befragt, was 2006 in einen staatlichen Bericht zur Rolle der Medien bei der strukturellen Diskriminierung mündete.¹¹ Darin heißt es, dass die Medien trotz einer globalen und multikulturellen Welt noch immer Vorstellungen von einer homogenen nationalen Gemeinschaft verbreiten, eine Kluft zwischen dem normalen eigenen „Wir“ und dem anderen fremden „Die“ aufbauen würden. Ethnische Minderheiten würden in der Berichterstattung negativ konnotiert und stereotyp dargestellt, Immigranten würden als Gefahr bezeichnet und oft mit Gewalt und Kriminalität in Verbindung gebracht. Die fehlende kulturelle Vielfalt in den Medienredaktionen sei ebenfalls beklagenswert. Lediglich drei Prozent der Journalisten hätten einen Migrationshintergrund bei einem Anteil von 17% an der Bevölkerung.¹² In Deutschland rechnet man mit ähnlichen Ziffern, obwohl keine verlässliche Untersuchung vorliegt.¹³

Aus wissenschaftlicher Sicht muss den staatlichen Berichten zur Diskriminierung vorgeworfen werden, dass die Beobachterperspektive, nämlich die Suche nach struktureller Diskriminierung, derart eingengt ist, dass andere (dem widersprechende) Perspektiven kaum Eingang in die Analyse finden können. Doch im Vergleich zu Deutsch-

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Vgl. Stig Arne Nohrstedt u. Leonor Camauër, *Mediernas Vi och Dom. Mediernas betydelse för den strukturella diskrimineringen* [Das „Wir“ und „Die“ der Medien. Die Bedeutung der Medien bei der strukturellen Diskriminierung]. Bd. 21, Stockholm 2006.

¹² Vgl. Monika Djerf-Pierre u. Anna Levin, *Mediefältets janusansikte: medieeliten, journalisterna och mångfalden* [Das Janusgesicht der Medien: Medieneliten, Journalisten und die Vielfalt], in: *Makten och mångfalden. Eliter och etnicitet i Sverige* [Die Macht und die Vielfalt. Eliten und Ethnizität in Schweden]. Bd. 12, Stockholm 2005, S. 166-226, hier S.172.

¹³ Vgl. Jamil Quaj, *More colour in the media. Employment and access of ethnic minorities to the television industry in Germany, the UK, France, the Netherlands and Finland*, hrsg. v. European Institute for the Media. Manchester 1999, S. 36.

land kann konstatiert werden, dass die Diskussion über Diskriminierung die Medienorganisationen gegenüber der Problematik von Migration und Vielfalt sensibilisiert hat. In Schweden verfügen heute viele Medienorganisationen über so genannte Pläne zur Förderung von kultureller Vielfalt. Eine Befragung von 103 schwedischen Medienorganisationen im Mai und Juni 2008 ergab, dass 87% Prozent der Befragten Maßnahmen zur kulturellen Vielfalt (wie z.B. die Beschäftigung von Journalisten mit Migrationshintergrund) als wichtig und sehr wichtig für die jeweilige Medienorganisation einschätzten, da sie gut für das Geschäft seien und die Berichterstattung in positiver Weise beeinflussten.¹⁴ Es liegt zwar keine vergleichbare Befragung zu Deutschland vor, doch 2006 erschien eine Expertise für Berlin, in der ausgewählte Vertreter von Medienorganisationen zur Beschäftigung von Migranten in den Medien interviewt wurden.¹⁵ Die Verfasser konstatieren, dass die Sensibilität in den Medienorganisationen für dieses Thema (noch) gering sei, dass ein „beträchtliches Unbehagen“ in den Medien gegenüber dem Thema existiere, was sich teils in einem geringen Interesse an einer Teilnahme an der Befragung, teils in einer „Unsicherheit im Umgang mit unserem Thema“ und teils auch in einer offenen Ablehnung des Themas äußerte. Letzteres zeigte sich darin, dass die Befragten die Migrantenfrage als irrelevant für den Journalismus einschätzten.¹⁶

Die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion

Das Projekt geht der Frage nach, welche Funktion Ethnizität im journalistischen Produktionskontext erhält. Oder mit anderen Worten: Macht Abstammung einen Unterschied aus? Unter welchen Umständen kommt dieser Unterschied zum Tragen? Um die Rolle von Ethnizität in der transkulturellen Kommunikation in den Nachrichtenredaktionen der Mehrheitsmedien analysieren zu können, wird eine theoretische Perspektive gewählt, die in Anlehnung an Rudolf Stich-

¹⁴ Die Befragung wurde im Rahmen unseres Forschungsprojektes durchgeführt und erste Ergebnisse von Gunilla Hultén vorgestellt: Gunilla Hultén, Diversity Drive: Ethnicity and Newsroom Cultures, paper presented at International Association for Media and Communication (IAMCR), 26th World Congress, Stockholm, July 20-25, 2008.

¹⁵ Vgl. Berliner Beiträge zur Integration und Migration: Expertise „Ausbildung von Volontären in den Medien“, hrsg. v. MMB Institut für Medien- und Kompetenzforschung. Berlin 2006, S. 2.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 14, 17.

weh von der Unterscheidung von Inklusion und Exklusion ausgeht.¹⁷ Inklusion und Exklusion bedeuten die Teilnahme und Nichtteilnahme an Kommunikation. Das ist insofern wichtig, da nach Niklas Luhmann unsere Gesellschaft aus nichts anderem als aus Kommunikation besteht.¹⁸ Für Journalisten ist das von besonderer Bedeutung, weil sie Themen für die Kommunikation in der Gesellschaft anbieten. Bei dieser Unterscheidung von Inklusion und Exklusion handelt es sich um eine hierarchische Opposition und damit um keine Entweder-oder-Opposition. Einer der beiden Begriffe dieser Unterscheidung kann als Oberbegriff fungieren.¹⁹ Damit kann Inklusion mit Exklusion korrespondieren und einen dynamischen Prozess konstituieren. Darauf ist bei den jeweiligen Zitaten aus den Interviews zurückzukommen.

Im Zusammenhang mit dem Einschluss und Ausschluss von Personen spricht Stichweh von zwei Mechanismen: vom situativen Mechanismus, d.h. die Adressierung (oder Nichtbezeichnung) von Personen, und vom strukturbildenden Mechanismus, d.h. die Erwartung, die im Verhältnis zur Person gebildet oder im Fall von Exklusion nicht gebildet wird und damit zu einer Kumulation von Ausschlüssen führt.²⁰ Der Integrationsplan bedient sich des situativen Mechanismus, denn er richtet sich an Journalisten mit Migrationshintergrund, die verstärkt an den Medienproduktionen beteiligt und damit in die Produktion integriert werden sollen. Strukturbildende Erwartungen werden in der Regel an die Medienorganisationen adressiert, die in die obigen Verpflichtungserklärungen münden. Lediglich ein Satz bezieht sich auf Erwartungen an die Journalisten mit Migrationshintergrund: „Redaktionspersonal, das Migrations- und Integrationsthemen nicht nur vom Hörensagen, sondern aus der eigenen Biographie heraus kennt, ist zur kompetenten, hintergründigen und schnellen Aufarbeitung von Integrationsthemen unerlässlich.“²¹ Hier wird eine Distinktion vorgenommen, die Journalisten mit Migrationshintergrund eine besondere Kompetenz für Integrationsfragen zuweist. Das kann Formen von Inklusion (der entsprechende Hintergrund) und Formen von Exklusion (der fehlende Hintergrund) auslösen und Vor- und Nachteile für die jeweiligen Journalisten beinhalten. Diese

¹⁷ Rudolf Stichweh, *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*. Bielefeld 2005.

¹⁸ Niklas Luhmann, *Organisation und Entscheidung*. 2. Auflage, Wiesbaden 2006.

¹⁹ Vgl. Stichweh, *Inklusion* (wie Anm. 18), S. 62.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 135 f.

²¹ Die Bundesregierung (wie Anm. 7), S. 159 f.

Unterscheidung kann situativ sein und damit temporär, jedoch auch einen kumulativen Effekt haben und damit Ungleichheiten entstehen lassen. Ein Beispiel aus den Interviews: Einer der Befragten berichtete, dass er vor 20 Jahren als ausgebildeter Filmwissenschaftler nach Deutschland kam und der Presse Artikel über Filme anbot. Keine Zeitung akzeptierte dieses Thema von ihm, da sie bei seinem ethnischen Hintergrund andere Themen erwartete. Schließlich, um seine Subsistenz zu sichern, gab er auf und konzentrierte sich auf die von ihm erwarteten Themen. Bei seinem Hintergrund wurden nur landesspezifische Themen gefordert, und er wurde von anderen Themen (obwohl er der ausgebildete Experte war) ausgeschlossen.²²

Im Folgenden soll die transkulturelle Kommunikation aus der Sicht der Unterscheidung von Inklusion und Exklusion näher untersucht werden. Die Beispiele basieren auf den im Rahmen des laufenden Forschungsprojektes durchgeführten Interviews. Da es sich in den Interviews um Beobachtungen handelt, kann aus konstruktivistischer Perspektive festgehalten werden, dass es so viele beobachtete Wirklichkeiten wie Beobachter gibt. Da Beobachtungen auf Unterscheidungen²³ basieren, ist es an dieser Stelle interessant, welche Unterscheidungen die Interviewten bei ihren Beobachtungen treffen. Die Unterscheidungen der Interviewten in beiden Ländern sind nicht grundsätzlich verschieden, sondern weisen in der Regel mehr Gemeinsamkeiten auf. Der Artikel stellt daher eine Auswahl dar, die sich auf wiederkehrende Beobachtungen und damit wiederkehrende Unterscheidungen fokussiert.

Inklusion in Medienorganisationen – Anstellung

Weil der Journalismus sowohl in Deutschland als auch in Schweden ein freier, d.h. kein geschützter Beruf ist, fordern viele Medienorganisationen einen geregelten Berufszugang. Üblicherweise ist ein Volontariat in mehreren Redaktionen der jeweiligen Medienorganisation die Regel, bevor ein Journalist angestellt wird. Viele Medienorganisationen fordern ein abgeschlossenes Hoch- oder Fachschulstudium

²² Vgl. Interview Nr. 1D.

²³ Beobachtungen erfolgen mit Hilfe von Unterscheidungen. Wenn ich nichts unterscheide, nehme ich nichts wahr. Spaziere ich in einem Park und nehme den Duft von Flieder wahr, so unterscheide ich diesen Duft von anderen Düften oder Geräuschen oder auch Gesehnissen. Ich wähle diesen Duft aus, im Unterschied zu anderen Düften oder anderen Dingen.

als Voraussetzung für eine Volontariatsstelle. Der einwandfreie Gebrauch der Sprache ist eine grundlegende Voraussetzung. Dies kann für Journalisten mit Migrationshintergrund (besonders aus der ersten Generation) zu gewissen kumulativen Exklusionen führen, worauf später näher eingegangen wird. Die Mitgliedschaft in einer Organisation ist durch eine Reihe von unterschiedlichen Arbeitsverträgen geregelt. Mit der Zeit wurden auch die Arbeitsverträge weiter ausdifferenziert. Man kann fest angestellt oder einen Vertrag als Freiberufler bekommen oder als Freischaffender ohne Vertrag arbeiten. Der Journalismus gilt mittlerweile als Vorreiter einer Entwicklung, in der immer mehr Menschen ohne festes Anstellungsverhältnis arbeiten.²⁴ Seit den 90er Jahren ist der Arbeitsmarkt infolge von Medienkrisen schwieriger geworden und Journalisten mit Migrationshintergrund stehen in beiden Ländern in harter Konkurrenz zueinander.

Die Rolle, die Ethnizität bei der Inklusion von Journalisten mit Zuwanderungsgeschichte in die Medienorganisation spielt, hängt von der Medienorganisation ab. Bei einer Medienorganisation, die sich wie Radio „Multikulti“ speziell an ein multikulturelles Publikum richtete, nahm der ‚nicht-deutsche‘ Hintergrund eine fördernde Rolle bei der Festanstellung im Zusammenspiel mit einem abgeschlossenen Studium und Erfahrung im Journalistenberuf ein. Eine ‚nicht-deutsche‘ Ethnizität galt hier als „Bonus“ für die Anstellung, und ein anderer ethnischer Hintergrund wurde als ein wichtiger Teil journalistischer Kompetenz bewertet.

Bei anderen Medienorganisationen, die sich eher traditionell an das Publikum der Mehrheitsgesellschaft richten, berichten die Interviewten von unterschiedlichen Erfahrungen in Bezug auf ihren ethnischen Hintergrund, so z.B.: „Ich bin die Quote von [Name der Organisation]. (...) Ich bin nämlich gegen den Willen meines Ressortleiters eingestellt worden. Von ganz oben war das eine Entscheidung. Das war gar nicht lustig.“²⁵ Ähnlich dem Genderdiskurs von der „Quotenfrau“²⁶ fühlt sich der Journalist (aus der zweiten Generation der Immigranten) als Vorzeigemigrant. Der Interviewte unterscheidet zwischen einer Quotenperson, die die Stelle wegen des ethnischen Hintergrundes bekommt, und einer Person, die die Stelle

²⁴ Vgl. Siegfried Weischenberg, Maja Malik u. Armin Scholl, *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz 2006, S. 39.

²⁵ Interview Nr. 5D.

²⁶ Vgl. u.a. *Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen*, hrsg. v. Christina Holtz-Bacha u. Nina König-Reiling. Wiesbaden 2007.

aufgrund der Qualifikation erhält. Diese Äußerung wird noch dadurch verstärkt, dass der unmittelbare Vorgesetzte dagegen war. Der Interviewte berichtet später, dass er keine abgeschlossene Hochschulbildung habe, jedoch jahrelange Erfahrung im Journalistenberuf. Er wurde – nach seinen Beobachtungen – einem Journalisten deutscher Herkunft vorgezogen, da von ihm eine spezielle Kompetenz aufgrund seiner Herkunft erwartet wurde, die der Mitbewerber nicht hatte. Der entsprechende ethnische Hintergrund war also für die Anstellung entscheidend. Das kommentiert er als ein Paradoxon, weil er sich selbst als Deutscher fühle und der ethnische Hintergrund für ihn in der täglichen Arbeit eine geringe Rolle spiele. Doch in der Fremdbewertung wird er an seine Abstammung erinnert, gewissermaßen darauf zurückgeworfen, wenn er auf besondere Erwartungen stößt, die sich an seinen ethnischen Hintergrund knüpfen.

Die Unterscheidung Quote/kompetenter Journalist wurde in mehreren Interviews sowohl in Deutschland als auch in Schweden getroffen: Entsprechend dem deutschen Interviewmaterial beschreibt eine Journalistin das folgendermaßen: „Als ich [als Volontärin] angenommen wurde, war es natürlich meine große Angst, dass ich so eine Ausländerquote erfülle. Das wollte ich eigentlich nicht. Und daher habe ich bei den Chefs nachgefragt. So ganz ehrlich, sag mal: Hat man mich jetzt, um Ausländerquoten zu erfüllen? Sie sagten ‚nein‘. Sie sagten, es hängt wirklich mit der beruflichen Qualifikation zusammen. Anschließend im Volontariat, habe ich ja Höhen und Tiefen erleben müssen aufgrund meiner Herkunft.“²⁷ Die hier Interviewte aus der ersten Generation der Immigranten erwartete, eine Quotenrolle zu erfüllen, doch diese wurde ihr nicht zugeteilt. Auch sie stellt ihren ethnischen Hintergrund in Differenz zur Qualifikation und hofft gleichzeitig darauf, dass andere dies nicht tun. Sie möchte gern an die Antworten der Vorgesetzten glauben, obwohl ihre Erfahrungen im Volontariat dagegen sprechen („Höhen und Tiefen aufgrund meiner Herkunft“). Im Laufe des Interviews wird deutlich, dass sie viele ihrer Beobachtungen aus dieser Perspektive betrachtet. Sie erlebt eine ‚nicht-deutsche‘ Herkunft als Nachteil im Beruf und sieht darin den Grund für die Nichtvergabe von bestimmten Arbeitsaufträgen.

Sich als eine ‚Quote‘ zu fühlen, kann zu Konsequenzen führen. Für einen Journalisten in Schweden endeten sie mit einer Kündigung. Er ließ sich nach der Abwicklung eines Radioprogramms eher abfinden

²⁷ Interview Nr. 8D.

als weiter in anderen Redaktionen zu arbeiten und kündigte seine Festanstellung. Er wollte sich nicht in die Rolle des Quotenmigranten drängen lassen: „Ich will nicht die Alibirolle spielen und an unterschiedliche Redaktionen ausgeliehen werden, um die Migrantenfunktion zu erfüllen.“²⁸ Ethnizität wird als Rechtfertigung empfunden, und es soll lediglich nach außen gezeigt werden, dass entsprechend der internen *Policy* Journalisten mit Migrationshintergrund beschäftigt werden. Ebenfalls von einer Alibirolle handelt folgende Beobachtung aus Schweden: „Nehmen wir z.B. [Name]: Nichts gegen sie. Sie ist adoptiert, kommt von einem christlichen Zuhause und ist am schwedischsten von allen Schweden, was oft so ist, wenn man aus [einem anderen Land] adoptiert ist.“²⁹ Förderung von Vielfalt ist in den Augen der zitierten Journalistin lediglich formelle Förderung von ethnischer Vielfalt und hat nichts mit Vielfalt von unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen zu tun. Sie hält die redaktionelle *Policy* für Schönfärberei. Die Verpflichtungen der Medienorganisationen zur Förderung von kultureller Vielfalt werden als „window dressing“³⁰ bezeichnet: „Wenn [Name der Medienorganisation] es ernst meint, warum stellen sie mich nicht ein? Ich bin eine Frau im richtigen Alter mit dem richtigen ethnischen Hintergrund. Aber die Politik zur Förderung der Vielfalt steht nur auf dem Papier.“³¹ Die Kluft zwischen Verpflichtungserklärung und erlebter Wirklichkeit oder auch der Unterschied zwischen der Erwartung, die man an eine solche Politik stellt, und der nachfolgenden Enttäuschung ist eine wiederkehrende Beobachtung von in Schweden arbeitenden Journalisten. In Deutschland spielt diese Unterscheidung keine Rolle, weil hier offenbar keine bewussten internen Maßnahmen oder auch (noch) keine Überlegungen zur Förderung der kulturellen Vielfalt in den Medienorganisationen existieren.

Allerdings empfinden nicht alle Interviewten ihre Zugehörigkeit zu einer quotenerfüllenden Minderheit als Stigma einer mangelnden Kompetenz, sondern eher als eine spezielle Kompetenz, die von den Redaktionen (tatsächlich) gefragt ist. Eine in Schweden Interviewte sieht den Grund für ihre Festanstellung nach einem Volontariat in einer Kombination von Alter (Jugend), Gender (Frau) und Ethnizität: „Wenn man das Quotierung nennen will, kann man das tun. Aber

²⁸ Interview Nr. 5S.

²⁹ Interview Nr. 7S.

³⁰ Hultén, Diversity (wie Anm. 15).

³¹ Interview Nr. 7S.

ich weiß aus Gesprächen, dass man gern eine junge Journalistin haben will, die man langfristig aufbauen kann, anstatt sie zu anderen Medienorganisationen gehen zu lassen. Aber ich weiß auch, obwohl es keiner laut gesagt hat, dass sie in der Redaktion einen Immigranten brauchen.“³² Sie empfindet hier die Kombination von Alter und Ethnizität als ein Plus für ihre Festanstellung. Dass keiner laut sagt, dass ein Immigrant gebraucht werde, ist in Relation zur herrschenden Diskussion der Quotierung zu sehen, die eine Quote aus der Perspektive der Unterscheidung Inkompetenz/Kompetenz betrachtet. Die Fremdbeschreibung, eine ‚Quote‘ zu sein, geht in der Regel mit einem Mangel an Kompetenz einher.

Nicht alle Beobachtungen der Befragten gehen von der Unterscheidung zwischen Quote und Qualifikation aus. Es lassen sich auch eher pragmatische Unterscheidungen finden, beispielsweise eine Unterscheidung zwischen flexibel und unflexibel. Ein Freiberufler berichtet: „Ich habe mal sogar eine Studiovertretung gemacht, als (...) -Korrespondent (...) Und da spielte jetzt nicht die politische Gesinnung des Senders, sprich wir haben einen Migranten da sozusagen in petto, eine Rolle, sondern einfach, dass ich schnell einsetzbar war (...) und die Sprache beherrschte.“³³ Dieser Journalist kam als Erwachsener 15 Jahre früher nach Deutschland und hatte als Immigrant der ersten Generation Schwierigkeiten, Fuß zu fassen aufgrund sprachlicher Limitierungen und Lücken im kulturellen Wissen. Im Interview beschreibt er jedoch generell seinen Arbeitsweg als erfolgreich. Er sieht sich nicht als ‚Quote‘, sondern als ‚normalen‘, kompetenten Journalisten, der flexibel ist und die erforderlichen Fähigkeiten aufweist.

Aus den Interviews lässt sich ablesen, dass zum einen in Bezug auf das Anstellungsverfahren Unterscheidungen getroffen werden, in denen entweder Ethnizität ein Teil von Kompetenz, d.h. also ein positives Merkmal – eine Art Plus – ist oder Ethnizität einen Mangel an Kompetenz darstellt und damit ein negatives Merkmal – ein Minus – ist. Zum anderen gibt es aber auch Beobachtungen, in denen Ethnizität im Zusammenhang mit Rekrutierung nicht wahrgenommen wird und damit keinen Unterschied erzeugt. In diesen Fällen werden andere Unterscheidungen getroffen wie die oben erwähnte zwischen flexibel und unflexibel. Die in Schweden in letzter Zeit verstärkten Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt in den Redaktionen rufen bei den interviewten Journalisten mit Migrationshintergrund in der

³² Interview Nr. 8S.

³³ Interview Nr. 3D.

Regel Enttäuschung hervor, denn sie werden als oberflächlich und als papierne Maßnahmen eingeschätzt, die nichts bewirken.

Arbeitsbedingungen – Auswahl von Themen und Arbeitsaufgaben

Die meisten Interviewten – sowohl in Schweden als auch in Deutschland – beobachten seit geraumer Zeit eine verschärfte Konkurrenz sowie einen unsicheren Arbeitsmarkt. Das trifft jedoch nicht nur für die Journalisten mit Migrationshintergrund zu, sondern gilt gleichermaßen für alle Journalisten.

In einer Medienorganisation wird der Journalist mit bestimmten Erwartungen konfrontiert. An einen Journalisten mit Migrationshintergrund scheinen jedoch besondere Erwartungen geknüpft zu werden. Diese Erwartungen können Vor- und Nachteile mit sich bringen. Sie bringen Vorteile für diejenigen, die sie bedienen. So schreibt die deutsch-türkische Journalistin Ferda Ataman: „Freie Journalistin ‚mit Migrationshintergrund‘ zu sein, ist gar nicht so übel. Wenn ich einer Redaktion eine Geschichte zum Thema Integration anbiete – am besten eine, die meine Türkischkenntnisse erfordert –, verkaufe ich sie garantiert. Mir wird eine höhere interkulturelle Kompetenz unterstellt.“³⁴ Sie hat den ‚richtigen‘ Hintergrund und kann die Erwartungen bedienen, die sich auch im Integrationsplan finden lassen. Eine andere Journalistin begründet ihre höhere interkulturelle Kompetenz mit folgenden Worten: „(...) ich kenne meine *Community* sehr gut. Und ich weiß, wo sie sensibel ist, was ihr wichtig ist und was nicht, wie sie auf so einen Satz reagiert oder nicht, das weiß ich. Deshalb kann ich viel besser damit umgehen als ein deutscher Kollege.“³⁵ Nähe zur eigenen *Community* aufgrund der ethnischen Abstammung öffnet Türen und vermittelt Insiderkenntnisse und damit Vorteile gegenüber anderen Journalisten ohne den entsprechenden ethnischen Hintergrund. Viele der interviewten Journalisten machen ähnliche Erfahrungen: Ihr eigener Migrationshintergrund, ihre eigene ‚Betroffenheit‘ bringen Vorteile bei der journalistischen Arbeit zu diesem Themenkomplex der Migration. Diesen Vorteil bezeichnet ein Jour-

³⁴ Ferda Ataman, „Du bekommst bestimmt einen Job“, in: *Journalistik Journal* v. 28. September 2007, in: <http://journalistik-journal.lookingintomedia.com/?p=59> (letzter Zugriff: 1.6.2008).

³⁵ Interview Nr. 4D.

nalist auch kritisch als „journalistischen unique selling point“, denn man könne nicht behaupten, dass man alle aus dieser *Community* kenne.³⁶ Für ihn geht es im harten Konkurrenzkampf des Verkaufs von Themen mehr um *Branding* als um eine spezielle Sachkenntnis. *Branding* geschieht hier mit dem entsprechenden Namen. Denn die gängige Erwartung sei, dass ein ausländisch klingender Name *per se* Expertenwissen über das Herkunftsland bedeute.

Für einen in Deutschland aufgewachsenen Journalisten aus der zweiten Generation, für den Ethnizität keine Rolle bei der Anstellung spielte, ist hingegen die Nähe zu seiner Herkunftskultur ein Problem, denn er fühlt zu wenig Distanz, um ausgewogen – gerade bei Konflikten – berichten zu können. Dadurch wählt er andere Themen: „Mein Steckenpferd ist weder die Ausländerpolitik oder der (...) Konflikt, sondern ökologische Themen. Ich bin nicht geeignet, einen guten Kommentar zu diesem Konflikt zu schreiben. Ich bin zu einseitig von meinem Elternhaus her geprägt, um eine objektive Sicht einzubringen.“³⁷ Ähnlich geht es einem anderen fest angestellten Journalisten, der nicht in eine Themennische gedrängt werden will: „Als [Nationalität] wäre es relativ leicht gewesen, eine Nische zu besetzen. Und ich habe mich aber selbst immer dagegen gewehrt, halt der Ausländerbeauftragte zu sein.“³⁸ Hier knüpft der zitierte Journalist Migrationsthemen an eine bestimmte normative Rolle, die auf die Wahrnehmung von Ausländerinteressen abzielt. Entgegen gängiger Erwartungen möchte er sich keinesfalls auf diese Rolle festlegen lassen. Analog argumentiert ein Journalist in Schweden: „Ich schreibe über alles Mögliche, wo ich Mensch bin und nicht ‚Blatte‘³⁹ (...). Alle Immigranten in den Medien sprechen ja oft über Integration, Einwanderung (...). Als ich anfang, habe ich gesagt: Nur dass ihr es wisst, ich bin kein ‚Blatte‘ aus Selbstverteidigung, sondern will jede Menge anderer Themen behandeln.“⁴⁰ Der zitierte Journalist lehnt für sich die Einengung auf Integrationsthemen ab; er hat dies von Anfang an deutlich gemacht, als er einen festen freien Vertrag bei einer Zeitung bekam. Das hat die Zeitung zwar akzeptiert, ihn jedoch als den neuen Einwandererkolumnisten präsentiert, der zwar keiner sein will, jedoch seinen Ursprung nicht verleugnen kann: „Ich schrieb

³⁶ Interview Nr. 10D.

³⁷ Interview Nr. 11D.

³⁸ Interview Nr. 10D.

³⁹ Umgangssprachlich für Einwanderer mit nicht nord- und zentraleuropäischer Herkunft, oft negativ besetzt.

⁴⁰ Interview Nr. 11S.

zurück: ‚Ich finde, dass zu viel auf diesen ‚Blatte‘-Quatsch fokussiert wurde. Ich habe andere Interessen, die nichts mit meinem ethnischen Ursprung zu tun haben und die mich interessant machen sollen.‘⁴¹ Der ethnische Hintergrund macht für die Redaktion den Unterschied aus, jedoch nicht für den zitierten Journalisten, der immer wieder beharrlich in seiner Arbeit das Gegenteil zu beweisen hat.

Die Verbindung zwischen Migrationsbiografie und Migrationsthemen bzw. Berichterstattung über das Herkunftsland ist eine gängige Erwartung in den Redaktionen, die durch eine gewissen Beharrlichkeit bekämpft werden kann: ‚Wenn man mich nicht gut kennt, werden von mir [Nationalität] Themen erwartet, wenn man mich lange genug kennt, werden sie nicht mehr erwartet. Meine Themen sind Portraits, Menschen, Geschichten, Kultur. Politik ist nicht so mein Ding.‘⁴² Die in Deutschland arbeitende Journalistin hat sich mittlerweile einen Namen für andere Themen gemacht, und ihr Kampf gegen das Muster, herkunftsbezogene Themen zu behandeln, war erfolgreich. Noch während ihres Volontariats hatte sie mit den gängigen Erwartungen zu kämpfen: ‚In den Sitzungen musste ich mich dreimal melden und kein anderer meldete sich. Der Auftrag wurde mir trotzdem nicht zugeteilt, obwohl auch kein anderer sich dafür interessierte.‘ H. G.: ‚Weil sie Immigrantin sind?‘ ‚Natürlich, ja natürlich. Das in erster Linie.‘⁴³ Es handelte sich um einen eher belanglosen Bericht über ein Ausflugsziel, den sie nicht erhielt. Die ‚falsche‘ Ethnizität, d.h. eine ‚nicht-deutsche‘, sieht die Journalistin als Grund für ihren Ausschluss von der Bearbeitung bestimmter Themen.

Von enttäuschten Erwartungen spricht ein weiterer in Deutschland arbeitender Journalist, der beauftragt wurde, interne Informationen über einen Skandal einzuholen. Die Redaktion war der Auffassung, dass ihm das leicht fallen würde, da er gleicher Abstammung wie die am Skandal Beteiligten sei: ‚Es [gab] den Arbeitsauftrag (...) ich könnte mich ja einfach mal reinsetzen und ich würde dann schon mitkriegen, was da läuft und so. So als sei das halt so eine Art Geheimbrüderschaft und man müsse nur die Sprache können und sei dann schon drin.‘⁴⁴ Er konnte den Arbeitsauftrag nicht erfüllen und musste die Redaktion enttäuschen. Der Journalist war mit einer Erwartung konfrontiert, die vom Verständnis einer homogenen ethni-

⁴¹ Ebenda.

⁴² Interview Nr. 8D.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Interview Nr. 10D.

schen Gruppe ausgeht: Von gleicher Abstammung zu sein, konnotiert automatisch Zugang zu allen Informationen der eigenen ethnischen Gruppe zu erhalten.

Neben den Erwartungen in Bezug auf die Behandlung von Themen, die einen strukturbildenden Effekt haben, kann es für die Journalisten zum Problem werden, wenn es zu fortlaufenden thematischen Ausschlüssen kommt. Das gilt jedoch nicht nur für Themen, sondern auch für ganze Aufgabenbereiche. Davon berichtet eine Journalistin in Deutschland, die seit 15 Jahren im Geschäft ist. Ihr wurde mehrfach die Rolle vor der Kamera verweigert: „Als ich angefangen habe mit dem Fernsehen, wurde mir eher signalisiert, jetzt lass mal lieber (...). Da haben wir lieber die Blonden. Natürlich haben mir die wenigsten das ins Gesicht gesagt. Also, mir ist nur einmal ganz direkt..., hat mich mal einer zur Seite genommen und gesagt bei dem Casting, er wolle mir es mal ‚off the record‘ sagen, dass im Grunde er mir empfehlen würde, Autorin hinter der Kamera zu werden. Die Zeit sei einfach noch nicht reif für so exotische Fälle wie ich’s bin. Das war auch viele Jahre so und ich glaub’, auch heute gibt es noch immer Bedenken.“⁴⁵ Sie verneint damit den von Hayali erwähnten Migrantbonus. Nach ihrer Beobachtung findet der Exklusionsmechanismus im Fernsehen als visuellem Medium auf der Basis von Anders-Aussehen (d.h. exotisch aussehen) und nicht der Norm (blond) entsprechend statt. Hier geht es nicht um die Unterscheidung hübsch/hässlich, sondern um Anders-Aussehen im Unterschied zu Gleich-Aussehen. Ihr ‚anderes‘ ethnisches Aussehen empfindet sie als eine Benachteiligung bei der Ausübung von bestimmten journalistischen Tätigkeiten. Diese von der Journalistin erfahrene Exklusion ist nicht nur eine situative und temporäre, sondern eine strukturelle, da ihr lediglich eine Journalistenrolle hinter der Kamera zugewiesen wird. Hier hat Ethnizität und damit ein anderes Aussehen Ungleichheit generierende Effekte.

Arbeitsbedingungen: Kultur und Sprache

„Also als [Nationalität] haben wir hier ganz einfach einen Sympathiebonus. Das gilt aber nicht für türkische, russische oder polnische Kollegen.“⁴⁶ Dieses Zitat einer in Deutschland arbeitenden Journalistin

⁴⁵ Interview Nr. 6D.

⁴⁶ Interview Nr. 2D.

aus Nordeuropa signalisiert, dass nicht alle Immigranten mit gleichem Maß gemessen werden. Gehört man zu einer ethnischen Gruppe, die eine hohe Reputation genießt, ist die transkulturelle Kommunikation erleichtert, und man hat Vorteile im Vergleich zu Kulturen mit geringer Reputation. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ethnien werden besonders in den deutschen Interviews in unterschiedlicher Weise immer wieder angesprochen. Ist man beispielsweise russischer Abstammung und spricht dazu noch mit Akzent, ist es schwieriger, Aufträge zu bekommen, „weil die Russen genießen keine so gute Publicity wie die Franzosen oder die Amerikaner. Das ist viel cooler, Amerikaner zu sein.“⁴⁷ Ein französischer oder auch englischer Akzent ist eher akzeptiert und manchmal sogar ‚in‘. Schleichende Exklusionsmechanismen beruhen auf dem Unterschied zwischen einem hohen oder niedrigen Prestige einer Kultur. Dieser Unterschied zwischen den Kulturen wird dann problematisch, wenn er zu einem normativen (gut/schlecht) wird. Das Zitat zeigt, dass empfunden wird, dass Russen im Vergleich zu beispielsweise Nordamerikanern schlechter angesehen sind, was letztlich zu Benachteiligungen im Beruf führen kann.

Probleme bei der perfekten Beherrschung der Sprache des Einwanderungslandes werden besonders im Zusammenhang mit Karrieremöglichkeiten in beiden Ländern erwähnt. Eine Journalistin aus der ersten Generation mit einem leichten Akzent berichtet von Reaktionen auf ihre journalistische Tätigkeit: „Wenn man als Mensch mit Akzent irgendwo verkündet: ‚Ja, ich arbeite in deutschen Medien und zwar so, dass ich auch zu hören bin‘, also, da wundern sich alle, und das bremst einen schon.“⁴⁸ Sie empfindet diese Reaktion als einen Hemmschuh in ihrer beruflichen Entwicklung, da man nicht erwartet, dass jemand mit Akzent im Radio zu hören sein kann. Eine ähnliche Erfahrung findet sich auch im schwedischen Material: „Ich war die erste [mit Akzent], der es dank meiner Hartnäckigkeit gelungen war, im Radio gehört zu werden, obwohl es so viel Widerstand gab. (...) Jemand sagte zu mir: Kann nicht ein anderer deinen Text lesen. Das ist eine sehr schöne Reportage, aber (...) Die Hörer sind das nicht gewohnt, das ist das Problem (...) Aber ich lehnte ab. ‚Entweder wollt ihr das ganze Paket, wie es ist oder, wenn ein anderer spricht, mache ich nicht das Programm.“⁴⁹ Der Tenor des Zitats ist: Zum

⁴⁷ Interview Nr. 8D.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Interview Nr. 5S.

Immigranten der ersten Generation gehört der Akzent. Hier geht es nicht um die Distinktion verständlich/unverständlich, sondern um die Distinktion zwischen Sprechen mit und Sprechen ohne Akzent. Eine Sprache mit Akzent, auch wenn sie verständlich ist, wird als ungewohnt bezeichnet und damit als Zumutung für die Hörer verstanden und in der Regel unterbunden. Gewohnheiten können jedoch gebrochen werden, wie das Beispiel zeigt. Paradoxerweise ist das Radiomedium offener, eher geneigt, Akzente zuzulassen als das Fernsehen, wie eine Journalistin aus Deutschland erfuhr: „Also, das Aussehen ist eine Geschichte, aber hörbar zu sein, eine ganz andere Geschichte. (...) Es wird nie eine Tagesschausprecherin mit Akzent geben.“⁵⁰ Hier gelten nach ihrer Meinung hartnäckig die Normen des Hochdeutschen: Man darf zwar vom Aussehen des Durchschnittsdeutschen abweichen – wie im Fall von Hayali –, aber nur akzentfrei Nachrichten im Fernsehen moderieren.

Arbeitsbedingungen – Karriere

Nach Niklas Luhmann ist die Karriere nicht auf das „Weiterkommen“ und „Höherklettern“ begrenzt.⁵¹ Es gibt Karrieren, die rückwärts verlaufen oder zu einem Stillstand kommen. In den Interviews sind es die Brüche, die die Interviewten als positive oder negative Einschnitte in der Entwicklung reflektieren und die hier aus der Perspektive der Ethnizität von Interesse sind.

Von einem Einschnitt in seiner Karriere in Deutschland berichtet ein Journalist aus der ersten Einwanderergeneration: „Obwohl die Stelle frei war und sie gesucht haben, haben sie mich trotzdem nicht genommen. Und ich war sehr gut, wie sie gesagt haben. Ich habe mich gefragt, warum? Liegt es daran, dass ich [Nationalität] bin und die denken, okay, für den Einsatz ist es okay, also sozusagen partiell, aber wenn der jetzt als Korrespondent geht, hat er zu wenig Distanz zu den Themen. Das habe ich früher gedacht, aber ich glaube heute nicht, dass das der Grund ist. Das hat eigentlich was mit der Karriereleiter zu tun.“⁵² Der Journalist rechnete früher den Misserfolg sich selbst zu, er habe die ‚falsche‘ Ethnizität für diese Position. Doch nach einiger Zeit änderte er diese Zuschreibung und rechnet den

⁵⁰ Interview Nr. 8D.

⁵¹ Niklas Luhmann, *Organisation und Entscheidung*. 2. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 102.

⁵² Interview Nr. 3D.

Misserfolg externen Faktoren zu: Er sei nicht an der Reihe gewesen, eine solche Position zu bekommen. Die veränderte Zuschreibung ist für ihn notwendig, um die Hoffnung auf eine solche Position selbst nicht aufzugeben. Diese Veränderung der Beobachterperspektive hat für ihn eine pragmatische Funktion, denn er kann ja seine Herkunft nicht ändern.

Eine Journalistin, ebenfalls aus der ersten Einwanderergeneration und in Deutschland arbeitend, schreibt den Misserfolg während ihres Volontariats den informellen Kommunikationsproblemen in der Organisation zu: „Im [Name der Medienorganisation] komme ich überhaupt nicht weiter und das hing zu 99,9% damit zusammen, dass die Kollegen Anweisungen vom Chef bekommen hatten, mich nicht zu fördern. Ja, und das wurde dann mir irgendwie Jahre später in so einem Weingespräch erzählt. Da kamen zwei Aspekte zusammen: Frau, der hatte so ein gewisses Problem mit Frauen, und Ausländerin. Ich wäre gerne dorthin gekommen, und ich meine, es liegt nicht nur an mir, dass dieser Weg leider nicht geklappt hat.“⁵³ Frau und Immigrantin zu sein, ist nach ihrer Beobachtung eine doppelte Barriere im Journalistenberuf. Die Motive, warum es nicht geklappt hat, gehören zu den *Incommunicabilia* in der Kommunikation: Keiner spricht darüber, aber alle wissen es. Die Journalistin schreibt explizit ihren Misserfolg externen Faktoren zu und damit ihrem Vorgesetzten, der sich von persönlichen Animositäten leiten lasse. Indem sie jedoch den Misserfolg auf diese Weise begründet, rechnet sie ihn implizit auch sich selbst zu. Für eine Frau mit Migrationshintergrund bleiben bei einem solchen Vorgesetzten die Türen zum Medium verschlossen. Sie fühlt sich ausgeschlossen und damit in ihrer Berufsentwicklung benachteiligt. Die Kombination von Gender und Migrationshintergrund ist eine häufig beobachtete Barriere im schwedischen Material. Ein nahezu klassisches Beispiel ist eine Frau (und noch dazu mit Migrationshintergrund) in einer Sportredaktion, die fast nur aus Männern besteht. Dort ist es besonders schwierig, sich durchzusetzen und ernst genommen zu werden.⁵⁴

Weiterkommen im Beruf bedeutet auch, eine höhere Position zu erhalten. Aber hier scheinen für einen Journalisten mit Migrationshintergrund Hindernisse im Wege zu liegen, wie es ein Journalist aus Deutschland beschreibt: „Momentan stoppt es ein bisschen. Die

⁵³ Interview Nr. 8D.

⁵⁴ Vgl. Interview Nr. 3S.

Situation ist so, wie ich das empfinde, dass eher Menschen vor den Kameras gefragt sind, aber nicht leitende Köpfe. So weit sind wir noch nicht. Aber ich hoffe, dass ich das noch erlebe. Dass man soviel Vertrauen hat, dass jemand, der fünfundzwanzig Jahre Journalismuserfahrung oder fünfzehn Jahre Leitungserfahrung hat, auch weiter gehen kann in eine andere Karriereebene.⁵⁵ In diesem Fall ist ein berufliches Nicht-Weiterkommen ebenfalls den externen Umständen geschuldet, die der Interviewte als einen Mangel an Vertrauen aufgrund seiner anderen Abstammung in Abhängigkeit von der Zeit interpretiert. Karrieremöglichkeiten werden oft in Verbindung mit der Zeit gesehen. Eine in den deutschen Interviews wiederkehrende Beobachtung ist, dass die Medienorganisationen zwar in Bewegung geraten, aber noch nicht reif für größere Veränderungen sind.

Nicht alle Brüche und Misserfolge in der Karriere stehen in Verbindung mit Ethnizität. Ethnizität spielt in den Aussagen kaum eine entscheidende Rolle, wenn die Personen im Allgemeinen mit dem Berufsweg zufrieden sind. Hier werden Hindernisse dann eher im Zusammenhang mit anderen Faktoren verknüpft, wie z.B. mit unzureichender Ausbildung. Dieses Hindernis spielt in Deutschland eine größere Rolle, weil in den deutschen Medienorganisationen stärker auf eine abgeschlossene Hoch- oder auch Fachhochschulausbildung Wert gelegt wird. Die Zufriedenheit mit der eigenen Karriere steht auch im Zusammenhang mit der Position in der Medienorganisation. Hat man beispielsweise eine Leitungsposition inne, wird die Handlungsfreiheit in Bezug auf die weitere Berufsentwicklung als größer empfunden und die Zufriedenheit ist mehr ausgeprägt.⁵⁶

Diejenigen Interviewten, die weniger mit ihrem Berufsweg zufrieden sind, messen ethnischen Faktoren eine größere Rolle bei Misserfolgen in der Karriere bei. Ethnizität wird als Hindernis gesehen, welches noch schwieriger zu überwinden ist, wenn man z.B. eine Frau in einer überwiegend männlichen Redaktion ist. In Deutschland sind nur 37% der Journalisten Frauen,⁵⁷ in Schweden sind es etwa 50%.⁵⁸ Eine von der Mehrheitsgesellschaft abweichende Ethnizität ist in beiden Ländern eine starke Barriere für das Erreichen von

⁵⁵ Interview Nr. 1D.

⁵⁶ Vgl. Interview Nr. 2D.

⁵⁷ Weischenberg, Malik, Scholl, *Die Souffleure* (wie Anm. 25), S. 45.

⁵⁸ Monika Löfgren Nilsson, *Journalistiken – ett könsmarkt fält?* [Journalistik – ein Gebiet der Geschlechterrollen?], in: *Den svenska journalistkåren* [Die schwedischen Journalisten], hrsg. v. Kent Asp. Göteborg 2007, S. 45-54, hier S. 46.

Leitungspositionen. In der Zukunft werden jedoch Veränderungen erwartet. Diese Unterscheidung zwischen Gegenwart und Zukunft weckt wiederum ebenfalls Erwartungen an die Gegenwart und damit für die Entscheidungsfindung in den Medienorganisationen.

Zusammenfassung

Die Distinktionen, die die Interviewten bei der Beschreibung ihrer Erfahrungen in der transkulturellen Kommunikation machen, sind von individuellen Faktoren, von der jeweiligen Medienorganisation, von der Stellung am Arbeitsmarkt und nicht zuletzt auch von der jeweiligen Interviewsituation abhängig. Trotz aller Unterschiedlichkeit können jedoch Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Eine wichtige Distinktion, die sich als grundlegend erweist, ist die zwischen Kompetenz und Inkompetenz in Bezug auf Ethnizität. Wenn ein Interviewter – aufgrund von unterschiedlichen Anlässen – seinen ethnischen Hintergrund der Minusseite seiner journalistischen Kompetenz zurechnet, ist er eher geneigt, Brüche und Misserfolge in der Karriere sowie Formen von Exklusionen dem ethnischen Hintergrund zuzuschreiben. Diejenigen Interviewten, die ihren ethnischen Hintergrund als Plus und damit als Teil von Kompetenz auffassen, schreiben z.B. Misserfolge in der Karriere dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie der Organisationskultur und weniger dem ethnischen Hintergrund zu.

Die Distinktionen verweisen auch auf eine Umwelt, die Anlass dazu gibt, dass diese Unterschiede selektiert werden. Es ist eine Umwelt, in der es Journalisten mit Akzent oder auch ‚exotischem‘ Aussehen schwerer haben, in den Medienproduktionsprozess inkludiert zu werden. Sie haben es nur dann leichter, wenn (Nischen-)Erwartungen damit verknüpft werden, wie dergestalt, dass ein Journalist mit Migrationshintergrund *per se* als Experte für Integrationsfragen gilt. Wenn die Unterschiede zu normativen Unterschieden (gut/schlecht) werden, kommen spezielle Mechanismen für Inklusion und Exklusion ins Spiel. Wird nicht allen Kulturen die gleiche Reputation zugeschrieben, dann fühlen sich Journalisten mit ‚weniger privilegiertem‘ kulturellen Hintergrund am Arbeitsmarkt benachteiligt.

Im Herbst 2007 äußerten Journalisten mit Migrationshintergrund auf einer Konferenz über Medien und Migration, dass sie ‚normale‘ Journalisten sein wollen. Sie wollen nicht gefragt werden, woher sie kommen. Sie wollen keine Quotenjournalisten sein, sondern kom-

petente Mitarbeiter.⁵⁹ Ihr ethnischer Hintergrund soll, mit anderen Worten, keinen Unterschied darstellen. Diese Aussagen reflektieren einen Kontext, in dem die Journalisten mit unterschiedlicher Ethnizität eine kleine Gruppe ausmachen. Das Problem besteht nicht darin, dass sie sich unterscheiden, sondern wie in der Gesellschaft mit diesem Unterschied umgegangen wird. Er wird erst dann zum Problem, wenn er an normative Unterscheidungen gekoppelt ist. Wenn ein ethnischer Unterschied *per se* weniger Kompetenz bedeutet, man also als weniger qualifiziert betrachtet und von Arbeitsaufträgen ausgegrenzt wird, was sequenziellen Charakter annehmen kann, haben wir ein ernstes Problem in einer Gesellschaft, die immer mehr von Einwanderung geprägt wird.

Literaturverzeichnis

- Ferda Ataman, „Du bekommst bestimmt einen Job“, in: Journalistik Journal v. 28.9.2007, in: <http://journalistik-journal.lookingintomedia.com/?p=59> [letzter Zugriff: 1.6.2008].
- Berliner Beiträge zur Integration und Migration: Expertise „Ausbildung von Volontären in den Medien“, hrsg. v. MMB Institut für Medien- und Kompetenzforschung. Berlin 2006.
- Die Bundesregierung (2007): Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen, in: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan_property=publicationFile.pdf [letzter Zugriff: 1.8.2008].
- Die Bundesregierung (2007): Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Pressemitteilung, in: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2006/10/2006-10-10-ib-ag-medien-integration.html> [letzter Zugriff: 1.8.2007].
- Monika Djerf-Pierre u. Anna Levin, Mediefältets janusansikte: medieeliten, journalisterna och mångfalden [Das Janusgesicht der Medien. Medieneliten, Journalisten und Vielfalt], in: Makten och mångfalden. Eliter och etnicitet i Sverige [Die Macht und die Vielfalt: Eliten und Ethnizität in Schweden]. Bd. 12, Stockholm 2005, S. 166-226.
- Draußen? Drinnen? Dazwischen? Migration und Medien: eine offene Beziehung. Eine Kooperationsveranstaltung der Bundeszen-

⁵⁹ Draußen? (wie Anm. 5).

- trale für politische Bildung und des Adolf-Grimme-Instituts, hrsg. v. Bundespresseamt Berlin 29.–30.11. 2007.
- Dunja Hayali, in: Draußen? Drinnen? Dazwischen? Migration und Medien: eine offene Beziehung. Eine Kooperationsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung und des Adolf-Grimme-Instituts, Bundespresseamt Berlin 29.–30.11. 2007.
 - Gunilla Hultén, Diversity Drive: Ethnicity and Newsroom Cultures, paper presented at International Association for Media and Communication (IAMCR), 26th World Congress, Stockholm, July 20–25, 2008.
 - Martin Löffelholz u. Andreas Hepp, Transkulturelle Kommunikation. Einführung in die Grundlagentexte, in: Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation hrsg. v. dens. Konstanz 2002, S. 11-33.
 - Monika Löfgren Nilsson, Journalistiken – ett könsmarkt fält? [Journalistik – ein Gebiet der Geschlechterrollen?], in: Den svenska journalistkåren [Die schwedischen Journalisten], hrsg. v. Kent Asp. Göteborg 2007, S. 45-54.
 - Niklas Luhmann, Organisation und Entscheidung. 2. Aufl., Wiesbaden 2006.
 - Miriam Meckel, Transkulturelles Medien- und Redaktionsmanagement, in: Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation hrsg. v. Andreas Hepp u. Martin Löffelholz. Konstanz 2002, S. 299-318.
 - Stig Arne Nohrstedt u. Leonor Camauër, Mediernas Vi och Dom. Mediernas betydelse för den strukturella diskrimineringen [Das „Wir“ und „Die“ der Medien. Die Bedeutung der Medien bei der strukturellen Diskriminierung]. Bd. 21, Stockholm 2006.
 - Jamil Quaj, More colour in the media. Employment and access of ethnic minorities to the television industry in Germany, the UK, France, the Netherlands and Finland, hrsg. v. European Institute for the Media. Manchester 1999.
 - Siegfried J. Schmidt, Kalte Faszination. Medien-Kultur-Wissenschaft in der Mediengesellschaft. Göttingen 2000.
 - Rudolf Stichweh, Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie. Bielefeld 2005.
 - Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen, hrsg. v. Christina Holtz-Bacha u. Nina König-Reiling. Wiesbaden 2007.
 - Siegfried Weischenberg, Maja Malik u. Armin Scholl, Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz 2006.

Medienvermittelte transnationale Öffentlichkeiten im Zeitalter praktischer Hybridisierung

von Aneta Podkalicka¹ und Thomas Petzold²

Summary

This article is concerned with the repercussions of social change on transnational media. It offers a new understanding of multilingual programming strategies by examining “Radio MultiKulti” (RM), a public service radio station discontinued from 1/1/2009 by Rundfunk Berlin-Brandenburg. In its 14 years of existence, “RM” had to implement a well-intended and politically-motivated logic of “multiethnic, intercultural service station”. However, as we demonstrate, such a direction, despite some achievements, has resulted in the constraints to “RM”’s journalistic activities and language policy, drawing criticism for the station’s economic viability. This paper proposes that multilingual media services are to be framed by the concept of practical hybridity that allows a necessary responsiveness towards an ever-changing media environment, at the moment within digital culture. Our approach draws on Mikhail Bakhtin’s and Yuri Lotman’s theories of hybridity, as well as empirical study of “RM” involving in-depth interviews from 2005 onwards conducted with “RM” staff (especially with the editor-in-chief, Ilona Marenbach) further interviews with key agents outside “RM” and a continuous monitoring of the public debate which culminated at the end of 2008 in the controversial decision to shut down the radio station. Against this background, the concluding remarks are meant to contribute to the scholarly debate surrounding the concept of hybridization and to inform multilingual media policy in the 21st century.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno

¹ ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, Swinburne University, Australia.

² ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, Queensland University of Technology, Australia. Ich danke dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für die finanzielle Unterstützung der Forschung für diesen Beitrag.

Einführung

Wie das in diesem Beitrag beschriebene Beispiel zeigen wird, ist es wichtig, dass im deutschsprachigen Raum Theorie und Konzept der ‚Hybridisierung‘ kritisch und breiter anwendungsbezogen diskutiert werden. Dabei geht es weniger um die terminologische Verständigung. Begriffe wie Hybridisierung, Transnationalität, Transkulturalität, Translation, Bricollage oder einige andere beschreiben ähnliche Phänomene und mögen trotzdem unterschiedlichen Ursprungs sein. Entscheidend für die Situierung dieser Begriffe innerhalb einer angewandten Wissenschaft muss aber sein, konkrete praktische Probleme zu beobachten, sie zu erläutern und gegebenenfalls zu deren Lösung beitragen zu können. Ein solches grundsätzliches Verständnis liegt diesem Beitrag zugrunde, in welchem wir eine kritische Analyse des Begriffs ‚Hybridisierung‘ am konkreten Beispiel der Sprachpolitik und Medienpraxis des Berliner Radiosenders „Multikulti“ vornehmen. Dieser Ansatz hat einige prominente Vorbilder, die die ‚Hybridisierung‘ beispielsweise als ‚kulturelle Logik der Globalisierung‘ am Beispiel von transkulturellen Medien,³ anhand nationaler Kulturen in Lateinamerika⁴ oder auch in Bezug auf Migration und zeitgenössische Kunst⁵ diskutierten.

Es existieren zahlreiche Überlegungen zum Begriff Hybridisierung, dessen lebensreale Praxisbeispiele sich immer durch das Aufeinandertreffen oder die Vermischung von mindestens zwei Perspektiven oder Bewusstseinen konstituieren. Analytisch definierte Michail Bachtin in seinem Buch „Die Ästhetik des Wortes“ Hybridisierung als „die Vermischung zweier sozialer Sprachen innerhalb einer einzigen Äußerung, das Aufeinandertreffen zweier verschiedener, durch die Epoche oder die soziale Differenzierung (oder sowohl durch diese als auch durch jene) geschiedener sprachlicher Bewußtseine [sic] in der Arena dieser Äußerung“.⁶ Bachtin sowie Jurij Lotman entwickelten als

³ Vgl. M.M. Kraidy, *Hybridity, or the Cultural Logic of Globalisation*. Philadelphia 2005.

⁴ N.G. Canclini, *Hybrid Cultures*. Minnesota 2005.

⁵ N. Papastergiadis, *The Turbulence of Migration*. Cambridge 2000; ders., *Hybridity and Ambivalence: Places and Flows in Contemporary Art and Culture*, in: *Theory, Culture & Society* (2005), Nr. 22, S. 39-64.

⁶ Michail Bachtin, *Die Ästhetik des Wortes*, hrsg. v. Rainer Gröbel. Frankfurt a.M. 1979, S. 244. Der Begriff ‚Bewusstsein‘ findet in der hier zitierten Form eine grammatikalisch unorthodoxe Verwendung. Er ist inhaltlich wiederum am ehesten in Abgrenzung bzw. Ergänzung zum Begriff ‚Identität‘ zu verstehen, was sich in Bachtins früheren Äußerungen zu Hybridisierung bzw. „hybriden Konstruktionen“, wie er es auch nennt, manifestiert:

Vertreter der frühen Theorien der Semiotik und Kultur bereits ein Konzept der Hybridisierung, welches die transformativen Prozesse von Sprache, Kultur und Wissen beschreibt. Sie wiesen die Anwendbarkeit dieses Konzeptes auf allen Ebenen der kulturellen Produktion nach und resümierten, dass Innovation und Improvisation als wesentliche Elemente dieser Transformationsprozesse besonders intensiv in Grenzbereichen kulturellen Kontakts auftreten.⁷

In diesem Beitrag wird es um die Möglichkeiten von Medien gehen, die eine Vermischung mehrerer sozialsprachlicher Bewusstseine und mithin eine Grenzdurchlässigkeit zur Grundlage haben. Grenzdurchlässigkeit muss dabei verstanden werden als das Aufweichen oder die Minimalisierung von sozialsprachlichen Grenzen. Historische Ereignisse wie der Fall der Mauer führten zur Wiedervereinigung Berlins sowie Gesamtdeutschlands. Danach stattfindende politische Erweiterungsrounden wie die der Europäischen Union oder des Schengener Abkommens hatten eine zunehmende Durchlässigkeit der physischen Grenzen Deutschlands und Europas zur Folge, indem beispielsweise Grenzkontrollen aufgehoben wurden und der personelle und mobile Verkehr ungehinderter als zuvor passieren konnte. In diesem Sinne hat Deutschland und ganz besonders seine Hauptstadt Berlin in den vergangenen Jahrzehnten eine beachtliche Hybridisierungswelle erfahren. Der Integrationsbeauftragte des „Westdeutschen Rundfunks“ („WDR“), Gualtiero Zambonini, beschreibt die historische Periode dieser Vermischung und seine Konsequenzen in zwei Phasen. Die erste Phase der Hybridisierung, bei der sich nach dem Fall der Mauer die ‚sozialsprachlichen Bewusstseine‘ zweier deutscher Nationen vermischten, versteht er als die Annäherung an das historische Verständnis des „Wir Deutschen“. Diese Phase bezeichnet er als ein beständiges Kontinuum der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte Deutschlands, die von Fortschritten sowie Rückschlägen gekennzeichnet ist. Diese kontinuierliche Beschäftigung sieht er als einen Grund dafür, weshalb Deutschland sich öfter als andere, europäische und nicht-europäische Länder vorwerfen lassen müsse, eine zweite Phase der Hybridisierung lange Zeit weitestgehend unterschätzt und teilweise notorisch missinterpretiert zu haben. Diese zweite Phase

Hybride Konstruktion meint dabei eine Verlautbarung, „die ihren grammatischen (...) und kompositorischen Merkmalen nach zu einem einzigen Sprecher gehört, in der sich aber zwei Äußerungen, zwei Redeweisen, zwei Stile, zwei ‚Sprachen‘, zwei Horizonte von Sinn und Wertung vermischen“.

⁷ Vgl. Papastergiadis, *Turbulence* (wie Anm. 5); ders., *Hybridity* (wie Anm. 5).

betrifft die Vermischung unterschiedlicher weltweiter ‚sozialsprachlicher Bewusstseine‘ innerhalb Deutschlands. Diese Phase könnte, Zambonini folgend, unter dem Banner „Wir in Deutschland“ stehen.⁸ Im Folgenden sollen diese derart komplexen Umstände, die sich zu unterschiedlichen Graden auf die Städte, Regionen und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland auswirken, an jenem Ort näher betrachtet werden, bei dem sich die Hybridisierungswellen wohl am deutlichsten äußerten – der Hauptstadt Berlin. In diesem Sinne erscheint es auch angemessen, die gewählte Überschrift „Wir in Deutschland“ etwas konkreter zu fassen und in Anlehnung an die Worte John F. Kennedys zu fragen: Was bedeutet heute eigentlich „Ich bin ein Berliner“, in welcher Sprache wird diese lokale Identität produziert und erfahren?

Kennedy hatte vor mehr als viereinhalb Jahrzehnten diesen Ausdruck gewählt, um die Solidarität der USA für jenen Teil Berlins auszudrücken, der seit dem Bau der Mauer als demokratische Enklave in einem sozialistischen Staat eingeschlossen war. Seinerzeit bekundete Kennedy durchaus pathetisch, dass alle freien Menschen, wo immer sie auch leben mögen, Bürger von Berlin seien und er sich deshalb ebenfalls als solcher identifiziere. Zahlreiche Differenzen, die seinerzeit aktuell waren, haben sich seit dem Fall der Mauer vermischt. Einige Gegensätze sind verschwunden, neue sind hervorgetreten. Der analytische Begriff Hybridisierung macht eben darauf aufmerksam, dass solche Unterschiede existieren. Diese sind gewissermaßen die Voraussetzung für das Entstehen von Hybridisierung. In dieser Hinsicht sind auch die Diskussionen um Identität innerhalb der Postcolonial Studies geführt wurden. Vertreter wie Stuart Hall, Edward Said, Homi K. Bhabha, Cornel West und andere führten hier – teilweise ihre eigenen unterschiedlichen – Identitäten zusammen und behaupteten, dass eine separierte Betrachtung dieser Identitäten zunehmend der Vermischung dieser und somit einer dritten, einer hybriden Form gewichen sei. Diese frühe methodologische Auseinandersetzung mit dem Konzept von Hybridisierung war auch beeinflusst von den persönlichen Biografien der Autoren wie beispielsweise Hall, der als geborener Jamaikaner in Großbritannien lebte. Diese Sichtweise birgt jedoch die Gefahr einer Essentialisierung, da sie die Idee des Ersetzens impliziert. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass diese dritte Form vielmehr auf die komplex miteinander zusammenhängenden und keinesfalls widerspruchslösen Prozesse von

⁸ Gualtiero Zambonini, Persönliches Interview, Oktober 2008, Köln.

Identität und Kultur aufmerksam macht, dass es bei der Vermischung von zuvor ‚geschiedenen Bewusstseinen‘ sowohl um den Stimulus für Neues als auch das Erkennen von neu Entstehendem durch Positionswechsel geht. Hier kommen erneut die Gedanken von Bachtin, Lotman und anderen ganz wesentlich zum Tragen, die Hybridisierung als einen dynamischen, konstruktiven, aber auch schmerzhaften Prozess verstehen. Trotz allem ist die Diskussion um den Begriff Hybridisierung in der deutschen Öffentlichkeit weitestgehend eine marginale, oftmals akademische Debatte, gleichwohl durchaus konzediert wird, dass er sich besonders gut da eignet, „wo es um die Erforschung sowohl von historisch und sozial entstandenen Dichotomien, wie von Durchlässigkeit und Überschreitung von Grenzen geht.“⁹ Diese vielschichtige Diskussion des Begriffs Hybridisierung soll anhand des Berliner Radiosenders „Multikulti“ genauer untersucht werden.

Hybrider Mikrokosmos Berlin – das Fallbeispiel „Radio Multikulti“

Berlin ist eine multilinguale Stadt mit einer Vielzahl an Zuwanderern aus aller Welt. 2008 hatte einer Studie des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zufolge ein Viertel der Berliner einen so genannten Migrationshintergrund. Dazu zählen Personen, die im Ausland geboren sind, eingebürgerte Deutsche, so genannte Spätaussiedler sowie Nachkommen von Eltern mit einem Migrationshintergrund. Mit hin stammen 43% aller Berliner Kinder unter 15 Jahren inzwischen aus Einwanderer-Familien.¹⁰ Diese demografischen Merkmale Berlins sind in ähnlicher Form in anderen Großstädten wiederzufinden und entsprechen einem multilingualen Europa. Das Jahr 2008 wurde von der EU zum „Europäischen Jahr für Interkulturellen Dialog“ ausgerufen, wobei der dahinter stehende diskursive Ansatz wie folgt formuliert wurde: „Jetzt, wo die Grenzen innerhalb Europas verschwinden, kommen Menschen in einem immer größer werdenden Mix an Kulturen und Hintergründen zusammen, um ihre Stimmen in einem zunehmenden Dialog von einzigartigen Geschichten und Erfahrungen zu vermischen.“¹¹

⁹ Auf der Suche nach hybriden Lebensgeschichten. Theorie – Feldforschung – Praxis, hrsg. v. E. Tschernokoshewa u. M.J. Pahor. Münster (u.a.) 2005.

¹⁰ Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 3 (2008), S. 20-35.

¹¹ Vgl. http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/dialogue/catalog_en.pdf [eigene Übersetzung, letzter Zugriff: 21.8.2008].

Die Logik, die dem Teilen von unterschiedlichen Zugehörigkeitserfahrungen zugrunde liegt, ist, dass sowohl kulturelle und linguistische Grenzen als auch die Möglichkeiten bestehen, diese durch einen zunehmenden Dialog zu überwinden. Ein so verstandener politisch-institutioneller Ansatz ist problematisch, wenn er einem limitierten Verständnis von Hybridisierung und damit dem aktuell vorfindbaren gesellschaftlichen Wandel Vorschub leistet. Hybridisierung kann verstanden werden als eine Hegelsche Aufhebung von These und Antithese in der Synthese, wobei wichtig ist, dass diese nicht als Harmonie oder Versöhnung der Gegensätze zu begreifen ist, so wie bei Hegel¹² und dem hier vorgestellten Ansatz der EU. Hybridisierung als eine Harmonisierung der Gegensätze mag die Interpretation eines politisch gewollten Austauschs oder Dialoges sein, doch vergisst ein solches Verständnis andere Umstände wie soziale Schärfe oder Konfrontation. Bachtin spricht im Hinblick auf Sprache in diesem Fall auch von ‚unbeabsichtigten und unbewussten Sinnhybriden‘, wo sich „Sprache und die Sprachen hauptsächlich durch Hybridisierung und Vermischung verschiedener ‚Sprachen‘ verändern, die sowohl in der historischen wie in der paläontologischen Vergangenheit der Sprachen innerhalb eines einzigen Dialekts, einer Nationalsprache, eines Zweiges, einer Gruppe verschiedener Zweige und verschiedener Gruppen koexistieren, wobei immer die Äußerung als der Tiegel der Vermischung dient“.¹³

Medien sind Schlüsselinstitutionen der Öffentlichkeit, und insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde beauftragt, auf soziale und gesellschaftliche Differenzen aufmerksam zu machen, diese zu debattieren und diesbezüglich zu vermitteln. Die aufgeworfene Problematik wird hier am Fallbeispiel des öffentlich-rechtlichen Senders „Radio Multikulti“ („RM“) näher untersucht. Speziell „RM“ wurde 1994 als ein multilingualer, öffentlich-rechtlicher Radiosender gegründet, der Integrationszwecken dienen sollte.¹⁴ Diese Anforderung wurde insbesondere aufgrund der weithin wahrgenommenen Notwendigkeit formuliert, rassistischen und gegen Zuwanderung gerichteten Stimmungen innerhalb der deutschen Gesellschaft in den

¹² Vgl. Auf der Suche (wie Anm. 9).

¹³ Bachtin, Ästhetik (wie Anm. 6), S. 244.

¹⁴ Ähnliche multilinguale Medienexperimente lassen sich auch in Spanien (z.B. Barcelona Televisio) oder in Australien (Special Broadcasting Service – SBS) feststellen; vgl. A. Podkalicka, *Lost in Translation? Language policy, media and community-building: some lessons from SBS*. Queensland University of Technology. Brisbane, Australien 2008 [unveröffentl. Doktorarbeit].

frühen 1990er Jahren entgegenzuwirken.¹⁵ Der Auftrag von „RM“ lautete, für die Bevölkerung der deutschen Hauptstadt Berlin ein mehrsprachiges Programm anzubieten, das zum gegenseitigen Verständnis der Kulturen beitrug und damit die Integration förderte.¹⁶ Diese Aufgabe, unterschiedliche Zuhörergruppen gleichzeitig zu bedienen, spiegelt sich in der Programmstruktur wider:

„[R]adiomultikulti ist ein multilinguales Programm. Mit zahlreichen fremdsprachigen Angeboten am Abend können neu eingewanderte ebenso wie hier schon lange ansässige Migranten Informationen aus den lokalen Communities, aus Berlin und Deutschland in ihrer Sprache hören. Serviceorientiert und hintergründig.

(...) ein Programm für alle. Wir senden tagsüber – von 6 bis 17 Uhr – auf Deutsch und bauen somit eine beidseitig befahrbare Brücke zwischen dem deutschen und nichtdeutschen Publikum. Integration ist keine Einbahnstraße.

(...) ein musikalisch vielseitiges Programm. Wir bieten tagsüber eine Auswahl der besten Popmusik aus aller Welt: world wide music und ab 22 Uhr sowie am Wochenende überraschen wir mit Weltmusikspezialsendungen.“¹⁷

Das Programm von „RM“ stellt Informationen bereit, die bei der so genannten Integration in die deutsche Gesellschaft helfen sollen, und wird durch Unterhaltung, insbesondere Musik, ergänzt. Tagsüber sendet „RM“ von 6 bis 17 Uhr auf Deutsch, das als Berlins *lingua franca* verstanden wird. Das 24-stündige Programm begann mit einer Morgenshow, in der über Neuigkeiten aus aller Welt sowie lokalen Nachrichten und Services berichtet wurde und von Musik aus aller Welt begleitet war. Bis zum Mittag folgten dann Sendeformate, insbesondere aus dem Themenbereich Lifestyle und Trends. Ab 12 Uhr wurde ein Magazin gesendet, in dem über ‚Menschen, Szenen und Kulturen im multikulturellen Berlin und anderen Metropolen‘

¹⁵ I. Marenbach, Mehrsprachenradio als Integrationsradio, in: Radio der Kulturen. Radio der Zukunft. Köln 2005.

¹⁶ Vgl. ebenda.

¹⁷ Vgl. Selbstbeschreibung von RM unter http://www.multikulti.de/wir_ueber_uns/wir_ueber_uns.html [letzter Zugriff: 27.8.2008].

berichtet wurde. Danach folgten Sendungen mit Hörergesprächen, Live-Reportagen aus Berlin und der Welt sowie Berichten über allgemeine tagesaktuelle Themen und Beiträge mit besonderem inhaltlichen Bezug auf die Hörergruppen. Ein wichtiger Bestandteil der Sendungen bis 17 Uhr war, die kulturellen Identitäten der in Berlin lebenden Bevölkerung – besonders der aus anderen Ländern zugezogenen – wahrzunehmen und für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen. Dies sollte beispielsweise durch die Vermittlung von Wissen über die jeweils andere ethnokulturelle Gruppe erreicht werden. Ab 17 Uhr begannen dann die Sendungen in anderen Sprachen als Deutsch, wobei immer gezielt die prozentual am stärksten in Berlin vertretenen Zuwanderersprachgruppen angesprochen wurden. Dazu zählen Türkisch, Kroatisch, Bosnisch, Serbisch, Polnisch, Russisch und Arabisch, aber auch kurdische, italienische, griechische, spanische und andere Sendungen. Schließlich grenzte sich „RM“ auch bei der Musik gegenüber anderen lokal empfangbaren Radioanbietern ab. Das insbesondere während der Nachtstunden und am Wochenende gespielte musikalische Repertoire stammte aus allen Teilen der Welt und verzichtete bewusst auf eine angloamerikanische Dominanz.

Die Programmstruktur von „RM“ entspricht einer traditionellen Logik derartiger Medien, die für den Zugang zu und die Anerkennung von Sprachen Zugewanderter steht. In der Tat übernahm „RM“ die von der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ („ARD“) in den 1960er Jahren produzierten 30-Minuten-Programme, die innerhalb anderer Programme im abendlichen Sendeschema enthalten waren. Die ersten Sendungen in italienischer, serbokroatischer und türkischer Sprache wurden seinerzeit u.a. vom „Bayerischen Rundfunk“ („BR“) und dem „Westdeutschen Rundfunk“ („WDR“) als so genannte Integrationservices eingeführt, um den in Deutschland lebenden Zugewanderten den Zugang zu Informationen in ihrer Muttersprache zu geben. Da die deutschen Sprachkenntnisse der Zugewanderten – zu dieser Zeit vor allem männliche Gastarbeiter – oftmals gering waren, sollten die so genannten Gastarbeiterprogramme die Verbindung zur ausländischen Heimat als auch zur deutschen Gesellschaft herstellen. Beim „Sender Freies Berlin“ („SFB“)¹⁸ wurden zunächst Programme

¹⁸ Sender Freies Berlin (SFB) war der öffentlich-rechtliche Rundfunkanbieter für West-Berlin vom 1. Juni 1954 bis zum 30. April 2003 und als solcher Teil der ARD. 2004 fusionierte der SFB mit dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB).

in serbokroatischer und türkischer Sprache angeboten, die vom Politikressort des „SFB“ produziert wurden.¹⁹ Mit dem Ende des jugoslawischen Staates und seiner Aufteilung in verschiedene staatliche Entitäten in den frühen 1990er Jahren wurden einzelne Programme dann auf Serbisch, Kroatisch, Slowenisch, Bosnisch und Mazedonisch angeboten, was nicht nur den Anstieg ausgestrahlter Fremdsprachen, sondern auch die Zahl der Mitarbeiter in den Redaktionen erhöhte. Während es früher noch üblich war, von ‚Ausländerprogrammen‘ zu sprechen, hat sich auch diesbezüglich die Terminologie geändert. „RM“ ist aus einer solchen Tradition entstanden, bezeichnete sich aber bis zuletzt als ‚interkulturelle und multilinguale Servicewelle‘.²⁰ Damit wird die individuelle emotive Bedeutung der Muttersprache für Zugewanderte berücksichtigt, die so als symbolischer Wert zu einem Teil der ‚hybriden Nationalsprache‘ (in Anlehnung an Bachtin)²¹ oder in diesem Fall der ‚Berliner Sprache‘ wird. Die Präsenz von verschiedenen Sprachen in öffentlich-rechtlichen Sendern ist, so argumentiert Hawkins am Beispiel des multilingualen, öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieters „SBS“ in Australien,²² obwohl nicht verständlich für die meisten Angehörigen der Titularnation, jedoch wichtig, da mit ihr mit dem Mythos aufgeräumt wird, dass es eine gemeinsame Sprache als Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt eines nationalen Gefüges bedürfe, das sich mithin durch poröse Grenzen auszeichnet. Die Definition ‚interkulturelle Servicewelle‘ versucht außerdem, sich über weite Strecken des Programms als ein Sender ‚für alle‘ in deutscher Sprache zu positionieren und damit die Fragmentierung von Zuhörergruppen in unterschiedliche sprachliche Programmsegmente zu minimalisieren.

Das Programm von „RM“, so argumentiert Steven Vertovec,²³ sei erfolgreich, weil es eine Bandbreite von Bedeutungen von Kosmopolitanismus anbietet. Darunter versteht er einerseits Kosmopolitanismus als eine soziokulturelle Verfassung, d.h. dass Sendungen in die Programmstruktur integriert werden, die Berlin in den Globali-

¹⁹ Vgl. J. Hurrell, J. Radio Multikulti Berlin: Public Broadcasting in 18 Languages. 2006, in: <http://www.interculturemap.org/upload/att/200612140653270.Radio%20Multikulti%20CASE%20STUDY%20%20FINAL-INFO.pdf> [letzter Zugriff: 19.7.2007].

²⁰ Vgl. Marenbach, Mehrsprachenradio (wie Anm. 15).

²¹ Bachtin, Ästhetik (wie Anm. 6).

²² Vgl. G. Hawkins, SBS: Minority TV. Culture and Policy, in: Journal of the Australian Key Centre for Cultural and Media Policy (1996), Nr. 7, S. 45-64.

²³ Vgl. S. Vertovec, Fostering Cosmopolitanisms: A Conceptual Survey and a Media Experiment in Berlin, in: Transnational Communities Working Paper Series (2000), S. 1-31.

sierungsprozess einbinden. Zweitens, so seine Argumentation, wird Kosmopolitanismus bei „RM“ als eine Philosophie oder Ideologie insofern verstanden, als dass Themen mit universaler Ausprägung angeboten werden. Und drittens, so Vertovec, wird Kosmopolitanismus immer wieder durch supranationale Institutionen wie der EU als politisches Projekt gepriesen und ausgezeichnet. Was wir in dieser Hinsicht für bedeutsamer halten – und was Vertovec impliziert –, ist „RMs“ inhaltliche Multiperspektivität, die v.a. von einer heterogenen Mitarbeiterstruktur getragen wird.²⁴

„Wir haben Kollegen aus der halben Welt und schauen dadurch sehr viel mehr ins Ausland als andere und versuchen dabei nicht nur mit Korrespondenten zu reden oder typische Auslandsberichterstattung zu machen. Wir schauen immer auch, ob die Themen relevant für Berlin sind, für Einwanderer in Berlin, für das Zusammenleben von Deutschen und Migranten in Berlin. Dazu lässt sich immer etwas finden, z.B. wenn kroatische Kriegsverbrecher verhaftet werden, schauen wir, wie Kroaten oder Bosnier in Berlin darauf reagieren, welche Folgen dies hat, welche Rolle das in deren Alltag spielt. Wir versuchen auch über die Themen Fundamentalismus, Islamismus, Terrorismus den Mikrokosmos Berlin mit seiner Bevölkerung aus 180 Nationen zu verbinden.“²⁵

Die Multiperspektivität der Moderatorinnen und Moderatoren von „RM“ wird als kulturelles (und damit soziales und ökonomisches) Kapital des Senders gesehen, womit jedoch auch Schwierigkeiten in der alltäglichen Sendepraxis verbunden sind. Marenbach gesteht ein,

²⁴ Chefredakteurin Marenbach betont weiterhin, dass die Stärke „RMs“ dessen lokale ‚Berliner Perspektive‘ sei, durch die konkrete Verbindungen zwischen europäischen bzw. weltweiten Angelegenheiten sowie dem lokalen multikulturellen Leben in Berlin hergestellt wird. Das ist als Querschnittsaufgabe im Gesamtprogramm verankert, d.h. nicht nur in deutschsprachigen Programmen, wo diese Perspektive deutlich bevorzugt wird, sondern insbesondere auch in anderssprachigen Programmen. „RM“ bietet deshalb Informationen, die die Berliner Bevölkerung betreffen. Dieses Angebot dürfte ein wesentliches Abgrenzungsmerkmal von „RM“ gegenüber transnationalen Medien oder Onlineangeboten sein, die die Diaspora weltweit ansprechen wollen. In dieser Hinsicht versucht der Sender „RM“ identitätsstiftend zu sein und den in einer alltäglichen, multilingualen Umgebung entstehenden Spannungen medial Nachdruck zu verleihen.

²⁵ Persönliches Interview mit Chefredakteurin Ilona Marenbach im Dezember 2005; Anmerkung: Laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vom 2.09.2008 leben mittlerweile in Berlin Personen aus 195 Staaten, vgl. <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2008/08-09-02.pdf> [letzter Zugriff: 10.9.2008].

dass die deutschen Sprachkenntnisse von einigen Angestellten des Senders zunächst nicht ausreichend sind, um ein deutsches Programm zu präsentieren. Am meisten bereitet ihr jedoch innerhalb und außerhalb des Senders Sorgen, wenn sie mangelnde Sprachkenntnisse bei den Zuwanderern dritter Generation feststellen muss:

„Dramatisch ist, dass die dritte Generation nicht nur schlecht die Muttersprache, sondern auch schlecht deutsch spricht. Es ist deshalb dramatisch, weil diese Generation die besten Voraussetzungen für eine globalisierte Welt mitbringen würde. Während unsere eigene deutsche Generation mühsam eine Fremdsprache erlernen muss, könnten sie [die dritte Generation] im Prinzip zweisprachig aufwachsen. Doch dies ist jetzt eine vertane Chance, vertan von der Politik, aber auch den Einwanderern selbst.“²⁶

„RM“ hat daraus verschiedene Schlüsse gezogen. Einerseits wurden spezielle Sprach- und Journalismustrainings für die eigenen Mitarbeiter angeboten. Dies war wichtig für die Beherrschung maßgeblicher sprachlicher und journalistischer Schlüsselqualifikationen. Ein entscheidendes Ziel dieser Bemühungen war Marenbach zufolge, dass die Mitarbeiter auch in anderen Programmen innerhalb und außerhalb von „RM“ eingesetzt werden konnten. Das bedeutete zunächst, dass Mitarbeiter der türkischen Abteilung auch im deutschen Programm einsetzbar waren, um später dann auch für wichtige Positionen senderübergreifend qualifiziert zu sein. Dazu hatte „RM“ gemeinsam mit der „Electronic Media School Potsdam-Babelsberg“ und der „Berliner Tageszeitung“ („taz“) unter anderem das Trainings- und Rekrutierungsprogramm ‚World Wide Voice‘ initiiert.²⁷

²⁶ Vgl. Persönliches Interview (wie Anm. 25).

²⁷ Bei diesem Programm nehmen erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber zunächst an einem fünftägigen Workshop der Electronic Media School teil und absolvieren anschließend ein auf sie persönlich zugeschnittenes Praktikum in einer rbb-Hörfunkwelle. Dabei argumentieren die Initiatoren: „Journalisten mit einem nicht-deutschen oder bi-kulturellen Hintergrund sind in der deutschen Medienlandschaft nach wie vor unterrepräsentiert. Mit der Talent-Initiative World Wide Voices will radiomultikulti die Chancen junger Nachwuchskräfte auf dem Arbeitsmarkt verbessern. ‚Das ist jedoch nicht ganz uneigennützig‘, so radiomultikulti-Chefredakteurin, Ilona Marenbach, ‚wir suchen selbst nach talentierten Autoren und Reportern für unser Programm.“ In: http://www.multikulti.de/aktuelles/sonstiges/world_wide_voices_2008.listall.on.printView.true.html [letzter Zugriff: 21.11.2008].

An dieser Stelle muss nochmals auf die Sprachenpolitik, d.h. die bei „RM“ gesendeten Sprachen zurückgekommen werden. Es wurden im Programm primär die prozentual am stärksten in Berlin vertretenen Zuwanderersprachgruppen bedient. Darüber hinaus lagen die Schwerpunkte der medialen Sprachpolitik von „RM“ auf Sprachen aus Ländern mit unmittelbaren Grenzen zu Deutschland, wie zum Beispiel polnisch, zudem Sprachen jener Zuwanderer, denen Medienangebote in ihrer eigenen Sprache in Berlin nicht zur Verfügung standen, wie zum Beispiel vietnamesisch. Das Spektrum angebotener Sprachen muss, so die offizielle Politik von „RM“, aufgrund des sich wandelnden Sprachrepertoires der Stadt Berlin (d.h. aller in Berlin gesprochenen Sprachen) immer wieder neu geprüft werden. An dieser Stelle wird deutlich, wie „RM“ sich strukturellen Zwängen unter dem Mandat des Multikulturalismus unterworfen hatte. Mit dieser Strategie kann der Sender immer nur reagieren, nicht aber selbst agieren. Zum Beispiel gab es in 2005 verstärkt externe Anfragen von zugewanderten Hörern nach der Erweiterung des Inhalts für eine wachsende portugiesische und chinesische Gemeinschaft. Auf diese Forderungen reagierte Chefredakteurin Marenbach zurückhaltend:

„Der Tag hat 24 Stunden. Wir sind eine interkulturelle Welle und keine Welle, in der isolierte Sprachangebote gemacht werden. Ich kann auf keinen Fall zulassen, dass das Kernstück, das deutsche Programm, noch weiter eingeengt wird zugunsten von partikularen Interessen. Ziel ist, die Menschen dazu zu bewegen, auch das deutsche Programm einzuschalten und nicht nur ihr eigenes.“²⁸

An dieser Stelle wird noch einmal deutlich, inwieweit „RM“ strukturell an die politische Idee, die hinter seiner Gründung steht (Multikulturalismus und Integration), gebunden ist und welche entsprechenden Machtverhältnisse dies impliziert. Das Bestehen auf einem gewissen Anteil von deutschsprachigem Programm ist dann nur eine logische Konsequenz einer Politik, die unter Multikulturalismus einen Dialog versteht. Einen Dialog, der zur Verständigung führt, ja führen muss. Dass bei dieser Verständigung jedoch unterschiedliche Machtfragen eine entscheidende Rolle spielen, wird stillschweigend vorausgesetzt. Ein Aufeinandertreffen der Kulturen, die zu Friktionen, aber auch

²⁸ Persönliches Interview (wie Anm. 25).

einem Miteinander-Verzahnen führen kann, muss eine solche Politik, will sie wirklichkeitsnah sein, allerdings mit berücksichtigen. Alles andere wäre bestenfalls eine sanfte Demütigung.

Hier deshalb erneut der Rekurs auf die Idee der Hybridisierung. „RM“ verfügt zweifelsohne über ein hybrides Programm, ein Programm, das aus disparaten Elementen bestand. Dem Begriff der Hybridisierung ist jedoch inhärent, dass er ebenfalls die Beziehung zwischen jenen Elementen untersucht und damit die Frage nach gleichen oder ungleichen Machtverhältnissen beleuchtet. Der wesentliche Unterschied zwischen dem multikulturellen Ansatz, der bei „RM“ verfolgt wurde, und jenem hybriden, der hier vorgeschlagen wird, ist, dass ersterer einer Logik des Beabsichtigten folgt, während letzterer einer Logik der unbewussten, ja selbstverständlichen Hybridisierung folgen würde. Was ist damit gemeint? Die Logik des Beabsichtigten ist darum bemüht, einen sich ständig wandelnden Prozess in aktuelle Strukturen einzupassen, um dann mittels des Programms einen Austausch zwischen unterschiedlichen Perspektiven zu erzielen und mittels dieser Multiperspektivität eine große Zuhörerschaft zu erreichen. Es geht hier um die Grundgedanken der Beziehung und des Dialogs zwischen den disparaten Objekten. Die Zwänge, die diesem Ansatz zugrunde liegen, hat die „RM“-Sprachpolitik gezeigt. Bei der Logik unbewusster Hybridisierung wird jedoch gemäß Bachtin und Lotman die Aufmerksamkeit auf den dynamischen Prozess gelegt, nicht auf die Objekte oder Produkte. Hybridisierung versteht sich als „eine fortschreitende Komplexität, die das gemeinschaftliche wie das individuelle Leben auszeichnen, sodass keine Struktur und keine Instanz – sei es Nation, Ethnos, Religion, Besitz, Beruf, Familie oder Geschlecht – mehr den Anspruch erheben können, die ‚ganze Person‘ zu definieren, das ganze Leben zu durchdringen, somit auch zu strukturieren oder ihm ausschließlich Sinn zu geben.“²⁹ Diesen „tiefgreifenden Wandel des Gesamtpublikums, von dem Zuwanderer ein relevantes Segment darstellen, als Angelpunkt von Programmentwicklung und Programminnovation zu begreifen“,³⁰ wäre eine geeignete Aufgabe für „RM“ unter der Logik einer unbewussten Hybridisierung im Netzwerkzeitalter gewesen. Wie die Umsetzung in der Praxis aussieht, ist eine Frage, mit der sich multilinguale Sender und Programmangebote ernsthaft auseinandersetzen müssen. Bis zuletzt

²⁹ Auf der Suche (wie Anm. 9), S. 22.

³⁰ Gualtiero Zambonini, Kulturelle Vielfalt und Integration – Das WDR Modell, in: WDR, Radio der Kulturen. Radio der Zukunft. Köln 2008.

wurden bei „RM“ hierzu unter dem alten Mandat der Multikulturalität v.a. Überlegungen zu bilingualen Experimenten angestellt, die im Hinblick auf einen zu erreichenden durchschnittlichen Höreranteil in Berlin-Brandenburg von rund einem Prozent jedoch als kritisch angesehen wurden. Sie wären zudem neu auf dem deutschen Medienmarkt gewesen, wo die Ausstrahlung in Originalsprache unüblich ist. Das zukünftige Idealszenario wäre laut Chefredakteurin Marenbach eine zusätzliche digitale Frequenz gewesen, wo neue Programmideen möglich gewesen wären. Die Diskussion über die Zukunft des Senders sah jedoch nicht eine digitale Erweiterung, sondern – wie später zu sehen sein wird – die vorzeitige Schließung des Radiosenders zum 1. Januar 2009 vor.

Mehrsprachenradio im Zeitalter der Hybridisierungen

Im Programmangebot von „RM“ wurde sich bislang vor allem auf die gespielte Musik berufen, wenn es um die Frage ging, wie es sich von anderen Radiosendern in Berlin und darüber hinaus unterscheidet. Die Musik war wesentlicher Bestandteil von „RM“, sie sollte eine bestimmte klangliche Geschmacksrichtung bedienen und sich dabei auf im deutschen Radio marginalisierte Musik spezialisieren. Angesprochen werden sollten damit diejenigen, die in jener Situation von Hybridisierung leben, wie sie oben beschrieben wurde. Dazu zählen Zuwanderer, aber auch jene Deutsche, die Interesse am ‚Anderen‘ haben. An dieser Stelle ist es nicht unsere Absicht, eine Kritik an der in dieser Strategie implizierten Zielgruppe ‚kosmopolitischer KonsumentInnen‘ zu leisten, sondern die Beschränkungen dieser Strategie unter einer interkulturellen Agenda zu identifizieren. Denn der Erfolg dieser Klangphilosophie erwies sich laut Marenbach in ihrem Sender immer dann als beschränkt, wenn eine zu große Musikgenrevielfalt unvereinbar mit den Hörererwartungen war:

„Wir haben am Anfang ein sehr breites Musikangebot gehabt – Popmusik, Folklore, klassische Musik sowie typische Weltmusik, die Traditionen aufgegriffen hat. Wir mussten nach einer Weile erfahren, dass das zu viel ist (lacht), zu viel für einen ganz normalen Hörer. Denn auch Radio-Multikulti-Hörer sind ganz normale Hörer, die uns in allererster Linie als Begleitmedium einschalten, um angenehm angesprochen zu werden, um nützliche Informationen zu erhalten. Und wenn die Musik der

Einschaltfaktor Nummer eins ist, dann muss ich natürlich über Musik versuchen, die Menschen auf 97,3 zu halten. Viele Leute haben gesagt ‚Es ist schön, dass es euch gibt, aber euch den ganzen Tag über zuzuhören ist zu anstrengend!‘ Wenn die Musik zu anstrengend ist, dann kann ich noch so viele gute Wortbeiträge dagegenstellen. Also haben wir angefangen, die Breite der Musik zu reduzieren und uns im Tagesprogramm auf Popmusik aus aller Welt spezialisiert. Schließlich haben wir auch die Länge der Wortbeiträge verkürzt.“³¹

Dadurch demystifiziert Marenbach die oft abstrakte Idee eines interkulturellen Dialogs und weist nachfolgend gleich noch auf einen vorgefundenen Unterschied zwischen deutscher Bevölkerung und Zugewanderten hin:

„Ja, die Idee von interkulturellem Dialog steckt dahinter, aber wir sagen lieber, dass RM eine interkulturelle Service-Welle ist, weil wir innerhalb der vergangenen zwölf Jahre einige Erfahrungen gemacht haben. Wir sind ambitioniert gestartet, mit sehr vielen Worten und aufklärerischem Bewusstsein. Und wir haben die interessierten, kosmopolitischen Hörer sowohl im deutschen Publikum als auch über die Fremdsprachen natürlich die ausländischen Hörer gewonnen. Aber es ist uns nicht gelungen, die unterschiedlichen Gruppen zusammenzubringen. Der Türke hört das türkische Programm, der Pole das polnische – beide schalten aber nicht unbedingt das deutsche Programm ein, weil es viel zu ambitioniert ist, viel zu multikulturell. Was interessiert die Polen die türkische Popmusik, was soll der Araber mit italienischen Themen anfangen. Wir haben festgestellt, dass dieser interkulturelle Dialog, der Austausch, die Offenheit für andere Kulturen etwas typisch Deutsches ist. Die Migranten, die hier leben, haben in erster Linie Interesse an bilateralem Austausch, ich muss mich als ein Einwanderer in die deutsche Gesellschaft einfinden, das ist mein Bezugspunkt. Dieses Multikulturelle, sich für den Anderen Öffnen, das kommt vielleicht später in der zweiten und dritten Generation, aber vielleicht auch erst viel später. Ein Einwanderer ist erst einmal an der Bewahrung, Aufrechterhaltung seiner eige-

³¹ Persönliches Interview (wie Anm. 25).

nen Kultur interessiert, und daran, in die deutsche Gesellschaft möglichst gut hineinzuwachsen.“³²

Der Erfolg von „RM“ ist häufig an intangiblen Faktoren festgemacht worden. So hatte „RM“ zeit seines Bestehens dazu beigetragen, die Akzeptanz von deutscher Sprache mit Akzent sowie die Förderung von nicht-anglophoner Musik zu fördern. Letzteres kann jedoch längst nicht mehr als ein Alleinstellungsmerkmal von „RM“ gelten, denn Alltagserlebnisse in Großstädten oder beliebte Onlineangebote können derartige Erfahrungen ebenso vermitteln. Des Weiteren ist „RM“ als Medienmodell für kulturellen Austausch bezeichnet³³ und als Vorbild für ähnliche Radiostationen in Gegenden wie dem Mittleren Osten diskutiert worden.³⁴ Zudem hat „RM“ Auszeichnungen von der EU und der UNESCO erhalten, wobei Programmchefin Marenbach deutlich betont, dass sie die professionelle Aufwertung der einzelnen Programme sowie Journalisten ‚stolzer‘ macht als diejenigen Auszeichnungen, die auf die ‚politisch motivierte‘ Rolle von „RM“ zurückzuführen sind.³⁵ Einer der wohl wichtigsten, inhaltlich schwer messbaren Leistungen ist damit die kontinuierliche Professionalisierungsarbeit in den unterschiedlichen Programmbereichen und im Journalismus. Qualität und Multiperspektivität können als Eckpfeiler von „RM“ verstanden werden, jedoch müssen diese Charakteristika in einer mobilen Netzwelt wesentlich vielseitiger verstanden werden. Hier ist vor allem daran zu denken, dass Nutzer zu kreativen Innovationen genau so viel beitragen können wie die traditionelle Kreativindustrie.

Auf der anderen Seite ist es wichtig, die tangiblen Erfolgskriterien zu betrachten. Hierzu werden in der deutschen Radio-Media-Analyse³⁶ (MA Radio) Tagesreichweite, weitester Hörerkreis und Marktanteil von Hörfunksendern ermittelt. Zur Tagesreichweite (05:00 bis

³² Ebenda.

³³ Vgl. Vertovec, *Fostering Cosmopolitanisms* (wie Anm. 23), S. 21.

³⁴ In einem Beitrag des Online-Jugendnetzwerkes MideastYouth.com setzte sich am 20. Juni 2006 eine Nutzerin (Name: Esra) aus Bahrain, die zuvor bei einem Besuch in Berlin „RM“ kennen gelernt hatte, dafür ein, nach dessen Modell einen ähnlichen Radioservice für Kurden, Araber, Iraner und andere aufzubauen, in: <http://www.mideastyouth.com> [letzter Zugriff: 20.8.2006].

³⁵ Vgl. Marenbach, *Mehrsprachenradio* (wie Anm. 15).

³⁶ Die Aufgabe der Media-Analyse (MA) ist es, das Medien-Konsumverhalten der Bevölkerung Deutschlands zu untersuchen. Dazu werden von der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse (ag.ma) jährlich 50 000 Personen ab einem Alter von 14 Jahren telefonisch oder mündlich-persönlich befragt. Die telefonische Vorgehensweise wird im Fachjargon als CATI

24:00 Uhr) zählen alle Personen, die im Tagesablauf während mindestens eines vorgegebenen Zeitabschnitts von 15 Minuten Radio gehört haben. Im Vergleichszeitraum 2007 zu 2008 ging „RM“ prozentual gesehen als zweitstärkster Gewinner unter den knapp zwei Dutzend Berliner Hörfunksendern hinter dem privaten „Star FM“ und gemeinsam mit „RBB Kulturradio“ hervor. Von Montag bis Freitag schalteten täglich für mindestens 15 Minuten 47 000 Hörer ein, 10 000 oder 27% mehr als im Jahr zuvor. Dieser Aufwärtstrend wird auch innerhalb der zwei Messzeitpunkte in 2008 (so genannte Radio MA I und Radio MA II) bestätigt.³⁷ Des Weiteren berechnet die Media-Analyse den weitesten Hörerkreis eines Senders, zu dem alle Personen zählen, die zum Zeitpunkt der Befragung angeben, diesen Sender innerhalb der letzten 14 Tage gehört zu haben. Hier konnte „RM“ von 2007 MA Radio II zu 2008 MA Radio II um 14 000 oder 6,3% auf 237 000 Hörer zulegen. Allerdings hätte diese Bilanz noch besser ausfallen können, da „RM“ zum ersten Messzeitpunkt 2008 I bereits 16 000 Hörer mehr erreicht hatte als im vorhergehenden Zeitraum. Der Marktanteil schließlich wurde für „RM“ in den beiden letzten Media-Analysen mit 0% ausgewiesen, wobei seitens „RM“ davon ausgegangen wurde, dass es eigentlich mehr Hörer waren, als tatsächlich mit den aktuellen Methoden erhoben werden konnte. Die werberelevanten, statistischen Daten der MA Radio wurden deshalb immer wieder Gegenstand von Diskussionen bei Sendern wie „RM“. Dabei wurde aus markt- und medienökonomischer Sicht, bei der Quoten die wichtigste Einheit für Popularität und Relevanz sind, immer wieder ein Marktanteil von einem oder unter einem Prozent als zu niedrig kritisiert. Auf der anderen Seite besteht der wohl berechtigte Vorwurf, dass die derzeitigen Erhebungsmethoden wesentliche Schwächen vor allem hinsichtlich der Inklusion von Zugewanderten offenbaren. Diese Kritik wurde u.a. in der Studie ‚Migranten und Me-

(Computer Assisted Telephone Interview; ein Interviewer des Marktforschungsinstituts ruft an und trägt die Antworten in eine Fragemaske am Computer ein) bezeichnet, die mündlich-telefonische CASI-Methode (Computer Assisted Self-Interviewing; interviewte Person erhält auf einem Laptop ein Frageprogramm und trägt seine Antworten selbstständig und ohne Eingriff des Interviewers ein) wurde zusätzlich zum telefonischen Verfahren seit 2004 zunächst bei einem geringeren Teil der befragten Personen verwendet. Die Media-Analyse wird derzeit für Pressemedien und Radio zweimal jährlich, für Tageszeitungen und Plakate einmal im Jahr durchgeführt. Sie hat praktische Relevanz, weil sie darauf beeinflussend wirkt, welche Medienanbieter am attraktivsten für die Werbewirtschaft sind und welche Preise Medienanbieter für Werbung verlangen können.

³⁷ MA Radio 2008 I: 38 000 Hörer; MA Radio 2008 II: 47 000 Hörer (plus 23,7%).

dien‘ erneuert.³⁸ Chefredakteurin Marenbach beschrieb die Mängel der aktuellen Analysen wie folgt:

„Zwei Mal im Jahr werden die Hörerzahlen für alle Radiostationen ermittelt, indem das deutsche bzw. deutsch sprechende Publikum telefonisch befragt wird. Radio Multikulti hat den Nachteil, dass alle diejenigen, die deutsch nicht oder nur schlecht sprechen, gar nicht erhoben werden. Nur deutschsprechende Ausländer werden erfasst wie Amerikaner, Franzosen, Türken. Wir kommen deshalb normalerweise nur auf etwas unter oder über ein Prozent. Das ist nicht viel. Wir wissen aber nicht, wie viele sich in die fremdsprachigen Programme einschalten, und können deshalb nie mit Zahlen arbeiten – das ist unser Handicap!“³⁹

Die Konsequenzen aus beiden Argumentationssträngen begünstigen die Infragestellung von Sendern wie „RM“, die sich oft auf eine berechtigte symbolische Wertschätzung berufen können, jedoch nicht mit breitenwirksamen Radioformaten, ganz gleich ob innerhalb des öffentlich-rechtlichen oder privaten Hörfunks, konkurrieren können. Von daher mag für einige Beobachter die Entscheidung des „RBB“, sein multilinguales Programm „RM“ einzustellen, eine logische Schlussfolgerung gewesen sein. Für andere wiederum war sie das eindeutig falsche Signal. Ende Mai 2008 hatte die Geschäftsleitung des „RBB“ beschlossen, „RM“ zum 1. Januar 2009 zu schließen. Damit, so hieß es, werde sie einen Teil des vorausberechneten Haushaltsdefizits von 54 Mio. Euro in den kommenden vier Jahren einsparen. Grund für dieses Defizit sind v.a. die hohen Gebührenaufschläge für den „RBB“, die sich im Wesentlichen durch die hohe Arbeitslosigkeit (und die damit verbundene Gebührenbefreiung) sowie die Abwanderung aus den Ländern Berlin und Brandenburg (und dadurch ausbleibender Gebühren) in andere Bundesländer ergeben. Der „RBB“ hatte zunächst erfolglos vorgeschlagen, dass die Gebührenaufschläge von anderen Rundfunkanstalten im „ARD“-Senderverbund kompensiert werden könnten. So argumentierte die Vorsitzende des „RBB“-Rundfunkrates, Ulrike Liedtke:

³⁸ Vgl. ZDF: Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF Medienkommission. Mainz 2007.

³⁹ Persönliches Interview (wie Anm. 25).

„Der RBB ist unverschuldet in Not geraten. Er leidet unter Gebührenaussfällen und darunter, dass die Rundfunkgebühren ungerecht verteilt werden. Intendantin Reim hat die wohlhabenden ARD-Sender um Hilfe gebeten. Dass sie im Ergebnis nur wenig Unterstützung erhielt, führt nun zu diesen unvermeidlichen, bitteren programmlichen Konsequenzen.“⁴⁰

Einseitig die Entscheidung, „RM“ zu schließen, mit dem bis dato ausgebliebenen ‚medialen Solidarpakt‘ zu begründen, ist jedoch nur Teil der offiziellen Sprachregelung. Schließlich entschied sich der „RBB“-Rundfunkrat, von sieben bestehenden, eigenen Radioprogrammen gerade „RM“ zu schließen. Auf dessen Frequenz wird seit dem 1. Januar 2009 das Programm von „Funkhaus Europa“ gesendet. Dieses wird vom „Westdeutschen Rundfunk“ produziert, baut inhaltlich auf dem Modell von „RM“ auf und hat eine ähnliche, ebenfalls mehrsprachige Programmstruktur. Mit der Schließungsentscheidung jedoch wurde eine öffentliche Diskussion darüber ausgelöst, ob es überhaupt richtig sei, „RM“ einzustellen. Wenige Tage nach der Entscheidung konstituierte sich der „Freundeskreis Radio Multikulti“ („FRM“), eine Hörerinitiative, die es sich ihrem Sprecher Nikolaus Fuss zufolge zum Ziel gesetzt hatte, die beschlossene Einstellung des Senders zu verhindern: „Es kann nicht sein, dass ein Rundfunkprogramm, dessen Zielgruppe rund 25 Prozent aller Berliner ausmachen, aus Sparzwängen einfach abgeschaltet wird.“⁴¹

Diese zunächst „bipartisan“ Debatte wurde später öffentlich ausgetragen, wobei Ende 2008 Akteure aus Politik, Medien und allgemeiner Öffentlichkeit begannen, über ein vom Berliner Abgeordnetenhaus vorgeschlagenes Moratorium der Schließungsentscheidung zu diskutieren.⁴² Ein solches Moratorium wäre ein politischer Erfolg für den Freundeskreis und die Hörer von „RM“ gewesen. Auch wenn nun auf der Frequenz von „RM“ ein ähnliches Angebot ausgestrahlt wird, so bleiben Verantwortliche vieler multilingualer Sender mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die besten Gründe für einen dauerhaften Erhalt durch erfolgreiche, innovative Programmentwicklungsarbeit zu schaffen, die eine weite Hörer- und Nutzerschaft erreicht.

⁴⁰ RBB-Pressemitteilung, in: www.multikulti.de/aktuelles/sonstiges/radiomultikulti.html [letzter Zugriff: 1.7.2008].

⁴¹ Aus „Berliner Morgenpost“ v. 5. September 2008.

⁴² Eine ausführliche Dokumentation der Ereignisse bis zur Einstellung des Radiosenders lässt sich im Anhang nachverfolgen.

Hierzu scheint die Anpassung einer Gesamtstrategie an das Mandat der Hybridisierung am geeignetsten.

Diskussion

In diesem Kapitel haben wir am Beispiel von „RM“ gezeigt, dass die Grenzen multikulturell bzw. auf harmonischem interkulturellem Dialog verstandener Medien größtenteils selbst auferlegt sein können. Der grundsätzlichen Ausrichtung liegt ein politisch motivierter Auftrag zugrunde, der am Beispiel „RM“ vorsah, die in Berlin lebenden Zuwanderer und Deutschen anzusprechen und diese gegenseitig zum Kennenlernen zu ermutigen. Unsere Analyse aber zeigte, dass eine Diskrepanz besteht zwischen einer wohl intendierten normativen Strategie und der aktuellen Medienpraxis, die von den Erwartungen und Bedürfnissen der Zuhörer- und Nutzerschaft abhängt. Wichtig ist die vorgesehene Senderstrategie sowie deren Interpretation und Umsetzung in konkreten Sendungen. Dabei sind das Selbstverständnis des Senders und die von seinen Mitarbeitern verstandene gesellschaftliche Rolle entscheidend. Marenbachs Einschätzung, dass „RM“ „normale Zuhörer hat“ (und nicht ‚spezielle‘), oder dass die in der Vergangenheit verfolgte, aufklärerische Medienstrategie von „RM“ zu multikulturell bzw. „zu anstrengend“ sei, rief die vorgefundenen Veränderungen in der digitalen Kultur wirksam in Erinnerung und verlangte unmittelbare Konsequenzen für die inhaltliche Programmgestaltung und den Programmauftrag an und für sich.

Das Fortbestehen von „RM“ mag kurzfristig von medienpolitischen Entscheidungen abhängig gewesen sein, doch für (diesen sowie) andere, ähnlich ausgestaltete Sender ist es wichtig (gewesen), eine pragmatisch-praktische Flexibilität bei der Formulierung von Selbstverständnis und Sendeaufträgen anzuwenden, sodass Raum für innovative Programmstrategien und -ideen bleibt. Dazu wäre es wichtig, schrittweise die praktische Implementierung einer Strategie der Hybridisierung zu erörtern. Die Hauptaufgabe eines Medienangebots unter dem Mandat der Hybridisierung könnte es sein, geteilte (translokale) Erfahrungen über kulturelle Differenzen hinaus zu vermitteln, sich auf Interessen einer alltäglichen Unordnung und Partizipation zu konzentrieren anstatt enzyklopädisches Wissen über fremde Kulturen gemäß eines interkulturellen Leitfadens zu erzeugen. Denn, so beschreibt Vilem Flusser aus der Sicht des Zuwanderers: „Die geheimen Codes sind nicht, im Allgemeinen, bewusste Regeln, sondern

erstrecken sich vielmehr auf unbewusste Gewohnheiten. Um sich in einer neuen Heimat einzugewöhnen, muss der Einwanderer zunächst den geheimen Code bewusst erlernen – und dann wieder vergessen.“⁴³

Allzu oft und zu beiläufig wird in akademischen Kreisen und von politischen Führungsfiguren behauptet, dass wir in einer ‚globalisierten‘ Welt leben, während die komplexen Konsequenzen dieser neuartigen Formen der Interkonnektivität wesentlich schwieriger einzuschätzen und zu begreifen sind, als dies unterstellt wird.⁴⁴ Medienangebote wie „RM“ sind ausgestattet mit einer wesentlichen Ressource, um dieser neuen Herausforderung wirksam zu begegnen – der Multiperspektivität seiner Beteiligten (von Mitarbeitern bis Zuhörer- und Nutzerschaft), die sich in der Rekonstruktion der hybriden ‚Berliner Sprache‘ in Bachtins Sinne manifestiert.⁴⁵ Diese gilt es als Querschnittsressource in einem Gesamtprogramm (sender- und medienübergreifend) so anzuwenden, dass intangiblen sowie tangiblen Erfolgsfaktoren Rechnung getragen wird.

„RM“ war relevant für Zuhörer, da es als Plattform für Debatten diente (oder wie zuletzt selbst Gegenstand einer wichtigen Debatte wurde) für die sich andere Anbieter nicht verantwortlich sehen. Vor diesem Hintergrund mag es zwar medienökonomisch eine Option sein, das ähnlich strukturierte Programm von „Funkhaus Europa“, das in einer 600 km entfernten Region Deutschlands produziert wird, zu übernehmen. Viel wichtiger ist es jedoch, die grundsätzliche Strategie, die Auftragsphilosophie, wenn man so will, dem beständig fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Danach sind politisch wohl intendierte Vorgaben wie die ‚Ermöglichung eines interkulturellen Dialogs‘ im Hegelschen Sinne der Harmonieherbeiführung unzureichend, weil sich diese mit den in der Medienpraxis gemachten Erfahrungen, die auch Teil der Alltagskomplexität sind, nicht verbinden lassen. Hier sei an das Stichwort der ‚sanften Demütigung‘ im Rahmen der hier geführten Diskussion um die Sprachenpolitik „RMs“ erinnert. Dies ist die Logik des Beabsichtigten, in der man darum bemüht ist, einen sich ständig wandelnden Prozess in Strukturen einzupassen. Wir plädieren im Gegensatz dazu für

⁴³ Vilem Flusser, *The Freedom of the Migrant. Objections to Nationalism*. Urbana/Chicago 2003, S. 6.

⁴⁴ Vgl. Jean Seaton, ‚Foreword‘, in: Thomas Petzold, *Gewalt in internationalen Fernsehnachrichten*. Wiesbaden 2008, S. 5 f. Vgl. auch Kai Hafez, *Mythos Globalisierung*. Wiesbaden 2005.

⁴⁵ Vgl. Bachtin, *Ästhetik* (wie Anm. 6).

eine kategorische Hinterfragung dieser Strategie und schlagen stattdessen die Logik unbewusster Hybridisierung vor, wie sie im vorliegenden Beitrag in Anlehnung an Bachtin, Lotman und andere diskutiert wurde. Dazu zählt in medienpraktischer Hinsicht die Förderung von Kreativität, insbesondere in Bezug auf Talente und Inhalte (innerhalb und außerhalb des multilingualen Redaktions- und Produktionsteams). Des Weiteren ist zu bedenken, dass Radio lange Zeit kein Dialogmedium war. Die Kapazitäten, sich durch Zuhörer-Feedback, Ko-Produktionen oder andere Formen von Partizipation oder Kollaboration beständig zu erneuern und zu revitalisieren, waren limitiert, können aber durch neue interaktive Möglichkeiten in der digitalen Kultur erweitert werden. Wichtig im Zusammenhang mit multilingualen Angeboten ist dabei die Überwindung von Sound- und Sprachenlimitierungen, die am deutlichsten bei Übersetzungen werden. Während traditionelles Radio nicht mehrere Sprachen gleichzeitig senden konnte, lassen sich derartige Limitierungen durch ausgeklügelte Verfahren im Internet begrenzen und überwinden. Bewährte oder neue Formen von Untertitelung und *Voice-over* können damit über traditionelle Einsatzgebiete wie Fernsehen hinaus genutzt werden.

Inhaltliche Exzellenz und bewusster Einsatz neuer sozial-technologischer Möglichkeiten sind ein wesentlicher Bestandteil, um für Zuhörer und Nutzer attraktive Programme zu schaffen. Derartige Inhalte benötigen nicht notwendigerweise bewusste Leitlinien wie „interkulturellen Dialog zum Abbau von Vorurteilen“ oder „Interkulturalität als Prämisse, um anderen Kulturen zu erklären, wie wir sind“. Mit derartigen Vorgaben wird versucht, Kreativität verwaltbar zu machen, sie beschränken damit dessen Potenzial im Voraus. Interesse an einem ‚Wie wir sind‘ bleibt ein Mythos, wenn es für ein mögliches Publikum nicht auch anderweitig attraktiv ist. Dass Inhalte *per se* etwas ‚vermitteln‘ sollen, muss nicht mehr das alleinige Kriterium sein. Zu denken wäre hier an Formen ‚unterhaltsamen Informierens‘. Multilinguales Radio bedeutet nicht notwendigerweise, permanent in mehreren Sprachen senden zu müssen. Multilingualismus ist ein wichtiges Charakteristikum heutiger Gesellschaften, das schließt aber nicht die Nutzungsmöglichkeit einer gemeinsamen Sprache aus. Kreative Kollaboration, innovative Perspektiven und ein hybrider Mix an Programmen kann in Medien wie „RM“ durch das kulturelle Kapital aktiviert werden, das die unterschiedlichen Beteiligten in den Prozess einbringen – an anderer Stelle ist das als ‚living diversity‘ oder ‚everyday cosmopolitanism‘ zu umschreiben versucht

worden.⁴⁶ Basierend auf der Logik unbewusster Hybridisierung kann ein solches medienpraktisches Verständnis Grundstein dafür sein, sich den dynamischen Wandel von Gesellschaft sowie die Veränderung von Medienrepertoires der Publika/Nutzer zu eigen zu machen, um innovative Programmentwicklung für lokale sowie translokale, nationale wie transnationale Medienöffentlichkeiten zu leisten.

Literaturverzeichnis

- I. Ang, J. Brand, G. Noble u. D. Wilding, *Living Diversity: Australia's Multicultural Future*. Artarmon 2002.
- Michail Bachtin, *Die Ästhetik des Wortes*, hrsg. v. Rainer Gröbel. Frankfurt a.M. 1979.
- N.G. Canclini, *Hybrid Cultures*. Minnesota 2005.
- Vilem Flusser, *The Freedom of the Migrant. Objections to Nationalism*. Urbana/Chicago 2003.
- K. Hafez, *Mythos Globalisierung*. Wiesbaden 2005.
- G. Hawkins, SBS: Minority TV. Culture and Policy, in: *Journal of the Australian Key Centre for Cultural and Media Policy* (1996), Nr. 7, S. 45-64.
- J. Hurrell, *Radio Multikulti Berlin: Public Broadcasting in 18 Languages*. 2006, http://www.interculturemap.org/upload/att/200612140653270.Radio%20Multikulti%20CASE%20STUDY%20%20FINAL_INFO.pdf [letzter Zugriff: 19.7.2007].
- M.M. Kraidy, *Hybridity, or the Cultural Logic of Globalisation*. Philadelphia 2005.
- I. Marenbach, Chefredakteurin „Radio Multikulti“, *Persönliches Interview*, Dezember 2005, Berlin.
- I. Marenbach, *Mehrsprachenradio als Integrationsradio*, in: *Radio der Kulturen. Radio der Zukunft*. Köln 2005.
- MMB – Institut für Medien- und Kompetenzforschung, *Expertise „Ausbildung von Volontären in den Medien“*. Berlin 2006 (Berliner Beiträge zur Integration und Migration. BQN).
- N. Papastergiadis, *The Turbulance of Migration*. Cambridge 2000.
- N. Papastergiadis, *Hybridity and Ambivalence: Places and Flows in Contemporary Art and Culture*, in: *Theory, Culture & Society* (2005), Nr. 22, S. 39-64.

⁴⁶ I. Ang, J. Brand, G. Noble u. D. Wilding, *Living Diversity: Australia's Multicultural Future*. Artarmon 2002.

- T. Petzold, Gewalt in internationalen Fernsehnachrichten. Wiesbaden 2008.
- A. Podkalicka, Lost in Translation? Language policy, media and community-building: some lessons from SBS. Queensland University of Technology. Brisbane, Australien 2008 [unveröffentl. Doktorarbeit].
- J. Seaton, ‚Foreword‘, in: T. Petzold, Gewalt in internationalen Fernsehnachrichten. Wiesbaden 2008, S. 5 f.
- Auf der Suche nach hybriden Lebensgeschichten. Theorie – Feldforschung – Praxis, hrsg. v. E. Tschernokoshewa u. M.J. Pahor. Münster (u.a.) 2005.
- S. Vertovec, Fostering Cosmopolitanisms: A Conceptual Survey and a Media Experiment in Berlin, in: Transnational Communities Working Paper Series (2000), S. 1-31.
- Westdeutscher Rundfunk. Radio der Kulturen. Radio der Zukunft. Köln 2005.
- Gualtiero Zambonini, Kulturelle Vielfalt und Integration – Das WDR Modell, in: Westdeutscher Rundfunk, Radio der Kulturen. Radio der Zukunft. Köln 2008.
- Gualtiero Zambonini, Persönliches Interview, Oktober 2008, Köln.
- Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 3 (2008), S. 20-35.
- ZDF: Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF Medienkommission. Mainz 2007.
- http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/dialogue/catal_dial_en.pdf.
- http://www.dwdl.de/article/news_15933,00.html.
- <http://www.mideastyouth.com/2006/06/20/germanys-radio-multikulti-similar-network-needed-in-the-mideast/>.
- http://www.multikulti.de/wir_ueber_uns/wir_ueber_uns.html.
- <http://www.multikulti.de/aktuelles/sonstiges/radiomultikulti.html>.
- <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2008/08-09-02.pdf>.
- <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2008/08-07-01b.pdf>.

Anhang

Chronologie der Ereignisse um die Einstellung des multilingualen Radiosenders „Multikulti“

- Ende Oktober (Freundeskreis Radiomultikulti – FRM): Ein offener Brief von Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird dem RBB übergeben.
- Anfang November (Tagesspiegel): Der Freundeskreis Radio Multikulti übergibt eine Sammlung von 31 000 Unterschriften für den Erhalt von Radio Multikulti an die Geschäftsleitung des RBB.
- Anfang November (Tagesspiegel): Die Ministerpräsidenten der Länder fordern die ARD auf, innerhalb eines Jahres ihren internen Finanzausgleich neu zu regeln. Ziel muss es demnach sein, dass kleinere Anstalten mehr Geld erhalten. In Berichten war dabei von zusätzlichen 20 Mio. Euro für den RBB die Rede. Der RBB hatte im Mai angekündigt, wegen eines Haushaltsdefizites in Höhe von 54 Mio. Euro Radio Multikulti und das Magazin PolyLux einzustellen.
- Anfang November (FRM): Freundeskreis Radio Multikulti setzt sich für ein Moratorium, eine Aussetzung der Entscheidung, RM zu schließen, für zunächst ein Jahr ein.
- Anfang November (Berliner Zeitung): RBB-Intendantin Reim bekräftigt auf einer Rundfunkratssitzung den Entschluss, Radio Multikulti zum Ende des Jahres 2008 zu schließen. Sie lässt offen, ob ein „Berliner Fenster“ in die Funkhaus Europa-Übertragung integriert werden sollte.
- Mitte November (dpa/bb): Mit den Stimmen von SPD und Linken hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus am Donnerstag für den Erhalt von Radio Multikulti eingesetzt. Die Abgeordneten beschlossen einen Aufruf an den (RBB), die zum Jahresende geplante Schließung zu überdenken und zunächst um ein Jahr auszusetzen. Die FDP-Fraktion stimmte gegen den Antrag, CDU und Grüne enthielten sich. Die Grünen hatten den Beschluss zuvor als „zu weich“ kritisiert und einen eigenen Antrag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit fand. Die FDP warf den anderen Fraktionen vor, den Erhalt des Senders zu fordern, ohne Sparalternativen vorzuschlagen.
- Ende November: Der Wortlaut der Erklärung des Fortschrittsberichtes des Nationalen Integrationsplanes, S. 77:
„Die Schließung des ältesten multilingualen Programms, radio-

- multikulti, steht nach Auffassung der Arbeitsgruppe im Konflikt zu dem Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Integration und kulturelle Vielfalt als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Radiomultikulti füllt eine Lücke im Angebot des rbb und schlägt Brücken zwischen den einheimischen und zugewanderten Bevölkerungsgruppen in Berlin und Brandenburg. Es richtet sich als Programmangebot nicht nur an den wachsenden Anteil von zugewanderten Hörern und Gebührenzahlern, die in Berlin mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung ausmachen, sondern spiegelt als Metropolenradio die vielfältige und internationale Atmosphäre der Stadt, die entscheidend zur Wertschöpfung der Region beiträgt. Die Arbeitsgruppe hält es daher für notwendig, alle Möglichkeiten auszuloten, solche Programmangebote beizubehalten und weiterzuentwickeln. Denn solche Sendeformate bieten die Möglichkeit, gezielte Informationen serviceorientiert und hintergründig aufzuarbeiten, für die es in anderen Programmen kaum Platz gibt. Sie dienen auch als Kristallisationspunkte und Kompetenzzentren sowohl für die Programmentwicklung als auch für die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch in anderen Programmen eingesetzt werden können.“
- Ende November: RBB-Intendantin Reim wird von der Berliner Tageszeitung (taz) vorgeworfen, auf einer internen Versammlung vor Mitarbeitern im Hinblick auf die Entscheidung des Berliner Abgeordnetenhauses, RM zu erhalten, gesagt zu haben: „Mit diesen Parteien habe ich meine Erfahrungen gemacht. Und Erfahrungen seit Mai, die ich mir so nie hätte abträumen lassen. Ich deute es in aller Dezenz an: Ich habe in Abgründe von Heuchelei geblickt.“
 - Ende November (taz): Der Freundeskreis von Radio Multikulti fordert RBB-Intendantin Reim nach deren Äußerungen erstmals zum Rücktritt auf. In einer Erklärung sagt Freundeskreis Sprecher Nicolas Huss: „Frau Reim benimmt sich wie der Mehdorn des öffentlich rechtlichen Rundfunks. Ich möchte sie auffordern, zurückzutreten. Die Intendantin tritt wichtige politische Anliegen der Region wie Integration mit den Füßen, sie denunziert Politiker und Rundfunkräte öffentlich. Sie betrachtet den öffentlich-rechtlichen RBB als ihr Privatvergnügen. Dazu ist er zu wichtig.“
 - 6. Dezember 2008 (Berliner Zeitung): Zwei Stunden vor dem Jahreswechsel wird der RBB sein Radio Multikulti abschalten. Auf der Berliner UKW-Frequenz 96,3 wird danach das WDR-Programm Funkhaus Europa aus Köln zu hören sein. Eine „Stafelstabübergabe“ nennt RBB-Hörfunkchef Christoph Singelstein

diese Umschaltung – als ob sich die RBB-Welle Multikulti planmäßig ausgepowert hätte. Tatsächlich aber opfert der RBB sein Integrations-Programm, um Geld zu sparen. Da dem Sender in der folgenden Gebührenperiode von 2009 bis 2012 rund 54 Mio. Euro fehlen, strich er außerdem die Fernsehsendung „Polylux“ und reduzierte Investitionen. Trotzdem können die Einsparungen die Etatlücke nicht schließen, sie machen nur knapp 30 Mio. Euro aus. Etwa zwölf Mio. bringe die Einstellung von Radio Multikulti, schätzt Singelstein. Nun hofft der Sender auf einen ARD-Kredit von über 20 Mio. Euro – ansonsten müsse über einen weiteren Programmabbau nachgedacht werden. (...) Mit seinem Begriff von der „Staffelstabübergabe“ aber will der Hörfunkchef vor allem andeuten, dass das nachfolgende WDR-Programm Radio Multikulti qualitativ ersetzen kann. Singelsteins WDR-Kollege Wolfgang Schmitz betonte, dass Radio Multikulti als Vorreiter aller deutschen Integrationsprogramme einst das erklärte Vorbild für Funkhaus Europa gewesen sei. Seit 1999 sendet das WDR-Programm rund um die Uhr, zwischen sieben Uhr morgens und sechs Uhr abends als Tagesbegleitprogramm in Deutsch, danach in 14 weiteren Sprachen. Schmitz schätzt, dass etwa 10% der türkischen Gemeinde im Sendegebiet und insgesamt täglich etwa 100 000 Hörer Funkhaus Europa hören. Jona Teichmann, Programmchefin von Funkhaus Europa, betont, dass ihr Sender, wie Radio Multikulti, nicht nur auf Interkulturelles und auf Muttersprachliches baue, sondern mit den Klängen aus aller Welt auch eine besondere Musikfarbe einbringe. Anders als Radio Multikulti aber könne ihr WDR-Programm nicht in einer Stadt oder Region fest verankert werden, schließlich sende Funkhaus Europa sowohl für Großstädte wie Köln, Düsseldorf und Wuppertal als auch im großen Flächenland Nordrhein-Westfalen sowie in Bremen. Regionale Berliner Programmstrecken, wie von den Multikulti-Freunden vorgeschlagen, passen deshalb nicht in dieses Programm. Darüber hinaus würde die Produktion von „Berliner Fenstern“ den Einspareffekt teilweise wieder zunichte machen, betonte RBB-Hörfunkchef Christoph Singelstein. So bleibt es bei den bisherigen RBB-Zulieferungen für das Funkhaus Europa: Teile des täglichen Nachtprogramms, dazu Sendungen in Polnisch und Russisch (an jedem Wochentag je eine halbe Stunde) sowie sonntags eine Stunde arabisch. Dafür zahlt der WDR dem klammen RBB Produktionskosten, jährlich eine mittlere sechsstellige Summe. Die Vormittagssendung „Süpermercado“, die der WDR

jetzt noch aus Berlin übernimmt, wird künftig in Köln produziert.

Die bisherigen Macher von Radio Multikulti sollen die Themen des Senders nun in die anderen RBB-Angebote tragen. Für die freien Mitarbeiter ist das schwierig: Ein großer Teil habe bisher weniger oder gar keine Aufträge für das kommende Jahr, berichtet Ilona Marenbach, Noch-Chefin von Radio Multikulti. Dagegen werden alle 28 festangestellten Mitarbeiter im RBB weiterarbeiten. Marenbach selbst wird stellvertretende Chefredakteurin und Wortchefin bei Radio Eins, ihre Kollegen kommen beim Inforadio und den RBB-Fernsehsendungen „Stilbruch“ sowie der „Abendschau“ unter. (Torsten Wahl)

FORSCHUNGSBERICHT

Welches Bild konstruieren die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?¹

von Agnieszka Łada

Am 17. Juni 2008 fand in Warschau eine Konferenz unter dem Titel „Welches Bild konstruieren die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?“ statt. Das Treffen hatte einen Meinungsaustausch über die Betrachtung und Bewertung der Außenpolitik der Regierungen beider Länder durch polnische und deutsche Medien zum Ziel. Während der Konferenz wurden die Hauptthesen des „Berichtes des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten: Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse von B. Ociepka, A. Łada und J. Ćwiek-Karpowicz“ vorgestellt. Bericht und Konferenz stellten eine Zusammenfassung des Projektes „Das jeweilige Bild der Außenpolitik Polens und Deutschlands in der deutschen und polnischen Presse im Kontext der europäischen Integration“ dar, das vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Jahren 2007 und 2008 in Warschau durchgeführt wurde.²

*

Dank der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2007) nahm die Bedeutung dieses Landes sowohl in der europäischen Politik als auch in der Presseberichterstattung über internationale Ereignisse zu. Das Hauptziel des Vorsitzes war es, zu einer Lösung der Krise um die europäische Verfassung zu kommen, die in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war. In dieser Krise spielte Polen während der deutschen Ratspräsidentschaft eine besondere Rolle, indem es den so genannten

¹ In diesem Beitrag wurden Ausschnitte aus dem folgenden Bericht verwendet: B. Ociepka, A. Łada, J. Ćwiek-Karpowicz, *Polityka europejska Warszawy i Berlina w prasie niemieckiej i polskiej* [Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse], hrsg. v. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2008.

² Die Konferenz wurde mit Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit organisiert.

Wurzel-Abstimmungsmodus vorschlug, der schließlich nach schwierigen Verhandlungen auf dem Brüsseler Gipfel verworfen wurde. Außerdem war es in der ersten Jahreshälfte 2007 das Ziel Deutschlands, eine gemeinsame Energiepolitik der Union und Maßnahmen gegen den Klimawandel herbeizuführen.³ Zur selben Zeit tauchte in der in beiden Ländern stattfindenden außenpolitischen Diskussion vielfach das Thema der Installierung eines Raketenabwehrschildes in Polen auf. Diese Frage stand hinsichtlich der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und innerhalb der NATO sowie wegen des Widerstandes Russlands auch in einem europäischen Kontext.

Infolge der durch die Europapolitik der Jahre 2006 und 2007 verursachten Spannungen erschien die polnische Thematik in deutschen Medien häufiger in einem europäischen Zusammenhang, als dies früher der Fall gewesen war.⁴ Auch deswegen war es interessant zu untersuchen, in welcher Weise sie am westlichen Ufer der Oder dargestellt wurde. Dieser aufgrund der deutschen Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 und aufgrund einer Vielzahl von für die Europäische Union wichtigen Ereignissen besondere Zeitraum machte es überaus interessant, eine spiegelbildliche Charakterisierung der Darstellung der Europapolitik in den Medien beider Länder vorzunehmen. Auf diese Weise gelang es, die Wahrnehmung der Ereignisse in der eigenen Presse mit der des Nachbarlandes zu vergleichen. Dabei wurde von der Annahme ausgegangen, dass im erwähnten Zeitabschnitt das Meinungsklima in Bezug auf den europäischen Integrationsprozess in beiden Ländern ausgesprochen verschieden war. Für Deutschland als einem Mitglied der „alten Union“ ist Europapolitik in der öffentlichen Debatte kein Anlass für eine ausgesprochene Meinungspolarisierung, wie es sie 2006/07 in Polen gab.

Die Untersuchungen zur Europapolitik wurden u.a. auf der Grundlage einer Inhaltsanalyse der Presse durchgeführt. Druckmedien bieten ein profunderes Meinungsbild der beschriebenen Ereignisse als audiovisuelle Massenmedien, so dass sie eine entscheidende Bedeutung in den Meinungsbildungsprozessen besitzen.

³ „Europa gelingt gemeinsam“. Präsidentschaftsprogramm, 1. Januar – 30. Juni 2007, in: www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf [letzter Zugriff: 20.11.2007]; „Europa gelingt gemeinsam“. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, in: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/06/Anlagen/2007-06-27-bilanz-praesidentschaft, property=publicationFile.pdf [letzter Zugriff: 20.11.2007].

⁴ Die Verschärfung der Konflikte innerhalb Polens zu jener Zeit führte dazu, dass die elektronischen Medien des Landes ihre Auslandsdienste einschränkten.

In den letzten Jahren wurden relativ häufig – vor allem in Polen – Untersuchungen zur Berichterstattung der polnischen und deutschen Presse über die bilateralen Beziehungen durchgeführt.⁵ Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein deutlicher Mangel an Publikationen zu einem gegenwärtig so wesentlichen Thema ab, wie es das durch die Medien in verschiedenen Ländern präsentierte Bild der Europapolitik ist. Die Vielzahl an Ereignissen in diesem Bereich allein im Jahr 2007 war ein zusätzliches Motiv, um sich mit diesem Untersuchungsgegenstand zu befassen. Auf diese Weise entstand die Idee zu dem vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Projekt. Die Spezifik der durchgeführten Studien bestand vor allem in einer Konzentrierung auf die Europapolitik von Polen und Deutschland. Der Hauptakzent wurde daher nicht auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder gelegt. Dennoch wurden sie dort berücksichtigt, wo im untersuchten Material ein Bezug zu den bilateralen Beziehungen im europäischen Kontext feststellbar war. Ergebnis der Untersuchungen ist der Bericht „Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse“ der Autoren Beata Ociepka, Agnieszka Łada und Jarosław Ćwiek-Karpowicz.

In den durchgeführten Untersuchungen wurden die Ansätze verfolgt, wie die Presse in Polen und Deutschland die Europapolitik beider Länder darstellte und bewertete. Gegenstand der Analyse war also die Art, in der das Handeln des jeweils anderen Landes und allgemeuropäische Fragen in den Druckmedien dargestellt wurden. Die Untersuchung umfasst den Zeitraum von Januar bis Oktober 2007. Auf deutscher Seite wurden untersucht: die Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Süddeutsche Zeitung“ und „Die Welt“, die Boulevardzeitung „Bild“ sowie die Wochenzeitschriften „Focus“ und „Spiegel“; auf polnischer Seite: die Tageszeitungen „Gazeta Wyborcza“, „Rzeczpospolita“ und „Dziennik“, die Boulevardzeitungen „Fakt“ und „Super Express“ sowie die Wochenblätter „Polityka“ und „Wprost“.

⁵ Solche Untersuchungen wurden unter anderem durchgeführt von: Wizerunek Polski w prasie krajów Unii Europejskiej [Das Bild Polens in der Presse der Länder der Europäischen Union], hrsg. v. M. Warchala. Warszawa 2002; Pierwsze kroki w Unii. Polityka polska w prasie europejskiej [Die ersten Schritte in der Union. Die polnische Politik in der europäischen Presse], hrsg. v. M. Fałkowski. Warszawa 2004; A. Łada, Debata publiczna na temat powstania Centrum przeciwko Wypędzeniom w prasie polskiej i niemieckiej [Die öffentliche Debatte zur Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung in der deutschen und polnischen Presse], hrsg. v. Oficyna Wydawnicza Atut. Wrocław 2006.

In den Untersuchungen wurde auch die Frage gestellt, ob in der Berichterstattung zur Europapolitik der beiden Staaten Konflikte oder eine Zusammenarbeit im Vordergrund steht, und ob dies die tatsächlichen Streitfelder oder Interessensunterschiede auf diesem Gebiet widerspiegelt. In der Analyse wurde außerdem berücksichtigt, ob die Medien die Politik der beiden Staaten als ein Bestreben im Interesse aller Mitgliedsländer der EU betrachten oder eher als eine Durchsetzung eigener Bedürfnisse.

In Hinblick auf die Tatsache, dass die Europäische Union nicht nur ein wesentlicher politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Akteur ist, wurde die ökonomische Dimension der Europapolitik ebenfalls berücksichtigt. Dies wurde am Beispiel der Energiesicherheit untersucht.

Es tauchte außerdem die Frage auf, ob und wenn ja, in welcher Weise sich in der Presse, abhängig von ihrer politischen Ausrichtung, Unterschiede in den Standpunkten zu den genannten Fragen zeigen. Interessant erschien es vor allem zu untersuchen, ob die Presse, die ein und demselben deutschen Verleger gehört, für beide Seiten der Grenze denselben Standpunkt bezieht, und welche Faktoren seitens der Herausgeber und Journalisten die Berichterstattung beeinflussen.

Die Untersuchungen ergaben, dass das meiste im analysierten Zeitraum publizierte Material aus dem Juni 2007 stammt. Hierin wurde außerdem die Europapolitik von Warschau und Berlin am genauesten dargestellt. In den durchgeführten Untersuchungen wurden dennoch alle Ereignisse berücksichtigt, die in dieser Zeit auf der europäischen Bühne stattgefunden haben.

Die quantitativen Ergebnisse der Analyse zeigten, dass in der deutschen Presse wesentlich mehr Artikel über Polen im europäischen Kontext erschienen als erwartet. Es gab also einen Bruch mit der zuvor herrschenden Asymmetrie in der Zahl von Pressestimmen zu beiden Seiten der Grenze. Symbolischer Ausdruck dieses Wandels war das Erscheinen polnischer Motive auf den Titelseiten der Zeitschriften (z.B. im „Spiegel“) und auf den ersten Seiten der Zeitungen. In der polnischen Presse ließ sich wiederum eine fortschreitende Boulevardisierung feststellen, die sich in einer Kürzung und Vereinfachung von Artikelinhalten (bei einem gleichzeitigen Bemühen um eine attraktive grafische Präsentation) sowie in der Konzentrierung auf aktuelle innenpolitische Auseinandersetzungen zeigte, was eine Beschränkung im Aufnehmen von Auslandsthemen zur Folge hatte.

Die Untersuchungen haben ergeben, dass die analysierten deutschen Presstitel eine sehr ähnliche Bewertung der polnischen Euro-

papolitik präsentierten: In der Mehrzahl der Fälle wird in ihnen das Handeln der polnischen Regierung kritisiert. Gleichzeitig bemühten sich die deutschen Zeitungen, die Argumente der polnischen Verantwortlichen zu zeigen, sie in einem breiteren Kontext darzustellen und die verschiedenen Standpunkte der jeweiligen Fragestellung zu präsentieren. Die Eingrenzung des analysierten Zeitraumes hatte zur Folge, dass die überwiegende Mehrheit der besprochenen deutschen Artikel die Europapolitik der Regierung von Jarosław Kaczyński betraf. Angesichts des Sieges der Bürgerplattform in den Parlamentswahlen in Polen im Oktober 2007 und der Person von Donald Tusk wurde in der deutsche Presse die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen im Rahmen der europäischen Politik geäußert. Die deutschen Artikel wiesen auf den Konflikt zwischen Polen und Deutschland sowie dem Rest der Europäischen Union in der Frage des Reformvertrages hin. Dabei wurde betont, dass es die Regierung von Jarosław Kaczyński sei, die dem Integrationsgedanken skeptisch gegenüberstehe, und nicht die polnische Gesellschaft, die zu denjenigen in Europa gehöre, die besonders euroenthusiastisch sei. In der polnischen Presse wurden Polen und Deutschland, und erst in zweiter Reihe die Europäische Union als Konfliktparteien dargestellt. Die Beschreibung der Europapolitik durch die Journalisten in Kategorien des Konfliktes hatte in diesem Fall jedoch nicht dieselbe eindeutig historische Dimension wie in den Texten zu den bilateralen Beziehungen.

Ein Teil der untersuchten deutschen Artikel betraf die europäische Sicherheit unter Einbezugnahme der Errichtung eines Raketenabwehrschildes in Polen. Dennoch zeichneten die deutschen Medien im Zusammenhang mit diesem Thema kein Bild von Polen als einem Vasallen der Vereinigten Staaten. Das Problem wurde in einem breiteren, multilateralen Kontext unter Anführung der Argumente aller beteiligten Seiten gezeigt.

Die deutsche Presse zeichnete ein Bild ihres Landes als eines pro-europäischen Staates, dessen Ratspräsidentschaft einer Vertiefung der Integration und der Überwindung des Verfassungsdilemmas diene, wobei Kanzlerin Angela Merkel eine enorm positive Rolle spiele. Vor diesem Hintergrund wurde Polen – auch in einem Teil der polnischen Presse – als ein Land betrachtet, das von antieuropäischen Eliten repräsentiert werde, welche Deutschland gegenüber undankbar und für die mangelnden Fortschritte bei der Integration verantwortlich seien. Ein Teil der deutschen Presse sah in Gestalt eines Europas der zwei Geschwindigkeiten eine Lösung des so skizzierten Konflik-

tes – gleichwohl war dies nicht das dominierende Motiv. Wenn diese Option genannt wurde, dann mit dem Hinweis, dass Polen für eine eventuell notwendige Einführung zweier Geschwindigkeiten in der Union mit verantwortlich wäre. Kritik an Polen verband sich vor diesem Hintergrund mit einer Betonung der abweichenden Einstellung der Länder Ost- und Mitteleuropas – der neuen Unionsmitglieder – zu wichtigen Fragen der europäischen Politik wie z.B. der Frage der Energiesicherheit. Das Misstrauen gegenüber Russland wurde dabei als ein Faktor betrachtet, der die Einheit und Stärke der Europäischen Union beeinträchtigt.

Die Analyse des Bildes der polnischen Europapolitik in der deutschen Presse erlaubte auch, bestimmte Feststellungen in Bezug auf die Einstellung der Medien der BRD zum Handeln der eigenen Regierung zu formulieren. Deutlich sichtbar war in diesem Fall ein seit Jahren in den deutschen Massenmedien vorhandener Konsens darüber, dass die europäische Integration zu den Prioritäten der Außenpolitik Deutschlands gehöre.

Die polnische Presse hingegen wies Unterschiede in der Bewertung von Berlins Europapolitik auf. In „Dziennik“, „Gazeta Wyborcza“ und „Polityka“ wurden sie häufiger positiv, in „Rzeczpospolita“ und „Wprost“ eher negativ dargestellt. Die polnischen Medienberichte waren außerdem personalisierter als die deutschen: Die Europapolitik wurde häufiger durch das Prisma ihrer Akteure beleuchtet. Ähnlich der deutschen Presse konnte man auch im Fall der polnischen Medien bei der Analyse der Darstellungsweise der Europapolitik des Nachbarlandes Schlüsse über die eigene Einstellung zum Handeln der eigenen Regierung ziehen. In der polnischen Presse existierte, im Unterschied zu den deutschen Zeitungen und Zeitschriften, in dieser Hinsicht keine Einheitlichkeit. In „Gazeta Wyborcza“ sowie „Polityka“ wurde ausdrücklich das Kabinett von Jarosław Kaczyński für sein Auftreten auf der europäischen Bühne kritisiert, in „Rzeczpospolita“ sowie „Wprost“ wurde es unterstützt, während es in der deutschen Presse mehr Äußerungen neutralen Charakters gab, die die Argumente von mindestens zwei Seiten der Auseinandersetzung präsentierten und wo das polnische Thema überwiegend in einem multilateralen Kontext vorkam. In der polnischen Presse dominierte dagegen eine einseitige Argumentation, und der Tenor der Artikel war häufiger negativ oder positiv als neutral.

Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Darstellung der Europapolitik beider Regierungen durch die Presse. Die angewandten Untersuchungsinstrumentarien erlaubten es gleichwohl, auch Artikel zu

analysieren, die solche bilateralen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau betrafen, welche einen europäischen Kontext mit einschlossen. Denn zwischen der Europapolitik und den bilateralen Beziehungen Polens und Deutschlands existiert ein enger Zusammenhang. Bei der Analyse der Europa gewidmeten Artikel wurde daher besonders darauf geachtet, welcher Platz den bilateralen Beziehungen zugewiesen wurde. Es wurde untersucht, welche Aspekte dieser Beziehungen im Kontext der Europapolitik angeführt und wie sie präsentiert wurden. Das Vorhandensein von Texten, in denen hauptsächlich bilaterale Fragen angesprochen werden – wenn auch weiter, europäisch gefasst –, zeugt davon, dass in der Presse diese beiden Ebenen – die bilaterale und die europäische – als untrennbar betrachtet werden.

Ein weiteres interessantes Ergebnis der Untersuchungen ist, dass die Boulevardpresse beider Länder dem Thema der Europapolitik nicht viel Platz widmete; die Zahl der dazu von den Boulevardblättern veröffentlichten Artikel war gering. Es scheint also, dass sie keinen bedeutenden Einfluss auf das Wissen und die Meinungen ihrer Leser zu dieser Frage haben.

Die Textanalyse der polnischen und deutschen Presse ergab, dass die Journalisten gewisse Probleme mit der Anerkennung der neuen Rolle Polens als Mitglied der EU hatten. In der polnischen Presse schlug sich dies in einer Wahrnehmung der Europapolitik vor allem als Feld von Konflikten und Interessenskollisionen nieder (dort, wo man sich auf den bilateralen Kontext konzentrierte), und in der deutschen Presse als Kritik an der Haltung Polens im betreffenden Zeitraum, da diese die Integration gefährde. Trotz einer ähnlichen Haltung Großbritanniens wird Polen als Neumitglied der EU häufiger eine negative Rolle zugeschrieben. Die Darstellung der polnischen Europapolitik in einem schlechten Licht ist jedoch kein die deutschen Medien von anderen europäischen Massenmedien unterscheidendes Merkmal.

Die Ergebnisse aus dem Bericht „Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse“ wurden auf der Konferenz „Welches Bild schaffen die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?“ präsentiert, die am 17. Juni 2008 in Warschau stattfand. Beata Ociepka, die Koautorin des Berichtes und Leiterin des Untersuchungsteams stellte in ihrem Einführungsreferat die Hauptergebnisse der durchgeführten Presseanalyse vor. Eine Podiumsdiskussion ermöglichte die Auseinandersetzung mit den Thesen der erarbeiteten Publikation. An der Debatte nahmen teil: Paul Flückiger (freier Journalist der „Neue Zürcher Zeitung“ / „Die Welt“), Jerzy Haszczyński (Leiter der Auslandsredaktion der „Rzeczpospo-

lita“), Thomas Urban (Polenkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“) und Bartosz Węglarczyk (Leiter der Auslandsredaktion der „Gazeta Wyborcza“).

In der Diskussion wurden vor allem die Unterschiede in der Darstellungsweise der Europapolitik durch polnische und deutsche Medien thematisiert. Es wurden unter anderem die folgenden Probleme aufgeworfen: die Unterschiede in der Darstellung der Europapolitik von Warschau und Berlin, die sich in polnischen und deutschen Medien erkennen lassen, ihre Ursachen und Eigenarten, oder auch das Gewicht der Europapolitik in polnischen und deutschen Medien. Die Podiumsteilnehmer bemühten sich außerdem, eine Antwort auf folgende Fragen zu geben: Was an der Europathematik ist das interessanteste Thema für die deutsche bzw. polnische Presse? Welchen Einfluss hat die Darstellung dieser Politik durch die Medien auf das Handeln der Entscheidungsträger? Müssen die Medien die Europapolitik ihrer Regierung im Moment einer politischen Auseinandersetzung verteidigen? Stehen deutsche Medien in der Regel auf Seiten der Regierung, um sie zu unterstützen?

Paul Flückiger, ein freier, sowohl für deutsche als auch für Schweizer Zeitungen schreibender Journalist, stellte fest, dass es an Unterschieden zwischen der links- und der rechtsgerichteten Presse in Deutschland mangle. Dies habe, seiner Meinung nach, einen konkreten Einfluss auf die Arbeit eines Korrespondenten, der für Zeitungen und Zeitschriften mit unterschiedlichem, politischen Profil schreiben könne. Flückiger betonte außerdem, dass sich die Presse heute vor allem nach den Regeln des Marktes richte; dies bewirke, dass sie solche Themen präsentiere, die die Leser am meisten interessierten. Und dazu gehörten eben Informationen über Konflikte und Auseinandersetzungen.

Jerzy Haszczyński, Leiter der Auslandsredaktion der „Rzeczpospolita“, wies auf die Tatsache hin, dass die polnische Presse nur dann über Außenpolitik schreibe, wenn sie in irgendeiner Weise Polen betreffe. Er erwähnte außerdem die Unterschiede zwischen der polnischen und deutschen Presse. Die polnische Presse besitze zum Beispiel nicht so viele Korrespondenten in Brüssel, was die Gestalt und Intensität der Berichterstattung auf dem Gebiet der europäischen Politik beeinflusse. Es existierten weder solche ausgebauten Möglichkeiten, an Quellen zu gelangen, noch eine entsprechende europapolitische Spezialisierung, wie dies zum Beispiel in der deutschen Presse der Fall sei. Nach Meinung Haszczyńskis bemühten sich die Medien in Polen, die Ereignisse unparteiisch darzustellen, die Argumente beider Seiten auf-

zuzeigen. Es sei nicht gut, wenn sie sich darauf beschränken würden, nur eine bestimmte Konzeption der Europäischen Union zu begünstigen. Die Diskussion, die sie führten, befürwortete der Redakteur.

Bei der Bewertung der Aufgabe der Medien in der Darstellung und Kommentierung der deutsch-polnischen Beziehungen stellte Ha-szczyński eine gewisse Schwierigkeit fest. Seiner Meinung nach verstiegen sich viele Medien in historischen Themen. Ein Beispiel dafür sei das Titelbild der Zeitschrift „Wprost“ gewesen: Das Bild von Erika Steinbach, das gedruckt wurde, sei in Deutschland zum Symbol für die Einstellung der Polen zur Vertreibungsthematik geworden. Deutsche Medien hätten nicht gefragt, ob die von dieser einen Zeitschrift präsentierte Bewertung die tatsächliche Stimmung an der Weichsel widerspiegele.

Thomas Urban, langjähriger Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Polen, erwähnte unter den Unterschieden zwischen polnischer und deutscher Presse ein anderes Herangehen an die Kommentierung politischer Ereignisse. In Polen träten Journalisten als politische Akteure auf, und aus diesem Grund trügen sie einen sehr konfliktbetonten Ton in die von ihnen veröffentlichten Materialien, in deutschen Redaktionen dagegen werde der Versuch zur Konsensbildung betont. Darüber hinaus – und darin stimmte er mit der Hauptthese des präsentierten Berichtes überein – existiere in der BRD eine über Parteigrenzen hinausreichende Übereinstimmung in Fragen der europäischen Integration. Diese werde als zentrales Anliegen betrachtet, das allen daran Beteiligten nutze. Gemäß dieser Herangehensweise sei Europa eine ideale Heimat, die man pflegen müsse. Jeder, der dieser Meinung widerspreche oder, nach Ansicht der Medien, den Integrationsprozess bremse, werde im Zusammenhang damit kritisiert. In Polen dagegen existiere, so Urban, ein bestimmtes Stereotyp, nämlich die Überzeugung, ein Helden- und Opfervolk zu sein. Gleichzeitig achteten die Polen sehr darauf, wie man sie in anderen Ländern betrachte, aber in der Publizistik würden die Erwartungen, zum Beispiel gegenüber der deutschen Seite, nicht geäußert.

Bartosz Węglarczyk, Leiter der Auslandsredaktion der „Gazeta Wyborcza“ gestand ein, dass seine Zeitung dazu beigetragen habe, den Konflikt zwischen den verschiedenen Zeitungen anzuheizen. Als Hauptgrund der Differenzen und Auseinandersetzungen sah er jedoch das Ergebnis der Wahlen im Jahr 2005 und die Regierungszeit von Jarosław Kaczyński an. Dessen Politik habe das Ziel gehabt, so die Meinung des Redakteurs, Ängste vor deutschen Dominanzbestrebungen in der EU zu verbreiten.

In ihrer Zusammenfassung der Podiumsdiskussion betonte Beata Ociepka die Gründe, warum das, was die Presse – vor allem die polnische – darstelle, so wichtig sei. Da die polnischen politischen Parteien, im Unterschied zu deutschen Gruppierungen, welche eine große Zahl von Beratern und Experten besäßen, ihre Informationen über die Welt hauptsächlich aus der Presse bezögen, beeinflussten gerade die Druckmedien so stark das Bild von der Politik, das auch deren Hauptakteure besäßen.

Die Gesprächspartner und Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass die Präsentation der Europapolitik in der polnischen und deutschen Presse ein interessantes Thema sei, das es zu verfolgen und zu kommentieren lohne, wobei man die Unterschiede feststellen und versuchen sollte, ihre Ursachen zu verstehen.

Aus dem Polnischen übersetzt von Heidemarie Petersen, Leipzig

REZENSIONEN

Klaus-Peter Friedrich, Der nationalsozialistische Judenmord und das polnisch-jüdische Verhältnis im Diskurs der polnischen Untergrundpresse (1942–1944). Mit einem Vorwort von Karol Sauerland. Marburg 2006, 246 S. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung. 15).

Das polnisch-jüdische Verhältnis ist das Thema, das in den letzten 20 Jahren in der polnischen Öffentlichkeit besonders intensive Diskussionen losgetreten hat. Es ist die These vertretbar, dass entlang der Behandlung der komplexen Geschichte der polnischen Juden sich die Frage entscheidet, ob eine Öffnung und Pluralisierung des relativ kanonischen polnischen Geschichtsdiskurses gelingen wird. Qualifizierte fachwissenschaftliche deutsche Stimmen zu diesen polnisch-jüdischen Diskursen finden sich gerade unter jüngeren deutschen Historikern (etwa bei Ingo Loose und Andrea Loew). Hierzu zählt auch Klaus-Peter Friedrich, der in den letzten Jahren eine umfangreiche Zahl von Publikationen zum Holocaust und zur polnisch-jüdischen Zeitgeschichte vorlegt hat (Überblick unter www.litdok.de).

Die hier vorgestellte Monografie ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung des ersten Teils der umfangreichen (über 700 S.) Dissertation von Friedrich, die als elektronische Publikation erschienen ist.¹ In ihr wird lediglich die polnische Untergrundpresse im Zweiten Weltkrieg behandelt, während Friedrich in der Dissertation auch die Nachkriegspublizistik der Jahre 1945–1947 berücksichtigt. Gegenüber der elektronischen Fassung, in der der (nicht immer einlösbare) Anspruch erhoben wird, die gesamte polnische Untergrundpresse zu behandeln, beschränkt sich Friedrich in der Druckfassung auf die zwar maßgebliche (ca. 70% aller Publikationen), aber nicht immer repräsentative Warschauer Untergrundpresse und verzichtet auf die polnischsprachigen Originalfassungen der Zitate, die sich in der elektronischen Fassung finden.

Friedrich teilt die Untergrundpresse nach ihren politischen Trennlinien in sieben Gruppen ein (S. 19–459): Heimatarmee und Delegatur

¹ Klaus-Peter Friedrich, Der nationalsozialistische Judenmord in polnischen Augen: Einstellungen in der polnischen Presse 1942–1946/47. Diss., Köln 2003, <http://kups.uni-koeln.de/volltexte/2003/952/>, letzter Zugriff: 20.08.2009.

der Regierung im Exil, die sozialistische Linke, die politische Rechte, das sanacja-Lager, nationale Katholiken, Bauernbewegung und Kommunisten. Diese Einteilung ist weitgehend sachkundig und stimmig und kann auch als Überblick über die Strömungen in der polnischen Untergrundpresse überhaupt dienen. Diskutabel ist lediglich, ob es sinnvoll ist, die Krakauer republikanischen Untergrundzeitungen („Dziennik Polski“, „Tygodnik Polski“) den Sozialisten zuzuordnen, da hier ein erheblich breiteres Meinungsspektrum gedruckt wurde.

In den nächsten Abschnitten wird das Spektrum der publizistischen Reaktionen zu dem von Deutschen begangenen Judenmord beschrieben, das zwischen Empörung und Empathie mit den Juden changierte (S. 53-97), Empörung aus Besorgnis um das Schicksal der polnischen Bevölkerung (S. 97-120), differenzierten Diskursen um die Verantwortung für den Judenmord – deutsche Kollektivverantwortung, Mitverantwortung durch Passivität bei den Juden, Verantwortung nichtpolnischer und polnischer Kollaborateure – (S. 120-153) sowie vor allem in der rechtsstehenden Publizistik vorhandene Verschwörungstheorien und (antisemitische) Feindbilder (S. 153-186). Schließlich geht es um insbesondere in der nationalistischen Publizistik vorhandene Zukunftserwartungen auf ein „ethnisch reines“ Polen (S. 186-197), wobei der Titel „Mit dem NS-Judenmord verbundene Erwartungen und Zukunftsplanungen“ irreführend ist, denn die in der polnischen Publizistik dominierende Wahrnehmung war, nach der Ermordung der Juden käme die Reihe an die Polen. Abschließend sammelt Friedrich retrospektive Stimmen (Schlussrechnungen und Nachrufe: Der NS-Judenmord im Rückblick, S. 197-214), die vor allem anlässlich des ersten Jahrestages des Warschauer Getto-Aufstands und während des Warschauer Aufstands erschienen sind, und bemüht sich um eine Schlussbetrachtung (S. 214-221).

Grundsätzlich ist die hier vorgenommene Einteilung nachvollziehbar und gibt die zentralen Linien und Argumentationen der polnischen Artikulation im Untergrund gegenüber dem Mord an den Juden wieder. Deutlich wird, dass Empörung gegenüber dem Holocaust und Empathie mit den verfolgten Juden sich insbesondere in der Presse der Heimatarmee und der linksstehenden Untergrundpresse finden, allerdings im Einzelfall auch von nationalkatholischen Autoren (Zofia Kossak) geäußert wurden und anlässlich des heldenhaften Widerstands im Warschauer Getto sogar in der Presse der Bauernbewegung zu finden sind. Antisemitische Kommentare sind vor allem in der rechtsstehenden und nationalkatholischen Presse, manchmal al-

lerdings auch als „Ausreißer“ in anderen kleinen Untergrundblättern (nicht aber in der Presse der Heimatarmee) nachzuweisen.

Dieses sehr differenzierte Bild wird leider in den letzten Kapiteln der Darstellung nicht ganz durchgehalten: Friedrich stützt sich hier stärker auf kleinere Untergrundzeitungen sowie nationalkatholische und rechtsstehende Publikationen, deren Perspektive übrigens ungegerechtfertigter Weise auch in der Zusammenfassung dominiert: Hier hätten vermehrt die auflagenstärksten Blätter der Heimatarmee und der Exilregierung herangezogen werden müssen. Die gerade hier häufig anzutreffende moralische Empörung gegenüber dem Judenmord und eine Empathie mit den verfolgten Juden treten so über Gebühr zurück.

Abgesehen von dieser Einschränkung liegt mit der Darstellung von Friedrich, die durch ein Register sehr gut erschlossen wird, nun ein sachlicher Überblick zu der oft emotional verzerrten polnisch-jüdischen Wahrnehmung während des Zweiten Weltkriegs vor, der viele Leser zu wünschen sind.

Hans-Jürgen Bömelburg, Gießen

Mass Media and Political Communication in New Democracies, hrsg. v. Katrin Voltmer. London: Routledge 2006, 262 S.

Das Buch ist aus einem 2002 in Turin veranstalteten Workshops zur politischen Kommunikation und zu den Massenmedien hervorgegangen und wurde in der Schriftenreihe des „European Consortium for Political Research“ (ECPR) veröffentlicht. Trotz des leider sehr späten Erscheinens des Tagungsbandes haben die Beiträge – auch durch ihre Überarbeitung für die Publikation – nicht an ihrer wissenschaftlichen Bedeutung verloren, denn das Forschungsfeld politische Transformation weist noch einigen Bedarf an fundierten Analysen zur Rolle bzw. Situation der Medien in der politischen Kommunikation in Transformationsstaaten der „dritten Demokratisierungswelle“ (nach Huntington) auf, die über einen beschreibenden Ansatz und Analysen einzelner Aspekte hinausgehen.

Der Publikation liegt ein breit angelegtes Erkenntnisinteresse an der politischen Kommunikation in jungen Demokratien zugrunde, dem in den Länderstudien zu Lateinamerika, Russland, Spanien, Südafrika, Taiwan und der Ukraine vielfältig nachgegangen wurde. Obwohl mit ganz unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und methodischen Vorgehensweisen verfahren wurde, werden die Studien in

einen theoretischen Bezug im Rahmen eines prozessorientierten Ansatzes gesetzt, den Katrin Voltmer im einleitenden Kapitel erläutert. Dabei wird berücksichtigt, dass Medien im gesellschaftlichen Kontext agieren, und entsprechend wird die politische Kommunikation in den Medien nicht isoliert betrachtet, sondern innerhalb eines interaktionalen Modells verortet (basierend auf dem „System of Dynamic Interaction“ der Kommunikationswissenschaftler Jay Blumler und Michael Gurevitch). Auf diese Weise können Funktionsweisen und Disfunktionalitäten im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang analysiert werden.

Die thematische Gliederung des Tagungsbandes ergibt sich durch die drei Perspektiven, die die Autoren auf ihre Inhalte anwenden: die Medien-, die Politik- und die Rezipientenperspektive. Diese drei Akteurebenen in der politischen Kommunikation werden in den Aufsätzen des Bandes berücksichtigt. Im ersten Teil sind dabei die Studien zusammengefasst, in denen die normativen Grundlagen der Medien analysiert werden, im zweiten Teil wird die politische Rolle der Medien insbesondere vor dem Hintergrund von Kommunikationsstrategien in Wahlkampagnen untersucht, und der dritte Teil enthält empirische Analysen zu Mediennutzung und Wahlverhalten bzw. zum Framing der Rezipienten.

In der ersten Studie präsentieren Carlos Barrera und Ricardo Zugasti Ergebnisse einer Inhaltsanalyse spanischer Zeitungen in der Transformationsphase Spaniens nach Francos Tod 1975 bis zum Verfassungsreferendum 1978. Sie beschreiben eine für Transformationsstaaten eher ungewöhnliche Entwicklung: Die Presse habe damals in Spanien einen weitgehend moderaten Kurs gegenüber der Regierung eingeschlagen, um in der fragilen Situation die politische Handlungsfähigkeit nicht zu gefährden. Für die politische Vielfaltsicherung wurde wiederum gesorgt mit einer „progressiven Einführung in die öffentliche Arena“ (S. 39) der Parteien.

Im darauf folgenden Artikel beschreibt Hedwig de Smaele ein Paradox in der aktuellen Situation für die russischen Medien: Gerade im Namen der Demokratisierung werden Einschränkungen der Pressefreiheit und die Instrumentalisierung der Medien legitimiert. Das gilt nicht nur für die staatlichen Medien, in denen politischer Druck ausgeübt wird, sondern auch für den Herausbereinfluss in privatwirtschaftlich organisierten Medien. Daran seien die Rezipienten jedoch gewöhnt und entsprechend würden Informationen vor allem danach interpretiert, „für wen sie von Nutzen sind“ (S. 49). Im dritten Teil des Bandes wird diese Haltung der Mediennutzer noch genauer analysiert

von Ellen Mickiewicz, die über eine Fokusgruppenstudie Frames bei der Rezeption staatlicher Fernsehnachrichten in Russland untersucht.

Silvio Waisbord beschäftigt sich – noch im ersten Teil des Tagungsbandes – mit der Glaubwürdigkeit von politischer Medienberichterstattung in Lateinamerika. In seinem Ansatz wird Glaubwürdigkeit nicht nur als journalistische Leistung gefasst, wie in üblichen Professionalitätsmodellen, sondern auch über Publikumserwartungen. Als letzter Beitrag im ersten Teil des Bandes folgt eine Analyse von Natalya Krasnoboka und Kees Brants, die die Qualität der Wahlberichterstattung im Jahr 2002 sowohl in klassischen als auch in Online-Medien in der Ukraine nach Themenselektion, Berichterstattungsframes und Ausgewogenheit der Berichterstattung untersuchen.

Im zweiten Teil des Bands geht es um Wahlkampfstrategien und Medienberichterstattung in den letzten Jahren des 20. und im beginnenden 21. Jahrhundert. Im ersten Beitrag vergleicht Roberto Espíndola diese in den Wahlen von 1998 und 2002 in Argentinien, Chile und Uruguay. Er stellt fest, dass professionelle Wahlkampftechniken in den Ländern zwar eingeführt wurden, aber traditionelle, personalintensive Mobilisierungsstrategien durch die Parteien weiterhin eine wichtige Rolle spielten. Im anschließenden Beitrag beschreibt Gary Rawnsley seine Beobachtungen zu den Wahlen in Taiwan 2002. Er kommt zu dem Schluss, dass auch eine Professionalisierungstendenz der Wahlkampfkommunikation stattgefunden habe. Die politische Kommunikationskultur habe sich dagegen erst wenig geändert und bleibe in traditionellen Klientelbeziehungen verhaftet. In ihrem Beitrag zur Wahlkampfberichterstattung der Fernsehsender in Russland zwischen 1993 und 2003 beobachtet Sarah Oates eine negative Tendenz bezüglich des Informationsgehalts der Berichte. Im letzten Beitrag dieses Abschnitts beschäftigt sich Ming-Ying Lee mit der Entwicklung von E-government und dessen Nutzungsmustern in Taiwan.

Neben der schon erwähnten Studie zu Nutzungsmustern von Nachrichtensendungen in Russland werden im letzten Teil des Tagungsbandes zwei Studien zu Informations- und Wahlverhalten präsentiert. Stephen White und Ian McAllister stellen in ihrer Untersuchung über quantitative Befragung und qualitative Fokusgruppeninterviews fest, dass in den Wahlen von 1999 und 2003 die Berichterstattung der staatlichen Fernsehsender signifikanten und selektiven Einfluss auf die Wahlentscheidungen von Kremlbefürwortern, aber auch -gegnern hatte. Laut der Autoren lässt sich insgesamt seit 1999 eine negative Entwicklung beobachten, weil die Einflussmöglichkeiten der Regierung auf die Medien zugenommen habe und dabei nach wie vor ein

Anspruch für freie und faire Wahlkampfberichterstattung fehle; dies gelte sowohl in den Medien als auch in der Bevölkerung. Zuletzt folgt ein empirischer Vierländervergleich zur politischen Kultur in Chile, Uruguay, Bulgarien und Ungarn. Katrin Voltmer und Rüdiger Schmitt-Beck beschreiben hier ihre Ergebnisse aus einer multivariaten Analyse zur Rolle von Medien auf das Vertrauen in politische Institutionen und auf die politische Mobilisierung in Transformationsstaaten.

Indira Dupuis, Bochum/Berlin

Representations on the Margins of Europe. Politics and Identities in the Baltic and South Caucasian States, hrsg. v. Tsypylma Darieva u. Wolfgang Kaschuba. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag 2007, 354 S.

Das Ende des Ost-Westkonfliktes, die Neuformierung Europas durch Reformen und institutionelle Erneuerung im Inneren sowie der Prozess der Osterweiterung haben vielfältige Veränderungen gezeitigt und enorme Anpassungsleistungen von den Staaten Ostmitteleuropas und Osteuropas gefordert. Sei es, dass sie vor der Mitgliedschaft in der EU die Kopenhagener Kriterien erfüllen und den *acquis communautaire* übernehmen und umsetzen mussten oder aber als Nachfolgestaaten der UdSSR – mit wenig Aussicht auf einen EU-Beitritt – sich aus den Kontexten des Sowjetimperiums lösen und den Weg der Transformation ohne klare Orientierung beschreiten mussten. Angesichts der damit verbundenen Unsicherheiten und Unabwägbarkeiten schienen eine Ortsbestimmung, individuelle wie kollektive Selbstversicherungsstrategien sowie ein Ausmessen möglicher neuer Verortungsmöglichkeiten dringend geboten. Vor allem galt dies für die Nachfolgestaaten an der nordwestlichen und südlichen Peripherie der UdSSR, für die nach Bevölkerung und Territorium kleinen Staaten und Nationen am Rande Mitteleuropas bzw. in der Übergangszone nach Asien. Die Rede ist von den baltischen Republiken und den Staaten des Transkaukasus. Ihren Strategien und Wegen der Identitätsfindung bzw. -konstruktion ist vorliegender Band gewidmet.

Dieser ist zunächst das Produkt eines Workshops, der unter dem Titel „Identity and Politics in Armenia: Doing Research in Ethnological and Historical Perspectives“ 2005 in Jerevan stattgefunden hat. Die dort gehaltenen Referate wurden um zahlreiche Beiträge, vor allem auch von Berliner Wissenschaftlern, ergänzt und als Sammel-

band veröffentlicht. Thema sind die Beleuchtung der in den genannten Ländern unternommenen Versuche von postsowjetischer, „europäischer“ Identitätsfindung und historischer Ortsbestimmung, die Definition von inneren und äußeren Peripherien vor dem Hintergrund unbestimmter Grenzen und einer für ganz Europa Normen setzenden EU. Es geht dabei um Art und Weise der Repräsentation des Nationalen wie des Europäischen in den Grenz- und Begegnungsräumen Europas, es geht um Stilisierung, Erfindung, Imaginierung, Konstruktion und Manifestation, um Visualisierung von Kultur und Geschichte, um Symbolisierung sowie um deren Erscheinungen im Alltag und in der sozialen Praxis. Hier sind zunächst vor allem Ethnologen, Kulturanthropologen, Soziologen, Philosophen und Epistemologen gefragt, die auch die Mehrzahl der in dem Sammelband vertretenen Autorinnen und Autoren stellen. Da auch nach den Hintergründen der Erscheinungen, ihren Ursprüngen, Traditionen und Wandlungen gefragt wird und weil sich Geschichte als Quelle, Inspiration und Arsenal zur Konstruktion von Identität sowie zu deren Legitimierung nutzen und instrumentalisieren lässt, sind auch Historiker als Analytiker herangezogen worden.

Untersucht wird in den Beiträgen nicht zuletzt der Begriff von Nation, seine Anwendung und Dimensionen. Einen ganz zentralen Platz nimmt zudem die Auseinandersetzung mit der Sowjetherrschaft ein, d.h. deren Zerstörungen und Folgen, aber auch ihren national affirmativen Strategien sowie den Umdeutungen und Neuwertungen, von denen jene begleitet waren. Schließlich geht es in den Beiträgen auch um Europäisierung im Zuge und als Ergebnis von Begegnung und Austausch, wie sie sich durch Migration, Tourismus, Moden und Kulturveranstaltungen, Sport und Reklame Räume und Bilder schafft, Biografien und Lebensstile prägt, die wiederum europäisches Bewusstsein formen und ein entsprechendes „Wir“-Gefühl konstituieren. Damit wird Vielfalt zum Stilprinzip, kann auch nationale Beschränktheit und Xenophobie überwunden werden. W. Kaschuba sieht in seinem einleitenden Essay gerade auch diese Perspektive, ungeachtet der Wiederentdeckung der nationalen Geschichte und der „Invention of tradition“ in den Staaten Osteuropas.

Im ersten der drei Themenbereiche, die das Buch unterteilen, werden unter dem Oberbegriff „Icons“ vier Essays aneinandergereiht, die Befindlichkeiten, Erscheinungsformen und Wahrnehmungsprozesse veranschaulichen, wie sie für Randgebiete, frontiers, Diffusionszonen und Grenzen charakteristisch sein können. Demnach sind Grenzen Trennlinien, können aber auch die Funktion von Fenstern

haben oder einen Raum internationaler, transnationaler, regionaler und lokaler Interaktion darstellen, wie etwa O. Brednikova am Beispiel der russisch-estnischen Grenzregion Narva-Ivangorod exemplifiziert. T. Darieva zeigt in ihrem Beitrag „From Silenced to Voiced: Changing Politics of Memory of Loss in Armenia“ die unterschiedlichen Diskurse, wie sie in der Erinnerungskultur zum Völkermord an den Armeniern in sowjetischer und postsowjetischer Zeit geführt wurden. Sie wandelten sich mit den veränderten politischen Machtverhältnissen von passiver Trauerarbeit hin zu einer Vielzahl von öffentlichen Aktivitäten, die zudem lange beachtete Tabus des Erinnerungskultes brachen und die armenische Diaspora bewusst mit einbeziehen. Wandlungsprozessen unterworfen sind auch Erinnerung, Riten und Gedächtniskultur zum Genozid bei den Berg-Karabagh-Armeniern. Gemäß H. Marutyans Beobachtungen werden unter ihnen die Ereignisse von 1915 mit den Massakern von Sumgait 1988 zusammen erinnert und in einen Zusammenhang gestellt – vor allem auch in den des Systemwechsels. Damit einher ging die Aufgabe der Opferrolle. Sie wurde durch eine Haltung ersetzt, die sich aus der Erkenntnis speiste, dass nationale Ziele nur durch Kampf zu erreichen seien. Dafür steht für ihn die Karabagh-Bewegung, die seines Erachtens nach am Anfang der osteuropäischen Revolutionen stand.

Neoliberale Imaginationen und „Subject Formation“ in Lettland sind Gegenstand einer Untersuchung von D. Dzenovska. Ihr geht es um „nation-making“ und „nation-branding“, sozusagen einer neoliberalen Methode, um kleinen, randständigen Nationen die Möglichkeit zu geben, sich von der ungeliebten (sowjetischen) Vergangenheit zu befreien, sich nach neuen Kriterien und Paradigmen zu reformieren, um neue Würde und internationale Wertschätzung im Prozess der normativen Reeuropäisierung zu erlangen. Wie die Autorin sicherlich zu Recht hervorhebt, wird solches Bemühen durch Intoleranz, ethnozentrische Sichtweisen und Xenophobie nicht nur in Lettland massiv in Frage gestellt.

Den großen Erzählungen gewidmet sind die nachfolgenden Beiträge des Bandes. Den Auftakt bildet ein Aufsatz von K. Brüggemann „Estonia and its Escape from the East“. Auf breiter Quellenbasis und dank solider Analyse belegt er die Volatilität estnischer bzw. estländischer Identitäten zwischen östlichem und westlichem Horizont, zwischen regionaler-landschaftlicher und imperialer-politischer Zuordnung. Hier werden vor allem auch die Begrifflichkeiten und Bezeichnungen in ihrem historischen Kontext verortet, die Instrumentalisierung von Geografie und historischem Erbe gekennzeichnet und

politische Diskurse in ihrer strukturellen Abhängigkeit verdeutlicht. Dass sie nicht einmal die politische Wirklichkeit abbilden, ist Teil der in dieser Untersuchung eruierten Einsichten. Zu diesen gehört auch die Beobachtung, dass Brüssel, Estland und Russland sich in einer zu engen Wechselseitigkeit befinden, als dass einer dem anderen tatsächlich entkommen könnte.

„Bargaining Armenian-ness: National Politics of Identity in the Soviet Union after 1945“ lautet die Überschrift einer weiteren Studie zu Fragen der Identität und ihrer Repräsentation. M. Lehmann schreibt hier zu Recht, dass Nationen nicht nur von oben geschaffen werden, sondern auch von der entsprechenden Bevölkerung. Was allerdings weniger stimmt, ist ihre Behauptung, dass diese Prozesse noch wenig erforscht seien. Daher kommt sie auch zu dem Schluss, dass die Freiheiten, die sich die Armenier mit Blick auf den Genozid wie die nationale Geschichte und Kultur „aushandeln“ konnten, einen Ausnahmefall im „affirmative empire“ darstellten. Dass in diesem Kontext gerade auch in der Zeit der Ždanovščina die Moskauer Türkeipolitik von maßgeblicher Bedeutung war, bleibt in ihrer Analyse etwas unterbeleuchtet. Dessen ungeachtet ändert dies nichts an dem von ihr dargestellten Tatbestand einer armenischen Sonderrolle im multinationalen Sowjetstaat.

Der Frage der armenischen Staatlichkeit vor dem Hintergrund der europäischen Integration und als Gegenstand des Schulunterrichts geht A. Mkrtchian in seinem Beitrag nach. Er behandelt sie im Spannungsfeld von sowjetischem Erbe, wie es von den armenischen Eliten weiter gepflegt wird, und dem Anspruch der politisch-institutionellen Europäisierung des Landes. Dabei werden die zahlreichen Faktoren identifiziert, die einer raschen Transformation entgegenstehen. Dazu zählen das Schulsystem, dessen ethnozentrische Orientierung, die nach wie vor geübte Praxis, historische Ereignisse zu glorifizieren, die Pflege der Opfergeschichte und die in den Curricula stets wachgehaltene Trauer um das verlorene Territorium des Vaterlands. Dementsprechend wird die Republik Armenien als ein rein sowjetisches Produkt betrachtet, das untauglich sei, Identität stiftend wirksam zu werden und eine moderne Kultur politischer Institutionen zu schaffen, in denen sich die Europäisierung reifizieren könnte.

Die sowjetarmenische Identität, wie sie maßgeblich durch Repräsentationen in Form von Kinofilmen, Fernsehproduktionen, Denkmälern und Gedenkorten, aber auch mit entsprechenden Beschränkungen und Wertungen konstruiert wurde, wird von H. Bayadyan beleuchtet. Gestützt auf Whachtels Translations-Theorem sowie auf

Saids Orientalismusargumentation verweist er auf die erfolgreiche Politik Moskaus, mittels der als überlegen, als modern apostrophierten Sowjetkultur die armenische verdrängt bzw. marginalisiert zu haben – mit bleibenden Verwerfungen.

Wie komplex und unterschiedlich Konstruktion und Repräsentation von Identitäten sich in Litauen nach dem EU-Beitritt zeigen, demonstriert A. Vonderau anhand von Selbst- und Fremdbildern sowie den sozialen Spannungen, die sich in diesen spiegeln. Während die wirtschaftlichen Eliten, die Profiteure des EU-Beitritts, sich als „Europäer“ präsentieren und als solche betrachtet werden, hängt der Mehrheit der ökonomisch weniger erfolgreichen litauischen Bevölkerung, die zudem mit Moden und Erwartungen EU-Europas kaum vertraut ist, das Etikett der Rückständigkeit an. Es verbindet sich zudem mit Osten und sowjetisch und liefert der so gespaltenen Gesellschaft Litauens auch den Stoff für entsprechende Stereotype. Als gespalten beschreibt auch D. Feest die estländische Gesellschaft unter dem Aspekt des öffentlichen Gedenkens und Umgangs mit Gewaltherrschaft, Besatzung und Terror der sowjetischen Vergangenheit des Landes. Der öffentliche Raum ist seinen Darlegungen zufolge nicht groß genug und die Erfahrungen einer ethnisch und politisch-ideologisch sehr heterogenen Gesellschaft sind zu unterschiedlich und widersprüchlich, als dass hier ein kollektives Gedenken seinen Platz fände. Estland, so sein Schluss, „will have to live with a plurality of histories for some time to come“ (S. 263), wie er eine Kollegin zitiert. *Mutatis mutandis* gilt dies für alle hier angesprochen Staaten und Gesellschaften.

Ging es in diesen Beiträgen um die großen Erzählungen und Mythen, so ist der letzte Abschnitt „Riten“ gewidmet. Allerdings erschließt sich diese Bezeichnung nicht unbedingt in den hier subsumierten Aufsätzen. L. Abrahamian thematisiert den Ost-West-Konflikt am Beispiel Armeniens. Er sieht das Land in einer Spannungslage zwischen Ost und West, in der das Haus, die Familie und die engen Verwandtschaftsbindungen Stabilitätsanker bilden. Diese Besonderheit, so sein Tenor, ermöglichte es Armenien, in seiner langen Geschichte eine Vermittlerrolle zwischen Orient und Okzident, zwischen Ost und West einzunehmen – auch wenn eine solche nicht immer dem Wunsch aller Armenier entsprochen habe. Die Bedeutung von Riten tritt deutlicher hervor in einem Beitrag von F. Mühlfried, der den Diskurs um die vermeintlich weit in die Geschichte zurückreichende Tradition des „supra“, des zeremoniellen Gastmahls Georgiens, untersucht. Er deutet ihn im Kontext eines Konturen

gewinnenden neuen georgischen Patriotismus, der sich auch in der zunehmenden Bedeutung von Flaggen, Denkmälern, architektonischen Neugestaltungen und anderen äußeren Zeichen zu manifestieren scheint. Dazu zählt auch das Sternenbanner der EU – Ausdruck einer doppelten Strategie Georgiens: Nach außen hin europäisch – im Inneren georgisch-patriotisch, wie der Autor interpretiert. Angesichts des angestrebten Beitritts zur EU allerdings keine ganz abwegige Politik.

B. Sidikov analysiert und beschreibt den Versuch der aserbaidischen Regierung, eine neue subethnische Gruppe zu erfinden. Er besteht darin, dass Präsident Alijev in der Krisenzeit zu Beginn der 1990er Jahre sich eine Gefolgschaft aus Landsleuten organisieren wollte, die wie er aus Armenien stammten. Damit sollte der Einfluss anderer Machteliten zurückgedrängt und ein im ganzen Land präsent Reservoir potentieller Unterstützer des Präsidenten geschaffen werden. Diese Strategie erscheint einleuchtend, aber selbst wenn eine solche Gruppe als „Armenistaner“ bezeichnet wird, ist es nicht zwingend, in ihr schon eine „erfundene subethnische Gruppe“ und nicht nur eine politische Hilfstruppe zu sehen.

Recht aufschlussreich ist schließlich A. Voskanians Darstellung der „Folklorisierung“ des politischen Diskurses in Armenien. Es geht ihm um die großen Erzählungen, die zu den Gründungsmythen des modernen Armeniens gehören, und um die Chancen des Landes in der Zukunft. Der Philosoph zerstört den Mythos von Russland als Befreier von asiatischer Barbarei und als Protektor der Armenier nach dem Genozid. Außerdem moniert er, dass im gegenwärtigen Armenien der rationale politische Diskurs zusehends mehr durch PR-Aktionen, TV-Unterhaltung und der Präsentation kitschiger TV-Scheinwelten ersetzt wird, wobei zur Legitimierung neue Paradigmen wie Modernisierung und Europäisierung bemüht werden.

Abgeschlossen wird der Band mit einem Resümee Jörg Baberowskis, der die in den Beiträgen identifizierten Prozesse, Politiken und Repräsentationen nicht zuletzt unter dem Aspekt „Altes und Neues Europa“ im Kontext historischer, regionaler und nationalkultureller Entwicklungen und in ihrer Relevanz für die Fremd- wie Eigenwahrnehmung beleuchtet. Er hebt dabei zu Recht hervor, dass unser Geschichtsbild von der Gegenwart bestimmt ist, die schließlich auch die Repräsentationen produziert, wie die in dem Buch versammelten Beiträge dem Leser meist sehr anschaulich vor Augen führen.

Auch dieser Sammelband führt Studien und Untersuchungen zusammen, die ganz unterschiedlicher Qualität sind. Der Reiz besteht

dabei in der Tatsache, dass hier nicht nur Historiker, sondern vor allem Vertreter der unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu Wort kommen. Diachronie und Synchronie bleiben so gleichermaßen im Blick des Lesers. Auch dass immer wieder der Blick von außen durch die Sicht aus dem Inneren der beobachteten Gesellschaften ergänzt wird, gehört zu den Vorzügen dieses Buches, das notwendigen Aufschluss über die Befindlichkeiten an den Rändern Europas und über das imaginierte Projekt Europa liefert.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Dietmar Albrecht, Von Tels-Paddern bis zur Fischermai – Neun Kapitel Lettland und Estland. Orte, Texte, Zeichen. München: Martin Meidenbauer Verlag 2008, 310 S. (Academia Baltica. Colloquia Baltica. 16).

Die literarische Gattung dieses Buches lässt sich nicht anhand des Umschlags erraten, denn dem Titel nach vermutet man einen Reiseführer; der Aufbau (Fußnoten, Anhang, Karten) dagegen deutet eher auf ein Geschichtsbuch. Im Vorwort wird über die Orte des Erinnerns und die Kraft des Gedächtnisses gesprochen – das wiederum hegt die Erwartung eines Erinnerungsbuches.

Keines oder alle drei Bestimmungsversuche sind stichhaltig, haben wir es hier doch mit einer eigenartigen Mischgattung zu tun. Zuerst mit einer kulturhistorischen Reisebeschreibung nach dem Vorbild des 18. Jahrhunderts: Auch damals, als es noch keine Flugverbindung gab, reiste man aus Deutschland auf der genannten Reiseroute in die „Ostseeprovinzen“ – über Kurland und Livland nach Estland. Auch damals pflegte man das persönlich Erfahrene mit der durch die Lektüre gewonnenen Kenntnis fließend zu verbinden.

Beim vorliegenden Buch dominiert das erzählte Wort über das persönlich Erlebte. Der Reisende erfährt nach der besten Gepflogenheit der Geschichtsschreibung ausführliche und dem jeweiligen Ort zugehörige präzise historische Einzelheiten. Von einer Reisebeschreibung des 18. Jahrhunderts unterscheidet sich lediglich die Toleranz und der Respekt gegenüber allem, was auf dem Weg vorzufinden war bzw. ist. Mit einem selten gelungenen Pietätsgefühl sind hier estnische, lettische und deutschbaltische Gedächtnissegmente zu einem Mosaik zusammengefügt – und das kann nur ein Vorhaben des 21. Jahrhunderts sein, da in vorhergehenden Jahrhunderten die Darstellung einer einheitlichen Gedächtnislandschaft zwischen zwei Buchdeckeln

kaum möglich gewesen wäre, zu gespalten waren die Vorstellungen der Esten, Letten und Deutschbalten von ihrer gemeinsamen Vergangenheit. Dieses Erinnerungsbuch zeigt die Koexistenz der einstigen Nachbarn besser, als die heutige Geschichtsschreibung es zu tun vermag.

Somit handelt es sich hier um einen literarischen Reiseführer. Die mit den verschiedenen Orten verbundenen, teils mehrseitigen Zitate und Nacherzählungen literarischer Texte aus dem 18. bis 20. Jahrhundert erwecken den Eindruck einer literarischen Anthologie. In jedem besuchten Ort entdeckt der Reisende die Spuren der Dichter, aus denen vor dem inneren Auge des Lesers ein Dichterporträt entworfen wird; oder die der literarischen Figuren, die den realen Ort in einen imaginären – in einen Gedächtnisort – verwandelt haben. Lielaucē/Groß-Autz und Kurt Tucholsky, Pedvāle/Pedwahlen und Gertrud von den Brincken, Tāšu-Padure/Tels-Paddern und Eduard von Keyserling, „Straumehni“ und Edvarts Virza, Riga und Johann Gottfried Herder, Jānis Rainis u.a., Depkenshof und Garlieb Merkel, Braki und Rūdolfs Blaumanis, Orellen und Siegfried von Vegesack, Cesvaine/Sesswegen und Jakob Michael Reinhold Lenz, Helme/Helmet und Hella Wuolijoki, Tartu/Dorpat und Friedrich Reinhold Kreutzwald, Friedrich Reinhold Faehlmann und Kristian Jaak Peterson, Tānassilma und Viivi Luik, Võisiku/Woiseck und Timotheus von Bock, der berühmte „Verrückte des Zaren“, Palamuse/Bartholomäi und Oskar Luts, Põltsamaa/Oberpahlen und August Wilhelm Hupel, Järvakandi/Jerwakant und Otto von Taube, Peudehof/Oti in Saaremaa und Walter Flex, Paide/Weißenstein und Hermann Hesse, „Wargamäe“ und Anton Hansen Tammsaare, Tallinn/Reval und Werner Bergengruen und Jaan Kross (der letzte der wohl am meisten zitierte Autor des Buches) – damit sind nur wenige *gens de lettre* erwähnt, die die Reise begleiten.

Bei einer Reise spielt sowohl der Raum als auch die Zeit eine Rolle. Die Gegenwart und Vergangenheit sind miteinander so eng verflochten, dass für einen weniger sachkundigen oder aufmerksamen Leser die Zeitebenen manchmal sogar durcheinandergeraten können. Steht die geschilderte Landschaft oder das beschriebene Objekt unmittelbar vor dem Auge des Lesers oder handelt es sich um eine Einbildung des Historikers? Der Richtung im Raum – von Süden nach Norden (von Kurzeme nach Tallinn) – entspricht eine Richtung in die Zeit – aus der Vergangenheit in die Gegenwart. Im Kurland verweilt der Erzähler in der Vergangenheit, auf dem Boden Estlands fallen hingegen primär gegenwärtige Quellen und Beschreibungen ins Gewicht.

Der Reisende interessiert sich für die lokale Geschichte, durch diese führt er den Leser gleichsam durch die Geschichte Estlands und Lettlands, von der Gründung Rigas bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Von einer Reisebeschreibung, sei es auch eine kulturgeschichtliche, erwartet man freilich kein vollständiges Geschichtsbild. Der Autor blickt von Deutschland auf die Geschichte Estlands, dieser Blickwinkel bestimmt auch die Auswahl der historischen Ereignisse. So erhalten z.B. die Umsiedlung der Deutschbalten und der Holocaust in Riga mehr Aufmerksamkeit als Vernichtung, Massenvertreibung und Flucht der Esten und Letten. Das Gedächtnis ist willkürlich – auch das Kulturgedächtnis. Und es ist das Recht des Autors zu betonen, was ihm nahe liegt.

Das Buch ist für den deutschen Leser geschrieben. Die besuchten Orte sind Erinnerungsorte deutscher Kultur, worauf bereits die verwendeten deutschen Ortsnamen hinweisen. Sorgfältig sind alle Fäden verknüpft, die auf eine kulturelle Bindung von Zeit und Raum deuten – „von der Ilm bis an den Embach“. Boehlendorf und Bobrowski, Beethoven und sogar der Talsener Pastor Amenda, Wagner als Kapellmeister und Herder als Prediger in Riga, Kurt Tucholsky, Walter Flex, Herder und Lenz. Ihre Nennungen und die Verwendung der deutschen Ortsnamen bringt die Orte von Tels-Paddern bis zur Fischermai dem deutschen Leser nahe. Wir unterstützen den Autor in seiner Hoffnung, „Leser [zu] gewinnen für jene Länder und Völker am östlichen Ufer des baltischen Meeres, die der Mitte Europas untrennbar verbunden sind“, und hoffen, dass eine Übersetzung ins Estnische und Lettische bald folgen wird, damit auch diese Leser der Bruchstücke des kulturellen Gedächtnisses erinnert werden, die nahezu verblasst sind.

Liina Lukas, Tartu

Andrej Angrick u. Peter Klein, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2006, 520 S. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. 6).

Die beiden Historiker Andrej Angrick und Peter Klein, vormals bei der von Jan Philipp Reemtsma gegründeten „Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur“ und heute in Berlin tätig, schildern in ihrer umfangreichen Monografie Schicksal, Stigmatisierung, Ausbeutung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Lett-

lands während des Zweiten Weltkrieges bzw. der Juden, die im Herbst 1941 aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei in den deutsch besetzten „Generalbezirk Lettland“ deportiert worden waren.

Beide Autoren sind renommierte Kenner auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen „Truppen des Weltanschauungskrieges“, der Einsatzgruppen der SS und ihrer Vernichtungsoffer in Dörfern und Ghettos Ostmitteleuropas. Andrej Angrick veröffentlichte bereits 2003 eine Untersuchung über Besatzungspolitik und Massenmord in der südlichen Sowjetunion.¹ Peter Klein trat jüngst im Frühjahr 2009 mit einer breit angelegten Studie über die „Ghettoverwaltung Litzmannstadt“ hervor.² Beide Autoren tragen somit ihrer Feststellung Rechnung, dass „im Gegensatz zur Erforschung der Geschichte der Konzentrationslager im Reich kaum regionale Studien zum Massenmord an den Juden Ost- und Südosteuropas vorliegen“ (S. 7), und sie versuchen, dieses Desiderat systematisch aufzuarbeiten.

Neben Sekundärliteratur in deutscher und englischer Sprache (leider fehlt die umfangreiche lettische Literatur fast und die russische Literatur vollständig) sowie Materialien aus überwiegend deutschen und lettischen, aber auch russischen und anderen Archiven benutzten die Autoren vor allem Justizakten der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung Ludwigsburg (heute zum Bundesarchiv gehörig) sowie Prozessakten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg, hier insbesondere die Akten des sog. „Riga-Grundverfahrens“ (1970er Jahre) gegen deutsche und lettische Beteiligte an der Ermordung von Juden in Lettland. Bedeutsam bleibt ihre einschränkende Feststellung, dass viele wichtige Unterlagen aus den sowjetischen Gebieten bzw. Dokumente, die der UdSSR während des Krieges in Ostmitteleuropa in die Hände fielen, nicht „auffindbar“ seien oder Historikern weiter vorenthalten würden.

Zunächst schildern Angrick und Klein die Situation der jüdischen Bevölkerung in Lettland während der Zwischenkriegszeit, das Ende der Republik Lettland 1939/40 als Folge des Hitler-Stalin-Paktes, die Vorbereitungen Hitlers für den Überfall auf die Sowjetunion und die Aufstellung der Einsatzgruppe A durch Himmlers Reichssicherheitshauptamt (RSHA) im Frühjahr 1941. Die folgenden Kapitel behandeln die Eroberung Lettlands durch die Wehrmacht ab Ende Juni

¹ Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943*. Hamburg 2003.

² Peter Klein, *Die „Ghettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944: Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik*. Hamburg 2009.

1941, das Eintreffen der Einsatzgruppe A unter Dr. Walther Stahl-ecker Anfang Juli, die ersten Pogrome unter Einbeziehung lettischer Hilfskräfte (u.a. des berüchtigten „Ārājs-Kommandos“), die Ghettoisierung der Rigaer Juden in der sog. Moskauer Vorstadt sowie ihre Vernichtung in den beiden großen Mordaktionen am 30. November und am 8. Dezember in den Wäldern von Rumbula und Biķernieki (am Stadtrand von Riga) mit all ihren entsetzlichen Details (25 000 bis 30 000 Ermordete).

Zum gleichen Zeitpunkt trafen die ersten Transporte von Juden aus dem Deutschen Reich, Österreich und der Tschechoslowakei im jetzt leeren Rigaer Ghetto ein, deren Schicksal (zusammen mit den zu diesem Zeitpunkt nur noch wenigen überlebenden Juden Lettlands) im Mittelteil der Studie aufgegriffen wird: Bis Ende 1943 wurde das Rigaer Ghetto aufgelöst, die Überlebenden wurden ins Konzentrationslager Kaiserwald (lett. Mežaparks, ein nobler Vorort von Riga) überführt, von wo sie ab August 1944 ihre „Evakuierung“ vor der Roten Armee in Konzentrationslager nach Deutschland und in die Tschechoslowakei führte. Hier kamen die meisten von ihnen in der Schlussphase des Krieges um. Von den ca. 95 000 Juden Lettlands (1935) sollen bei Einmarsch der Sowjets ab August 1944 höchstens 1 000 überlebt haben, rechnet man die jüdischen Überlebenden der ersten sowjetischen Deportation kurz vor dem deutschen Einmarsch und jüdische Flüchtlinge in der UdSSR (ca. 20 000 Personen) nicht hinzu.

Einzelne Kapitel behandeln das sog. „Polizei- und Arbeitserziehungslager“ in Salaspils, (dt. Kurtenhof, berühmt durch John Forsyths Thriller „Die Akte Odessa“), in dem nach einzelnen propagandistischen Angaben der früheren Sowjetunion bis zu 100 000 Menschen umgebracht worden sein sollen. Angrick und Klein teilen allerdings die jüngeren Forschungserkenntnisse der lettischen Geschichtswissenschaft, dass insgesamt höchstens 12 000 Personen in dem Lager gelebt haben sollen, von denen etwa 2-3 000 umkamen (S. 269). Ausführlich gehen die Autoren auf die Ausbeutung der jüdischen Inhaftierten durch Zwangsarbeit und auf einzelne vergebliche Versuche ein, Widerstand zu organisieren (z.B. „Blechplatz-Aktion“ vom Oktober 1942).

Einen Schwerpunkt der Analyse bilden wechselnde Machtverhältnisse, Kompetenzgerangel und Konkurrenzkämpfe unter den unterschiedlichen nationalsozialistischen Behörden und Einrichtungen im besetzten Lettland (RSHA, SS und Einsatzgruppe einerseits, Wehrmacht und Zivilverwaltung andererseits) sowie die Intrigen ihrer großen und kleinen Führer und Schreibtischpotentaten. Insbesondere

die Wehrmacht hatte ein Interesse an der Arbeitskraft der Juden: Juden arbeiteten in über 200 Betrieben für den Wehrmachtsbedarf und die Rüstung, während Himmler und seine SS in Konkurrenz zur Wehrmacht die „Endlösung“ betrieben. Die Folge: Das Überleben des Einzelnen war dabei von Zufällen und irrationalen Entscheidungen innerhalb der nationalsozialistischen Polykratie abhängig, irgendwo zwischen täglich drohender Selektion für den Arbeitsmarkt und totaler Vernichtung. Auch einzelne Täter und ihre Lebensläufe werden von den Autoren beschrieben, (Walther Stahlecker, Friedrich Jeckeln, Rudolf Lange, Rudolf Batz u.a.) bis hin zu ihrem Tod gegen Kriegsende bzw. ihrer Ergreifung durch Sowjets oder westliche Behörden ab 1945 und nachfolgender Verurteilung. So wurde Jeckeln Anfang Februar 1946 nach einem stalinistischen Schauprozess in Riga öffentlich hingerichtet. Das letzte Verfahren wurde erst im Jahr 2000 in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt.

Insgesamt legen Angrick und Klein eine imponierende und detailreiche Lokalstudie, hier über Riga, zur Vernichtung der Juden im deutsch besetzten Ostmitteleuropa vor.³ Auf einzelne Fragen hätte man sich jedoch ausführlichere Antworten gewünscht: Die Geschichte der Juden in Lettland insbesondere während der Zwischenkriegszeit mit einer staatlich garantierten Schulautonomie für Minderheiten erklärt nicht hinreichend die Teilnahme vieler Letten an dem Zivilisationsbruch des Holocaust nach dem deutschen Einmarsch. Immerhin waren ausgerechnet unter dem lettischen Diktator Ulmanis 1934 lettische rechtsextreme und antisemitische Organisationen (z.B. „Pērkonkrusts“) verboten worden, und das Land hatte bis 1940 jüdische Flüchtlinge, wenn auch in geringer Zahl, aufgenommen. Ungeklärt ist nach wie vor Art und Ausmaß des lettländischen Antisemitismus sowie regionale Differenzierungen: In Kurland und Riga war das Verhältnis zu Juden traditionell liberal, in Ostlettland (Lettgallen) beeinflusste der russische Antisemitismus das Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen. In den 1920er und 1930er Jahren stand dagegen in erster Linie die deutschbaltische Minderheit im Fokus staatlicher sozialer und ökonomischer Diskriminierungspolitik.⁴ Hier hätte im ersten Kapitel das Schwergewicht nicht auf die internationale Politik und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes, son-

³ Zum Holocaust in Lettland bereits 1996: Andrew Ezergailis, *The Holocaust in Latvia 1941–1944. The Missing Center*. Riga 1996.

⁴ Leo Dribins, *Ebreji Latvijā [Die Juden in Lettland]*. 2. Aufl., Rīga 2002; auch: Ders, *Die „Judenfrage“ in der lettischen Presse in den Jahren 1880 bis 1940*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*. Frankfurt/New York 1996, S. 22-34.

dern verstärkt auf die innere Entwicklung Lettlands gelegt werden müssen, die für deutsche Leser weitgehend unbekannt ist und die Folgeereignisse mitbestimmte.

Auch Angrick und Klein sehen, dass in Lettland im Gegensatz zu Litauen spontane Pogrome der Bevölkerung erst nach dem deutschen Einmarsch festzustellen sind, übersehen jedoch, dass dies die weiterführende Frage nach möglichen Unterschieden der historisch-gesellschaftlichen Bedingungen von Antisemitismus in Lettland und Litauen aufwirft. Dass die Beteiligung lettischer Kollaborateure an der Ermordung ihrer jüdischen Landsleute allerdings Teil des Plans von Himmler war, „Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu besetzten Gebieten zu unterstützen und insgeheim solche Aktionen zu fördern“, um sie nach Kriegsende der indigenen Bevölkerung unterstellen zu können, wird ausdrücklich hervorgehoben (S. 58).

Zwar gestehen die Autoren ein, dass „ohne die Einverleibung Lettlands in den sowjetischen Staatenverband und die damit einhergehenden politischen Verfolgungen und Deportationen von wirklichen oder vermeintlichen ‚Regimegegnern‘ in den Gulag“ der „spätere ungehemmte Ausbruch von Gewalt und Zerstörung, der ‚Rachefeldzug‘ lettischer Nationalisten im Juli 1941 nicht erklärbar“ sei, man hätte sich allerdings eine klarere Verifizierung möglicher Kausalitäten gewünscht. Überhaupt muss der „lettische Nationalismus“ an vielen Stellen als Chiffre für unzureichende Erklärungen herhalten, ohne dass er im Einzelnen differenziert erläutert wird. Abenteuerlich wird es allerdings, wenn Formulierungen sowjetischer Geschichtsklitterung, die man bereits für überholt hielt, noch einmal unkritisch übernommen werden. Etwa wenn die erste große stalinistische Deportation baltischer Führungsschichten im Baltikum, darunter eben gerade auch die liberale und die demokratische Intelligenz, in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni 1941 pauschal als „Verschleppung lettischer Nationalisten nach Sibirien“ (S. 73) charakterisiert wird. Eine neuere Untersuchung zur Geschichte Lettlands im Zweiten Weltkrieg stellt die wichtige Vorgeschichte der Verbrechen während der Jahre 1939–1946 und deren Ursachen inzwischen deutlicher als Folge einer Spirale der Gewalt und sozialer Verwerfungen dar, die das Baltikum und Lettland bereits seit der ersten russischen Revolution 1905 und über die Jahre der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges 1917/20 hinweg überzog.⁵

⁵ Björn M. Felder, Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen

Diese und andere Einwände unterstreichen, dass Angrick und Klein, wie vor ihnen bereits Wilhelm, Benz u.a.,⁶ die Vernichtung der Juden Lettlands zwar in den Zusammenhang der deutschen Holocaust-Forschung und der Geschichte des deutschen Überfalls auf Osteuropa und die Sowjetunion stellen, jedoch genuin lettische, baltische oder sowjetische Zusammenhänge und Fragestellungen, vor allem aber jüngste detaillierte Forschungsergebnisse lettischer Historiker – etwa der lettischen internationalen Historikerkommission – vernachlässigen.⁷ Eine gewisse Fremdheit mit Land und Leuten lässt sich nicht verleugnen, dazu gehört auch die fehlerhafte Schreibweise vieler lettischer Personen- und Ortsnamen. Besonders ärgerlich ist auch, den renommierten Osteuropahistoriker Georg von Rauch durchgängig mit dem falschen Vornamen Gregor zu bedenken. Auch kleine sachliche Fehler hätten bei größerer Sorgfalt vermieden werden können: Am 11. August 1920 (nicht am 1. August, vgl. S. 17) unterzeichnete Lettland den Friedensvertrag mit Sowjetrußland, nicht mit der Sowjetunion, die es zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab. Die Behauptung, in Lettland habe sich kein Industrieproletariat gebildet (S. 18), stimmt so nicht. Bereits um 1900 gab es gerade in Riga eine ausgeprägte Arbeiterschaft, 1904 wurde die Lettische Sozialdemokratie gegründet, die sich 1914 in einen sozialdemokratischen und einen bolschewistischen Flügel spaltete. Beide Richtungen prägten das Land mindestens so entscheidend wie die von Angrick und Klein apostrophierten „lettischen Nationalisten“. Von hier aus hätten auch Fragen an die Zeit der deutschen Okkupation gestellt werden können: Lettland war in der Zwischenkriegszeit eben nicht nur ein vermeintlich nationalistisches Land, in dem ein dumpfer Antisemitismus gedieh, sondern gleichzeitig ein zutiefst sozialistisch geprägtes Land. Zwar

Besatzern 1940–1946. Paderborn 2009 (Krieg in der Geschichte. 43). Daneben in lettischer Sprache: Daina Bleiere (u.a.), *Latvija otrajā pasaules karā (1939–1945)* [Lettland im Zweiten Weltkrieg (1939–1945)]. Riga 2008.

⁶ U.a.: Hans-Heinrich Wilhelm, Antisemitismus im Baltikum, in: *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Helge Grabitz (u.a.). Berlin 1994, S. 85–102; Wolfgang Benz, Die Ermordung der baltischen Juden und die einheimische Bevölkerung, in: *Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart*, hrsg. v. Jürgen Matthäus u. Klaus-Michael Mallmann. Darmstadt 2006 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. 7), S. 141–152.

⁷ So lagen bis Ende 2005 bereits 16 der inzwischen auf 25 Bände angewachsenen „Schriften der Historikerkommission Lettlands“, einer 1998 staatlich gegründeten internationalen Forschergruppe, vor: *Latvijas vēsturnieku komisijas raksti*. 1. – 16. sēj. Rīga 2000–2005, darunter einzelne Sammelbände, die speziell der Frage des Holocausts in Lettland gewidmet sind.

bezweifeln Angrick und Klein, dass von den 16 000 im Juni von den Sowjets deportierten Einwohnern Lettlands 5 000 Juden gewesen seien (S. 36), sie hätten jedoch beide Zahlen verifizieren können: Von 14 428 Deportierten waren 1 789 Juden (12,4% der Deportierten bei nur 4,8% der Gesamtbevölkerung!). Eine Zahl, die ebenfalls wichtige Fragen aufwirft.⁸

Das wichtige Forschungsproblem der Möglichkeit regionaler Perspektivität von Historiografie auch für den an Juden begangenen Völkermord wird so insgesamt nicht sichtbar. Dies hängt sicherlich mit fehlenden Sprachkenntnissen zusammen, macht jedoch deutlich, dass überzeugende Darstellungen und Deutungen der sowjetischen und deutschen Okkupationspolitik im Baltikum, darunter auch der Forschungskomplex zur Geschichte der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung dieser Region, nicht mehr ohne intensive Zusammenarbeit mit örtlichen Historikern geschehen kann. Diese haben darüber hinaus in jüngster Zeit vor allem auch auf Fußfallen in der Erinnerungs- und Quellenliteratur hingewiesen, bedingt durch Überlagerungen bis hin zu politischem „Design“ von „Erinnerung“ an die deutsche Besatzungszeit durch die folgende sowjetische Okkupation und Annexion bis gegen Ende der 1980er Jahre,⁹ die von anderen Motiven als denen möglichst objektiver Aufklärung getrieben war. Dies gilt im Übrigen selbst für deutsche Prozessakten, in die nicht selten auch Untersuchungsergebnisse sowjetischer „Staatsanwaltschaften“ eingeflossen sind.¹⁰

In nächster Zukunft wird die Untersuchung Angricks und Kleins sicherlich überzeugender Referenzpunkt einer deutschen Holocaust-

⁸ Nach Angaben des lettischen Zentrums zur Dokumentierung der Folgen des Totalitarismus (Totalitārisma Seku Dokumentēšanas Centrs) unter: www.vip.latnet.lv/lpra/strukturanalize.html#Etniskais%20sastāv [letzter Zugriff: 15.09.2009].

⁹ Vgl. z.B.: Andrejs Ezergailis, *Nazi / Soviet Disinformation about the Holocaust in Nazi-occupied Latvia*. Rīga 2005. U.a. gilt dies für die in deutscher Literatur (hier S. 11 und 112) häufig zitierten Erinnerungen von Bernhard Press, *Judenmord in Lettland*. 2. Aufl., Berlin 1992, der sich zwar auf mehr als 170 Seiten an die Leidenszeit seines Überlebens im Rigaer Ghetto und im Untergrund erinnert, aber seine Verhaftung durch das sowjetische NKVD am 4. Dezember 1951, seine 4-monatige Inhaftierung, bis zu 23-stündigen Verhöre und seine Verurteilung zu 25 Jahren Lagerhaft am 14. April 1952 mit dem einzigen Satz umschreibt: „Das KGB wütete bis zu Stalins Tod mit alter Härte weiter, verhaftete und verurteilte manche von uns, so daß viele Juden, statt die erhoffte Freiheit zu genießen, nach Kriegsende nur das deutsche Konzentrationslager gegen ein sowjetisches eintauschten.“ Ebenda, S. 174. Wie können solche Erinnerungen von Historikern bewertet werden?

¹⁰ Vgl. z.B.: *NS-Verbrechen und Justiz*, hrsg. v. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1996 (Juristische Zeitgeschichte. 4); darin ausführlich zu dem von Angrick und Klein erwähnten (S. 477) Prozess gegen Boleslavs Maikovskis vor dem Landgericht Münster.

forschung bleiben, in der zunehmend Ostmitteleuropa in die Blick genommen wird. Man wird jedoch gut daran tun, die besonderen Fragehorizonte und Ergebnisse von Historikerkollegen in Estland, Lettland, Litauen und Russland intensiver in die Beantwortung regionaler Probleme und Fragestellungen im Sinne wechselseitiger und gesamteuropäischer Geschichtsempathie einzubeziehen.

Detlef Henning, Lüneburg

Alexander Bergmann, Aufzeichnungen eines Untermenschen. Ein Bericht über das Ghetto in Riga und die Konzentrationslager in Deutschland. Bremen: Edition Temmen 2009, 213 S., Abb.

Im Jahre 2009, also mehr als sechs Jahrzehnte nach den schrecklichen Ereignissen in seinem Land, publizierte einer der wenigen lettischen Juden, die den Holocaust in Riga überlebten, seine Erinnerungen. Unter dem etwas unglücklichen Titel „Aufzeichnungen eines Untermenschen“ präsentiert der Autor Alexander Bergmann seinen lesenswerten Bericht über das Ghetto in Riga und seine Erlebnisse in deutschen Konzentrationslagern.

Bergmann wurde 1925 in Riga als Spross einer alteingesessenen Familie des Bildungsbürgertums geboren. Sein Vater war Direktor des „Jüdischen Gesellschaftlichen Gymnasiums“. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 begann für den 16-jährigen Alexander eine leidvolle Odyssee durch das Ghetto in Riga und verschiedene Konzentrationslager. 1945 befand er sich als Zwangsarbeiter in einem Außenlager des KZ Buchenwald. Von dort brachten ihn Angehörige der Roten Armee in ein sowjetisches Militärkrankenhaus. Nach seiner Genesung kehrte er im September 1945 nach Riga zurück, nahm ein Jurastudium auf und wurde ein gefragter Rechtsanwalt. In diesem Beruf arbeitete er in der lettischen Hauptstadt mehr als fünf Jahrzehnte.

Neben seinem Juristenberuf engagierte sich Alexander Bergmann für die „vergessenen Juden von Riga“, das heißt, sowohl für die Erinnerung an die ermordeten lettischen Juden, die der Geschichtsvergessenheit zum Opfer zu fallen drohen, als auch für die wenigen Überlebenden, für deren Schicksal sich in Lettland und in Deutschland kaum jemand interessierte. Größere Aufmerksamkeit wurde den vergessenen Juden des Baltikums in Deutschland erstmals zuteil, als der damalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Jahr 1993 die baltischen Staaten besuchte. Ein Jahr später wurde

im Deutschen Bundestag ein interfraktioneller Antrag eingebracht, mit dem das Ziel verfolgt wurde, den überlebenden baltischen Juden eine kleine Rente zu bezahlen. Er wurde jedoch abgelehnt, weil die Bundesregierung einen Präzedenzfall befürchtete. Erst 1998 kam es zu einer gesetzlichen Regelung. Seitdem erhalten die Holocaust- und KZ-Überlebenden des Baltikums einen monatlichen Betrag von 250 DM, heute 205 €. Dieses Geld gab den alten Menschen lediglich die Sicherheit, mit dem Allernötigsten versorgt zu sein. Im Hinblick auf Krankheit und Pflegebedürftigkeit sind sie jedoch weiter auf private Spenden angewiesen, die unter anderem von einem Hilfsfonds geleistet werden, den die Freiburgerin Margot Zmarzlik ins Leben gerufen hat.¹

In den politischen Verhandlungen seit den 1990er Jahren war Alexander Bergmann der erste Ansprechpartner für jene deutschen Politiker, die sich für eine Entschädigung der baltischen Holocaust-Überlebenden einsetzten. Denn der Rechtsanwalt fungierte zugleich als Vorsitzender des „Vereins der ehemaligen jüdischen Ghetto- und KZ-Häftlinge Lettlands“. In dieser Funktion konnte er am 26. Januar 1997, einen Tag vor dem Auschwitz-Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, im Deutschen Bundestag eine Rede über den Holocaust in Lettland und über die Ziele seiner Vereinigung halten. Bergmann forderte Gerechtigkeit für die baltischen NS-Opfer und meinte damit, dass sie in der Entschädigungsfrage mit anderen NS-Opfern in Westeuropa gleichgestellt werden sollten.

Der Anwalt aus Riga engagierte sich auch in anderer Weise. Er half, die neue Jüdische Gemeinde Rigas mit aufzubauen. Seit den 1990er Jahren führte er zahlreiche deutsche Studiengruppen und Freundeskreise durch das ehemalige Ghetto Riga und zu den ehemaligen Erschießungsstätten Rumbula und Biķernieki am Rande seiner Heimatstadt. Einladungen nach Deutschland Folge leistend, hielt er öffentliche Vorträge, besonders in Schulen, zum Beispiel in den südbadischen Gemeinden Freiburg, Rheinfeldern und Waldkirch. Bei den Schülerinnen und Schülern konnte er, wie der Rezensent aus eigener Anschauung berichten kann, durch seine sachliche, fast emotionslose, dabei farbige Schilderung seines Schicksals als verfolgter Jude aus Riga einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Schon seit Jahrzehnten hatte sich der viel beschäftigte Rechtsanwalt mit dem Gedanken getragen, seine Erinnerungen an die Schreckens-

¹ „Hilfsfonds ‚Jüdische Sozialstation‘ e.V. – Ghetto-Überlebende Baltikum“, Sickingenstr. 50, 79117 Freiburg.

jahre 1941 bis 1944 für seine eigenen Kinder und vielleicht auch für einen größeren Kreis von Interessierten aufzuschreiben. Aber er schwieg lange Zeit und schreckte vor der großen Aufgabe zurück: „Holocaust ist ein heiliges Thema. Darüber lässt sich nicht schreiben, ohne zu zittern und ohne dass einem das Herz blutet. (...) Aber als ich schrieb, war es, als wäre alles erst gestern gewesen, und ich begriff, was es heißt, alte Wunden aufzureißen.“ (S. 12 f.) Hinzu kam, dass in der Zeit vor 1990, als Lettland Teil der Sowjetunion war, an eine Veröffentlichung ohnehin nicht zu denken war. So kam es, dass Bergmann erst 2002 – er war zwischenzeitlich 77 Jahre alt – mit dem erinnernden Schreiben begann, übrigens in russischer Sprache. Seine „Aufzeichnungen eines Untermenschen“ erschienen zuerst 2005 in Riga auf Russisch. Seitdem waren deutsche Freunde bemüht, eine deutsche Übersetzung des Buches zu finanzieren und Zuschüsse einzuwerben, um es in einem deutschen Verlag publizieren zu können. Nun liegt dieses Buch auch auf Deutsch vor – in einer kleinen Auflage, weil der Bremer Verleger Temmen weiß, dass es nur wenige Interessenten gibt, die sich über den Holocaust in Riga intensiv aus Opfersicht informieren wollen. Eine lettische Übersetzung des Buches ist in Vorbereitung. Den Grund für die späte Publikation in der Landessprache kann man dem Geleitwort entnehmen, das zwei der Sponsoren dem Buch vorangestellt haben: „In der lettischen Gesellschaft wird die einheimische, freiwillige Mittäterschaft an den nationalsozialistischen Verbrechen weitgehend verdrängt und tabuisiert, sie ist bestenfalls Thema der akademischen Forschung.“²

Bescheiden bemerkt Bergmann, dass es seine Sache nicht sei, die Geschichte des Holocausts in Lettland darzustellen. Das Buch, sagt er, beschreibe lediglich „einzelne Episoden aus meinem Leben in der Zeit des Krieges und in den ersten Monaten nach dessen Ende“. (S. 13) Die Berichterstattung über das Erlebte empfindet er als Pflicht: „Um die Erinnerung an unsere Verluste und das Erlebte wach zu halten, haben wir Häftlinge keine andere Waffe als die ehrliche, offene und wahrheitsgetreue Schilderung der Geschehnisse des Holocaust.“ (S. 211)

Der Autor setzt ein mit der deutschen Besetzung Lettlands und der Ermordung seines Großvaters Schaja Hauchmann durch lettische Landsleute, der in Riga eine angesehene Persönlichkeit des öffentlichen Lebens war. Dies geschah Anfang Juli 1941 im Rahmen eines

² Matthias M. Ester u. Hermann Kuhn, Zum Geleit, in: Alexander Bergmann, Aufzeichnungen eines Untermenschen. Ein Bericht über das Ghetto in Riga und die Konzentrationslager in Deutschland. Bremen 2009, S. 8.

Pogroms, dem insgesamt etwa 2 000 Rigaer Juden zum Opfer fielen. Die vierjährige Leidensgeschichte des Autors setzte sich fort mit der Zwangsumsiedlung der Juden in das Ghetto Riga und den Mordaktionen im November 1941. Der Autor schildert die Arbeit der verbliebenen Juden im „Kleinen Ghetto“ von Riga in den Jahren 1942 und 1943, wirft einen Blick auf den jüdischen Widerstand, um sodann die Übersiedlung in das Konzentrationslager Kaiserwald am Rande der Stadt Riga zu schildern, wo weitere Familienangehörige ermordet wurden. Es folgte die Verschleppung der jüdischen Häftlinge aus „Kaiserwald“ in das KZ Stutthof bei Danzig, von dort in das Nebenlager Magdeburg des KZ Buchenwald, schließlich die Befreiung 1945 und die Rückkehr nach Riga im September 1945: „Die Häuser standen noch immer, auch die Läden gab es noch wie vor dem Krieg. Jüdische Verkäufer gab es nicht mehr.“ (S. 210)

In Alexander Bergmanns Bericht ist viel von den Erniedrigungen der Juden durch Deutsche und Letten die Rede, vom Verlust jeglichen Eigentums, von der ausgeweglosen Freiheitsberaubung, vom Tod der Verwandten, von Hunger und Zwangsarbeit. Um sich selbst das Erinnern und den Lesern die Lektüre zu erleichtern, streut der Autor immer wieder lustige Episoden oder komische Begebenheiten in seine Darstellung ein. Mit viel Glück haben Bergmann und einer seiner Brüder den Holocaust überlebt.

Wolfram Wette, Waldkirch

Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Philipp Ther u. Holm Sundhaussen. Marburg a.d.L.: Verlag Herder-Institut 2003, XXIX u. 297 S. (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung. 18).

In dem Band werden die Beiträge einer internationalen Tagung mit dem Titel „Die Grenzen von Nationen und Nationalstaaten: Regionalismen in europäischen Zwischenräumen von der Mitte des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts“ (Berlin 2001) vereint. Dabei liegt der Schwerpunkt eindeutig auf dem östlichen Europa, ergänzt neben einigen thematisch übergreifenden Beiträgen um vier, das Elsass, Südtirol, Katalonien und Galizien untersuchende Aufsätze von Christiane Kohser-Spohn, Laurence Cole, Xosé Manoel Núñez und Josep M. Fradera.

Kritisch zu hinterfragen ist dabei der Begriff der Zwischenräume,

der den Titel unkommentiert prägt, während er bei der Einleitung von Philipp Ther richtigerweise in Parenthese gesetzt ist. Ther definiert den Untersuchungsgegenstand als „sprachliche, kulturelle und ethnische Übergangsgebiete, in denen sich verschiedene Einflüsse überkreuzten, häufiger auch vermischten“ (S. XI). Seine Ergänzung für den Untersuchungsgegenstand hingegen „im geographischen Sinne als eine Lage zwischen den Kerngebieten, also am Rande der jeweiligen Nationen und Staaten“ liegend (ebenda), verstärkt eher die Frage nach der Wertigkeit von zentralen bzw. zentralisierenden Sichtweisen auf derartige Untersuchungsgegenstände. Die Bezeichnung scheint – unbeabsichtigt! – doch vielmehr eine Wiederaufnahme alter Stereotypen von Abseitigkeit und Marginalität im Sinne einer staatlichen oder nationalen Entwicklung nahezulegen als kumulativ staatliche oder auch nationale Identitäten stiftende Faktoren aus regionalen, kulturellen, sprachlichen u.a. Aspekten. Die Übernahme der angelsächsischen *intermediate areas* ist dabei auch wenig hilfreich, weil sie selbst definitorisch gegriffen werden müsste und eine einfache Übersetzung hier nicht genügen kann.

Gerade im vorliegenden Band ‚spielt die Musik‘ bei den am Schluss stehenden „Kommentare(n) und Konzepte(n)“, also der Betrachtung weitgehend übergreifender Fragestellungen. So untersucht Celia Applegate in ihrem kurzen Beitrag „Integrating the History of Regions and Nations in European Intermediate Areas“ (S. 261-265) die bis heute in vielen Nationalgeschichtsschreibungen ungelöste Frage einer Divergenz der zentralen Geschichtsschreibung des „Staates“ und der regionalen Historiografien und der Historie, die ihren Forschungsgegenstand darstellen. Ein Thema, dem sich in einem definitorisch zugespitzten Sinne auch Peter Haslinger widmet (Nationalismus und Regionalismus: Konflikt oder Koexistenz?, S. 267-274) und welches Robert Traba durch die Untersuchung des polnischen Regionalismus erfassbar macht (Regionalismus in Polen: Die Quellen des Phänomens und sein neues Gesicht nach 1989, S. 275-283). Dass diese Fragestellung einer zuweilen als Konkurrenz zu einer staatlich-übergreifenden und zuweilen auch als integrierendes bzw. desintegrierendes Mittel genutzten regionalen Geschichtsschreibung mitnichten obsolet ist (und uns aus der Erfahrung der letzten Jahre wohl noch weit ins 21. Jahrhundert begleiten wird), entnimmt man dem Beitrag von Hans Heiss „Zur aktuellen Bedeutung regionaler Akteure in Europa“ (S. 285-291).

Die mit regionalem Bezug ausgestatteten Artikel werden unter drei Überschriften gruppiert: „Nationalismus und Regionalismus“, „Nationalstaat versus Regionalismus“ und „Die Renaissance der Region“.

Dabei ist die Unterscheidung in die ersten beiden Überschriften durchaus flexibel zu sehen, wohingegen die Fallstudien von Núñez zu Galizien (Zwischen regionaler Selbstwahrnehmung und radikalem Ethnonationalismus: Galicien, 1960–2000, S. 161-183), von Stefan Troebst zu Transnistrien (Separatistischer Regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989–2002, S. 185-214) sowie diejenigen der Herausgeber Holm Sundhaussen zu Bosnien-Herzegowina (Vom Mythos Region zum Staat wider Willen: Metamorphosen in Bosnien-Herzegowina, S. 215-232) und Philipp Ther zu Oberschlesien (Der Zwang zur nationalen Eindeutigkeit und die Persistenz der Region: Oberschlesien im 20. Jahrhundert, S. 233-257) eindeutige Zuweisungen in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts erlauben.

Die Beiträge der ersten Gruppe („Nationalismus und Regionalismus“) setzen Akzente auf die Gegenüberstellung regionaler Identitäten zu exkludierend auftretenden Nationalstaaten (hier Italien und Spanien) bzw. mit eindeutigen Deutungsmustern zentralistischer Systeme ausgestatteten Großreichen wie Habsburg. Die Themenbreite reicht dabei von Fragen der Verwurzelung einer Region mit eigenständiger Identität in einem sich strikt zentralistisch konstituierenden Nationalstaat (Josep M. Fradera: Regionalism and Nationalism: Catalonia within Modern Spain, S. 3-18) über die Identifikation einer regionalen, aber national bezogenen Identität (Laurence Cole: The Construction of German Identity in Tirol, c. 1848–1945, S. 19-42), die Beschäftigung mit den Folgen der Zerstörung ehemals vorhandener autonomer Strukturen inklusive den damit verbundenen Eliten- und Wertebildungen (Ralph Schattkowsky: Eine Autonomie mit Nachwirkungen; regionale Identität in Galizien 1867–1918, S. 43-61) bis hin zu Überlegungen zu Grenzen und Möglichkeiten von Regionalismen in den sich modernisierenden Gesellschaften Ostmitteleuropas (Robert Luft: Die Grenzen des Regionalismus: Das Beispiel Mähren im 19. und 20. Jahrhundert, S. 63-85). Allen Aufsätzen ist gemeinsam, dass sie eher durch die Einleitung der Herausgeber und die bereits benannten übergreifenden Untersuchungen zusammengehalten und in Bezüge zueinander gesetzt werden, als dass sie diese Aspekte selber einbezögen.

Will man ein gemeinsames Band für die im zweiten Teil zusammengefassten Beiträge finden, so mag man an die Versuche denken, die jeweiligen Regionalismen als politische Bewegungen zu deuten und sie ggf. mit einer außer-regionalen bis hin zu einer separatistischen oder (im anderen Falle) europäischen Komponente zu versehen. Christiane Kohser-Spohn gibt einen guten Überblick über die

elsässische Bewegung unter eben diesem als Chance begriffenen europäischen Bezug (Der Traum vom gemeinsamen Europa. Autonomiebewegungen und Regionalismus im Elsass, 1870–1970, S. 89-111). Przemysław Hauser widmet sich einmal mehr dem Thema oberschlesischer Separatismen im Übergang vom Ersten Weltkrieg zur Wiedererlangung einer polnischen Eigenstaatlichkeit und der Frage der Chancen zur Erlangung einer Autonomie für Oberschlesien in dieser Zeit (Von der Provinz zum Freistaat? Der oberschlesische Separatismus im Jahr 1918/1919, S. 113-126). Ein z.B. auch in Oberschlesien entscheidendes Thema, um die Vielgestaltigkeit der Regionalismen zu verstehen, untersucht Hans-Christian Trepte für die östlichen Gebiete Polens: „Die Hiesigen‘ (Tutejsi/Tutejšyja) – Regionales Bewusstsein im polnisch-weißrussischen Grenzraum“ (S. 145-157). Zsuzsanna Török ergänzt den Band um eine Studie zur Politik der Minderheiten als regionalen Strukturen im Rumänien der Zwischenkriegszeit (Transylvaniam: A Politics of Wise Balance? Minority Regionalism in Interwar Romania [1918–1940], S. 127-144).

Insgesamt bietet der Band einen Überblick über das breite Feld der Regionalismen v.a. in Teilen des östlichen Europa und über die sehr verschiedenen Untersuchungsansätze. Die vergleichenden Ansätze bleiben hinter dieser verdienstvollen Herangehensweise doch deutlich zurück, sind aber mittlerweile – auch von einigen der Autoren – mehr in den Blick genommen worden.

Ergänzt wird der Band mit einem umfangreichen Autorenverzeichnis sowie mit einer Karte des gesamten Untersuchungsraumes.

Sabine Bamberger-Stemmann, Hamburg

National Borders and Economic Disintegration in Modern East Central Europe, hrsg. v. Uwe Müller u. Helga Schultz. Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz GmbH 2002, 295 S. (Frankfurter Studien zur Grenzregion. 8).

In dem vorliegenden Band vereinen sich Beiträge einer Konferenz in Buenos Aires aus dem Jahre 2002, die mit einer vorausgehenden Beratung der eingereichten Papers bereits 2000 in Frankfurt a.M. eingeleitet wurde: „National Borders and the Disintegration of Market Areas in East Central Europe in the 19th and 20th Century“. Der Band bietet eine sehr spannende Zusammenstellung von Untersuchungen zu drei Schwerpunktbereichen, die in der Gliederung zu finden sind: „The ‚Nationalisation‘ of Market Areas in the 19th Century“, „The

World War Era“ and „The Communist Period and Transformation to Market Economy“.

Im ersten Teil wird ein zentrales Interesse auf die östlichen Bereiche Preußens gelegt. Einzelstudien zu Schlesien von Marcel Boldorf (*The Impact of Border Changes before National Market Integration: Silesia after the Prussian Annexation of 1742*, S. 27-37), zu Łódź gemeinsam von Wiesław Puś und Stefan Pytlas (*Industry and Trade in Lodz and the Eastern Markets in Partitioned Poland*, S. 67-75) werden ergänzt durch eine Darstellung von Uwe Müller (*Integration and Desintegration: The Eastern Provinces of the German Empire between National Economy and an East-Central European Division of Labour*, S. 51-65) zur Frage einer nationalen, die preußischen Grenzregionen im Osten als Teil der Volkswirtschaft und des Arbeitsmarktes des Deutschen Reiches definierende Struktur und (als Gegensatz?) als Teil einer sich aufbauenden regionalen, grenzüberschreitenden ökonomischen Struktur des östlichen Europa. An einer ähnlichen Stelle setzt Franz Baltzarek an, der „Borders in Multinational Setting – the Tragedy of Successful Market Integration in the Habsburg Monarchy“ (S. 39-49) untersucht. Constantin Iordachi (*Internal Colonialism: The Expansion of Romania's Frontier into Northern Dobrogea after 1878*, S. 77-105) analysiert die rumänischen Expansionsversuche in der Dobrudscha als einer auch ökonomisch vorgetragenen Strategie vor dem Ersten Weltkrieg.

Während im ersten Teil durchaus enge Bezüge der einzelnen Untersuchungsbereiche zueinander erschließbar werden, werden im zweiten Teil zur „Zeit der Weltkriege“ sehr divergierende zeitliche, analytische und regionale Positionen vereint. Helga Schultz gibt in ihrer anregenden Einleitung allerdings den ökonomischen Belangen in den Grenzverhandlungen und Kriegsbeendigungsstrategien nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Raum. Gerade die Überlegungen zum Ersten Weltkrieg sind dabei geeignet, die drei folgenden regionalen Aufsätze theoretisch zu untermauern und weitergehende Fragestellungen zu ermöglichen (*Self-Determination and Economic Interest: Border Drawing after the World Wars*, S. 109-124): Jerzy Tomaszewski untersucht die Folgen der polnischen Ostgrenzen für die polnische Volkswirtschaft (*Economic Consequences of the New Eastern Borders and the Polish Economy between the Two World Wars*, S. 125-141), wobei die nationale polnisch-ukrainische Komponente etwas kurz kommt; Stefan Kowal setzt Überlegungen zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und den ehemaligen Teilungsmächten in Szene (*Economic Co-operation between Poland, the Former Par-*

tition States and their Successors in the Interwar Period, S. 143-153), innerhalb deren die strukturellen Veränderungen durch die unterschiedlichen revolutionären Bewegungen und daraus folgenden republikanischen oder sozialistisch-diktatorischen Staatsformen sicher einer weitergehenden Analyse bedürften; und Boris Barth (Economic Integration in Central Europe between the Two Wars: the Czechoslovak Perspective, S. 155-168) markiert den Aufbau einer tschechoslowakischen Volkswirtschaft und die daraus abgeleitete Betrachtung einer angestrebten wirtschaftlichen Integration des neu gestalteten östlichen Mitteleuropa. Alle drei Aufsätze zusammen bieten einen gemeinsamen Gesamtüberblick zu einem Themenfeld, das lange Zeit in der Ostmitteleuropaforschung in seiner Breite unbeachtet blieb und von daher erhebliche Forschungslücken aufweist.

Etwas unvermittelt stehen daneben aber die so verschiedenartigen Untersuchungen von Caitlin Murdock (From Border Region to State Boundary: the Saxon-Bohemian Border from 1900 to 1938, S. 169-180) und Tadeusz Janicki (The Eastern Border of Warta County and the Economic Consequences of its Demarcation under German Occupation, S. 181-189). Während Caitlin Murdock etwas zu rasant einen Überblick über die wirtschaftliche Lage zwischen Sachsen und Böhmen resp. den Nachfolgestaaten ab 1919/20 zu geben bestrebt ist, widmet sich Tadeusz Janicki einem besonders düsteren Kapitel der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen, nämlich der Grenzziehung zwischen dem Reichsgau Wartheland und dem Generalgouvernement und ihren wirtschaftlichen Folgen. Die Analyse bleibt verwaschen, dabei sind gerade Fragen von Besatzungsherrschaft in all ihren repressiven und mörderischen Ausprägungen, Volkstumspolitik und einer strukturell als Besatzungsmittel eingesetzten nationalistischen Ökonomie Kernprobleme, die die Folgen des deutschen Überfalles auf Polen für die Lage Polens auch nach 1945 verfolgbar machen können.

Auch im dritten Teil des Bandes werden mit dem Schwerpunkt RGW und Transformation einige Aspekte angerissen, ohne dass sie wirklich in Beziehung zueinander gesetzt werden. Andrea Komlosy untersucht die Frage der makroökonomischen Integration Österreichs über den gesamten Verlauf des 20. Jahrhunderts inklusive einiger Blicke auf die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns seit 1919. Infolge der Kürze des Beitrages lassen sich dabei nur sehr generelle Überlegungen anbringen (Regional Integration in a Global Context: the Case of the Republic of Austria over the Course of the 20th Century, S. 193-207). Einen ungarischen „Block“ vertreten Nigel Swain mit einer Untersuchung zur ungarischen Computerindustrie inner-

halb der Politik des Comecon (Socialist Autarky and Failed Socialist Internationalism: Comecon and „Perverse Successes“ of the Hungarian Computer Industry, S. 209-221) und Wolfgang Aschauer mit einem (selten unternommenen) Blick auf die wirtschaftliche Rolle der westlichen Regionen und der Westgrenze Ungarns im Umfeld der grundstürzenden Ereignisse am Ende der 1980er Jahre (The Role of Hungary's Western Border Region in the Post-1989 Transformation Process, S. 245-260). Der Leser mag dabei einige Aspekte des Beitrages von Dagmara Jajeśniak-Quast (The „European Coal and Steel Community“ of the East: The Comecon and the Failure of Socialist Integration, S. 223-244) aufnehmen, die ebenso scharf wie logisch die Zwangsläufigkeit des Scheiterns des Comecon als Teil der Bemühungen um eine Integration Ostmitteleuropas unter sozialistischen Vorzeichen resümiert.

Abschließend betrachtet Richard Pomfret einen für die derzeitige wirtschaftliche, aber v.a. geostrategische Entwicklung nicht nur des Mittleren und Fernen Ostens im wahrsten Sinne des Wortes zentrale Region: die zentralasiatischen Republiken als Teile einer (neuen?) Marktmacht seit dem Jahre 1991 (National Borders and Disintegration of Market Area in Central Asia after 1991, S. 261-279). Wenn auch dieser Aufsatz etwas singulär in dem Band stehen mag, so wird mit ihm doch noch einmal deutlich herausgestellt, dass die Folgen des sowjetischen Experiments nicht nur eine europäische oder im machtpolitischen Sinne globale Bedeutung besitzen, sondern weit in die Beziehungen des Fernen Ostens als Wirtschaftsregion hineinreichende Phänomene sind, die bei allen Diskussionen um Nationalismen oder gar religiöse oder kulturelle Extremismen nicht aus dem Auge verloren werden dürfen.

Eine Zusammenstellung von Karten der behandelten Epochen sowie ein Register und ein Autorenverzeichnis komplettieren den Band.

Sabine Bamberger-Stemmann, Hamburg

Cassubia Slavica. Internationales Jahrbuch für Kaschubische Studien II (2004), hrsg. v. Cassubia Slavica e.V. Hamburg – Kaschubische Gesellschaft in der Deutsch-polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. Oldenburg: Aschenbeck Isensee 2005, 135 S.

Die Sprachen von Minderheiten werden als ein entscheidender Teil unserer gesellschaftlichen Pluralität angesehen. Sie bereichern Europas sprachliche und kulturelle Vielfalt. Europäische Minoritäten

mit eigener Sprache genießen oft einen besonderen Schutz. Für die Förderung und Aufrechterhaltung „kleiner Sprachen“ setzt sich u.a. die Europäische Union ein.

Durch den Demokratisierungsprozess in Polen entstanden neue Freiräume für dort ansässige sprachliche und ethnische Minderheiten, auch für die Kaschuben. Obwohl die Publikationen zum Thema Kaschuben und Kaschubisch zugenommen haben, in den Schulen inzwischen Kaschubischunterricht angeboten wird und die Sprache am 6. Januar 2005 durch das vom Parlament verabschiedete „Minderheiten- und Regionalsprachen Gesetz“ juristisch als Regionalsprache anerkannt ist, handelt es sich um eine wenig beachtete Bevölkerungsminorität.

Dennoch kann auch die deutschsprachige Wissenschaft mit Namen wie Friedrich Lorenz und Franz Tetzner hier auf eine langjährige Tradition und eine Vielzahl von Studien verweisen. In den letzten Jahrzehnten haben sich innerhalb der sprachwissenschaftlichen Slawistik hauptsächlich Friedhelm Hinze sowie im Bereich der Literaturwissenschaft der Österreicher Ferdinand Neureiter, Autor der „Geschichte der Kaschubischen Literatur“ (1978, in polnischer Übersetzung 1982), der Thematik angenommen. Vor allem das Slawische Institut der Universität zu Köln (Ulrich Obst) hat sich in den letzten Jahren hervorgetan. Eine internationale Fachpublikation – wie sie bislang fehlte – soll nun dem wachsenden Interesse Rechnung tragen, das Erreichte dokumentieren und die aktuelle Forschung richtungweisend beeinflussen.

Als Anfang der 1990er Jahre Ferdinand Neureiter seine „kaschubologische Tätigkeit“ aufgab und Friedhelm Hinze schwer erkrankte, war zu befürchten, dass damit die Erforschung des Kaschubischen innerhalb des deutschsprachigen Raumes ihr Ende finden würde. Um einer bevorstehenden Lücke entgegenzuwirken, wurde „Cassubia Slavica“ ins Leben gerufen. Die Herausgeber des Jahrbuches setzten sich die Stärkung bzw. Aufrechterhaltung der kaschubischen Tradition innerhalb der deutschsprachigen Slawistik zum Ziel. Als Friedhelm Hinze Anfang 2004, kurz nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe von „Cassubia Slavica“, verstarb, erwies sich das Jahrbuch als eine Initiative, die – zum richtigen Zeitpunkt verwirklicht – die Kontinuität kaschubischer Studien sichern könnte.

Begründet wurde das Jahrbuch von Marcin M. Bobrowski in Bremen, Politikwissenschaftler und Autor des „Kleinen Wörterbuchs Deutsch-Kaschubisch“ (2004), selbst gebürtiger Kaschube, und Hanna Toby, Anglistin und Slawistin aus Groningen, die gemeinsam die

Redaktion bilden. Für die technische Redaktion der Zeitschrift ist Marek Kwidziński aus Hamburg zuständig. Die beteiligten wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind Slawisten – Sprach- und Literaturwissenschaftler, auch Übersetzer und Kunsthistoriker, die an verschiedenen europäischen Universitäten tätig sind. Das Jahrbuch veröffentlicht Beiträge in kaschubischer, deutscher, englischer und polnischer Sprache. Finanziert wird die Zeitschrift durch den „Verein Cassubia Slavica e.V.“ in Hamburg, dessen Existenz wiederum durch Mitgliedsbeiträge und Spenden bestritten wird.

Nach der Herausgabe des ersten Bandes von „Cassubia Slavica. Internationales Jahrbuch für Kaschubische Studien“ (2003) im Frühjahr 2004 erschien ein Jahr später (2005) der zweite Band des Jahrbuchs, der sich in die Teile „Aufsätze“ (S. 3-106), „Buchbesprechungen“ (S. 107-126) und „Varia“ (S. 127-134) gliedert. Abgeschlossen wird das Heft mit der Liste „Bei der Redaktion eingegangene Bücher, Neuerscheinungen und ausgewählte Aufsätze/Artikel 2003–2004“ (S. 13 f.) und kurzen Informationen über die Autoren der einzelnen Beiträge (S. 135). Das Jahrbuch ist dem am 5. Februar 2004 verstorbenen bekannten deutschen Kaschubologen, Slawisten und Baltisten, Dr. Ferdinand Hinze, gewidmet.

Leszek Belzyt (Kosilenzien/Zielona Góra), der Autor des ersten Aufsatzes „Problem liczebności ludności kaszubskiej na Pomorzu Gdańskim w okresie przed pierwszą wojną światową“ [Zum Problem der Quantifizierung des kaschubischen Bevölkerungsanteils in Hinterpommern vor dem Ersten Weltkrieg] setzt sich mit den Fragen um die Bestimmung der Einwohnerzahl der kaschubischen Bevölkerung in Preußen vor dem Jahre 1914 auseinander. Belzyt analysiert und kommentiert preußische Quellen, in denen die ethnologischen Verhältnisse in Pommern und Westpreußen erfasst wurden. Anhand seiner Untersuchung wird deutlich, dass die vom preußischen Zensus bei den Volkszählungen in den Jahren 1831–1911 angewandten Methoden nicht einheitlich waren, so dass die Resultate nicht vergleichbar seien und damit kein die Realität widerspiegelndes Bild abgeben würden. Die Behörden erfassten hauptsächlich die auf Fragebögen erhobene, d.h. die selbst deklarierte nationale Zugehörigkeit, Konfession, Muttersprache sowie eine eventuelle Zweisprachigkeit der Befragten. Da soziale, historische und politische Faktoren bei der Interpretation der Ergebnisse nicht berücksichtigt wurden, sind diese Statistiken, wie Belzyt mit Recht bemerkt, als reine Sprachstatistiken zu betrachten. Aus diesem Grund schlägt der Autor Zurückhaltung bei der Deu-

tung der preußischen Statistiken vor und warnt vor einer unkritischen Übernahme dieser Daten als historische Quellen sowie einer Übertragung auf spätere Verhältnisse.

Der zweite Artikel „Wiersze miłosne Jana Karnowskiego“ [Jan Karnowskis Liebesgedichte] von Krzysztof Biliński (Wrocław) behandelt die Liebeslyrik des kaschubischen Dichters Jan Karnowski. Der Verfasser analysiert sieben Gedichte aus dem Band „Novotné spiévě“, der 1910 unter dem Pseudonym Woś Budzysz und vom Dichter selbst finanziert herausgegeben wurde. Zeitlich betrachtet, gehören die untersuchten Gedichte noch in die späten Jahre des polnischen Modernismus. Aufgrund ihrer künstlerischen Werte sind sie, wie Biliński betont, nicht nur als Regionalliteratur interessant, sondern eher als gesamtpolnische Literatur einzustufen.

Krzysztof Braun (Warszawa) bespricht in seinem Beitrag „Problematyka kaszubska w materiałach i badaniach Instytutu Etnologii i Antropologii Kulturowej Uniwersytetu Warszawskiego“ [Die Behandlung der Kaschuben in den Veröffentlichungen und Untersuchungen des Instituts für Ethnologie und Kulturanthropologie der Universität Warschau] vier nach 1945 am Institut für Ethnologie und Anthropologie der Universität Warszawa verfasste Arbeiten, die dem Thema Kaschuben gewidmet sind – eine Arbeit behandelt den Fischfang, eine setzt sich mit der Volksmedizin auseinander und zwei untersuchen die Veränderungen im Ablauf von Beerdigungszeremonien.

Mit einer weiteren in Polen lebenden Minderheit, den Lemken, beschäftigt sich Christhardt Henschel (Leipzig) in seinem Aufsatz „Zwischen den Nationen. Zur Entwicklung des nationalen Selbstverständnisses der lemkschen Minderheit in Polen“. Laut einer Volkszählung von 2002, in der erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Bevölkerung nach – wie es heißt – Nationalität und Muttersprache gefragt wurde, leben in Polen nur ca. 5 900 Lemken (S. 37). Ihr traditionelles Siedlungsgebiet liegt im Südwesten der heutigen Republik Polen. Der Autor versucht, die Entwicklung des nationalen Selbstverständnisses dieser Volksgruppe nachzuzeichnen, indem er ihre Herkunft und konfessionelle Zugehörigkeit vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen im Land ergründet. Im Artikel werden die Hauptzüge der politischen und volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Lemken und ihre Rolle im Staat seit dem späten 19. Jahrhundert bis heute dargestellt, wobei auf die Schwierigkeiten bei der Bewahrung einer eigenen Identität hingewiesen wird.

Ferdinand Neureiter (Anif) widmet seinen persönlich gehaltenen Beitrag – wie schon im Titel „Jan Trepczyk’s Gedicht ‚Kaszëbsko

mówa“ erkenntlich – mit einigen persönlichen Erinnerungen verknüpft, dem kaschubischen Dichter und Schriftsteller Jan Trepczyk.

Ulrich Obst (Bonn/Köln) präsentiert in „Friedhelm Hinze – Kaschubologe, Slawist und Baltist“ (S. 52-67) das wissenschaftliche Lebenswerk des 2004 verstorbenen Friedhelm Hinze. Das gesamte Jahrbuch ist dem Wissenschaftler gewidmet, und so findet der Leser auf den Seiten 127 und 128 seinen Lebenslauf, der die für seine Karriere bedeutenden Ereignisse aufzeigt, wie sie vom Herausgeber des Jahrbuches, Marcin M. Bobrowski, nachgezeichnet wurden. Auf den Seiten 129-132 befindet sich darüber hinaus noch die von Friedhelm Hinze und Angelika Lauhus zusammengestellte Liste der Veröffentlichungen Friedhelm Hinzes zum Kaschubischen und Pomoranischen aus den Jahren 1989–2005.

Dem „unermüdlichen Engagement Stefan Żeromskis für die Kaschuben und seinem leidenschaftlichen Verhältnis zu ihrer Kultur und Geschichte“ (S. 68), dem er auch in einigen seiner literarischen Werke Ausdruck verlieh, wendet sich Wojciech Osiński (Bremen) zu. Gegenstand der Untersuchung seines Beitrags „Ziemia Kaszubów piękna jak młodości sen w noc wiosenną...“ [Das Land der Kaschuben – schön wie der jugendliche Traum einer Frühlingsnacht...] Anmerkungen zu Stefan Żeromskis Prosagedicht „Wiatr od morza“ [Wind vom Meer] ist die Erzählung „Wiatr od morza“, ein Teil der Trilogie „Trylogia nadmorska“ [Küstenlandschaftstrilogie], die wiederum zwei weitere Erzählungen umfasst: „Wisła“ [Weichsel] (1918) und „Międzymorze“ [Landenge] (1923). Wie der Autor feststellt, wird in der polnischen Literaturgeschichte oft nur der Erzählung „Wiatr od morza“ ein Platz eingeräumt. Im Weiteren diskutiert Osiński die Entstehungsgeschichte des Werkes sowie einige „besondere Eigenheiten“ (S. 69) von Żeromskis Prosa. Über die historischen Quellenstudien Żeromskis hinaus berücksichtigt er persönliche Erfahrungen, darunter Żeromskis Ferienreise an die Ostsee 1920, und weist auf die Rolle der soziologischen und politischen Umstände hin, die bei dem Schriftsteller das Interesse für das kaschubische Volk geweckt haben. In unzähligen Flugblättern plädiert Żeromski für eine enge Bindung an die Polen als „den einzig richtigen Weg zur Entwicklung eines Identitätsgefühls als Kaschube“ (S. 71). Abschließend analysiert Osiński einige literaturästhetische Aspekte der Werke des Schriftstellers und kommt zu der Schlussfolgerung, Żeromski sei ein „Meister der polnischen Sprache“, dessen Sprachstil unnachahmlich bleibe (S. 79).

Helmut W. Schaller (Marburg) stellt in seinem Aufsatz „Die Kaschuben zwischen Polen und Deutschen – Probleme einer slawi-

schen Minderheit 1918–1945“ in chronologischer Reihenfolge politische Eingriffe in die sprachliche und nationale Existenz des kaschubischen Volkes dar. Der Autor hebt hervor, dass eine Zuordnung des Kaschubischen aus sprachwissenschaftlicher Sicht willkürlich, d.h. in polnischen und deutschen Arbeiten unterschiedlich und abhängig von der jeweiligen politischen Lage, ausfalle.

In dem letzten Beitrag des Jahrbuches „Kashubian – Forming the Literary standard“ untersucht Jadwiga Zieniukowa (Warszawa/Katowice) die Unterschiede zwischen gesprochenem und geschriebenem Kaschubisch und weist auf die Schwierigkeiten der Definition einer einheitlichen kaschubischen literarischen Normsprache hin. Anhand von Beispielen diskutiert die Autorin phonetische und morphologische Ähnlichkeiten sowie Unterschiede zwischen dem Kaschubischen und Polnischen.

Insgesamt bietet das Jahrbuch „Cassubia Slavica“ eine Vielfalt an Informationen zum Thema Kaschuben. Es wird eine Region betrachtet, die aufgrund ihrer geografischen Lage mal in die Nähe polnischer, dann wieder in die deutscher Kultur gerückt wurde. Die damit verbundene wechselhafte Geschichte stellt eine interessante und fruchtbare Quelle für wissenschaftliche Untersuchungen vielfältigster Art dar. Neben literatur- und sprachwissenschaftlichen Themen werden kulturelle, soziologische, geschichtliche und politische Aspekte in der kaschubischen Forschung behandelt. Der thematischen Vielfalt entspricht eine methodologische Breite, die von Gesamtsynthesen zu text- und materialnahen Untersuchungen reicht. Zu wünschen wäre, dass dank der vier für Autoren zugelassenen Sprachen ein breites Publikum erreicht und mehr als nur eine informative Funktion erfüllt wird.

„Cassubia Slavica“ ist eine wichtige Zeitschrift mit einem interessanten Textmaterial, nicht nur für deutschsprachige Slawisten, sondern auch für Wissenschaftler, Studenten und Publizisten anderer Gebiete, die sich hauptsächlich oder nur am Rande ihrer eigentlichen Forschung mit dem Thema Kaschuben auseinandersetzen. Damit wird eine erfolgreiche Arbeit innerhalb der deutschsprachigen Slawistik weitergeführt; dies war das erklärte Ziel der Herausgeber.

Janina Gesche, Stockholm

Gender Geschichte/n. Ergebnisse bildungshistorischer Frauen- und Geschlechterforschung, hrsg. v. Walburga Hoff, Elke Kleinau u. Pia Schmid. Köln/Weimar/Wien 2008, 313 S. (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung. 37).

„Gendergeschichte/n“ in der Historischen Bildungsforschung werden seit nunmehr bereits 14 Jahren mit mittlerweile zweijährigem Abstand als Tagungsthema an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg vom Arbeitsbereich Historische Erziehungswissenschaften am Institut Pädagogik aufgegriffen.

Mit dem vorliegenden Band liegt die schriftliche Fassung der Ergebnisse der achten Tagung vor. Sie soll – laut den Herausgeberinnen des Bandes – erste Schritte in die Richtung einer neuen, aktuellen Forschungsansprüchen nachkommenden Bildungsforschung aufzeigen.

Explizit verweisen Hoff, Kleinau und Schmid bei ihrem Bestreben auf eine mit großen Lücken versehene Forschungslandschaft, in der die Historische Bildungsforschung noch immer auf Bausteinen beruhe. Bildungshistorische Frauen- und Geschlechterforschung stehe nach wie vor isoliert dar, wenn eine Widerspiegelung bildungshistorischer Männer- und Geschlechterforschung nicht erfolge. Und eine solche, für eine genderorientierte Bildungsgeschichte notwendige Mehrperspektivität sei allein aus dem Grunde nicht zu verwirklichen, da Forschungen im Bereich der bildungshistorischen Jungen- und Männerforschung ein Desiderat darstellten. Die in diesem Kontext vorgestellte, dem Gender-Forschungsansatz berücksichtigende und daher weiter ausgebildete Geschichtswissenschaft als Vorreiterdisziplin zu bewerten, wird somit eher programmatisch dargestellt (hier die Einleitung). Gerade im Bereich der Geschichtswissenschaft sei die Männerforschung seit ihrem kurzen Aufschwung in den 80er Jahren beinahe spurlos in der Disziplin verhallt. Erst der jüngst konstituierte „Arbeitskreis für interdisziplinäre Männer- und Geschlechterforschung“ sei als der einzige, sichtbar wirkende Forschungskreis in der deutschen Männergeschichtsforschung zu betrachten.

Die somit in der Einleitung des Bandes vorab skizzierte „Einseitigkeit“ der Perspektivität in der derzeitigen Bildungsgeschichtsforschung schmälert jedoch keinesfalls die gesammelten Erträge in „Gender Geschichte/n“, die allein für sich genommen bereits auf ein enorm weites Feld an Forschungsfragen hindeuten.

Der zu besprechende Band enthält zwölf Beiträge, die wiederum in vier thematischen Blöcken unterteilt vorliegen. Im ersten Block werden „Geselligkeit, weibliche Arbeiten und Lektüre“ behandelt. Jessica

Piechocki und Nina von Zimmermann wenden sich hier in Mikrostudien der „gebildeten Geselligkeit im Leben der Agnes Wilhelmine Niemayer“ bzw. von Zimmermann der Mädchenbuchautorin Liliy von Muralt zu. Pia Schmid hingegen geht auf die Geschichte von Handarbeiten als genuin von Frauen betriebene Praxis ein.

Im zweiten Block „Armut, Soziale Arbeit, Professionalisierung“ betrachtet Sabine Toppe „Familienleitbilder und Mütterlichkeit in der Kinderfürsorge“ am Beispiel der bremischen Textilindustrie. Britta Konz arbeitet die „jüdisch-religiösen[n] Deutungsmuster von sozialer Arbeit und Erziehung“ anhand von Bertha Pappenheims „Projekt der Moderne“ heraus. Walburga Hoff befasst sich mit der „Ausbildungskonzeption der Sozialen Frauenschule“ in Berlin-Schöneberg.

Im dritten Abschnitt „Bildungstheorien, Bildungspolitik und Bildungspraxis“ werden die mehr oder weniger „klassischen“ Themen der Bildungsgeschichtsforschung unter neuen Schlaglichtern berührt: Christa Kersting untersucht die „Konzeption weiblicher Bildung und Bildungspolitik des International Council of Women“, Elke Kleinau stellt in „Reformpädagogik und Frauenbewegung“ eine Ausgrenzungsgeschichte vor, und Karla Verlinden nimmt sich der „Politisierung der Sexualerziehung durch die 1968er-Bewegung“ an.

Im letzten Block schließlich werden Einzelaspekte zum überaus aktuellen Forschungskomplex „Die Ausgrenzung des ‚Fremden‘ – nationale, völkisch-nationale und koloniale Frauenbildung“ vorgestellt. Bettina Irina Reimers wendet sich mit ihrem Beitrag der „Rolle des Bundes ‚Artam‘ in der Frauenbildung“ zu. Susanne Spindler analysiert die „Koloniale Frauenschule in Rendsburg“ mit ihren „weiblichen Kolonialbestrebungen nach der Kolonialzeit“. Wolfgang Gippert legt Einzelaspekte eines von ihm mitgetragenen DFG-Projekts in „Ansätze zur Erschließung von Selbst- und Fremdkonstruktionen in autobiographischen Schriften deutscher Lehrerinnen“ dar.

Ein hervorhebenswertes Kennzeichen des zu bewertenden Bandes sind die für die Leser überaus hilfreichen bibliografischen Anhänge im Anschluss an die jeweiligen Artikel. Sie vermitteln einen schnellen Einblick in die verwendete Literatur und durch sie wird ein kurzer Überblick in die Forschungsliteratur – auch ohne Studium des Anmerkungsapparats – möglich. Gerade bei der hier vorgestellten größeren thematischen Vielfalt ergibt sich daraus für die Lesenden ein effektiver, zeitsparender Zugriff zum jeweiligen Thema in seinem Forschungskontext.

„Gender-Geschichte/n“ bereichert das Spektrum an bildungshistorischen Untersuchungen. Mit der Vielfalt der hier vorgestellten Bei-

träge wird die thematische Breite des Untersuchungsgegenstands bzw. seiner -gegenstände deutlich und die noch auszuwertende Bandbreite an Forschungsthemen anschaulich. Durch die Verschiebung der Forschungsperspektive von Schulbildungssystemen hin zu einem erweiterten Bildungsbegriff ergeben sich Fragestellungen, die hier in der zeitlichen Spanne von 1786 bis 1968 nur angerissen werden können. Auf die folgenden Tagungen und Tagungsergebnisse kann daher nur mit Spannung gewartet werden.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

Joachim Kuhles, Die Reformation in Livland – religiöse, politische und ökonomische Wirkungen. Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2007, 363 S. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa. 16).

Habent sua fata libelli – dieses Diktum trifft auf die Entstehung des verdienstvollen Buches von Joachim Kuhles in hohem Maße zu. Die Arbeit geht auf eine Dissertation zurück, die in den 1960er Jahren von Erich Donnert im Rahmen eines größeren Forschungsprogramms zur frühneuzeitlichen Entwicklung des Ostbaltikums angeregt wurde. Kuhles hat trotz anderer beruflicher Verpflichtungen und mancher Widerstände in den Wechselfällen der Osteuropaforschung an der Leipziger Universität das Thema nie aus dem Auge verloren und die Arbeit nach der Wende und der Abwicklung seines Wissenschaftsbereichs zielstrebig fortgesetzt. Als Ergebnis liegt jetzt eine Untersuchung vor, in der das nach dem inzwischen unvermeidlich in vieler Hinsicht veraltetem Standardwerk von Leonid Arbusow (1921) in den Forschungen zur baltischen Geschichte u.a. wegen der schwierigen Quellenlage – ein großer Teil der Originalquellen ging in den Weltkriegen verloren – recht stiefmütterlich behandelte Thema der livländischen Reformation erstmals wieder zusammenfassend behandelt wird. Als Materialbasis dienten Aktenbestände aus den Archiven in Riga, Tartu und Stockholm sowie gedruckte Quellen und die weit verzweigte und verstreute Sekundärliteratur, die der Verfasser bis in scheinbar abgelegene Bereiche der älteren wie neueren Forschung verfolgt hat.

In sieben Kapiteln werden Ursachen (I), Verlauf (II-V) und Ergebnisse (VI-VII) der Reformation im Ostbaltikum unter vergleichenden Aspekten dargestellt, wobei gegenstandsbedingt und auch vom benutzten Material her die Städte, vor allem Riga und Reval, im Mittel-

punkt stehen. Die komparative Methode, die der Verfasser nicht nur strukturgeschichtlich in den Kapiteln über die Voraussetzungen und Resultate, sondern auch für die Ereignisgeschichte anwendet, erweist sich dabei als außerordentlich erkenntnisfördernd.

Das gilt sowohl im Hinblick auf die Fragestellungen und Schlussfolgerungen als auch für weitergehende bzw. offene Forschungsfragen – nicht nur im Hinblick auf die Wirkungen, wie im Untertitel gesagt, sondern auch für die Ursachen und das Geschehen selbst. Für die Reformationgeschichte im engeren Sinne, d.h. die kirchliche Umgestaltung und ihre Folgen, weist der Verfasser überzeugend die enge Verbindung zum Wittenberger Zentrum und die Zusammenhänge, aber auch die Unterschiede im Vergleich zur Reformation in den deutschen Territorien nach. Auch für Livland wird die Phasenfolge von gemäßigten Anfängen über die fortschreitende Differenzierung bis zu radikalen Bewegungen von unten nachgewiesen. Nach Anlage und Disposition der Arbeit liegt der Akzent der Analyse auf den sozialen und politischen Interessen, von denen die Reformation bestimmt wurde. Zugleich zeichnet der Verfasser aber auch ein detailliertes Bild der theologischen Auseinandersetzungen; in dieser Hinsicht enthält die Arbeit eine genaue Darstellung des Werdegangs der jeweils führenden Figuren Andreas Knopken, Silvester Tegetmeyer und Melchior Hofmann. Die Unterdrückung des radikalen Flügels und die Durchsetzung des obrigkeitlichen Kirchenregiments zeigen im Ergebnis große Ähnlichkeiten mit der lutherischen Reformation in den deutschen Städten und landesfürstlichen Territorien. Zugleich werden die Unterschiede deutlich: In Livland kommt es wegen der Übermacht der patrizischen Oberschicht der Kaufleute und Grundbesitzer zwar auch zu innerstädtischen Unruhen, aber nicht zu ähnlichen Auseinandersetzungen wie in den norddeutschen Hansestädten, und für das Fehlen einer bauernkriegsähnlichen Entwicklung sieht der Verfasser neben der starken Position des Landadels vor allem eine Hauptursache im ethnischen Gegensatz zu Letten und Esten.

In struktureller Hinsicht vergleicht Kuhles die livländische mit der deutschen Reformation unter dem Leitaspekt, ob und wie sich Livland im Verlauf und im Gefolge der Reformation zu einem „zentralisierten Territorialstaat“ hätte entwickeln können (S. 327). Versuche in dieser Richtung werden ausführlich behandelt, vor allem das Bestreben des Rigaer Stadtsynikus Lohmüller, eine Lösung dem Vorbild der Säkularisierung des ostpreußischen Rest-Ordensstaates durch den letzten Hochmeister Albrecht von Brandenburg herbeizuführen

(S. 259 ff.). Für das Scheitern derartiger Bestrebungen in Livland macht der Verfasser zu Recht in der Hauptsache die komplizierten Rahmenbedingungen in der Gemengelage von Ordensherrschaft, Bistümern, Städten und Ritterschaft sowie die zusätzlich belastende Kongruenz sozialer und ethnischer Gegensätze zwischen Deutschen und Letten bzw. Esten verantwortlich. Überzeugend werden die daraus resultierenden vielschichtigen Konflikte zwischen Orden und Bischöfen, Städten und Ritterschaften, unter dem Einfluss der gutswirtschaftlichen Entwicklung besonders wegen der Angriffe auf das Asylrecht der Städte für flüchtige Bauern (die sog. Läuflingsfrage), schließlich auch innerhalb der unterschiedlichen Schichten des Bürgertums, im Orden und unter seinen Vasallen sowie in der hohen und niederen Geistlichkeit geschildert. Dabei entstanden in den Auseinandersetzungen um politische Veränderungen immer wieder neue Streitfronten. Darin sieht der Verfasser die wesentliche Ursache für das Scheitern einer territorialstaatlichen Vereinheitlichung der livländischen Konföderation im Gefolge der Reformation. Bemerkenswert ist die sehr differenzierte und die realen Chancen ihres Handelns abwägende Beurteilung der in diesem Zusammenhang umstrittenen Ordensmeister Wolter von Plettenberg und Gotthard Kettler. Ersteren würdigt er nach Maßgabe der bestehenden Kräfteverhältnisse als Vertreter einer realistisch vorsichtigen, eher konservativen Ausgleichspolitik, die für Jahrzehnte Frieden und Fortexistenz sicherte, aber den weiteren Verfall nicht aufhalten konnte. Letzterem wäre nach der russischen Invasion 1558 und dem Eingreifen Schwedens und Dänemarks nichts anderes übrig geblieben, als 1561 die verbleibenden Reste der Ordensherrschaft in das säkularisierte Herzogtum Kurland zu verwandeln, das wie zuvor Preußen der polnischen Oberhoheit unterstand.

Offen bleibt allerdings, ob eine staatliche Einigung der unterschiedlichen Landesteile, so wenig wahrscheinlich sie gerade unter dem Einfluss der die Konflikte eher noch verschärfenden Reformation war, überhaupt etwas daran hätte ändern können, dass Livland in der Folgezeit zum Spielball der Nachbarmächte Russland, Polen-Litauen und Schweden wurde (vgl. S. 261 ff., 288 ff.), zumal die geografischen, sozialen und politischen Bedingungen sich im Norden Livlands von denen im Süden erheblich unterschieden. In viel größerem Maßstab blieb zudem das Schicksal, zum ohnmächtigen Objekt stärkerer Zentralstaaten zu werden, trotz partieller landesfürstlicher Zentralisierung auch dem Heiligen Römischen Reich etwa ein dreiviertel Jahrhundert später im Dreißigjährigen Krieg nicht erspart. In bei-

den Fällen öffnete die Reformation zwar Chancen, verstärkte aber in ihrem tatsächlichen Verlauf auch die partikularistischen Tendenzen.

Insgesamt ist die vorliegende Arbeit ein wichtiger Beitrag zur Reformationgeschichte und generell zur ostbaltischen Entwicklung in der frühen Neuzeit. Nicht zuletzt beweist sie die Konsistenz solider historischer Forschung und insbesondere der komparativer Forschungsansätze jenseits wechselnder Konjunkturen und Moden der Historiografieentwicklung.

Wolfgang Küttler, Berlin

Kurland. Vom polnisch-litauischen Lehnsherzogtum zur russischen Provinz. Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1561–1795, hrsg. v. Erwin Oberländer, Volker Keller. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 2008, S. 330 S.*

Die Geschichte der Herzogtümer Kurland und Semgallen (um der Kürze willen normalerweise einfach Herzogtum Kurland genannt) ist als Forschungsobjekt in den letzten Jahrzehnten nicht nur bei lettischen, sondern auch bei Wissenschaftlern aus anderen Ländern immer beliebter geworden. Dies wird auch durch den vorliegenden Band bestätigt, in dem eine Reihe von Dokumenten zusammengestellt ist, die für die Existenz des Herzogtums Kurland wichtig sind. Die Herausgeber des Sammelbandes sind erfahrene Forscher, deren wissenschaftliches Interesse an diesem Thema bereits in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz seinen Anfang nahm. Dr. Volker Keller und Prof. Erwin Oberländer haben intensiv mit den Quellen zur Geschichte des Herzogtums gearbeitet und werden zur Zeit als die besten Kenner der Geschichte des Herzogtums Kurland in Deutschland angesehen. Und das spürt man, wenn man durch die Seiten des vorliegenden Bandes blättert.

Die Dokumentensammlung besteht aus einem Vorwort der Herausgeber, einem Abkürzungsverzeichnis, einer zweiteiligen Einführung, 23 Dokumenten, einer Auswahlbibliografie, einem Personen-, Orts- und Sachregister und zu guter Letzt einer Karte der Herzogtümer Kurland und Semgallen. In der Einführung wird ein kurzer Überblick über die Geschichte des Herzogtums Kurland gegeben, der dem Leser ein Verständnis der Situation ermöglicht, in der die Dokumente

* Aus dem Lettischen übersetzt von Sabine Jordan, Münster.

entstanden sind, die in den vorliegenden Band aufgenommen wurden; auch werden einige Dokumente behandelt, die keine Aufnahme in den Sammelband gefunden haben. Die Aufteilung der Einführung verrät die wissenschaftliche Zielrichtung der beiden Verfasser: Kellers Spezialgebiet ist die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts und das 17. Jahrhundert (S. 18-28 der Einführung), während Oberländer sich dem 18. Jahrhundert widmet (S. 29-51). Jedem Dokument sind eine kurze Erläuterung seiner Entstehungsgeschichte und Angaben zu empfehlenswerter Zusatzliteratur, früheren Drucken und der von den Herausgebern verwendeten Druckvorlage vorangestellt; außerdem gibt es auch vereinzelt Kommentare zu den im Text vorkommenden Personen und Fakten.

Völlig zu Recht ist es der in Wilna am 28. November 1561 geschlossene Kapitulationsvertrag (*Pacta Subiectionis*) zwischen Gotthard Kettler, dem letzten Meister des livländischen Zweiges des Deutschen Ordens resp. des Livländischen Ordens, und Sigismund II. August, König von Polen und Großfürst von Litauen, mit dem der Dokumententeil eröffnet wird. Dieser Vertrag diente als rechtliche Grundlage für die Schaffung des neuen Lehnsherzogtums in den früheren Ordensgebieten südlich der Düna. Zur faktischen Umsetzung des Vertrages kam es am 5. März 1562, als im Rigaer Schloss der Livländische Orden säkularisiert wurde und Nikolaus von Radziwill, der Schwarze, Gotthard Kettler zum Herzog ausrief. Als zweites Dokument wurde das Privileg des polnischen Königs Sigismund II. August aufgenommen, das dem livländischen Adel Glaubensfreiheit in Übereinstimmung mit dem Augsburger Bekenntnis, eine deutsche Verwaltung und eine Reihe anderer Privilegien und Rechte garantierte. Es darf hier allerdings nicht verschwiegen werden, dass in der lettischen Historiografie immer noch die Meinung vorherrscht, dass dieses Privileg damals höchstwahrscheinlich in dieser Form nicht rechtswirksam wurde, sondern auf dem Niveau adliger Wunschvorstellungen verblieb. Diese Auffassung wird damit begründet, dass erstens bisher weder das Original noch eine offiziell beglaubigte Abschrift des Privilegs gefunden wurden, die vorliegenden Abschriften jedoch sich in dem Teil unterschieden, in dem die livländischen Gesandten aufgezählt wurden, dass es zweitens im Winter des Jahres 1562, als Nikolaus von Radziwill in Riga eintraf, keinen Adressaten mehr gab, dem er das Privileg hätte übergeben können, und er daher am 4. März 1562 ein gesondertes Privileg für die Ritterschaft des Erzbistums Riga in einer knapperen Ausführung überreichte, und dass drittens auch die Ritterschaft des neu geschaffenen Herzogtums Kurland, wie auch

Keller anmerkt (S. 18), am 7. März 1562 und im Jahr 1567 von Herzog Gotthard die Bestätigung ihrer Privilegien erhielt, welche die Ritterschaft jedoch nicht zufriedenstellte, bis im Jahre 1570 das *Privilegium Gotthardinum* erteilt wurde, das auch in dem vorliegenden Band zu finden ist.¹ Deshalb ist die Rezensentin entgegen der Ansicht Kellers, dass das *Privilegium Gotthardinum* keine wesentliche Bedeutung besaß (S. 19), der Meinung, dass diesem in der Realität viel mehr Bedeutung zukam als dem *Privilegium Sigismundi Augusti*. Zur vollständigen Klärung dieser Frage wäre es allerdings unerlässlich zu erforschen, in welchem Maße sich alle erwähnten Privilegien voneinander unterschieden und wie sie in der Praxis umgesetzt wurden. Es steht zu hoffen, dass der vorliegende Band einen jungen Forscher dazu anregt, sich diesen Problemen zuzuwenden.

Auch die folgenden zwei Dokumente sind noch im 16. Jahrhundert entstanden: das Testament Herzog Gotthards aus dem Jahr 1587 und der Vertrag von 1595 zwischen Gotthards Söhnen, Friedrich und dem nunmehr volljährigen Wilhelm, über die Ausführung dieses Testaments, dem die Aufteilung des Herzogtums unter den beiden Brüdern folgte. Insbesondere muss auf Kellers Verdienst bei der Auffindung des Originals des Brüderlichen Vertrags im Lettischen Historischen Staatsarchiv hingewiesen werden, denn bis dahin wurden Datum und Ort des Vertrages in der Historiografie, die sich mit der Geschichte des Herzogtums befasst, falsch angegeben, nämlich der 21. Mai 1596 anstelle des 23. Mai 1595 und Hof zum Berge anstelle von Mitau. Die Umsetzung des Vertrages führte zu einer realen Aufteilung des Herzogtums und zum Konflikt Herzog Wilhelms mit dem Adel, der in der Ermordung der Anführer der Opposition, der Brüder Gotthard und Magnus Nolde, im Jahre 1615 und der Ausarbeitung der Verfassung des Herzogtums Kurland resp. *Formula Regiminis* durch eine Kommission des polnischen Königs gipfelte. Die Verfassung von 1617

¹ Es ist bezeichnend, dass weder Sigismund Augusts Nachfolger auf dem polnisch-litauischen Thron noch die schwedischen Könige in Livland das Privileg Sigismund Augusts bestätigten; dies tat erst Zar Peter I. auf Bitten der livländischen Ritterschaft im Jahr 1710. Überdies bestätigte Stephan Báthory 1581 das *Privilegium Gotthardinum*, aber er soll sich geweigert haben, das gleichzeitig eingereichte *Privilegium Sigismundi Augusti* zu bestätigen. Auch die Ordnung des 1566 geschaffenen *Ducatus Transdunensis* stand in vielen Punkten im Widerspruch zum *Privilegium Sigismundi Augusti*. Näheres siehe Arveds Švābe, Sigismunda Augusta Līvonijas politika [Die Livlandpolitik Sigismund Augusts], in: Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls (1937), Nr. 1, S. 67-109; Nr. 4, S. 483-522; Latvijas Konversācijas Vārdnīca [Lettisches Konversationslexikon]. Bd. 19, Rīga 1939, Sp. 38605-38610; Teodors Zeids, Senākie rakstītie Latvijas vēstures avoti [Die ältesten schriftlichen Quellen zur lettischen Geschichte]. Rīga 1992, S. 95 f.

machte aus dem Herzogtum faktisch eine Adelsrepublik und blieb bis 1795 in Kraft, als Kurland und Semgallen zu Russland kamen. Sie ist auch das einzige Dokument aus dem 17. Jahrhundert, das Aufnahme in den Sammelband gefunden hat. Nichtsdestoweniger kann die Rezensentin der Behauptung Kellers, dass in der Zeit von 1617 bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts kein verfassungsrelevantes Dokument ausgestellt worden sei (S. 21 f.), nicht recht zustimmen. So ist beispielsweise der Beschluss der polnischen Kommission vom 29. November 1642, den Herzog Jakob bei seinem Amtsantritt zu akzeptieren gezwungen wurde, allein schon aus dem Grunde bedeutsam, dass darin Mitau zur einzigen Hauptstadt des Herzogtums erklärt wurde (bis zu diesem Zeitpunkt besaßen Goldingen und Mitau als Relikt aus der Zeit, in der Herzog Wilhelm in Goldingen residierte, den Status gleichberechtigter Residenzen). Ebenso regulierte dieser Beschluss den Aufenthalt der Oberräte resp. der herzoglichen Regierung in Mitau und andere Angelegenheiten in Zusammenhang mit der Verwaltung, begrenzte die Möglichkeiten des Herzogs bei der Auswahl der Räte, konkretisierte das Rechtssystem u.ä. Neben den *Pacta Subiectionis* und der *Formula Regiminis* war es dieser Beschluss, auf den sich die spätere Gesetzgebung des Herzogtums im Allgemeinen berief.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass einige Äußerungen im ersten Einführungsteil nicht ganz präzise sind, so endete beispielsweise der Livländische Krieg für Polen-Litauen und entsprechend auch für das Herzogtum Kurland im Januar 1582, als König Stephan Báthory den Vertrag mit den Moskowitern schloss, und nicht 1583 (S. 18), als Schweden den Vertrag mit Russland schloss. Der Schwedisch-Polnische Krieg brach nicht 1621 aus (S. 22); vielmehr begann er bereits im Jahr 1600, 1621 hingegen endete der Waffenstillstand. Die Rezensentin kann auch der Behauptung, dass Herzog Jakob von Kurland Kriegsschiffe gebaut habe (S. 24), nicht zustimmen. Die herzogliche Flotte wies einen ausgesprochenen Handelscharakter auf, die Schiffe waren nur zu ihrer Verteidigung bewaffnet; zudem hielten sie sich aufgrund der vom Herzog verfolgten Neutralitätspolitik gewöhnlich selbst, wenn sie direkt angegriffen wurden, aus Kampfhandlungen heraus und waren deshalb des Öfteren leichte Beute für die Schiffe anderer Staaten, insbesondere in Zeiten der Englisch-Holländischen Seekriege. Ebenso bezog sich Jakobs Vertrag von 1664 mit England nicht auf „seine künftigen Kolonien Gambia und Tobago“ (S. 24). Diese hatte der Herzog bereits in den 50er Jahren erworben; infolge des Vertrages musste der Herzog jedoch Gambia England überlassen, um das Recht auf Tobago behalten zu können.

Als erstes Dokument aus dem 18. Jahrhundert wurde das Projekt einer Verfassung für das Herzogtum (*Ordinatio Futuri Regiminis*, 1727), das nach dem Tod Herzog Ferdinands, des letzten Vertreters der Kettler-Dynastie, in Kraft treten musste, in den Sammelband aufgenommen. Dieses Dokument ist interessant, weil es eine mögliche Variante der Existenz des Herzogtums als in Polen-Litauen inkorporierte Struktur ohne Herzog und mit einer adligen Selbstverwaltung aufzeigt. Es muss erwähnt werden, dass im 18. Jahrhundert Polen-Litauen, Russland, Preußen und Frankreich aktiv an der Lösung der so genannten Kurland-Frage beteiligt waren, ebenso wie sich auch im Herzogtum selbst unablässige innenpolitische Kämpfe nicht nur zwischen den Herzögen und dem Adel abspielten, sondern auch zwischen den verschiedenen Parteien, wozu noch die politische Aktivierung der bürgerlichen Schicht kam. Daher ist es verständlich, dass die Herausgeber des Sammelbandes gezwungen waren, auf die Veröffentlichung mehrerer bedeutsamer Dokumente zu verzichten und sich auf deren inhaltliche Zusammenfassung im Einführungsteil zu beschränken. Nichtsdestoweniger wäre es logischer gewesen, wenn man die Kommissionsbeschlüsse aus dem Jahr 1717 in den Band hineingenommen hätte, die die herzogliche Macht wesentlich einschränkten und die, im Gegensatz zum Projekt von 1727, das niemals in Kraft getreten ist, zumindest teilweise in die Praxis umgesetzt wurden, so dass der polnische König im Jahr 1739 erst mit einem besonderen Dokument die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse in Zusammenhang mit der Regierung Ernst Johanns von Biron außer Kraft setzen musste, wie auch von Oberländer angemerkt wird (S. 37).² Es wäre nicht schlecht gewesen, wenn auch der Text des Ehevertrages zwischen Herzog Friedrich Wilhelm und Anna, der Nichte des Zaren Peter I., aufgenommen worden wäre, denn auf dieses Dokument stützten sich juristisch die russischen Ansprüche auf Einfluss im Herzogtum, die Herrschaftsrechte Annas als Herzogin-Witwe in Kurland und auch ihr späteres Interesse für die Angelegenheiten des Herzogtums, als sie bereits den Status einer Zarin innehatte, was durch die in dem Sammelband abgedruckte Verfügung Annas aus dem Jahr 1732 belegt wird.

² Es ist interessant, dass sich das Szenario, das sich 100 Jahre zuvor ereignet hatte, damals faktisch wiederholte. 1715 töteten die Gardisten Herzog Ferdinands Carl Friedrich von Fircks, der sich geweigert hatte, dem Herzog den in seinem Pfandbesitz befindlichen Abaushof zu übergeben. Nach Beschwerden seitens des Adels berief der König eine Kommission, welche die erwähnten Beschlüsse erarbeitete.

Dank des wachsenden internationalen Einflusses Russlands kam das Herzogtum Kurland nach dem Tod Herzog Ferdinands zu einem neuen Herrscher: Herzog Biron. Eine Reihe von Dokumenten, die in dem besprochenen Band abgedruckt sind, spiegelt die Machtübernahme Ernst Johann von Biron im Jahr 1737 sowie auch seine Konkurrenz mit Prinz Karl von Sachsen um den Herzogthron in den 50er und 60er Jahren des 18. Jahrhunderts wider. An dieser Stelle muss Oberländers prägnante und präzise Charakterisierung der Kurlandpolitik der beiden hervorragendsten russischen Zarinne, Elisabeth der Großen und Katharina der Großen, im Einführungsteil gelobt werden. Die letzten sieben Dokumente wiederum betreffen die Regierungszeit Herzog Peter Biron (1772–1795) und illustrieren die zunehmende innenpolitische Schwäche des Herzogtums und seinen Weg in Richtung einer Eingliederung in das Russische Reich, die dann im Frühjahr 1795 stattfand.

Obwohl die Herausgeber sorgfältige Arbeit leisteten, haben sich dennoch einige Druck- oder Flüchtigkeitsfehler in die Ausgabe eingeschlichen, so wird beispielsweise auf S. 9 als Beginn des Großen Nordischen Krieges korrekterweise das Jahr 1700 genannt, auf S. 29 hingegen das Jahr 1701. Als Datum der Wahl Ernst Johanns wird der 23. Juni (S. 35) und, diesmal zutreffenderweise, der 13. Juni (S. 183) angegeben; auf S. 45 wiederum müsste es anstelle von 1884–1887 1784–1787 heißen. Dennoch mindern diese wenigen Druckfehler und Ungenauigkeiten den wissenschaftlichen Wert des Bandes keineswegs. Als gelungen kann man auch den geistreich gestalteten Buchumschlag in den Farben der heutigen lettischen Staatsflagge und mit einer Abbildung des Mitauer Schlosses aus der Kettlerzeit auf dem Buchdeckel bezeichnen.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Dokumentensammlung nicht nur den Bestand der Ausgaben, die dem Herzogtum Kurland gewidmet sind, bereichern wird, sondern auch dazu beitragen wird, dass sich junge Forscher der Geschichte des Herzogtums zuwenden, innerhalb derer es auch weiterhin noch außerordentlich viele unerforschte Themen und diskutierenswerte Fragen, eine immense Quellenfülle und breiteste Möglichkeiten für die Forschung gibt.

Mārīte Jakovļeva, Rīga

Imants Lancmanis, Libau. Eine baltische Hafenstadt zwischen Barock und Klassizismus. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2007, 192 S. (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart. 3).

Bereits 1983 wurde in der damaligen Lettischen SSR Imants Lancmanis' Monografie über die bedeutendsten Abschnitte in der Baugeschichte der Stadt Libau (lett. Liepāja) publiziert – als ein Band jener kleinformatischen Buchreihe über Lettlands Architektur- und Kunstdenkmäler, welche zu Sowjetzeiten mindestens ebenso populär war wie heute. Mit knapp zweieinhalb Jahrzehnten Abstand zum Erscheinen des Originals ist nun (in anderem Format und bei einem deutschen Verlag) die lang erhoffte deutschsprachige Ausgabe dieses Buches veröffentlicht worden. „Eine baltische Hafenstadt zwischen Barock und Klassizismus“ – so lautet ihr mit offenkundigem Feingefühl gewählter Untertitel, der keine zeitlich gebundene Festlegung enthält, als was man Libau definieren mag: dem Entstehungszeitraum der im Buch behandelten Gebäude entsprechend als eine ‚kurländische Hafenstadt‘ oder aber, unter Betonung der wichtigsten Merkmale von heute, als drittgrößte und zugleich westlichste Stadt der Republik Lettland.

Dass eine Übersetzung des Bandes zustande gekommen ist, kann aus unterschiedlichen Gründen als erfreulich registriert werden. Anlass zur Freude besteht naheliegenderweise zunächst deshalb, weil anderweitige deutschsprachige Fachliteratur jüngeren Datums zu Themen der Geschichte oder Architektur Libaus kaum existiert (höchstens durch die von Erwin Oberländer angestoßene Kurland-Forschung an der Universität Mainz wurden in dieser Hinsicht gewisse Akzente gesetzt). Über die breiter gewordene Zugänglichkeit des Buchinhalts und dessen zwischenzeitliche Aktualisierung hinaus verbindet sich mit der jetzigen Ausgabe allerdings noch manch anderer Vorzug. Hierzu könnte man sogar den Umstand zählen, dass die vielen in Lancmanis' Text eingeflochtenen Zitate historischer Persönlichkeiten – und von diesen schrieben nun einmal die meisten auf Deutsch – nunmehr in ihrem Ursprungswortlaut zur Geltung kommen können: Als Beispiel seien die lobenden Worte Johann Sebastian Bachs über den Schöpfer der Orgel der Libauer Dreifaltigkeitskirche, Heinrich Andreas Contius, angeführt, denen zufolge „nichts mehr zu wünschen wäre, als daß alle dergleichen Arbeiten so tüchtig gefertigt würden, damit die Gottes Häuser sowohl als alle andere [sic] Liebhaber von dergleichen Musicalischer Instrumenten hinfüro nicht mehr durch Stümper betrogen würden“ (S. 62 f.).

Der Dreifaltigkeitskirche widmet der Autor (nicht anders als schon in der lettischen Fassung) rund ein Fünftel des Textumfangs seines Buches und markiert damit einen gewiss berechtigten Schwerpunkt. Noch ausführlicher als den Orgelbauer Contius stellt Lancmanis in diesem Zusammenhang den 1742 mit der Planung und Errichtung der Kirche beauftragten Johann Christoph Dorn vor und geht der Frage nach, durch welche Vorbilder dessen Entwürfe beeinflusst gewesen sein mögen. Und sogleich wird klar: Dass der Turm der Dreifaltigkeitskirche so sehr an den der Potsdamer Garnisonkirche erinnert, ist keineswegs als Zufall zu deuten; vielmehr drängt sich, da die Wege des gebürtigen Königsbergers Dorn zumindest auch nach Berlin geführt haben müssen, eine Vorbildwirkung jenes 1735 vollendeten Potsdamer Wahrzeichens geradezu auf.

Doch selbst Thesen, die längst als verworfen gelten können, verschweigt der Autor nicht etwa: Dadurch, dass auch sie Erwähnung finden, gestaltet der Buchtext sich womöglich unterhaltsamer, als er es ohne sie wäre. Entsprechendes betrifft beispielsweise den von dem großen Rigaer Architekturforscher Wilhelm Neumann (1849–1919) aufgebrachten und danach unreflektiert in zahlreiche andere Schriften weitergetragenen Gedanken, die Konzeption der Innenausstattung der Libauer Dreifaltigkeitskirche sei eventuell keinem Geringeren als dem berühmten Bartolomeo Francesco Rastrelli zuzuschreiben (S. 90 f.). Neumann hatte dies geäußert, ohne eine besondere Expertenschaft für das 18. Jahrhundert für sich in Anspruch zu nehmen; seine Autorität reichte jedoch so weit, dass ihm auf diesem Gebiet ganz automatisch ähnlicher Kenntnisreichtum unterstellt wurde, wie er ihn auf anderen zweifellos besaß.

Beinahe genauso kurzweilig ist es, Lancmanis in seinen Argumentationen zu folgen, weshalb bestimmte sakrale Kunstobjekte aus ein und derselben Künstlerwerkstatt stammen dürften. Der Autor zeigt sich – zum Beispiel wenn es um den Figurenschmuck an einer Kanzel geht – um stichhaltige und möglichst lückenlose Zuordnungen bemüht, wobei er den Thesen anderer lettischer Kunsthistorikerinnen und -historiker teils dezidiert widerspricht (so dass eine der Aktualisierungsnotwendigkeiten gegenüber der Fassung von 1983 in der Mitberücksichtigung einiger neuerer Publikationen bestand). Indem er hierbei Vergleichsobjekte aus zahlreichen Kirchen im näheren und weiteren Umland Libaus heranzieht, weitet Lancmanis sein Buch stellenweise zu einem kulturgeschichtlichen Streifzug durch das gesamte einstige Herzogtum Kurland aus. Auf den zahlreichen (größtenteils auch in der lettischen Originalausgabe identisch wiederzufindenden)

Abbildungen – immerhin 42 farbigen in der Buchmitte sowie 125 schwarzweißen, die gleichmäßig über den Band verteilt sind – sieht der Leser gleichwohl ausschließlich Gebäude und Kunstgegenstände aus der Stadt selbst.

Lancmanis' primäres Thema sind letztlich aber auch gar nicht so sehr Sakralbauten, sondern vielmehr die so typischen Libauer Wohnhäuser: Mit ihnen beginnen seine Ausführungen zum Zeitalter des Barock, und zu ihnen kehrt er gegen Ende, nachdem das vorwiegend durch die Kirchen repräsentierte Rokokozeitalter abgehandelt und damit die Epoche des Klassizismus erreicht ist, ausgiebig zurück. Ihre charakteristischen Kennzeichen, wie sie sich seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hatten, waren neben steilen Dächern vor allem die mitunter hohen Sockelgeschosse. Deren Prägnanz zum Trotz erschien die Bebauung insgesamt durchweg eingeschossig; erst 1788 entstand in Gestalt eines Schulgebäudes unweit der Dreifaltigkeitskirche Libaus erstes zweistöckiges Haus. Die weitgehende Einschossigkeit der Bausubstanz blieb bis zu den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs stadtbildprägend – zumal eben auch die hölzernen Speicherbauten, von denen die meisten unmittelbar am Hafenskanal standen und leider nur wenige bis heute erhalten sind, in ihrer großen Mehrzahl eingeschossig waren.

Prozentual gesehen haben die Kriegsjahre Libaus Bestand an alten Wohnhäusern genauso drastisch verringert wie die Anzahl der Speichergebäude. Vor diesem Hintergrund konzentriert der Autor seine Darstellung auf Bauten, die noch immer vorhanden oder erst während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus dem Stadtbild verschwunden sind; je nach Kontext wendet er sich vereinzelt aber auch solchen zu, die bereits den letzten Weltkrieg nicht überdauerten. Bei dem, was über das weitere Schicksal einzelner Gebäude seit dem Zeitpunkt der Erstabfassung des Buches angefügt werden kann, fallen die Unterschiede erwartungsgemäß recht einschneidend aus: Es kommt durchaus vor, dass dem Autor ein Haus überhaupt erst im Gefolge zwischenzeitlicher liebevoller Restaurierungsbemühungen erwähnenswert erschienen ist und es daher erst bei der Vorbereitung der deutschen Version nachträglich Eingang in Lancmanis' Text gefunden hat; dies betrifft zum Beispiel das Haus Nr. 53 in der Julianenstraße bzw. heutigen Friča Brīvzemnieka iela (S. 107). Tendenziell häufiger sind jedoch die Fälle, in denen es am Ende der Passage über ein Haus, das schon in der Originalausgabe von 1983 thematisiert worden war, ergänzend heißt, seiner Bauauffälligkeit wegen sei es inzwischen abgetragen worden, ohne dass über seine Wiedererrichtung Gewissheit

bestehe. Häuser, auf die weder das eine noch das andere zutrifft, gibt es freilich ebenfalls. In diesen Fällen wurde am ursprünglichen Text zumeist nichts überarbeitet, sondern nur – in sachlich wie stilistisch rundum überzeugender Qualität – die Übersetzung ins Deutsche vorgenommen.

Auch in dem dreiseitigen Schlusskapitel „Libau, wie es ist und wie es werden kann“ sind der lettische Wortlaut von 1983 und der deutsche von 2007 in überraschendem Maße deckungsgleich. Nur an drei bis vier Stellen haben sich Abweichungen ergeben: Statt von der „Bauhast des Kapitalismus“ ist jetzt, so als gälte es Letzteren zu rehabilitieren, von der „Hast des industriellen Bauens“ die Rede (gemeint ist die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als erstmals mehrgeschossige Funktionsbauten Teile der traditionellen Alt-Libauer Bebauung verdrängten); das Urteil über die in der Sowjetzeit errichteten Bauten rund um den zentralen Rosenplatz und nördlich davon klingt in der Ursprungsfassung merklich gnädiger als in der Übersetzung; und ein zusätzlich eingeschobener Satz würdigt die punktuellen Erfolge privater Initiative bei der Rettung alter Gebäude durch sinnvolle neue Nutzungen. Allein gelassen sieht der Leser sich unterdessen mit der Frage, ob der von Lancmanis angedeutete Stadtentwicklungsplan, wonach über kurz oder lang ein Ring von Hochhäusern seine Schatten auf die verbliebenen Altstadt-Straßenzüge werfen wird, auch im 21. Jahrhundert nach wie vor so aktuell ist, wie er es Anfang der 1980er Jahre zu sein schien. Die betreffenden Satzinhalte finden sich in der deutschen Fassung nämlich völlig unverändert wieder, so dass der Bezug zu 1983 nicht mehr erkennbar wird und folglich der Eindruck entsteht, mit dem damals skizzierten Hochhäusering-Szenario seien Planungen von heute angesprochen. Oder stimmen die gegenwärtigen planerischen Perspektiven tatsächlich voll mit denen der Sowjetzeit überein? Falls dem wahrhaftig so sein sollte, so wäre gerade dies eine entscheidende Information, die expliziter hätte ausformuliert werden müssen.

Zu den Aussagen, auf die es Lancmanis selbst anzukommen scheint, gehört das mehrmals von ihm gezogene Resümee, dass das, was in Libau geschaffen wurde, zwar stets weit davon entfernt war, mit dem Niveau der großen Metropolen Schritt zu halten, doch dass es gerade angesichts der Art, wie es deren Stil- und Mode-Ideale mit bescheidenen Mitteln nachahmte, erheblichen Eigenwert und Charme besitzt. Wenn der Autor diesen Befund mehr als nur einmal festhält, so hat dies mit der inhaltlichen Bandbreite des Buches zu tun, die neben der Architektur ebenso das örtliche Kunsthandwerk mit einschließt,

und dies bis hin zu den Erzeugnissen der Tischler: Man erfährt also zum Beispiel auch, mit welcherlei Mobiliar ein Libauer Bürgerhaus typischerweise ausgestattet war. Eine Vorstellung hiervon vermittelt Lancmanis anhand einiger Stücke, die heute Exponate des historischen Stadtmuseums sind (welches zu besuchen er somit, auch ohne dies zu betonen, eindeutig empfiehlt).

Das Stichwort ‚Ausstattung‘ leitet abschließend zu der Frage nach Leserfreundlichkeit über, was die Ausstattung des Buches mit etwaigen Anschauungshilfen anbelangt. Foto- oder von Fall zu Fall Gemälde-Ansichten sowie Grundrisszeichnungen vieler der porträtierten Gebäude bot auch die lettische Originalausgabe bereits – neu hinzugekommen ist indes ein eigens angefertigter, mit den einstigen deutschen Straßennamen versehener Innenstadt-Plan, auf dem sämtliche im Buchtext eine Rolle spielenden Wohn- und Speicherhäuser durch ein Nummernsystem auffindbar sind. Lediglich in Bezug auf den Einleitungsteil, in welchem Libaus allmählicher Aufstieg vom 16. bis ins 18. Jahrhundert im Lichte der mehrfachen Hafenerweiterung betrachtet wird, versagt dieser Plan als Orientierungshilfe zunächst, da der gewählte Ausschnitt zu klein ist.

Dass eine derart umfassende, jedenfalls weit über bloße Eckdaten wie die späte Stadtrechtsverleihung (1625) hinausreichende historisch-topografische Einführung mitgeliefert wird, verdient wiederum Lob – wie so vieles an diesem Buch: Ausdrücklich zu loben ist nicht zuletzt die gute Endredaktion, die der Text erfahren hat. Denn bis auf S. 105 muss ein spitzfindiger Rezensent seine Lektüre vorantreiben, um ein wirklich nur einziges Mal, wie es scheint, eine Seite vor sich zu haben, auf der es für ihn gleich mehrere kleine Versehen zu entdecken gibt.

Andreas Fülberth, Kiel

Lemberg, hrsg. v. Alois Woldan. Klagenfurt/Celovec: Wieser Verlag 2008, 292 S. (Europa Erlesen).

In der Reihe „Europa Erlesen“ erschien im Jahr 2008 mit dem Band „Lemberg“ eine Anthologie literarischer Texte, die sich einer der interessantesten und traditionsreichsten Städte auf der Kultur- und Literaturkarte Europas widmen. Vor über zehn Jahren gegründet, sind hier in ähnlicher Form inzwischen mehr als 140 Titel veröffentlicht. Das Motto des Herausgebers war, wie der Verleger Lojze Wieser im *Ante scriptum* zur Reihe „Europa Erlesen“ schreibt, „Europa kennen. Europa erkennen“. Die Bände stellen jedoch keine gewöhnlichen

Städte- und Touristenführer dar, in denen Sehenswürdigkeiten beschrieben, Spaziergänge vorgeschlagen und darüber hinaus Hotels, Restaurants und Einkaufszentren empfohlen werden; diese Bücher führen den Leser an europäische Literaturschauplätze und bringen ihm somit Orte und Regionen aus geschichtlicher und kultureller Perspektive näher.

Die Erscheinungsreihenfolge der einzelnen Bände darf nicht als ein *Ranking* angesehen werden, dennoch ist nach über 140 Bänden Lemberg eher überfällig. Warum musste man so lange warten, worin lag die Schwierigkeit? Oder mangelte es an Interesse? Es gibt eine Reihe von Gründen. Tatsächlich stellt der Versuch, den vergangenen Glanz Lembergs zu rekonstruieren, ein besonders komplexes und feinfühliges Unternehmen dar, denn

- das kulturelle Leben war von besonderer Vielfalt und Einzigartigkeit,
- wichtiges Quellenmaterial verteilt sich mindestens auf fünf Sprachen,
- der undurchsichtige und wechselhafte Gebrauch von Ortsnamen erschwert den Zugang zu Geografie und Geschichte der Region,
- vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die postkommunistische Zeit hinein waren Stadt- und Archivmaterial unzugänglich, und
- zugleich war die Stadt ihres kulturellen Erbes beraubt.

Erst in jüngster Geschichte erlebte Lemberg eine Öffnung und manches Quellenmaterial wurde für die Forschung erneut zugänglich. Wer sich mit dieser Stadt beschäftigen wollte, musste vieles berücksichtigen und einiges in Kauf nehmen.

Dieser Aufgabe hat sich der Wiener Slavist und Kenner der osteuropäischen Geschichte und Kultur Alois Woldan angenommen und den hier besprochenen Band zusammengestellt. Das Buch enthält insgesamt 77 Texte von 54 Autoren sowie ein Nachwort und einen Quellenachweis.

Hervorgehoben sei die Tatsache, dass die Mehrzahl der hier präsentierten Texte vom Herausgeber selbst im Rahmen der Vorbereitung erstmalig übersetzt wurde. Das Spektrum der von Woldan ausgewählten Beiträge stammt aus dem 16. Jahrhundert bis heute und umfasst neben Romanauszügen und Gedichten auch Reiseschilderungen. Darüber hinaus wird durch das gesammelte Material auch die vorhandene sprachliche Vielfalt repräsentiert – Deutsch, Polnisch, Ukrainisch, Jiddisch und Latein. Dies drückt wiederum unterschiedliche Wahrnehmungsperspektiven der Stadt aus. Als Kompositionsprinzip wählte Woldan die Collage – die einzelnen Texte haben „ihre

Bedeutung für sich. Sie erlangen aber in der Korrelation und Konfrontation mit dem Umfeld, in ihrer Um- und Neudeutung in einem größeren Rahmen, ihre volle Bedeutung“ (S. 279).

Im Nachwort weist der Herausgeber auf einige der Schwierigkeiten hin, die auf denjenigen zukommen, der sich mit den Städten Ostmitteleuropas beschäftigt, angefangen bei den Ortsnamen: Unterschiedliche Quellen belegen gleiche Orte mit verschiedenen Ortsnamen. Dass dies zu einem ernsthaften Problem werden kann, stellte u.a. der englische Historiker Norman Davis in seinem Buch zur Geschichte Polens „*God's Playground. A History of Poland*“ (1982) bereits fest. Die Tatsache, dass die Ortschaften Ostmitteleuropas über mehrere Namen verfügen, sei für einen Engländer, der die Geschichte dieser Region nicht kenne, schwer zu verstehen. Er müsse zur Kenntnis nehmen, dass Leopolis, Léopol, Lemberg, Lemberik, Lwów oder Lwiw Bezeichnungen für ein und dieselbe Stadt sind.¹ Ähnliches gilt für andere Städte Ostmitteleuropas wie Breslau, Danzig oder Königsberg, deren Bezeichnung aufgrund der ereignisreichen Geschichte in diesem Teil Europas mehrmals wechselte, wenn sprachliche Mehrheitsverhältnisse sich änderten und damit einhergehend politische Verhältnisse, Machtstrukturen und Interessen. Bei den meisten Ortsnamenvarianten handelt es sich lediglich um offizielle Bezeichnungen in den verschiedenen in der Region gesprochenen Sprachen. Umbenennungen, d.h. die Vergabe gänzlich neuer Ortsnamen, waren die Ausnahme.

Wie soll man folglich eine solche Stadt beschreiben? Das von Woldan für sein Buch gewählte Prinzip erweist sich unter Berücksichtigung der genannten Umstände als tragfähig. Am Anfang werden dem Leser das Stadtwappen von Lemberg zusammen mit einigen Wappensprüchen und topografischen Beschreibungen der Stadt präsentiert. Es wird u.a. erklärt, dass die Stadt „das Zeichen eines Fürsten gleichen Namens“ trage und urkundlich zum ersten Mal 1255 in der Galizischen Chronik erwähnt worden sei. Der Stadtbeschreibung von Iwan Krypjakewytsch „*Das alte Lwiw*“ werden die „*Topographia Civitatis Leopolitanae*“ von Jan Alnpek und die anonym erschienene „*Lamentio oder Rede an seine Majestät den König*“ gegenübergestellt. Als eine wichtige und gelungene Ergänzung dazu dienen einige lyrische Texte, die die Stadt preisen. Es werden also nicht nur dem Genre, son-

¹ Vgl. Norman Davis, *God's Playground. A History of Poland*. Vol. 2, Columbia 1982, S. 492-538.

dern auch der zeitlichen Perspektive nach unterschiedliche Einblicke in Lembergs Geschichte und Kultur gegeben.

Auf dieselbe Weise wird auch eines der wichtigen Ereignisse in der Geschichte der Stadt behandelt: die Belagerung Lembergs von Bogdan Chmielnicki, der im Jahr 1648 mit den vereinigten Armeen der Kosaken und der Tataren vor den Mauern der Stadt erschien. Geschildert wird dies in den Texten von Ludwik Kubala „Die Belagerung Lembergs im Jahre 1648“, Alexander von Czołowski „Die Erstürmung der ‚Hohen Burg‘ in Lemberg im Jahre 1648“ und in einem lyrischen Text von Markijan Schaschkewytsch „Als Chmelnyzkyj Lemberg belagerte (In der Weise eines Volkslieds)“. Es sind genaue Beschreibungen von Kampfhandlungen, die aber auch persönliche Kommentare der Autoren zu der heldenhaften Verteidigung der Stadt vor dem Feind enthalten.

Außerdem wählt Woldan für seine Präsentation Lembergs einige für die Stadt wichtige und markante Objekte: Gebäude, Stadtviertel, Straßen oder Parks, und ordnet ihnen Beschreibungen von Vertretern unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aus mehreren Zeitperioden zu. Dank dieser Vorgehensweise entsteht ein Kaleidoskop von Stadtbildern, die durch ihre Heterogenität Lembergs geschichtliche Veränderungen bezeugen. Es ist eine Stadt im ständigen Wandel. Bei einer genaueren Analyse stellt sich heraus, dass einige der dargebotenen Bilder von einzelnen Bevölkerungsgruppen beansprucht werden, wie z.B. die Georgskathedrale (oder auch der hl. Jur) und die Walachische oder Himmelfahrtskathedrale von den Ukrainern, die Domkirche, Jesuitenkirche und das Hotel George von den Polen, die Synagoge „Die goldene Rose“ von den Juden und die armenische Kathedrale von den Armeniern, um nur einige Beispiele zu nennen. Es gibt aber auch Objekte, die mehreren kulturellen Traditionen angehören, wie z.B. das Hohe Schloss, das in den Texten von Stanisław Lem „Das Hohe Schloss“, Zbigniew Herbert „Das Hohe Schloss“, Juri Andruchowytch „Mitternächtlicher Flug vom Hohen Schloss“ thematisiert wird. Infolge dessen wird die Stadt in den Texten jeweils in der Sprache der sie bewohnenden Völker genannt: Lwiw, Lwów, Lemberik oder Lemberg.

In dieser Anthologie wird oft aus einer persönlichen Perspektive berichtet. Der Herausgeber lässt eine Vielzahl von Autoren aus mehreren Epochen zu Wort kommen, sie sprechen verschiedene Sprachen, vertreten verschiedene Kulturen und repräsentieren unterschiedliche Standpunkte: Joseph Rohrer, Johann Georg Kohl, Joseph Roth, Andrzej Kuśniewicz, Jerzy Wittlin, Kornel Makuszyński, Grigori Kom-

ski, Larysa I. Kruschelnyszka oder Timofij Hawryliw. Der Leser verdankt ihnen die Möglichkeit, die Stadt als ein vielfältiges Konstrukt erleben zu dürfen. Das heutige Lemberg ist eine postkommunistische Stadt mit multiethnischer Vergangenheit, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre staatliche Zugehörigkeit änderte, aber gleichzeitig ihre ehemalige Bedeutung als ein kulturelles und wissenschaftliches Zentrum Ostmitteleuropas verlor. Die weltoffene, fortschrittliche, kulturelle Tradition dieser Stadt lebt weiter in den Texten jüngerer Autoren, wie sie in dem Band von Woldan zahlreich vertreten sind.

„Städte haben viele Gesichter, viele Launen, tausend Richtungen, bunte Ziele, düstere Geheimnisse, heitere Geheimnisse. Städte verbergen viel und offenbaren viel, jede ist eine Einheit, jede eine Vielheit (...)“,² schrieb Joseph Roth 1924 in seiner „Reise durch Galizien“. Woldan zeigt in seinem Buch viele Gesichter und Geheimnisse Lembergs und rekonstruiert die ereignisreiche Geschichte dieser Stadt und ihrer Bewohner. Neben der Darstellung der heutigen Stadt wird auch eine Reise in die Vergangenheit unternommen. In Lemberg scheint sich alles zu vermischen: ost- und westeuropäische Einflüsse, Nationalismus mit Multikulturalität, Wirklichkeit mit Phantasie und vor allem Geschichte mit Gegenwart. In Lemberg entdeckt man merkwürdige architektonische, kulturelle und politische Kontraste. Um erneut Joseph Roth zu zitieren: „Es ist die Stadt der verwischten Grenzen.“³

Die Anthologie stellt eine gelungene Sammlung von aufschlussreichen und interessanten Texten aus und über Lemberg dar. Das Buch wurde sorgfältig vorbereitet, die Reihenfolge der Beiträge gründlich durchdacht. Es ist ein empfehlenswerter und informativer, auf einem hohen editorischen Niveau herausgegebener Band, der hoffentlich viele Leser findet und sie zur weiteren Beschäftigung mit Lembergs Geschichte inspirieren wird.

Janina Gesche, Stockholm

² Joseph Roth, *Reise durch Galizien*, hier zit. nach: *Lemberg*, hrsg. v. Alois Woldan. Klagenfurt/Celovec. 2008 (Europa Erlesen), S. 140.

³ Ebenda, S. 146.

Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie. München: Siedler Verlag 2008, 1035 S., Abb.

Die vorzustellende Biografie belegt auch den historiografischen Wandel der vergangenen Jahrzehnte. In den 70er Jahren, in denen Struktur- und Sozialgeschichte die Methodendiskussion beherrschten, hätte der Biograf aus einer defensiven Position heraus seinen ‚veralteten‘ Ansatz erklären müssen. Bei Peter Longerich liest man dagegen (S. 9): „Diese Fähigkeit Himmlers, Weltanschauung und Machtanspruch durch immer neue umfassende Aufgabenstellungen für seine SS auf höchst effiziente Weise miteinander zu verknüpfen, macht vor allem eines deutlich: Der biographische Zugang ist der einzig adäquate Weg, die Geschichte der SS in allen ihren Facetten zu begreifen und zu erklären. Ohne den Mann an ihrer Spitze lässt sich diese heterogene, ständig expandierende und sich radikalisierte Organisation nicht umfassend erschließen.“ Damit soll aber keineswegs einer ausschließlichen Fixierung auf die Persönlichkeit das Wort geredet werden (S. 12 f.): „Worum es (...) geht, ist eine sinnvolle Verbindung von Biographie und Strukturgeschichte; wenn dabei der Strukturgeschichte im Laufe der Lebensjahre unseres Protagonisten ein immer größeres Gewicht beigemessen wird, so ist diese methodische und narrative Gewichtsverlagerung die logische Konsequenz aus der geschilderten wachsenden Verschmelzung von Amt und Person.“ Wie zu zeigen sein wird, hat der Autor damit treffend sein Vorgehen beschrieben.

In den Kapiteln zur Jugend Heinrich Himmlers gelingt Longerich die Zeichnung eines kontaktarmen, unsicheren Mannes, der an Minderwertigkeitskomplexen leidet und sich in Scheinwelten flüchtet: „Die Verdrängung des Themas Sexualität durch die Beschwörung von Männlichkeit, Heldentum und Gewalt, die Autosuggestion, als prädestinierter einsamer Held und Kämpfer keine Bindungen eingehen zu dürfen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Tagebuchaufzeichnungen.“ (S. 58) Unter diesen Umständen lag es nahe, dass sich der Student der Landwirtschaft im paramilitärischen Milieu Münchens umtat und so Ernst Röhm kennen lernte. Dennoch kommt Himmlers Wende zum Rechtsradikalismus für den Leser etwas überraschend, denn dem Biografen fehlen für die entscheidende Phase zwischen Sommer 1922 und Anfang 1924 zentrale Quellen wie die Tagebuchaufzeichnungen. Deswegen wird wohl auch der 9. November 1923 unerwartet kurz und nichtssagend abgehandelt. Der ‚neue‘ Himmler ist jedenfalls bereits ein überzeugter Nationalsozia-

list. An der Seite von Gregor Strasser beginnt sein Aufstieg zum stellvertretenden Reichspropagandaleiter und ‚Agrarexperten‘ der Partei. Die Tätigkeit als Organisator von Veranstaltungen mit Parteiprominenz dürfte den Ausschlag gegeben haben für diejenige Funktion, in die Heinrich Himmler in die Geschichte eingegangen ist: Schon seit September 1927 war er stellvertretender Reichsführer-SS, bevor er im Januar 1929 zum Chef der Schutzstaffel ernannt wurde. Ursprünglich zum Schutz von Versammlungen der Partei und Hitler persönlich gedacht, entwickelte sich die SS unter Himmler sowohl zu einer Mord- und Terrororganisation als auch zur ‚schwarzen‘ Elite des Dritten Reiches. Longerich kommentiert die Personalpolitik vor der ‚Machtergreifung‘ (S. 145): „Mit bemerkenswert sicherem Gespür hatte Himmler Männer um sich versammelt, die zwar seinen hochgesteckten Idealen für die SS so wenig entsprachen wie er selbst, deren Loyalität er sich aber sicher sein konnte.“

Mit der ‚Machtergreifung‘ stand der Autor vor der Frage, wie er den schier unendlichen Stoff gliedern sollte. Im Abschnitt „Im Dritten Reich“ (S. 155-261) wird vor allem die Machtausdehnung im Bereich der Polizei geschildert, die im Juni 1936 in der Ernennung des Reichsführers-SS zum Chef der deutschen Polizei gipfelte. Die Verschmelzung von Polizei und SS zu einem ‚Staatsschutzkorps‘ war das Ziel, das Himmler und seinem Helfer Heydrich vorschwebte. Die polizeilichen Befugnisse Himmlers haben aus einleuchtenden Gründen seit langem die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich gezogen, so dass Longerich im Wesentlichen eine flüssig geschriebene Darstellung des Aufstieges Himmlers, der sich gegen seine Konkurrenten Hermann Göring und Wilhelm Frick durchsetzen konnte, vorlegt. Völlig zu Recht weist der Autor aber auch auf die Grenzen dieser Macht hin (S. 204): „Ausschlaggebend für diesen Erfolg war Hitlers ureigenstes Interesse an dieser Konstruktion: Der ihm als Reichsführer-SS direkt unterstellte Himmler bot die Garantie dafür, mit Hilfe einer aus der Innenverwaltung herausgelösten, ansonsten jedoch nach den Grundsätzen preußischer Bürokratie perfekt arbeitenden und disziplinierten Behörde jederzeit und gegen jedermann ganz nach Belieben der Regimespitze eingreifen zu können ...“

Im dritten Hauptteil widmet sich der Autor dem „Orden“ (S. 263-395), also der Binnenstruktur der SS, die vor allem durch Himmlers patriarchalisches Führungsverständnis geprägt wurde. Der Reichsführer-SS verstand sich als Erzieher seiner Männer im umfassenden Sinn. Hieraus ergibt sich zwangsläufig eine ubiquitäre Zuständigkeit, wie sie immer wieder in Himmlers Erlassen zum Ausdruck kommt: Es

gab nichts im Leben seiner Männer, was der Reichsführer nicht zu reglementieren, beeinflussen und zu kommentieren suchte. Geradezu obsessiv erscheinen seine Empfehlungen in Ehe- und Familienfragen (S. 365-395).

Der nächste Abschnitt behandelt die erste Phase des Zweiten Weltkriegs, in der Himmler zwischen „Ambition und Enttäuschung“ schwankte (S. 397-529). Allerdings bedarf diese Einteilung einer Erklärung, da die neuere Forschung in letzter Zeit sehr stark die Kontinuität des rassistischen Vernichtungskrieges zwischen Polenfeldzug 1939 und dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 betont. So erkennt Longerich völlig zu Recht die Chance, die die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges Himmler bot (Stichwort: Staatsschutzkorps, Waffen-SS und Siedlungspolitik), und geht ausführlich auf die von der SS in Polen verübten Morde ein (S. 440-448). Der Autor hebt dabei klar hervor, dass trotz einer bereits erfolgten verbalen Radikalisierung „von einer systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung noch keine Rede“ (S. 447) sein könne. Vielmehr habe Himmler zum Jahreswechsel 1939/40 unter ‚Endlösung‘ noch die Ghettoisierung und Vertreibung der Juden verstanden. Zugleich weist er auf die Grenzen der Macht hin, denn vor allem in West- und Nordeuropa sei Himmler „nicht überall so zum Zuge gekommen, wie er es sich vorgestellt hatte, und mit seinem gigantischen Umsiedlungsprogramm in Polen war er stecken geblieben“ (S. 766). Stimmig ist das Bild, das Longerich von der Ausweitung der Morde in den ersten Tagen des ‚Unternehmens Barbarossa‘, des Überfalls auf die Sowjetunion, entwirft. „Immer wieder bestätigt sich das gleiche Bild. Die schrittweise Einbeziehung immer neuer Opfergruppen in die Erschießungen geschah nicht auf einen einzigen und vollkommen eindeutigen Befehl Himmlers hin, sondern es handelte sich um einen längeren Prozess, in dem die Einheitsführer allmählich an ihre grausame Tätigkeit herangeführt, ja geradezu zu Massenmördern erzogen wurden.“ (S. 550) Auch beim letzten Schritt vom Massenmord zur ‚Endlösung‘ zeigt der Autor nicht nur die Komplexität der Entscheidungsfindung auf („Vorgaben von oben, Initiativen von unten“ – S. 559), sondern lässt auch an der Funktion seines Protagonisten keinen Zweifel (S. 560): „Himmler spielte in diesem Komplex eine Schlüsselrolle: In ständiger Abstimmung mit Hitler erteilte er in dessen Namen Befehle, gab Anregungen, förderte Initiativen.“ Die letzten Kapitel widmen sich der „Europaweiten Schreckensherrschaft“ (S. 637) und geben einen Einblick in die Siedlungs- und Germanisierungspolitik (S. 595-620), die „Rekrutierungen für die Waffen-SS“ (S. 621-636) und die so ge-

nannte ‚Bandenbekämpfung‘ (S. 646-663). Den Auftakt des letzten erzählerischen Abschnittes („Zusammenbruch“ – S. 717-757) bildet der 20. Juli 1944, der auch zu der größten Machtzusammenballung in den Händen Himmlers führte. Longerich fasst die Quintessenz dieser abschließenden Passagen in einer treffenden Kapitelüberschrift zusammen: „Bis zum Schluss: Terror und Massenmord“ (S. 725).

Die Stärken des beeindruckenden Buches liegen vor allem in den eher unbekanntem Lebensabschnitten Himmlers und in den aus ihnen abgeleiteten Handlungsmotivationen und -überzeugungen des Protagonisten. Hier setzt Longerich auch Akzente durch die Erzähltiefe, während die letzten Kriegsjahre ab ca. 1942 eher cursorisch abgehandelt werden. So bietet das Buch für den Fachmann vor allem in den ‚biografischen‘ Teilen interessante Einsichten, während der ‚strukturgeschichtliche‘ Teil vor allem für historisch Interessierte zu empfehlen ist, bietet er doch – über die Täterbiografie hinausgehend – fast eine Gesamtdarstellung des Holocaust.

Joachim Tauber, Lüneburg

Klaus-Michael Mallmann, Jochen Böhrer u. Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, hrsg. im Auftrag des Deutschen Historischen Instituts Warschau und der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2008, 256 S. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. 12).

Es ist ungewöhnlich, dass drei Historiker zusammen ein Buch schreiben, aber vielleicht erfordern das Thema und der „eher bescheidene Forschungsstand“ (S. 7) ein solches Vorgehen. Denn im Vergleich zu ihren ‚Nachfolgern‘ in der Sowjetunion ist über die Einsatzgruppen in Polen zwischen September 1939 und Sommer 1941 in der Tat nur sehr wenig geforscht und publiziert worden, obwohl ihre Bedeutung relativ klar auf der Hand liegt: Die „Dynamisierung der Gewalt“ (S. 7), die dann in der Sowjetunion zu Massenmorden an Hunderttausenden Menschen eskalierte, begann mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement.

Der Band bietet neben der Darstellung einen umfassenden Quellenteil, so dass sich der Leser ein unmittelbares Bild von den Vorgängen machen kann. Der Textteil beginnt mit einer historiografischen Einführung, in der vor allem der schlechte Forschungsstand verdeut-

licht wird, um dann relativ rasch die Organisation und vor allem das Personal der Einsatzgruppen vorzustellen (S. 15-46). Die zahlreichen Kurzbiografien der Täter bieten einen Einblick in die nationalsozialistische Sozialisation auf mittlerer Ebene, wobei, obwohl ja schon lange bekannt, der übermäßig hohe Anteil an Juristen frappierend ist. Hervorzuheben ist die überzeugende Analyse des biografischen Profils, das sich in den *vitae* abzeichnet (S. 42-46): „(...) sie waren alles andere als angepaßte Funktionäre ohne eigene Überzeugung. In erster Linie wünschten sie das Dritte Reich, wollten es in Theorie und Praxis entwerfen und exekutieren.“ Wichtig erscheint, vor allem im Hinblick auf die spätere Praxis der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, auch der Hinweis, dass diese Männer in Polen den Rubikon hinsichtlich einer exzessiven Gewaltanwendung, den „Mord auf freiem Feld“ (S. 45), überschritten. Ein Überblick über die Marschwege der Einheiten schließt den ersten Teil der Darstellung ab.

Unter der Überschrift „Verselbständigung und Eskalation“ (S. 54-69) geht es um die Befehlsgebung der Einsatzgruppen (ein für den Überfall auf die Sowjetunion bis heute kontrovers diskutiertes Thema) und die Radikalisierung während des Feldzuges. Im Gegensatz zu 1941 stand auch das Verhalten der Wehrmacht, in der sich immerhin noch bei manchen Offizieren Widerspruch gegen die Massenexekutionen regte. Allerdings erfolgte die Kapitulation der Wehrmachtführung (S. 59-65), die die Autoren in bitteren, aber zutreffenden Worten schildern, umgehend (S. 62): „(...) hatte das Heer – und mit ihm der Geist des selbständig handelnden, rechtsgebundenen preußischen Offiziers – abgedankt. Sein Oberbefehlshaber hatte eine tendenziell auf Massenmord hinauslaufende Entscheidung des Diktators abgenickt und seinen Kommandeuren in Polen die Augen vor deren Konsequenzen verschlossen.“ Unter „Dispositionen und Mentalitäten“ (S. 69-80) werden einzelne Akteure und ihre Handlungen vorgestellt, bevor unter der Rubrik „Realgeschichte“ (S. 80-88) Aktionen der Einsatzgruppen, soweit quellenmäßig rekonstruierbar, geschildert werden.

Von besonderem Interesse ist der Abschnitt „Radikalisierung im Vergleich: 1939 und 1941“ (S. 88-99). Die Feststellung der Autoren, der Unterschied sei weniger bei den Einsatzgruppen als in der Rolle der Wehrmacht zu suchen, die 1941 als „aktive[r] Komplize und aktive[r] Teilnehmer“ (S. 91) zu bezeichnen sei, ist sicherlich zutreffend. Wichtiger erscheint indes, dass das Judentum nun in den Mittelpunkt der Feindideologie rückte: „Dieses Zusammenfallen der zentralen Feindbilder – Judentum und Kommunismus –, ihre wechselseitige

Überlagerung, Durchdringung und Verstärkung verliehen dem Radikalisierungsprozess 1941 jene spezifische Dynamik, die dem von 1939 noch weitgehend gefehlt hatte.“ (S. 92) Ein kurzer Abschnitt über die Umwandlung der Einsatzgruppen in stationäre Dienststellen und die juristische Nichtahndung der Verbrechen der Einsatzgruppen nach 1945 beschließt den darstellenden Teil.

128 Dokumente bilden den zweiten Teil des Buches. Dabei haben die Autoren nicht nur Primärquellen aus dem RSHA (Reichssicherheitshauptamt) oder aus Berichten der Einsatzgruppen publiziert, sondern auch Zeugenaussagen und Vernehmungsprotokolle polnischer und (bundes-)deutscher Herkunft. Aus der Gegenüberstellung von Täterprotokollen und Opferaussagen ergibt sich die besondere Aussagekraft des publizierten Materials, das in der Tat für sich spricht.

Auch aufgrund des Dokumentenanhangs wird man den Autoren nicht widersprechen wollen, wenn sie dem vorliegenden Buch die „Funktion eines Handbuches“ (S. 7) zusprechen. Tatsächlich handelt es sich um ein Referenzwerk für die Morde der Einsatzgruppen in Polen, das einen neuen Forschungsstand erschließt. Das Fazit des Rezensenten fällt nichts zuletzt auch deswegen positiv aus, weil sich die Autoren an die „bewährten Regeln der alten Rechtsschreibung“ (S. 8) halten. Nicht zuletzt dafür gebührt ihnen Dank.

Joachim Tauber, Lüneburg

Felix Münch, Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den „Bronzenen Soldaten“ im postsowjetischen Estland. Marburg: Tectum Verlag 2008, 145 S.

In unserer medialen Welt war vorauszusehen, was hängen bleiben würde von jenen zwei tumultartigen Tallinner Nächten im April 2007: Ein Soldatendenkmal der Roten Armee wird an den Rand des Zentrums verlegt, woraufhin sich Russen und Esten auf den Straßen der Stadt gegenüberstanden. Eventuell erinnert man sich nach einigem Nachdenken dann noch an die Folgeerscheinungen in Moskau, wo die estnische Botschafterin von organisierten Jugendlichen attackiert und ihre Botschaft tagelang belagert wurde, woraufhin sich die EU mehr oder weniger deutlich hinter Tallinn stellte. Wie seine beiden südlichen Nachbarn ist Estland in der Wahrnehmung der übrigen EU-Mitglieder ein Land, das gern auf seine konfliktreiche Beziehung zu Moskau reduziert wird (woran die Tallinner Regierung freilich nicht unschuldig ist). Das Buch von Felix Münch, das zahl-

reiche „modische“ Begrifflichkeiten wie „Erinnerungskultur“ oder „Geschichtspolitik“, die erst am Ende des Buches eingeführt werden, mit einer grundsätzlich journalistischen, erzählenden Darstellung des „Kriegs der Denkmäler“ zu verbinden versucht, wird an der schematischen (und bequemen) Auffassung der Ereignisse wenig ändern. Man könnte differenzierter urteilen und darauf hinweisen, dass das Denkmal auf einen tatsächlich würdigen und zugleich zumindest symbolisch zentralen Ort verlegt wurde – und seine Umsetzung eben nicht zu russisch-estnischen Straßenschlachten führte. Zudem haben sich Russen und Esten im Anschluss an die Demonstrationen in den von der Polizei ungeschützten Innenstadtreionen einen Wettkampf darin geliefert, wer mehr Schaufenster plündert. Mit „Geschichtspolitik“ hatte dies aber schon nichts mehr zu tun.

So willkommen ein deutschsprachiges Buch zu dem Thema des „Bronzenen Soldaten“ und den historischen und geschichtspolitischen Debatten in Estland auch für den breiten Leserkreis sein mag, so sehr erkennt man hier, dass es sich um einen Text handelt, der besser noch einmal hätte überarbeitet werden sollen. Über genügend Kenntnisse verfügt der Verfasser, der offenbar auch sprachlich im Lande zurechtkommt, durchaus; leider bleibt die Analyse doch an der Oberfläche. Natürlich kann man die Aktionen der Regierung von Ministerpräsident Ansip pauschal als „verantwortungslos“ bezeichnen (S. 119) – der Rezensent ist weit davon entfernt, ihnen zu applaudieren. Angesichts Ansips Schwindel erregender Popularitätswerte im Anschluss an die Aktion jedoch bedeutet dies nichts anders, als mehr als zwei Drittel der Bevölkerung „verantwortungslos“ zu nennen. Hier braucht man wahrscheinlich detailliertere Untersuchungen über politische Meinungsbildungsprozesse in Estland. Was steckte hinter dieser Begeisterung der Bürger für diese im estnischen Kontext kaum umstrittene Aktion? Blanker Populismus? Ansips Manipulation? Oder doch eine irgendwo tief im historischen Bewusstsein gespeicherte Xenophobie, wie sie kürzlich auch Anton Weiss-Wendt in Bezug auf den estnischen Antisemitismus konstatiert hat?¹

Einige weitere Ungenauigkeiten mögen erläutern, warum der Rezensent gerne eine Überarbeitung des Buches sähe. Ausgewählte ältere Zitate aus der Fachliteratur über die Funktion von „Denkmalschleifungen“ und die damit verbundene „Demontage von Geschichte“ (S. 103) wirken etwas deplatziert, wenn es um eine Denkmalsverle-

¹ Anton Weiss-Wendt, Why the Holocaust does not matter to Estonians, in: Journal of Baltic Studies 39 (2008), S. 475-497.

gung in einen adäquaten räumlichen Kontext geht. Diese hat zudem den Soldaten keineswegs von seiner Aussage befreit, wie wir gleich darauf lesen (S. 104). Zwar ist er im politischen Sinne tatsächlich marginalisiert worden, doch kann er am neuen Ort neue Wirkungskraft entfalten: Während er im Stadtzentrum die antagonistischen semantischen Felder „Befreiung“ und „Besetzung“ bedienen musste, darf er auf dem zentralen Militärfriedhof eigentlich erstmals als Symbol der Trauer gelten. Die vom estnischen Historiker Marek Tamm genutzte Formulierung des „großen Freiheitskampf der Esten“ als prägendes Narrativ des heutigen estnischen Geschichtsbilds² hat mehr mit den aus der Kulturtheorie bekannten „Großen Erzählungen“ zu tun als mit dem „Großen Vaterländischen Krieg“, wie Münch meint (S. 59, Anm. 62). Dass der bei den Tallinner Unruhen im April 2007 zu Tode gekommene, in Estland ansässige russische Staatsbürger Dmitrii Granin „als erster Toter in Auseinandersetzungen zwischen der Staatsmacht in Estland und der Bevölkerung in die Geschichte“ eingegangen sei (S. 48, Anm. 50), unterstellt die Schuld von Polizisten an diesem Unglück, was nur als Spekulation bezeichnet werden kann. Zudem unterschlägt Münch den die Lage zusätzlich komplizierenden Umstand, dass sich am Tõnismägi, dem alten Standort des Denkmals – der auf S. 31 fälschlicherweise mit dem Domberg gleichgesetzt wird –, „Rossija, Rossija“ skandierende Demonstranten und russischstämmige Polizisten Aug in Aug gegenüberstanden, wobei die Letzteren anhand ihrer Namensschilder unschwer zu erkennen waren.

Der Aufbau der Arbeit hapert nicht nur daran, dass, wie erwähnt, wesentliche Begriffe für die Analyse des Geschehens erst am Ende des Buches erläutert werden (auch wenn das Geschmackssache ist). Der darstellende Teil beschränkt sich zudem großteils auf ein isoliertes Bild von Estland und seinem „Krieg der Denkmäler“, welches deshalb unvollständig ist, weil Geschichtspolitik in Estland (wie in Lettland und Litauen) immer auch im Kontext der vermeintlichen Verteidigung des Eigenen gegenüber den Insinuationen des großen Nachbarn im Osten gesehen werden sollte (was in den Augen des Rezensenten als ein wesentliches Erbe aus der Sowjetzeit angesehen werden muss,

² Marek Tamm, *Eestlaste suur vabadusvõitlus: järjepidevus ja kordumine Eesti ajaloomälus* [Der große Freiheitskampf der Esten: Kontinuität und Wiederholung im estnischen historischen Gedächtnis], in: *Riigikogu toimetised* (2007), Nr. 16, S. 9-19, www.riigikogu.ee/rito/?id=10463 [letzter Zugriff: 6.7.2009]; ders., *History as Cultural Memory: Mnemohistory and the Construction of the Estonian Nation*, in: *Journal of Baltic Studies* 39 (2008), S. 499-516.

welches sich in Dialogunfähigkeit äußert und mögliche Differenzierungen des estnischen Selbstbildes lähmt). So tritt in Münchs Darstellung ein so wesentlicher Akteur im Drama um den „Bronzenen Soldaten“ wie die Russische Föderation in Form der Jugendorganisation „Naši“ erst in dem Moment auf, in dem in Moskau die estnische Botschaft besetzt wird, ohne dass dem Leser sogleich die Hintergründe dieses gegen internationales Recht verstoßenden Aktes klar werden. Weitgehend ausgeblendet wird ebenso der ganze Komplex der russischen Verleumdung der baltischen Staaten als „faschistisch“, wofür Münch z.B. in Büchern wie dem von Michail Kraysin über den „baltischen Faschismus“ viel propagandistisches Anschauungsmaterial erhalten hätte.³ In diesem Zusammenhang hätte man sich auch eine Historisierung der gern in Russland gebrauchten „SS-Keule“ gewünscht, der zufolge jeder Balte, der in die Waffen-SS eintrat, unbedingter Nazi gewesen sei.

Münchs historische Auslassungen sind ohnehin keine Hilfe, was angesichts seines Themas doch erstaunt. Ein wenig Sorgfalt im Wortgebrauch hätte da nicht geschadet, wo es heißt, Estland sei „1940 von der Sowjetunion annektiert und besetzt“ worden, wobei es eigentlich „besetzt und annektiert“ heißen müsste, wollte man der Chronologie zu ihrem Recht verhelfen. Auch sind 1941 nicht „10 000 Esten“ nach Sibirien deportiert worden, sondern höchstens „Einwohner Estlands“, denn hierunter befanden sich auch Russen und Juden. Zum Jahr 1945 von einem „beinahe monoethnische(n) estnische(n) Staat“ zu sprechen, stimmt zwar in Hinsicht auf die durch Flucht, Deportation und Kriegseinwirkung arg reduzierte Bevölkerungszusammensetzung, doch war der „estnische Staat“ zum Leidwesen estnischer Nationalisten zu diesem Zeitpunkt bereits wieder höchstens Sowjetrepublik (S. 95 ff.). Es sind vermeidbare Ungenauigkeiten wie diese, die in einem auf den Umgang mit Geschichte zielenden Buch eigentlich nicht vorkommen dürften.

Leider fehlt es dieser Darstellung zuweilen an Ausgewogenheit. Zwar ist die grundsätzlich kritische Haltung des Autors zu den estnischen Eliten in den meisten Fällen durchaus berechtigt, denn von einem souveränen Umgang mit der eigenen Geschichte sind Letztere weit entfernt.⁴ Diese Kritik aber aus russischen Pressemitteilungen

³ Michail Kraysin, *Pribaltijskij fašizm* [Der baltische Faschismus]. Moskva 2007.

⁴ Karsten Brüggemann u. Andres Kasekamp, *Identity Policies and Contested Histories in Divided Societies: The Case of Estonian War Monuments*, in: *Identity and Foreign Policy. Baltic-Russian Relation and European Integration*, hrsg. v. Eiki Berg u. Piret Ehin. Farnham/Burlington 2009, S. 51-63.

abzuleiten (z.B. S. 47), wobei durchaus entsprechende estnische Quellen zur Verfügung stehen, ist kaum überzeugend gerade auch für estnische Leser. Und warum der im Titel „Diskriminierung durch Geschichte“ angekündigte Komplex, der ja offensichtlich auf Fehlentwicklungen in der staatlichen Integrationspolitik anspielen soll (welche sich gerade anhand der Aufoktroyierung estnisch-nationaler historischer Narrative in manchem Schulbuch äußern), erst abschließend knapp angesprochen wird, wird nicht weiter erklärt. So bleibt insgesamt ein zwiespältiges Gefühl. Der Wert dieses Bandes liegt somit vor allem darin, dass er, auf den estnischen Kontext beschränkt, die wesentlichen Ereignisse um den „Krieg der Denkmäler“ zusammenfasst und aufgrund einer umfangreichen Grundlage an wissenschaftlicher Literatur sowie der Berichterstattung vor allem in estnischen und russischen Medien die wichtigen Reaktionen aus Nah und Fern kompiliert. Dafür sei dem Autoren Dank gezollt. Etwas mehr Stringenz in Präsentation und Argumentation hätte aber mit Sicherheit nicht geschadet.

Karsten Brüggemann, Tallinn

Peggy Poles u. Ursula Boencke, „All unsere Lieben sind verloren“. Der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ – Zwei Überlebende erzählen, hrsg. v. Renate Gräfin Matuschka. München: Knauer 2008, 300 S., Abb.

„... wir beide haben unsere Lieben bei der Gustloff-Katastrophe verloren, wurden beide vom selben Torpedoboot aus der eisigen Ostsee gerettet, haben die Russen in Berlin erlebt, gehungert und geschuftet und sind immer wieder hochgekommen und sind keinem etwas schuldig geblieben.“ (S. 272) Mit dieser prägnanten Skizzierung Ursula Boenckes über das eigene und das Leben ihrer Nichte Peggy Poles sind die biografischen Eckpunkte der im vorliegenden Band behandelten Frauenleben umrissen.

Geeint durch die persönlichen Verluste und traumatischen Folgen, die beide Frauen durch den Untergang des zum Flüchtlingstransportschiff umgerüsteten Kreuzfahrtschiffs „Wilhelm Gustloff“ im letzten Kriegsjahr 1945 erlebten, verweben sich die autobiografischen Aufzeichnungen der – auch durch Verwandtschaft verbundenen – Frauen zu einer Erfahrungswelt.

Dabei lag der Publikation der Lebenserinnerungen ein Zufallsfaktor zugrunde, der von der Herausgeberin des Buches, der Jour-

nalistin Renate Gräfin Matuschka, dankenswerterweise aufgegriffen wurde und zu neuen Anknüpfungspunkten führt. So wurde der ursprüngliche Plan, eine Dokumentation zu Schönheit und Hässlichkeit von Frauen im Alter und in der Jugend zu bearbeiten, nach einem Interview mit Peggy Poles fallen gelassen. An seine Stelle trat die biografische Aufarbeitung einer mit dem Kriegsende eng in Verbindung gebrachten Flüchtlingskatastrophe: der Untergang der „Wilhelm Gustloff“.

Mit dem zu besprechenden Buch liegt nicht die erste autobiografische Herangehensweise an das Schiffungsglück vor. Im Gegensatz zu den bekannten Aufzeichnungen Heinz Schöns liegen hier, den Erinnerungen Poles' und Boenckes, andere Lebenswelten zugrunde. Es ist nicht nur die Perspektive der Mitreisenden, der Flüchtlinge, es ist v.a. auch die geschlechtszentrierte Perspektive, die die Schilderungen des Untergangs verändern.

Das Ereignis des Schiffungsglücks wird in diesem autobiografischen Kontext von Seiten der Schreibenden, aber auch von Seiten der Herausgeberin auf den zentralen Platz der nunmehr publizierten Leben(serinnerungen) verwiesen. Indem gerade der Untersuchungszeitraum auf die gesamte Biografie der Verfasserinnen ausgedehnt wurde, wird die Bedeutung des Ereignisses sichtbar, werden die tatsächlichen Auswirkungen auf die Lebenswelten und Psychen der Überlebenden deutlich. Leser und Leserinnen werden somit auf allen weiteren Lebensstationen der beiden Frauen stets mit dem Gustloff-Ereignis konfrontiert. Biografische Erfolgsgeschichten sind nicht zu erwarten, die Reflexionen der Überlebenden kreisen stets um persönliche Defizite.

Mit den Tagebuchaufzeichnungen der älteren von beiden, (der Tante) Ursula Boencke, setzt der Erinnerungszeitraum im beginnenden 20. Jahrhundert ein. In St. Petersburg geboren und aufgewachsen in Riga gewähren diese frühen Erinnerungen Einblicke in eine Alltagsgeschichte der deutschbaltischen Oberschicht. Interessant sind sie zugleich, weil Ursula Boencke durch den frühen Tod ihres Vaters ihre beruflichen Erfahrungen als selbstständige, junge Frau schildert: ihre Angestelltenverhältnisse, ihre Lehrschwesternausbildung in Danzig, schließlich ihre Rückkehr nach Riga und dortige Anstellung im jüdischen Krankenhaus in den 1930er Jahren. Die folgenden Heirat und Familiengründung wiegen bei der späten Umsiedlung (1941), dem unheilvollen Aufenthalt in Gotenhafen und der Einschiffung auf die „Gustloff“ umso schwerer, als dass hier in der Ostsee nicht nur die elterliche Familie, sondern auch das eigene Kind ertrinken.

Die Unterbringung auf dem Schiff und der eigentliche Untergang

des Flüchtlingsschiffes werden aus der Perspektive der Nichte, der 22 Jahre jüngeren (1924 geborenen) Peggy Poles, nüchtern, in mit Grauen beladenen Bildern berichtet.

Unmittelbar nach der Rettung der wenigen Überlebenden, noch im Jahr 1945, beginnt sich das Band der beiden Frauen zu einer Geschichte zu verknüpfen. Die gemeinsam durchstandenen Nachkriegsjahre in Berlin werden zunächst von der älteren, Ursula Boencke, geschildert. Ihren offenen Augen ist es zu verdanken, dass in den Aufzeichnungen auch soziale und ökonomische Unterschiede innerhalb der deutschen Bevölkerung Berlins thematisiert werden. 1948 trennen sich die Wege der beiden Frauen. Ursula Boencke geht mit dem Status einer *Displaced Person* nach England. Ihre bis in die 1970er Jahre reichenden Aufzeichnungen kreisen um ihre Erfahrungen als Flüchtling bzw. Fremde, beruflichen Werdegang und private Beziehungen.

Beide Frauen stehen über die Jahrzehnte in engem Kontakt zueinander. Stets werden Rückverweise auf das Leben der Anderen gezogen. Und so mündet auch die nachfolgende Passage aus der Sicht Peggy Poles' im Tod der Tante. Trotzdem sie, die Jüngere eine eigene Familie zu gründen bereit war, sieht sie sich hierin scheitern. Die einzige Konstante im Leben beider „Überlebender“ blieb das durch Vertrauen und Innigkeit zu kennzeichnende Verhältnis zwischen Tante und Nichte.

Der Herausgeberin ist mit der Verflechtung der Biografien von Ursula Boencke und Peggy Poles eine v.a. durch die perspektivische Vielschichtigkeit herausragende Darstellung und biografische Aufarbeitung des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“ gelungen. Durch die Einbettung des Ereignisses in den gesamten biografischen Hintergrund der Berichtenden wird das Psychogramm der beiden Frauen komplementiert und nicht zuletzt damit ein Stück weiteren Flüchtlingsgeschichte geschrieben.

Es bleibt jedoch zu hinterfragen, ob die Quellen nicht doch an wenigen Passagen Streichungen vertragen hätten. Insbesondere der Werdegang Ursula Boenckes in England verliert sich in Details und Personenbeschreibungen, die dem Lesefluss und -verständnis nicht immer dienlich sind. Der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ scheint in diesem Kontext – wie er im Titel des Buches zentral vermarktet wird – ein wenig randständig zu werden.

Eine zweite Bemerkung betrifft den Aufbau der Buches: Im Anhang befindet sich – für die Lesenden überaus hilfreich – „eine kurze Geschichte der Wilhelm Gustloff“ sowie auch eine „Kurze Geschich-

te der baltischen Staaten“. Die Geschichte der baltischen Staaten kann natürlich nicht, wenn sie – wie hier – auf zehn Seiten dargestellt wird, alle Informationen bieten und muss zwangsläufig Fehler und Unklarheiten enthalten, dennoch wäre es hilfreicher gewesen, im Text selbst die autobiografischen Passagen mit Fußnoten oder Einfügungen zu versehen. Gerade in den Fällen, wo Sachverhalte unpräzise werden, könnten einfache Ergänzungen dazu dienen, die Bedeutung von historischen Parametern auf Biografien besser zu verstehen.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

POLIN: Studies in Polish Jewry, Vol. 20: Making Holocaust Memory. Oxford/Portland, Oregon: Littman Verlag 2008, XV, 491 S.

Die nunmehr 20. Ausgabe von „POLIN: Studies in Polish Jewry“ geht im titelgebenden Schwerpunkt „Making Holocaust Memory“ einerseits der Frage nach der Entstehung der „gespaltenen Gedächtnisse“ von Polen und Juden an die tragischen Ereignisse der 6-jährigen deutschen Besatzung nach und untersucht andererseits den sich noch immer im Gange befindlichen Prozess der Wiederannäherung beider Gedächtnisse, oder wie es in der Einleitung heißt, ihrer „Aussöhnung“ („reconciliation“, S. 3). Damit, so führt Gabriel N. FINDER neben Natalia Aleksiu, Antony Polonsky und Jan Schwarz Herausgeber des Bandes, aus, kehre POLIN gewissermaßen auch wieder zu seinen Wurzeln zurück, die in der Erneuerung des Dialogs zwischen polnischen und jüdischen Intellektuellen in den 1980er Jahren lägen. Seit dieser Zeit, spätestens seit Jan Błoński's Essay „Die armen Polen schauen aufs Ghetto“ 1987 ist die Diskussion über den Holocaust und die Rolle der Polen ein regelmäßig wiederkehrendes Thema öffentlicher Debatten in Polen.

Die unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Gedächtnisse skizziert FINDER in seiner sehr ausführlichen und – abgesehen davon, dass nur wenig polnischsprachige Literatur hinzugezogen wurde – auch sehr gelungenen Einleitung. Auf diesen gut 50 Seiten führt er nicht nur in die Thematik ein und stellt den Forschungsstand vor, FINDER schafft es, den Prozess, der den Holocaust im polnisch-jüdischen Kontext zur Erinnerung werden lässt, in konzentrierter Form darzustellen. Dabei geht er auch auf weniger erforschte Aspekte ein, so dass diese Einleitung den Leser umfassend in die Thematik einführt. Die von ihm vorgenommene Gliederung der Gedächtnisbildung – zugleich auch das Gerüst, an welches sich die Beiträge angliedern – um-

fasst dabei fünf Abschnitte: die Trennung der Gedächtnisse während und unmittelbar nach der Besetzung, die Aneignung der Erinnerung an den Holocaust durch die Polen, das als „Gegenerinnerung“ bezeichnete jüdische Gedächtnis, das dem polnischen Narrativ widerspricht, die „portable“ Erinnerung der emigrierten jüdischen Überlebenden und schließlich die Rückkehr der Erinnerung in den 1980er Jahren, deren Frucht, wie eingangs angedeutet, ja unter anderem die POLIN-Reihe ist.

Als eine der wichtigsten Ursachen für die Trennung von polnischem und jüdischem Gedächtnis führt Finder, dem Psychologen Robert Jay Lifton folgend, den so genannten „death imprint“ (S. 5) im Gedächtnis der jüdischen Überlebenden an. Ihr Wissen, für den Tod bestimmt gewesen zu sein und doch überlebt zu haben, prägte sich tief ein und unterschied sie von den christlichen Polen, die zwar ebenfalls schwer unter der Besetzung zu leiden hatten, die aber nicht einer solchen Todesdrohung ausgesetzt waren. Das Leid der Polen führte jedoch in der Nachkriegsgesellschaft zu einem „mental block“ (S. 6 f.), der verhinderte, dass sie Empathie für das Schicksal ihrer jüdischen Mitbürger aufbringen konnten. Da das jüdische Leid scheinbar das polnische Selbstbild der „Helden und Märtyrer“ bedrohte – hatten doch Juden mehr gelitten als Polen – und diese sich den Juden gegenüber oft wenig heldenhaft verhalten hatten, entstand eine Wunde im polnischen Gedächtnis. Sie hatte zur Folge, dass die jüdischen Spuren getilgt wurden, im täglichen Leben wie in der Erinnerung.

Dies untermauert der Beitrag „Memento Mori. Photographs from the Grave“ von Judith R. Cohen und Finder, in dem Fotografien, die Überlebende von Gräbern, jüdischen Friedhöfen und Trauerfeiern machten, analysiert werden. Drastisch wird dem Leser vor Augen geführt, dass das Bild von Polen als größtem jüdischen Friedhof in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht nur metaphorisch zu verstehen war. Die Autoren veranschaulichen vielmehr, wie viele der Überlebenden, die nach der Rückkehr ihren Angehörigen ein ordentliches Begräbnis zukommen lassen wollten, nicht nur mit unzähligen Massengräbern konfrontiert wurden, sondern auch mit geschändeten Friedhöfen, wo Grabsteine als Baumaterial gestohlen wurden und Leichenteile verstreut lagen, da Plünderer nach Goldzähnen und Wertsachen gesucht hatten (S. 57 f.).

Ein anderes Schlaglicht auf diese Dichotomie der beiden Gedächtnisse wirft Joanna B. Michlics Artikel „Who am I? Jewish Children in Search for Identity in Postwar Poland 1945–1949“. Sie stellt etwa fest, dass für die meisten Kinder, die bei Polen versteckt überlebt hatten,

alles Jüdische mit Schwäche und Tod verbunden war (S. 109) und ihnen in den jüdischen Waisenhäusern erst unter großen Anstrengungen wieder ein positives jüdisches Selbstbild vermittelt werden musste, was allerdings nicht in allen Fällen gelang.

Die Aneignung der Erinnerung an den Holocaust geht vor allem einher mit der Machtübernahme der Kommunisten, denen die Leiden der deutschen Besatzung und der Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland als wichtigste Legitimationsbasis dienten. Während Leiden und Widerstand der Juden im „antifaschistischen Kampf“ benutzt wurden, gab es keinen Raum dafür, den besonderen Status der Juden als Opfer der Deutschen hervorzuheben (S. 12). So lautete die offizielle Version in den späten 1940er Jahren, dass nach den Juden die Slawen und allen voran die Polen zur Vernichtung vorgesehen gewesen wären. In seinem Beitrag „Auschwitz and the Politics of Martyrdom 1945–1947“ zitiert Jonathan Huener etwa den damaligen polnischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Auschwitzhäftling Józef Cyrankiewicz, der den Völkermord an den Juden als „Vorspiel“ für die Ausrottung der Slawen darstellt (S. 155). Huener zeigt anschaulich, wie das Lager ursprünglich von ehemaligen polnischen Häftlingen in eine Gedenkstätte umgewandelt wurde, die zunächst vor allem von christlicher Symbolik bedient wurde, bevor die kommunistischen Machthaber den Märtyrerkult als Einfallstor für kommunistische Propaganda entdeckten (S. 154).

In späteren Jahren wurde dann die Tatsache, dass es sich bei den Opfern um Juden handelte, schlicht verschwiegen, wie Marta Kurkowska in ihrem Vergleich der Erinnerungskultur in den benachbarten Orten Jedwabne und Wizna zeigt. Hierzu zitiert sie aus einem regionalgeschichtlichen Lexikon von 1984, in dem zwar genaue Zahlen der Bevölkerungsverluste der einzelnen Ortschaften aufgezählt werden, die Tatsache, dass es sich dabei fast ausschließlich um Juden handelte, jedoch verschwiegen wird (S. 249). In „Jedwabne and Wizna, Monuments and Memory in the Łomża Region“ zeigt Kurkowska einerseits, wie stark lokale Erinnerungskultur von den Akteuren vor Ort abhängt, und andererseits, dass nicht nur – wie im Fall des Pogroms von Jedwabne – negative Ereignisse verdrängt werden, sondern dass auch solche, die sich gut ins Bild von den „Helden und Märtyrern“ einfügen ließen, der Verdrängung zum Opfer fallen können. So geschehen etwa mit der Erinnerung an die Verteidiger einer Festung nahe Wiznas, die im September 1939, trotz militärischer Unterlegenheit, völlig abgeschnitten der Wehrmacht vier Tage standhielten. Weil dieses Ereignis von der kommunistischen Propaganda

benutzt worden war, geriet es nach dem Fall der Kommunismus in Vergessenheit.

Durchaus zu diskutieren ist Finders Konzept der jüdischen „Generenerinnerung“. Zwar ist die Klassifizierung des jüdischen Gedächtnisses in Nachkriegspolen als opponierendem Narrativ nicht anzuzweifeln, widerspricht es doch der kommunistischen und zugleich auch nationalistischen Erzählung von der deutschen Besatzung, indem es sich der eben beschriebenen Vereinnahmung entzieht und auf die besonders leidvolle jüdische Erfahrung verweist. Dies wird wiederum im bereits erwähnten Beitrag Cohens und Finders „Memento Mori“ deutlich, wenn gezeigt wird, dass viele Überlebende den jüdischen Opfern und auch den Kämpfern etwa des Białystoker Ghettos Denkmäler und Gedenksteine errichteten und errichten wollten. Und auch die Bemühungen der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission zur Dokumentation des Holocaust, die Natalia Aleksius Artikel, „The Central Jewish Historical Commission in Poland 1944–1947“ beschreibt, zeigen, dass es durchaus ein Bewusstsein der Überlebenden dafür gab, dass sie selbst das Geschehene dokumentieren müssen, wenn der Massenmord an den Juden nicht zur Nebensache der Okkupationserzählung werden sollte. Allerdings wirkte auf die Akteure in den späten 40er Jahren auch ein enormer politischer und gesellschaftlicher Druck – den Aleksius im Falle der Historischen Kommission leider nur sehr am Rande thematisiert, etwa wenn sie darauf verweist, dass auch der Direktor der Kommission Nachman Blumental in seinen Gerichtsgutachten gegen NS-Verbrecher die offizielle Version von den zur Vernichtung vorgesehenen slawischen Völkern übernimmt (S. 91 f.). Der Druck kam jedoch auch aus der jüdischen Gesellschaft selbst, wo vor allem die Kommunisten aus der jüdischen Fraktion der Polnischen Arbeiterpartei immer wieder darauf drängten, die Dokumentation des Leids der Juden weniger in den Vordergrund der Kommissionsarbeit zu stellen.

Wenn Finder die Kollaborationsprozesse gegen Juden in Polen vor polnischen Gerichten und die Ehrengerichte vor dem jüdischen „Bürgergericht“, die er mit Alexander V. Prusin im Beitrag „Jewish Collaborators on Trial in Poland, 1944–1956“ darstellt, so einordnet, als sei der Eifer, mit dem innerhalb der jüdischen Gesellschaft auch gegen solche „Kollaborateure“ vorgegangen werde, die vor polnischen Gerichten freigesprochen wurden, ein quasi-juristischer Exorzismus unvoreteilhafter Erinnerung (S. 23), ist dies doch zu eindimensional. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte hier auch der Versuch

der jüdischen Gesellschaft Polens, repräsentiert vom Zentralkomitee der polnischen Juden, sich so gut als möglich analog zur polnischen Gesellschaft zu organisieren. Diese wiederum ging mit ihren Kollaborateuren hart ins Gericht.

Nicht zutreffend ist außerdem Finders Aussage, dass die kleine jüdische Gemeinschaft aufgrund des staatlichen Drucks von 1949 bis in die 1980er Jahre bezüglich der Erinnerung an den Holocaust stumm geblieben wäre (S. 22). Bereits 1953 erschien im Verlag des Jüdischen Historischen Instituts Artur Eisenbachs Studie „Hitlerowska polityka eksterminacji żydów w latach 1939–1945 jako jeden z przejawów imperializmu niemieckiego“ [Die hitlerfaschistische Politik der Judenausrottung in den Jahren 1939–1945], das 1961 erweitert und von stalinistischen Verformungen befreit nochmals unter dem Titel „Hitlerowska polityka zagłady Żydów“ [Die hitlerfaschistische Politik der Judenvernichtung] erschien – in einem renommierten Verlag und mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Hier wären die Herausgeber wohl besser beraten gewesen, wenn sie auf die Lücken im Forschungsstand verwiesen hätten.

Zwei spannende Beiträge illustrieren, was Finder meint, wenn er von „portabler“ Erinnerung spricht. Zum einen ist dies Jan Schwarz' Artikel „A Library of Hope and Destruction: The Yiddish Book Series *Dos poylishe Yidntum* 1946–1966“. Hier wird nicht nur die Tätigkeit eines der wichtigsten jiddischsprachigen Verlage nach dem Holocaust beschrieben, der als Zweimannunternehmen von Buenos Aires aus innerhalb von 20 Jahren 175 Bücher veröffentlichte, sondern auch ein bisher kaum beachtetes Reservoir an frühen persönlichen, literarischen und auch wissenschaftlichen Werken zur Shoa. Hier veröffentlichte etwa ein junger Eliezer Wiesel ein Buch unter dem Titel „Un die Velt hot geshvign“, das in seiner überarbeiteten englischen Fassung als „Night“ erschien und weltweite Beachtung fand. Joseph Wulf veröffentlichte hier einen langen Essay über I.L. Peretz, den er im Krakauer Ghetto schrieb und der fast unbekannt ist. Aber auch viele Mitarbeiter der von Aleksiu beschriebenen Historischen Kommission veröffentlichten hier ihre zuvor auf Polnisch erschienenen Werke erneut auf Jiddisch. Verdienstvoll ist die Liste aller 175 Titel, die Schwarz angehängten. Schade ist lediglich, dass die Tätigkeit des Verlages und ihr Ende nicht mit dem antisemitischen Klima im Argentinien der 50er und 60er Jahre kontextualisiert wird.

Zum anderen beschreibt Boaz Cohen in seinem Artikel „Rachel Auerbach, Yad Vashem, and Israeli Holocaust Memory“, wie die Erinnerung an den Holocaust von den Überlebenden mit in die verschie-

denen Nachkriegsgesellschaften genommen wurde und auch dort zu Konflikten führte. Mit Rachel Auerbach wurde ein in zweierlei Hinsicht geeignetes Beispiel gewählt, war sie doch als Leiterin der Abteilung für Überlebendenberichte von Yad Vashem einerseits dafür verantwortlich, mit der Sammlung dieser Berichte eben jene mitgebrachte Erinnerung zu institutionalisieren. Andererseits zeigte sich in ihrem Streit mit Yad Vashem Direktor Ben-Zion Dinur, was für Schwierigkeiten die Erinnerung an den Holocaust auch in Israel mit sich brachte.

Als „Rückkehr der Erinnerung“ wird schließlich jener Prozess gekennzeichnet, der einsetzte, nachdem das Schweigen über alles, was mit Juden zu tun hatte, besonders den Holocaust, das in Folge der antisemitischen Kampagne von 1968 eingesetzt hatte, langsam gebrochen wurde. Der Beginn davon liegt in den späten 1970er Jahren und frühen 80er Jahren, als verschiedentlich neues Interesse an jüdischer Geschichte erwachte. Dies, so Finder, stand in direktem Zusammenhang mit dem Erstarren der demokratischen Opposition. Jene Polen, die Verantwortung für eine postkommunistische Zukunft übernehmen wollten, übernahmen sie auch für die Vergangenheit (S. 31). Beginn die Beschäftigung mit der jüdischen Vergangenheit Polens auf der Graswurzelebene, wurde sie zumindest für Teile der *Solidarność*-Bewegung bald zu einem wichtigen Anliegen und schließlich auch zu einem Bereich der politischen Auseinandersetzung mit dem Regime. Dies wird vor allem an den konkurrierende Gedenkveranstaltungen zu den Jahrestagen des Warschauer Ghettoaufstands deutlich, zu denen es ab 1983 kommt (S. 35 f.). In den Debatten um die polnisch-jüdische Vergangenheit, die nun erwachen, verlaufen die Grenzen jedoch weniger geradlinig zwischen Regime und Opposition, wie die eingangs erwähnte *Błoński*-Debatte zeigte. Finder zeichnet in seiner Einleitung die polnischen Debatten von den 1980er Jahren bis zu Jan T. Gross' Buch „Nachbarn“ nach und führt so noch einmal vor Augen, dass die Diskussion, mit verschiedenen Schwerpunkten und von kurzen Unterbrechungen abgesehen, andauerte und wohl noch immer keinen Abschluss gefunden hat. Schade ist, dass es in diesem Teil keinen gesonderten Beitrag zu den Ereignissen vor 1989 gibt. Dafür wird sich ausführlich mit der Thematisierung des Holocaust im polnischen Bildungssystem nach 1989 auseinandergesetzt, nämlich in dem Beitrag von Jolanta Ambrosewicz-Jacobs „So Many Questions: The Development of Holocaust Education in Post-Communist Poland“ und Robert Szuchtas „From Silence to Recognition: The Holocaust in Polish Education since 1989“. Auf sechs Seiten stellt außerdem Mi-

chael C. Steinlauf in „What Story to Tell? Shaping the Narrative of the Museum of the History of Polish Jews“ das Konzept des gerade in Warschau erstehenden Museums vor und Rebecca Golbert betrachtet aus sozialanthropologischer Sicht die Holocausterinnerung in der Ukraine. Abschluss des Schwerpunktes bildet ein Interview mit dem Schriftsteller und Holocaustüberlebenden Henryk Grynberg.

Alles in allem ist „Making Holocaust Memory“ ein gelungener Beitrag zur Herausbildung der Gedächtnisse an den Holocaust in Polen und bei den polnisch-jüdischen Überlebenden, besonders die Einleitung Finders ist hier noch einmal hervorzuheben. Die Beiträge nähern sich der Thematik von verschiedenen Seiten, stehen jedoch – wie leider oft bei Sammelbänden – mehr für sich selbst, als dass sie sich zu einem großen Ganzen fügen. Die Konzentration der allermeisten Beiträge auf die späten 1940er Jahre und die Zeit nach 1989 verweist auf die bestehenden Forschungslücken, so dass wohl als sicher gelten kann, dass dies nicht die letzte Publikation zu dieser Thematik sein wird, eine wichtige ist sie allemal.

Mit Blick auf die verbliebenen gut 130 Seiten des zwanzigsten POLIN-Bandes sei noch auf den sehr interessanten Artikel von Eva Plach „Introducing Miss Judea 1929: the Politics of Beauty, Race, and Zionism in Inter-War Poland“ über die von der Zeitung „Nasz Przegląd“ angeregte Wahl einer jüdischen Schönheitskönigin verwiesen und Verwunderung darüber ausgedrückt, dass die Beiträge von Bret Werb „Shmerke Kaczerginski: The Partisan Troubadour“ und Joanna Tokarska-Bakirs „You from Jedwabne“ nicht im Schwerpunktteil erschienen, sondern in der Rubrik „New Views“.

Stephan Stach, Leipzig

Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte, hrsg. v. Matthias Weber. München: R. Oldenbourg Verlag 2003, 344 S. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 21).

Der vorliegende Band ist die vollständige Dokumentation der auf einer Tagung des „Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ 2001 gehaltenen Vorträge. Anlass der Tagung war, wie der Herausgeber Matthias Weber schreibt, das „dreihundertste Jubiläum der Gründung der preußischen Monarchie durch die Königsberger Krönung von 1701“ (S. 9). Es darf als anmerkungswert gelten, dass die verbindenden Fragestellungen historiografi-

scher Traditionen in Deutschland und in Polen zur akademischen Erinnerung an das genannte Ereignis der Begründung Preußens als monarchischem Gebilde herangezogen wurden. Hier wurde konsequent ein Weg weiter beschritten, auf dem nicht nur die Forschungen zu den preußischen Ostgebieten konsequent in die Forschungslandschaft zu Ostmitteleuropa eingeordnet werden und damit einer historischen und geografischen Verortung Preußens als eines auch ostmitteleuropäischen Staatsgebildes Rechnung getragen wird. Vielmehr ging es auch um eine gemeinsame, zumindest deutsche und polnische Historiker zusammenführende Wiedererrichtung einer Forschungslandschaft, die sich aus einer neuen Regionalgeschichte der 1980er und 1990er Jahre v.a. in den Regionen Polens entwickelt hatte, die ehemals preußisches Staatsgebiet gewesen waren, und damit die Folgen der Trennung von Forschungsinteressen nach dem Zweiten Weltkrieg überwinden half. Die bundesdeutsche Ostmitteleuropaforschung hatte in den 1980er und 1990er Jahren von diesem regionalhistorischen Schub nachhaltig profitieren können. Dass in dem Band die Artikel somit sowohl in deutscher als auch polnischer Sprache präsentiert werden, ist nur eine logische Umsetzung dieser Ideen.

Der Band ist in zwei Schwerpunkte aufgeteilt, die sich zum einen der „Geschichte und Geschichtsschreibung“ und zum anderen in einem spiegelbildlichen Blick den „Orten“ der Erinnerung“ und der „Erinnerung an ‚Orte‘“ widmen. Die Autoren aus Deutschland und Polen leisten eine *tour d’horizon* durch die Geschichte Preußens in seinen östlichen Teilen, stets den Blick auf Preußen richtend als eine Staatlichkeit, die durch ihre Lage und nicht unerhebliche Teile seiner slawischen, hier gemeint v.a. polnischen, Bevölkerung in den Ostgebieten gekennzeichnet war.

Jan M. Piskorski (Preußen zwischen Deutschland und Polen, S. 63-82) und Klaus Zernack (Das Preußenland und die Geschichte Preußens in Ostmitteleuropa, S. 83-91) ordnen diese Mittel- und Mittlerlage Preußens souverän ein. Dass der Akt der Krönung von 1701 als solcher einer Würdigung bedurfte, ist selbstverständlich: Ernst Hinrichs (Die Königskrönung vom 18. Januar 1701 – ein historiographisches und ein historisches Problem, S. 35-61) wirft dazu – nachdenkens- und ebenso erwähnenswerte – Fragen nach historiografischer und auch historischer Betrachtung und Bewertung auf. Hans-Jürgen Bömelburg (Landesherrliche und dezentral-ständische Reformen – zwei Modernisierungspfade im Preußenland des 18. Jahrhunderts. Eine Neubewertung, S. 93-113) und Karin Friedrich (Zwischen zwei Adlern. Kulturelle und ideologische Einflüsse Polen-Litauens auf das Her-

zogliche Preußen vor 1701, S. 115-142; der Beitrag wurde nicht auf der Tagung präsentiert) untersuchen zwei Schnittstellen der preußischen Geschichte in Ostmitteleuropa: Bömelburg greift die Reformen des 18. Jahrhunderts auf, untersucht also die Formen von modernisierenden landesherrlichen sowie ständisch-herrschaftlichen Reviements in ihrer Wechselseitigkeit und Konkurrenz. Dabei gelingt ihm ein bemerkenswertes Bild auf die Vielgestaltigkeit von Herrschaft und zeitgenössischer Moderne in Staat und Gesellschaft des Königreiches Preußen. Karin Friedrich setzt als Kontrapunkt dazu zum einen einen internationalen Blickwinkel mit den Beziehungen des polnisch-litauischen Doppelreiches auf die preußischen Gebiete und zum anderen greift sie die Zeit vor der Königsberger Krönung als Darstellungsraum auf. Gespannt könnte man auf die jeweilige Ergänzung der Ansätze beider Autoren für die jeweils komplementäre Zeit und Analyseebene sein.

Ein Schwerpunkt des Bandes – nicht nur quantitativ – liegt ganz eindeutig bei der Ideen- und Rezeptionsgeschichte. Überblicksartig untersucht Jörg Hackmann „Preußische Ursprungsmythen“ (S. 143-171) in ihrem Wirkungs- und Entstehungsverlauf seit dem 15. Jahrhundert. Ihm gelingt es dabei, die komplexe Fragestellung beispielhaft anzureißen und problemorientiert die Folgen einer mythenbehafteten Geschichtsforschung und daraus abgeleiteten Erinnerung für die deutsch-polnischen Beziehungen auf staatlicher wie kultureller Ebene darzustellen. Er beschwört dabei auch die „dekonstruktive Rolle des Historikers“ zur Abwehr von Mythenbildungen, -tradierung und -umformung gerade für die Gegenwart hinsichtlich der vorgeblich ‚homogenen‘ Multikulturalität von Regionen des ehemaligen ostmitteleuropäischen Preußens.

Die Überlegungen Hackmanns aufnehmend, lassen sich die beiden Einzelstudien von Bernhart Jähnig (Geschichtsverständnis und Preußenbild Theodor von Schöns, S. 173-187) und Christian Pletzing („Deutsche Kultur“ und „polnische Zivilisation“. Geschichtsbilder in West- und Ostpreußen zwischen Vormärz und Kulturkampf, S. 189-205) als wichtige Hinweise auf die immer noch verbliebenen Forschungsdesiderate lesen, die gerade die Geschichte des östlichen Preußens für eine disziplinenübergreifende Ostmitteleuropa-Forschung bereit hält. Eng damit in Beziehung zu setzen ist der Beitrag von Hubert Orłowski aus dem zweiten Teil des Bandes (Das Bild Ostpreußens in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, S. 259-282). Gerade die Forschungen der letzten Jahre, z.B. von Andreas Kossert, haben das hier gezeigte Bild um einige wichtige Punkte ergänzt.

Ganz konsequent Orte und (natürliche oder künstlich geschaffene) Landpunkte im geografischen Sinne prägen die Darstellungen im zweiten Teil des Bandes. Während Tomasz Torbus aus seinen langjährigen Forschungen zu den Burgen des Deutschen Ordens eine Analyse des Deutschordensmythos in der Kunst Deutschlands und Polens anreißt und damit, gestützt auch auf einen umfangreichen Abbildungsteil, einer weitgehend unbeachteten Fragestellung nachgeht (Deutschordens-Ideologie in der polnischen und deutschen Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 209-257), widmen sich Robert Traba, Bert Hoppe und Jürgen Tietz begehren Orten in der Landschaft: Robert Traba gelingt dabei mit seiner Untersuchung „Zwischen ‚Bollwerk‘ und ‚Heimatismuseum‘. Zu den ostpreußischen Erinnerungsorten“ (S. 283-297) ein knapper Durchgang durch die Regionen, die er seit Jahrzehnten aus einem eigenen historisch- und politisch-gesellschaftlichen Engagement und seinen Forschungsinteressen als Historiker mit geprägt hat und damit selbst über die „Kulturgemeinschaft Borussia“ in Olsztyn mit neuen, die Geschichte der Region wieder aufnehmenden Erinnerungsorten versehen konnte. Er verweist neben der Analyse einiger dieser Erinnerungsorte auch auf die Entwicklung von Erinnerung vor Ort oder zum Ort in Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts. Dass er dabei auch die deutschen Vertriebenen als Träger einer sehr spezifischen Erinnerung berücksichtigt, wirft einige Möglichkeiten neuer Analysen zur Geschichte der Integration der Vertriebenen in Deutschland sowie auch für das Ostmitteleuropa- resp. Preußenbild in bestimmten politisch-kulturellen Milieus der Bundesrepublik auf.

Bert Hoppe fasst mit seiner Untersuchung zum Thema „Die Last einer feindlichen Vergangenheit. Königsberg als Erinnerungsort im sowjetischen Kaliningrad“ (S. 299-311) seine Forschungen zum Umgang der sowjetischen Besatzung und der (Neu-)Siedler des Kaliningrader Gebiets mit den historischen Resten der Stadt Königsberg als Kaliningrad zusammen. Dabei konzentriert er sich auf das im Krieg zerstörte und später geschleifte Schloss und die (erst spät in der Bundesrepublik bekannt gewordenen und seither in diversen Ausstellungen und Dokumentationen verbreiteten) Erkenntnisse über eine bei weitem nicht einheitliche Umgehensweise mit der ungeliebten deutschen resp. preußischen Vergangenheit durch die sowjetische Administration und die neu eingesiedelte Bevölkerung.

Jürgen Tietz greift in seiner Skizze (Ostpreußisches „Stonehenge“ – Das Tannenberg-Nationaldenkmal, S. 313-322) ebenfalls ein langjähriges Forschungsgebiet wieder auf, das er hier aber mit der Frage der

Wandlungen des Denkmals und landschaftsgestalterischen Veränderungen schärft. Vom Gedenkraum an den Sieg bei Tannenberg in den Schlachten des Ersten Weltkriegs entwickelt und gebaut, wurde das Denkmal zu einem Ausdruck des Führerkultes der Nationalsozialisten, dem sowohl in einer konstruierten Kontinuität mit dem Grabe Hindenburgs als des Siegers von Tannenberg gehuldigt wurde als auch mit der Beziehung auf eben diese Grabstelle als eines Aufmarsch- und Paradeplatzes, der auch die außerhalb des Denkmals liegende germanisierte Landschaft einbeziehen sollte.

Insgesamt zeigt der Band eine bemerkenswerte Breite von Forschungsansätzen. Viele von diesen sind in den Jahren seit seinem Erscheinen aufgenommen und weitergeführt worden. Gerade die Geschichte Ostpreußens hat in diesen Jahren eine vielfach neue Bewertung erfahren, zu diesem Anstoß hat der Band einen sehr eigenen Beitrag geleistet. Ergänzt durch ein Personenregister und eine Ortsnamenskonkordanz stellt er einen wichtigen Einstieg zum Thema dar.

Sabine Bamberger-Stemmann, Hamburg

Go North! Baltic Sea Region Studies: Past - Present - Future, hrsg. v. Carsten Schymik, Valeska Henye u. Jochen Hille. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2006, 205 S. (The Baltic Sea Region: Nordic Dimensions - European Perspectives / Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen - Europäische Perspektiven. 5).

In diesem Band, der die Beiträge einer im Rahmen der von der EU geförderten „BalticStudyNet“ Initiative im April 2005 in Berlin veranstalteten Konferenz enthält, geht es um die seinerzeit recht lebhaft geführten Diskussionen über mentale Raumkreationen, wobei man – aus der Perspektive des Jahres 2009 unfassbar – tatsächlich ohne das Wörtchen „transnational“ auskommt. Das im Titel vorgebrachte Thema der Baltischen Studien im engeren Sinne wird allerdings nur kurz in den Beiträgen von Marko Lehti, Olavi Arens und Viktor Trasberg angerissen, bei dem vor allem Lehti mit Recht anregt, begriffliche Konjunkturen zu hinterfragen. Auch Kazimierz Musiał widmet sich im weitesten Sinne diesem Thema, indem er die Bildungslandschaft im Ostseeraum im Kontext der Bemühungen um einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum kritisch analysiert. Allerdings findet sich dieser Text im Abschnitt über den Ostseeraum als Modell für andere Regionen. Die Klammer für die diversen Beiträge dieses Sammelbands dürfte das von Lehti vorgeschlagene Motto „Mastering

Regions – Training Masters“ stellen. Dabei sind sich nicht einmal die Autoren sicher, ob sie die hier hauptsächlich angesprochene Ostseeregion – „Go North“ eben – tatsächlich „mastern“.

Zunächst wird in dem Band versucht, die Praxis der Politik in den Dienst der Raumaufklärung zu stellen, indem Judith B. Cefkin, Mari-Anna Suurmunne und Alexander Sergunin analysieren, welches aktive Verhältnis die Regierungen der USA, Kanadas und der Russischen Föderation zum europäischen Norden haben. Hier ist viel von den veränderten Perspektiven nach 1989/91 die Rede, von gemeinsamen Werten, aber auch – im russischen Fall – von schwer zu überwindendem Misstrauen. Letzteres ist seit dem April 2005 kaum gewichen, vor allem was die Kooperation mit den ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken betrifft. Hier dürften regionale Kontakte über die Grenzen erfolgversprechender sein als der Versuch, beiden Seiten die Scheuklappen der jeweils betriebenen Vergangenheitspolitik herunterzureißen. Die von Bjørn Tore Godal entworfene norwegische Perspektive mit der Konzentration auf neue Sicherheitsrisiken, Umweltschutzfragen und natürliche Ressourcen in der Arktis mochte sich vor diesem Hintergrund damals geradezu avantgardistisch ausnehmen. Heute hat nach der spektakulären russischen Unterwassereroberung des Nordpols im August 2007 auch in diesem zuletzt genannten Bereich norwegischer Interessen die klassische imperiale Demonstration der Stärke Einzug gehalten. Hat da jemand nicht gerade noch von internationaler Kooperation gesprochen?

In Bezug auf die Frage der Ostseeanrainer und das Projekt der Ostseeregion meldet Sami Moisio aus Turku durchaus Zweifel an den postmodernen Raumträumen mancher akademischer Zeitgenossen an. Die Idee einer – um das Wort doch zu benutzen – transnationalen Integration hätte zwar schon einige Keime gesetzt, doch fehle ihr der Sinn für das mangelnde Regionalbewusstsein der Anwohner und die eigentümliche Konturlosigkeit der Region selbst. Neben den offensichtlichen Grenzen der Integration aufgrund des ökonomischen Ungleichgewichts betont auch Moisio die russische Geschichtspolitik als sozusagen negativen Standortfaktor. Demgegenüber sieht Clive Archer in der bereits erreichten Kooperation im Ostseeraum theoretisch durchaus ein nachahmenswertes Modell für regionale EU- und Nicht-EU-Partner. Weder auf dem Balkan oder in der Schwarzmeerregion noch im Kaukasus seien aber bislang die für eine Übernahme der Ostseestrukturen notwendigen Voraussetzungen gegeben.

Im letzten Teil des Bandes versuchen sich drei weitere Autoren an der anspruchsvollen Aufgabe, den Ostseeraum irgendwie mit dem

Mittelmeerraum in Zusammenhang zu bringen. Pertti Joenniemi analysiert die diversen EU-Initiativen in Bezug auf „Nord“ wie „Süd“, die unter dem Namen „Dimension“ oder „Nachbarschaftsinitiative“ bzw. „-politik“ bekannt wurden, und fragt sich, ob dahinter tatsächlich ein „great design“ zu vermuten sei. Tatsächlich aber klemmen die Fugen zwischen diesen Programmen, denen zufolge EU-Europa irgendetwas zwischen einem „Empire and a neo-medieval model“ (S. 135) werden wolle: Während Letzteres Dezentralisation initiiere, bemühe sich Ersteres um die Organisation des Ganzen in konzentrischen Kreisen. Höchst willkommen ist in diesem Kontext die kritische Zusammenstellung dessen, was eine Mittelmeerregion ausmachen könnte, die wir Athanasios Moulakis verdanken. So sehr die Region als historischer Kern Europas angesehen werden kann, so sehr muss man erkennen, dass vor allem die südlichen Anrainer sich dieser Lesart nicht immer fügten, wofür der Autor u.a. auch historische Karten analysiert. Letztlich bleibt auch er skeptisch angesichts der heutigen strukturellen Unterschiede der einzelnen Länder und räumt höchstens einer „Euro-Mediterranean“-Konstruktion Chancen auf Realisation ein.

Der längste Beitrag des Bandes dürfte in diesem Fall der ertragreichste zu sein: Auf gut 30 Seiten skizziert Uffe Østergård kenntnisreich einen Vergleich der Geschichtsregionen Ostsee- und Mittelmeerraum. Er macht deutlich, dass beide Räume sozusagen in komplett unterschiedlichen Aggregatzuständen verharren. Während der südliche weiterhin an der Nord-Süd-Trennung aufgrund der Arabisierung und Islamisierung Nordafrikas laboriere, überwinde der nördliche seine Trennung in eine westliche und eine östliche Hälfte, die für ein halbes Jahrhundert die traditionell dichten Kontakte unterbrach. Selbst die Erfolgsgeschichte seit 1991 habe im Norden jedoch nur Leuchttürme entstehen lassen, denn nicht einmal die dänisch-schwedische Öresundregion habe sich bei allem Engagement wirklich materialisiert. Nationale Grenzen behinderten weiterhin eine wie auch immer erwünschte Integration, sodass die „EU der Regionen“ immer noch in weiter Ferne liege.

Tatsächlich lässt sich dieser Befund Østergårds als Quintessenz des Bandes herausstreichen, wobei die Bedeutung der nationalen Räume mit Sicherheit in den letzten fünf Jahren kaum abgenommen haben dürfte. In einer von Carsten Schymik dankenswerterweise erstellten Zusammenfassung heißt es darüber hinaus, dass ausgerechnet die EU mittlerweile zu dem regionsbildenden Akteur in der Ostseeregion geworden sei. Die nunmehr im Norden etablierte institutionelle Effektivität auf andere Regionen übertragen zu können, sei zwar zur-

zeit wenig wahrscheinlich, doch ruft Schymik den von Archer in die Diskussion über eine erfolgreiche interregionale Kooperation eingebrachten, notwendigen „core of generous states“ als positive Idee in Erinnerung. Angesichts der im September 2009 viel zitierten globalen Krise darf man sich von diesem Kristallisationskern transnationaler Projekte nicht mehr allzuviel versprechen. Nationalstaatliche Egoismen sind demgegenüber krisenfester.

Karsten Brüggemann, Tallinn

Ute Schmidt, Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute). 2. Aufl., Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2004, 572 S., 37 Abb., Ktn.

Die 572 Seite umfassende Monografie von Ute Schmidt über die Deutschen aus Bessarabien ist eine Fallstudie zur Akkulturation und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und damit zu einem Themenkomplex, der in der Forschung noch über einen längeren Zeitraum aktuell bleiben wird. Die zentrale Frage der Autorin lautet, wie und warum den Bessarabiendeutschen, einer im abgelegenen Landstrich Südosteuropas sozialisierten bäuerlichen Bevölkerung, eine vergleichsweise rasche Integration in Gesellschaften mit konträren Rahmenbedingungen – in die moderne, marktwirtschaftlich orientierte westliche Industriegesellschaft der alten BRD sowie auch in die sozialistische DDR – gelang. Weitere Fragen gelten dem Verlauf der Akkulturation und Integration dieser Menschen, der Herausforderung an die jeweilige in den Integrationsprozess einbezogenen Generation, den spezifischen Generationsbeiträgen zu den Integrationsabläufen, der Rolle der Vorprägungen und bisherigen Erfahrungen und schließlich dem Verhältnis zwischen den staatlich-gesellschaftlichen Maßnahmen und den Eigenbeiträgen der jeweiligen Generation zu den Akkulturations- und Integrationsabläufen.

Auf der Suche nach Antworten stellt die Autorin zunächst fest, dass es in der neueren Flüchtlingsforschung erhebliche Forschungsdefizite gibt, und zwar gerade dort, wo sie ansetzen will. Erhebliche Desiderata macht sie aus in Bezug auf Mehrgenerationenanalysen mit den jeweiligen Integrationsverläufen, die Rolle der bisherigen Prägungen und des mitgeführten „kulturellen Kapitals“, den Wert von Erfahrungen aus Brüchen durch Gebietsverschiebungen, Heimatverlust und aus dem Minderheitenleben, das oft von den Beziehungen zwischen

dem neuen und dem früheren Heimatland überschattet war. Als besonders eklatant erweist sich für die Autorin der Nachholbedarf bei Forschungen zur Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Die Autorin geht den zu behandelnden Fragen auf mehreren Ebenen und mit wechselnder Perspektive nach. Am Ende präsentiert sie eine Mischung aus geschichtlicher Längsschnittanalyse und einer auf biografischen Interviews basierenden Studie, in deren Mittelpunkt nicht nur, wie bislang eher die Regel, allein die Erlebnisgeneration steht, sondern auch die Kinder- und Enkelgeneration, die nach berechtigter Auffassung der Autorin in den Akkulturations- und Integrationsprozess in beiden deutschen Staaten einbezogen waren und ihn mitgestaltet hatten.

Der Einleitung folgt die Topografie und Ethnografie einer Landschaft zwischen Dnestr und Pruth, in der sich deutsche Russland-Einwanderer zwischen 1817 und 1822 niederließen und die bis 1917/18 ihre neue Heimat werden sollte. Hier gestalteten sich die Anfänge ihrer „kollektiven Biografie“, formten sich ihre Selbstbilder, Denk- und Deutungsmuster. Zu Grundstrukturen gefestigt, prägten sie nicht nur das Leben der Bessarabiendeutschen im Großrumänien der Zwischenkriegszeit nachhaltig, sondern auch im Dritten Reich und später in der BRD und in der DDR bis in die Generation der Enkelkinder. Prägend waren dabei sowohl die relativ kontinuierliche Entwicklung bis zur Aufhebung der kolonialen Sonderverwaltung in den 1870er Jahren als auch – und das in besonderer Weise – die rasante Abfolge von tiefen und schmerzlichen Einschnitten und Brüchen bis hin zum Wechsel der Staatsangehörigkeit nach dem Oktoberumsturz in Russland und der darauf erfolgten Eingliederung ihres Siedlungsgebiets in den Machtbereich von Großrumänien.

Im Kapitel, in dem das Leben der Bessarabiendeutschen in Rumänien skizziert wird, widmet sich die Autorin den Fragen, die für diese Menschen, aber auch für andere ins rumänische Großreich eingegliederte Volksgruppen zwischen Dnestr und Pruth von entscheidender Bedeutung waren: Wahrung der ihnen zugesicherten Minderheitenrechte und Mitsprache bei der Gestaltung ihres Schulwesens. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Deutschen und ihre Nachbarn, die infolge der Gebietsverschiebung der Sowjetisierung entkommen konnten, insgesamt einer schroffen Rumänisierung ausgesetzt gewesen seien.

Die Tragik des Verhältnisses zwischen dem rumänischen Staat und der deutschen Minderheit in den 1930er Jahren bestand nach An-

sicht der Autorin darin, „dass der im Minderheitenvertrag verbriefte Anspruch auf Gleichberechtigung und angemessene Vertretungsrechte sowie ihr [der deutschen Minderheit; V.H.] Wunsch nach der Bewahrung ihrer tradierten kulturellen Autonomie in Bukarest nur aus taktischen Gründen und erst im Aufwind der extremen Rechten berücksichtigt wurde.“ (S. 97 f.)

In den der Umsiedlung und der Ansiedlung im „Warthegau“ und in „Danzig-Westpreußen“ gewidmeten Kapiteln wird die Tragik der Volksgruppe in besonderer Weise sichtbar. Die Bessarabiendeutschen, die der Einverleibung ins totalitäre Sowjetimperium dank des Molotov-Ribbentrop-Pakts entkommen konnten, landeten teils trauererfüllt aufgrund des Verlustes ihrer engeren Heimat, teils beseligt und berauscht, weil sie nun in die „wahre“ Heimat ziehen durften, im totalitären Hitlerreich, um als „Menschenmaterial“ für nationalistische Experimente zu dienen. Indem die Autorin einen überzeugenden Nachweis liefert, dass die bäuerlich geprägten Bessarabiendeutschen in der großen Masse nicht einmal in der Lage waren, Inhalte und Folgen dieser nicht nur gegenüber Polen und Juden, sondern auch gegen sie selbst gerichteten menschenverachtenden Projekte zu durchschauen, setzt die Autorin wichtige Akzente und leistet einen gewichtigen Beitrag zur Täter-Opfer-Problematik in der Forschung über deutsche Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten Weltkrieges.

Die Eingliederung der Bessarabiendeutschen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft der westlichen Besatzungszonen beruhte nach Ansicht der Autorin auf Integrations-Leitbildern, deren wichtigsten Bestandteile das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Selbsthilfe und der eindringliche Wille zur Integration waren. Auch sei es kein Zufall gewesen, dass die Bessarabiendeutschen nach Jahren nationalsozialistischer Religionsfeindlichkeit ein „Hilfswerk für evangelische Umsiedler“ gründeten, das auch nach Anschluss an die Evangelische Kirche Württemberg bzw. als Glied des „Hilfskomitees der Evangelischen Kirche Deutschlands“ landsmannschaftliche Arbeit leistete und die Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft organisatorisch begleitete. Die Integrationsleistung der Bessarabiendeutschen, der Weg von drei Generationen zum Erfolg wird jedoch nicht schlichtweg als Erfolgsgeschichte dargestellt, sondern als die Summe von oft beschwerlichen Schritten und Mühen, denen stets der Wille zur Integration in diese Gesellschaft, Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe zu Grunde lagen und die angebotene Hilfe des Staates wirksamer und erfolgreicher werden ließen.

Dem Leben und Wirken der Bessarabiendeutschen in der SBZ bzw.

der DDR, denen zwei weitere Brüche bevorstanden, einmal während der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft Anfang der 1950er Jahre und das andere Mal nach dem Ende der DDR, ist ein gesondertes Kapitel gewidmet. Nach Ansicht der Autorin ist ihnen auch dort, und zwar unter völlig anderen Rahmenbedingungen, eine vergleichsweise rasche Integration gelungen. Die Gründe des Erfolgs waren die zunächst gegebene Möglichkeit des „Wiederaufbaus“ einer bäuerlichen Existenz sowie die Nutzung von Erfahrungen ihrer „kollektiven Biografie“ und ihr Integrationswille. Dabei ist sich die Autorin im Klaren, dass es weiterer Forschungen bedarf, um das Bild zu vervollständigen.

Aus der Monografie wird aber auch ersichtlich, dass Nachforschungen für den Zeitraum zwischen 1940 und 1944/45 erforderlich sind, und zwar zum Ablauf der Ersteingliederung nach dem Verlassen der Aufnahmestellen und Lager. Viel Material dazu bietet beispielsweise die Druckschrift „Auf deutscher Scholle“, die dem Wochenblatt der Landesbauernschaft in Danzig-Westpreußen drei Jahre lang beigegeben war und in der Deutschen Bücherei in Leipzig zu finden ist. In der Monografie dominiert zuweilen eine „bessarabiendeutsche Sicht“ der Dinge, die dann in den biografischen Interviews logischerweise verfestigt wird, was der Arbeit nicht unbedingt zum Vorteil gereicht. So folgt die Darstellung der Russlandzeit in der Erfahrungsgeschichte der Bessarabiendeutschen teilweise Mustern, die in der neueren Forschung zunehmend mit Einwänden bedacht werden. Das betrifft die den Russlandeinwanderern zugeschriebene hervorragende berufliche Zusammensetzung, die Erfahrungen der ersten Siedlergeneration „in ländlichen Beschäftigungen und Handwerk“, die angebliche Einhaltung der vorgeschriebenen Erstausrüstung mit Eigenkapital, das harmonische Miteinander mit den benachbarten Ethnien. Die Studie hätte zweifelsohne davon profitiert, wenn die Autorin die interne Sicht in Bezug auf die interethnischen Beziehungen durch die Sicht der Russen und Kleinrussen auf die Bessarabiendeutschen ergänzt hätte, wie dies davor Detlef Brandes und Dietmar Neutatz in ihren Arbeiten über deutsche Kolonisten in der südrussischen Region getan haben. Sehr viel differenzierter werden in der neueren Forschung (Andreas Kappeler, Aleksej Miller, Dietmar Neutatz, Edward C. Thaden, Mariana Hausleitner) Prozesse analysiert, die allgemein als Russifizierung gedeutet werden. Gerade weil die Deutschen in Russland, auch die in Bessarabien, selbst unumgängliche Modernisierungsprozesse als Russifizierung wahrnahmen, sollte die Forschung solche Sichtweisen erklären und nicht unkritisch übernehmen.

Bei differenzierterer Betrachtung der Rumänisierungsprozesse hätte die Autorin ebenfalls sicherlich legitime Interessen des rumänischen Staates ausmachen können. Nicht unumstritten ist die Darstellung der Bessarabiendeutschen als „Ordnungsfaktor gegenüber revolutionären Tendenzen“ bei der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Tatar-Bunar im Jahre 1924, dessen zahlreichen Opfern das „politische Mitgefühl“ vieler europäischer Intellektueller von Weltrang galt. Es war doch in erster Linie die herrschende „Ordnung“ für die besonders prekäre wirtschaftliche Lage und die unverhohlene soziale und kulturelle Diskriminierung der slawischen Bevölkerung und damit, wenngleich auch bolschewistische Agenten ihre Hand im Spiel hatten, für deren Revolte verantwortlich. Der Bruch eines Tabus und damit des Grundsatzes, der für die Bessarabiendeutschen sowie auch für andere deutsche Kolonisten Südrusslands galt, sich aus Auseinandersetzungen der Nachbarn untereinander und mit der Staatsmacht herauszuhalten und nur bei akuter Gefahr zum Selbstschutz als einzigem legitimen Mittel zu greifen, bedarf Erklärungen, die mehr überzeugen als der bloße Hinweis, es habe sich ja um einen bolschewistischen Aufstand gehandelt.

Ebenfalls nicht unumstritten erscheint die allzu häufige Verwendung der Begriffe „Pioniergeist“ und „protestantische Arbeitsethik“. Insbesondere die stetige Hervorhebung der „protestantische Arbeitsethik“ bleibt mit dem Makel der nachträglichen Harmonisierung der früher von deutschen Minderheiten im Ausland, ob nun protestantisch oder katholisch, so oft und bewusst herausgestellten vermeintlichen Eigenschaften oder Qualitäten wie „deutscher Fleiß und deutsche Arbeit“ oder „deutsche Art“ und „deutsche Treue“ behaftet. Gerade an dieser Stelle hätte die Autorin ansetzen und zeigen können, dass derartige Sichtweisen leicht zu instrumentalisieren waren, weil sie auf äußerlich weitestgehend gleiche, inhaltlich jedoch bereits rasentheoretisch untermauerte Sichtweisen stießen.

Diese kritischen Anmerkungen sollen den Wert der Studie keineswegs schmälern. Ute Schmidt hat mit ihrer auf zahlreichen Dokumenten, darunter aus Privatarchiven aufbauenden und reich illustrierten Monografie Maßstäbe für Forschungen über die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland gesetzt. Gerade weil sie ein komplexes Geschichtsbild entworfen hat, sind (auch für sie) Bereiche sichtbar geworden, bei deren Erforschung Nachholbedarf besteht und eventuell auch neue Sichtweisen gefragt sind.

Victor Herdt, Göttingen

Frank M. Schuster, Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919). Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2004, 562 S., 16 Abb. auf Tafeln (Lebenswelten osteuropäischer Juden. 9).

In seiner Dissertation untersucht Frank Schuster auf breiter Literatur- und Quellenbasis die Lage der jüdischen Bevölkerung in den osteuropäischen Kriegsgebieten zwischen dem Baltikum und Galizien während des Ersten Weltkriegs. Der Autor bezieht in seine Studie nicht nur umfangreiches Archivmaterial ein, sondern stützt sich ganz bewusst in erheblichem Umfang auf jüdische Selbstzeugnisse in Form von Erinnerungen, Autobiografien, ja selbst fiktionalen literarischen Texten. Dementsprechend nehmen methodische Überlegungen zur Bedeutung von Erinnerung und zu Literatur als historischer Quelle breiten Raum ein (Kap. II, S. 57-110). Methodisch beruft sich der Autor zum einen auf den lebensweltlichen Ansatz in den Studien von Heiko Haumann und indirekt auf Jürgen Habermas' Kommunikationstheorie, der möglichst viele Aspekte aus der Sicht der Akteure zu erfassen sucht und ein größeres Gewicht auf individuelle Handlungsspielräume legt als klassische sozialgeschichtliche Ansätze. Unter Bezug auf Maurice Halbwachs und Dan Diner hebt Schuster anschließend die zentrale Rolle des „kollektiven Gedächtnisses“ und des „Erinnerns“ für jüdische Identität hervor. In seiner Darstellung versucht er die umfangreiche Memoiren- und Erinnerungsliteratur für die Rekonstruktion jener „jüdischen Lebenswelt“ im östlichen Mitteleuropa während des Ersten Weltkriegs und kurz danach zu nutzen.

In den Kapiteln III bis VI werden die Ereignisse vom Kriegsausbruch 1914 bis zu den Unabhängigkeitskämpfen nach Kriegsende 1918 nachgezeichnet, in Kapitel VII wird eine kurze Zusammenfassung und ein Ausblick auf die Nachwirkungen des zwischen 1914 und 1918 geschürten Antisemitismus auf das Verhalten der Soldaten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs geboten.

In Kapitel III wird die Zeit unmittelbar zu Kriegsbeginn im August 1914 behandelt. Im ersten Abschnitt (beginnend mit S. 112, nicht S. 114, wie im Inhaltsverzeichnis angegeben) stellt Schuster jüdische Reaktionen auf den Kriegsausbruch vor. In offiziellen Stellungnahmen jüdischer Politiker in Galizien ebenso wie in Russland überwogen ganz deutlich patriotische Töne, während in privaten Erinnerungen die Stimmung geteilt war. Je nach Stellung zur Religion und nach der generationellen Zugehörigkeit schwankte die Haltung zwischen Kriegsbegeisterung und großer Furcht vor dem Kommenden. In den

ersten Wochen bereits musste sich die österreichisch-ungarische Armee aus weiten Teilen Galiziens und der Bukowina zurückziehen. Seitens der Armeeführung wurde eine Taktik der „verbrannten Erde“ angewandt, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Trotzdem kritisierten Armeekreise die flüchtenden Zivilisten als „unpatriotisch“ (S. 122-128). Ausführlicher geht der Autor auf die jüdische Sicht der ersten Kriegsmonate in Galizien ein (S. 128-160). Neben den Erinnerungen von Moses Rosenkranz an die Flucht (S. 141-145) stehen längere Unterkapitel zu Julian Strykowski's „Austeria“ (S. 133-141) und den Erinnerungen von Manes Sperber (S. 145-160). Diese beiden hochliterarischen Texte werden durch theoretische Überlegungen zum Habsburg-Mythos methodisch eingerahmt, doch der Textabschnitt unter der Überschrift „Götterdämmerung: Die Stimmung bei den Juden zu Kriegsbeginn in Galizien“ zeigt auch die darstellerischen Fallstricke im Umgang mit literarischen Quellen. Aus den Erinnerungen Moses Rosenkranz' zitiert Schuster eine Bemerkung über seinen bevorstehenden Tod, dass er „wie ein [G]roßer des Landes, in kaiserlicher Pflege verschieden und auf Staatskosten begraben [sein werde]“ (weil er zuletzt im Armenhaus lebte), und legt ihr eine prophetische Bedeutung bei. Den Tod des Moses Rosenkranz sieht er als „Vorwegnahme des Todes des Kaisers und des Untergangs der österreichisch-ungarischen Monarchie“ (S. 131). Angesichts des Umstands, dass der Autor dieser Erinnerungen diese Ereignisse gar nicht mehr erlebt hat (er verstarb ja im Jahre 1914), stellt dieser Passus eine Literarisierung dar, welche die Quelle – gelinde gesagt – überfordert. Dieses und ähnliche Fragmente im Buch tragen unzweifelhaft zum Leseerlebnis bei (das Buch ist spannend zu lesen), doch sie verwischen auch die Grenzen zwischen historischer Analyse und Geschichtenerzählen.

In Kapitel IV (S. 161-234) wendet sich Schuster der Zeit der russischen Besatzung in Ostpreußen, Galizien und der Bukowina zu. Nach einem kurzen Überblick über die russische Besetzung Ostpreußens rückt er die Reaktion des russischen Militärs auf die bald einsetzenden Niederlagen in den Mittelpunkt. Aus Sicht der Armeeführung boten sich die Juden als Sündenböcke an, um von eigenen Fehlentscheidungen abzulenken. Dieser Punkt wird anhand von Verwaltungsschrifttum und Erinnerungen von Militärs überzeugend herausgearbeitet. Problematisch erscheint aber Schusters Erklärungsansatz, dass die Juden trotz aller Integrationsbemühungen ein „Fremdkörper“ im russischen Staat geblieben seien (S. 166). Der Verweis auf einen tiefer liegenden Antisemitismus als Hintergrund für die Sündenbock-

Propaganda liegt auf der Hand, doch das hat nichts damit zu tun, ob die Juden ein „Fremdkörper geblieben“ seien. Das Wesen der antisemitischen Rhetorik liegt gerade darin, dass sie keines „realen Hintergrunds“ bedarf – wie der Autor in seiner Studie nicht nur hier, sondern auch in den folgenden Kapiteln immer wieder deutlich macht.

Der folgende Abschnitt richtet den Blick auf Galizien und die Bukowina (S. 169-195). Der Autor schildert zunächst die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung während der russischen Besatzung, wobei er sich zur Rekonstruktion der Ereignisse auf amtliche Quellen stützt, die er mit ausführlichen Zitaten aus Strykowski's „Austeria“ illustriert (S. 169-179). Trotz der Aussagen von russischen Offizieren, die keine Anhaltspunkte für ein feindliches oder schädigendes Verhalten der jüdischen Bevölkerung im Kriegsgebiet erkennen konnten (S. 179 ff.), wurden Deportationen und Geiselnahmen angeordnet und durchgeführt, zum Teil wurden jüdische Geiseln (bevorzugt Gemeindevorstände) ins Innere Russlands verschleppt. Die Besatzungspolitik führte schnell zur Verelendung der jüdischen Bevölkerung. Trotzdem kam es in einzelnen Erinnerungen zu einer Verklärung der russischen Besatzungszeit. Schuster polemisiert (S. 193 ff.) mit den Erinnerungen Salcia Landmanns und kontrastiert ihre Erinnerungen mit anderen Quellen, um diese Verklärung aufzubrechen.

Im nächsten Großabschnitt in Kapitel IV (S. 195-232) wird auf die Juden im Inneren des Russischen Reichs geblickt. Auch hier waren Ausweisungen und Deportationen an der Tagesordnung. Sehr aufschlussreich ist Schusters Rekonstruktion und Analyse der „Legende von Kuzi“, welche der Ausweisung der Juden aus Kurland zugrunde lag (S. 203-206). Zur Erklärung militärischer Misserfolge wurde eine Verratslegende konstruiert und in den russischen Medien verbreitet, die bei den Militärs vor Ort kaum Interesse hervorrief, dafür aber bei der Regierung und der Armeeführung. Aus jüdischen Erinnerungen rekonstruiert Schuster ein eindrucksvolles Bild der Verelendung infolge der Deportationen, als Hunger, Seuchen, Schmuggel und Prostitution sich ausbreiteten. Beim Rückzug der russischen Armee aus den Ostseeprovinzen kam es erneut zu Pogromen, verstärkt wurden antisemitische Ressentiments instrumentalisiert, um die militärischen Rückschläge gegenüber den russischen Soldaten und der Öffentlichkeit im Russischen Reich zu rechtfertigen. Als sich die Front weiter nach Osten verschob und die Deportationen eine Erweiterung des Ansiedlungsrayons nötig machten, kam es in Regierungskreisen zwar zu Diskussionen um die Deportationspolitik, doch eine Umorientierung der Politik blieb aus (S. 221-232).

In Kapitel V (S. 235-418) widmet sich Schuster dem längsten Teil des Ersten Weltkriegs, in dem die Gebiete von der Ostsee bis zur Bukowina unter der Besatzung der Mittelmächte standen. Noch während des Vormarsches versuchte die Propaganda der Mittelmächte, auch die jüdische Bevölkerung zur Unterstützung zu gewinnen (S. 235-239). Nach der Wiedereroberung Galiziens und der Bukowina blieb von diesen Erklärungen nichts übrig. Allerdings macht Schuster deutlich, dass es 1915 auch gegen Ruthenen und Rumänen zu Übergriffen kam (S. 241 f.). Schnell sorgte jedoch das Interesse an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für ein Ende der Ausschreitungen. Diskriminierende Praktiken blieben jedoch an der Tagesordnung. Behinderungen im Wirtschaftsleben nahmen vielen Juden die Existenz, worauf die Verwaltung mit Zwangsarbeitsmaßnahmen gegen die „arbeitsscheuen“ Juden reagierte (S. 287-328). Zwei Abschnitte widmet Schuster der Tätigkeit der jüdischen Gemeinden. Im ersten zeichnet er anhand von Verwaltungsschrifttum die Reorganisation der Gemeinden unter der Besatzung nach (S. 267-287), im zweiten beleuchtet er die Praxis unter Besatzungsbedingungen (S. 328-357). Kurz geht er auf die Lage der Flüchtlinge ein (S. 357 ff.) und zeichnet dann eingehend das kulturelle (S. 359-384) und politische Leben (S. 384-418) der jüdischen Bevölkerung unter der Herrschaft der Mittelmächte nach. In diesen beiden Punkten kann er sich auf eine Vielzahl zeitgenössischer innerjüdischer und amtlicher Quellen stützen. Sie zeigen ein beachtliches Maß an Selbstorganisation in einem prekären und von ständiger Unsicherheit geprägten Umfeld.

Das Ende des Krieges und der Abzug der Mittelmächte ließ die gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Juden an allen Abschnitten der Front wieder aufleben, allerdings war es diesmal die Zivilbevölkerung und nicht das Militär, welche die führende Rolle bei den Pogromen innehatte (Kap. VI, S. 419-454). Der Autor schildert die Gewalt an vielen Orten des zerfallenden Habsburgerreiches und geht danach ausführlicher auf die Pogrome im nördlichen Frontabschnitt, in Pinsk und Vilna (sic!) ein. Die Berichte von Zeitgenossen über die Ausschreitungen werden ergänzt durch Erinnerungen, in denen aus der Rückschau eine Einordnung der Ereignisse unternommen wird.

Eine solche Einordnung in den breiteren Kontext der geschichtlichen Entwicklung versucht Schuster im abschließenden Kapitel VII (S. 455-490). Die eigentliche Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse fällt dabei mit gut zwei Seiten recht knapp aus (S. 458 ff.). Nach einem Ausblick auf den Krieg in jüdischen Erinnerungen (S. 460-

466) unternimmt er in einem längeren Abschnitt („Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Ein Ausblick“, S. 466-490) den Versuch, die Wirkungen der während des Ersten Weltkriegs verfestigten antisemitischen Stereotypen während der Weimarer Republik und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs fortzuzeichnen. Dieser letzte Abschnitt hat erneut eher einen illustrierenden denn analytischen Charakter. Die angeführte Geschichte von Moise Trumpeter (aus Johannes Bobrowskis „Mäusefest“) ist nicht eigentlich eine Illustration des Antisemitismus eines jungen Soldaten, und sie ist schon gar nicht nötig, um Schusters Kernaussagen zu bekräftigen.

Dem Autor ist es überzeugend gelungen, ein sehr facettenreiches Bild von den Lebensumständen der jüdischen Bevölkerung entlang der Ostfront im Ersten Weltkrieg zu zeichnen und zugleich Ursachen und Wirkungsmechanismen antisemitischer Propaganda in dieser Zeit aufzuzeigen. Durch die konsequente Akteursperspektive vermeidet er die Gefahr, eine reine Erleidensgeschichte zu schreiben, und arbeitet die Handlungspotenziale der jüdischen Menschen in einer doppelt feindlichen Umwelt heraus. Indem er an vielen Stellen literarische Texte zu Wort kommen lässt, erhöht er die Anschaulichkeit seiner Darstellung. Diese Texte machen aber auch die schmale Gratwanderung zwischen historischer Analyse und außerhistorischer Illustration deutlich und regen zu weiterem Nachdenken über die Möglichkeiten einer Verflechtung von Erinnerungs- und sozialgeschichtlichen Analysen an. Nur am Rande, aber doch vermerkt werden muss der nachlässige Umgang mit diakritischen Zeichen bei zahlreichen slavischen, insbesondere polnischen Begriffen. Insgesamt stellt Frank Schusters Buch einen wichtigen Beitrag nicht nur zur jüdischen Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts, sondern auch zur Frage nach den Handlungsoptionen von Zivilbevölkerungen im Ersten Weltkrieg dar.

Jürgen Heyde, Halle-Wittenberg

Darius Staliūnas, Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863. Amsterdam/New York: Rodopi 2007, 465 S., Abb. (On the Boundary of Two Worlds: Identity, Freedom, and Moral Imagination in the Baltics. 11).

Theodore R. Weeks hat in einem Artikel zum Problem der „Russifizierung“ im Russischen Imperium darauf hingewiesen, dass Letztere – nimmt man ihren Anspruch im Sinne ihrer Gegner für voll –

komplett gescheitert sei.¹ Gerade die Zeit, die gemeinhin als ihr Höhepunkt gilt, die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, ist ja als die Phase des „nationalen Erwachens“ der „kleinen“ nicht-russischen Völker des Reichs in die Geschichtsbücher eingegangen. In diesem Kontext lohnt es sich darauf hinzuweisen, wie ungerecht zuweilen Begriffe sein können, war doch „Russifizierung“ in gewisser Hinsicht auch nur ein Ausdruck des „nationalen Erwachens“ eines zugegebenermaßen „großen“ Volks – welches sich nun vor der Herausforderung sah, „sein“ multinationales Imperium irgendwie russischer zu machen, wenn nicht gar ebenfalls einen Nationalstaat anzustreben, wofür allerdings die Russen erst einmal selbst zu Russen gemacht werden mussten. Tatsächlich ist der Begriff der „Russifizierung“, den auch Staliūnas im Titel seines Buchs nennt, aber erst im dritten Kapitel ausführlicher diskutiert, eher ein Kampfbegriff der Gegner jeglicher Integrationspolitik, ein Begriff, mit dem sich die Forschung schwer tut, zumal ihn die eigentlichen Akteure, als die gemeinhin die Repräsentanten des Imperiums oder pauschal als „die Russen“ angesehen werden, ja weitgehend vermieden haben. Im Sinne der Gegner wurde „Russifizierung“ aber gerade auch im Kontext des „kurzen“ 20. Jahrhunderts fast zu einem Synonym für einen weiteren umstrittenen Begriff: dem des „Genozid“.

Tatsächlich war die russische bürokratische Praxis, die heute sehr viel stärker als zuvor in den Blickpunkt einer jüngeren Generation von Historikerinnen und Historikern gerät, weit davon entfernt, derartig mörderische Tendenzen auch nur zu erwägen. Aber wie in der Genozidforschung macht sich nun auch die Imperiumsforschung endlich daran – um im Vokabular zu bleiben –, von der „Opfer-“ auf die „Täterperspektive“ umzuschalten. Auch Staliūnas verfolgt dieses Ziel, da er zugleich das andere Extrem der traditionellen Historiografie, dem zufolge das Imperium auf Herausforderungen der nicht-russischen Gruppen lediglich reagiert habe, mit Recht bestreitet. Allerdings sei gleich gesagt, dass sich sein Buch keineswegs als Einführung in dieses komplexe Thema lesen lässt: Es beschränkt sich auf einen kurzen Zeitabschnitt (die 1860er Jahre) und eine spezifische Region. Dabei verschlägt es einem aufgrund der Vorliebe für Details die Lust auf jegliche komparative Generalisierung. Was für den Spezialisten der imperialen Politik in den litauisch-belorussischen Gebieten in der Zeit des Polnischen Aufstands nur als Fundgrube

¹ Theodore R. Weeks, *Russification: Word and Practice 1863–1914*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 148 (2004), S. 471–489, hier S. 471.

bezeichnet werden kann, lässt den allgemein an der imperialen russischen Nationalitätenpolitik interessierten Leser zuweilen etwas orientierungslos zurück, da ihm scheinen muss, als fehle dem Buch der rote Faden. Hierfür gibt es allerdings Gründe. Zum einen merkt man den einzelnen Kapiteln an, dass einige von ihnen bereits in Artikelform veröffentlicht worden sind. Zum anderen liegt dies an der (sehr berechtigten!) These des Autors, der sich der traditionellen Ansicht widersetzt, die Zarenregierung habe das konsequente Ziel verfolgt, Mitglieder anderer nationaler Gruppen zu assimilieren (S. 21).

Somit besteht ein guter Teil des Buchs darin zu differenzieren, welche Vorstellungen in verschiedenen Segmenten der imperialen Bürokratie im Hinblick auf verschiedene ethnische Gruppen an Vorstellungen geherrscht haben, diese dem Rest des Reichs anzugleichen. Eng an den Quellen gearbeitet, lässt sich der methodische Ansatz als Diskursanalyse beschreiben. Der Blick auf den Exekutor einer inkonsistenten Politik, der von den aufstrebenden und vom Aufstand befeuerten öffentlichen Diskursen der Nation stärker beeinflusst war als von den Vorstellungen einer dynastisch und/oder konfessionell denkenden Zarengewalt, verrät somit mehr über den lokalen Kontext der im Namen des Imperiums durchgeführten Politik als über einen ohnehin nur virtuell vorstellbaren zentralen Ort, an dem Prinzipien der Herrschaft über nicht-russische Regionen formuliert worden wären. Genau dies spiegeln die scheinbaren Inkonsistenzen des Buchs, die den Lesefluss leider nicht befördern – dankbar liest man daher die knappen Zusammenfassungen, die der Autor seinen Kapiteln (und zuweilen auch den Subkapiteln) hinzugefügt hat.

In der wiederum sehr konzisen Einleitung positioniert Staliūnas seine Studie im Kontext der internationalen Nationalismus- und Imperiumsforschung zum Russischen Reich, indem er deren wichtigste Etappen rekapituliert. Das erste Kapitel widmet sich der administrativen Stellung des so genannten Nordwest-Gebiets („Severo-zapadnyj kraj“) – allein diese Bezeichnung verdrängte ja bewusst die historischen Begriffe Žemaiten und Litauen – und vor allem der heutigen litauischen Hauptstadt Vilnius, die damals in russischen Augen vor allem als polnisches Zentrum galt. Sollte Vilnius nun zum „centre of Russianness“ aufgewertet werden, wie man unmittelbar nach dem Aufstand anstrebte, oder ließ man dies aufgrund des fraglichen Erfolgs bleiben und reduzierte den administrativen Status der Region etwa durch die Abschaffung des Generalgouvernats, wie es am Ende der 1860er Jahre geschah? Wenn es einen Konsens in der Frage der Behandlung der litauischen, belorussischen und ukrainischen Bevölke-

rung gab, dann zielte dieser in dem Maße, in dem sich allmählich ein ethnisch gestrickter Blick auf die Diversität der Region durchsetzte, auf deren Herauslösung aus ihren kulturell-religiösen Verbindungen mit den Polen.

Diesem wachsenden Verständnis des Imperiums als Konglomerat verschiedener Ethnien zollte die lokale Administration im Nordwest-Gebiet spätestens nach 1863 Tribut, zumal die Belorussen und Ukrainer von den Beamten zunehmend als integraler Bestandteil der russischen Nation angesehen wurden. Im zweiten Kapitel wird nachgezeichnet, welche Konsequenzen sich aus dieser Einsicht ergaben. Tatsächlich wurde keine stringente Nationalitätenpolitik etabliert, da die Positionen der herrschenden Elite doch recht widersprüchlich blieben. Sollte man nun die nicht-dominanten ethnischen Gruppen unterstützen, um gegen die vermeintliche Polonisierung der Region anzukämpfen, oder kam dies schon genau deswegen nicht infrage, weil die Belorussen und Ukrainer als Russen angesehen wurden? Zwar erhob sich gegen eine Depolonisierung der katholischen Litauer kein Widerstand, doch gab es weiterhin unter den konservativen Emissären St. Petersburgs die Tendenz, mit dem polnischen Adel zu kooperieren und jegliche Unterstützung für Ukrainer und Belorussen als gefährliches soziales Experiment anzusehen.

Vor allem rhetorisch bekam die Vorstellung, letztere stärker in die russische Nation zu integrieren, die Oberhand. Der Bedeutung einer wie auch immer gearteten „Russifizierung“ der Region – kaum einmal wird im offiziellen Diskurs von der „Russifizierung“ der Litauer oder Letten gesprochen, während die Belorussen und Ukrainer ja ohnehin schon „Russen“ waren – geht das dritte Kapitel nach. Hier wird in erster Linie deutlich gemacht, dass es dabei in russischer Sicht auch um die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit ging, schließlich galt die Region als „ursprünglich“ im ethnischen Sinne russisch. Russische Nationalitätenpolitik differenzierte zudem ihre Objekte: Was für die Belorussen meist Assimilation bedeutet habe, hieß im Falle der Polen eher politische Integration, während von den Juden Akkulturation und Integration erwartet worden seien. Wesentlich aber ist in diesem Zusammenhang Staliūnas' Nachweis, wie stark der Einfluss von Publizisten wie z.B. Michail Katkov und seinen „Moskovskie Novosti“ („Moskauer Nachrichten“) auf die Provinzialbeamten tatsächlich war.

Ein ausführliches viertes Kapitel untersucht die politische Praxis der zarischen Beamten bei der Anwendung nationaler Kategorien im Zuge der angestrebten Depolonisierung – ein Prozess, der, wie der

Autor mit Recht bemerkt, die Beamten selbst erst nationalisierte, indem er sie zwang, diese neuen nationalen Kriterien zu praktizieren (S. 127). Egal, ob es um die Reduzierung des Landbesitzes polnischer Gutsherren mit Hilfe der Steuerpolitik ging oder um die Ersetzung polnischer Lehrer und Beamter bzw. die Einführung eines polnischen *numerus clausus* an den Universitäten, das Problem der Identifikation eines „Polen“ blieb. Selbst wenn der offizielle Diskurs kaum einmal die Gleichsetzung Katholizismus = Pole formulierte, waren es doch meist religiöse Kriterien, die zur Unterscheidung angewandt wurden; so waren orthodoxe Bauern im Blick der Bürokratie zweifellos Russen, katholische „potentielle Polen“. Probleme ließen dabei nicht lange auf sich warten, denn was sollte nun mit katholischen deutschbaltischen Gutsbesitzern passieren? War ein zur Orthodoxie konvertierter Pole von nun an als „Russe“ anzusehen? Mehr und mehr setzte sich die Gewissheit durch, dass jede Form von Assimilation – oder von „Annäherung“ („sbliženie“) bzw. „Verschmelzung“ („slijanie“) an die Russen – als ein Prozess von Generationen angesehen werden müsse. In diesem Zusammenhang wurde nun die Frage der Litauer akut, die zwar nicht in dem Maße der diskriminierenden antipolnischen Politik der Behörden unterlagen, deren zukünftige Hinwendung zum Russentum aber ebenfalls zunehmend bezweifelt wurde.

Im fünften Kapitel werden die Bemühungen betrachtet, die Region mit Hilfe der Konversionen zur Orthodoxie „russischer“ zu machen. Hier geht Staliūnas detailliert auf lokale Unterschiede ein, aber auch auf die durchaus nicht einheitliche Haltung der Behörden hierzu: Handelte es sich dabei um einen langfristig zu implementierenden Prozess oder sollte ein gewisser Zwang ausgeübt werden dürfen? Tatsächlich konnte es nicht ausbleiben, dass die Idee einer Kirchenunion diskutiert wurde, die aber in St. Petersburg (Innenminister Petr Valuev) im Hinblick auf Russlands Außenbeziehungen nicht überall willkommen geheißen wurde. Der Streit um die Frage, wie die Katholische Kirche depolonisiert werden sollte, verweist auf die Diskussion innerhalb der sich über das nationale Thema konstituierenden russischen Öffentlichkeit,² in der auf der einen Seite Katkov bereit war, einen belorussischen Katholiken als „Russen“ anzuerkennen, während Ivan Aksakov auf der Orthodoxie als Kennzei-

² Andreas Renner, *Russischer Nationalismus und Öffentlichkeit im Zarenreich 1855–1875*. Köln/Weimar/Wien 2000 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 31); ders., *Defining a Russian Nation: Mikhail Katkov and the ‚Invention‘ of National Politics*, in: *Slavonic and East European Review* 81 (2003), S. 659–682.

chen des Russentums beharrte. Erneut lag ein Kompromiss in weiter Ferne.

Neben der Konfession war es die Sprache, die als Kennzeichen der Nation anzusehen auch wissenschaftliche Unterstützung fand. Polnisch zu sprechen, wurde verboten und die Topografie der Straßen in Vilnius russifiziert, indem sie nun nach zentralrussischen Städten benannt wurden. Diese Form der administrativen Diskriminierung ging hier weiter als im Königreich Polen, das als imperialer Besitz angesehen wurde und nicht als seit alters her russisches Gebiet: Von nun an konnte man überall im Reich Polnisch reden – nur nicht in Kaunas oder Vilnius. Das sechste Kapitel über Sprache und Bildung beschäftigt sich ausführlich mit den Maßnahmen gegen polnische Lehrer und polnische Bücher, aber auch mit der Frage, welche Zukunft dem Jiddischen zugesprochen werden sollte.

Im Hinblick auf die Einführung der kyrillischen Schrift für das Litauische macht Staliūnas darauf aufmerksam, dass es auch hier in den 1860er Jahren einen wesentlichen Unterschied zwischen der im Königreich Polen und der in den Nordwest-Provinzen implementierten Politik gab. Im ersteren Fall sollte die Entwicklung des Litauischen gefördert werden, um die Litauer von den Polen zu emanzipieren und sie mit Hilfe des Alphabets an die russische Kultur zu akkulturieren. Merkmal für diese Politik war, dass das Litauische selbst in den höheren Schulen nicht vom Lehrplan verschwand. Die administrative Praxis in den Nordwest-Provinzen hingegen lief darauf hinaus, das Litauische so weit wie möglich dem Russischen anzunähern; hier war Russisch von der ersten Klasse an Pflicht und dem Litauischen gebührte die Rolle einer Hilfssprache, zumal bewusst Lehrer eingesetzt wurden, die die lokale Sprache nicht verstanden. In letzter Konsequenz sollten die Litauer, deren Religiosität in den Vorstellungen der Beamten dem Fanatismus „potentieller Polen“ gleichkam, über das kyrillische Alphabet und die russische Sprache zur Orthodoxie konvertiert werden. Den Beamten ging es also um eine möglichst weitgehende Assimilation, selbst wenn ihnen durchaus klar war, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen würde. Letztlich aber, so Staliūnas, sei es beiden Fraktionen im Endeffekt darum gegangen, in den westlichen Grenzländern des Russischen Reichs in der Zukunft dem Russischen und der russischen Kultur einen gebührenden, wenn nicht gar dominierenden Platz zu sichern.

In seinem Schlusswort weist Staliūnas nachdrücklich darauf hin, dass strukturell ähnliche Maßnahmen in Bezug auf unterschiedliche ethnische Gruppen durchaus unterschiedliche Ziele haben konnten.

Stets jedoch habe dabei die traditionelle *divide et impera*-Politik, der Loyalität über alles ging, ihren Einfluss geltend machen können. Wie komplex die Frage der Implementierung einer zielgerichteten Politik selbst in einem – nach russischem Maßstab – relativ überschaubaren nicht-russischen Gebiet sein konnte, zeigt diese Studie überaus deutlich. Auch ihr Autor lässt keinen Zweifel daran, dass die russische Lokaladministration ihre Ziele nicht erreicht hat, auch wenn er sich am Schluss erlaubt, ein Szenario zu kreieren, dem zufolge bei behutsamerem Vorgehen der Behörden im Falle der Litauer eine höhere Akzeptanz für die Annahme des kyrillischen Alphabets durchaus vorstellbar gewesen sei. Aber wie dem auch sei, letzten Endes ging es bei all diesen Auseinandersetzungen um die Kategorien des Fremden in russischer Perspektive auch um die Definition dessen, was als das Eigene anzusehen war. In diesem Kontext hat der Titel des Buches „Making Russians“ einen extrem treffenden Doppelsinn.

Im Grunde ließe sich wohl eine Linie ziehen zu den Problemen, mit denen sich die deutsche Oberost-Verwaltung im Ersten Weltkrieg bei ihrem Versuch konfrontiert sah, mit Hilfe ethnischer Kategorien Ordnung in die multikulturelle Gemengelage der Region zu bringen.³ Aber wie gesagt, der Autor der hier anzuzeigenden Studie hält sich zurück mit derartigen Verallgemeinerungen oder Vergleichen, auch wenn er natürlich deren Notwendigkeit einsieht. In dieser Hinsicht dürfen wir auf zukünftige Arbeiten, die mit Sicherheit von Staliūnas' Studie angeregt werden, gespannt sein.

Karsten Brüggemann, Tallinn

³ Siehe hierzu Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity, and German Occupation in World War I*. Cambridge 2000 (Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare. 9).

Vom Symbol zur Realität. Studien zur politischen Kultur des Ostseeraums und des östlichen Europas, hrsg. v. Walter Rothholz u. Sten Berglund. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2008, 400 S.

Das Thema „politische Kultur“ hat einen vielfältigen Rahmen im Bereich der Sozialwissenschaften und auch viele analytische Objekte geschaffen. Die Herausgeber Walter Rothholz und Sten Berglund des Sammelbands „Vom Symbol zur Realität. Studien zur politischen Kultur des Ostseeraums und des östlichen Europas“ (mit englisch- und deutschsprachigen Beiträgen) verfolgen zwei Hauptziele: einer-

seits einen Beitrag zur theoretischen Definition „politischer Kultur“, andererseits eine empirisch-fundierte Untersuchung „politischer Kultur“ am Beispiel des Ostseeraums und des östlichen Europas.

Sowohl in der Einführung von Walter Rothholz als auch in dem ersten Beitrag von Mathias Hildebrand zu „Civil religion and political culture in intercultural prospects“ werden die bekanntesten Definitionen von „politischer Kultur“ besprochen. Die Autoren wenden sich gegen ein liberales Verständnis des Begriffes, u.a. gegen das oft zitierte Werk von G. Almond und S. Verba „The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Countries“ (1963). Ihrer Meinung nach werden Bereiche der Gesellschaft nicht von etwaigen festen Ideologien (Mythen, religiösen Symbolen) beeinflusst, sondern im Gegenteil, um den „missing link“ zwischen Menschen und Institutionen zu begreifen, „we can only comprehend individuals when taking the ontology of the way society sees itself into account“ (S. 10). In diesem Sinne ist denn auch der erste Teil des Sammelbandes „Vom Symbol zur Realität“ zu verstehen. In diesem Verständnis ist die Autonomie des Menschen viel geringer als erwartet und – so Rothholz – es sei das, was die Menschen aus Ostmitteleuropa gemeinsam hätten. Daher wird im Sammelband keine umfangreiche Theorie „politischer Kultur“ angeboten, sondern „Ausschnitte aus verschiedenen politischen Regimen“ (S. 10) vorgestellt, die von Autoren aus den jeweiligen nord- und ostmitteleuropäischen Ländern verfasst wurden.

Interessiert man sich für „politische Kultur“, so steht auch die Gegenüberstellung von Nation und internationalen Normen im Mittelpunkt. Daher bildet der Beitrag von Martin Sattler „From nation state to member state of the European Union. Reflections on nationalism in the 21st century“ eine gute Einleitung in das empirische Feld der Nationen Nord- und Ostmitteleuropas des 21. Jahrhunderts. Dasselbe gilt für die Analyse von Norbert Götz „Corporatism and Universalism in Foreign Affairs: The Case of Civil Society Inclusion in Swedish Delegations to the General Assembly of the United Nations“. Mit beiden Themen werden nationale Erfahrungen mit „homogenisierenden“ Normen konfrontiert. Es wird auch gezeigt, inwiefern Geschichte eine Rolle spielt und Traditionen, wie etwa der Korporatismus in Schweden, sich neuen Situationen anpassen.

Nach der Behandlung der internationalen Ebene folgt im Sammelband die mehr klassische Ebene des Nationalstaates. Die Beiträge werden dabei von Nord nach Süd aneinandergereiht. Mikko Lagerspetz betrachtet, wie sich Individualismus im post-sozialistischen Estland in Beziehung zur Gesellschaft und dem Staat definiert, Stephan Kessler,

wie sich eine Sprachpolitik in Lettland mit Rücksicht auf eine starke nationale Minderheit entwickelt, und Nicolas Winkler, welche Rolle Mythen für das nationale Bewusstsein in Litauen spielen. Während Zdzisław Krasnodębski „Poland’s civil religion“ (um nicht das Wort „secularisation“ zu verwenden) und ihre liberale Dekonstruktion behandelt, erläutert François Guesnet die polnische jüdische „politische Kultur“. Weiter werden von Wilfried Jilge ukrainische nationalstaatliche Symbole untersucht, um staatliche Geschichtspolitik in der jetzigen Ukraine zu erläutern. Vladimíra Dvořáková und Jiří Kunc beschreiben, wie sich im tschechischen Bewusstsein verschiedene Schichten der Vergangenheit gesammelt haben und heutzutage als „Problem“ für die politische Transformation des Landes betrachtet werden. Silvia Mihalikova erwähnt sehr unterschiedliche Themen wie politische Eliten, Werte, gesellschaftliche Partizipation, formelle und informelle Normen im Aufbau demokratischer Institutionen oder Erinnerungspolitik, um „politische Kultur“ in der Slowakei zu erfassen. Weiter beschreiben Gerhard Seewann und Éva Kovács in ihrem Beitrag Juden und Holocaust in der ungarischen Erinnerungskultur seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, Wolf Oschlies „politische Kultur“ in Serbien und Ex-Jugoslawien. Alina Mungiu-Pippidi spricht ihrerseits von einer „entführten Modernisierung“, um die Rolle der politischen Elite und ihrer sozialen Darstellungen in der unvollendeten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens zu erklären. Karl Kaser interessiert sich seinerseits für tribale Aspekte der „politischen Kultur“ Albaniens, während Ulf Brunnbauer „politische Kultur“ (Identität, Ethnopolitik und Korruption) in Albanien genauer darstellt. Schließlich gibt Rajwantee Lakshman-Lepain einen guten Einblick in die Entwicklung des post-ottomanischen Islams in verschiedenen Ländern Südosteuropas.

Die Beiträge sind alle auf ihre Weise spannend zu lesen, obwohl sie sich in Umfang und Stil sehr unterscheiden. Diese Heterogenität ist aber verständlich, wenn man den im Sammelband angenommenen ontologischen Standpunkt betrachtet, der anscheinend auch als übergreifende Methodologie gilt, da „politische Kultur“ nicht als etwas Strukturelles verstanden wird, sondern als etwas, was von Mensch zu Mensch unterschiedlich wahrgenommen wird. Auf diese Weise stellen die Autoren ihr eigenes Verständnis von nationalen Mythen vor. Eine solche Methodologie ist aber auch offen gegenüber Kritik. Daraus folgt logischerweise, dass Individuen aus derselben Nation dasselbe Thema vielleicht anders dargestellt hätten, je nachdem, wie sie (durch Familie, Beruf usw.) sozialisiert wurden. Dazu kommt, dass

die Autoren abhängig von ihrer nationalen Herkunft unterschiedliche Verständnisse von „politischer Kultur“ vertreten. Die ersten Beiträge sind relativ klar, da sie präzise Definitionen anbieten. Unsicherheiten bezüglich des Verständnisses von „politischer Kultur“ entstehen beim Lesen weiterer Artikel. Methodologisch gesehen, bietet die Vielfalt an Themen zudem unterschiedliche Untersuchungsebenen. Die Spannung zwischen Nation und Minderheiten (Individualismus, Sprachpolitik), nationale Mythen, Religion, Nationalismus, Erinnerungspolitik, der Aufbau demokratischer Institutionen oder selbst noch Auseinandersetzungen zwischen politischen Parteien werden alle als Ausdrücke „politischer Kultur“ betrachtet. Dazu kommt, dass die verwendeten Analysemethoden oft nicht erörtert oder gar nicht erwähnt werden. Es wird z.B. zwar definiert, was unter Individualismus in Estland verstanden wird, die Analyse beruht dann aber nur auf 22 Interviews aus einer einzigen Untersuchungsgruppe: Studenten. Daher bleibt in dieser spannenden Studie die Repräsentativität der Ergebnisse fraglich. In einigen Beiträgen, wie dem zur Slowakei, werden bedauerlicherweise verschiedene Themen ohne Grundkonzept aufgelistet, die unter die Kategorie „politischer Kultur“ passen könnten.

Doch bleibt „politische Kultur“ für Politologen und Spezialisten für Internationale Beziehungen ein interessantes, aber eben doch neu zu erforschendes Untersuchungsobjekt. Auch wenn liberal orientierte Politologen auf die Methode von Almond und Verba verzichten, um qualitative Methoden wie Interviews und Diskursanalyse zu bevorzugen, halten sie sich vom Thema der „politischen Kultur“ fern und bevorzugen die Literatur zur Organisationssoziologie. In der Tat wird „politische Kultur“ oft als ein zu „weiches“ Konzept gesehen, aufgrund seiner Schwierigkeit, es zu definieren und methodologisch zu erfassen. Jedoch sollte „politische Kultur“ gerade im Zeitalter der Globalisierung größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es ist kein Paradox, da Renationalisierung und die Hervorhebung von lokalen Spezifika sowie von nationalen Traditionen oft als Reaktionen gegen internationale Harmonisierung verstanden werden. Mit der Entwicklung internationaler Organisationen und regionaler Zusammenarbeit (u.a. EU, NAFTA, ASEAN) im 20. Jahrhundert, die über dem nationalen Rahmen hinaus agieren, nimmt das Interesse an „politischer Kultur“ unter Sozialwissenschaftlern zu. In all diesen Fällen steht die Spannung zwischen Nation und internationalen Normen im Mittelpunkt. Sie bietet ein interessantes Feld für u.a. Konstruktivisten und auch für die Verfasser des Sammelbandes, für die politische Philo-

sophie wichtig ist. Doch bleiben Studien zu diesen Themen noch zu selten oder haben bisher zu wenig Interesse im breiten Feld der Europa-Studien und Internationalen Beziehungen erweckt. Sie werden oft als Randplätze eines *mainstream* gesehen, der vorwiegend von liberalen Theorien und Methoden geprägt bleibt. Dennoch könnten Arbeiten zur „politischen Kultur“ aus den Regionalstudien Debatten wie Normenübertragung im Rahmen der Erweiterung der EU und zum Beitrittsprozess zu internationalen Organisationen bereichern. Vielleicht könnte im Gegenzug die Verwendung von strengeren qualitativen Methoden Studien zur „politischen Kultur“ beeinflussen und sie daher attraktiver für andere Disziplinen der Sozialwissenschaften gestalten. Dies bedürfte aber des Bauens einiger Brücken zwischen den Einzeldisziplinen der Sozialwissenschaften in Deutschland und in anderen Ländern.

Elsa Tulmets, Prag

Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Gregor Thum. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006, 212 S.

Die deutschen Bilder des „Ostens“ – sie wecken mitunter Konnotationen, die der im Titel des zu besprechenden Buches favorisierte Begriff vom „östlichen Europa“ gezielt nicht gleich in Einklang bringen will. Denn sie erscheinen – nicht ohne Grund – zuweilen in der Retrospektive als ein Knäuel aus extremen Widersprüchen und hochgradiger Irrationalität, aus dem heraus sich Dramen bis dahin unbekanntem Ausmaßes entwickelten und sich dauerhafte Komplexe bildeten. Das Wissen um die wesentlichen Versatzstücke, die just diesem Themenkomplex entsprangen und der mörderischen NS-Ideologie zugrunde lagen, taucht die Geschichte dieser Wahrnehmungen in ein trübes Licht. Doch besteht bei einer solchen rückblickenden Lektüre mit der „Operation Barbarossa“ und Auschwitz als Fluchtpunkt die wohlbekannte Gefahr anachronistischer Vereinfachung, indem vornehmlich die aggressivsten Bilder berücksichtigt werden, die die deutschen Expansionsgelüste im Osten belegen. Will man aber den ganzen „Osten“ in der Imagination der Deutschen im 20. Jahrhundert verorten, so ist man wohlberaten, die komplette Palette an Visionen in all ihren Ambivalenzen und Konfliktpotenzialen ins Visier zu nehmen. Gerade in der breiten Auffächerung liegt der verdienstvolle und gelungene Versuch des von Gregor Thum herausgegebenen Bandes.

Aufgrund der jahrhundertealten Präsenz deutscher Bevölkerungsteile im östlichen europäischen Raum und angesichts der traumatischen Erfahrungen aus der Zeit der Weltkriege scheint keine andere Region des Erdkugels die geopolitischen Fantasien der Deutschen dermaßen stimuliert zu haben wie dieser kontinentale Raum, der es „vermochte, sie [die Deutschen] gleichzeitig so sehr in Schrecken zu versetzen wie mit Hoffnung zu erfüllen.“ (S. 8) Ein Antislawismus der primitivsten Art auf der einen Seite und die Erneuerungsvisionen der Dostoevskij-Verehrer oder der frühen Bewunderer der bolschewistischen Revolution (bis hin zum offiziellen UdSSR-Bild der DDR-Propaganda) auf der anderen lagen immer nah beieinander. Überzogene Heilserwartungen (*ex oriente lux*) standen apokalyptischen Visionen (*ex oriente furor*) gegenüber. Sie vermengten sich mitunter, oder scheinbar unvereinbare Positionen wurden plötzlich ausgetauscht.

In seiner Einleitung plädiert Thum mit überzeugenden Argumenten für eine breite Definition des europäischen Ostens, die dem elastischen Charakter deutscher geopolitischer Wahrnehmungen im Laufe des 20. Jahrhunderts am nächsten kommt.

So betreffen die analysierten Visionen sowohl Russland (bzw. die UdSSR) als auch Ostmitteleuropa im heutigen Verständnis. Zu Recht wird der Thematik des sog. „deutschen Ostens“ der ihr gebührende Raum geschenkt, nahm sie doch einen zentralen Platz in den Gesamtwahrnehmungen des östlichen Europa aus deutscher Sicht ein. Der Band enthält neun Beiträge, wobei Allgemeindarstellungen und Fallstudien einander abwechseln. Ungeachtet der auch in disziplinärer Hinsicht unterschiedlichen Herangehensweise bieten die Artikel ein instruktives Geschichtspanorama seit der Entstehung eines Ost-Diskurses noch vor 1900 bis zu den antagonistischen Sichtweisen der DDR und der BRD vor 1989.

Im abschließenden Beitrag, der aufgrund der weiten Perspektiven auch als Einführung hätte fungieren können, geht Thum dem „deutschen Osten“ begriffsgeschichtlich nach. Seine originellsten Interpretationen leitet er aus den Denkkategorien der *postcolonial studies* ab. So wird die deutsche „Einflusssphäre“ als „Kompensationsideologie für das verlorene Kaiserreich“ betrachtet. Während den Teilungen Polens und der Nationalisierung der Grenzen nach 1848 sicherlich mehr Platz hätte eingeräumt werden können, schildert Thum sehr genau die ideologische Konstruktion der preußischen Ostmark ab den 1890er Jahren, als das Verhältnis der deutschen Reichsbehörden und der deutschen Bevölkerung zur polnischen Minderheit sich

zusehends verschlechterte. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mündete diese zunächst vor allem preußische Thematik in einen ethnischen Diskurs über den vermeintlich „deutschen Osten“, der, durch die militärischen Eroberungen aus dem Jahre 1917 beflügelt, sich auch aus den Erinnerungen an die Grenzkämpfe der unmittelbaren Nachkriegsjahre speiste. Entsprechende Abschnitte aus „Mein Kampf“ veranschaulichen die hohe Bedeutung des Transfers kolonialer Überseeräume in das östliche Europa in Adolf Hitlers Weltanschauung. Schließlich wird in dem Beitrag die vermiedene Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit und dem neuen Antimodernismus geschildert, der der Nachkriegsproblematik der „verlorenen Heimat“ anhaftet.

Gerd Koenen, der die Quintessenz seiner ambitionierten Studie zum Thema deutscher „Russland-Komplex“ in der Weltkriegsepoch e präsentiert, erfüllt aufs genaueste Thums Vorhaben, die extreme Zweideutigkeit deutscher Ostvisionen zu veranschaulichen. Der Leser bekommt eine sehr lebhaft e Schilderung der für die 20er Jahre typischen „Kakophonie“ politischer Anschauungen (S. 25), gefüttert mit zahlreichen detailfreudigen Portraits russlandfeindlicher bzw. -freundlicher Akteure. Koenen unterstreicht die Bedeutung der deutschen Dostoevskij-Rezeption bei der Konstruktion des sehr wirksamen, sowohl in russischen als auch in deutschen Kreisen vorhandenen antiabendländischen Gesellschaftsideals. Vėjas Gabriel Liulevičius widmet seinen kulturanthropologischen Beitrag der Wahrnehmung des Ostens als „apokalyptischen Raum“ während des Ersten Weltkrieges (S. 47). Stefan Troebst zeigt in der einzigen Fallstudie des Bandes zum südöstlichen Europa, wie Makedonien als Projektionsfläche mancher deutscher Visionen fungierte. Mit bewusster Pluralisierung der ausschließlich schwarzen Legende des Balkanismus unterstreicht Troebst die politischen Sympathien, die der makedonische Irredentismus dank der möglichen Parallelisierung zu den eigenen Territorialverlusten nach 1918 in Deutschland genoss.

Der heute in Vergessenheit geratene nationalistische Bestsellerautor Edwin Erich Dwinger (1898–1981) spielte seinerzeit eine erstrangige Rolle in der Verbreitung russlandfeindlicher Fantasien. Für Dwinger waren Russlandfront und Kriegsgefangenschaft während des Ersten Weltkrieges wie eine „Schule der Grausamkeiten“ (S. 72). Karl Schlögel analysiert die „russische Obsession“ (S. 66) des später an der Ostfront eingesetzten SS-Offiziers als „eine Art verfremdetes Selbstgespräch der Deutschen“ (S. 70). Diese literaturgeschichtlichen Einblicke werden ergänzt durch den historiografischen Ansatz Eduard

Mühles in seiner Analyse des Werkes von Hermann Aubin. Mühle unterstreicht wie in seiner großen Biografie des einflussreichen Historikers die intellektuellen und institutionellen Kontinuitäten, die dem Mentor der Breslauer Geschichtswissenschaft und Autor bevölkerungspolitischer Expertisen für die NS-Politik im Osten eine Schlüsselrolle beim Neuanfang der bundesrepublikanischen Ostforschung nach 1945 verschaffen halfen.

Filme spiel(t)en stets eine zentrale Rolle bei der Verbreitung stereotyper Bilder des Ostens. In Kristins Kopps willkommener Fallstudie des nostalgischen Streifens „Ich denke oft an Piroshka“ (1955) wird (wie zuvor bereits bei Thum) die postkoloniale Interpretation bemüht, um den großen Publikumserfolg zu interpretieren. Letztendlich dient der Film als therapeutischer Ersatz für den verlorenen Osten. Die deutsch-ungarische Romanze erlaubt eine unkritische Wiederbelebung des selbstlegitimierenden deutschen Zivilisationsdiskurses im östlichen Europa. Schließlich widmet sich Jan Behrends der ideologisch stark eingegrenzten Produktion des ostdeutschen Propaganda-Diskurses über den „großen Bruder“, die Sowjetunion.

Der Band bietet alles in allem ein weitgefächertes, zugleich faszinierendes und beängstigendes Panorama dieses deutschen „Traumlands Osten“. Die Beiträge stechen insgesamt durch ihre lobenswerte Kontextualisierung hervor und laden zur weiteren Vertiefung ein.

Thomas Serrier, Paris/Frankfurt a.d.O.

Die Autoren der Abhandlungen

**Dr. Urszula Biel, ul. ZWM 16/13, 44-100 Gliwice, Polen,
e-mail: ulabel@op.pl**

Filmwissenschaftlerin, Kinohistorikerin, Managerin im Bereich der Filmkultur, Autorin zahlreicher Publikationen zur Filmgeschichte in Oberschlesien, u.a. Śląskie kina między wojnami, czyli przyjemność upolityczniona [Schlesische Kinos in der Zwischenkriegszeit oder: ein politisiertes Vergnügen]. Katowice 2002, als erweiterte Fassung der Dissertation von 1995, die am Institut für Kunst der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau, verteidigt wurde. Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über die Kinematografie der Provinz Oppeln 1918–1939.

**Brigitte Braun, Universität Trier, Fachbereich II – Medienwissenschaft, Universitätsring 15, 54286 Trier,
e-mail: brigitte.braun@uni-trier.de**

Medienhistorikerin und Filmwissenschaftlerin. Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik in Kiel, Wrocław und Trier, Mitarbeiterin im Fach Medienwissenschaft der Universität Trier. Forschungsschwerpunkte: Frühes Kino, Kino in der Weimarer Republik, Film und Politik, Film und Geschichte. Promotionsprojekt zum Thema „Filmpolitik und Filmpropaganda im besetzten Rheinland, 1918–1930“. Publikationen zum Frühen Kino und zum Revisionismus im Weimarer Kino, u.a. als DVD: Crazy Cinématographe. Europäisches Jahrmarktkino 1896 bis 1916, Edition Filmmuseum 18 (2007).

**PhD Johan Eellend, Institute of Contemporary History, Södertörns högskola, University College, Alfred Nobels allé 7, 14189 Huddinge, Sweden,
e-mail: johan.eellend@sh.se**

Graduated for the Baltic and East European graduate school at Södertörn University/Stockholm University 2007 on the dissertation “Cultivating the Rural Citizen: Modernity, Agrarianism and Citizenship in Late Tsarist Estonia” and has since then been a part in the research projects “Agrarian change and ideological formation” on the idea of rural citizenship in the Baltic Sea region, “New voices old roots” on political populism in North Europe and “The Sea of Peace under the Shadow of Threat”.

**PhD Heike Graf, Assistance Professor, Media and Communication Studies, Södertörn University, 14189 Huddinge, Sweden,
e-mail: Heike.Graf@sh.se**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Medien- und Kommunikationswissenschaft der Södertörn högskola. Ihre Forschungsschwerpunkte berühren hauptsächlich Fragen der transkulturellen Kommunikation. Seit 2007 leitet sie das von der Ostseestiftung finanzierte Forschungsprojekt „Journalistische Produktion und ethnische Diversität: Journalisten mit Migrationshintergrund in Schweden und Deutschland“ über Erfahrungen von Journalisten mit Migrationshintergrund in den Nachrichtenmedien.

**Dr. Agnieszka Łada, ISP Head of the European Programme, ul. Szpitalna 5 lok. 22, 00-031 Warszawa, Polen,
e-mail: agnieszka.lada@isp.org.pl**

Doktor der Politischen Wissenschaften, Leiterin des Europa-Programms, Forscherin am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau, Studium der Politikwissenschaften an der Fakultät für Journalismus und Politikwissenschaften der Universität Warschau sowie Stipendiatin der Konrad Adenauer Stiftung, Postgraduiertenstudium in Organisationspsychologie in Dortmund. Sie ist Autorin und Koautorin von Berichten und Artikeln über die deutsch-polnischen Beziehungen, die EU-Ratspräsidentschaft und über Abgeordnete des Europaparlaments. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen europäische und deutsche Themen, Aufgaben der politischen Bildung und das Pressewesen.

**Johanna Möller, Research Associate, School of Humanities and Social Sciences, Jacobs Universität Bremen, Research IV, Campus Ring 1, 28759 Bremen,
e-Mail: j.moeller@jacobs-university.de**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „The Transnationalization of Public Spheres in Europe“ (Leitung: Prof. Dr. Andreas Hepp) im Sonderforschungsbereich 597 „Transformations of the State“ an der Universität Bremen und der Jacobs Universität. Im Zentrum des Forschungsprojekts steht die Untersuchung der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten in sechs europäischen Ländern, u.a. in Polen. Nach dem Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin und UJ Krakau promoviert sie derzeit im Bereich Kommunikationswissenschaften an der Jacobs Universität zum Thema „Transkulturelle Öffentlichkeitsakteure. Eine deutsch-polnische Fallstudie“.

Katharina Kleinen-von Königslöw, Jacobs Universität Bremen, Research IV, Campus Ring 1, 28759 Bremen,

e-mail: katharina.kleinen-vonkoenigsloew@sfb597.uni-bremen.de

Promovierte an der Jacobs Universität zur „Arenen-Integration nationaler Öffentlichkeiten am Beispiel der deutschen Öffentlichkeit“. Nach Abschluss ihres Studiums der Kommunikationswissenschaften in München und Paris hat sie zunächst als Programm-, Markt- und Medienforscherin gearbeitet, seit 2003 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „The Transnationalization of Public Spheres in Europe“ (Leitung: Prof. Dr. Andreas Hepp) im Sonderforschungsbereich 597 „Transformations of the State“ an der Universität Bremen und der Jacobs Universität.

Thomas Petzold, ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, Queensland University of Technology Creative Industries Precinct (Z2-204), Musk Ave, Kelvin Grove Qld 4059, Australia,

e-mail: t.petzold@qut.edu.au

Promoviert derzeit als Stipendiat des Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes und der Australischen Regierung am ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation an der Queensland University of Technology in Brisbane über den Gebrauch und Nutzen von Multilingualismus in der digitalen Kultur, Bachelor of Arts (Hons) der Open University, Milton Keynes und Master of Arts der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Er ist Autor der Studie „Gewalt in internationalen Fernsehnachrichten“ (VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008).

Dr Aneta Podkalicka, Research Fellow, Institute for Social Research, Swinburne University of Technology, Melbourne, Vic 3122, Australia,

e-mail: apodkalicka@swin.edu.au

Completed her PhD degree in Media and Communication at Creative Industries, Queensland University of Technology in Brisbane. Her doctoral research involved an interdisciplinary study of translation in media-related environments, with case studies drawn from the EU and Australia. She is currently a research fellow at the Institute of Social Research, Swinburne University, Melbourne, working on a collaborative youth media project called Youthworx, in conjunction with the youth community radio SYN and the Salvation Army. Her ethnographic research focuses on young people's experiences of their

involvement in media training and creation, and evaluative methodologies for similar community-based media initiatives.

Maren Röger, Graduiertenkolleg „Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“, Otto-Behaghel-Str. 10 C1, 35394 Gießen,

e-mail: Maren.Roeger@gkm.uni-giessen.de

Doktorandin an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Stipendiatin am DFG-Graduiertenkolleg „Transnationale Medienereignisse“, Promotion im Fach Neuere und Neueste Geschichte zum Thema „Mediale (Re-)Präsentationen von Flucht und Vertreibung der Deutschen im deutsch-polnischen Vergleich (1989–2008)“, zuvor Studium der Kulturwissenschaften (M.A.) mit den Schwerpunkten Kulturgeschichte und Medienwissenschaften in Lüneburg und Wrocław, Forschungsschwerpunkte: deutsch-polnische Beziehungen, Medien- und Diskursgeschichte.

Katja Wezel M.A., Universität Heidelberg, Seminar für Osteuropäische Geschichte, Grabengasse 3-5, 69117 Heidelberg,

e-mail: katja.wezel@zegk.uni-heidelberg.de

Akademische Mitarbeiterin am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Heidelberg, studierte Geschichte, Anglistik und Politikwissenschaften in Heidelberg, Aberystwyth und St. Petersburg und war von 2005 bis 2008 Promotionsstipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung am Heidelberger Graduiertenkolleg zur Zeitgeschichte „Diktaturüberwindung und Aufbau von Zivilgesellschaft in Europa“. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit Geschichtspolitik und Erinnerungskonflikten in Lettland nach 1991.